
Princeton University Library
32101 058664986




Dei
Sub Numine
Viget



H. Frh. v. Liebig

Der Betrug am Deutschen Volke

Grosse Ausgabe

J. F. Lehmanns Verlag, München,

Der Betrug am deutschen Volke

Von

Prof. Dr. Hans Freih. v. Liebig

Große Ausgabe



J. F. Lehmanns Verlag, München

1919

Vorwort.

Die vorliegende Schrift[1]) ist auf Wunsch des Verlages J. F. Lehmann aus den „Politischen Betrachtungen" entstanden, die ich während meiner Schriftleitung der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung"[2]) allmonatlich veröffentlichte. Ich habe die Zusammenfassung und Ausarbeitung der Aufsätze nicht gerne übernommen; denn was in Zeitschriften ein Gebot der Raumnot ist, nämlich die Beschränkung ̦uf andeutungsweise Begründung der vertretenen Ansichten, wird in einer selbständigen Schrift zum Mangel. Aber es muß schließlich auch Schriften geben, die nehr Anregungen geben wollen als wuchtiges Beweismaterial. Die Darstellung ſt in einer Weise gehalten, die es dem Leser leicht ermöglicht, an der Hand eigener ̦rfahrung und seiner Zeitungskenntnisse die Beweise zu ergänzen; ich verlange ̦nd wünsche von ihm keinerlei Glauben, sondern bitte ihn nur, die Dinge, die er ̦rlebt, einmal unter den Gesichtspunkten zu betrachten, die ich ihm unterbreite.

Vielleicht vermißt mancher Leser in dem Buche den Betrug am deutschen Volke, ̦er den feindlichen Regierungen von vielen Deutschen, insbesondere von den be̦togenen Betrügern, vorgeworfen wird. Aber die feindlichen Regierungen haben ̦us ihren Gefühlen für uns nie ein Hehl gemacht, und gerade der Vorwurf des ̦Betrugs gebührt ihnen kaum. Ihre eigenen Völker haben sie mit Lügen in ver̦schwenderischer Üppigkeit gefüttert; aber alles, was sie uns amtlich mitteilten, war ̦erhältnismäßig ehrlich; man mußte es nur lesen, wie es gemeint war. Die Ansicht ̦Wilsons, Deutschland sei, soweit wie möglich, zu vernichten, damit die deutsche ̦Gefahr für die angelsächsische Welt endgültig gebannt sei, ging aus allen seinen ̦Handlungen, Reden und Noten deutlich hervor, und seine Fassung der 14 Punkte ̦war auf ihre spätere Auslegung unverkennbar zugespitzt. Das ist insbesondere ̦von den Alldeutschen immer hervorgehoben worden; wenn das deutsche Volk lieber ̦der andern Seite glaubte, die es seit dreißig Jahren und länger in jeder politischen ̦Frage, aber auch noch in jeder, falsch unterrichtet hat, und ihr auch diesmal Wilson ̦als aufrichtigen Freund Deutschlands, prächtigen Charakter und Idealisten reinen ̦Wassers schilderte, so verdient darob nicht Wilson Vorwürfe, sondern das deutsche ̦Volk.

Andere Leser nehmen vielleicht Anstoß an der anscheinend rein verneinenden ̦Art meiner Ausführungen; die Klagen über Vergangenes hätten keinen Nutzen; ̦man müsse vorwärts, nicht rückwärts schauen, aufbauen, nicht einreißen. Aber ̦alles, was in dem Buch behandelt wird, ist in seinen Wirkungen und seinem Wirken ̦nicht Vergangenheit, sondern lebendigste Gegenwart. Und wenn der Bauplatz ̦ein Schutt- und Trümmerfeld ist, an Baustoffen nur verfaultes Holz, verwitterte ̦Steine und toter Mörtel zur Verfügung stehen, an Helfern nur Arbeiter, die nichts ̦oder wenig oder Falsches gelernt haben, an Bauleitern nur Kräfte, die in allen ̦Prüfungen durchgefallen und deren Bauten samt und sonders nach kurzem Bestand

[1]) Hiervon ist auch eine gekürzte Ausgabe als Flugschrift (32 S.) erschienen: Preis 80 Pf., ab 10 Stück je 50 Pf., ab 100 Stück je 40 Pf., ab 1000 Stück je 30 Pf.

[2]) Verlag J. F. Lehmann, München; Preis vierteljährlich 6 M., Einzelheft M. 2.20.

wieder eingestürzt sind, haben die herrlichsten Entwürfe zu Außenbauten und Inneneinrichtungen gar keinen Wert. Der Bauherr, das Volk, läuft damit höchstens zu den alten Stümpern und läßt sie sich von ihnen verpatzen; siehe z. B. das Hilfsdienstgesetz. Das deutsche Volk muß zuerst zum richtigen Bewußtsein der Bauplatzbeschaffenheit kommen und die Morschheit der Stoffe, die Mängel der Arbeiter und die Untauglichkeit der bisherigen Bauführer erkennen, ehe man es dazu bringen kann, mit dem Schutt aufzuräumen, gesundes Bauzeug herbeizuschaffen, seine Arbeiter richtig anzulernen, ihrer Aufgabe gewachsene Meister anzustellen; früher entsteht kein haltbarer Bau. Die Massen unseres Volkes gehen heute immer noch unter den alten Irreführern den alten Irrweg, auf dem sie immer wieder von neuem abstürzen müssen; diesen Weg und diese Führer muß es verneinen lernen, ehe man ihnen bessere zeigen kann. Jede Werte schaffende Arbeit kann zurzeit nur eine wegschaffende Arbeit sein, die Wege schafft, indem sie hinwegschafft. Alles andere ist heute noch Spiegelfechterei, die sich die alten Betrüger gerne gefallen lassen, weil sie die Ehrlichmeinenden in harmloser Weise beschäftigt und ihnen das ungestörte Weiterspinnen ihrer verderblichen Netze gewährleistet. Die Betrüger haben heute die Massen hinter sich; das ist die gegebene Tatsache, mit der jeder schaffen wollende Politiker rechnen muß. Diese Massen gewinnt man nicht, indem man ihnen gute Baupläne vorweist; denn ihre Betrüger haben immer noch viel schönere zur Hand, und den Unterschied zwischen ehrlich gemeinten und ausführbaren Plänen und eitel Blendwerk vermögen die Massen nicht zu erkennen; ihr Urteil richtet sich nicht nach der Sache, sondern nach den Persönlichkeiten, die ihnen die Sache vortragen; der Führer, der ihren „Glauben" hat, kann ihnen den aufgelegtesten Unsinn unterbreiten; sie glauben ihm immer noch eher als die schlichtesten und einfachsten Wahrheiten einem Manne, der nicht bei ihnen „eingeführt" ist. Wobei unter Masse des Volkes nicht die Masse des ungebildeten, sondern wirklich die Masse des Volkes, also Fürsten und Geheimräte mit einbegriffen, verstanden ist. Diese Massen lassen sich ihren bisherigen Führern nur entreißen, wenn es gelingt, sie über die Natur dieser Führer aufzuklären, ihnen die Folgen dieser Führung aufzudecken, und sie zur Erkenntnis des ungeheuren Betruges zu bringen, in dem sie seit Jahrzehnten sich bewegen. Ehe dies nicht erreicht ist, ehe das Volk sich nicht zu anderen Führern zurückgefunden hat, ist ein haltbarer Aufbau unmöglich, und alles, was geleistet wird, bleibt Stück- und Flickwerk. In dem Schreibtisch manches Verneinenden liegen vermutlich mehr und besser durchdachte Aufbaupläne als in denen seiner Freunde, die seine „zersetzende" Art mißbilligen — als ob man zersetzte, wenn man zum Kampf gegen Zersetztes und Zersetzendes antreibt! Mitarbeiter, die dabei nicht mittun wollen, sind jetzt überhaupt zu nichts nütze —; aber er läßt sie im Schreibtisch, solange er keine Ausführungsmöglichkeiten erblickt. Wer lesen kann, sieht ihre Linien überall durchschimmern.

Bernried (Oberbayern), Ende Juli und (Nachtrag) August 1919.

Hans von Liebig.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Schwindel.

„Es ist Zeit, daß der Schwindel einmal ein Ende nimmt." Unter dieser Losung ließ sich die Heimatarmee von kleinen Gruppen 18- und 19jähriger Burschen unter vorwiegend jüdischer Führung befriedigt entwaffnen, kehrten die kämpfenden Truppen befriedigt von der Front heim, und ließ das deutsche Volk befriedigt die Revolution über sich ergehen. Es wäre tatsächlich höchste Zeit gewesen, daß der Schwindel einmal ein Ende genommen hätte. Bedauerlich ist nur ein Umstand: das, was diese befriedigten Leute für den Schwindel gehalten haben, war Wahrheit; und der wirkliche Schwindel blüht und gedeiht in geradezu unerhörter Üppigkeit weiter und überwuchert mehr und mehr die letzten Inseln, auf die sich die Wahrheit noch flüchten konnte.

Ging man in den breiten Massen des Volkes dem Gerede vom Schwindel nach, so stieß man auf einige wenige Grundvorstellungen.

1. Die „Alldeutschen" behaupten, es handle sich in diesem Krieg um ein Völkerringen um die Macht, für Deutschland im besonderen um ein Ringen um sein Dasein. Das ist Schwindel. Der Krieg ist angefangen nach der einen Lesart
   a) weil die Kapitalisten aller Länder wieder einmal einen großen Schnitt machen wollten, nach der anderen Lesart
   b) weil den „Großkopfeten" aller Länder — das ist die bayerische Ausdrucksweise — Angst wurde vor der wachsenden Macht der Arbeiterschaft; der Krieg sollte die Anzahl der Arbeiter verringern und ihren Einfluß zurückdrängen.
2. Die „Alldeutschen" behaupteten, der Krieg werde von den Gegnern zum Zweck der Vernichtung Deutschlands geführt und werde von ihnen nicht eher beendet werden, bis sie entweder selbst besiegt seien oder Deutschland gezwungen oder freiwillig einen Vernichtungsfrieden auf sich genommen hätte. Das ist Schwindel. In Wirklichkeit wollen die Feinde gar nichts Böses von Deutschland, sondern nur ihre Ruhe vor dem preußischen Militarismus und den eroberungssüchtigen Alldeutschen.
3. Die Alldeutschen behaupten, da bei dem entschlossenen Vernichtungswillen der Feinde ein Verständigungsfriede mit denselben nur möglich ist, wenn die Feinde vollständig besiegt sind und jeden Frieden annehmen müssen, oder mit andern Worten, da der Krieg unter allen Umständen bis zum entschiedenen Sieg der einen oder andern Partei durchgefochten werden muß, ist einmal die Erörterung der Kriegsziele ohne jeden Einfluß auf die Dauer des Krieges, ist ferner jedes Friedensangebot nicht nur nutzlos, sondern schädlich, und wäre endlich ein Verständigungsfriede nach der Niederwerfung der Feinde — wie schon gesagt, wäre er früher nie zu erlangen gewesen — ein furchtbarer Betrug am deutschen Volke; denn das in diesem Krieg behauptete Dasein als Großmacht wäre nur weiter zu behaupten gewesen auf Grund ausgiebiger Macht- und Landerweiterung im

Osten und Westen und über See. Nicht der Eroberung wegen hätten wir diese Erweiterungen gebraucht, sondern der Behauptung, der Verteidigung unseres Daseins wegen.

Das ist alles Schwindel. Die Alldeutschen haben ihre ausschweifenden Kriegsziele nur aufgestellt aus reiner Eroberungsgier und mutwilligen Weltherrschaftsgelüsten; soweit nicht die Gründe von Nr. 1 mitsprechen, ist der Krieg immer wieder in die Länge gezogen worden wegen den Eroberungszielen der Alldeutschen, die sich die armen bedrohten feindlichen Völker mit Recht nicht gefallen lassen wollten. Die feindlichen Völker hätten jederzeit mit Freuden in unsere Friedenshand eingeschlagen, wenn wir uns nur mit den Besitzverhältnissen, wie sie vorher bestanden hatten, begnügt hätten.

Auf Grund dieser drei Vorstellungen von Schwindel und Wahrheit entwickelte sich dann im Volk die vierte Vorstellung, die zum Zusammenbruch Deutschlands geführt hat. Das „Volk" dürfe sich nicht mehr von Alldeutschen, Militaristen und Großkopfeten weiter an der Nase herumführen lassen, sondern müsse sein Geschick selbst in die Hand nehmen. Wenn das deutsche „Volk" die Waffen niederlege, würden ihm das französische, englische, italienische, russische „Volk" und alle anderen „Völker" nachfolgen. Sämtliche „Völker" sänken sich dann gerührt an die Brust und schritten Arm in Arm einer herrlichen sozialistisch-demokratischen Zukunft entgegen. Die Chauvinisten, Militaristen, Großkopfeten aller Länder aber könnten beschämt und vereinsamt ihr Bündel schnüren, in Afrika eine Chauvinistenkolonie gründen, sich aufhängen oder sonst irgendwie einem ihren Verdiensten entsprechenden Lose zugeführt werden.

Das ist ungefähr der Vorstellungskreis, um den sich aller andere Schwindel, der unser Volk langsam aber sicher in den Abgrund geleitete, herumgruppierte. Die Geschichte dieses planmäßig gehandhabten Schwindels wird ein dickes Buch füllen; im folgenden sei nur flüchtig in diesem Buch des Schwindels geblättert. Die Schwindler waren vor, im und nach dem Kriege immer die gleichen, und der Schwindel war auch immer der gleiche. Dr. Liek hat im Januarheft 1919 von „Deutschlands Erneuerung" einen ordnenden Maßstab für die Gegnerschaft der deutschen Volksbelange eingeführt, der recht brauchbar ist. Er geht von der Weltmacht Alljudaan aus, die in Deutschland zweierlei Vertretungen hat; eine großkapitalistische, der auf deutscher Seite eifrige Mitarbeit von den Hoböhmen erster und zweiter Ordnung[1]) geleistet wird, und eine besitzlose oder besitzarme, der die Sozialdemokraten aller Färbungen ihre selbstlose Unterstützung leihen. Ergänzend tritt dazu der Jesuitismus, in dessen Dienst die Ultramontanen wirken.

[1]) Ausdruck Lieks für die bewußt oder unbewußt im Dienst Alljudaans arbeitenden Deutschen, benannt nach dem Privatdozenten Dr. Hobohm, Berlin. Dem Leser des Liekschen Aufsatzes, der auch als Flugschrift erschienen ist (Preis 50 Pf.), werden manche der folgenden Ausführungen rascher verständlich sein; der Bezug der Flugschrift sei daher empfohlen.

Schuldfragen.

Die Schuld am Kriege.

Bei der Frage nach den Ursachen des Krieges ist selbst in nationalen Köpfen ein starker Wirrwarr eingetreten, hauptsächlich weil drei verschiedene Fragen ständig durcheinander gebracht werden. Nämlich die Fragen: Wer hat den Krieg verursacht? wer hat den Krieg gewollt? und wer ist schuld am Kriege? Die Antwort sei vorweg genommen, weil aus ihr am einfachsten die verschiedenen Wesensinhalte dieser Fragen klar werden. Gewollt um diese Zeit hat den Krieg nur Rußland, verursacht haben den Krieg England und Frankreich, schuld am Kriege sind in erster Linie Frankreich, England, Rußland und die Tschecho-Slowaken. Deutschland hat den Krieg weder verursacht noch gewollt, ist dagegen von einer Mitschuld am Kriege nicht freizusprechen, wenn auch in ganz anderem Sinne, als seine deutschen demokratisch-jüdischen Ankläger und ihre Helfershelfer es wahr haben wollen.

Professor W. Davidsohn, sicher kein Alldeutscher, behandelt in der „Neuen Züricher Zeitung", einem nichts weniger als alldeutschen Blatte, „Das Zeitalter Wilhelms II." In Fortsetzung III (Nr. 351, 9. III. 1919) schreibt er dort:

„Daß deutsche Gesellschaften den Ozean mit den größten, glänzendsten Schiffen durchqueren ließen, machte ihm (Wilhelm II.) einen tiefen Eindruck, und es bereitete ihm frohe Stunden, als er vernahm, die Stahl- und Kohlenerzeugung des Reiches habe die jemals von England erzielten Jahresmengen überschritten. Dies war kurz vor dem Weltkriege der Fall, und er war, gleich seinen Beratern, unbefangen genug, zu glauben, daß die Überholten, weil sie schwiegen, sich kampflos ins Unvermeidliche fügen würden. Man sah nicht, wohin der übereifrig, mit allen Mitteln betriebene Wettbewerb führen werde, glaubte vielmehr in hoffnungsvoller Selbsttäuschung, jede erreichte Staffel sei der Ausgangspunkt weiteren Aufstiegs."

Diese Begründung der Feindschaft Englands wird offiziös und von allen alljüdischen Blättern gegeben; sie ist auch richtig, bleibt aber an der Oberfläche. In Wirklichkeit war der Handelsaufschwung der Welt ein allgemeiner. Als Deutschland in die Weltwirtschaft eintrat, stand England bereits an der Spitze des Welthandels. Der englische Handel konnte sich infolgedessen selbstverständlich nicht in dem gleichen Maße vermehren, wie in der gleichen Zeit der frisch beginnende deutsche. Aber gestiegen sind seine Handelsziffern ebenso ständig wie die Deutschlands. Deutschland eroberte sich überall neue Plätze neben England; wirklich verdrängt hat es England nur an wenigen Stellen, und keine der Ausfuhrziffern Englands hat sich infolge des deutschen Wettbewerbs gesenkt. England hätte den Handelskonkurrenten ruhig neben sich weiter wachsen lassen können, und hätte es auch getan, wenn ihm Deutschland irgendeine Bürgschaft hätte geben können, seine Macht nicht weiter auszudehnen.

Ein anderer Jude, der Luzerner F. Heinemann, greift in der gleichen Zeitung (Nr. 51, 12. I. 1919) die Sache viel tiefer an. Er antwortet Rathenau auf dessen bekannten, das Ausland um Mitleid anflehenden Brief: „Sie (Rathenau) jammern, daß Deutschland vor dem Kriege „nur für die Hälfte" seiner Bewohner Nah-

rung hatte, und die andere Hälfte mußte Lohnarbeit für andere Völker leisten, Rohstoffe kaufen und Ware verkaufen', sagen Sie und klagen gleichzeitig, daß man Ihnen jetzt 1919 die Kolonien nähme, die Erze und die Schiffe. Aber kein Volk der Welt, kein neutrales und kein feindliches, hat sie gezwungen, auf Kosten des gesicherten sozialen Auskommens in rapider Vermehrung des teutonischen Stammes auch numerisch das ‚erste Volk' der Welt werden zu wollen."

Die deutsche Bevölkerungsziffer, die deutschen Leistungen und die deutschen Handelsziffern standen in einem krassen Mißverhältnis zum Lande, über das der Deutsche verfügt. Auf ein Quadratkilometer eigenes Land (Mutterland und Kolonien zusammen) traf 1912 in Großbritannien eine Handelsziffer von M. 751, in Frankreich von M. 1389, in den Vereinigten Staaten M. 1641 und in Deutschland M. 5778. In diesen Ziffern des Handels, der Kopfzahl und des Landes lag vor den Augen aller Ausländer offen erkennbar ein naturgesetzlicher Zwang zur Ausdehnung der politischen Macht. Diesem Zwang hätte Deutschland nur ausweichen können, indem es eine Art völkischen Selbstmordes beging und freiwillig das Schicksal der Juden auf sich nahm, ein reines Handelsvolk zu werden, das zwar noch im Gegensatz zum Judentum ein Stück heimische Erde, eben das Deutsche Reich, sich bewahrt hätte, im übrigen aber sich wie die Juden über die Erde zerstreut hätte. Nur wäre es vermutlich sehr viel schneller in allen Wirtsvölkern aufgegangen als das Judentum.

Die Politik, die Kaiser Wilhelm II. unter dem Einfluß seiner Ratgeber verfolgte und die mit Bethmann Hollweg ihren Höhepunkt erklomm, strebte tatsächlich diesem Schicksal zu und war in diesem Sinne von der selbstaufopferndsten Friedensliebe geleitet, die jemals ein Volk in der Weltgeschichte gezeigt hat. Als Arbeiter und Taglöhner waren die Deutschen den fremden Völkern, voran Amerika, willkommen; sie ersetzten ihnen in ihrer Arbeitsamkeit die Sklaven des Altertums und ermöglichten den Wirtsvölkern, selbst die gehobeneren Stellungen einzunehmen. In Frankreich wird sehr ernsthaft der Gedanke erwogen, etwa 1 Million deutscher Kriegsgefangener aus dem Arbeiterstande zur Ansiedlung in Frankreich zu bewegen; die französischen Landwirte und Industriellen haben den deutschen Arbeiter schätzen gelernt. Als Gastvolk, das ähnlich wie die Juden in Deutschland sich allmählich in den Besitz aller lohnenden Geschäfte und führenden Stellungen setzte, wären die Deutschen ebenso unwillkommen gewesen wie die Juden, wenn sie jeweils Deutsche geblieben wären. Aber da gerade diese Schichten besonders leicht im Wirtsvolk aufzugehen pflegten und dann bessere Franzosen, Engländer und Amerikaner abgaben als die eingeborenen, ohne wie die Juden die Rasse zu verschlechtern, so hätte man sich damit schließlich auch abgefunden. Aber kein fremdes Volk, das neben den Handelsbeziehungen doch auch die allgemeine Leistungsfähigkeit der Deutschen auf allen Gebieten wachsen und seine Wehrkraft nicht sinken sah, konnte an den Ernst dieser selbstmörderischen Politik Wilhelms II. glauben. Wie, es sollte ein Volk möglich sein, das im Besitz des Menschenmaterials, im Besitze aller Macht-, Geld- und anderer Mittel darauf verzichten sollte, sich das zum Eigenleben nötige Land entweder auf diplomatischem oder auf gewaltsamem Wege freiwillig zu erzwingen, es sollte eine Rasse geben, die freiwillig dem ewigen Juden den ewigen Deutschen gesellen sollte? Das war ein Gedanke, der keinem Nichtdeutschen in den Kopf gehen wollte. Kennzeichnend dafür ist die Äußerung Greys, die der deutsche Botschafter am 17. März 1912 nach Berlin berichtete: „Er (Grey) sei bei dem absoluten Vertrauen, das er in die Person und Politik des Herrn Reichs-

kanzlers setze, der festen Überzeugnng, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England sich bessern würden. ... Die englische Regierung müsse aber auch an den Fall denken, daß einmal eine Änderung in der verantwortlichen Leitung der deutschen Reichspolitik eintreten werde."

Mit anderen Worten: Wir können an eine dauernde Fortsetzung der Selbstmordpolitik von Bethmann Hollwegs und Kaiser Wilhelms II. beim besten Willen nicht glauben; das Wachstum der Bevölkerung, des Handels, der Leistungsfähigkeit und aller Machtmittel werden Deutschland mit Naturnotwendigkeit über kurz oder lang zur Ausdehnung seiner Macht zwingen. Da wir, England, Frankreich, Rußland, Italien und Amerika, nicht im geringsten gewillt sind, auf dem Erdball außer uns selbst auch noch Deutschland irgendwelche wirkliche Machtansprüche einzuräumen, müssen wir das Wachstum der deutschen Machtmittel auf irgendeine Weise einzuschränken versuchen.

Das kluge England, das die Führung in diesem Völkerbund zur Hemmung der deutschen Machtausbreitung hatte, schlug gleichzeitig zwei Wege ein, den der wirtschaftlichen Erdrosselung und den der militärischen Einkreisung. Beide mußten notwendig Hand in Hand gehen; denn die wirtschaftliche Erdrosselung konnte ja Deutschland sehr leicht zu dem Versuche veranlassen, sich mit den Waffen Luft zu schaffen. Ging es ohne den Krieg, um so einfacher; griff Deutschland zum Schwert, so war man durch die Einkreisung einer riesigen Übermacht und damit des Sieges sicher. Die Politik Englands und seiner Freunde schlug unter Kaiser Wilhelm II. eine wirtschaftliche Tür nach der anderen zu; Marokko, Afrikaverträge, Bagdadbahn sind nur einige hervorstechende Marksteine. Die Regierung Bethmann sagte zu allem Ja und Amen; sie hätte sich noch kurz vor dem Kriegsausbruch durch die Lichnowskyschen Verträge fast ganz aus Kleinasien verdrängen und wie immer (Angola, Marokko, Persien) mit papierenen Zusicherungen, diesmal wieder in Afrika, beschwichtigen lassen.

England und Frankreich hätten auch auf diese Weise ihr Ziel erreicht; denn die wirtschaftlich-jüdisch gedachte Politik von Bethmann Hollwegs, auf vorhandenem deutschen Reichsboden eine möglichst hohe Wirtschaftsblüte zu erreichen, auf Machtpolitik zu verzichten und die Bevölkerung sorgen zu lassen, wie und wo sie unterkäme, mußte an der Unmöglichkeit scheitern, Weltwirtschaft zu treiben, ohne Weltmacht sein zu wollen; auch die Wirtschaft muß sich immer auf Macht stützen, und diese Macht muß eine ausgeübte sein; es genügt nicht, wie die Wirtschaftstheoretiker des B-Systems, die Naumann, Riezler u. a. m. lehren, wenn große Wehrmachtziffern in den jährlichen Budgets aufmarschieren. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie wußte zwar in den letzten Jahren immer noch die Schädigungen der zugeschlagenen Türen durch Öffnen neuer auszugleichen; aber auf die Dauer wäre das niemals gegangen. Sogar Kreise wie die um Ballin und Rathenau erhoben schließlich ihre warnenden Stimmen.

Die Weiterverfolgung der Politik des Herrn von Bethmann, der B-Systemspolitik, mußte über kurz oder lang an dem Mangel an auswärtigen Absatz- und Bezugsgebieten scheitern; denn die übrigen Mächte huldigten nicht ebenso falschen Theorien wie das B-System, sondern dehnten ihre Macht, politisch und diplomatisch, noch viel stärker aus, als ihre Wirtschaft folgen konnte. Sie schufen stets große offene Reservegebiete für ihre Wirtschaft im voraus. Mit der Zeit hätte Deutschland dann zunächst sein wirtschaftliches Wachstum einstellen müssen, und bald wäre es auch zur Einschränkung und zum Rückgang seiner industriellen Er-

zeugung gezwungen worden. Damit wäre dann aber auch das Ziel erreicht worden, für das England gleichzeitig die Kriegsbereitschaft zu Werk gesetzt hatte. Der innere Fäulnisvorgang, der in jedem Staat eintreten muß, der auf alle völkisch gesunde Machtbetätigung verzichtet und nur mehr unter dem jüdisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkt des Geschäftemachens aller seiner Bürger geleitet wird, mußte notwendig zum Zerfall führen, sowie die Geschäfte nicht mehr glänzend gingen und das allgemeine Unbehagen und die Fäulnis nicht mehr durch Geld, durch reiche Löhne, Arbeiterversicherungen usw. zugedeckt werden konnten. Dieser Zeitpunkt wäre aber durch die erwähnte wirtschaftliche und politische Einkreisung sicher gekommen; in dem übervölkerten Deutschland wäre zunehmende Arbeitslosigkeit unter den immer zunehmend verwöhnteren Arbeitern eingerissen, und diese Arbeitslosigkeit hätte dann genau mit denselben Zersetzungs- und Umsturzerscheinungen geendet, zu dem jetzt im Verein mit der bereits vorhandenen Fäulnis nicht der Verlust des Krieges, sondern der Krieg an sich geführt hat. Die Entente hat es meisterhaft verstanden, die Unzufriedenheit, die infolge des Kriegsverlustes und der unerhört falschen Kriegspolitik des B-Systems im Volke entstanden war, an die Stelle jener Unzufriedenheit zu setzen und auszunützen, die ohne Krieg mit der Zeit aus wirtschaftlichen Nöten entstanden wäre. Die Revolution aus den wirtschaftlichen Nöten hätte aber genau dieselben Versuche der Machterweiterung der Entente gezeigt wie die Kriegsrevolution; im Innern hätte die sozialdemokratische Revolution den „Militarismus" gestürzt, und daraufhin wäre Frankreich unter irgendeinem Vorwand in Elsaß-Lothringen eingedrungen; die Russen, Polen und Tschechoslowaken hätten sich im Osten geholt, was ihnen gepaßt hätte, und England hätte sich an den deutschen Kolonien schadlos gehalten. Ob bis dahin Österreich schon von selbst zerfallen gewesen wäre oder gleichzeitig mit Deutschland sein Ende gefunden hätte, wäre ohne Belang gewesen.

Zum Kriege kam es, weil Rußland den Krieg wollte. Dieser Wille geht aus den Suchomlinowschen Veröffentlichungen und den Hartwigschen Treibereien in Serbien ganz unzweifelhaft hervor. Warum der russische Militarismus eigentlich den Krieg wollte, ist bis jetzt noch nicht recht klar ersichtlich; weder das Verlangen nach Konstantinopel, noch das Bestreben, einer Revolution zuvorzukommen, reichen als Gründe aus. Vielleicht war es nur eine der fatalistischen Regungen der slawischen und orientalischen Seele, denen wir Westeuropäer verständnislos gegenüberstehen. Möglicherweise war die eigentlich treibende Kraft jener jüdisch-anarchistische Klüngel, welcher den Krieg wollte, weil er die Revolution wollte.

Nachdem Rußland den Krieg wollte, mußte Deutschland den Krieg auch wollen; denn er wäre dann durch keinerlei Konferenzen zu vermeiden gewesen, sondern nur noch durch Preisgabe Österreichs und der Türkei; auf andere Weise hätte auch keine Konferenz mehr Rußland vom Kriege abhalten können. Damit aber hätte Deutschland sich selbst die Gurgel durchschnitten; denn mit der Preisgabe Österreichs und der Türkei in der Lage, in welche die Politik Kaiser Wilhelms II. und Bethmanns Deutschland geführt hatte — „ohne Freund auf dieser weiten Erde", heißt es in „Teufels Anteil" —, hätte Deutschland sich selbst in eine Lage gebracht, in der wir fast ebenso wehrlos den Machtsprüchen der Entente ausgesetzt gewesen wären wie jetzt. Vielleicht wäre Bethmann sogar zu diesem Selbstmord bereit gewesen, und England hat nicht ganz unrecht, wenn es meint, hätte Bethmann sich auf die englischen Vorschläge eingelassen, so wäre vielleicht der Krieg vermieden worden, indem man Deutschland ohne Krieg besiegt hätte. Die sehr viel wahr-

scheinlichere Folge dieser neuen Nachgiebigkeit wäre aber gewesen, daß sich Rußland, das den Krieg wollte, nun erst recht versucht gefühlt hätte, seine mobilisierten und marschbereiten Heere nach Berlin zu führen, oder wenigstens in ostpreußische und österreichische Lande unter irgendeiner Ausrede einmarschieren zu lassen; es wäre ganz unrussisch gewesen, nach so viel Vorbereitungen das Heer wieder heimzuschicken. Dann wären aber die Lawinen erst recht wieder ins Rollen gekommen, nur hätte der deutsche Generalstab nicht 3—7 Tage, wie bereits durch die Friedenspolitik des Herrn von Bethmann Hollweg, sondern 3—7 Wochen verloren gehabt, und die Lage wäre militärisch überhaupt nicht mehr zu halten gewesen. Was England sicher durchaus nicht unwillkommen gewesen wäre.

In seiner ständigen Nachgiebigkeit, die notwendig wie ein ständiges Verführen zu neuen Forderungen an Deutschlands Macht und Deutschlands Ehre und zuletzt zur Vergewaltigung Deutschlands wirkte, lag ja überhaupt die große Schuld Bethmanns und seiner Vorgänger unter Wilhelm II., die Schuld Deutschlands am Kriege.

Die Schuldigen.

In welchem Maße das deutsche Volk von seinen jetzigen Herren über diese Schuldfragen belogen wird, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Notwendig ist es aber, auf einen Betrug hinzuweisen, der von vornherein in der Art der Behandlung der „Schuld"-Frage liegt.

Wenn ein Volk einen Krieg verloren hat, dann lautet nämlich die selbstverständliche Frage jedes noch einigermaßen gesund und natürlich empfindenden Volkes: Wer und was ist schuld am Verlust des Krieges? In Deutschland wird diese Frage aber kaum erörtert; geschickte Taschenspieler haben an ihre Stelle die Frage geschoben: Wer ist schuld am Kriege und an der Verlängerung des Krieges? Man denke darüber nach, wem diese Verschiebung zugute kommt, und man wird sofort manche Zusammenhänge klarer durchschauen.

Dem Militarismus, sagen wir ruhig dem preußischen Militarismus, verdanken wir die geradezu ungeheuren Leistungen unseres Heeres. Der gut begründeten Rechnung der Entente nach hätte der Krieg nach wenigen Monaten mit dem Zusammenbruch Deutschlands enden müssen. Italien war längst abspenstig, Österreich durch die Tschechen und Slowaken vollkommen unterwühlt; der Zahl nach hätten die glänzend ausgerüsteten und seit Frühjahr 1914 halbmobilen Truppen Rußlands und Frankreichs bei weitem ausreichen müssen, um zunächst von Osten, dann von Westen in Deutschland einzurücken und auf dem Boden Deutschlands die nötigen Schlachten zu schlagen. Die von England übernommene luftdichte Abschließung Deutschlands von Rohstoffen und Nahrungsmitteln mußte das Übrige tun, um dieses gerade darin ja so gar nicht auf den Krieg vorbereitete Deutschland zu erdrosseln. Nur das prachtvolle Arbeiten des deutschen Militarismus und das „Unrecht an Belgien", durch das unser Heer dem Einfall aus der für uns kaum angreifbaren französischen Festungslinie zuvorkam, hat die rasche Zertrümmerung Deutschlands verhindert.

Nachdem die Überraschungswirkung auf diese Weise ausgeschaltet war, hat das weitere Durchhalten Deutschlands trotz der immer schärfer werdenden Hungerblockade, der immer wachsenden Anzahl der Gegner und der immer größer werdenden Materialüberlegenheit derselben ermöglicht einmal die deutsche Industrie, voran die Schwerindustrie, dann die deutsche Landwirtschaft, voran der Großgrundbesitz. Die Industrie hat nicht nur für alle fehlenden Rohstoffe Ersatz geschaffen, sondern



sie hat in weitgehendem Maße durch die tadellose Ausführung alles nötigen bekannten Kriegsmaterials und die Herstellung neuer wichtiger Kriegsmittel (Luftschiffe, Flugzeuge, U-Boote, Geschütze, Sprengstoffe usw.) das fehlende Menschenmaterial ersetzt. Weiterhin hat sie im Inland den Bedarf an allen Maschinen und Fabrikaten wenigstens notdürftig und zum Durchhalten ausreichend zu decken verstanden.

Die Landwirtschaft aber hat die von unseren Feinden unerwartetste Erscheinung des Krieges ermöglicht, unser Durchhalten in der Ernährung. Und zwar war es nicht der kleine Bauer, so wertvoll, unentbehrlich und bewunderungswürdig auch seine Leistungen waren, sondern es war in erster Linie der Großgrundbesitz, der uns durchhielt; denn er lieferte die Massen-Nahrungsmittel: das Getreide, die Kartoffeln und die Rüben. Wären die Kleinsiedlungsgedanken, die jetzt auch von den Demokraten aufgegriffen werden, um die Landbevölkerung für ihre politischen Ziele zu gewinnen, schon vor dem Kriege in dem Maße durchgeführt gewesen, wie es die Sozialdemokratie und der Bauernbund wünschen, d. h. bis zur völligen Zersplitterung des Großgrundbesitzes, so hätten die wöchentlichen Fleischrationen, möglicherweise auch die Milch- und Eierrationen, vielleicht um einige Gramm mehr betragen; das gleichzeitige Weniger an Brot und Kartoffeln wäre dadurch aber sicher nicht ausgeglichen worden. Jedenfalls aber, ob Großbetrieb oder Kleinbetrieb: unsere Landwirtschaft hat die Nahrungsmittel geliefert, die den Gesunden ein immerhin noch erträgliches Durchkommen gestatteten.

Diese drei Kräfte, der Militarismus — in ihm steckt ja so viel, nicht nur das militärische Können und der militärische Drill, sondern deutsche Manneszucht, Pflichttreue, Aufopferungsfähigkeit, Ordnungsliebe überhaupt — Industrie und Landwirtschaft hätten uns nicht nur das Durchhalten ermöglicht, sondern sie hätten uns zum sicheren Sieg geführt, wenn nicht Gegenkräfte tätig gewesen wären. Die drei genannten Kräfte für den Verlust des Krieges verantwortlich zu machen, haben sich selbst die Unabhängigen und Spartakisten nicht getraut. Deswegen durfte eben auch nicht die Frage nach der Schuld am Verlust des Krieges aufgeworfen werden, sondern die nach der Schuld am Kriege. Dafür konnte man dann eine Schuld des „säbelrasselnden" Militarismus, eine Schuld der „reaktionären", die Abneigung des Auslandes hervorrufenden ostelbischen und anderen Landwirte und Bauern, eine Schuld der angeblich ausdehnungslüsternen und machtgierigen Schwerindustrie erfinden und dem Volke vorlügen.

Man stelle ferner die Frage einmal um: Wem kann allein die Frage nach der Schuld am Verlust des Krieges unangenehm sein? Wer hat immer gegen Militarismus gehetzt und geschürt und ihn schließlich von unten auf durch Zerstörung des militärischen Geistes der Mannschaften zum Zusammensturz gebracht? Wer hat ständig gegen die Anwendung der Kriegsmittel der Industrie gearbeitet, die uns die Überlegenheit über den Feind gaben? Wer hat jede deutschschreibende, für deutsche Belange und deutsche Ansichten eintretende Feder verdächtigt, sie sei von der Schwerindustrie bestochen? Wer hat in den Kriegsgesellschaften die Führung gehabt, die nicht nur durch ihre Wirtschaft Nahrungsmittel und andere Waren in großen Mengen dem Verkehr entzogen, verteuerten und verderben ließen, sondern auch durch ihre Verordnungen und Maßregeln Produzenten und Konsumenten mehr und mehr verärgerten, die Stimmung verdarben, Städter und Industriearbeiter gegen die Bauern verhetzten und letztere noch mehr der Ablieferung abgeneigt machten, als das der natürliche Selbsterhaltungstrieb jedem einzelnen

Staatsbürger ohnehin geboten erscheinen ließ? Wer hat durch den Wucher, nicht den der wertvolle Ware erzeugenden Bevölkerung, nicht den der Nahrungsmittel erzeugenden und größtenteils an die Kommunalverbände abliefernden Landwirte, den der Kanonen und Automobile erzeugenden, an den Staat liefernden Großindustrie, sondern durch den Wucher der heimlichen Aufkäufer aller Bedarfsartikel, der Eier, Butter, des schwarzgeschlachteten Viehes, der Fischwaren usw., den Wucher der nur Ware vertreibenden und verschiebenden Händler einerseits, durch die Preistreiberei der Kriegsgesellschaften anderseits, das Volk durch und durch unehrlich gemacht und schließlich zu jener Unzufriedenheit und Auflehnung gegen den Staat gebracht, die den Umsturz in fürchterlicher Verblendung über seine Wirkung schließlich willkommen hieß? Wer hat durch seine Presse, durch Flugblätter, durch Hetzreden Tag für Tag den Willen der breiten Bevölkerung zum Siege zerrieben und zerstört? Welches politische Regierungssystem endlich hat auf allen Gebieten völlig versagt und zunächst zum Zusammenbruch der gesamten äußeren Politik, dann zu dem der gesamten inneren Politik geführt? Das System der Bismarckschen deutschen Staatsmänner und Vertreter einer Politik der Macht, oder das System der bethmännischen jüdischen und halbjüdischen Kultur- und Wirtschaftsmänner mit ihrer Politik der Nachgiebigkeit und der Schwäche? Wer hat, um es noch einmal zur Erwägung zu geben, alles Interesse daran, die Frage nach der Schuld am Verlust des Krieges nicht aufgeworfen zu sehen?

Der Weg zum Ende.

Die Verständigung.

Einen Anfang 1914 veröffentlichten Aufsatz „Zur Psychologie der deutschen Verständigungsvereine"[1]) schloß ich folgendermaßen: „Seiner ganzen Erziehung nach muß diesem Kreis (dem Leserkreis der „Hilfe"; es war von einem kurz vorher dort erschienenen Verständigungsaufsatz eines Hoböhmen zweiter Ordnung die Rede) ein solcher Aufsatz (der eben erwähnte) als neuer Beweis von der wohlwollenden Gesinnung Englands gegen uns erscheinen, die nur nicht zur Betätigung kommen kann, weil einige englische Jingos und bei uns die bösen Alldeutschen, der Wauwau aller derer um Naumann, aus reiner Freude am Unfrieden kein gutes Verhältnis aufkommen lassen. So wird ein nicht unwichtiger Teil unseres Volkes über den Ernst der Lage hinweggetäuscht und fortwährend in einem politischen Wolkenkuckucksheim spazierengeführt. Wird dann einmal zur Wirklichkeit, was uns von Jahr zu Jahr, man kann beinahe schon sagen von Monat zu Monat, näher rückt, dann haben wir ein Volk, das zum sieghaften Überstehen schwerer Zeiten so geeignet ist, wie eine Gesellschaft Berliner Teeästheten zum Ackerbau."

Der Führungen vor dem Kriege im Reich Kuckucksheim mit den stets rosenroten Wolken durch die hoböhmischen Regierungen Bülow und Bethmann Hollweg und die gesamte alljüdische Presse wird sich jeder Leser entsinnen können. Erinnert sei nur an das halbamtliche Buch des Londoner Vertreters des alljüdischen Wolffbureaus, Dr. Th. Plehn, „Deutsche Weltpolitik ohne Krieg" (1913), das geistig von Kühlmann und Lichnowsky befruchtet war, und an das Buch des ebenfalls mit Alljudaan verknüpften Legations- und späteren Botschaftsrates Riezler: „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" (1914), welche beide einen Krieg wegen der wirtschaftlichen Verfilzung der Großmächte für so gut wie ausgeschlossen erklärten. Die praktische Folge dieser wahrheitsbeflissenen Führungen waren die unzulänglichen militärischen Rüstungen Deutschlands und der gänzliche Mangel wirtschaftlicher Rüstungen. Wären die Forderungen der Alldeutschen vor dem Kriege erfüllt worden, so wäre das deutsche Heer stark genug gewesen, um sowohl nach Ostpreußen genügend Truppen zum Schutz gegen Rußland abgeben zu können, als im Westen genügend Truppen zu behalten, um die aus Paris heraus- und die von der italienischen Grenze herangeführten französischen Armeen über den Haufen rennen zu können und den Rückschlag an der Marne zu vermeiden. Der Krieg wäre dann vielleicht noch vor Weihnachten 1914, sicher aber im Jahre 1915 zu Deutschlands Gunsten beendet worden.

Heute haben dieselben Leute, die diesen Sieg durch ihre Wehrmachtspolitik unmöglich machten, den Mut zu neuen Schwindeleien; sie wälzen nun alle Schuld auf das „Militär", das nicht genügend Mittel gefordert hätte, und weisen auf die stattlichen Wehrforderungen hin, die sie bewilligt hätten. Ihr Leserkreis hat natürlich niemals erfahren, wie die Forderungen zustande gekommen sind, wie das

[1]) Alldeutsche Blätter 28. März und 4. April 1914.

Militär schon von vornherein der Reichstagsmehrheit wegen seine Forderungen bedauerlicherweise so niedrig schraubte, wie es nur noch irgendwie mit seinem militärischen Gewissen vereinbar war, wie dann die Forderungen in den Reichstag kamen, hinter den Kulissen das Feilschen und Handeln mit Freisinn und Zentrum begann, die auf ihren Abstrichen bestanden, wie die unfähige vom Freisinn, Zentrum und Sozialdemokratie gehaltene Regierung niemals rückhaltlos das Militär unterstützte, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, sondern stets „vermittelte" und gleichzeitig dem Militär falsche Bilder von der politischen Lage entwarf, wie dann endlich eine Vorlage vor die Öffentlichkeit kam, die niemals der wirklichen ursprünglichen militärischen Forderung glich, sondern immer ein schwächliches Kompromiß zwischen Deutschland, Alljudaan und dem Vatikan war.

Im Kriege setzte sich dann die Politik der „Verständigungs"-Leute in zweierlei Formen fort: einmal in der Verhinderung der Anwendung unserer Kriegsmittel und dann in der ewigen Wiederholung der Friedensangebote. Im März 1916 erklärte Herr v. Bethmann Hollweg in der Budgetkommission: „Wenn wir den rücksichtslosen U-Bootskrieg führen würden, würde man sich in England sagen, es gehe auf Leben und Tod, und würde den Krieg bis zum letzten Atemzug führen." Mit diesem einen Satz reißt der Kanzler den Schleier von unserer ganzen Politik gegenüber England und Amerika ab. Er ist vollständig in der nebelhaften Vorstellung befangen, in England und Amerika wollten die maßgebenden Kreise eigentlich ebensowenig etwas Böses gegenüber Deutschland wie das deutsche Volk etwas Böses gegenüber England und Amerika; durch unglückselige Verkettungen der Umstände und die Treibereien des Militarismus und der Chauvinisten aller Länder sei es leider zu dem Krieg gekommen, den man nun austragen müsse wie zwei Ehrenmänner einen Zweikampf, in den sie ohne besondere Schuld verwickelt wurden; hinter den kämpfenden Armeen aber stünden versöhnungs- und liebebereite Völker, die gern nach dem Kreuzen der Klingen die guten Beziehungen wieder anknüpfen würden, wie sich die Duellanten nach unentschiedenem Ausgang die Hand reichen. Mit der Rücksicht auf diese späteren guten Beziehungen — den deutschen Vertretern Alljudaans war das immer gleichbedeutend mit den *wirtschaftlichen* Beziehungen — fiel die politische Regierung Deutschlands, unterstützt von den alljüdischen Parteien Freisinn und Sozialdemokratie und vom Zentrum, dem Militär immer von neuem in den zum Schlag erhobenen Arm und entwand ihm seine schärfsten Waffen, solange es mit denselben England tödlich treffen und damit die späteren „guten Beziehungen" nicht nur zu England, sondern mehr noch zu dem wirtschaftlich wichtigen Amerika stören konnte; über das neutral gebliebene Amerika sollten die Fäden zum feindlichen England und Frankreich wieder angesponnen werden.

Ebenso beruhten, wie schon erwähnt, alle Friedensangebote unserer Regierung, die in Übereinstimmung mit alljüdischen Friedensresolutionen und päpstlichen Noten erfolgten, auf der schwindelhaften Vorstellung der versöhnungsbereiten Völkermassen, die hinter den kriegführenden Armeen der Entente stünden. Kein einziger Beweis des Vorhandenseins einer solchen Schicht und einer solchen Neigung zu einem Versöhnungsfrieden ist gelungen. Wenn einige pazifistische alte Weiber in Bern oder Stockholm oder im Haag von irgend einem Kaufmann oder Professor der Entente höflich und mitleidig angehört wurden, als sie ihre völkerbeglückenden Gedanken entwickelten, fuhren sie heim und sandten ihre Ergüsse an das deutsche Auswärtige Amt in der Einbildung, „aussichtsreiche Beziehungen" zu den feindlichen Staaten angebahnt zu haben. Wie gerne hätten unsere Bethmänner

und Hertlinge eingeschlagen, wenn sich nur irgendwo ein Zipfelchen von Anknüpfungsmöglichkeit geboten hätte! Kein Ludendorff und keine Militärpartei hätte sie hindern können, so wenig wie sie sich in ihrer Polenpolitik und der Demokratisierung des Reichs durch Ludendorff und Hindenburg hindern ließen. Aber hier fanden sie eben die Gegenliebe der Polen und der großen demokratischen Parteien, Freisinn, Sozialdemokratie und Zentrum, während dort die nötige Gegenliebe der Ententemächte nie vorhanden war. „Der erste Fehler Deutschlands war, mit England überhaupt in den Krieg zu treten. Der zweite lag darin, daß es nicht sofort in den U-Bootskrieg eintrat und nicht alle U-Boote und Torpedoboote mobil machte, um damit den Transport der englischen Expeditionsarmee zu verhindern." Das waren die zwei Fehler, die der Versöhnungskriegsminister Lord Haldane Mitte Dezember 1918 der deutschen Strategie vorzuwerfen hatte. Irgendein Vorwurf, Deutschland hätte zu irgendeiner Zeit eine angebotene oder bereitstehende Friedensmöglichkeit nicht ergriffen, ist bis jetzt noch von keiner maßgebenden feindlichen Seite erhoben worden. Wo er sich findet, fließt er aus den alten deutschen Schwindelquellen.

Wie die früheren deutschen Regierungen gab am 23. Mai 1919 die Regierung Ebert-Scheidemann amtlich „die bestimmte Erklärung ab, daß ihr von irgendeinem ernstlichen Friedensangebot der feindlichen Staaten während des Verlaufes des Krieges nicht das geringste bekannt sei, so daß von deutscher Seite keine Gelegenheit, zu einem annehmbaren Verständigungsfrieden zu gelangen, irgendwie versäumt wurde". Was natürlich den Herrn Reichsminister Gothein, Mitglied dieser Regierung, nicht hindert, in seinem Buch „Warum verloren wir den Krieg?" die Schuld an diesem Verlust u. a. denen aufzubürden, „welche die Liquidation des unseligen Krieges durch einen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden, als ein solcher zu erreichen war, hintertrieben". Auch sein Kollege, der Finanzminister Dernburg, nimmt keinen Anstand, in seiner großen Rede vom 2. Mai 1919 „keinen Zweifel darüber obwalten zu lassen: diese Entwicklung (Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft) hätte sich durch rechtzeitigen anständigen Frieden vermeiden lassen". Gothein ist außer Minister auch 1. Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, und Dernburg, den er ins Amt gezogen hat, ist Halbsemit.

Wie der Schwindel von den verständigungsbereiten feindlichen Volksschichten dann im Herbst 1918 zu der Form der Waffenstillstands- und Friedensangebote und dem Zusammenbruch Deutschlands führte, ist noch zu frisch in aller Gedächtnis, um einer näheren Beleuchtung zu bedürfen.

Die meuternden Truppenteile an der Front waren größtenteils infolge des deutschen Lügenfeldzuges der Überzeugung, der Krieg werde deutscherseits nur der Eroberungen und Geldinteressen willen fortgesetzt; sie glaubten, sie brauchten nur mit dem guten Beispiel voranzugehen und den weiteren Kampf zu verweigern, dann würden es die Soldaten auf der feindlichen Seite ebenso machen; die Truppen würden beiderseits einfach nach Hause gehen. Genau so dachten die Soldaten in den Kasernen der Heimat, als sie sich regimenterweise von einer Handvoll Leuten, von denen die meisten noch kein Pulver gerochen hatten, entwaffnen oder wenigstens zur Gehorsamsverweigerung gegenüber ihren Offizieren und zum Anschluß an die Revolution bestimmen ließen und dadurch diesen fast überall von Stammesfremden geführten Leuten den Umsturz überhaupt erst ermöglichten. In Warschau ließen sich 20000 deutsche Soldaten von zusammengelaufenen kleinen polnischen Banden die Waffen, alle Vorräte an Munition, Geschützen, Gewehren, Proviant, Eisenbahnmaterial widerstandslos

abnehmen, um nachher wie eine Viehherde behandelt zu werden. Die Begründung, welche die Leute im Besetzungsgebiet und in der Heimat gaben, lautete durchwegs: „Es muß einmal ein Ende nehmen", und die Vorstellung, die sie damit verbanden, war genau die gleiche wie an der Front; wenn sie aufhören, hören die andern auch auf, und es löst sich dann alles in Friede und Wohlgefallen auf.

Am 28. November 1918 wußte Herr Liebknecht allerdings vor den Berliner Deserteuren auf einmal: „Der Friede Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges wäre ein Friede der Erdrosselung und könne nie und nimmer ein Friede von Dauer sein." Als die Alldeutschen das zur rechten Zeit sagten, waren sie Kriegsverlängerer.

Noch mitten im Zusammenbruch wurde der Schwindel fortgesetzt, es hieß, die französische Armee sei in voller Empörung, die englischen Vorpostenschiffe hätten sich mit den deutschen verbrüdert, die ganze englische Flotte meutere. Die Waffenstillstandsbedingungen bräuchten nicht durchgeführt zu werden, den feindlichen Armeen würde es nicht einfallen, deutsches Land zu betreten usw. usw. Nachdem an der schärfsten Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen nichts mehr abzuleugnen war, ging der Schwindel in genau der gleichen Weise mit den zu erwartenden Friedensbedingungen weiter. Die „Eingeweihten" im Gasthof Adlon wie in der letzten bayerischen Dorfschenke wußten, der Friede werde nicht so schlimm werden, als es jetzt den Anschein habe, denn der Demokrat Wilson, die sozialdemokratischen französischen, englischen und amerikanischen Genossen, die päpstliche Kurie würden eine völlige Vernichtung Deutschlands verhindern. Und wenn alles zu versagen schien, dann war immer noch die „Weltrevolution" da und mußte herhalten.

Unmittelbar nach der Einsetzung der zweiten Räteregierung in München beteiligte ich mich gelegentlich an den damals üblichen Straßenwortgefechten zwischen Spartakisten und andern. Die stets vorgebrachte Begründung der Spartakisten für ihr Vorgehen war: „Damoi (einmal) muß ogfanga wern; d'Franzosn san a Menschen wia mear; boal mear ofanga, tean d'andern a mit." Also auch hier wieder der „Verständigungs"gedanke. An der willigen Aufnahme dieser falschen Vorspiegelungen in der Masse des Volkes kann man erst ermessen, welchen ungeheuren Einfluß die Leute des Verzichtfriedens und der Völkerverständigung mit Hilfe ihrer Parteiorganisationen, ihrer Presse, ihrer freiwilligen Helfer auch heute noch haben, und daraus wird erst die volle Größe ihrer Versündigung an Volk und Reich klar.

Bei den Diplomaten war es dieselbe Sache. Endlich hatten es die Versöhnungspolitiker erreicht, ein Angebot stellen zu dürfen, das wirklich gar keinen Zweifel mehr ließ über den völligen Verzicht auf jede nur im entferntesten alldeutsch anmutende Forderung, an dessen „Aufrichtigkeit" wohl der verbissenste Feind glauben mußte, das das ganze Schicksal Deutschlands rückhaltslos dem Feinde anvertraute, das sich nur rechtfertigen läßt durch das jahrelang gepredigte Vertrauen auf jene sagenhaften versöhnungsbereiten Schichten in allen feindlichen Ländern, mit denen nur die bösen deutschen Militaristen unsere wahren Staatsmänner vom Schlage Erzbergers usw. nicht zusammenkommen ließen. Nun kamen sie zusammen! Und wo blieben jene Schichten? Die englischen Wahlen im Dezember 1918 gaben die vernichtende Antwort; sie entpuppten sich als jene jämmerliche Minderheit, für die sie die Alldeutschen immer erklärt hatten. Selbst die Führer der Pazifisten, Snowden, Yowett, Ramsey, Macdonald, sind unterlegen, von den Ministern, auf deren „Verständigkeit" man große Hoffnungen gesetzt hatte, Runciman, John Simon, Henderson,

Mc Kenna, Asquith, Masterman, Herbert, Samuel, ganz zu schweigen. Die englischen „Alldeutschen" mit Lloyd George an der Spitze errangen einen Riesensieg, und in Deutschland leiteten die Eberts, Erzbergers, Brockdorff-Rantzaus, Eisners usw. das Reich!

Genau so, wie der Ausbruch des Krieges und die allgemeine Feindschaft der Völker im August 1914 für die größte Mehrzahl der Deutschen eine namenlose Überraschung war, weil sie bis dahin in einem Meer des Schwindels gelebt hatten, waren die Folgen der Waffenniederlegung für die Mehrzahl des Volkes wieder eine grenzenlose Überraschung. Aber sie kam ebensowenig unverdient wie die im August 1914. Denn nach wie vor während des ganzen Krieges ließ sich die Mehrheit unseres Volkes von derselben Regierung, von derselben Presse, von denselben Leuten leiten, denen es vor dem Kriege blind vertraut hatte und seine grundfalschen Vorstellungen von der wirklichen Lage verdankte; nach wie vor ächtet es die Presse und die Männer, die ihm die Wahrheit sagten, und, was das Unglaublichste ist, auch nach dem Zusammenbruch des zweiten Schwindelgebäudes, das jene Kreise aufrichteten, erfreuen sie sich des ungetrübten Vertrauens der großen Massen des Volkes. Nicht einmal durch das Knistern und Krachen schon in den Fundamenten des dritten im Bau begriffenen Schwindelgebäudes, der sozialistisch-demokratischen deutschen Republik, ließen sie sich irremachen, sondern schauten bereits hoffnungsfreudig dem anderen Schwindelneubau, dem anglo-amerikanischen Völkerbund zur Niederhaltung Deutschlands und etwaiger Freunde desselben, entgegen. Die Veröffentlichung des Völkerbundsentwurfes riß die Vertrauenden aus allen Himmeln; aber schon hatten, wenigstens für die österreichischen Deutschen, die alten Gaukler ein neues Schattenspiel bereit: Die Entente würde mit dem liebenswürdigen Österreich viel, viel glimpflicher verfahren als mit dem verhaßten Preußen-Deutschland. Und wieder wurde ihnen geglaubt. Auch damit war es nichts. Aber schon weben die alten Taschenspieler wieder an einem neuen Truggewebe: man könne ruhig auch so harte Friedensbedingungen wie sie in den Gegenvorschlägen des Grafen Brockdorff-Rantzau enthalten seien, ja vielleicht die noch härteren der Entente auf sich nehmen; die Zeit, die Verhältnisse und die Händlerkünste der Schwarzrotgoldnen würden die Ausführung schon erträglich zu gestalten wissen. Wieviel Truggebäude der schwarz-rot-goldenen Internationale werden noch bersten müssen, bis auf den Trümmern die schwarz-rot-goldene deutsche Fahne flattert, von deutschen Männern gehalten und geschützt?

Polen und Elsaß.

Ein anderes Blatt aus dem Schwindelalbum. Wer war es doch gleich, der vor dem Kriege uns immer von dem edlen Volk der Polen erzählte, das nichts wollte, als im Rahmen des preußischen Staates ruhig und bescheiden seiner „Eigenart" leben, seine Kinder in der Muttersprache beten und seine Erwachsenen polnisch über die polnischen Belange reden lassen? Wer stellte es als bösartige Erfindung der Alldeutschen dar, wenn diese von Eroberungs- und Loslösungsbestrebungen der Polen sprachen und Enteignungsgesetze als Schutzmaßregel für das Deutschtum verlangten? Wer erklärte immer wieder, nur die Ausnahmegesetze hinderten den aufrichtigen Anschluß der Polen an Deutschland, und wären sie fort, wären die Polen die besten Bürger des Reiches? Kamen diese Wahrheiten nicht wieder alle aus den Winkeln Alljudaans und des Vatikans und ihrer Parteien? Wem geben die heutigen Ansprüche der Polen recht, nicht etwa nur auf die ostpreußischen, west-

preußischen und schlesischen Gebiete, die ein von langjährigen Schwindeltränken betäubtes Gehirn sich vielleicht auch als Racheakte für alldeutsche Unterdrückung auslegen könnte, sondern auch auf Gebiete der Litauer, Weißrussen und Ukrainer, die gewiß niemals die „Eigenart" der Polen durch Ausnahmegesetze gekränkt haben? Hätte man die alldeutsch-Bismarckſche Polenpolitik unter Wilhelm II. folgerichtig weitergeführt, so hätte Wilson auch keinen Scheinvorwand mehr gehabt, Millionen Deutscher polnischer Knechtschaft auszuliefern. Ein friedliches Nebeneinander der Deutschen und der Polen ist ausgeschlossen, solange nicht eines der beiden Völker auf eine europäische Machtstellung verzichtet. Ein Polen, das eine Machtrolle spielen will, muß nach dem Weichselwasserweg und nach dem Meeresanteil mit Danzig streben. Die Ziele aller Polen gehen dahin, Großmacht zu werden; dazu bedarf es weiter Strecken des Deutschen Reiches. Unsere Politiker aus dem B-System sind ja nun allerdings der Ansicht, es sei Deutschland, dem es gebühre, der Macht zu entsagen und sich auf Kultur und Wirtschaft zu beschränken. Sie entschlossen sich daher auch so leicht in ihren Gegenvorschlägen dazu, Rüstung und Kriegsschiffe preiszugeben, den größten Teil der Provinz Posen nebst der Hauptstadt an Polen abzutreten, und Polen nicht nur einen Freihafen in Danzig, sondern darüber hinaus auch noch solche in Königsberg und Memel einzuräumen. Es sollten also mit Hilfe der deutschen Regierung auf deutschem Gebiet gleich drei neue polnische Kolonisationsmittelpunkte auf einmal geschaffen werden; zwischen ihnen und dem Mutterlande wären auch bald die nötigen Zwischenstationen angelegt worden.

War es in Elsaß-Lothringen nicht genau der gleiche Schwindel wie in Polen? Hieß es da nicht, man brauche den Elsaß-Lothringern nur die Autonomie zu geben, dann wäre die langersehnte „Gewinnung der Herzen" da? Haben nicht auch hier die Alldeutschen völlig recht behalten, die voraussagten, die Autonomie für Elsaß-Lothringen bedeute nichts anderes als die Steigerung der Hetzarbeit jener kleinen Schicht Französlinge, welche die in ihrer Mehrheit neutralen Elsaß-Lothringer in die Arme Frankreichs treiben wollen, und die Lahmlegung der Volksbestandteile, welche für den Anschluß an Deutschland arbeiteten? Hat ein einziger der Hetzer, denen zuliebe Sozialdemokratie, Freisinn und Zentrum die Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens aufhoben, seitdem einen Finger für Deutschland gerührt, oder haben sie nicht alle die neugewonnene Freiheit ausgenutzt, um den Abfall vorzubereiten und Verräter großzuziehen?

Haben die polen- und welschfreundlichen deutschen Kreise es nicht immer als eine der Hauptursachen der deutschen „Unbeliebtheit" in der Welt, des deutschen Rufes der „Rückständigkeit" und der „Barbarei" hingestellt, wenn deutsche Kreise die Bewahrung des deutschen Elsasses und der größtenteils deutschen Ostmark für das Deutschtum forderten und zu diesem Zweck deutschen Schulunterricht, deutschen Religionsunterricht, deutschen Landerwerb und zwangsweise Einschränkung der welschen und allpolnischen Werbearbeit verlangten? Die Franzosen sitzen noch keinen Tag in Elsaß-Lothringen, die Polen noch keine Woche in den Ostmarken, da wird mit den schärfsten Zwangsmaßregeln gegen die deutschen Bewohner vorgegangen, Schulen und Gottesdienst werden französisiert, die Altdeutschen werden aus dem Lande gejagt und ihr Besitz enteignet, deutsche Beamte werden abgesetzt, die sich welsch Gebärdenden erhalten Nahrungsmittel, die anderen nicht; Französisierungs- und Polonisierungsarbeit in schärfster Form. Genau so verfahren die Italiener in Südtirol, die Russen in den Ostseeprovinzen. Wo bleiben da die Proteste unserer alljüdischen und ultramontanen Presse über Barbarei und Rückständigkeit der

Franzosen, der edlen Polen, der Italiener? Über die polnischen Pogrome, ja, da wird einigermaßen geklagt, aber sonst? In den alljüdischen deutsch geschriebenen Blättern des Auslands, z. B. in der Neuen Zürcher Zeitung, stand sonst alle 14 Tage ein Aufsatz über das Unrecht, das die Deutschen den Elsässern oder den Polen antäten; über das Unrecht, das den Deutschen von den Franzosen angetan wird, schreiben die Prinz Alexander Hohenlohe, die Frieds und wie die ausländischen Freunde unserer Reichstagsmehrheit alle heißen, bis jetzt kein Wort. Höchstens ertönt im Auslande hie und da eine bittende Stimme aus Alljudaans oder des Vatikans Gefilden, man möge den Deutschen — Mitleid und Lebensmittel schenken. Dann ist alles gut. Alles andere ist unrecht, wenn man es Polen, Elsässern, Italienern oder Serben antut; wenn man es dem Deutschen antut, ist es gutes Recht der anderen. Verhungern will man ihn, soweit man pazifistisch gesinnt ist, nicht lassen; das läßt man auch die Hunde in Europa nicht; er kann sonst auch seine Pazifisten nicht mehr ernähren; aber darüber hinaus fordert keine amerikanische, englische, schweizerische, holländische, alljüdische oder vatikanische Stimme das Recht für die Deutschen, das unsere eigene Reichstagsmehrheit und ihre hoböhmischen Freunde stets für Polen und Welschlinge heischten, und unsere eigene Reichstagsmehrheit und ihre Freunde treten sehr, sehr viel schüchterner und überzeugungsloser für dieses Recht ein, als sie es jemals für Polen und die Wetterlés, Preiß' und Hansis taten. In Amerika werden die Deutschamerikaner unter dem „gerechten" Wilson nicht gerade mit Ausnahmegesetzen anglisiert, aber es wird ihnen mit den Kriegsgesetzen ihr Deutschtum gründlich verleidet, und überall werden amerikanische Frauenkomitees gebildet, die sich die planmäßige Amerikanisierung der deutschen Bevölkerung zum Ziel setzen. Die deutschen Städte werden in Bezirke eingeteilt, für jeden wird eine Dame bestimmt, die von Haus zu Haus geht und den Inwohnern die großen Vorteile der Kenntnis der englischen Sprache usw. klarmacht. Wie stark ein solcher Zwang in Amerika wirkt, wird jeder wissen, der Amerika kennt. Man denke sich einmal, der Alldeutsche Verband hätte in Elsaß-Lothringen und in den Ostmarken versucht, solche Komitees zu bilden. Welches Geschrei hätte sich sofort in der alljüdischen und ultramontanen Presse und im Reichstag erhoben! Man stelle nur immer wieder, wie schon gesagt, solche Vergleiche an zwischen der Behandlung, welche die alljüdische und ultramontane Presse genau den gleichen Erscheinungen zuteil werden läßt, je nachdem sie im Ausland oder im Reich vor sich gehen, und man wird immer stärker erschrecken über die Schwindelatmosphäre, in der das deutsche Volk seit Jahrzehnten lebt und atmet.

Ludendorff und der Ostfrieden.

Der Militärschriftsteller der Münchner Neuesten Nachrichten, bekanntlich eine der eifrigsten alljüdischen Verfechterinnen des B-Systems, brachte am 30. Oktober einen Aufsatz über Ludendorff, der ganz im Stile der üblichen B-Systemnachrufe auf verdiente deutsche Männer gehalten ist. „Als Soldat war er zweifellos ein hervorragendes Talent. Mit dem Ausdruck Genie soll man weniger verschwenderisch umgehen... Das Urteil, daß ein Mensch ein Genie war, kann nur die Geschichte fällen" usw. Die Geschichte hält sich immer nur an die Leistungen, und die Leistungen der beiden Heerführer Hindenburg und Ludendorff im Osten und Westen liegen offen zutage.

Die Lage im Osten war im Spätherbst 1914 nahezu verzweifelt, und die wenigsten haben damals geahnt, von welchem Abgrund Hindenburg und Ludendorff das Reich

damals zurückgerissen haben. Intriguen, denen Bethmann Hollweg in keiner Weise entgegentrat, legten dann die beiden auf lange Zeit lahm. Die Bemühungen der „Alldeutschen", welche unermüdlich auf eine Berufung der beiden drängten, liefen sich an dem Berliner Widerstand tod, der von den Parteien der Reichstagsmehrheit gestützt wurde. Man hörte damals in den demokratischen Blättern nichts von einem Ruf nach Platz für die Tüchtigen. Als Hindenburg und Ludendorff am 29. August 1919 endlich den Oberbefehl übernahmen, hatte Brussilow seinen gewaltigen Vorstoß unternommen, und Rumänien eben den Krieg erklärt. Wieder erschien die Lage fast hoffnungslos, und wiederum rettete die Feldherrnkunst Hindenburgs und Ludendorffs das Reich.

Die Lage im Westen war bereits durch Moltke, der sich selbst seinerzeit schon im Frieden bei Übernahme seines Amtes als ungeeignet für dasselbe erklärt hatte, völlig verfahren. Wie weit für das Fehlschlagen des Angriffs auf Verdun die Strategie Falkenhayns verantwortlich zu machen ist, und wie weit dabei das Versagen der Unterführer mitgespielt hat, läßt sich heute schwer überblicken. Man darf nicht vergessen, das System, die selbständigen und hervorragenden Köpfe nicht an führende Stellen gelangen zu lassen, herrschte unter Wilhelm II. und seinen demokratischen Ratgebern nicht nur in der Diplomatie, der Beamtenschaft und in allen freien Berufen, sondern auch beim Militär, und kühne Pläne eines Feldherrn erfordern verwegene Unterführer, nicht nur auf ihre Grammatik eingeschworene Generalstäbler. Die von Hindenburg und Ludendorff 1918 auch im Westen erzielten Erfolge waren glänzend. Ihre militärischen Erfolge im Osten wie im Westen zwingen uns, beide Heerführer zu den genialen Feldherren zu rechnen.

Dennoch ist Ludendorff zu Recht gegangen. Der „Matin" behauptet (Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 555 vom 29. 10. 1918), die Einnahme von Paris, die Kapitulation Frankreichs und das baldige Ende des Krieges hätten sich unter den Versicherungen befunden, die Ludendorff noch am 14. Mai 1918 deutschen und neutralen Journalisten abgab. Wie dem auch sei, jedenfalls sind die Pläne Ludendorffs im Westen nicht geglückt. Starke Mißerfolge werden im guten alten preußischen Militarismus gesühnt durch Rücktritt der Verantwortlichen, einerlei ob sie selbst verschuldet oder von anderen verschuldet sind. Auch Napoleon konnte Offiziere, die Pech haben, nicht brauchen. Beim Militär herrschte noch das alte Bismarcksche System, das sich darin äußerst vorteilhaft von dem zurzeit blühenden politischen B-System unterscheidet. Im B-System begründen bekanntlich Mißerfolge die Anwartschaft auf die leitenden Stellen, und die sich häufenden Mißerfolge verketten die Inhaber der leitenden Stellen immer fester mit den Stühlen, auf denen sie sitzen. Das A-System hätte allerdings auch einen strategisch bewährten Nachfolger und nicht einen auf dem Gebiet der Verkehrsorganisation hervorragenden und bei den Demokraten beliebten Nachfolger wie Groener erfordert; aber der Rücktritt Ludendorffs war ja ein Sieg des B-Systems, nicht der militärischen Grundsätze des A-Systems, und bedeutete die Kapitulation Deutschlands. Dafür und für den Rücktransport der Truppen war Groener vielleicht der geeignetste Mann.

Der Militärschriftsteller der Münchner Neuesten Nachrichten schreibt ferner: „Anderseits wird man auch Ludendorff noch keinen Vorwurf dafür machen können, daß die Saloniklarmee Serrails damals, als man mit Rumänien fertig war, nicht angegriffen und in das Meer geworfen wurde; das war einer der entscheidendsten

militärischen Fehler des Weltkrieges." Tatsächlich wird die Unterlassung von anderen Seiten Ludendorff in die Schuhe geschoben.

In Wirklichkeit wäre die richtige Gelegenheit zum Vormarsch auf Saloniki nach der Durchbruchsschlacht von Gorlice und der Niederwerfung Serbiens gewesen. Damals waren Russen und Serben auf Monate hinaus zur Untätigkeit verdammt. Graf Andrassy führte am 6. September 1916 im ungarischen Abgeordnetenhaus aus: „Ich kann ohne Gefahr und Nachteil behaupten, daß wir die stärkste der gegen uns kämpfenden Armeen vernachlässigt und Rußland 8 bis 10 Monate lang Zeit gelassen haben, sich wieder aufzurichten. Ich bin aus den angeführten Gründen der Ansicht, daß die schärfste Beaufsichtigung der auswärtigen Politik berechtigt ist."

Graf Andrassy berührt hier die Schuldfrage. Alle Welt erwartete nach der Niederwerfung Serbiens den Vormarsch auf Saloniki. Man hätte damit Griechenland stützen und Rumänien vor die Wahl: Anschluß an die Mittelmächte oder Krieg — stellen können. Es hätte sich angesichts der Lage und seiner militärischen Unvorbereitetheit sehr wohl überlegt, den Krieg zu wählen, und wir wären mit Petroleum, Mehl usw. bis zum Kriegsende versorgt gewesen. Wäre dann Tirpitz der Kampf gegen England gestattet worden, so hätte allem menschlichen Ermessen nach der Krieg im Herbst 1916 mit einem vollen Sieg Deutschlands geendet. Lloyd George meinte am 22. August 1916 im Unterhaus: „Deutschland hat seine Gelegenheit verpaßt."

Die Pläne zum Durchbruch von Gorlice und dem Feldzug gegen Serbien stammten von Falkenhayn und Hötzendorff. An den militärischen Kräften zur Durchführung des Zuges auf Saloniki hat es nicht gefehlt; sie waren vorhanden. An dem Willen Falkenhayns hat es auch nicht gefehlt. Es war lediglich die grundsätzliche von der herrschenden Reichstagsmehrheit stets unterstützte Bethmannsche Politik der Schwäche, welche von einer andersartigen „aggressiven", „alldeutschen", in Wirklichkeit einfach aktiven Politik, nichts wissen wollte. Es war jene ständig verfolgte Politik, welche immer abwartete, was der andere tat, und nie selbst etwas tat, die Politik des sich Schiebenlassens und des Leidens an Stelle des Handelns. Es war dieselbe Politik, die damals den Beginn des U-Bootkriegs verhindert hat, der uns den Abfall Rumäniens, zwei Jahre Kriegsführung und den Zusammenbruch erspart hätte. In der entscheidenden Sitzung über den U-Bootkrieg im Frühjahr 1916 war Falkenhayn für ein rücksichtsloses Vorgehen gegen England, Bethmann aber wußte die Reichstagsmehrheit hinter sich, und seine Politik trug den Sieg davon.

Ein Jahr darauf, nach der Niederwerfung Rumäniens, wäre nochmals die Gelegenheit gewesen, auf Saloniki zu marschieren. Die militärische Kraft wäre wieder da gewesen, die Bulgaren wären mit größtem Vergnügen mitmarschiert, und wenn die politische Anregung dazu gegeben worden wäre, hätte sich Ludendorff sicher nicht dagegen gesträubt. Aber wie die Politik Bethmanns im Jahre 1916 völlig beherrscht war durch die Furcht vor der Sozialdemokratie, England und Rumänien, war sie im Jahre 1917 beherrscht durch die Furcht vor der Sozialdemokratie und vor Österreich. Zentrum und Freisinn fürchtete er nämlich nicht, weil er deren Wohlgefallen stets sicher war; für deren Machtansprüche war er gerade der richtige Mann. Nur auf die Politik des Kanzlers der Reichstagsmehrheit, des Herrn von Bethmann Hollweg, der den Bulgaren den Vormarsch auf Saloniki telegraphisch verbieten ließ, war das militärische Versäumnis des Vormarsches auf Saloniki zurückzuführen.

Der dritte militärische Vorwurf, der gegen Ludendorff erhoben wird, ist die Zersplitterung der deutschen Streitkräfte in den östlichen Staaten. Dieser Schritt hängt bereits eng mit der Politik Ludendorffs zusammen und kann von den Friedensschlüssen von Litauisch-Brest und Bukarest nicht getrennt werden.

Diese Friedensschlüsse sind verständlich nur aus der politischen Anlage des Herrn von Bethmann-Hollweg heraus; Hertling vollzog lediglich, was ihm Bethmann hinterlassen hatte. Bethmann war eine passive Natur. Weder er noch Ludendorff haben in Wirklichkeit diese Friedensschlüsse getätigt. Der äußeren Form nach haben den Frieden mit der Ukraine die Ukrainer und ihre Freunde in Deutschland, den mit Finnland die Finnen und ihre deutschen Freunde, den mit den Rumänen die Rumänen und ihre Freunde in Österreich geformt. Die Ukrainer waren keineswegs ein Werkzeug der deutschen Politik, sondern kamen ungerufen nach Brest-Litowsk, und die deutschen Unterhändler haben lediglich zugegriffen. Über das Schicksal der baltischen Provinzen entschieden die Balten und ihre deutschen Freunde, über das der Polen die Polen und ihre polnischen und deutschen Freunde. Bethmann ließ sich überall schieben. Die Weißrussen hatten keine Freunde in Deutschland und wurden infolgedessen auch nicht abgetrennt von Rußland. Bethmanns Herz und Sinn waren teilnehmend dabei nur bei den Polen; die Befreiung der polnischen Juden und der übrigen Polen kitzelte sein „Weltgewissen", und er erwartete davon Beifall von Freund und Feind. Daher war auch die polnische Frage die einzige, in der er sich dazu aufraffte, mit der Erklärung zum Königreich eine vollendete Tatsache zu schaffen. Sogar in Kurland, mit dessen Erwerb er liebäugelte, begnügte er sich mit dem „Rahmen". Seine Nachfolger setzten diese passive Rahmenpolitik fort.

Dieser Rahmen sah alldeutsch aus und entsprach ungefähr den alldeutschen Kriegszielen. Er erfüllte sogar Forderungen, deren Erfüllung die Alldeutschen selbst als reichlich kühn erst in zweiter oder dritter Linie zu erhoffen wagten, wie die Losreißung Finnlands und der Ukraine. Diese Forderungen wie sämtliche anderen wurden auch nur verwirklicht, weil die das B-System hauptsächlich leitenden Männer — Leute wie Bethmann sind immer nur Vollzieher der Politik anderer — den alldeutschen Rahmen geeignet fanden, um ihn mit ihren wirtschaftlichen Zielen auszufüllen. Die an den Drähten der B-Systemler ziehenden Spieler sitzen in den Großbanken und in der Weltwirtschaft. Selbstverständlich verfolgten auch die Alldeutschen mit den Plänen im Osten wirtschaftliche Ziele, die sich sogar mit denen der Berliner und Hamburger Puppenspieler ziemlich weitgehend deckten, namentlich was Finnland, die Ukraine und Transkaukasien betraf. Aber die Weltwirtschaft ist den Alldeutschen stets das Sekundäre; in erster Linie ist es ihnen um deutsche Volks- und Machtpolitik zu tun; hieraus ergibt sich die wirtschaftliche Macht von selbst. Das B-System schaltete bei dem Ostfriedensschlusse diese beiden Gesichtspunkte so gut wie ganz aus und erfüllt den äußeren alldeutschen Rahmen fast nur mit Wirtschaftspolitik. Daher wurde machtpolitisch auch alles in der Schwebe gelassen, obwohl nicht der mindeste vernünftige Grund vorlag, Kurland z. B. nicht schon vor 3 Jahren in enger Form an das Deutsche Reich anzuschließen. Aber den herrschenden Männern kam es nur auf die Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen an; alles andere „eilte nicht". In Rumänien konnte sich Kühlmann Rahmen und Inhalt frei wählen, soweit Österreich es erlaubte; es wurde denn auch hier für Deutschland ein reiner Bankenfrieden ohne jede Berücksichtigung deutscher volks- oder machtpolitischer Gesichtspunkte geschlossen, wenn man nicht

etwa den Judenparagraphen als volkspolitische Tat und Kühlmann als Vertreter des jüdischen Volkes betrachten will. Der österreich-ungarischen Machtpolitik des Kaisers Karl und des Grafen Czernin, welche die ungarischen Annexionen verlangten, hat sich Kühlmann einfach untergeordnet und dabei weder auf Ludendorff noch auf die Alldeutschen gehört. Wenn man überhaupt Ludendorff als Seele der Friedensschlüsse im Osten betrachten will, so hat er dabei jedenfalls nicht die Wünsche der Alldeutschen erfüllt, denn diese hätten den Inhalt des Rahmens alldeutsch gestaltet und einzelne Ostländereien schon längst so eng mit dem deutschen Reiche verkettet, daß kein Ententefrieden sie wieder hätte losreißen können.

* * *

Eines der führenden alljüdischen Blätter setzte 1918 seinen Lesern einen Sylvesterpunsch vor, fast ohne jede anderen Zutaten zusammengebraut aus politischer Torheit und politischem Schwindel, in dem sich folgender Satz befand: „Es kam der ‚unselige Friede' von Brest-Litowsk, der uns die Reste der etwa noch vorhandenen Sympathien kostete, in dem bewiesen wurde, daß Deutschland keine Politiker hatte, sondern einen Alleinherrscher Ludendorff." Für wie unsagbar dumm muß die Zeitung ihre 200000 Leser, vom Kleinbürger angefangen bis zum Minister, einschätzen, um ihnen jetzt noch den Schwindel von den „Sympathien" und ihrer Rolle in der Weltgeschichte vorsetzen zu können! Also wenn wir einen sehr „sympathischen" Frieden geschlossen hätten, den Russen wieder ihre alten Grenzen gegeben, vielleicht auch noch eine Kriegsentschädigung an sie gezahlt hätten, dann würden die Polen sicher alle ihre Gelüste auf Danzig und anderes deutsches Land, die Tschechen ihre Großmachtträume aufgegeben haben, Frankreich hätte einem so großmütigen Volk gegenüber gerne auf Elsaß-Lothringen, Italien auf Südtirol verzichtet, Lenin und Trotzki hätten ihre bolschewistischen Truppen begeistert dem Deutschen Kaiser zur Verfügung gestellt, und alles wäre noch schön und gut geworden!

Der Schwindel von der zu großen Härte des Litauisch-Brester Friedens wirkt besonders unangenehm, wenn man sich vorstellt, es wäre den Helden der Reichstagsmehrheit, den Erzbergers, Haußmanns, Scheidemanns gelungen, für Deutschland einen entsprechenden Frieden herauszuschlagen. Also einen Frieden, der von Deutschland ebenso ausschließlich nur von Nichtdeutschen bewohnte Gebietsteile losreißt, wie die Baltischen Provinzen, Litauen und Polen nur von Nichtrussen bewohnt sind, der im Innern den neuen und alten Bundesstaaten ebensoviel politische und wirtschaftliche Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten läßt wie der Brester Frieden den russischen Teilstaaten, der von Deutschland keine höheren Entschädigungen fordert, als entsprechend den paar Milliarden, die Rußland für völkerrechtswidrige Schäden zu zahlen hatte, der endlich den Hauptnutzen für den Feind in Form von Handelsverträgen enthält, die für Deutschland ebenso vorteilhaft sind wie die Brester Verträge für die Ukraine und für Rußland und die Bukarester für Rumänien. Ob da wohl eine einzige der alljüdischen und erzbergerischen Zeitungen von Sympathien spräche, die sich die Entente mit einem solchen Frieden verscherze, oder ob nicht alle diese Blätter überströmten von Lobeshymnen über die großen Männer ihrer Partei, die so günstige Friedensbedingungen herauszuschlagen verstanden hätten, und von Anerkennungsgesängen für die Feinde, die in so sympathischer Weise den Gedanken

der Mäßigung und des Völkerbundes aufgegriffen hätten? Es ist überhaupt immer zu empfehlen, die jeweiligen Fälle umzukehren; man erkennt dann erst, wie bewußt der Schwindel von den Leuten gehandhabt wird, auf die heute noch die Mehrheit des deutschen Volkes hört.

Die „Sozialistische Korrespondenz" (nach der „Deutschen Zeitung", Nr. 214, 10. V. 1919) schrieb: „Alle die Länder, die durch Deutschland im Frieden von Brest-Litowsk von Rußland losgerissen wurden, bleiben also nach dem Urteil der sozialistischen Internationale (internationale Sozialistenkonferenz in Bern) von ihnen geschieden, weil sie einfach nicht zu Rußland gehören." „Die Internationale selbst beschließt, was ihnen (den deutschen sozialistischen Verdammern des Brest-Litowsker Friedens) Sünde gegen die Internationale schien." Von den Bedingungen, die die Entente dem russischen General Koltschak für ihre Unterstützung stellte, lauteten die Punkte 4 und 5: „4. Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands und Polens und Überweisung aller schwebenden Fragen zwischen Rußland und diesen beiden Staaten an den Völkerbund. 5. Regelung der Beziehungen zwischen Koltschak und Estland, Litauen, Livland, Kaukasien und Transkaspien durch den Völkerbund. Solange die Entscheidung über diese Beziehungen schwebt, wird Koltschak die Unabhängigkeit dieser Gebiete und ihre Abmachungen mit der Entente anzuerkennen haben." Es sind also wieder nur deutsche oder deutschjüdische Demokraten und Sozialdemokraten und Ultramontane, welche in ihrem Haß gegen alles Deutsche den Litauisch-Brester Frieden als „alldeutsche Gewalttat" verschreien; die internationale Sozialistenkonferenz einerseits, die Entente anderseits erblickt darin die gerechtfertigte Befreiung geknechteter Völkerschaften.

Der Friede von Brest-Litowsk war wirtschafts-politisch geradezu genial angelegt. Die Truppen im Westen brauchten auf diesen Frieden hin gar keinen Sieg mehr zu erringen, sondern nur so lange auszuhalten, bis die Feinde zu einem Frieden auf Grund des status quo im Westen bereit waren. Ja, selbst in dem schlimmstmöglichen Fall, mit dem damals ein Politiker rechnen konnte, mit einem Westfrieden um den Preis Elsaß-Lothringens und sämtlicher Kolonien, hätte man sich auf Grund des Brest-Litowsker Friedens abfinden können; denn dieser Friede eröffnete dem deutschen Volk ein Arbeitsfeld im Norden bis Finnland, im Süden bis Afghanistan und Persien, das auf ein Jahrhundert hinaus dem deutschen Volk eine wirtschaftliche Blüte gesichert hätte. Der Fehler Ludendorffs lag an der oben schon erwähnten Stelle: er ließ sich seine Politik, um mit Dr. Liek zu reden, entscheidend beeinflussen von den Vertretern der deutschen Provinz Alljudaan, deren wirtschaftliche Interessen in diesem Fall zusammenfielen mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, ja zum Teil sogar, wie Dr. Liek ausführt, mit denen der Hauptregierung in London, und schaltete wie immer die deutschen Berater aus. Eine deutsche Politik hätte Hand in Hand mit der Wirtschaftspolitik staatliche Machtpolitik gehen lassen müssen. Schon die Waffenstillstandsbedingungen mit den Bolschewisten waren schwächlichste alljüdische Mache. Kühlmann hätte nach den ersten acht Tagen, in denen sich seine Unfähigkeit bereits klar herausstellte, durch einen Vertreter deutscher Staatspolitik ersetzt werden müssen, und niemals hätte man ihm erlauben dürfen, nachdem er sich und das Deutsche Reich drei Monate von Lenin und Trotzki an der Nase herumführen hatte lassen, im Bukarester Frieden wieder den Wurm ins Gebälk des Ostfriedens zu setzen und dort fast nur mehr als Vertreter der deutschen Provinz Alljudaans zu handeln. Spätestens vom 1. Januar 1918 an hätte man den Bolschewiken die harte Faust

zeigen und in Estland und Finnland, gegebenenfalls sogar in Petersburg einmarschieren müssen; damit hätten wir uns die „Sympathien" des wichtigeren Teiles des russischen Volkes erwerben können, die jetzt auf dem gleichen Wege der Entente zufallen, und hätten uns die bolschewistische Ansteckung erspart. In der Ukraine hätten wir als die siegreichen Befreier einziehen müssen und vom ersten Tage an Getreide und Wolle als selbstverständlichen Tribut des Siegers und Befreiers fordern müssen, nicht aber die Ukraine mit einer Herde schachernder Abgesandter Berlin-Alljudaans überziehen lassen dürfen, um nachher, als die militärischen Zwangsmaßregeln doch notwendig waren, unsere prachtvollen deutschen Soldaten die Rolle der Gerichtsvollzieher für jüdische Getreidehändler spielen zu lassen. Schon längst vor dem Frieden hätte eine vernünftige deutsche Machtpolitik die besetzten Gebiete Kurland und Litauen als deutsche Gebiete erklären und zielbewußt eindeutschen müssen; in diesen niemals russisch und niemals selbständig gewesenen Völkerschaften mit der deutschen Oberschicht lagen die Bedingungen so günstig wie möglich, und in den drei Jahren, die man Zeit gehabt hatte, hätte man das Land leicht weit genug gebracht, um es selbst im Unglück freiwillig an unserer Seite halten zu können.

* * *

Aber da stand ja wieder ein anderer ungeheurer alljüdischer Schwindel im Weg, der Schwindel vom „Selbstbestimmungsrecht". Jedes Volk schwärmt von „Selbstbestimmungsrecht" und jedes faßt es im gleichen Sinne auf: das Selbstbestimmungsrecht über die eigene Zukunft geht dem Selbstbestimmungsrecht jedes anderen Volkes selbstverständlich vor, und jedes Volk hat seiner Macht gemäß das Recht, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker so weit zu beschneiden, als es seine eigenen Belange erfordern. Jedes andere Volk verfährt demgemäß, mögen es große Völker wie die Franzosen, Engländer, Amerikaner und Italiener oder kleinere wie die Polen, Tschechen, Slowaken, Serben, Rumänen sein.

Nach den deutschen Gegenvorschlägen selbst sollten allein 2½ Millionen Deutsche im Osten, über 1½ Millionen Deutsche im Westen (Elsaß-Lothringen) von Deutschland losgerissen werden. Von Deutschösterreich werden auch annähernd 4 Millionen deutscher Staatlichkeit verlorengehen. Weitere 2 Millionen sind durch das Zugeständnis von Abstimmungen in Gegenden, in denen die Deutschen weitaus in der Mehrheit sind, aufs ärgste gefährdet, weil ja dank unserer schwarz-rot-goldenen Herrschaft im Reich, namentlich in den unteren deutschen Schichten, niemand deutsch erzogen und völkisch rückgratfest ist; soziale und religiöse Verlockungen lassen sie leicht auf ihr Volkstum verzichten. Etwa 10 Millionen Deutsche dürften unter fremde Herrschaft geraten, alles unter Geltung des „Selbstbestimmungsrechts". So wie es Wilson und alle anderen mit Ausnahme der deutschen Gegner eines deutschen Friedens auffassen.

Alle die anderen verfahren auch so, wie Deutschland in Kurland und Litauen hätte verfahren sollen; kaum sitzen ein paar Soldaten in den besetzten Ländern und Städten, beginnt man mit der Nationalisierungspolitik und sucht vom ersten Tage an eine vollendete Tatsache zu schaffen, mit der man später auf Friedenskonferenzen u. dgl. aufwarten kann. Nur dem deutschen Volke wurde von seiner alljüdischen Presse, zu der unter Bethmann und seinen Nachfolgern auch die Regierungspresse gehört, die Meinung eingebläut, unter den über ihr Schicksal selbst bestimmenden Völkern stünde an letzter Stelle das deutsche; zuerst müßten die kleinsten östlichen Volkssplitter „selbst be-

stimmt" haben, wie sie sich die Zukunft gestalten wollen, und dann erst dürften die Deutschen darüber bestimmen, ob sie mit Erlaubnis dieses Volkssplitters ihren Bevölkerungsüberschuß auf dünnstbesiedelten unerschlossenen Ländereien vor ihren Toren unterbringen dürften oder ob sie ihn in Kongosümpfen und fremden Völkern verkommen lassen müßten. Und wenn ja irgendwo ein Volksteil sich in deutschfreundlichem Sinne betätigen wollte, wie die Balten oder die Flamen, dann hielten diese deutschen Selbstbestimmungsschwärmer sie künstlich zurück. Hätte die deutsche Regierung vom ersten Tag der Besetzung an, wie es die Alldeutschen verlangten, die Flamenbewegung in Belgien zielbewußt gefördert, dann könnten heute die Welschlinge Belgiens keine Flamen internieren, weil sie sonst ganz Flamenland in ein Internierungslager verwandeln müßten.

Aber diesen Selbstbestimmungsschwindel hat Ludendorff nie mitgemacht.

Tatsächlich pflegen sich die Ludendorffgegner auszuschweigen darüber, was in dem Ostfrieden eigentlich auf seine Rechnung zu setzen sein soll. Als im Winter 1916/17 beschlossen wurde, Ludendorff den Weg Tirpitz' gehen zu lassen, weil er hinreichend verdächtig war, nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch machtpolitische Ziele zu verfolgen, wurde gegen ihn mit der Behauptung gearbeitet, er und Hindenburg hätten die Schaffung des Königreichs Polen veranlaßt. Auch Graf Hertling beteiligte sich an dieser Arbeit. Diese Behauptung war eine grobe Entstellung der Wahrheit. Die Ausrufung des Königreichs Polen wurde am 12. und 13. August von Bethmann und Burian in Wien beschlossen. Hindenburg hat die Oberste Heeresleitung erst am 29. August übernommen und sah sich vor eine vollendete Tatsache gestellt. Erfahren hat Hindenburg von diesem Beschluß erst, als Bethmann Beseler zu ihm ins Hauptquartier zu Pleß schickte und ihm den Plan mit der Aussicht auf fünf Divisionen Freiwillige und bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sogar auf eine Million ausgebildeter Soldaten mundgerecht machen ließ. Wenn Ludendorff dann erklärte, nachdem einmal das Königreich unabänderlicher staatsmännischer Entschluß sei, seien ihm die fünf Divisionen und die Million heute lieber als morgen, so war das eine einfache militärische Selbstverständlichkeit und keine politische Einmischung[1]).

Außerdem wird Ludendorff der Einmarsch der deutschen Truppen im Februar 1918 in Estland und Livland zur Last gelegt. Dieser Einmarsch war aber aus rein militärischen Gründen notwendig, um durch die damit verknüpfte Bedrohung Petersburgs den Friedensschluß mit Rußland, den Kühlmanns fabelhaftes Ungeschick so mutwillig um fast drei Monate verzögert hatte, zu beschleunigen. Auch der Friedensschluß mit Finnland bekam erst mit der Besetzung Estlands und Livlands den nötigen Rückhalt. Wenn Kühlmann Ludendorff gegenüber seinen Willen durchgesetzt und den Einmarsch verhindert hätte, dann hätten wir vermutlich noch einmal zwei bis drei Monate auf den Friedensschluß mit Rußland warten und uns einstweilen an Kühlmann-Trotzkischen Zwiegesprächen über Selbstbestimmungsrecht und ähnlichen Scherzen erbauen können. Auf den Einmarsch selbst sind wieder keinerlei politische Taten im alldeutschen Sinne gefolgt; man hat die Esten und Livländer um Anschluß bitten lassen und ihnen mit schönen Adressen geantwortet, aber geschehen ist so gut wie nichts. Tatsächlich ist Ludendorff nicht über seine Politik, sondern über seinen Siegeswillen gefallen; trotz seines Waffenstillstandsangebots

[1]) Vgl. auch: Geheimrat Dietrich Schäfer, „Die Schuld an der Wiederherstellung Polens". „Deutschlands Erneuerung", Juliheft 1919, S. 453. Auch als Flugschrift (Preis 50 Pfennig) erschienen.

erstrebte er noch immer einen der militärischen Lage entsprechenden **guten** Frieden und **das** war es, womit die Verzichtsmehrheit des Reichstages nicht einverstanden war.

Nachdem einmal für den Ostfrieden der alldeutsche Rahmen angenommen worden war, mußte man ihn auch erhalten, auch wenn sein Inhalt wirtschaftspolitisch war. Die in Finnland, Polen, der Ukraine und südöstlich davon verteilten Truppen erfüllten bis zum Schluß ihren Zweck dort besser als an der Westfront und entlasteten dieselbe. Wirtschaftspolitisch ermöglichten sie uns die Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Ukraine, Rumänien, der Türkei usw. In Bulgarien aber hatten wir zu wenig Truppen stehen, nicht zu viel, und wenn hier ein militärischer Fehler gemacht worden ist, so war es der, nicht rechtzeitig Verstärkungen geschickt zu haben. Der Zusammenbruch der bulgarischen Front beruht wie der der österreichischen und deutschen nicht auf einem Sieg der Entente, sondern auf dem Nichtmehrwollen der eigenen Truppen. Drei bulgarische Divisionen hatten sich mit den gegenüberstehenden verständigt, die Bulgaren sollten in einem Scheinkrieg vor den Serben zurückweichen bis an die alte bulgarische Grenze, und die Serben sollten sie bis dahin verfolgen. Die Serben hielten allerdings die Abmachungen nicht ein, sondern schossen auf die sich zurückziehenden Bulgaren, die sich zwar schwach wehrten, aber bald in ernsthafte Flucht geschlagen wurden. Die Wut der Soldaten wandte sich gegen ihre eigenen Offiziere, von denen sie sich selbst verraten fühlten; ein kleiner Teil von etwa 600 Mann zog gegen das Hauptquartier, ein anderer, der auf 12—20000 Mann geschätzt wird, gegen Sofia. In Sofia reichten ihnen die dortigen Revolutionäre die Hand und erzwangen die Freilassung der Brüder Genadieff sowie die des sozialistischen Bauernführers Stambulowiski. Stambulowiski spielte ein merkwürdiges Doppelspiel; er gebärdet sich gleichzeitig königsfreundlich und revolutionär. Das Ministerium Malinow war von der ganzen Entwicklung der Lage keineswegs entzückt.

Um diese Zeit — etwa um den 27. September herum — hätte eine ausreichende deutsche Truppenmacht in Sofia noch eine völlige Änderung der Lage zu Deutschlands Gunsten bewirken können. Die Armee Sarrails betrug zwischen 120—130000 Mann und war auf eine weite Strecke auseinandergezogen. Ein rasches Eingreifen deutscher Truppen im Verein mit den treu gebliebenen bulgarischen Truppen hätte die Ententearmee einer vernichtenden Niederlage ausgesetzt. Wäre die Diktatur nötig gewesen, so war in General Sawoff, der das Vertrauen der bulgarischen Truppen genoß, der richtige Mann dafür vorhanden. Ein neues nationales Ministerium hätte rasch gebildet werden können. Aber die deutschen Truppen waren eben nicht da, und General Sawoff weilte noch in Wien. Wenige Tage später war es zu spät; die Bolschewisten waren tatkräftig vorgegangen und hatten sich der Eisenbahnen bemächtigt; der König wollte seinem Land einen Bürgerkrieg ersparen, gab nach und dankte später ab.

Wer die Schuld an dem nicht rechtzeitigen Eintreffen der deutschen Truppen trägt, ist noch nicht klar zu erkennen. Der deutsche Militärbevollmächtigte Oberst von Massow und der deutsche Gesandte Graf Oberndorf dürften ihre Schuldigkeit getan haben. König Ferdinand hat erklärt, er habe noch rechtzeitig in Nauheim drei Divisionen vom Kaiser angefordert; er habe dort auch den Kaiser vor den 7000 Tanks der Westfront gewarnt. Unter allen Umständen wäre es Pflicht der politischen Hauptleitung in Berlin gewesen, auf eine rasche Truppensendung nach Bulgarien zu drängen, wenn sie den Ernst der Lage richtig erkannt hätte. Vermutlich war

es auch hier wieder die kennzeichnende Scheu des B-Systems vor raschem und kräftigem Handeln, die es zum Zusammenbruch kommen ließ.

* * *

Im Zusammenhang mit dem Ostfrieden ist auch noch einmal auf den schon erwähnten Schwindel zurückzukommen, wir hätten Gelegenheit gehabt, mit den Westmächten zu einem Verständigungsfrieden zu kommen. Bei den Westmächten bestand die Möglichkeit nie, wohl aber zweimal bei Rußland. Das eine Mal im Herbst 1916. Damals bangte Nikolaus II. um seinen Thron. Hätte man einen Deutschbalten oder einen Alldeutschen, der die russische Seele kannte, zu ihm gesandt, hätte er ohne Zweifel über Kurland und Litauen mit sich reden lassen, namentlich wenn man ihm in Polen, vielleicht auch in Galizien entgegengekommen wäre; auch über Rumänien hätte man mit ihm verhandeln können. Das ja damals schon außerordentlich friedenssehnsüchtige Österreich hätte sicher gerne den Frieden mit Galizien bezahlt. Aber der freiwillige Diener Alljudaans, Herr v. Bethmann Hollweg, hatte ja als oberstes deutsches Kriegsziel die Befreiung Polens und der polnischen Juden angesetzt, und dementsprechend sandte er dem Antisemiten Protopopow als deutschen Unterhändler den durch seine „internationalen" Beziehungen dem B-System empfohlenen Hamburger Bankier und Juden Warburg. Damit war von vornherein alles verdorben. Die törichte, die Fäden nach dem zaristischen Rußland endgültig abschneidende Ausrufung des Königreichs Polen war nur das Siegel darauf. Das zweite Mal war Gelegenheit zum Frieden im Frühjahr 1917, als die Revolution in Rußland ausbrach, die Frieden brauchte. Wieder wurde kein deutscher Staatsmann oder Politiker von Verdienst nach Rußland geschickt, sondern Alljudaan sandte den Hobböhmen Scheidemann nach Stockholm. Scheidemann hat kurz nach der Revolution im „Vorwärts" einen Aufsatz veröffentlicht, „Der Friede und die Internationale", in dem er schreibt: „Wir deutschen internationalen Sozialisten aber glauben heute sagen zu dürfen, daß wir die unserem Lande drohende Gefahr immer richtig erkannt haben. Daß wir ihr nach besten Kräften begegnet sind, daß uns heute niemand den Vorwurf machen kann, wir hätten durch unsere Haltung ein über unser Volk hereingebrochenes Unglück verschuldet, das macht uns selbst in trüben Stunden froh." Andere Leute denken wesentlich anders über diesen Punkt. Folgende Stelle findet sich in dem Brief eines durchaus zuverlässigen Gewährsmanns (22. X. 17): „Ich war auch Gast beim alten Eichhorn und zum Essen beim A. O. K. Eichhorn erzählte mir von Scheidemann, er habe ihm gesagt: „Herr Scheidemann, Sie tragen eine furchtbare Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber, wie ich sie nicht ins Grab nehmen möchte. Sie haben durch die Worte vom annexionslosen Frieden den Krieg verlängert, als der russische Arbeiter- und Soldatenrat Ende März 1917 einen Sonderfrieden mit uns schließen wollte. Wir hätten Frieden bekommen und alles erhalten, was wir haben wollten, wenn Sie nicht dazwischen gekommen wären und den Krieg verlängert hätten. Sie, Herr Scheidemann, sind schuld daran, daß ich noch immer hier sitze, und alle meine braven jungen Leute sich da vorn noch in Wind und Wetter herumquälen müssen." Herr Scheidemann war sehr bekniffen und klein gewesen, so schloß der Eroberer von Kowno und Wilna."

Hoffentlich sind die Tagebücher des Generalfeldmarschalls, der so gelegen starb, nicht verloren gegangen.

Herr Scheidemann hat dann unserer weisen Regierung auf andere Weise zum „Frieden" verholfen. Es geschah sicher mit seinem Einverständnis, und Alljudaan wird auch zugestimmt haben, als jene Gruppe russischer Sozialisten mit Lenin an der Spitze in plombierten Wagen durch Deutschland nach Rußland fahren durfte. Das Mittel wirkte, der Bolschewismus brach in Rußland aus. Wäre es nicht geschehen, so hätte Kerenskis Armee auch ohne Lenin und Trotzki Frieden schließen müssen. Denn mit einer Armee, die so rasch dem Bolschewismus verfallen konnte, hätte auch kein Kerenski, kein Großfürst und kein Zar mehr lange Krieg führen können. Und wir hätten einen dauernden Frieden mit einem anständigen Gegner und einem geordneten Staat erhalten und hätten wahrscheinlich mehr Truppen von der Ostfront wegziehen können als gegenüber Trotzkis Rußland. So aber konnten Lenin, Trotzki und Radek ihre segensreiche Tätigkeit entfalten und unsere Truppen noch rasch gründlich mit dem bolschewistischen Gift impfen; die durchseuchten Leute wurden dann an die Westfront geworfen und waren mit eine der Hauptursachen des Nachlassens der Kampffront; mitten in der deutschen Heimat richteten die russischen Bolschewisten ihre so erfolgreichen Revolutionsbureaus ein, gegen die keine der deutschen Regierungen scharf vorzugehen wagte, im Angedenken an die gegenseitig geleisteten Dienste. Das gute deutsche Volk wunderte sich, warum denn die so „vernünftigen" deutschen Mehrheitssozialisten so lange gar keine Kraft gegenüber den deutschen und russischen Bolschewisten aufzubringen vermochten. Ja, du lieber Himmel, die Mehrheitssozialisten verdanken ihre ganze jetzige Macht den „Unabhängigen", mit denen als Drohmittel sie dem ängstlichen Herrn v. Bethmann ein Zugeständnis nach dem anderen abzwangen; bei den „Unabhängigen" waren die treibenden Kräfte wieder die deutschen Bolschewisten, Liebknecht und seine Anhänger, und das an sich lächerlich kleine Häuflein der Liebknechtstreuen konnte so viel wirken, weil es hinter sich die russischen Bolschewisten und ihr Geld hatte. Ganz im Hintergrund schwebt die gemeinsame Mutter Alljudaan, revolutionäre Abteilung des besitzlosen Judentums. Wenn man selbst so dicht in das gemeinsame Gewebe der Schuld oder der Verdienste um die Revolution, wie man es nehmen will, hineingewoben ist, läßt sich schlecht gegen einzelne Teile des Gewebes losschlagen.

* * *

Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, warum das militärische Genie Ludendorffs im Westen versagte. Die Lösung liegt auch hier bei der Politik. Geniale Feldherrn können mäßige Politiker sein. Geniale Feldherrn *brauchen* auch keine hervorragenden Politiker zu sein. Aber sie müssen politischen Blick genug haben, um einzusehen, ein Volk, das siegen will, hat nicht nur Feldherrn nötig, die siegen wollen, sondern auch leitende Staatsmänner, die siegen wollen, nicht solche, die sich nur verteidigen wollen. Wenn die Feldherrn genial sind, brauchten die politischen Führer noch nicht einmal genial zu sein; aber sie müssen immerhin einige politische Begabung besitzen und unter allen Umständen von dem gleichen Geist erfüllt sein, der eine Armee erfüllen muß, wenn sie ein Feldherr glorreich bis zum Sieg führen will. Hindenburg und Ludendorff hätten keine vier Wochen einen Staatsmann von der grenzenlosen politischen Unbegabtheit und der vaterländischen Mattherzigkeit eines Bethmann im Amte dulden dürfen. Ludendorff war sich über beide Eigenschaften des Kanzlers klar und ließ ihn trotzdem walten. Das war seine erste schwere Schuld! Hätten Ludendorff und Hindenburg sich vom Kaiser einen Kanzler ihrer Art ausgebeten und dem Kaiser klargemacht, Vollblut und alte Kühe kann

man nicht zusammen an einen Siegeswagen spannen, so hätte die Erklärung Polens zum Königreich noch verhindert werden können, und der ganze politische Ablauf der Dinge, der mit einem Bethmann und einem Hertling an der Spitze des Reiches so kommen mußte, wie er kam — ich verweise auf mein Ende 1915 erschienenes Buch über die Politik von Bethmann Hollwegs[1]) — wäre vermieden worden. Man schiebt auch in nationalen Kreisen jetzt viel die Schuld auf den Kaiser; teilweise mit Unrecht. Gewiß kamen die natürlichen Anlagen des Kaisers der Politik eines Bethmann sehr viel mehr entgegen als der eines Bismarck; aber was ein Bethmann fertig brachte, nämlich den Kaiser so und so oft zu Schritten zu bewegen, die er ungern tat, das hätten auch Leute von der anderen Richtung fertig bringen können, namentlich wenn sie sich des Einflusses eines Hindenburg und Ludendorff erfreuten.

Ludendorff hat aber nicht nur Bethmann geduldet und sich mit der Ernennung von Michaelis, Hertling und Prinz Max einverstanden gezeigt, sondern er hat sich sogar in seine militärische Kriegsführung hineinreden und sich nicht nur einmal von Bethmann und seinen Nachfolgern in den erhobenen Arm fallen lassen. Der Abgang Falkenhayns war unter anderem ein Sieg Bethmanns in der U-Bootfrage; Falkenhayn wollte noch im Herbst 1916 den U-Bootkrieg beginnen. Hindenburg und Ludendorff gaben nicht nur in der polnischen, sondern auch in der U-Bootsfrage Bethmann und seinen Gewährsmännern, Beseler in der polnischen, Kühlmann in der holländischen Frage, nach; bei der Verschiebung des U-Bootkrieges auf das Frühjahr 1917 gaben damals die Berichte aus Holland den Ausschlag. Die zweite Unterlassung des Vormarsches auf Saloniki wurde schon erwähnt. Damit wird gleichzeitig die zweite schwere politische Schuld Ludendorffs berührt; er hörte nicht auf die Berater, auf die er hätte hören sollen, sondern wählte sich zur Ergänzung seiner Auskünfte aus dem Bethmännischen Lager nicht die aus dem entgegengesetzten, sondern die aus der Mitte zwischen beiden. Daran scheiterte schließlich seine ganze Politik und seine ganze Strategie. Denn diese Politik des Arbeitens mit den halben Männern statt mit den ganzen ließ ihn den ungeheuer wichtigen Stimmungsstand im Volke und im Heere unrichtig einschätzen. Er glaubte, er könne die Regierung ruhig wirtschaften lassen; habe er den Sieg, so werde er die Sache schon in das richtige Geleise bringen. Er übersah dabei, daß ihm die Politik dieser Regierung den Sieg langsam aber sicher aus der Hand winden werde.

Ludendorff stand auf dem Standpunkt, den 98 von Hundert unserer gebildeten, politisch als entartet zu bezeichnenden Volksschicht einnehmen: Nur immer hübsch gemäßigt, immer hübsch in der Mitte bleiben; scharf links und scharf rechts ist gleich verkehrt; das Richtige liegt in der Mitte. Aber im Krieg ist man entweder allvölkisch, also alldeutsch, allfranzösisch, allenglisch und kann dann den Krieg gewinnen, oder man ist Pazifist und Verständigungspolitiker, und muß dann den Krieg verlieren. Die Theorie der Mitte führt in Friedenszeiten zur Versumpfung und im Krieg zum Untergang. Aus dem einfachen Grunde, weil durch Unterdrückung der vaterländisch ganz links und vaterländisch ganz rechts Stehenden gar nicht die Mitte eingehalten wird, sondern die Linke begünstigt wird. Je tiefer in der Bildungsstufe der Bürger steht, desto enger ist sein politischer Gesichtskreis, desto eher ist seine Unzufriedenheit zu erregen, desto leichter haben es gewissenlose Hetzer, die ihm Frieden und Glück versprechen, wenn ihnen zur Macht verholfen wird. Die große Masse sind aber immer die politisch Ungebildeten. Es besteht auch kein stetiger Übergang der Masse von den ganz links Stehenden über die Mitte zu

[1]) Verlag J. F. Lehmann, München. Geh. M. 7, geb. M. 9.

den ganz rechts Stehenden, sondern einem großen ganz linksstehenden — immer nicht parteipolitisch, sondern vaterländisch gemeint — Flügel steht eine laue große Mitte und ein kleiner wirklich national empfindender rechter Flügel gegenüber. Parteipolitisch gehörten Freisinn und Sozialdemokratie immer zum linken vaterländischen Flügel; beim Zentrum war die Stellung noch in den ersten zwei Kriegsjahren zweifelhaft; in den folgenden hat es sich unter Erzbergers Führung ebenfalls als vaterländisch linksstehend erwiesen. Also auch parteipolitisch war der linke Flügel viel stärker als der rechte. Wenn man links und rechts die „Extreme" wegschnitt, so war nicht das Gleichgewicht hergestellt, sondern der rechte Flügel wurde unverhältnismäßig stärker geschwächt als der linke. Die Linke konnte ihren radikalen Flügel leicht entbehren, denn deren Endziele werden auch durch die gemäßigten Sozialisten und ihre Parteifreunde genügend gewahrt. Der rechte Flügel aber war ohne die Alldeutschen ein Mehlbrei ohne Sauerteig, ein Heer ohne Stoßtruppen, ein Vogel mit gelähmten Schwingen. In einem langdauernden Krieg hängt alles von dem Anhalten der nationalen Stimmung ab; sperrt man die Kreise, in denen das nationale Feuer am reinsten und am stärksten loht, ein, so tötet man damit die nationale Gesinnung im Volke. Durch die Wegnahme dieser Kräfte, die durch ihren Eifer die Unterlegenheit des nationalen Flügels an Zahl hätten ausgleichen können, wurde dem linken Flügel die unbedingte Überlegenheit zugeschoben und seinem Einfluß das Volk ausgeliefert. Das Ergebnis war die Stimmung des zweiten Halbjahrs 1918.

Bethmann betrachtete die Alldeutschen als seine Todfeinde und machte sie so gut wie mundtot. Erzberger behauptet sogar von seinem Gönner Bethmann am 2. Juli 1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (211), er habe der Friedensresolution vom Juli 1917 hauptsächlich deshalb zugestimmt, weil er sie als ein brauchbares „Kampfmittel gegen die Alldeutschen" betrachtet habe.

Hertling ließ sie nur um ebensoviel freier, als er die unabhängigen Sozialisten freier schalten ließ. Mein Buch über die Politik von Bethmann-Hollweg war noch verboten, als die Unabhängigen bereits die Absetzung des Kaisers und Einführung der Republik fordern durften. Ludendorff ließ hierin Bethmann Hollweg völlig freie Hand und stellte seine stellvertretenden Generalkommandos Bethmann Hollweg und dessen Nachfolgern für deren politische Zwecke zur Verfügung. Das war eine politische Schuld von ihm, um so mehr, als ja Bethmann und seine Nachfolger auch in allen übrigen Punkten von der Ansicht ausgingen, der Krieg könne des inneren Friedens halber nur den Wünschen der Sozialdemokraten und ihren Mehrheitsfreunden gemäß geführt werden.

Die stellvertretenden Generalkommandos der Obersten Heeresleitung haben mich vom Juli 1915 an wegen meiner Aufsätze und Schriften gegen die Politik von Bethmann Hollwegs ausgiebig mit Beschlagnahmungen, Haussuchungen, Verhören, Briefsperren und ähnlichen Annehmlichkeiten bedacht. Ich schrieb in allen meinen Eingaben und Verteidigungen an sie und an kommandierende Generäle wie Ludendorff von 1915 ab immer dieselbe Warnung: Wenn Ihr Euch zu Handlangern der Politik des Herrn von Bethmann-Hollweg mißbrauchen laßt, dann ladet Ihr auch die Verantwortung für diese Politik auf Euch, und die Bethmänner werden die ersten sein, die sie Euch zuschieben. Oberst Bauer wirft in seiner Verteidigungsschrift „Der Irrwahn des Verständigungsfriedens" den Regierungen Bethmann—Prinz Max, vor, sie hätten nichts getan, um die seelische Aushungerung unseres Volkes zu verhindern, kein Ideal, kein positives Ziel sei unserem Volk gezeigt worden, drei Jahre hindurch sei jede Kriegszielerörterung verboten gewesen. Oberst Bauer

ist im Juni 1919 ein bißchen spät daran mit diesen Vorwürfen; ich habe genau die gleichen schon im Frühjahr 1915 in meiner „Neudeutschen Korrespondenz" erhoben und auf die Folgen dieser Unterlassungen hingewiesen. Diese Tätigkeit wurde mir aber von den stellvertretenden Generalkommandos, den Organen des Kriegsministeriums, das doch ohne Genehmigung der Heeresleitung keinen Tag im Amte bleiben konnte, aufs strengste verboten. Der Oberst Schwertfeger, der seine Feder in den Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gestellt hat, entgegnet dort (Nr. 271, 5. VI. 1919) dem Oberst Bauer: „Hiebei muß doch darauf hingewiesen werden, daß während des Gesamtfeldzuges vom Ausspruch des Kriegszustandes bis zum Abend des 9. November 1918 eigentlich die ganze öffentliche Meinung Deutschlands von der Nachrichtenabteilung des **Großen Hauptquartiers** und dem von **ihr abhängigen Kriegspresseamt** in Berlin bis in ihre kleinsten Verästelungen hinein geleitet worden ist." Dieser Hohn ist keineswegs unberechtigt; was Schwertfeger schreibt, ist zwar nicht wahr; die öffentliche Meinung wurde eben nicht vom Kriegspresseamt geleitet, sondern von den Werkzeugen der Regierung und ihren schwarz-rot-goldenen Freunden; aber wenn man einmal Nachrichtenabteilungen, Kriegspresseämter und stellvertretende Generalkommandos einrichtet und damit die Verantwortung für die öffentliche Meinung übernimmt, hätte man damit auch die öffentliche Meinung wirklich leiten und sie nicht zu Stellen ausbauen sollen, die nur bringen, was der Meinungsmache der politischen Regierung paßt, und alles mit Gewalt unterdrücken, was derselben hinderlich ist.

Auch innerhalb des militärischen Rahmens beging Ludendorff den gleichen Fehler. Im Frühjahr 1917 — reichlich spät — sah er die Notwendigkeit ein, etwas für die Stimmung im Heere zu tun, und führte den Aufklärungsdienst im Heere und in der Heimat ein. Ich schrieb ihm damals, wenn von einzelnen Punkten aus sich eine Volksmasse erwärmen soll, so müssen diese Punkte lodernde Flammen und keine trüben Ölfunzeln sein. Man kann eine bestimmte Menge Wassers von 5° Wärme nicht auf 25° erwärmen, wenn man Wasser mit 10° Wärme dazu schüttet; je geringer die zuzuschüttende Menge Wassers ist, desto heißer muß sie sein; am wenigsten braucht man vom kochenden. Mein Vorschlag ging dahin, die Auswahl der Aufklärungsoffiziere den nationalen Verbänden zu übertragen, die ihre Leute kennen. Eine Antwort darauf erhielt ich nicht. Die Aufklärungsoffiziere und die Aufklärungsmänner in der Heimat wurden ausgewählt nach dem Prinzip der lauwarmen Mitte; es war lediglich Unkenntnis und Versehen der leitenden Stellen, wenn zufällig einmal ein Alldeutscher darunter geriet. Die große Mehrzahl waren Leute, die auf Wunsch ihrer Vorgesetzten morgen mit demselben lauwarmen Eifer flau gemacht hätten, wie sie heute „Stimmung heben" sollten. Das Ergebnis war auch danach.

* * *

Eine dritte, schwer zu entscheidende Frage ist auch die, ob Hindenburg und Ludendorff nicht Unterlassungssünden begingen, als sie es ablehnten, Hasard zu spielen, und deshalb die Regierung schon im Juli 1918, dringender dann im August und am dringendsten Ende September und Oktober zu Friedensangeboten veranlaßten. Sie hatten schon einmal ein Hasardspiel gewagt: als Hindenburg und Ludendorff das Kriegshilfsdienstgesetz forderten; schon damals war die Karre durch Bethmann Hollweg verfahren, und die Stimmung der Arbeiter verhetzt; es war tatsächlich ein Wagnis, damit an das Volk heranzutreten. Und Hindenburg und

Ludendorff hielten schon damals nicht durch; sie ließen sich von Bethmann, Groener und den Gewerkschaften die Waffe mehr und mehr abstumpfen; die aus dem Feld zurückgeholten Kriegsverwendungsfähigen erhielten die hohen Arbeitslöhne, bekamen das Streikrecht, das Arbeitswechselrecht und die Bürgschaft, keiner dürfte wegen Arbeitsniederlegung eingezogen werden. Damit war die Arbeit Arbeit und kein Kriegsdienst mehr, was der Sinn des Gesetzes eigentlich gewesen wäre, und wobei allein es hätte segensreich wirken können.

In der Kriegslage des Spätsommers und Herbstes 1918 hätte Friedrich der Große wohl ohne Zweifel va banque gespielt. Er hätte unter gleichen Umständen, nachdem es nun einmal auf Biegen oder Brechen ging, wohl kaum B-Systemmänner um Mitwirkung zur Lösung der Schwierigkeiten angegangen, sondern wahrscheinlich zum Mittel der Diktatur gegriffen, die Zügel der Disziplin aufs schärfste angezogen und Widerstand bis zum letzten Mann verkündet. Mehr Opfer als der Verlauf der Dinge, die sich an die andere Politik des Verhandelns anknüpften, hätte diese Methode auf keinen Fall gefordert, gleichgültig, ob sie zum Sieg, zur Niederlage oder zur Revolution geführt hätte. Ein Feldherr darf nicht allein mit den Toten und Verwundeten rechnen, welche als Kriegsverluste gebucht werden; der Friede der Ebert-Scheidemann kostet dem Deutschen Reich mehr Menschenleben als ein noch drei Jahre lang fortgesetzter blutiger Krieg; daran zweifeln vermutlich selbst Ebert und Scheidemann jetzt nicht mehr. Wahrscheinlich war schon während der Waffenstillstandsverhandlungen und der Friedensverhandlungen durch die Verschärfung der Hungerblokade, die durch die Heeresmaterialverschwendung und Arbeitseinstellungen entstanden ist, durch die Unruhen, die Kindersterblichkeit, den Rückgang der Geburten usw., der Abgang an Menschenleben und Gesundheit — er wird auf täglich 800 geschätzt — ein größerer, als er in der gleichen Zeit bei Fortdauer einer geordneten Kriegsführung gewesen wäre.

Hätte das Vabanquespiel zu einem Durchhalten der Truppen und Schaffung neuer Truppen geführt, so wäre uns der Sieg so gut wie sicher gewesen, weil weder Frankreich noch Italien in der Lage waren, noch einen Winter Krieg zu führen; der amerikanische Nachschub war kein Ersatz für die Entvölkerung Frankreichs, die kein Feldherr mehr noch länger als ein paar Monate hätte fortschreiten lassen dürfen. Foch soll zugegeben haben, schon bei seinen letzten Angriffen va banque gespielt und sie ohne Reserven unternommen zu haben.

Den sehr unwahrscheinlichen Fall einer militärischen Niederlage angenommen wären dabei unter allen Umständen auch die feindlichen Heere stark mitgenommen worden, und das geschlagene Heer wäre immer noch ein Heer gewesen und nicht das Nichts, das Ebert und Scheidemann den Friedensdiktaten der Feinde entgegenzusetzen hatten; die Feinde hätten sich gehütet, Bedingungen zu verlangen, die ein nochmaliges Sammeln und neuen Widerstand des Heeres hervorgerufen hätten. Das geschlagene zurückflutende Heer wäre von der Heimat wahrscheinlich nicht mit einer Revolution begrüßt worden; die Volksseele arbeitet in solchen Fällen erfahrungsgemäß anders; wenn es doch zu Revolutionen kommt, sind es dann meistens Revolutionen, die die bisherigen Machthaber absetzen, nicht weil sie siegten, sondern weil sie geschlagen wurden, und den Feinden neuen Widerstand entgegensetzen, um sich der Feinde zu erwehren. Eine solche Niederlage mit ihren Folgen öffnet nämlich auch der Heimat die Augen über die feindliche Natur der Feinde und zerreißt den unglaublichen Betrug von den Feinden, die wohlwollend gesinnt und zum Verständigungsfrieden bereit sind.

Wäre der Versuch des Vabanquespiels sofort mit einer Revolution der Heimat beantwortet worden, so hätte diese Revolution überall in der Heimat die bereits erklärte Diktatur, d. h. schärfsten Belagerungszustand, angetroffen; alle stellvertretenden Generalkommandos wären von vornherein zur rücksichtslosen Unterdrückung jedes Anfangs der Meuterei angewiesen gewesen, und Schießverbote und lange Verhandlungen mit Deserteuren und Verbrechern wären ausgeschlossen gewesen. Soviel zuverlässige Mannschaft und Bürgerwehren, wie zu einer Unterdrückung der paar hundert Leute nötig waren, von denen im November 1918 die Revolution ausging, hätte sich wohl im August und September jedes Generalkommando schaffen können.

Eine weitere Möglichkeit wäre die offene Meuterei der Fronttruppen als Antwort auf das Vabanquespiel gewesen. Allen Berichten nach war diese Gefahr gering; die Fronttruppen schlossen sich ja am spätesten der Revolution an und konnten ziemlich geordnet zurückbefördert werden. Aber angenommen, die Truppen hätten gemeutert, dann wäre das immerhin eine Meuterei unter dem Druck des Feindes geworden, und sie hätte dadurch einen anderen Charakter gewonnen; insbesondere wäre dann die Möglichkeit des Übergreifens der Meuterei auf die feindliche Front wahrscheinlich gewesen; es wäre dann die Revolution des gemeinen Mannes gegen seine Vorgesetzten geworden, wofür auch auf der anderen Seite der Boden sehr günstig war. Aber welche Formen auch immer eine Revolution als Gegenunternehmung gegen eine Diktatur angenommen hätte, immer hätte sie dann den Charakter der entschlossenen Empörung einer Macht gegen eine andere Macht tragen müssen, wenn sie sich durchsetzen wollte; damit wäre wenigstens ein Zug der Stärke und der Kraft in die Revolution gekommen, und sie hätte auch Männer der Kraft und der Stärke zu Führern nehmen müssen. Naturen wie Scheidemann, Ebert, David, Erzberger wären von ihr ohne weiteres weggeschwemmt worden. Daraus hätte sich auch eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber feindlichen Forderungen ergeben, und die Führer einer solchen Revolution wären auch, ob sie es ursprünglich wollten oder nicht, in einen solchen Widerstand hineingedrängt worden. Auch einem derartigen von Machtgrößen revolutionierten Deutschland hätte die Entente die schmachvollen Friedensbedingungen nicht vorschreiben können und nicht vorgeschrieben, die sie Scheidemann und Ebert auferlegten. Hindenburg und Ludendorff wagten das Vabanquespiel nicht, und so konnte jene elende, nur aus Schwäche und Ehrlosigkeit zusammengesetzte Regierung entstehen, deren erster Schritt es war, sich aller Machtgrößen zu entkleiden, und Deutschland zur Prostituierten aller Nachbarvölker und aller unserer Feinde werden zu lassen, die sich an ihr gütlich tun wollten.

Es ist, nebenbei gesagt, nicht müßig, nachträglich solche Betrachtungen anzustellen — der Vorwurf vom Rathaus, aus dem man gescheiter herauskommt, als man hineingeht, trifft mich nicht; ich habe diese Dinge größtenteils seit Jahren vorausgesagt —; denn kein Geschlecht kann aus solchen Betrachtungen mehr lernen als das, das die Ereignisse miterlebt hat und sie an der Hand eigener Erfahrungen nachprüfen kann. Aus der Geschichte haben spätere Geschlechter bekanntlich noch nie etwas gelernt. Wir haben aber das Lernen um so nötiger, als wir nicht wissen, ob bei der Schnellebigkeit unserer Zeit nicht noch unser jetziges Geschlecht dazu berufen ist, aus den Lehren dieses Krieges Folgerungen zu ziehen, die nicht in der Richtung des geschwindelten Völkerbundsgedankens liegen, dem unsere deutschen Wilsonianer anhängen, sondern in der Richtung des echten Wilsonschen Völkerbundsgedankens, wie er im Pariser Ententevölkerbund verwirklicht ist.

Wie weit auch für rein militärische im Rahmen des Gewöhnlichen begangene Unterlassungssünden der Generalstabschef verantwortlich zu machen ist, vermag ich nicht zu beurteilen; jedenfalls sind in anderen Berufsarten für entsprechende Mißstände die nachfolgenden Rangstufen, nicht die obersten Chefs haftbar. Ludendorff soll mehr Fühlung mit den Truppen gehabt haben als die meisten Oberkommandierenden und sich warm um sie angenommen haben, wo immer er es konnte. Der Grundsatz, die Truppen bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit vorne stehen zu lassen, bis man sie ablöste, war im vierten Jahre immerhin kaum noch am Platze. Den Mangel an Reserven hätte man durch kräftigeres Zugreifen in der Etappe und in der Heimat mindestens teilweise ausgleichen können. Der Antrag der Konservativen auf gleiche Ernährung der Mannschaften und Offiziere hätte zwei Jahre früher eingebracht werden müssen. Übrigens waren die Verpflegungsverhältnisse an der Front immer sehr verschieden; einzelne Truppenteile waren zufrieden, andere klagten, häufig mit Recht. Oft waren äußere Umstände, namentlich Beförderungsschwierigkeiten und Mangel an Beförderungsmitteln die Schuld; viel wurde auch von den Intendanturbeamten gesündigt, und große Vorräte verdarben unnötig. Im großen ganzen gab die Zusammensetzung des Verpflegungskorps ein in Uniform gestecktes Abbild unserer Kriegsgesellschaften, und ihre Leistungen ebenso. Es ist eine nicht uninteressante Erscheinung, wie genau dieselbe Art Leute, die wirtschaftlich so glänzend arbeiten, wenn es in ihre eigene Tasche geht, die auch während des Krieges glänzend arbeiteten, soweit der Gewinn in ihre Taschen floß und soweit es sich um die eigene Ernährung und Kleidung handelte, so wenig Hervorragendes leisteten, wenn sie für das leibliche Wohl der deutschen Soldaten und des deutschen Volkes zu sorgen hatten. Dabei herrschen in der Ernährungs- und Verpflegungsfrage diese Leute von der Weltwirtschaft und der Sozialdemokratie doch unumschränkt, und alles tanzt nach ihrer Pfeife. Allerdings darf man auf der anderen Seite auch die ungeheure Schwierigkeit der Verpflegung solcher Riesenheere nicht außer acht lassen. Jedenfalls aber haben diese Dinge mit dem veralteten preußischen Militärsystem, auf dem man jetzt herumreitet, kaum etwas zu tun.

Versagt aber hat der preußische Militarismus vielfach in einer anderen Richtung: in der Behandlung der Leute. Hier sind viele grobe und unnötige Mißgriffe von Anfang an getan worden. Die Millionenheere des Krieges lassen sich nicht mit den Heeren Friedrichs des Großen und auch nicht mit der Friedensarmee auf gleiche Stufe stellen. Sicher war es eine schwierige Aufgabe, die gute preußische Disziplin mit einem gewissen Entgegenkommen gegen das „Volks"heer zu vereinigen; aber sie hätte besser gelöst werden können, als es geschah. In der „individuellen" Behandlung der „großen" Masse vom Taglöhner bis zum Großindustriellen und Gelehrten wurde außerordentlich viel gesündigt und nach dem preußischen Unteroffiziersschema F gehandelt, das nicht mehr auf unser neuzeitliches Volk paßte. Übrigens waren die schlimmsten Unteroffiziere und Feldwebel die, welche aus den Kreisen stammten, aus denen sich die Unabhängigen Sozialisten zusammensetzen, und die schlechtesten Beispiele und die verkehrteste Behandlung der Mannschaften pflegten nicht von den aktiven Offizieren auszugehen, sondern von Reserveoffizieren, die allen möglichen Kreisen, auch sehr demokratisch und antimilitaristisch gesinnten, angehörten. Wenn der Kanzler Ebert am 14. November 1918 im Reichstage vor den Soldatenräten erklärte, die Front habe sich bis in die letzten Tage tapfer geschlagen und gehalten, die Etappe aber sei in Auflösung begriffen, so ist diese Erscheinung wohl auch nicht ganz ohne Zusammenhang mit der eigentümlichen Zu-

sammensetzung des Etappenpersonals. War man einerseits viel zu kleinlich, ließ man anderseits namentlich im letzten Jahre die Zügel zu schlapp hängen. Je mehr die Kriegsmüdigkeit stieg, desto fester mußte ein vernünftig gezogener Rahmen der Disziplin aufrechterhalten werden, der den Soldaten den nötigen Halt gegeben hätte. Statt dessen ließ man die Zucht sich vielfach bis zur Schlampigkeit lockern. Aber, wie gesagt, diese Dinge waren nach den einzelnen Truppenteilen verschieden und sind wohl kaum der Obersten Heeresleitung zur Last zu legen; dafür haben die anderen Stäbe zu sorgen. Aber auch diese Dinge trugen wesentlich dazu bei, die Stimmung zu verderben.

Ludendorffs Feldherrnpläne rechneten zu lange mit Truppen, wie er sie seit Jahren gewohnt war, und nicht mit Truppen, deren Stimmung durch verschiedene Mißstände und eine ungeheure Menge erlogener Hetzarbeit verdorben war. Daran scheiterten seine Pläne, nur daran; nicht am Mangel an Material und nicht am Mangel an Mannschaften. Wenn ihm eine militärische Schuld zuzuschieben ist, so war es lediglich die Duldung dieser Hetzarbeit und namentlich seine Duldung der Unterdrückung der Gegenarbeit. Es wäre immer noch besser gewesen, der äußersten Linken gleichzeitig freie Meinungsäußerung zuzugestehen als ihr und den Alldeutschen den Maulkorb vorzubinden. Denn die Alldeutschen hatten zwar nur eine geringe Anzahl Mitkämpfer und eine kleine Presse, aber sie hatten die Wahrheit und die gute Sache für sich. Jene Menge Lüge und Verhetzung, die durch das Freilassen der äußersten Linken zu den Lug- und Truggeweben ihrer gemäßigten Freunde hinzugekommen wäre, hätte auch nichts mehr ausgemacht, insbesondere, da sie über genügend viel unterirdische Kanäle verfügte, um an die Leute zu gelangen, während den Alldeutschen fast nur das offene gedruckte Wort zur Verfügung stand.

Stimmung.

Erste Tatsache: Die Westfront wankt. Eine deutsche Offensive stößt ins Leere; ein geschickt angelegter Gegenstoß von der Flanke her zwingt dazu, die ganzen Frontteile zurückzunehmen. Eine zweite feindliche Offensive weiter nördlich endet, begünstigt vom Nebel und der Tanksüberraschung, mit einer schweren deutschen Schlappe und einem tiefen Einbruch in die deutschen Linien. Glückszwischenfälle, wie sie sich in jedem Krieg ereignen. Aber nun folgen Angriffe auf Angriffe von den Vogesen her bis zur Nordsee, überall erringt der Feind Erfolge; die ganze deutsche Front weicht; Ostende und Brügge müssen geräumt werden.

Als Ursachen kommen vier Möglichkeiten in Betracht. Entweder hat die Heeresleitung versagt. Oder die feindliche, quantitative und qualitative Übermacht an Menschen und Material ist tatsächlich an der ganzen Front zu groß. Oder Foch versteht es, durch seine ausgezeichneten Transportmittel an die Offensivstellen jeweilig eine Übermacht zu werfen, der die deutschen Truppen beim besten Willen nicht standzuhalten vermögen. Oder es fehlt am besten Willen. Die deutschen Truppen oder Teile davon könnten wohl, aber sie mögen nicht mehr.

Zweite Tatsache: Nach wenigen Wochen stockt der Fochsche Angriff. Die Front ist beim Rückzug nirgends zerrissen; also hat die Heeresleitung nicht versagt. Die verhältnismäßige Überlegenheit des Feindes über das deutsche Heer an frischen Menschen und ausgezeichnetem Material ist geblieben; trotzdem hält die deutsche Front jetzt stand. Also kann auch das Mehr an Menschen und Material nicht die Ursache der feindlichen Siege gewesen sein. Bleibt nur der mangelnde Wille der Truppen oder deutscher Truppenteile. Es ist nicht mehr der alte Geist,

dieselbe Stimmung in den Truppen wie früher. Denn noch ein Jahr vorher hielten die gleichen Truppen an den gleichen Stellen einer gleichen Übermacht stand. Die heutige feindliche Übermacht war auch nicht plötzlich nach dem Marneübergang aus dem Boden gestampft worden; schon die glänzenden deutschen Siege des Frühjahrs und Sommers 1918 waren gegen diese Übermacht erfochten worden. Die Ermüdung unserer Truppen reicht auch nicht zur Erklärung aus, denn ganz frisch ausgebildete junge Mannschaft versagte ebenso wie alte.

Zur Zeit der Kupferenteignung hatte ich ein hochpolitisches Gespräch mit meinem Hafnermeister von ..... am Starnberger See. Das Ergebnis seiner Betrachtungen war: Der ganze Krieg ist Schwindel, unternommen, damit die reichen Händler und Industriellen noch mehr Geld verdienen als vorher, und aus dem gleichen Grunde wird er ständig verlängert. Er erläuterte dies zunächst an meinem Waschkessel. „Sehen Sie, Ihren Kupferkessel habe ich Ihnen vor 10 Jahren um 30 M. geliefert." (Für die wirkliche Richtigkeit der aus dem Gedächtnis wiedergegebenen Zahlen stehe ich nicht ein; aber das ungefähre Verhältnis stimmt.) „Jetzt erhalten Sie dafür 20 M. vergütet. Der neue eiserne Ersatzkessel kostet Sie 40 M. Hätten Sie sich nicht an den amtlich vorgeschriebenen Zeitpunkt gehalten, sondern 14 Tage gewartet, hätte ich Ihnen genau den gleichen Kessel um 30 M. liefern können; denn die Industrie kann die Kessel, wie sich herausstellte, in der erforderlichen Zeit in genügend großer Menge herstellen; es herrscht also in Wirklichkeit nicht die Knappheit an Ware, die man anfänglich zur Preissteigerung benutzte, und jetzt sind mir die gleichen Kessel um 10 M. billiger angeboten."

Die kleinen Gewerbetreibenden, die kleinen Kaufleute sind für breite Schichten des Volkes die politisch bestimmenden Kreise. Am Wirtshausstammtisch des Herrn Hafnermeisters und im Laden des Kolonialwarenhändlers wird die Stimmung des Dorfes, der kleinen Stadt, in weitem Umfang sogar die der Großstadt gemacht. Alle haben unmittelbare Beziehungen zu Kriegsgesellschaften und alle haben ähnliche Erfahrungen mit ihnen gemacht wie mein Hafnermeister. In ganz Bayern heißt es in diesen Kreisen: Der Krieg ist Schwindel. Auf der unumstößlichen eigenen Erfahrung fußend ziehen dann die Leute ihre weiteren Schlüsse.

Krieg ist Krieg, und was man in einem Krieg erobert, das ist dem natürlichen und gesunden Gefühl des Volkes nach rechtmäßig erworben. Mein Hafnermeister hat nicht wie Bethmann, Prinz Max von Baden und Northcliffe Kant gelesen und besitzt meiner Überzeugung nach keine Spur von Weltgewissen. Wenn seine Söhne tapfer gekämpft, den Feind geschlagen und das Land besetzt haben, dann haben sie dieses Land ebenso redlich erarbeitet und verdient, wie wenn sein Gesell seinen Taglohn und er die Rechnung für seine vortrefflich gebauten Öfen bezahlt erhält. Wenn man ihm dann vom Verteidigungskrieg erzählt und vom Stachel, den man nicht in der Brust des Feindes zurücklassen darf, so vermutet er eben irgendwelchen — Schwindel.

Während der ersten drei Kriegsjahre war im Volk keine Rede von Alldeutschen, die den Krieg der Annexionen wegen verlängern wollten; sprach einmal einer von Annexionisten, dann meinte er Leute, die noch mehr wollten als unsere Truppen bereits besetzt hatten, also etwa Calais, Petersburg, Dover. Was man hörte, waren Klagen über den Wucher, über die Kriegsgesellschaften, über die Kriegsgewinnler, über lästige Verordnungen, schlechte Nahrungsmittel u. dgl. Das Gerede, der Krieg werde wegen der Annexionisten fortgesetzt, griff im Volk erst nach der Gründung der unglücklichen Vaterlandspartei um sich. Die Linke glaubte, in der

Vaterlandspartei zöge eine schwere politische Gefahr für sie herauf; als solche hätte sie auch, wie ich sofort nach Erscheinen des Aufrufes an die leitenden Herren schrieb, angelegt werden müssen; so wurde wieder eine halbe Sache daraus. Nun erst setzte die große Hetze gegen die Annexionisten schlechthin ein und fand dann auch Boden im Volk.

Es trat dies um so leichter ein, als die Unzufriedenheit inzwischen allgemein geworden war und nach einem greifbaren Sündenbock suchte. Kriegsgesellschaften, Wucherer, Kriegsgewinnler sind schwer verkörperbare Begriffe; bei den Alldeutschen und in der Vaterlandspartei waren bekannte Persönlichkeiten vorhanden, an die man sich halten konnte. Das Natürliche wäre ja gewesen, der Haß hätte sich gegen die Regierung gewandt. Denn der eigentliche Grund des Mißbehagens, der schließlich auch dem Umsturz die Wege so überraschend glättete und ihn sich von einem Tag zum andern vollenden ließ, war das allgemeine dumpfe Gefühl, wir werden von Leuten regiert, die nicht fähig sind, uns zu regieren. Nun hatten aber gerade diese Leute die Zensur und die für die Meinung des Volkes ausschlaggebende Presse in der Hand. Durch die Zensur unterdrückten sie alle Stimmen, welche Aufklärung über die wahren Mißstände in der Regierung verbreiten wollten, und mit ihrer Presse, der Regierungspresse, der alljüdischen Presse, der Zentrums- und der Sozialdemokraten-Presse lenkten sie die Aufmerksamkeit ihres Volkes von sich ab und auf die Alldeutschen hin, die sich wegen der Zensur und der ihnen mangelnden Presse nur ganz ungenügend wehren konnten. Insbesondere hatte das Judentum das allergrößte Interesse an dieser Ablenkung.

Die bayerischen Truppen waren in den ersten Jahren überall vorne daran; bei dem allgemeinen Versagen der Westfront haben auch sie versagt, einzelne Truppenteile angeblich noch stärker als die anderer deutscher Stämme. Es wäre das nicht verwunderlich; das bayerische Volk steht in gewissem Sinne der Natur noch näher als andere Stämme und empfand die Unnatur unserer Kriegspolitik vielleicht noch stärker als andere. Nicht als ob es etwa 1918 mit neuer Begeisterung in den Kampf gezogen wäre, wenn man ihm damals Eroberungen zum Ziel gesetzt haben würde. Damals würde es das dank der Hetze der Verzichtler tatsächlich nur als Kriegsverlängerung empfunden haben. Es hätte im August 1914 wahrscheinlich auch keinen Unterschied in der Kampfbegeisterung hervorgerufen, ob man dem Heer nun bestimmte Eroberungsziele gesetzt hätte oder nicht. Aber nachdem es sich nun einmal so heldenmütig geschlagen und so Ungeheures geleistet hatte, hat das Gefühl, umsonst gearbeitet zu haben, ungeheuer niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Die Regierungen Bethmann und Hertling haben zwar vom ersten Tag des Krieges an planmäßig alles getan, um jede Hebung der Stimmung durch ihre Zensurgebote, und, wenn gerade wieder ein großer Sieg errungen war, durch flaumacherische Reden, Zeitungsaufsätze oder Friedensangebote sofort wieder niederzuknütteln. Das Volk hat aber trotzdem bis in die letzten Wochen vor dem Rückzug immer noch nicht an den Ernst der Friedensversicherungen und Verzichtsangebote geglaubt; es vermutete immer noch diplomatische Schläue und kluges Hinterslichtführen der Feinde dahinter. Als dann aber die Kühlmannrede vom Juni 1918 kam, und gleich darauf die Reden Payers und Solfs, dämmerte ihm endlich die Gewißheit unseres amtlichen Verzichtwillens, und mit dieser kam die Welle des Versagens. Weder der Abfall Bulgariens noch der Österreichs hatten eine ähnliche Wirkung auf die Stimmung der Heimat und der Truppen.

Selbstverständlich sagen sich das nicht etwa die Truppen selbst; der Ursachen

seiner Stimmungen ist sich der Mensch im Augenblick seiner Laune ja selten bewußt. Aber den allgemeinen Untergrund von Stimmungen, wie sie im Versagen der Westfront und schließlich in der Revolution zum Ausbruch kamen, bilden stets tiefer sitzende, allgemeine Unzufriedenheiten, wie z. B. das eben erwähnte Gefühl, wir werden schlecht regiert, oder das Gefühl, es ist doch alles umsonst. Erst auf diesem halb unbewußten Boden der allgemeinen Unzufriedenheit erwachsen dann jene näherliegenden Verstimmungen gegen die Mißstände, die der einzelne Mann selbst erlebt und über die er sich daher leicht bewußt Rechenschaft ablegen kann. Solche Mißstände waren, wie teilweise schon erwähnt, die vielfach mangelhafte Verpflegung an der Front, das Zugrundegehen von Nahrungsmitteln in der Etappe, die häufig fehlerhafte und schlechte Behandlung der Mannschaften im Feld und in der Heimat, Ungerechtigkeiten in der Beurlaubung, Hamsterfahrten der Diener in die Heimat u. dgl. Schwere Schuld luden auch höhere Offiziere und ganze Armeeoberkommandos auf sich, die Heereseinrichtungen und Befehlsgewalt mißbrauchten, um sich persönliche Vorteile und Annehmlichkeiten zu verschaffen. Aber diesen Fäulniserscheinungen standen doch auch wiederum Hunderte von Beispielen mustерhaftester Pflichterfüllung und Aufopferung gegenüber, und über alle die Mißstände wäre der Soldat hinweggekommen, wenn er das Bewußtsein gehabt hätte, das Reich werde von einer starken und fähigen Hand geführt, und seine Leistungen hätten einen großen Zweck.

Zu Hause gibt übrigens der Soldat gewöhnlich auch die militärischen Mißstände nicht als Grund des Versagens an, er schildert vielmehr als Ursache das entsetzliche Trommelfeuer, die Übermenge der sich heranwälzenden Feinde und Tanks, die Frische der feindlich amerikanischen Truppen gegenüber den vier Jahre im Felde stehenden Deutschen, die grauenhafte Wirkung der Kettenbomben, die mangelhafte eigene Ernährung und Kleidung usw. Alles mit Recht; man kann es sich nicht schauerlich genug vorstellen, was unsere herrlichen Leute zu erdulden hatten, und man kann immer nur von restloser Bewunderung und restlosem Dank erfüllt sein für die ungeheuren Leistungen und den unbeschreiblichen und unfaßbaren Heldenmut, mit dem unsere Truppen über 4 Jahre standhielten. Aber all das haben unsere Truppen eben jahrelang ausgehalten, und sie hätten es auch noch länger aushalten können. Es muß ein neuer Umstand zu den Erschwernissen dazu gekommen sein, der das Versagen erklärt, und dieser Umstand kann nur die Stimmung gewesen sein. An dem Verlust des Krieges tragen die Schuld ausschließlich die Stimmungsmörder der Heimat.

* * *

Die Kriegsgesellschaften sind bekanntlich im allgemeinen in den führenden Stellen so ziemlich ganz alldeutschenrein, alldeutschenreiner als etwa der Alldeutsche Verband judenrein ist. Ihr hoher Prozentsatz an Juden ist zum Teil bewußte, zum Teil natürliche Auslese. Wie Dr. Schiele immer wieder mit Recht betont, besteht die volkswirtschaftliche Arbeit aus zwei Hälften, dem Schaffen und dem Verteilen. Die Errichtung der Kriegsgesellschaften vermehrt ständig die Zahl der nur verteilenden Menschen und vermindert die Zahl der schaffenden; sie zieht daher mechanisch die mehr für die Verteilung veranlagten Menschen auch aus den Stellen heraus, wo sie bisher schaffend beschäftigt waren. Die jüdische Rasse ist ohne Zweifel mehr für das Verteilen dessen, was andere schaffen, als für das Schaffen selbst veranlagt, und es ist daher keineswegs lediglich Schützlingswirtschaft und Flucht

vor dem Schützengraben, was die Anhäufung des Judentums in den Kriegsgesellschaften verursacht, sondern, wie gesagt, natürliche Auslese.

Die stimmungmordende Praxis der Kriegsgesellschaften wurde schon erwähnt. Die Organisationen der Kriegsgesellschaften verteilen sich über das ganze Reich; in ihnen sind alle Schichten des Volkes vertreten. Ihre führenden Männer in Berlin stehen in engster Fühlung mit den politisch herrschenden Kreisen, und man konnte oft genug im Zweifel sein, ob bei einem maßgebenden politischen Schritt der Regierung der Einfluß des Kanzlers, der Staatssekretäre und des Parlaments oder der Einfluß eines Rathenaus und Ballins entscheidender war. Von oben sickern aber Stimmungen rasch durchs Reich; was bei der Gräfin Fischler-Treuberg am Montag gesprochen wurde, erzählten sich manchmal am Donnerstag die Schreibfräuleins im Lebensmittelamt eines Städtchens im fernen Osten. Die Kriegsgesellschaften wirkten nicht nur durch ihre Praxis, sondern auch als Vermittlungsorgan der in leitenden Berliner Kriegsgesellschaften verbreiteten oder gewünschten Stimmungen. Der eigentümlichen Zusammensetzung dieser Gesellschaften entsprechend pflegten dieselben niemals kriegerisch und kampfermunternd zu sein. Die ganzen Kriegsgesellschaften sind ein Verwirklichungsversuch staatssozialistischer Gedanken; wie überall berühren sich hier Großfinanz, die dabei verdient, und theoretischer Sozialismus, der das Großkapital bekämpft; die leidtragenden sind die schaffenden Stände. Das ihnen Gemeinsame ist der Hang zum Verteilen und die Abneigung gegen das Werteschaffen. Daher hat auch in beiden stets die, wie schon erwähnt, für das Verteilen besonders angelegte jüdische Rasse die Führung. Im bolschewistischen Rußland bemühen sich die Sozialisten unter der Führung jüdischer Rechtsanwälte, das, was andere geschaffen, unter sich selbst zu verteilen; das ist ihre Haupttätigkeit; schaffen will niemand mehr. In Deutschland bezeichnet man bekanntlich die Partei der unabhängigen Sozialisten häufig als die Partei der jüdischen Rechtsanwälte.

„Der Bolschewiki ist nichts anderes als ein radikal-revolutionärer Verfechter der Friedensideen, ein „Jusqu'auboutist" des Pazifismus, ein Revolutionär, der mit polterndem Getöse durch Vernichtung des Siegeswillens im eigenen Volke, nötigenfalls durch Vernichtung der äußeren Existenzbedingungen des eigenen Staates oder durch Unterminierung des Siegeswillens im eigenen Heere den Krieg ersticken will." (Dr. Ed. Stadtler, in der Nordd. Allgem. Zeitung Nr. 557, 31. Oktober 1918.) An der Vernichtung des Siegeswillens haben bekanntlich auch andere Leute im Reiche eifrig gearbeitet. Es wird niemand behaupten, die Reden sämtlicher unter Prinz Max Staatssekretäre gewordenen Herren, die sie im ganzen Reich herumziehend vier Jahre lang gehalten haben, wären auf die Hebung des Siegeswillens gerichtet gewesen; und die Reden ihrer Vorgänger im Amte waren nicht besser. Was sie reden, verbreitet sich im Lande weiter, gewöhnlich unter verschiedenen Abänderungen, welche die niederdrückenden Wirkungen noch verstärken.

Aus dem Wirtshause eines der kleinsten Dörfer am Starnberger See lasse ich mir regelmäßig die politischen Neuigkeiten berichten, die es gibt. Am 26. Oktober 1918 log der jüdische Abgeordnete Bernstein: „Ich kann mitteilen, daß dieser General Keim von einer ersten Rüstungsfirma seit 1901 ein ständiges Gehalt bezieht und außerdem außerordentliche Zuwendungen erfährt." Wenige Tage erschien die Lüge in meinem Dorfwirtshaus in folgender Fassung. „Die Sozialisten hätten jetzt herausgebracht, wer am Kriege schuld sei. Krupp besteche nämlich alle Generäle, damit sie den Krieg verlängerten, und er recht viel verdiene."

Im Kriege verdienen zwei Gruppen, die schaffenden und die verteilenden. Krupp hat selbstverständlich außerordentlich stark verdient. Er hat auch Außerordentliches geschaffen und geleistet. Die orientalischen Damen aus Berlin, die zur Sommerszeit in Garmisch im Deandlgwand und mit zehn Brillantringen am Finger herumlaufen, entstammen niemals den schaffenden Schwerindustrie- und ähnlichen Kreisen, sondern einer Kriegsgewinnlerschicht, die aus dem Verteilen, nicht dem Schaffen ihre Gewinste zog. Indem sie z. B., nachdem sie aus den Kriegsgesellschaften erfahren hatte, es stünde nächstens die Beschlagnahme einer Ware bevor, im ganzen Land die Ware aufkaufte und nach der Beschlagnahme unter der Hand allmählich im Land wieder verteilte. Während der ganzen vier Jahre ist noch niemals in meinem Dorfwirtshaus die Neuigkeit aufgetaucht, der Krieg werde von Kriegsgewinnlern dieser Art verlängert, damit sie recht viel verdienen. Der Spruch, der Krieg werde aufhören, wenn jeder preußische Jude Millionär sei, ging nur in besseren süddeutschen Kreisen um. Obwohl nur diese Art Kriegsgewinnler die echten Kriegsgewinnler sind. Krupp verdient nämlich auch ohne Krieg recht schön; aber ein Pfund Stärke in 100 Teile zu teilen, jeden Teil mit etwas Gelatine und Dreck zu vermischen, eine schöne Papierhülle herumzutun und dann das Ganze als teures, neues Nahrungsmittel zu verkaufen — auch eine sehr beliebte Form des „Verteilens" —, geht nur im Krieg. Ihrer parteipolitischen Richtung nach gehören diese Kriegsgewinnler alle den Parteien an, welche durch ihre Friedensangebote den Krieg in wahrhaft kunstvoller Weise zu verlängern verstanden haben.

Der Schluß, diese Parteien hätten des Gewinns ihrer wichtigsten geldgebenden Freunde wegen die Friedensangebote gestellt, wäre natürlich ebenso falsch als der aus den Verdiensten der Schwerindustrie auf ihr Interesse an der Kriegsverlängerung; aber er wäre an sich ebenso berechtigt. Wenn er im eigentlichen Volke nie im gleichen Maße gezogen wurde wie bei der Schwerindustrie oder bei der Landwirtschaft, so ist das ein schlagender Beweis dafür, wer die Stimmungsmache im Volke bei uns in der Hand hat. Diese Frage ist ja eigentlich auch schon beantwortet durch die Beantwortung der anderen Frage, wer bei uns das im Volke wirksamste Stimmungsmittel, die Presse, in der Hand hat. In den weniger gebildeten Schichten ist es die von Juden geleitete sozialdemokratische Presse, in den gebildeten Schichten die von Juden geleitete liberale Presse oder die alljüdisch beherrschte Regierungspresse. Das Zentrum ist mit Freisinn und Sozialdemokratie verbündet und tut ihnen nicht weh.

Unsere Lage hing bis zuletzt ganz ab von der Stimmung im Heere und noch mehr von der im Volke, denn die Stimmung im Heere richtete sich nach der im Volke. Schon lange galten die Tage, an denen die Heimatpost ankommt, an der Front als ungünstig für Sturmangriffe. Wir brauchten nur die Stimmung, und waren dann unüberwindbar.

Aber bis zum Hochsommer 1918 hatten die Stimmungsmörder der Heimat, die Regierungen Bethmann und Hertling, Sozialdemokraten, Freisinn, Zentrum, das sich nach der Papstnote voll angeschlossen hatte, und Kriegsgesellschaften ihr Ziel erreicht: was sie so unermüdlich gepredigt hatten, die Unmöglichkeit für das deutsche Volk, den Sieg zu erringen, wurde nun geglaubt. Damit erst war der Boden geschaffen, auf dem sich die jahrelangen Demokratisierungs- und Umsturzwühlereien Alljudaans und seiner beiden Parteien ausbreiten konnten. Bis dahin waren es, wenn auch zahlreiche, so doch vereinzelte Herde in der im allgemeinen noch widerstandsfähigen Masse; nun war die Widerstandsfähigkeit gebrochen, und die Fäulnis griff mit rasender Schnelligkeit um sich.

Der Zusammenbruch.

Man muß es den russischen Juden mit Trotzki an der Spitze lassen: sie haben von ihrem Standpunkt aus ausgezeichnet gearbeitet. Schon wie sie unter den deutschen Kriegsgefangenen zu wühlen verstanden, war hervorragend. Die russischen Bolschewisten sind eigentlich noch harmlos gegen diese kriegsgefangenen deutschen Bolschewisten mit ihrer blutrünstigen deutschen Zeitung „Weltrevolution". Sie hielten am 28. Juli 1918 eine Zusammenkunft in Kaluga ab; die dort gefaßte Entschließung endete mit den Sätzen: „Wir erklären daher feierlichst, wenn wir wieder in die Heimat zurückkehren, an der Seite unserer Brüder, welche unseren heroischen Führern Karl Liebknecht und Friedrich Adler folgen, zu kämpfen und nicht eher zu ruhen, bis auch in allen anderen imperialistischen Staaten die feudale Junkerclique und die Bourgeoisie vollständig ausgerottet, Kronen und Zepter zerbrochen sind, und an ihre Stelle die Macht des Proletariats eingesetzt ist."

Ebenso bewundernswert war die richtige Einschätzung der Intelligenz unserer deutschen Regierung, die sich in der russischen Botschaft ein Verschwörernest mitten in die Hauptstadt setzen und von dort das ganze Reich mit einem Netz von Zweigstellen überspinnen ließ. Diese Einschätzung war allerdings keine besondere Kunst mehr, nachdem man mit den Vertretern dieser Regierung in Litauisch-Brest sich so lange unterhalten hatte. Immerhin war es kühn, unter den Augen dieser Regierung sich die revolutionären Agenten im großen als Kuriere verkleidet nach Deutschland kommen und sie die nötigen Flugblätter und Gelder gleich mitbringen zu lassen. Allerdings hatte die Polizei und die Zensurstelle des Deutschen Reiches eine Entschuldigung: die Alldeutschen, welche überhaupt an allem schuld sind, verbreiteten noch bis in die letzten Tage des Umsturzes hinein Flugblätter und Druckschriften, die zum Aushalten, zum Siegeswillen, zu nationaler Verteidigung und ähnlichem Unfug aufforderten und deshalb scharf überwacht werden mußten; es blieb daher für die Bolschewiki leider nicht genug Zeit und Tatkraft über. So klappte denn auch die Umsturzsache im Reiche wirklich gut.

Die Regierung und die Führer der Mehrheitsparteien dürften alle Erwartungen übertroffen haben, die die Bolschewisten auf sie setzten. Die Blöße, die ihnen Ludendorff gab, nützten sie sofort in ausgiebigster Weise aus.

Der Krieg stellt nicht nur an den Mann im Schützengraben ungeheure Anforderungen. Ludendorff hat in täglich sechzehnstündiger Arbeitszeit Übermenschliches geleistet. Die Erfahrungen mit den eigenen Truppen, nicht mit denen der Feinde, ließen ihn eines Tages den Mut verlieren. Schon „die Ereignisse am 8. August 1918 hatten", um seine eigenen Worte zu gebrauchen (D. A. Z. 100, 27. 2. 19), „Erscheinungen zutage treten lassen, die das Sinken des inneren Wertes bei einigen Truppenteilen erhellten". Es kam ein Verzagen an der Möglichkeit des Sieges über ihn und überwältigte ihn, die militärische Lage erschien ihm politisch verzweifelt und nicht mehr zu retten. Und er, der sonst so ruhig Überlegende, erwog nicht mehr wie einst die Lage nach allen Richtungen und suchte nicht nach neuen Möglichkeiten, sondern tat schließlich, seinem politisch ungenügend gefestigten Blick und der falschen Auswahl seiner politischen Ratgeber von neuem zum Opfer fallend, das Verkehrteste, was er tun konnte, er wandte sich am 29. September an die politische Leitung in Berlin, es möge eine für das Ausland „verhandlungsfähige" Regierung gebildet werden, und mit Hilfe dieser Regierung möge man unverzüglich dem Feinde ein Friedens- und Waffenstillstands-

angebot machen. Am 30. trat Graf Hertling zurück. Die B-Systemler in Berlin, diesmal Graf Roedern voran, ergriffen die Gelegenheit mit Eifer und brachten eine Regierung von reinstem B-Systemcharakter ans Tageslicht, wie sie sich unsere grimmigsten Feinde nicht besser wünschen konnten. Es hätte nämlich, wenn man durchaus eine parlamentarische Regierung haben mußte, im Zentrum auch noch andere Leute gegeben als Herrn Erzberger, der so vielfach schon diplomatisch verwendet worden war und so überzeugend in Bern, in Wien, in Sofia, in Bukarest seinen Mangel an diplomatischer Begabung bewiesen hatte; es hätte auch Sozialdemokraten gegeben, die mehr Vertrauen erweckt hätten als Scheidemann, der von jeder diplomatischen Mission nach Stockholm, nach Bern, nach Kopenhagen, nach Amsterdam, nach dem Haag als betrübter Lohgerber heimkam, dem die Felle davongeschwommen waren; der Freisinn mußte ja nicht ausgerechnet Herrn Haußmann und die Fürstenhäuser nicht ihren unklarsten politischen Kopf in die Regierung senden. Aber vom B-Systemgesichtspunkt aus gesehen, für das Bismarck zu den Untüchtigen gehört, waren es allerdings die „Tüchtigsten". Sie taten denn auch, was auch der Allertüchtigste, wenn man in ihrem Sinne rechnet, hätte tun können, sie suchten dem deutschen Volke den Frieden zu bringen, indem sie sich auf Gnade und Ungnade Herrn Wilson übergaben.

Gleichzeitig taten sie einen Schritt, dessen Bedeutung von den meisten nicht klar erkannt wurde. Sie stellten in Übereinstimmung mit einem Gutachten des Grafen Brockdorff-Rantzau und gegen den ausdrücklichen Willen Ludendorffs und Scheers (Brief Ludendorffs an Scheidemann vom 12. März 1919) den U-Bootskrieg ein und verboten die Bombenwürfe auf London und Paris, selbstverständlich ohne jedes Verlangen nach einem Gegendienst. Es ist nicht nötig, die politische Einsicht der Herren so gering einzuschätzen, um ihnen den Glauben zuzutrauen, Herr Wilson werde sich dadurch milder stimmen lassen. Wilson verlangte die Unterwerfung unter seinen Willen, und ob in Erfüllung desselben U-Boote, Flugzeuge und Zeppeline noch einige Wochen vor der Annahme seiner Bedingungen ihre Tätigkeit einstellten oder erst mit der Annahme, hätte selbstverständlich weder an der Friedensbereitschaft noch an den Bedingungen etwas geändert. So kindlich geht es denn doch nicht in der Diplomatie zu, daß zur Belohnung für besonderes Bravsein der Sieger dem Besiegten — richtiger müsse man Scheinsieger und Scheinbesiegter sagen — besondere Vorteile gewährt. Aber U-Boote und Bomben waren die Mittel, in denen wir immer noch dem Feind überlegen waren, und beide hätten Deutschland auch dann noch den Sieg gebracht, wenn es zu Offensivleistungen am Lande nicht mehr fähig gewesen wäre; die Westfront brauchte nur in der bisherigen Defensive weiter auszuharren. Mit dem Verzicht auf U-Boote und Bomben bewies man durch die Tat seinen Verzicht auf einen Siegfrieden, der ja seit der Reichstagsresolution schon abgetan war.

Prinz Max hat in den Delbrückschen „Preußischen Jahrbüchern" — schöne Seelen finden sich! — eine an Redensarten reiche „Rechenschaft" abgelegt. Das Waffenstillstandsangebot sei ihm fertig unterbreitet worden, als er in Berlin eintraf; er habe es bekämpft und einen Gegenvorschlag — wieder einmal den nagelneuen Gedanken eines Friedensangebotes in Form eines Kriegszielprogrammes — vorgebracht. Seine Friedenspolitik sei aber durch das Ludendorffsche Verlangen eines sofortigen Waffenstillstandsangebots „entscheidend gestört" worden, und die Wirkung desselben habe „seine schlimmsten Befürchtungen gerechtfertigt".

Ein Kanzler des Deutschen Reiches hat seine Politik durch Forderungen aus dem Hauptquartier nicht „stören" zu lassen; ganz besonders nicht, wenn er gewissermaßen gegen dieses Hauptquartier gewählt worden ist. Ludendorff war nicht Diktator, und die Hoheit nicht sein Untergebener. Wenn ein Feldherr einmal den Kopf verliert, muß ihn der Kanzler oben behalten; dafür ist er da. Hegt er über die Wirkung eines Schrittes die „schlimmsten Befürchtungen", dann darf er ihn eben nicht tun, sondern muß das „Entweder-Oder" stellen; er ist nicht der Leibeigene Ludendorffs. Ludendorff kann ja auch als Generalquartiermeister ein Waffenstillstandsangebot erlassen; dann war es ein rein militärischer Schritt, und Ludendorff hatte die Verantwortung. Sowie Prinz Max den Auftrag übernahm, war es ein politischer Schritt, und Prinz Max und seiner Regierung fiel damit auch die volle Verantwortung zu. Das ist die eine Seite der Sache. Eine zweite Frage ist die, ob das, was Prinz Max und sein Staatssekretär aus dem Waffenstillstandsangebot machten, das war, was Ludendorff gewünscht hatte, oder ob die Prinz Max, Erzberger, Roedern, Haußmann und Scheidemann aus den Forderungen Ludendorffs nicht etwas anderes zurechtgebogen haben, das mehr in ihren Verständigungs- und Versöhnungskram paßte. So wie die Sache angepackt wurde, legt sie fast die Vermutung nahe, als ob in den Regierungskreisen eine gewisse Genugtuung über die endlich erreichte Gewißheit eines Verzichtfriedens geherrscht hätte, und als ob in der Freude über den zu erwartenden Rücktritt Ludendorffs die bedingungslose Kapitulation in Berlin absichtlich geschaffen worden wäre.

Ludendorff selbst sagt in seinem Schreiben an Scheidemann vom 12. März 1919: „Die Kapitulation, den Frieden um jeden Preis, habe ich niemals gefordert." „Zwischen Aufforderung des Waffenstillstandes und Unterzeichnung aber liegt das Schwerste: nämlich die Tatsache, daß die Reichsleitung den von uns vorgeschlagenen und in der Reichstagsrede des Prinzen Max am 5. Oktober verkündeten Weg verlassen und trotz meines Einspruches den der Kapitulation, des Bankerotts und des Friedens um jeden Preis gegangen ist." Die Regierung Eberts-Scheidemann hat dem bis jetzt nichts entgegenzuhalten gewußt als die Veröffentlichung (am 26. III. 19) eines Telegramms Hindenburgs vom 3. Oktober 1918, in dem es heißt: „Die O. H. bleibt bei ihren am Sonntag den 29. September d. J. gestellten Forderungen der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen." ... „Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen." Damit ist die Annahme der Schmachangebote der Feinde in keiner Weise gerechtfertigt. In dem gleichen Telegramm Hindenburgs heißt es nämlich auch: „Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab." Daraus geht klar hervor: Hindenburg und Ludendorff glaubten auf Grund der militärischen Lage, einen ehrenvollen Frieden erzielen zu können, und begingen dabei den verhängnisvollen und nach allen vorausgegangenen Erfahrungen schwerverständlichen Irrtum, anzunehmen, einer aus dem alten System hervorgegangenen Regierung wäre es möglich, überhaupt etwas für Deutschland Ehrenvolles zustande zu bringen. In diesem Irrtum liegt ihre schwerste Schuld, viel schwerer als in der Übereilung des Angebotes überhaupt. Denn ein deutscher Staatsmann mit völkischem Gewissen hätte damals immer noch einen anständigen Frieden herausholen können, Staatsmänner, die nur ein Weltgewissen hatten, aber niemals, und das hätten Hindenburg und Ludendorff wissen können und müssen.

Das Friedensangebot Hindenburg und Ludendorffs war unter allen Umständen ein Mißgriff; glaubten aber beide, ihn begehen zu müssen, so hätten sie ihn mit einem Kabinettswechsel nach der konservativ-alldeutschen Seite hin verbinden müssen und nicht mit einem nach der freisinnig-alljüdischen Seite hin. Mit der Zustimmung zur Wahl des Prinzen Max und seines Ministeriums trieben sie den politischen Fehler, den sie während des ganzen Krieges begangen hatten, auf den Gipfel und luden dadurch, nicht durch das Waffenstillstandsangebot schlechtweg, schwere Mitschuld am Zusammenbruch Deutschlands auf sich; sie haben damals die letzte Gelegenheit zum Systemwechsel, der einzigen Rettungsmöglichkeit, nicht nur versäumt, sondern in ihr Gegenteil verkehrt. Hindenburg hat nie für einen Politiker gelten wollen, Ludendorff aber wohl.

* * *

Die entscheidende Stelle im Friedensangebot vom 5. Oktober 1918 lautete: „Sie (die deutsche Regierung) nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm für die Friedensverhandlungen an.“ Wer die geistige Beschaffenheit der alljüdischen Händlerwelt kennt, der Wilhelm II. den politischen deutschen Regierungsapparat in steigendem Maße, seit dem Kriegsbeginn so gut wie vollständig zur Verfügung gestellt hatte, wer sich ferner erinnert, durch welche Vorspiegelungen unsere guten Reichstagsabgeordneten sich in den Fragen der Friedensentschließungen und Verständigungsaktionen ständig hinters Licht führen ließen, kann sich gut vorstellen, wie der Kaiser und das Hauptquartier bearbeitet wurden. Er sieht förmlich die sorgenvollen und überlegenen Mienen der Weltmänner aus der Handelswelt vor sich: „Laßt uns nur freie Hand! Wir gewiegten Geschäftsleute aus der Weltwirtschaft werden jetzt unsere internationalen Beziehungen auszunützen in der Lage sein; wir werden uns mit unseren Geschäftsfreunden über See in Verbindung setzen und aus den Wilsonbedingungen einen Frieden herausholen, an dem Deutschland noch seine helle Freude haben wird.“

Nun muß heutzutage ein Staatsmann, wenn er Erfolg haben will, auch ein guter Kaufmann sein oder wenigstens Sinn für kaufmännische Überlegungen haben; aber ein guter Kaufmann muß, wenn er als Staatsmann Erfolg haben will, nicht nur Kaufmann, sondern auch Staatsmann sein, und zwar ein völkisch geschulter und völkisch empfindender; denn selbst jeder Kaufmann großen Stils entwickelt seine besten Fähigkeiten erst dann, wenn es sich um sein eigenes Geschäft handelt, und nicht wenn er für allgemeine Gedanken, schöne Zukunftsbilder und kaufmännische Weltverbesserung angestellt ist. Die Leute aber, denen Wilhelm II. die Geschicke des Reiches anvertraute, waren nichts als gerissene Händler, oder, wie Bethmann und Prinz Max, Strohmänner derselben; sie taugten schon deshalb nicht zum Staatsmann, weil Deutsches Reich und deutsches Volk ihnen nichts war, was einem eigenen Geschäft mit seiner Verantwortlichkeit und seinem Eigenwert glich, sondern lediglich ein Geschäftsbezirk unter den vielen Weltgeschäftsbezirken, in denen sie arbeiteten, vielleicht mit einer geringen örtlichen Bevorzugung, weil ihre Hauptniederlassung sich zufällig in Deutschland befand.

Diese Art Händlerkunst versagte sofort, als Wilson ihnen eben nicht als Geschäftsvertreter gleicher Art entgegentrat, sondern schon in seiner ersten Antwort vom 8. Oktober völkisch-militärische Forderungen wie die Räumung der besetzten

Gebiete stellte. Die Maxsche Händlerregierung war schon vorher ungebeten zwei derartigen erwarteten Forderungen, denen nach Aufhebung des U-Bootkrieges und der Luftangriffe, entgegengekommen; als sie, mangels jeglichen völkischen Verständnisses für ihre Bedeutung, am 12. Oktober auch diese dritte Forderung annahm, war die Sache für Deutschland verloren und nahm den Verlauf, den sie nehmen mußte. Am 26. Oktober wurde Ludendorff verabschiedet.

Die Schuld des Demokratenprinzen Max von Baden und seiner demokratischen Paladine Solf, Scheidemann, Haußmann, Erzberger und Gröber ist riesengroß. Sie haben die schmachvollen Verhandlungen mit den Feinden geführt und das deutsche Volk auf den Weg der Ehrlosigkeit gebracht, der mit der Annahme der Fochschen Bedingungen endete.

Denn die Deutschen gehen aus dem Krieg hervor als ein Volk ohne Ehre; das stand schon im Oktober 1918 fest. Nur die äußerste wirkliche Not hätte die Annahme solcher Bedingungen, wie sie Foch stellte, ohne Verlust der Ehre gestattet; in solcher Not befand sich das deutsche Volk nicht. „Wat kof ich mir for die Ehre" ist ein Wahlspruch, den Galizier nach Berlin eingeführt haben. Die alljüdische Presse und ihre Mit- und Nachläufer, die seit Jahrzehnten dem Deutschen das völkische Ehrgefühl aus dem Leibe herausfressen, wollten das Volk damals über den klaren Sachverhalt hinwegtäuschen und sagten ihm vor, ein Volk, das vier Jahre lang so hoch in Ehren der Übermacht standgehalten habe, könne durch den schließlichen Verzicht auf ehrenvollen Waffenstillstand und ehrenvollen Frieden nicht seiner Ehre verlustig gehen. Gewiß nicht, wenn die Niederlage der Übermacht und der physischen Erschöpfung zu verdanken gewesen wäre, aber dann wohl, wenn sie durch den Umstand verursacht wurde, daß den armen betrogenen Soldaten Ehr- und Vaterlandsgefühl aus dem Herzen gestohlen wurde, wenn der Zusammenbruch ein moralischer war. Es kann einer sechzig Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen ein Ehrenmann vom reinsten Wasser gewesen sein, wenn er in seinem 61. und 62. ehrlose Handlungen begeht, endet er als Ehrloser. Das ist nun einmal geltendes Recht. Wer dem Volk dann noch die Scham über die verlorene Ehre stiehlt, indem er ihm vorlügt, seine Ehre sei nicht dahin, der raubt ihm die Möglichkeit der Wiedergeburt. Nur wer die völkische Wiedergeburt nicht will und mit dem völkischen Zusammenbruch Ziele erreicht oder Geschäfte gemacht hat, hat Ursache, dem Volk auch noch vorzureden, es hätte seine Ehre gewahrt.

Die Vorgänge der Revolution waren die folgerichtige Fortsetzung des Weges, den man in den Palais der Regierung eingeschlagen hatte, übertragen in die Begriffswelt und Gebräuche des Vorstadtstraßenpöbels, und keine Hand wäscht die Regierung des Prinzen Max von ihrem vollen Anteil an der Schuld am Zusammenbruch Deutschlands rein. Wenn jetzt aber behauptet wird, der endgültige und restlose Zusammenbruch in der Form, wie er erfolgt ist, sei keine Folge der Revolution gewesen, sondern lediglich die Liquidation des vom alten System hinterlassenen Erbes, so ist das wieder ein neuer ungeheurer Betrug. Denn die schmachvollen Bedingungen des Feindes sind erst am 10. November in Berlin überreicht worden — die Reise des Kuriers hatte einige heute noch nicht recht aufgeklärte Verzögerungen erlitten — und niemand konnte die Regierung der Herren Ebert, Scheidemann, Haußmann usw. zwingen, sie anzunehmen, oder verhindern, sie abzulehnen.

Einen Regierungswechsel wie damals nimmt man nicht vor, um das Erbe im Sinne des Vorgängers weiterzuverwalten, sondern um neue Wege und bessere Wege zu gehen; wenn man sich dazu nicht fähig fühlt, tritt man die

Erbschaft nicht an. Der Revolutionäre einzige Rechtfertigung vor dem Volke und sich selbst war auch immer das Vorgeben, die Revolution böte die einzige Möglichkeit, mit den Feinden noch zu einem erträglichen Frieden zu gelangen und zu retten, was noch zu retten sei. In Wirklichkeit hat die revolutionäre sozialdemokratische Regierung verdorben, was noch zu verderben war; sie war es, nicht die Regierung des Prinzen Max, die die Bedingungen Fochs Hals über Kopf unterschrieb und damit Deutschland in den Abgrund hineinstieß, an dessen Rand die gleichen Leute, wenn auch damals noch unverantwortlich, es im Laufe der Kriegsjahre geführt hatten.

Erzberger behauptete am 18. Februar 1919 in Weimar, „daß der Ausbruch der Revolution eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge hatte, sei ganz unbegründet". „Es sind uns sofort die schwersten Bedingungen des Waffenstillstandes bekanntgegeben worden." Das beweist natürlich gar nichts. Die deutschen Bevollmächtigten in Spaa erhielten die Bedingungen am 8. November 1918 morgens 11 Uhr mitgeteilt. Lansing hatte am 5. November eine Note überreichen lassen, Marschall Foch habe von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten, genügend beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. Der Geist der ganzen Note vom 5. November stimmt in keiner Weise mit dem Geist der am 8. November überreichten Bedingungen überein. Am 28. Oktober war die Meuterei der Matrosen in Wilhelmshaven ausgebrochen, die sich weigerten, in See gegen die Engländer zu stechen. Das dritte Geschwader fuhr nach Kiel; dort kam es am 3. und 4. November zu Unruhen, Arbeiter verbünden sich mit den Matrosen. Am 5. ist Kiel in hellem Aufruhr; Noske läßt die im Anmarsch befindlichen Truppen, die Ordnung schaffen sollen, durch Scheidemann zurückrufen. Inzwischen arbeitet die revolutionäre Organisation im ganzen Reich; am 7. wird Noske Gouverneur von Kiel, und überall bricht im Reich die Revolution aus, deren Fäden nach dem Ausland keinen Augenblick abgerissen waren. Die entscheidende Frage ist die: Stimmen die Waffenstillstandsbedingungen, die Lansing am 5. November im Auge hatte, mit den am 8. November an Erzberger überreichten überein, oder sind sie in der Zeit vom 5. bis 8. November infolge der Nachrichten über die deutschen Unruhen verschärft worden? Darauf gibt Erzberger keine Antwort.

Und selbst wenn eine nachträgliche Verschärfung der Bedingungen nicht vorgenommen worden sein sollte, so ist damit noch nicht der Schluß gerechtfertigt, nur durch ihre glatte Annahme wäre der Waffenstillstand gesichert worden. Nach allem, was bisher aus dem feindlichen Lager darüber zu uns gedrungen ist, hielt man dort das ganze Angebot für eine Kriegslist Ludendorffs, der Zeit zur Sammlung seiner Truppen gewinnen wollte, und setzte ihm demgemäß versuchsweise übertriebene Bedingungen entgegen, bereit, im Ernstfalle sich davon abhandeln zu lassen, soviel die Lage und das Geschick der gegnerischen Unterhändler erforderlich machen sollte. Die außerordentliche Verschlechterung der Lage für jeden Unterhändler durch die Revolution wird ja wohl jetzt keiner der Revolutionäre samt Erzberger mehr bestreiten; aber trotz dieser Verschlechterung hätten sicher geschickte Unterhändler immer noch Ermäßigungen erzielen können. Glatt unterschreiben konnte auch ein Schulkind.

* * *

Ein System der Schwäche muß immer ein System der Lüge sein, weil es, um sich zu halten, niemals den wahren Beweggrund seiner Handlungen, sein Unvermögen zu Taten, bekennen darf, sondern immer falsche Vorwände dafür erfinden muß. Allerdings treten Lug und Trug dieses Systems selten so nackt und hüllenlos zutage wie bei den Vorgängen, die sich bei der Abdankung Kaiser Wilhelms II. abspielten.

Im September 1914 drangen dem Kaiser Gerüchte zu Ohren, er werde der Urheberschaft des Krieges beschuldigt. Einer der ganz wenigen Vertrauten des Kaisers, die jederzeit im Schloß in Berlin ohne vorherige Anmeldung Zutritt hatten, war der israelitische Hoflieferant Katzenstein. Seinen „Katzi" frug Kaiser Wilhelm II. besonders gern, wenn er über die Stimmung des „Volkes" Aufschluß haben wollte, und so frug er ihn auch in diesem Fall. Katzi bestätigte das Gerücht. Darauf suchte der Kaiser auf seinem Schreibtisch herum und zog den eigenhändigen Entwurf eines Mausoleums hervor. Darauf stand als Inschrift: „Wilhelm II., der Friedenskaiser." Ob Katzenstein glaube, er hätte sich diese Inschrift gewählt, wenn er den Krieg gewollt hätte. Katzi glaubte das nicht. Es ist Schwindel, wenn man dem Kaiser auch nur die geringste Neigung zum Krieg nachsagt. Es ist ebenso Schwindel, wenn man von den Junkern als den maßgebenden Beratern der Krone spricht. Die Junker haben viel gesündigt, aber nicht durch ihre Tätigkeit und ihre Ratschläge, sondern durch ihre Passivität. Die maßgebenden Berater des Kaisers waren durchwegs Leute vom Schlage Katzensteins und Freunde derselben, Männer wie Friedländer-Fould, James, Simon, Ballin, Rathenau usw.; der gute preußische Adel war schon seit Jahren vom Hofe Wilhelms II. verbannt; nur verkatzensteinerter Adel gelangte noch zu Wilhelm II. Womit übrigens durchaus nichts gegen Herrn Katzenstein gesagt sein soll, der ein sehr liebenswürdiger Herr und sehr tüchtig in seinem Fach sein soll. Aber Monarchen vertragen nun einmal den Umgang mit Juden schlecht, gleichgültig ob sie in Konstantinopel thronen und die Juden aus Saloniki stammen, oder ob sie in Wien und Berlin thronen und die Juden aus Galizien gekommen sind. Wirken als zweite Stützen des Thrones noch die Jesuiten mit — in Wien überwog bei Franz Joseph der jüdische, bei Karl der jesuitische Einfluß — dann pflegt die Monarchie rettungslos verloren zu sein. Auch das spanische Weltreich ging an diesen Stützen zugrunde. Während des Krieges wurde der Kanzler der Judenschaft Bethmann von dem Kanzler der Jesuiten Hertling und dieser wieder von dem Kanzler der Judenschaft Prinz Max abgelöst.

Eine Aufforderung zur Abdankung, die der preußische Staatsminister Dr. Drews in Spaa am 1. November 1918 im Auftrag der Regierung vorgebracht hatte, wurde vom Kaiser scharf zurückgewiesen. Noch stärker betonte der Nachfolger Ludendorffs Gröner in Übereinstimmung mit Hindenburg dem Herrn die Unzulässigkeit und Unmöglichkeit seiner Zumutung. Aber am 2. November konnte der Kanzler den kaiserlichen Erlaß über die Einführung des parlamentarischen Regiments in Deutschland verkünden, der alle Wünsche der Demokraten erfüllte. Dieser neue Beweis der Schwäche gab Scheidemann und den Seinen den Mut zu weiterem Vorgehen. Die Unruhen an der Wasserkante brachen aus; Scheidemann verhinderte durch das Schießverbot und die Zurückberufung der entsandten Truppen ihre Niederschlagung und legte den im ganzen Reich herumreisenden Aufwieglern nirgends ein Hindernis in den Weg. Am 7. November stellte Scheidemann im Namen seiner Partei das Abdankungsultimatum mit Frist anfänglich bis Freitag, dann bis Samstag Nachmittag. An diesem Samstag jagte

Berlin eine Meldung nach der andern ins Hauptquartier, wenn noch ein Bürgerkrieg vermieden werden solle, müsse der Kaiser dem Throne entsagen; Graf Schulenburg gibt in seiner Denkschrift (Deutsche Zeitung Nr. 155, 5. IV. 19) eine recht anschauliche Schilderung der Vorgänge im Hauptquartier. Den stärksten Eindruck, auch auf Hindenburg, riefen die Berichte über Straßenkämpfe in Berlin hervor. Diese Straßenkämpfe waren glatt erlogen; bis zum Abend des 9. November war in den Straßen Berlins kein Schuß gefallen. Mittags 12 Uhr teilte der Legationsrat von Schmidthals die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen der Presseleitung amtlich mit. Beide Meldungen waren glatt erlogen. Der Kaiser hatte sich erst um 1 Uhr 30 bedingungsweise — falls der Bürgerkrieg auf andere Weise nicht zu vermeiden sei — bereit erklärt, als Kaiser des Deutschen Reiches abzudanken, und dem Kronprinzen war es, wie er in seinem Brief an Hindenburg vom 11. November mitteilt, noch bis dahin gar nicht eingefallen, auf den Thron zu verzichten. Eine Abdankung als König von Preußen hatte Wilhelm II. in der um 1.30 abgesandten Drahtung ausdrücklich abgelehnt. Selbst noch nach der kurz darauf einlaufenden Meldung über den Staatsstreich des Prinzen Max, des parlamentarischen Kanzlers, der den Kaiser absetzte, ohne das Parlament zu befragen, hatte der Kaiser zum Grafen Schulenburg gesagt: „Ich bleibe König von Preußen und danke als solcher nicht ab." Den Bemühungen Gröners, der am 9. November auf einmal entdeckte, er sei schon lange von der Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers überzeugt, gelang es dann nach der Abreise Schulenburgs, den Kaiser umzustimmen. Auf ähnliche Weise wurde der Kronprinz zur Flucht nach Holland gezwungen. Er hatte der Regierung ausdrücklich seine Absicht kundgegeben, bei seiner Armee zu bleiben; Ebert hatte dies unter einer halb wahren, halb erlogenen Darstellung eines Gutachtens des Kriegsministers Scheuchs als unerwünscht bezeichnet, was unter den gegebenen Umständen einer vom Oberbefehl gebilligten Anordnung der Regierung gleichkam.

Der Kaiser ist bis zum Schluß seiner Art, vor die Wahl zwischen die alljüdische Richtung (Gröner) und die alldeutsche Richtung (Schulenburg) gestellt, sich für die alljüdische zu entscheiden, treu geblieben und hat diese Schuld gebüßt. „Wären's Könige gewesen, sie stünden alle noch unversehrt", schrieb Goethe nach der französischen Revolution. Man muß als König den Mut zur Rebellion gegen ein rebellisches Volk haben. Hätte Wilhelm II. Hindenburg befohlen, an seiner Seite zu bleiben, Ludendorff durch einen ähnlich veranlagten Befehlshaber ersetzt — es gab deren — Schulenburg sich die Ordnungstruppen aussuchen lassen, die zu finden er sich verbürgt hatte, und ihn als Kanzler nach Berlin geschickt: unter keinen Umständen wäre ein größeres Elend über Deutschland gekommen, als dann doch hereinbrach. In allen Städten war es eine Handvoll Leute, die die Revolution trugen, in allen Städten hätte eine Handvoll Leute genügt, sie niederzuhalten.

Aber davon abgesehen sei nochmals festgestellt: Die Republik Deutsches Reich entstand, indem die beiden parlamentarischen Regierungen des Prinzen Max und Ebert mit ihren Bindegliedern Scheidemann, Solf, Erzberger den Kaiser, den Kronprinzen, Hindenburg und das deutsche Volk aufs schamloseste belogen. Dementsprechend war auch die Fortsetzung: Alles Schwindel und Betrug. Eine Verheißung: denn ein auf diesem Grund gebautes Haus hält nicht; es geht wider die Natur. Die Natur läßt sich eine Zeitlang betrügen, aber niemals auf die Dauer.

* * *

Der angebliche Systemwechsel und seine Auswirkung.

Systemwechsel.

Fürst Bismarck stützte sich bei seiner Regierung auf die nationalen Parteien und zog nach Bedürfnis andere Parteien hinzu. Kaiser Wilhelm II. schlug einen neuen Kurs ein; er schaltete die nationalen Parteien allmählich immer mehr aus und schirrte die anderen Parteien vor den Wagen. Mit dem Amtsantritt des Kanzlers von Bethmann Hollweg war der Wechsel vollzogen. Bis zum August 1914 war Bethmanns Leitpferd der Freisinn; im Krieg nahm er die Sozialdemokratie zunächst in gleiche Linie, ließ sie dann aber immer ausschlaggebender werden. Ebert erklärte kurz nach dem Zusammenbruch: „Wir haben schon tatsächlich alle Macht in Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrschergewalten sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand her angebahnt" (nach der „Deutschen Zeitung" Nr. 306 vom 5. Juli 1919). Es ist Schwindel, wenn bei der Parlamentarisierung unter dem Prinzen Max und der darauf folgenden Revolutionierung von einem Systemwechsel gesprochen wird; seit 1. August 1914 herrschten in Deutschland Liebknecht und Scheidemann unter Mithilfe von Payer und Erzberger; lediglich die Form hat gewechselt. Bethmann und Hertling, ihre Handlanger, stolzierten noch in den Gewändern des alten Bismarckschen A-Systems umher, die ihnen seltsam genug um die Gebeine schlotterten; Prinz Max und sein Nachfolger schneiderten sich im Parlamentarismus und der Republik lediglich die zum B-System gehörige äußere Hülle zurecht. Kleiderwechsel; das ist alles! Der Systemwechsel im Reich hat am Tag der Entlassung Bismarcks begonnen und war am 1. August 1914 bereits bis auf die äußere Form vollendet.

Am Anfang des Krieges sprach der Kanzler v. Bethmann Hollweg das Wort vom Unrecht an Belgien. Den ganzen Krieg über müssen wir an diesem Schwindel leiden und ihn jetzt aufs bitterste büßen. Voran ging ein anderer Schwindelversuch. Herr v. Bethmann Hollweg hat als Preis für die Neutralität Englands die Nichtanwendung der deutschen Flotte gegenüber Frankreich und die völlige territoriale Unversehrtheit Frankreichs und seiner Kolonien und Belgiens angeboten. Das Ringen mit Frankreich und Rußland hätte Deutschland also noch so blutige Opfer kosten können; das deutsche Volk hätte sich, wenn England darauf eingegangen wäre, auf keinen Fall durch bessere Ausgestaltung seiner Grenzen gegen einen neuen französischen Überfall, der ja jederzeit auch mit englischer und amerikanischer Hilfe erfolgen konnte, schützen dürfen. Sicher hätte das kämpfende Heer und das blutende Volk die Wahrheit über diese Abmachung erst nach errungenem Sieg erfahren. Die deutschen Gegenvorschläge vom 29. Mai 1919 auf das Friedensgebot der Entente waren genau Geist von diesem Geist.

Der Schwindel von dem Unrecht an Belgien wurde nicht nur während des Krieges niemals entschieden richtiggestellt, sondern ein führender und von der Regierung mit wichtigen diplomatischen Aufgaben betrauter Parlamentarier Deutschlands, Erzberger, schreibt im Jahre 1918 ein dickes Buch „Der Völkerbund", in dem er sich diesen Schwindel voll und ganz als Wahrheit zu eigen macht.

Dieser Mann wird nicht nur Staatssekretär, sondern auch Vertreter des deutschen Volkes bei den Waffenstillstandsverhandlungen! Das ist etwa ebenso, als wenn man einen an Händen und Füßen gelähmten Krüppel als deutschen Vertreter zu den olympischen Wettspielen entsenden würde. Derselbe Herr glaubt Wilson in einer in der Berliner Handelshochschule am 28. Dezember 1918 gehaltenen Rede mit den Zwirnsfäden der deutschen Friedensresolution vom 19. Juli 1917 und der Papstnote vom 1. August 1917 sowie einigen Zitaten aus Reden Wilsons für die Friedensverhandlungen in der Kriegsentschädigungsfrage fesseln zu können, sich selbst aber bindet er in der Deutschen Allgemeinen Zeitung mit den handfesten Tauen einer amtlichen Erklärung die Hände, wonach „Deutschland zu Schadenersatz verpflichtet ist für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich, sowie alle Schäden, die es durch seine Angriffe zu Land und zu Wasser und in der Luft in diesen besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügt hat, zu ersetzen hat." Auf diesem Standpunkt beharren auch Brockdorff und die anderen Friedensabgesandten so hartnäckig, als ob es sich dabei um die Verteidigung ihrer Ehre handle. (Vgl. auch S. 69 und S. 72). Dabei enthob das Vorgehen der alliierten Truppen in Elsaß-Lothringen und den übrigen besetzten Ländern die deutschen Unterhändler tatsächlich aller Verpflichtungen, die sie im Waffenstillstandsangebot und seiner Annahme der sehr dehnbaren — auch zu unseren Gunsten dehnbaren — Wilsonschen Punkte eingegangen waren! Herr Erzberger selbst dürfte bereits an die 100 Proteste gegen Bruch der Waffenstillstands- und anderer Abmachungen eingereicht haben! So wie die Waffenstillstandskommission mit Erzberger die Sache anfing, waren die ganzen Friedensverhandlungen von vornherein dazu verurteilt, ein großer Schwindel zu werden, und als Wahrheit bleibt einfach ein Diktat der Entente, zu dessen Entgegennahme man gewiß nicht den angeblichen Systemwechsel veranstaltet hat.

Was erfährt das gute deutsche Volk während dieser Verhandlungen von den Vorgängen hinter den Kulissen? Vor der Demokratisierung und Republikanisierung des Reiches hetzte man das Volk mit dem Schwindel von der Verderblichkeit der „Geheimdiplomatie" gegen das monarchische System auf, und seit die Demokraten und Republikaner das Heft in der Hand haben, weiß man im „Volk" noch viel weniger, was in Wirklichkeit vorgeht, als je unter dem Kaiser und den Königen. Von der Geheimdiplomatie der Entente ganz zu schweigen. Erzberger verfügte in Spaa über die deutsche Handelsflotte, das deutsche Kali, deutsches Erz und deutsche Kohlen, ja, in den Verhandlungen über Polen in gewissem Sinne sogar über deutsche Lande, als ob er Pascha eines orientalischen Staates wäre, und stellte das reife deutsche Volk vor vollendete Tatsachen, ohne auch nur genügend Sachverständige, geschweige denn das reife Volk zu Rate zu ziehen. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, es sei eine Staatsverwaltung ohne geheime Diplomatie überhaupt möglich, sondern nur der Schwindel von der Öffentlichkeit demokratischer Regierungen beleuchtet sei.

Die deutschen Friedensbedingungen sind ein Gegenstand, von dem man annehmen sollte, er sei auch für das deutsche Volk von einiger Wichtigkeit; denn die 100 Milliarden z. B. werden vermutlich nicht von den Herren Scheidemann, Erzberger, Gothein usw., die sie so freigebig anboten, sondern vom deutschen Volk bezahlt werden müssen. Aber die Nationalversammlung, die am 6. Febr. 1919 der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung so großartig als „den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland" begrüßte, wird über die deutschen

Gegenvorschläge weder unterrichtet noch befragt, und dem von der Nationalversammlung eingesetzten Friedensausschuß wurden großenteils ganz andere Vorschläge unterbreitet, als sie wirklich nachher ergingen, und die andern werden ihm in einer Art mitgeteilt, die jede wirkliche Durchberatung und Mitbearbeitung durch die Volksvertreter ausschließt. Alles Entscheidende machen die Staatssekretäre und Minister unter sich ab.

Überhaupt diese Staatssekretäre und der „System"wechsel, den sie darstellen sollen! Schwindel über Schwindel! Ob die Herren Erzberger, Haußmann und Scheidemann als Führer ihrer Parteien gemeinsam mit Herrn Bethmann Hollweg die Politik machen oder ob sie selbst die geradlinig fortgesetzte und nur noch verstärkte Mißwirtschaft zeichnen, deswegen braucht man die Hand nicht herumzudrehen. Was war das für ein einstimmiges Getön über unsere schlechten auswärtigen Diplomaten und der Notwendigkeit einer „Erneuerung"! Und worin besteht die „Erneuerung"? An Stelle des versehentlich auf einige Wochen hineingerutschten Hintze tritt zunächst der älteste noch vorhandene Vertreter des B-Systems, Herr Solf; ihn ersetzt der Herr v. Brockdorff-Rantzau, der zusammen mit Bernstorff schon längst von Bethmann Hollweg entweder als Staatssekretär oder als Reichskanzler in Aussicht genommen war.

Von dem Herrn v. Brockdorff-Rantzau weiß die Frankfurter Zeitung als größte Empfehlung zu erzählen, er sei immer ein entschiedener Gegner der Alldeutschen — genau wie Kühlmann — gewesen, und die Dänen rühmen ihm nach, er habe die dänische Schiffahrt während des Krieges ausgezeichnet geschützt und nicht weniger als viermal mit dem Abschied gedroht, falls deutsche U-Boote dänische Schiffe nicht ungeschoren ließen.

Herr Hellmut v. Gerlach, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, während der entscheidenden Junitage 1919 einer der eifrigsten Verfechter der Unterzeichnung des Schmachfriedens aus dem viel mit französischen Offizieren verkehrenden Kreis Cassirer-Harden, jener Herr v. Gerlach, der als Vertreter der Revolutionsregierung sich bei seinen Verhandlungen in Posen Ende 1918 von den Polen an der Nase hat herumführen lassen wie nur je ein B-Systemdiplomat vor ihm, sagte von Brockdorff (Neue Zürcher Zeitung 416, 20. 3. 19): „Er ist leichter in der Negative als in der Positive zu schildern. Aber ganz bestimmt ist er nicht Nationalist und nicht Imperialist". Brockdorffs Erklärung an die Deutsch-Österreicher (Deutsche Allg. Ztg. Nr. 8, 5. Januar 1919) war so lahm und tatenscheu wie nur je eine B-systemerklärung. Ein Staatssekretär mit Mark in den Knochen hätte ganz Deutschösterreich in die Wahlen zur Nationalversammlung mit hineingezogen. Die polnische Regierung hat sofort angeordnet, die preußisch-polnischen Bezirke hätten an den polnischen Wahlen teilzunehmen. Als persönlichen Referenten für Preßfragen hat sich Herr von Brockdorff den Schriftsteller F. M. Cahen, bisherigen Vertreter der „Frankfurter Zeitung" in Kopenhagen herbeigeholt.

Eine der ersten Taten des „neuen" Systems war die Ernennung eines polnischen Gesandten. Man findet darüber in der Norddeutschen Allg. Zeitung v. 27. Nov. 1918 (604) folgende Stelle: „Zum ersten deutschen Gesandten für Polen ist Graf Harry Keßler bestimmt worden, den frühere Beziehungen mit Pilsudski verknüpfen. Dieser Umstand ist geeignet, dem bisher politisch nicht hervorgetretenen Manne sein Amt wesentlich zu erleichtern. Ein ihm durch englische und französische Verwandtschaft aufgeprägter internationaler Zug wird in dieser Zeit der polnisch-nationalen Hochspannung von den Polen als mildernd empfunden werden." Erster

Grundsatz des B-Systems: Wie mache ich mir mein Amt möglichst „bequem", wie „erleichtere" ich mir meine Arbeit? Zweiter Grundsatz: Durch welche Schwächlichkeiten gewinne ich das Wohlwollen meiner Feinde? Es ist B-Systempolitik reinsten Wassers, die nach wie vor in Berlin getrieben wird. Der Erfolg war ebenfalls wie stets im B-System: eine zehntausendköpfige Menge wollte den Grafen in Warschau am 29. November lynchen. Am 15. Dezember wurde er davongejagt.

Die Waffenstillstandsverhandlungen führten Leute wie Erzberger, die ihre Zugehörigkeit zum alten B-System schon unter Bethmann-Hollweg in allen möglichen geheimen Missionen durch Talentmangel und Mißerfolge überzeugend nachgewiesen hatten. Ein Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation hat in einem Interview (Berliner Neueste Nachrichten 262, 6. VI. 1919) Erzberger folgendermaßen gekennzeichnet: „Wenn ich Ihnen gerade von Erzberger gesprochen habe, so geschah das, weil Erzberger der Prototyp derjenigen Leute ist, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Ich meine damit nicht den Erzberger, der ein Annexionsprogramm, noch auch den Erzberger, der einen Völkerbundsentwurf ausarbeitete, sondern den Erzberger, der sich auf den Trümmern Deutschlands einen Ministersessel aufgebaut hat, der zum Entsetzen des Präsidenten Wilson die mörderischen militaristischen Bedingungen des Marschalls Foch unterschrieb, den Erzberger, der die deutsche Kriegsflotte auslieferte, den Erzberger, der die deutsche Handelsflotte preisgab, den Erzberger, der die Truppen des polnischen Generals Haller nach Polen ließ. Erzberger hat eine Aktion des Präsidenten Wilson zur Milderung der Waffenstillstandsbedingungen des Marschalls Foch vereitelt, weil Erzberger die Bedingungen, so wie sie waren, annahm. Erzberger hat es uns Amerikanern unmöglich gemacht, Deutschland vor dem von uns nicht gebilligten englischen knockout zu schützen, weil er die Flotte auslieferte und die Handelsflotte verschenkte und so Deutschland seine letzte Wehr und sein bedeutendstes Verhandlungsobjekt schon vor der Friedenskonferenz raubte." „Erzberger hat durch sein blödsinniges Abkommen in der Danziger Frage die Polen um etwa 90000 Mann gestärkt und es uns Amerikanern dadurch unmöglich gemacht, Deutschlands neuen Feind im Zaum zu halten". Erzberger hat, so hätte das Mitglied einige Wochen später hinzufügen können, durch seine Spiegelfechterei mit dem zu erwartenden Verzicht der Entente auf die Auslieferung deutscher Führer die Mehrheit für die Unterzeichnung des Schmachfriedens am 22. und 23. Juni 1919 zusammengebracht.

Die Friedensgesandtschaft wurde geleitet von Herrn von Brockdorff, dem Zentrumsgewerkschaftssekretär Giesberts, dem sozialdemokratischen Juden Landsberg, dem Sozialdemokraten Leinert, dem Pazifisten und Philosemiten Prof. Schücking-Marburg, dem jüdischen Stellvertreter und Teilhaber des jüdischen Bankiers M. Warburg-Hamburg Melchior.

Giesberts hat am 10. Oktober 1918, also 4 Wochen vor der Arbeiterrevolution, in der Philharmonie in Berlin eine schöne Rede über den neudeutschen Parlamentarismus gehalten. Darin sagte er u. a.: „Man hat entdeckt, daß die Arbeitermassen und die Arbeiterführer Verständnis und Augenmaß besitzen für das, was sie erreichen können, und daß die Arbeitermassen vor allem Verständnis dafür gezeigt hätten, in so ernster Zeit restlos ihre Pflicht zu tun." Das Augenmaß und das Verständnis des Arbeiterführers Giesberts, das aus diesen Worten spricht, hat sich bekanntlich ebenso glänzend bewährt wie das der übrigen Arbeiterführer, die jetzt die Regierung bilden, und seine Aufnahme in das Kollegium war damit durchaus gerechtfertigt. Leinert hat am 8. April 1919 den Rätekongreß in Berlin eröffnet. „Aus

seiner Rede sei erwähnt", so schrieb die „Deutsche Zeitung" dazu (Nr. 160), „daß er an einer Stelle mit gläubiger Miene versicherte, die Entente dürfe uns nicht versklaven und vernichten, weil sich das nicht mit den in der deutschen Revolution geschaffenen Anschauungen vertrüge." Die „Deutsche Zeitung" fügt hinzu: „Warum hat man den guten Leinert nicht nach Paris zur Konferenz geschickt?" Die Regierung nahm diesen alldeutschen Wink dankbar auf und schickte den guten Leinert nach Paris. Vielleicht hat ihn auch sein ebenfalls damals gesprochenes Wort: „Wir sind kein Herrenvolk und wollen keines werden" dafür besonders empfohlen.

Am 28. April 1919 hatte Schücking im Temps erklärt, durch den feierlichen Akt der Friedensunterzeichnung in denselben Gemächern, in denen 1871 die Deutsche Kaiserproklamation stattgefunden hatte, werde „die Bismarcksche Epoche begraben, die nach dem Gewaltprinzip orientiert war". O weiser Schücking, höchst gerechter Schücking! Über die deutschen Kolonien befragt, erklärte Schücking einem Vertreter J. H. der „Neuen Zürcher Zeitung" (19. 3. 19): „Ich lege die 14 Punkte so aus, daß Deutschland nicht ganz von der kolonialen Tätigkeit ausgeschlossen werden kann, da Präsident Wilson eine „weitherzige" Regelung der kolonialen Fragen in Aussicht gestellt hat, und es doch für ein Volk von der Bedeutung Deutschlands einen gewissen naturrechtlichen Anspruch gibt, bei der zivilisatorischen Mission der Kulturwelt in bezug auf die noch nicht erschlossenen Gebiete mitzuarbeiten." Und Männer mit solchen Gedankengängen sollten uns unsere Kolonien zurückgewinnen!

Diesen führenden Unterhändlern wurden Berater aus Handel und Industrie und aus dem deutschen Geistesleben zur Seite gestellt. Alljudaan und die Pazifisten waren darin vertreten durch den Geheimen Kommerzienrat Arnhold, den Alldeutschenfresser und Professor der protestantischen Theologie Baumgarten, den Wilsonanbeter Professor Bonn, den Freihändler und Landwirtschaftsgegner Geheimrat Lujo Brentano, München, die wissenschaftliche Hauptstütze des B-Systems Geheimrat Hans Delbrück, den Direktor Deutsch von der A.E.G., die Abg. Frau Juchacz, den Zionisten H. Struck, Walter Rathenau, Direktor von Stauß von der Deutschen Bank, die Bankiers Max Warburg, Wassermann, Oppenheimer, Mendelssohn-Bartholdi, den Pazifisten Graf Montgelas, den Alldeutschenfresser und Nachfolger Brentanos Professor Max Weber. Von den übrigen Vertretern gehörte der größere Teil zu jenen Erscheinungen, die für jede nationale Bewegung, die über Geschäftsinteressen und behördliche Empfehlung hinausgeht, niemals einen Gedanken oder einen Pfennig übrig haben. Die Zusammenstellung des Ganzen erlaubte den führenden Unterhändlern, jederzeit eine Mehrheit für ihre pazifistischen Grundsätze zu bilden.

Die Leitung der Berliner Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen war dem Grafen Bernstorff anvertraut, der in Konstantinopel sich so wenig bewährt hat wie in Washington, wo die Millionen Deutschamerikaner, die Mehrheit des Staates, für ihn einfach nicht vorhanden waren. Wieviel er aus seinen Erfahrungen gelernt hat und welche Weite sein politischer Blick aufweist, zeigt seine bei der Gründung des demokratischen Klubs am 9. März 1919 gehaltene Rede, in der er „die mächtige Belebung des demokratischen Gedankens in unserem Volke" als „eine der wenigen bedeutungsvollen Posten bezeichnet, die wir bei der Bilanz des Weltkrieges auf der Kreditseite verbuchen dürfen" — auf der Höhe befindliche B-Systemdiplomaten drücken sich immer börsenmäßig aus —, und als „ausschließlich für die Niederlage verantwortlich den uneingeschränkten U-Bootkrieg" erklärt. Bernstorff war es, der 1915 die Aufgabe des uneingeschränkten U-Boot-

krieges veranlaßte und damit den ersten Keim zu unserem Zusammenbruch legte. Geheimrat Albert mit der verlorenen Mappe, Vertrauter Ballins, Schrittmacher Dernburgs in Amerika und unter Bernstorff deutscher Vertreter Alljudaans an der Botschaft in Washington, dann Präsident des Reichsverwertungsamtes — wozu gäbe es auch Kriegsgesellschaften? — wird Unterstaatssekretär der Ebertschen Reichskanzlei.

Am 11. April 1919 schlüpfte auch Dernburg in der Regierung als Finanzminister wieder unter. Dernburg hat am 16. März 1919 in einer Versammlung für den wirklichen Völkerbund im Herrenhaus zu Berlin sich gerühmt, als Kolonialsekretär die deutschen Kolonien zur Wut aller deutschen Kolonisten und zur Wonne aller Neger verwaltet zu haben. Wenn Gleichlageschlüsse erlaubt sind, hätte er danach bei längerem Verbleiben im Amt vermutlich danach gestrebt, sich in der Finanzverwaltung des Reichs die Unzufriedenheit aller Deutschen und die Zufriedenheit aller Juden und bolschewistischen Russen zu erwerben. So sah ja auch das Friedensangebot von 100 Milliarden aus, das sein Bank- und Parteifreund Warburg angeregt hatte. Seine fachliche Begabung wurde Anfang Mai 1919 auf die erste Probe gestellt bei der Frage der Finanzierung der Lebensmittelbeschaffung; er schlug vor — die Gründung einer neuen Kriegsgesellschaft, oder, wie das Kind genannt wurde, die Ernennung eines Reichskommissars für Erleichterung des Außenhandels, über dessen Erschwerung durch die Kriegsgesellschaften seitdem die Klagen des Handels immer lauter und häufiger werden. Der Teilhaber Warburgs, Melchior, führte die Verhandlungen über die Lebensmittellieferungen. Er und Warburg zusammen wurden, wie schon oben erwähnt, in die Versailler Finanzkommission entsandt. So sind es überall entweder überhaupt die gleichen Leute wie unter dem B-System, die mit den verantwortlichsten Aufgaben betraut werden, oder sie werden unter dem gleichen Gesichtspunkte ausgewählt, nämlich dem, für geeignet erachtet zu werden durch Arglosigkeit, nachgiebige Weichheit und Erhabenheit über jeden Verdacht nationaler und imperialistischer Anwandlungen das Wohlgefallen der äußeren und inneren Feinde des Reiches zu erregen.

Beim Regierungswechsel am 22. Juni schied die goldene Farbe vorsichtigerweise aus — die Unterzeichnung war ja doch gesichert! — und wurde durch noch etwas mehr Rot und Schwarz ersetzt; die Sache bleibt die gleiche, und dieses Gold wird sehr bald wiederkehren.

Auch sonst hat sich die demokratische „Wahrheitslehre" von den „Tüchtigen", welche die Demokratie an die ihnen gebührenden Plätze bringt, ja glänzend bestätigt. Wohin man faßt, faßt man, wie Dingelstedt sagt, entweder Juden[1]), und zwar keineswegs die Tüchtigsten ihrer Rasse, oder Leute, die, wie die schon genannten Staatsmänner, ihre Untüchtigkeit schon jahrelang vorher offenbart haben. Die Notwendigkeit, die neuen Stellen der Republik rasch zu besetzen, ist keine Ausrede, denn die Monarchie hat ja die tüchtigen Demokraten angeblich jahrzehntelang unterdrückt; also müßten sie in Überzahl bereitstehen. Auch trifft die Erscheinung keineswegs auf die Ämter allein zu. Was sich in den demokratischen Parteien selbst, in ihren Zeitungen und in der Literatur und sonstwo neu an führende und gut bezahlte Stellen gedrängt hat, wiegt alles zusammengenommen noch nicht, rein demokratisch gesehen, einen Eugen Richter oder einen Bebel auf.

Der gegen den Kaiser erhobene Vorwurf, er habe keine bedeutenden Menschen neben sich ertragen, ist berechtigt. Aber wer hat ihm denn dieses System der Personenauswahl ermöglicht und ihn immer dabei unterstützt? Wer stimmte denn

[1]) Die ausführlichste Zusammenstellung bringt wohl die Schrift von Dr. Liek (vgl. S. 8.)

zu, als Bismarck entlassen wurde? Der Reichstag mit seiner Mehrheit aus Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie. Wer war denn immer zuerst dabei, wenn es galt, die hervorragenden Staatsmänner, die unter Wilhelm II. noch aufkamen, die Peters, Tirpitz, Ludendorff, zu verdrängen? Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie. Wer anders hat den unfähigsten aller Kanzler, Herrn von Bethmann Hollweg, so lange im Amte gehalten als Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie, und wer hat diesen Untüchtigsten aller mit größerem Eifer gegen die nach Tüchtigeren Verlangenden verteidigt als jene alljüdisch demokratische Presse, die immer nach „Platz für die Tüchtigen" schreit? Noch viel weniger als der Kaiser haben jene demokratischen Parteien jemals einen Tüchtigen ertragen können, gestern nicht und vorgestern nicht und heute nicht.

Erholen kann sich Deutschland erst dann wieder, wenn einmal wirklich ein Systemwechsel eintritt und die Schwächepolitik alljüdisch gesinnter Händlernaturen durch eine Machtpolitik alldeutscher Richtung abgelöst wird. Kaiser Wilhelm II. hat sich während seiner Regierungszeit von Jahr zu Jahr mehr gegen die alldeutsche Richtung abgesperrt; während des Krieges kam überhaupt kein Alldeutscher mehr an ihn heran. Seine Kabinette bestanden zuletzt ausschließlich aus verbissenen Gegnern des Alldeutschtums. Der Regierung Ebert, Gothein, Scheidemann wäre es auch unter den größten Anstrengungen nicht möglich, die Feindschaft gegen die Alldeutschen weiter zu treiben, als sie im Kabinett Bethmann, Solf, Hertling, Kühlmann gediehen war. Es ist der unerhörteste Betrug, den man sich denken kann, wenn jetzt die Sache so hingestellt wird, als ob der Wechsel Bethmann-Hertling — Prinz Max-Ebert eine Abkehr von alldeutschen Regierungsgrundsätzen bedeutet hätte.

Wirtschaft.

Auch alles, was die Herren von der Wirkung des „Systemwechsels" nach außen und nach innen versprochen haben, hat sich als Schwindel erwiesen. Am 9. November 1918 erklärte Scheidemann, die Republik bringe uns den Frieden und begrüßte das deutsche Volk als „Sieger auf der ganzen Linie". Wo ist der Sieg, wo ist der Friede? Die Westmächte besetzten deutschen Boden, die Polen drangen in Ostpreußen, die Tschechen in Deutschböhmen ein. Deutsche Truppen kämpften gegen die russischen Bolschewisten, zum Teil auf englischen Befehl; in den Straßen Berlins schoßen sich Matrosen und Soldaten gegenseitig tot. Als endlich wenigstens in Berlin die schlimmsten Zustände beseitigt werden, bringt das die mehrheitssozialdemokratische Regierung nur fertig, indem sie die Hilfe von Offiziersregimentern, Studentenregimentern und andern „Bürgern" in ausgedehntestem Maße in Anspruch nimmt; auf ihre eigene Anhängerschaft angewiesen, wäre sie hoffnungslos den paar Bolschewikis ausgeliefert. Der „starke Arm" des Proletariers kann zwar wie jede blinde Masse alle Räder stillestehen lassen, aber kein Rad in Gang bringen.

Es ist ganz stille geworden von dem hauptsächlichsten Zugmittel der Republikaner, ein demokratischer oder republikanischer Staat werde nicht nur leichter und schneller den Frieden, sondern auch einen besseren Frieden als die Monarchie erhalten. Schärfere Waffenstillstandsbedingungen wären auch Ludendorff als deutschem Zaren nicht auferlegt worden, und die Friedensbedingungen haben sich nach allen möglichen Gesichtspunkten gerichtet, nur nicht nach der Frage, ob das Deutsche Reich demokratische oder monarchische Verfassung habe. Soll das ein Friede sein, was am 23. Juni 1919 die schwarz-rot-goldene Republik dem Reich bescherte, oder ist das nicht vielmehr dauernder Belagerungszustand? Soll das ein Sieg des Vol-

kes sein, oder ist das nicht dauernde Knechtung und Sklaverei? Schwindel waren die Verheißungen, in den feindlichen Staaten werde auch die Revolution ausbrechen, Schwindel ist die immer noch verbreitete Mär, sie würde noch ausbrechen und dann würde der Friede günstiger werden. Selbst wenn es tatsächlich noch Volkserhebungen und Umstürze in den anderen Ländern geben sollte, was nicht ausgeschlossen ist, wird der Friede für uns nicht besser werden, weil es in keinem Lande so vaterlandslose Revolutionäre wie unsere Sozialdemokraten und so verzichtsbereite Parteien wie unsern Freisinn und unser Zentrum gibt wie in Deutschland. Die französischen Bolschewisten werden Elsaß-Lothringen, die polnischen Posen, die russischen Kurland, die tschechischen Deutschböhmen behalten, weil sie alle mehr Wert auf diese Besitztümer legen und mehr Tatkraft für die Besitzergreifung aufbringen werden, als die deutschen Bolschewisten. Nur wenn Deutschland inzwischen Monarchie würde und ein starkes Heer aufzustellen imstande wäre, könnte eine feindliche Revolution oder die „Weltrevolution" unseren Frieden noch verbessern.

Wo sind die Nahrungsmittelvorräte, die in Menge vorhanden sein sollen, aber bis jetzt angeblich für die Reichen zurückbehalten wurden? Wer hat von dem versprochenen Ende des Wuchers etwas gemerkt, das eintreten sollte, sobald die „Volks"regierung das Heft in der Hand habe? Hat die Arbeiterregierung sich nur im geringsten der Frage der Arbeitslosigkeit gewachsen gezeigt? Hat sie überhaupt jemals aus sich selbst heraus einen andern Rat gewußt als nachgeben und Papiergeld drucken? Diebstähle und Verbrechen häufen sich, das Staats- und Heeresgut wird vernichtet und verschlendert, die deutsche Volkswirtschaft und die deutsche Zukunft wird zerrüttet und untergraben. Dem Volke machte man die Republik mundgerecht mit dem Schwindel, es erspare sich in der Republik die Kosten der „teuren" Könige und Prinzen; statt dessen muß es allein für die Arbeiter- und Soldatenräte mehr bezahlen als für sämtliche Fürstlichkeiten zusammengenommen.

Die ganze republikanische Regierung hält sich heute auf Grund eines großen Schwindelsystems. Der erste Schwindel ist die Benutzung der alten Beamtenschaft zur Regierung des Staates. Wenn Rektorstellvertreter und die übrige Lehrerschaft ihre Pflicht weiter tun, kann sich auch ein Analphabet in das Rektorat eines Gymnasiums setzen und sagen, jetzt sei er Rektor. Alle diese republikanischen Machthaber regieren ja gar nicht, sondern dekorieren Amtsräume und geben Unterschriften; alle wirkliche Arbeit wird von der alten Beamtenschaft und den Offizieren geleistet. Der zweite Schwindel ist die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Rohstoffvorräte. Um dem Volke gegenüber wenigstens keine Verschlechterung der Ernährung und Warenversorgung zu bringen, warf, namentlich in den ersten Monaten, die Republik die letzten Nahrungs- und Rohstoffreserven auf den Markt in der Hoffnung, die Feinde würden uns schließlich doch nicht verhungern lassen; das war die Regierungskunst eines betrügerischen Bankerotteurs, der mit dem letzten Geld seiner Kunden noch spekuliert. Der dritte Schwindel ist die Papiergeldwirtschaft; die Beamten, Arbeiter und Angestellten mögen Lohn, Unterstützungen, Gehälter, Pensionen fordern, was sie wollen, jeder erhält seinen Teil, damit er bei guter Laune bleibt, und zur Deckung der Kosten wird Papier, Papier und nochmals Papier bedruckt; die Wert- und Warenerzeugung aber wird durch blödsinnige Streiks, Herunstersetzung der Arbeitszeit, Herumlungern der arbeitslosen, vom Staate unterstützten Arbeitskräfte in den Großstädten ständig herabgemindert. Eine Art Vereinigung des Schwindels des Bankerotteurs, der alte Schulden nur mit neuen Schulden

zu decken weiß, mit dem Lohnschwindel stellten die $1^1/_2$ Milliarden dar, die die deutsche Regierung Ende Juni 1919 zur Verbilligung der auswärtigen Lebensmittel auswarf, um Eisenbahnarbeiter und andere Arbeiter von weiteren Erhöhungen ihrer Lohnforderungen durch eine neue Art von Nachgiebigkeit abzuhalten. Bezahlt muß diese Verbilligung natürlich früher oder später doch vom Volke werden, die Arbeiter mit einbegriffen.

Der Lohnschwindel gehört zu jenen Betrugsversuchen, deren Bewußtheit außer allem Zweifel steht. Die Führer der demokratischen Volkspartei und Vertreter der besitzenden Abteilung Alljudaans, welche die bürgerlichen Kreise zur Verhütung der Wiederkehr einer deutschen Monarchie in Bereitschaft halten müssen, sind sich genau ebenso wie die Führer der sozialdemokratischen Parteien und Vertreter der besitzlosen Abteilung Alljudaans, welche für die republikanische Dienstbarkeit der Arbeitermassen sorgen müssen, völlig klar über die Unmöglichkeit jeder Wirtschaft auf Grund dieser Löhne. Wenn das Eisen, die Kohlen und die Arbeiter in Deutschland dreimal so teuer sind wie anderswo, dann kostet eine deutsche Maschine eben auch dreimal so viel wie eine holländische, schweizerische, englische oder amerikanische; die Ausländer wie die Inländer wären Narren, wenn sie die Maschine nicht im Auslande kaufen würden statt in Deutschland. Ebenso gehörten Kapitalisten und Industrielle, die unter diesen Umständen noch Maschinen in Deutschland bauen wollten, wegen mutwilliger Vermögensvergeudung entmündigt. Im Juni 1919 blieben die Angebote amerikanischer Eisenfirmen in den nordischen Staaten hinter den deutschen bereits um über 100 Kronen zurück, ähnlich in Holland. Theoretisch bestände noch die Möglichkeit der Preishaltung in Schutzzöllen; praktisch wäre sie aber auch in der erforderlichen Höhe wegen unseres Einfuhrbedarfes nicht durchführbar, selbst wenn die Demokraten nicht so scharfe grundsätzliche Gegner der Schutzzölle wären, und wenn der Feind den Schutzzoll erlauben würde.

Wenn jetzt dem Volke alles Heil von der „Sozialisierung" versprochen wird, so ist das nur wieder ein neuer Schwindel. Die Massen stellen sich nämlich vor, dadurch würde ihnen eine große Steuerlast abgenommen; insbesondere käme man damit um die indirekten Steuern herum, die angeblich des armen Mannes Pfeife und andere letzte Tröster seines Elends verteuerten und mit solchen Hetzereien lediglich der Hetze wegen dem Volk von den Demokraten verekelt wurden. Das Volk hätte zwar aus den Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften, die ja Sozialisierungen in reiner Form darstellten, und ihrer Wirkung auf die Preise lernen können, wie Sozialisierung wirkt, wenn das Volk überhaupt aus Erfahrung zu lernen vermöchte. Tatsächlich werden alle Sozialisierungen auf eine andere Art der indirekten Besteuerung hinauslaufen, also auf einen gewaltigen Betrug der Menge, die ganz anderes davon erwartet. Die „sozialisierte" Kohle wird viel teurer als die im Privatbetrieb gewonnene, weil der Staat Einnahmen braucht und dazu eben, wenn er die Privatkohle nicht durch indirekte Steuern verteuern will, die Steuer auf den Preis daraufschlagen muß und dann die Kohle an die reichen wie an die armen Leute zu diesem erhöhten Preis verkauft. Der Preis ist dabei allemal höher als der mit der Steuer belastete Privatpreis, weil die Kosten jeden Staatsbetriebes höher sind als die Preise des Privatunternehmers einschließlich seines Gewinns. Denn dem Staat fehlt die Konkurrenz, welche den Privatunternehmer zur Niederdrückung der Gestehungskosten und der Ausfindigmachung neuer Möglichkeiten derselben zwingt; es fehlen ihm auch die Belohnungsmöglichkeiten, welche die Angestellten des Unternehmers zur Entfaltung aller ihrer Fähigkeiten aneifern, ganz besonders

einem sozialistischen Staate. Um bei erträglichen Preisen überhaupt noch Gewinne zu erzielen, muß der Staat meistens zu dem Mittel greifen, schlechtere Ware zu liefern, als es der Privatunternehmer täte, weniger Züge und weniger Wagen laufen zu lassen als eine Privateisenbahn usw., und mittels seiner Staatsautorität den Bürger einfach zu zwingen, mit der geringeren Ware vorliebzunehmen. Das Volk ist dann in doppelter Weise geprellt. Trotzdem sind, wie es z. B. bei der Eisenbahn, der Post, dem Forstwesen schon lange der Fall ist, vielleicht auch noch auf einigen weiteren Gebieten Sozialisierungen angebracht, aber aus anderen Gründen, als jetzt dem Volk vorgespiegelt werden. Es ist eben kennzeichnend für das ganze „demokratische" System, wie es auch nützliche und empfehlenswerte Dinge an das Volk immer nur unter irgendeinem Mantel des Lugs und des Betrugs heranzubringen vermag, wenn es nicht dem anderen System vor dem Volke recht und sich selbst unrecht geben will.

Ein schönes Beispiel dafür ist auch der Dernburgsche Vorschlag der patriotischen „Überstunde", welche die Arbeiter aus Opfermut für das Reich zum gewöhnlichen Stundenpreis leisten sollen, während der Unternehmer 1 Mk. Überstundenpreiszuschlag entrichten soll, der dann an das Reich abgeführt wird. Der Achtstundentag ist nicht durchführbar; das will man aber den Arbeitern nicht sagen; deshalb erfindet man eine „Überstunde" und legt gleichzeitig dabei dem Unternehmer eine neue Steuer auf, die sich dann der Arbeiter einbilden darf, gezahlt zu haben. Vielleicht kommt man jetzt tatsächlich nicht mehr ohne solche Betrügereien aus, wenn man die Wirtschaft wieder in geordnete Bahnen zurücklenken will; aber die Notwendigkeit solcher Mittel zeigt, wie tief unser Volk unter der Herrschaft der Schwarzen, Roten und Goldenen und ihres Systems in Lüge und Betrug bereits verstrickt worden sind.

Noch deutlicher in etwas anderer Richtung wird der Vorschlag des Vollsozialisierungsjuden Neurath-München, der Export müsse ermöglicht werden, indem der Lohn der dafür beschäftigten Industriearbeiter nicht auf die Ware geschlagen werde, sondern aus den Taschen der deutschen Steuerzahler genommen werde. (Sitzung des Zentralwirtschaftsamtes München am 2. April 1919.)

Wo diese Steuerzahler herkommen sollen, wird verschwiegen. Vor dem Kriege wurden von dem Gesamtsteuersoll etwa drei Viertel von einem Zehntel der Bevölkerung aufgebracht. Wenn die Sozialisierung die Wirkung hätte, die dem Volke dabei vorschwebt, nämlich die hohen Einkünfte den bisherigen Erwerbern zu entziehen — in Wirklichkeit liegen diesen jüdischen Plänen nur Verschiebungsabsichten aus anderen Taschen in die Alljudaans zugrunde —, dann würde dieses ausgezeichnete Zehntel in die übrige Masse zurücksinken, und das Gesamtsteuersoll würde sich in langsam absteigendem Maße so ziemlich auf die ganze Bevölkerung verteilen; an dem Soll jenes einen Zehntels würden nun mindestens sechs weitere Zehntel mitzutragen haben, eine Last, die einfach zu deren alten Lasten dazukäme. Denn der Staat würde das Einkommen jenes Zehntels nicht aus den sozialisierten Betrieben herausziehen können, weil die Sozialisierungsunkosten und die Kosten des durch die Sozialisierung erhöhten staatlichen Betriebs viel höher sind als die Gewinne, die jenes Zehntel aus den privatwirtschaftlichen Unternehmungen erzielen konnte. Es gibt eben zwei Arten von Reichtum; den nur raffenden und Geld aus Geld erschaffenden; jenen Reichtum, der größtenteils in den Händen Alljudaans ist; er könnte seinen Besitzern weitgehend entzogen werden, und sie würden nicht viel ärmer, Staat und Volk aber reicher. Es ist jener Reichtum, um den unsere Sozialisierer herumgehen wie die Katze um den heißen Brei und der von ihren

Sozialisierungsplänen kaum getroffen wird. Die zweite Art Reichtum ist die arbeitende und Werte schaffende in Industrie, Landwirtschaft und Handel, die wirkliche Werte erzeugt und wirkliche Werte umsetzt. Entzieht der Staat ihn den Besitzern, so werden Staat und Volk nicht reicher, sondern ärmer; denn der Werte schaffende Drang des nach Einzelbesitz strebenden Tüchtigen nimmt dem Volk keine Werte weg, sondern holt neue Werte aus der Natur und dem Auslande und der Welt des Geistes herbei. Diesen Drang kann Beamtenpflichttreue im sozialisierten Betrieb niemals ersetzen.

Wirtschaftlich hält Neurath seinen Vollsozialisierungsvorschlag für durchführbar, wenn der Deutsche sich mit den Waren minderer Beschaffenheit begnüge und die bessere ausführe. Hier wird also offen als Absicht ausgesprochen, was oben als natürliche Folge jeder Sozialisierung geschildert wurde. Der Vorschlag beleuchtet recht gut das Wesen dieser Volksbeglücker; natürlich läuft das Ganze wieder auf einen Betrug hinaus. Der Deutsche, auch der Arbeiter, soll sich schlechter nähren, schlechter kleiden, geringer wohnen und seine ganze Lebenshaltung herabsetzen, er soll dauernd die sonst so verdammten Ausfuhrprämien bezahlen, damit die jüdischen Ausländer im Reich ihre kriegsgesellschaftliche Machtstellung weiterhin aufrechterhalten können und die Ausländer draußen, die Franzosen, Engländer, Amerikaner usw. gute deutsche Ware billig kaufen und verkaufen können. Die Arbeiter „verdanken" dann den Herren ihre scheinbar so hohen Löhne und laufen ihnen dafür nach wie vor blindlings nach, während sie sich um ihr vieles Geld, das sie dann haben, in Wirklichkeit weniger und nur Schlechteres kaufen können als unter der Herrschaft des „Kapitalismus" bei geringeren Löhnen. Die Kapitalbildung in jüdischer Hand würde aber genau wie unter der Herrschaft der von den Sozialdemokraten verlangten „sozialen" Kriegsgesellschaften in erhöhtem Maße weitergehen, nur noch weit mehr als früher auf Kosten der Arbeiter und der Bauern. Auf die Dauer ließen sich aber auch durch solche Gewaltmaßregeln Aufträge und Industrie nicht von der Abwanderung abhalten.

* * *

Mit den Aufträgen und Industrien wandert aber auch das Kapital ins Ausland, soweit es nicht schon vorher geflohen ist — man spricht von 30 bis 50 über die Grenzen gebrachten Milliarden —, mit dem Kapital die Kapitalisten, und ihnen folgen notgedrungen die arbeitslos gewordnen Massen nach, und zwar nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Kopfarbeiter. Die demokratischen Wahlfangsredensarten von der hohen Geltung derer, „die mit dem Hirne pflügen", in den demokratischen Staaten, sind natürlich Schwindel; wo die Massen, die Taglöhner herrschen, wird die geistige Arbeit gering geschätzt und schlecht bezahlt. Der Standpunkt des Bauern gegenüber dem Heldentenor, dem er einen Ochsen doppelt so teuer verkauft wie einem Landwirt, weil er „ja nur ein paar Plärrer zu tun brauche", um das Geld wieder zu erhalten, ist übertragen der Standpunkt jedes Durchschnitts-Handarbeiters gegenüber den Berufen der gebildeten Stände. Man kann es auch von den Leuten nicht anders verlangen; woher soll ein Bauer eine Ahnung davon haben, was für eine Heidenarbeit hinter einer tadellos gesungenen Heldentenorrolle steckt! Ein spartakistischer Gemüsehändler in Königsberg hat, wie Otto Ernst in der „Deutschen Zeitung" vom 28. Februar 1919 (Nr. 99) erzählt, seine beifallsjauchzenden Zuhörer folgendermaßen über die Leistungen Hindenburgs belehrt: „Eine Kurbel gebe man ihm

in die Hand, und dann muß er Straßenbahnschaffner werden, damit er weiß, was Arbeit heißt. Da kann er sein Führertalent erproben". Es ist viel klüger, mit diesem Maß von Dummheit als einer in unteren Volksschichten häufigen Eigenschaft zu rechnen, als zuerst jahrelang in heißem demokratischen Bemühen in diesen und den höheren Schichten falsche Vorstellungen über den Reifegrad des Volkes zu erwecken, damit den untern Volksschichten die Herrschaft in die Hand zu spielen, und sich dann nachträglich darüber zu empören.

Man tut den Leuten oft unrecht, wenn man diesen Umstand nicht berücksichtigt. Der Herr Ministerpräsident des Reiches, Exzellenz Philipp Scheidemann, hat Anfang Juni 1919 in einem Aufsatz des „Vorwärts" erklärt, die Alldeutschen hätten das Volk in den Krieg hineingetrieben, sie hätten den rechtzeitigen Abschluß des Friedens unmöglich gemacht, und sie hätten den Bogen überspannt, bis er brach und mit ihm Reich und Volk. Es sind ihm diese Aussprüche von nationaler Seite als große Schlechtigkeit angekreidet worden; aber es beruht dies nur auf dem in Deutschland unausrottbaren Glauben, mit dem Amt wachse auch der Verstand. Möglicherweise ist Herr Scheidemann der Überzeugung, er spreche in den obengenannten Sätzen die Wahrheit. Wenn der Gemüsehändler von Königsberg morgen zufällig Exzellenz oder Ministerpräsident würde, behielte er sehr wahrscheinlich auch nach Jahren amtlicher Tätigkeit immer noch seine Ansicht über die Führereigenschaften Hindenburgs, wenn ihn vielleicht auch die äußere Abrichtung durch den Umgang mit anderen Menschen sich etwas vorsichtiger ausdrücken ließe.[1])

Der Haß der unteren Schichten gegen die oberen ist ebenso eine Erscheinung von der Unabänderlichkeit eines Naturgesetzes; verbindet sich mit ihm die Dummheit, so gebiert sie aus sich gesetzmäßig Gemeinheiten wie die des Gemüsehändlers. Man stelle sich einmal den Entrüstungssturm der sozialdemokratischen Herren im Reichstage oder in den Arbeiter- und Soldatenräten vor, wenn etwa Hindenburg eine seinen Verdiensten angemessene Bezahlung begehren würde, oder wenn die Bergwerksärzte ihre Forderungen für den einzelnen Krankenbesuch in der entsprechenden Weise erhöhen würden, wie die Bergwerksarbeiter ihre Löhne für die einzelne Stunde.

Selbst mäßige Lohnsteigerungen könnte unser Reich, das ja ohnehin ungeheure Lasten zu übernehmen haben wird, nur ertragen, wenn unsere besten geistigen Köpfe alle Kräfte anstrengen, um durch ihre Findsamkeit hochwertige und dadurch konkurrenzfähige Verkaufsgegenstände und Verkaufsmengen zu schaffen. Damit Kohlenarbeiter in Palästen und sie selbst in Hütten wohnen, tun sie das aber nicht. Ebensowenig wird der bescheidene feste Beamtengehalt, den der Arbeiterstaat seinen Beamten in den „sozialisierten und verstaatlichten" Industrie- und Handelsbetrieben gewähren wird, die hervorragenden geistigen Köpfe im Inland festzuhalten vermögen; das Ausland wird ihnen immer das Zehnfache zu bezahlen imstande sein und es

[1]) Der amtliche Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei ließ am 28. Juni 1919 im „Vorwärts" erklären:

„Leider bestimmten aber bis zum 9. November 1918 nicht die Sozialdemokratie, sondern die Alldeutschen die Politik unserer Heimat, deshalb ist der traurigste Friede, den je die Weltgeschichte gesehen hat, für uns das Endergebnis dieses Krieges geworden."

Hier liegt natürlich nicht Mangel an Einsicht, sondern bewußte Verlogenheit vor. Kennzeichnend aber ist die Stelle für die Einschätzung der Verstandesstufe, deren sich die sozialdemokratischen Wähler bei ihrem Vorstand erfreuen. Sie werden also wirklich für dumm genug von ihm gehalten, um zu glauben, die Bethmann, Hertling, Prinz Max und ihre Minister, von ihren parlamentarischen Ratgebern wie Erzberger, Gothein, Scheidemann ganz zu schweigen, lauter Leute, die aus ihrer erbitterten Feindschaft gegen die Alldeutschen nie ein Hehl gemacht haben, hätten alldeutsche Politik getrieben!

gerne zahlen, selbst wenn das Ideal unserer Demokraten, die Weltrevolution und die Festsetzung der gleichen Arbeitszeit und der gleichen Arbeitsmindestlöhne in der Welt, Wirklichkeit würde. Einen solchen, für den deutschen Arbeiter vorteilhaften Zustand hätte die deutsche Arbeiterschaft vielleicht erreichen können, wenn sie sich während des Krieges zunächst einmal den Alldeutschen und der Vaterlandspartei angeschlossen hätte, bis der Sieg erfochten war und dann ihre Forderungen erhoben hätte; dann hätte sie der Welt vielleicht das deutsche Arbeitsideal aufzwingen können. Nun haben aber die deutschen Demokraten aller Richtungen dem deutschen Volk den Sieg aus der Hand geschlagen; Deutschland ist das besiegte Land und damit und durch das nachträgliche Benehmen der Demokraten viel stärker verarmt und verelendet als jedes andere; es müßte also, selbst wenn eine Weltrevolution äußerlich gleiche Arbeitsbedingungen wieder herstellen würde, immer noch unvergleichlich viel mehr geistig und körperlich sich anstrengen als die anderen, um nur die Stufe wieder zu erreichen, die es vor der Revolution und vor dem Zusammenbruch innegehabt hat.

Auch die Künstler, von denen ja ein großer Teil mit revolutionären Gedanken liebäugelt, werden sich wundern, wie schlecht sie im Schoße des „Volkes" gebettet sind. Der Eisenbahnarbeiter bezieht jetzt Gehälter wie früher ein Regierungsrat oder Ministerialrat. Deswegen wird er sich weder gehaltvollere Bücher noch gediegenere Kunstwerke kaufen wie vorher, sondern nach wie vor höchstens Kitsch; er wird nicht in gute Konzerte und Theaterstücke gehen, sondern ins Kino und in schlüpfrige Operetten. Der Ministerialrat aber, der früher mit dem gleichen Gehalt seinen kulturellen Liebhabereien aller Art nachgehen konnte, braucht jetzt das Geld, um anständig wohnen, essen und sich kleiden zu können. Bevor ein Beamter diese Rangstufe erreicht hatte, konnte er sich aus seinem Gehalt kulturelle Liebhabereien allerdings kaum gestatten, wenn er nicht eigenes Vermögen besaß oder durch Heirat erwarb. Wenn das Volk sich über die ungerechte Verteilung der Steuern unter der Monarchie beschwindeln ließ, so wurde ihm dabei gewöhnlich die ungeheure mittelbare Besteuerung des Besitzes unterschlagen, die, abgesehen von seinen Wohltätigkeitsverpflichtungen, in der ungenügenden Bezahlung der Beamten und Offiziere der Monarchie lag. Die Monarchie verlangte von beiden eine Lebenshaltung, die sich namentlich der jüngere Beamte und Offizier nur leisten konnte, wenn er auf begehrenswerte Genüsse und Freiheiten des Lebens in höherem Grade verzichtete als es jeder Arbeiter tat. Der Arbeiter konnte ein armes Mädchen heiraten; vom Offizier verlangte der Staat eine Kaution. Ein seiner Ausbildung und seiner kulturellen Stellung wirklich entsprechendes befriedigendes Leben konnte der Angestellte der Monarchie nur führen, wenn er ständig aus eigener Tasche darauf legte; das heißt mit anderen Worten, der Staat bezahlte seine Beamten und Offiziere nur zum Teil aus Staatsmitteln; den größeren Teil der Lasten ihrer verlangten Lebenshaltung hatte der Besitz zu tragen. Im sozialistisch-republikanischen Staat werden sich die höheren Beamten eher noch schlechter stellen, soweit sie nicht infolge des Parlamentarismus mittelbaren und unmittelbaren Bestechungen zugänglich werden. Aber sie werden es ausgleichen können und müssen durch Niedrigerschrauben ihrer Lebenshaltung. Und sie werden es auch tun, auch wenn sie es nicht nötig haben. Wenn Sattlersfrauen im Salonwagen fahren und Wäscherinnen in Ministerautos ihre Besorgungen machen, hat das nicht die Wirkung auf die höheren besitzenden Kreise von Bildung, nun erst recht erste Klasse zu nehmen und in langen Zimmerfluchten prunkvolle Geselligkeit zu pflegen; dann wird sich im Gegenteil

die wirklich vornehme Frau gesucht einfach kleiden, und die Generäle werden die Straßenbahn benützen. Getroffen aber werden durch diese Einschränkungen in erster Linie wieder die wirkliche kulturelle Werte erzeugenden Kreise, vom kunstgewerblichen Schreiner an bis zum bildenden ersten Künstler, vom geistreichen Zeitungsplauderer bis zum tiefschürfenden Dramatiker. Blühen können in einem sozialistischen Staate höchstens die Talmikünste und die Massenkünste. Was für einen ungeheuren Verlust die deutsche Kultur durch den Wegfall der verschiedenen deutschen Höfe erleidet, wird den Künstlern bald zum Bewußtsein kommen. München, Dresden, Darmstadt, Karlsruhe sind ohne ihre Fürsten kulturell erledigt. Wie Frankreich parisiert wurde, wird Deutschland verberlinert werden. Paris hatte aber wenigstens Kultur; das moderne Berlin dagegen nie. Und Paris war immer eine echt französische Stadt; das moderne Berlin ist aber keine deutsche Stadt, sondern ein unangenehmes Gemisch aus Internationalismus, Judentum und Osteuropa.

Der einzig mögliche Endzustand, der sich aus der Beibehaltung der gegenwärtigen sozialdemokratischen Wirtschaftsmethode ergeben kann, ist der Zustand, in dem sich zurzeit Rußland unter der Herrschaft des Bolschewismus befindet. Proletarische Räuberbanden leben von den Vorräten, die sie vorfinden und den Nichtproletariern wegnehmen, die verhungern oder getötet werden. Aber das geht nur so lange, bis die Vorräte aufgezehrt sind, dann verhungern auch die Räuberbanden, falls sie nicht, wie die russischen von den deutschen Bolschewisten, zum Einfall in noch unverwüstete Ländereien eingeladen werden. Aber auch dieses Nomadisieren hat in der heutigen Welt bald ein Ende. Darüber sind sich sämtliche Sozialdemokraten von Ebert bis zu Levy und Ledebour völlig im klaren, und die Republikaner der Berliner Tageblattspartei natürlich erst recht. Wenn sie den Schwindel der Lohnbewilligung solange mitmachen, so ist das nur eine Fortsetzung der alten B-Systempolitik der Schwäche. Man sichert sich die Erhaltung der eigenen Herrschaft von 14 Tagen zu 14 Tagen durch neue Zugeständnisse auf Kosten des deutschen Volkes und der deutschen Zukunft; das treibt man so weiter, bis eben der Zusammenbruch erfolgt. Aus dem vom 4. August 1914 hat das deutsche Volk noch nichts gelernt, aus dem vom 9. November 1918, wie die Wahlen zeigen, auch nichts. Wie der Zusammenbruch aussehen muß, aus dem das deutsche Volk einmal etwas lernt, wissen wir nicht; aber soviel ist sicher: die Zusammenbrüche werden nicht eher ihr Ende finden, als bis das deutsche Volk einmal aus ihnen lernt.

Menschlichkeit, Sympathie und Achtung.

Am 7. September 1914 wandte sich der deutsche Kaiser in der Dumdum-Frage telegraphisch an Wilson, „als den hervorragendsten Vertreter der Grundsätze der Menschlichkeit". Das Telegramm dürfte von Herrn von Bethmann verfaßt worden sein, in dessen Reden und Kundgebungen die Worte Menschheit und Menschlichkeit seitdem nicht mehr verschwanden; sonst spielen noch die Worte „Welt" und „Europa" bei ihm und seinen demokratischen Parteifreunden eine große Rolle; vom deutschen Volk und deutschen Reich ist weniger die Rede. Am 9. November 1916 erklärte Herr von Bethmann Hollweg: „Dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, der, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhütet. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß."

Was ist aus diesem Menschheits-, Welt- und Europaschwindel geworden? Kaum ist Deutschland durch die Arbeit der Menschheitsschwärmer, Ganz- und Mittel-

europäer zusammengebrochen, da ertönt aus Frankreich der Schrei nach Rache, aus allen anderen Ländern der Schrei nach „Strafe", nach „Sicherung" vor dem deutschen Militarismus, nirgends ein Schrei nach Menschlichkeit und Verständigung. Den konnte man brauchen, solange Deutschland siegte, damit die Landsleute um die Früchte ihres Sieges gebracht und die Freunde im Auslande geschont würden; nach der Voraussetzung, der Gegenseitigkeit, frug man nie, und über die entgegenstehenden schreienden Tatsachen, wie die Gefangenenmißhandlungen und die Hungerblockade, ging man zartfühlend hinweg. Die Hungerblockade hat in Deutschland, wie Geheimrat Rubner in der Berliner Akademie der Wissenschaft am 23. Januar 1919 mitteilte, 800000 Opfer gekostet; die „Menschheit" erfährt dies, aber die Hungerblockade gegen das wehr- und hilflos am Boden liegende Deutschland wird nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar verschärft. Schon die Waffenstillstandsbedingungen sprechen jeder Menschlichkeit Hohn.

Ihre Niedertracht erscheint erst im richtigen Licht, wenn man den Zweck derselben berücksichtigt. Wenn mit der Lusitania einige Frauen und Kinder untergegangen sind, so waren sie gewarnt und begaben sich bewußt und ohne Zwang in die Gefahr, in der sie dann umkamen. Ferner war damals Krieg, und die Torpedierung der Schiffe war eine kriegerische Maßregel, die wie jede andere fremde Menschenleben opfert, um die eigenen zu retten. Deutschland ist aber seit der Revolution wehrlos der Blockade ausgesetzt; es ist nicht mehr Krieg; die englischen Offizierskommissionen, die Deutschland bereisten, haben in einem Anfang März veröffentlichten Bericht jede Möglichkeit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland für ausgeschlossen erklärt. Die Entente, den Menschlichkeitsapostel Wilson an der Spitze, läßt aber jeden Monat bewußt Tausende deutscher Kinder, Frauen, Greise und Kranker an Unterernährung zugrundegehen, lediglich um materieller Vorteile willen, um die Beute zu vergrößern, um mehr Geld und mehr Land aus Deutschland herauszuschinden. Dieselben deutschen Blätter Alljudaans aber, die dem Ausland immer mit dem Unrecht und dem Verbrechen des U-Bootkrieges in den Ohren lagen, fassen die Greuel der Feinde mit den zartesten Fingerspitzen an. Man merkte nicht das Geringste von einer großzügigen Pressepropaganda der jüdischen Meinungsmacher im neutralen Ausland und im feindlichen zu unsern Gunsten, wie sie während des Krieges ja angeblich nur gefehlt hat, weil das „militaristische" System dieses Instrument nicht zu handhaben wußte. Jetzt sitzen doch überall die „Sachverständigen" vom Berliner Tagblatt, der Frankfurter Zeitung und dem Vorwärts in der Macht!

Unter den schwindelhaften Hoffnungen, welche die Republikaner im Volke als Lohn für das Waffenniederlegen und die Erzwingung des Unterwerfungsfriedens erweckten, befand sich auch die der alsbaldigen Rückkehr der deutschen Gefangenen. Zurückkehren durften die feindlichen Gefangenen, die deutschen blieben gefangen. Die deutsche Kommission in Spaa für die Kriegsgefangenen erhält Mitte Januar 1919 als Antwort auf ihre Bitte, ihr wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zuzustellen, den Bescheid, das sei nicht möglich; bis 1. März würden etwa 200000 deutsche Kriegsgefangene nach Nordfrankreich gebracht, um dort alles wieder aufzubauen, was die Deutschen zerstört hätten; mit dem Transport derselben sei bereits begonnen, und die Aufstellung der Lagerlisten sei dadurch erschwert. Ein Befehl vom 8. Januar 1919 des Chefs des großen Gefangenenlagers bei Cercotte lautet: „Wenn der sträfliche Mißbrauch mit den für die Schweine bestimmten Speiseresten nicht aufhört, die man in schlecht verstandenem Mitleid den Deutschen und Österreichern zur Verfügung stellt, werde ich mich veranlaßt sehen, alles Schweinefutter zu ver-

kaufen, und ihr, französische Soldaten, mögt dann über mangelhafte Ernährung klagen" (nach dem Pariser „Oeuvre"). Über die Verständigungssehnsucht der Belgier schreibt Oberstabsarzt Dr. Brockelmann, der die Lazarette in Brüssel und Antwerpen besuchen durfte, am 26. November 1919: „Tatsächlich entfaltet man auch in ganz Belgien in den Kinos, durch Plakate und durch die Presse sowie andere Propagandamittel eine planmäßige Deutschenhetze." Genau so wie mit der „Menschlichkeit" des Herrn von Bethmann-Hollweg verhält es sich mit dem „Rechtsfrieden" der Reichstagsmehrheit und dem „Weltgewissen" des Prinzen Max; es ist nirgends auch nur eine Spur davon zu bemerken. Das deutsche Elsaß-Lothringen wird französisch und mit Gewalt französisiert werden, die Kolonien werden Deutschland geraubt, seine Flotte wird ihm genommen und unter die Feinde verteilt, soweit sie nicht versenkt ist. Darin besteht die allgemeine „Abrüstung", nach der ja auch schon so lange das Weltgewissen unserer deutschen Demokraten schreit. Die „Abrüstung" der Vereinigten Staaten sieht für die nächsten drei Jahre 10 Überdreadnoughts, 6 Schlachtkreuzer und 140 andere Kampfschiffe als Neubauten vor. Über die englische Flotte erklärte Lloyd George am 12. Dezember 1918 in Bristol: „Überall muß abgerüstet werden, aber Großbritannien muß seine Flotte behaupten. Ich hätte kein Vertrauen zu irgendeiner dieser Mächte, wenn wir nicht den treuen Wachthund hätten, der die Meerespolizei ausübt." Ergänzend bemerkte der amerikanische Marineminister Daniels nach einer Pariser Meldung vom 17. März 1919 (Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 130, 18. III. 19): „Das gewaltige Flottenbauprogramm Amerikas sei mit den Grundsätzen des Völkerbunds durchaus nicht unvereinbar. Für den Augenblick müsse die amerikanische Flotte stark sein, um in wirksamer Weise an der Meerespolizei teilzunehmen, die lediglich gegen solche Staaten angewandt werden werde, die den Beschlüssen des Völkerbunds zuwiderhandeln." Womit auch der Schwindel von der „Freiheit der Meere", mit dem Herr von Bethmann Hollweg und seine Leute von der Reichstagsmehrheit immer krebsen gingen, genügend gekennzeichnet ist.

Die Beschränkung der Kriegsziele auf die „Freiheit der Meere", die „offene Tür" und ähnlicher Schwindel gehörten bekanntlich auch zu den Mitteln, mit denen Bethmann und die Verzichtler die „Sympathien" und die „Achtung" der Völker für Deutschland gewinnen wollten. Als Hauptanstoß aber, der uns die Herzen der fremden Völker entfremdete, galten der „Militarismus" und die „Monarchie"; der Inhalt der Leitaufsätze aller Blätter der beiden Abteilungen Alljudaans und der Reden aller Hoböhmen bestand im letzten Jahre vor dem Zusammenbruch in kaum etwas anderem mehr als in dem Nachweis der Notwendigkeit, sich vom „Militarismus" abzukehren und entweder die Monarchie zu „demokratisieren" oder gleich ganz abzuschaffen. Damit sei uns der Weg zum „Völkerbund" und zu einem auf gegenseitiger Liebe und Achtung beruhenden Frieden geebnet. Nun ist der Militarismus in Deutschland so gründlich beseitigt, wie es sich kaum ein Liebknecht hätte träumen lassen, — sonst nirgends —, und an der Spitze sämtlicher Bundesstaaten und des Reiches selbst stehen Sozialdemokraten als republikanische „Volksbeauftragte". Aber aus allen Kundgebungen des Auslandes flammt uns nach wie vor glühender Haß entgegen; nur hat sich zu ihm jetzt wirklich tiefste Verachtung gesellt, während früher gewiß keine Liebe, aber Furcht und Hochachtung vor Deutschland die Welt erfüllten. Daß die Deutschen das zurzeit verachtetste Volk auf dem weiten Erdboden sind, darüber gebe man sich keiner Täuschung hin. Soweit haben es unsere Demokraten und Revolutionäre glücklich gebracht. Und sie setzen ihre Arbeit mit Erfolg fort.

Zu den lächerlichsten Beschwerden, die Erzberger bei Herrn Foch einlegte, gehört wohl die über sein Nichtlesen der Erzbergerschen Protestnoten; aber sie ist nicht minder

kennzeichnend wie die Äußerung Fochs vom 16. Januar 1919: „Ganz wie bei uns, aber Frankreich hat keine Maschinen gestohlen." Hätte dem Herrn Foch ein Vertreter der Hereros gegenübergestanden, so hätte er ähnliches wahrscheinlich nicht gewagt; erstens einmal hätte ihm das vermutlich seine Achtung vor den Hereros verboten, die ihr Land bis zum letzten Atemzug verteidigt haben, und zweitens hätte er gewußt, der Herero würde ihm daraufhin ins Gesicht schlagen. Herr Erzberger aber wahrt die Würde des Reiches, indem er den Schimpf ruhig hinunterschluckt. Er hat ja selbst kurz vorher das schon einmal erwähnte Buch veröffentlicht über das deutsche „Unrecht", und sein Amt hielt es für dringend nötig, 10 Tage später offiziell zu erklären (Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 46, 29. 1. 19), „sie sehe in dem Einmarsch nach Belgien ein Unrecht, das wieder gut gemacht werden müsse, und die Wiederherstellung Belgiens sei für sie ein Gebot der Gerechtigkeit!" Graf Brockdorff will sich mit dem gleichen Zugeständnis am 7. Mai vor Empfangnahme der feindlichen Friedensbedingungen einen guten Eingang bei der Entente verschaffen; sie antwortet mit der Überreichung des Mordfriedens. Das hält Herrn Brockdorff nicht ab, am 29. Mai in den Gegenvorschlägen von neuem die Schuld Deutschlands zu betonen, und der Ministerpräsident des Deutschen Reichs, Scheidemann, versteigt sich am 12. Juni 1919 auf dem Parteitag zu Weimar zu dem allen Gegnern sicher höchste „Achtung" abzwingenden Satz: „Ich stehe nicht an, hier zu erklären: Hätten die Gegner keine Soldaten mehr auf den Beinen und keine Kugel mehr in ihren Gewehrläufen stecken, dann hieße es für uns erst recht, das zerstörte Frankreich (!) und Belgien wieder aufzubauen." Am 12. Juni 1919 sagt das ein Deutscher! Woher nahmen die Berliner nur die Berechtigung, sich über die politischen Künste Eisners aufzuregen?

Erzbergers Danziger „Erfolg" sah ähnlich aus. Foch erweist dem bettelnden — nicht fordernden — Erzberger die Gnade, die demütigende Landung in Danzig sich nur vorzubehalten und vorläufig nicht auszuführen; das Recht muß ihm Erzberger, der hingefahren war, um es zu bestreiten, nun ausdrücklich zugestehen. Dafür zieht Erzberger Foch aus seiner Verlegenheit, die Schiffe für den Transport zu beschaffen, was damals recht schwierig war, und übernimmt die mindestens ebenso demütigende Verpflichtung, die feindlichen polnischen Truppen auf deutschen Bahnen unter deutscher Bürgschaft in den Rücken Deutschlands zu bringen. Das deutsche Volk muß frieren, hungern und sich in den Zügen wie Heringe zusammenpressen lassen, weil es an Lokomotiven fehlt; für die Polen stehen aber, damit Erzberger einen Scheinerfolg aufweisen kann, täglich 10 Züge zur Verfügung. Kann man einem Volk noch stärker seine Mißachtung ausdrücken, als indem man von ihm verlangt, selbst die Peitsche herbeizutragen, mit der es geschlagen werden soll? General von Winterfeldt wehrte sich am 23. Januar gegen eine französische Note, „deren Ton ein derartiger ist, wie er höchstens einem Tributärstaat, nicht aber der Regierung einer Großmacht gegenüber angängig ist." Dem General unterlaufen dabei zwei Irrtümer. General Smuts schreibt in einer Anfang Januar 1919 veröffentlichten Schrift über die „Liga der Nationen": „Die fünf Großmächte: Britisches Reich, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten und Japan werden alle ständige Mitglieder ernennen" (zu dem „Rat", der als Verwaltungsorgan des Völkerbundes gedacht ist). Das bolschewistische Rußland und das demokratische Deutschland sind — mit Recht — aus der Reihe der Großmächte gestrichen und haben sich des Anspruchs begeben, als solche behandelt zu werden. Der zweite Irrtum Winterfeldts liegt in seiner Meinung, Frankreich befleißige sich seinen Tributärstaaten gegenüber eines ebenso schlechten Tones wie gegenüber Deutschland. Einen derartigen Ton schlägt Frankreich höchstens den Insassen seiner Gefängnisse und Besse-

rungsanstalten gegenüber an. Über den Abgrund von Verachtung, Haß und Unmenschlichkeit, der in den Friedensbedingungen der Feinde und ihrer Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge lag, braucht kein Wort verloren zu werden

Aber man übersehe auch hier nicht die Grundlagen, die den Feinden von Deutschen dafür geliefert worden sind. Der Kieler Theologieprofessor Baumgarten hat sich außerordentlich angestrengt, um aus einem Zeitraum von einigen 30 Jahren einige Äußerungen Alldeutscher und angeblicher Alldeutscher zusammenzutragen, aus denen unsere Feinde nach der Ansicht der Herren Baumgarten, Rohrbach, Delbrück und anderer Hoböhmen ihren Vernichtungswillen gegen Deutschland geschöpft haben könnten. Merkwürdigerweise berufen sich unsere Feinde in ihren Erklärungen über die Schuld Deutschlands und ähnliches niemals auf Alldeutsche, sondern immer auf Äußerungen der engeren und weiteren Parteifreunde des Herrn Baumgarten. Es wäre ihm zu empfehlen, einmal die Mantelnote zu den endgültigen Friedensbedingungen vom 16. Juni mit den Reden und Veröffentlichungen aus dem Lager der schwarz-rot-goldenen Reichstagsmehrheit aus den letzten drei Jahren zu vergleichen; er wird in der ganzen Mantelnote wenig Sätze finden, zu denen sich nicht Stellen entsprechenden Inhalts in der eben erwähnten Literatur seiner pazifistischen Gesinnungsgenossen nachweisen ließen. Nicht einmal der krasse Widerspruch zu den 14 Punkten Wilsons kann den Feinden voll angekreidet werden; denn die Gegenvorschläge der Regierung Scheidemann-Brockdorff auf die zuerst überreichten Bedingungen gehen ja selbst, namentlich finanziell, aber auch territorial, weit über die 14 Punkte Wilsons hinaus.

Der Wilsonschwindel.

Die am 7. Mai überreichten Friedensbedingungen der Feinde und der am 23. Juni 1919 angenommene Friede stellen einen neuen Zusammenbruch des B-Systems dar. Der Wilsonschwindel dürfte damit auch für die beflissensten Anhänger dieses Mannes, den ein Abgeordneter, ich glaube, es war Naumann, als ungekrönten Kaiser der Welt angehimmelt hat, erledigt sein. Es sind dabei viele Gebäude endgültig geborsten. Bethmanns Zauber- und Versöhnungspolitik gründete sich zum großen Teil auf sein Vertrauen zu Wilson. Die schwarz-rot-goldne Reichstagsmehrheit mit ihrer Friedensresolution von 1917 zog die Berechtigung zu ihrer Übernahme der Herrschaft aus der Einbildung, Wilson gegenüber verhandlungsfähiger zu sein als eine nationale Regierung. Die Nachgiebigkeit Bethmanns und Hertlings gegen die Demokratie entsprang zum Teil derselben Meinung. Die Regierung des Prinzen Max wurde geschaffen, um noch verhandlungsfähigere Leute als seine Vorgänger Wilson anbieten zu können, und schließlich wurden Kaiser und Könige davongejagt und die Regierung Ebert-Scheidemann ins Leben gerufen, um sich ganz gewiß die Gunst Wilsons zu sichern. Einzig und allein im Vertrauen auf die Menschlichkeits- und Völkerversöhnungssprüche Wilsons geschahen alle Schritte des Herbstes 1918, wie jetzt offen zugegeben wird.

Nun entpuppt sich Wilson als das, wofür ihn die verlästerten und von jedem Einfluß auf die Politik sorgfältigst ferngehaltenen Alldeutschen von jeher erklärt hatten, als ein Machtpolitiker rücksichtslosester Art, der seine Feinde mit Recht für dumm genug hielt, sich in heuchlerische Redensarten einwickeln und durch sie zur Selbstzerfleischung bestimmen zu lassen. Von diesen Waffen hat er ausgiebigsten Gebrauch gemacht und damit seinem eigenen Volke und den Bundesgenossen viel Blut erspart und noch einiges mehr. Der Völkerbunds- und Völker-

versöhnungsgedanke waren, wie von alldeutscher Seite stets betont wurde, von Wilson immer nur für den Fall eines deutschen Sieges ernst gemeint; dann hätte man damit das deutsche Volk um die Früchte seiner heroischen Anstrengungen gebracht. Der Gedanke wurde von den schwarz-rot-goldnen Anhängern Wilsons auch stets in diesem Sinne gehandhabt; er war ihrer Politik immer nur das Mittel, ganz im Sinne Wilsons die Freunde eines deutschen Siegfriedens niederzukämpfen. Die deutschen Wilsonianer ließen in der neutralen Presse Aufsätze über Aufsätze los, in denen sie mit den Feinden darin wetteiferten, jede Regung eines deutschen Machtfriedens niederzuknütteln. Man suche in seinem Gedächtnis nach, ob man sich aus dem Kriege eines entsprechenden deutschen oder feindlichen Pazifistenaufsatzes erinnern kann, in denen die gleiche Verpflichtung zu einem Verzichtsfrieden den Feinden in gleich eindringlicher Weise zu Gemüte geführt worden wäre. Da unsere Herren von der Mehrheit, die Rathenau, Erzberger, Scheidemann, Gothein usw., ja niemals an einen deutschen Sieg geglaubt haben, sondern immer, wie sie jetzt ein- über das anderemal versichern, ‚das traurige Ende richtig voraussahen', wäre es, sollte man glauben, soweit sie sich als Deutsche fühlen, ihre verdammte Pflicht gewesen, mit allen Mitteln gegen die allbekannten Annexionsgelüste der F e i n d e loszuziehen, statt gegen die der Alldeutschen. Statt dessen haben sie bekanntlich diese Annexionsgelüste durch mannigfache Andeutungen, man wäre bereit, über die Abtretung kleinerer Teile Lothringens, Schleswigs und polnischer Bezirke mit sich verhandeln zu lassen, eifrig gefördert. Wilson ist mit den Zuständen, die der Gewaltfrieden, was immer sich daraus ergeben mag, nach sich ziehen wird, ausgezeichnet gedient; nicht etwa nur Deutschland, sondern sämtliche Staaten Europas geraten damit in einen Zustand der Spannung und Lähmung, der sie langdauernd in Abhängigkeit von Amerika bringt.

Wenn von den übrigen Zuständen, die sich an den Übergang der deutschen Herrschaft in die sozialdemokratischen Hände knüpften, unentwegte Demokraten behaupten, sie wären auch ohne Umsturz eingetreten oder ohne denselben gar noch schlimmer geworden, so konnten sie bei der unergründlichen politischen Einfalt der deutschen Bürger selbst damit noch Glauben finden. An den Versuch, zu verkünden, die Friedensbedingungen wären unter monarchischer Herrschaft n o ch schärfer ausgefallen, haben sich selbst die verbissensten Anhänger der Scheidemannregierung nicht herangetraut. In ihrem Herzen gestehen sich jetzt wohl auch die Rötesten der Roten ein, wenn man im Herbst 1918 statt ihnen den Alldeutschen die Herrschaft überlassen hätte, d i e s e n hätte die Entente, selbst wenn der Krieg dann doch noch verloren gegangen wäre, was sehr unwahrscheinlich ist, s o l ch e Bedingungen nicht zu bieten gewagt. Schon deshalb nicht, weil der Mut zu ihren Bedingungen der Entente einzig und allein aus der Wehrlosigkeit erwuchs, in die die sozialdemokratische Herrschaft das Reich versetzt hatte. Dahin hätten es Alldeutsche nie kommen lassen; das weiß auch jeder Rote.

Es ist bemerkenswert, wieviel jetzt in den Blättern und Reden der Linken von „zusammengestürzten Illusionen" die Rede ist; sonst waren bekanntlich immer die Alldeutschen die „Illusions"politiker, und die Realpolitiker waren die Herren von der Weltwirtschaft und von der Weltkultur.

Der neue Bankerott trägt wieder alle das B-System kennzeichnenden Merkmale. Hervorgerufen wurde er wie alle durch den kindlichen Glauben, mit einer Politik der Schwäche und des Entgegenkommens vermöge man den Feinden Erfolge abzubetteln. Begleitet ist er durch die völlig falsche Einschätzung des Charakters der Gegner und ständig irrtümlich und rosarot gefärbte Erkundi-

gungsergebnisse über die Vorgänge im feindlichen Lager und die dort herrschenden Absichten. Die Schlußszene war auch wie immer: auf ein besonders liebevolles Entgegenkommen hin empfängt der Anbietende zu seiner grenzenlosen Überraschung eine schallende Ohrfeige.

Clemenceau eröffnete die Sitzung vom 7. Mai mit einer Ansprache, in der er die deutschen Delegierten anredete, als ob er Verbrechern ein Urteil zu verkünden hätte. Daraufhin bringt es Graf Brockdorff fertig, ihm unter anderm zu antworten:

„Die Haltung der alten deutschen Regierung im Haager Kongreß, ihre Tätigkeit und ihre Unterlassungen in den tragischen Tagen des Jahres 1914 haben zu diesem Unglück beigetragen. Aber wir bestreiten entschieden, daß Deutschland, dessen Volk sich zu verteidigen hatte, allein die Last der Schuld aufgebürdet werde. In den letzten fünfzig Jahren vergiftete der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage. Die Politik der Revanche, die Politik der Expansion und die Vernachlässigung des Völkerrechts haben zu dieser Krankheit Europas beigetragen, die ihre Krisis in diesem Kriege fand .... Die öffentliche Meinung der ganzen Welt beklagt sich über die Grausamkeiten, die Deutschland im Verlaufe dieses Krieges begangen hat. Wir sind bereit, das Unrecht einzugestehen, das wir begangen haben. Wir sind nicht hieher gekommen, um die Verantwortung jener Männer herabzumildern, die den Krieg politisch und wirtschaftlich gemacht haben, noch um die gegen das Völkerrecht begangenen Verbrechen zu leugnen. Wir wiederholen die zu Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgegebene Erklärung: „Man hat Belgien unrecht getan, und wir wollen dies Unrecht wieder gut machen." Aber in seiner Art der Kriegführung beging nicht Deutschland allein Fehler; jedes Volk hat deren begangen."

Also indem er Deutschland als armen, reuigen Sünder hinstellt, der bitter gefehlt hat und gern sein Unrecht wieder gutmachen würde und als Entschuldigung nur anzuführen hat, er wär's nicht allein gewesen, will dieser vom deutschen Volk Auserwählte gegenüber einem Wilson, Clemenceau und Lloyd George diplomatische Erfolge erzielen! Wahrhaftig, Bethmann-Hollweg hätte es nicht besser gekonnt.

Es zeugt von einer fabelhaften politischen Instinktlosigkeit, in diesem Augenblick den Feinden den Boden der deutschen „Schuld" von neuem zu festigen, auf dem sie allein ihre unerhörten Forderungen der Welt gegenüber moralisch rechtfertigen können und rechtfertigen.

Ganz so heiß, wie Clemenceau die Suppe auf den Tisch gebracht hat, wird sie vielleicht nicht gegessen. Aber man genieße Milderungen, wie sie vielleicht eine schwarz-rot-goldne Regierung mit der Zeit erzielen kann, mit größter Vorsicht. Die Gefahr kann möglicherweise noch schlimmer werden, wenn aus dem Clemenceaufrieden allmählich ein alljüdischer Frieden werden sollte. Clemenceau will uns mit Geißeln züchtigen, Ententealljudaan arbeitet sicher lieber mit Skorpionen. Der geschlagene Wurm krümmt sich; der durch den Stich der Skorpionen vergiftete ist dauernd gelähmt. Für Alljudaan ist die Lähmung vorteilhafter. Es gab einmal ein großes Weltreich von hoher Kultur, dessen Bewohner durch den Stich seiner Skorpione in Pazifisten verwandelt wurden. Seitdem ist China zur Ohnmacht in Politik, Kultur und Wirtschaft verdammt, obwohl es 400 Millionen Einwohner und viele gescheite Köpfe zählt.

Parteielend.

Mehrheitsparteien.

Es hat sich ein merkwürdiges Trio in der Reichstagsmehrheit zusammengefunden. Das Zentrum, hauptsächlich Partei des alten katholischen Adels, der katholischen Kirche und der katholischen Bauern, Feind des Judentums, der Freigeisterei und der Selbständigkeit der untern Stände; der Freisinn, hauptsächlich Partei des jüdischen Großkapitals und des besitzenden Judentums, Feind des Adels, der kirchlichen Macht und der Bauern, die Sozialdemokratie, Feindin des Adels, der kirchlichen Macht, der Bauern und des Großkapitals, Partei der Fabrikarbeiter und des besitzärmeren Judentums; alle drei Todfeinde untereinander und alle drei verbündet. Alle haben im Krieg schon unter Bethmann ihre kleinen Sonderwünsche verwirklicht, das Zentrum bekam seine Jesuiten, der Freisinn die gesteigerte Zulassung seiner Juden in Armee und Beamtenschaft, die Sozialdemokratie die Anerkennung ihrer Gewerkschaften als maßgebende Vertreter der Arbeiterschaft. Aber diese kleinen gegenseitigen Geschenke genügen nicht, um die Freundschaft zu erklären.

Feinde werden immer nur zusammengehalten durch einen gemeinsamen dritten Feind, der ihnen noch gefährlicher dünkt als die Feindschaft unter sich. Das Zentrum herrscht durch die katholische Kirche, und das eigentliche Herrschgebiet der katholischen Kirche ist neben einem vermögenden Hochadel ein armer Bürger- und Bauernstand. Die Menge der ausgeteilten Klostersuppen ist ein Maßstab für die politische Macht der katholischen Kirche. Wohlhabende Bürger und reiche Bauern haben liberale Neigungen. Im Krieg sind die Klöster in Deutschland wie Pilze aus der Erde geschossen. Eine Vorbereitung und ein Wink.

Das jüdische Großkapital braucht für seine Industrieunternehmungen ein großes Arbeiterheer und für seine politische Macht einen vermögenslosen abhängigen Mittelstand von Angestellten. Ein selbständiger blühender Mittelstand von Bürgern und Beamten und eine blühende Landwirtschaft sind Bestechungen mit Geld und Ämtern unzugänglich. Es braucht daher auch den Parlamentarismus, um geleistete Dienste mit Stellen belohnen zu können, obwohl es selbst sich selten an den Parlamenten beteiligt, sondern gewöhnlich nur an den Fäden zieht. Die politische Macht der Sozialdemokratie braucht für ihre politische Arbeit eine Großkapitalistenschicht einerseits, das Heer der Arbeiter und Angestellten anderseits, und dazwischen soweit wie möglich ein Nichts, damit der Abstand zwischen der Ober- und Unterschicht möglichst groß wird und die Unterschicht sich schon durch diesen Abstand als eine gesonderte Masse fühlt, für welche die Unzufriedenheit und der Neid auf die Besitzenden den Kitt bilden. Ein zufriedener Mittelstand und eine wohlhabende Landbevölkerung verwischen die Klassengrenzen und unterwerfen sich nicht leicht der Führung jüdischer Rechtsanwälte und Schriftsteller. Ein starker, blühender deutscher Mittelstand bedeutet also für alle drei Parteien der Reichstagsmehrheit eine Schwächung ihrer Macht.

Der deutsche Mittelstand und das Bauerntum sind auch der kraftvollste Träger bewußten Deutschtums. Das Zentrum wird politisch geleitet von Rom aus, und römische Belange kreuzen sich meistens mit den deutschen. Der Freisinn vertritt das jüdische Großkapital, und seine mächtige Presse arbeitet stets politisch mit der jüdischen Großfinanz in gleichem Sinne. Die jüdische Großfinanz ist aber ebenso international wie der Jesuitismus. Die Sozialdemokratie baut ihre Theorien auf der Gleichheit alles Menschentums auf: Proletarier aller Länder vereinigt euch!; in der Herrschaft über die Völker sollen allerdings die Menschen nicht gleichberechtigt sein, sondern hierin soll die Arbeiterklasse ein Vorrecht besitzen. Dieses Vorrecht glaubt sie nur durch die Verbrüderung der Arbeiter aller Völker erreichen zu können; darum ist sie international. Ein auf sein Deutschtum stolzes deutsches Volk würde für alle drei Parteien einen schlechten Boden ergeben. Das Zentrum hatte in den ersten zwei Jahren noch deutschtümliche Anwandlungen, unterwarf sich dann aber völlig der vatikanischen Politik Erzbergers. Der Weltkrieg war für das Zentrum die entscheidende Probe, ob es als deutsche Partei gelten könne oder ob es der Internationale zuzurechnen sei. Sogar die Kanzlerschaft war ein volles Jahr in seinen Händen. Es hat die Probe nicht bestanden; wir wissen jetzt endgültig, in jedem Zwiespalt zwischen Deutschtum und dem Vatikan wird sich das Zentrum auf die vatikanische Seite schlagen.

* * *

Von dem gemeinsamen Gesichtspunkte der Gegnerschaft gegen reines Deutschtum aus fanden sich die Mehrheitsparteien auch in ihren Kriegszielen zusammen. Auch hier war das Verbindende ein Verneinendes; keine der Parteien wollte ein größeres Deutschland, keine einen politischen Machtzuwachs Deutschlands.

Das deutsche Kaiserreich ist ein vorwiegend protestantisches Kaiserreich; der Vatikan aber kann die Stärkung eines protestantischen Reiches nicht wünschen. So wie es war, konnte es dem Vatikan recht sein; dies Deutsche Reich stützte den Katholizismus im Reiche besser, als es die einzelnen Bundesstaaten gekonnt hatten, und vor allem brauchte der Hort des vatikanischen Katholizismus, der österreichische Staat, die Stütze des Deutschen Reiches. Dem Katholizismus ging es im Reiche Kaiser Wilhelms II. ausgezeichnet. Aber ein Landzuwachs im Osten hätte trotz einer katholischen Besiedelung Litauens doch den Protestantismus wohl mehr in die Vorderhand gebracht, und der allgemeine politische Machtzuwachs des Reichs hätte in höherem Maße das protestantische Preußen befruchtet als die vorwiegend katholischen Staaten. Aus dem gleichen Grunde erleben wir in Deutschland niemals eine nationale Bewegung, an deren Spitze katholische Geistlichkeit stünde, während bei den Polen, den Tschechen, den Slowaken, den Wallonen, den Italienern die Führung der Verbände, die schärfer allpolnisch, alltschechisch usw. sind als der alldeutsche alldeutsch, in den Händen des katholischen Klerus liegt. Wenn in Deutschland der katholische Klerus politisch sich anstrengt, dann handelt es sich entweder um Dinge, wie die Einführung der Jesuiten, oder um Französierung und Polonisierung in der Art Wetterlés und der polnischen Geistlichkeit.

In Österreich ist der katholisch-jesuitische Klerus eifrig damit beschäftigt, die Angliederung Deutschösterreichs an das Reich, die einen neuen Machtzuwachs Deutschlands bedeuten würde, zu hintertreiben, und die jesuitisch gesinnte Null

Karl wieder auf den Thron zu bringen. Er findet dabei die rege Unterstützung des Wiener Judentums.

Für Freisinn und Sozialdemokratie hätte ein Landzuwachs den gleichen Nachteil gebracht, nämlich eine Verschiebung der Bevölkerungszusammensetzung zugunsten der Bauern, die in normalen Zeiten weder volksparteilich noch sozialdemokratisch und vor allem nicht jüdisch wählen. Politischer Machtzuwachs und Kriegsentschädigungen hätten weder die jüdische Großfinanz, die sich im Krieg mit Kapitalgewinnen reichlich eindecken konnte, noch die Sozialdemokratie begünstigt, sondern den schaffenden aufbauenden Mittelstand, der in Deutschland überall zu dicht aufeinander hockt und sich nirgends recht rühren und regen kann, ebenso wie der Bauernstand, aus dem die blühenden großen Bauernwirtschaften immer mehr verschwinden. Land- und Machtzuwachs hätten beiden Ständen Luft und Licht gebrochen, neue Schaffenslust in ihnen angeregt, und Wohlstand und Zufriedenheit wären eingezogen. Dem siegreichen, größer gewordenen Deutschland mit seinem blühenden Mittelstand wäre sehr wahrscheinlich auch das freudige Bekenntnis zu Rasse und Volkstum wieder neu entsprossen, alles Dinge, die den drei Mehrheitsparteien nicht willkommen sein konnten. Es ist dabei natürlich keineswegs nötig, daß diese Gründe bewußt und überdacht der Politik dieser Parteien zugrundegelegen hätten; gerade die tiefsten und ausschlaggebendsten Beweggründe wirken in den meisten Menschen mehr instinktiv als bewußt, ganz besonders solche Gründe, die man vor sich selbst nicht gern zugibt.

Es wollte auch keine der Mehrheitsparteien ein ohnmächtiges Reich. Der Vatikan brauchte ein mittelstarkes Reich mit großem Einfluß der katholischen Bundesstaaten und des katholischen österreichischen Bundesgenossen als Stütze seiner Macht. Das jüdische Großkapital wollte keinen Wettbewerb zwischen englischem und deutschem Kapital, sondern Unterordnung des deutschen unter das englische und internationale, und wollte deshalb auch keine selbständige Weltpolitik Deutschlands, sondern Unterordnung der deutschen Weltpolitik unter die englisch-amerikanische, innerhalb dieses Rahmens aber wirtschaftliches Gedeihen Deutschlands. Den Zusammenbruch wünschten nur die unabhängigen Sozialisten, weil nur in einem zusammenbrechenden Deutschland ihnen Reichtum und Macht zufallen konnten.

Das Ziel der Mehrheit war aber von vornherein eine Unmöglichkeit. Man kann einen Krieg nur führen mit dem Ziel der völligen Niederwerfung und des restlosen Siegs über den Feind mit allen Forderungen dieses Sieges, nicht aber mit dem Ziel eines Zwischendings zwischen Sieg und Niederlage, mit dem Ziel eines Kriegsendes „ohne Sieger und Besiegte“, mit dem Ziel einer bloßen „Verteidigung“. Ein solches Ziel wäre möglich, wenn der Feind die gleichen Absichten verfolgte; diese Voraussetzung ist aber widersinnig; denn wenn beide Parteien nichts wollen, als sich verteidigen, dann führen sie eben keinen Krieg miteinander. Diesen Widersinn fühlte auch die Mehrheit ganz gut heraus und suchte daher ihre Politik zu begründen mit der Absicht, man müsse dem Feind allmählich durch abwechselnde Niederlagen und Friedensangebote die Überzeugung beibringen, er werde auch nicht mehr als die Verteidigung seines status quo erreichen; den könne er aber jederzeit haben. Die Politik des Kaisers, seiner Kanzler und der Reichstagsmehrheit ließ Deutschland militärisch regelmäßig ein Stück siegreich vorwärts dringen und riß es dann ebenso regelmäßig politisch wieder ein Stück zurück in den Wahn, damit das deutsche Volk am gleichen Fleck der Verteidigung seiner bisherigen Grenzen und seiner bisherigen Machtstellung festhalten zu können. Aber dieses ständige Zurückreißen im

Vorwärtsdringen verträgt kein Mensch und kein Volk auf die Dauer; der nicht siegen Dürfende bleibt eben schließlich doch nicht auf der Grenze zwischen Sieg und Nichtsieg stehen, sondern bricht eines Tages bei einem Rückwärtszug zusammen, und der Feind kniet sich auf seine Brust. Die Ereignisse des Herbstes 1918 waren die notwendige Folge der Politik des Kaisers, seines Kanzlers und der Mehrheitsparteien.

* * *

Die Parteien der Reichstagsmehrheit haben im großen und ganzen durchgesetzt, was sie anstrebten. Sie wollten einen Frieden ohne vollen deutschen Sieg, ohne deutsche Annexionen und ohne Kriegsentschädigung für Deutschland. Das war, wie die Alldeutschen stets voraussagten, nur zu erreichen durch einen vollen Sieg der Entente, durch deutsche Landabtretungen und durch deutscherseits zu zahlende Kriegsentschädigungen. Ich habe vom August 1914 ab in allen meinen allerdings größtenteils sofort verbotenen Aufsätzen und Schriften immer wieder betont, wenn das System Bethmann Hollweg, das B-System[1]), dessen Stützen Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie waren, am Ruder bleibt, müssen wir den Krieg verlieren. Das B-System ist nicht nur am Ruder geblieben, sondern hat seine Herrschaft immer mehr ausgedehnt und alle anderen Einflüsse immer stärker zurückgedrängt; der Zusammenbruch wurde infolgedessen noch viel niederschmetternder, als selbst Schwarzseher voraussahen.

Das protestantische Kaisertum der Hohenzollern hat versagt und sich nicht als fähig erwiesen, die Schöpfung Bismarcks zu erhalten. Das Werk des gehaßten Protestanten Bismarck liegt zerschmettert zu Boden. Ein größerer Triumph für den Vatikan ließ sich nicht denken. Die Jesuiten sind in Deutschland eingezogen und werden seine Wiederaufrichtung nicht fördern. Das Streben des Vatikans wird dahin gehen, möglichst viele Throne Deutschlands, neue und alte, mit katholischen Fürsten zu besetzen. Die nationalen Gegner des Zentrums werden aus nationalen Gründen gezwungen sein, auf diesem und auf manchem anderen Wege mit ihm zusammen zu gehen. Das ist das Kennzeichen des wahren Siegers: er kann sich unter den Besiegten aussuchen, wen er als Werkzeug gegen seine weiteren Feinde heranziehen will.

England und Amerika gegenüber sind die nationalen Kreise Deutschlands in ähnlicher Lage; ein zeitweises Vasallentum gegenüber einem dieser Staaten kann uns jetzt je nachdem aus nationalen Gründen willkommen sein. Darin offenbart sich der Sieg Alljudaans, das diese Lage gewollt hat.

Dem Freisinn ist ferner die Lahmlegung aller germanischen Kräfte, welche der Herrschaft des internationalen Großkapitals noch entgegenstanden, gelungen. Der Führer des Freisinns und erste Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Gothein, ist Minister geworden und kann sich über die Zurücksetzung der Juden im Staatsdienst und im Heere wirklich nicht mehr beklagen. In der Presse, im geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ist das Judentum nach wie vor oben auf: manche vorher wenigstens noch halbnationale Zeitung und mancher Wirtschaftszweig ist während des Krieges endgültig in alljüdische Hände übergegangen.

[1]) Vgl. insbesondere mein Buch: „Die Politik v. Bethmann Hollwegs", Dezember 1915, J. F. Lehmanns Verlag, München, I. u. II. Teil: Preis 7 M., III. Teil: Preis 6 M. (der III. Teil ist vergriffen).

Über den Sieg der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie ist kein Wort zu verlieren. Alle Regierungen Deutschlands sind in sozialistischen Händen. Das ist das Hauptergebnis des Zusammenbruchs, und der Zusammenbruch war wiederum ein Ergebnis der Sozialdemokratie, deren Schule auch so viele Angehörige des Heeres durchlaufen hatten. Bebel zitiert in seiner Lebensbeschreibung Lasalle: „Nur in dem populären Krieg gegen Frankreich sehe ich ein Unglück. In dem bei der Nation unpopulären Kriege aber ein immenses Glück für die Revolution. Eine Besiegung Frankreichs wäre auf lange Zeit das kontrarevolutionäre Ereignis par excellence. Noch immer steht es so, daß Frankreich, trotz aller Napoleons, Europa gegenüber die Revolution, Frankreichs Besiegung ihre Besiegung darstellt.“ Bebel wünschte schon 1866 eine Niederlage Preußens. Er sagt in seiner Lebensbeschreibung: „Meine Ansicht ist, daß für ein Volk, das sich“ (wie das preußische) „in einem unfreien Zustand befindet, eine kriegerische Niederlage seiner inneren Entwicklung eher förderlich als hinderlich ist. Siege machen eine dem Volk gegenüberstehende Regierung hochmütig und anspruchsvoll, Niederlagen zwingen sie, sich dem Volk zu nähern und seine Sympathie zu gewinnen. Das lehrt uns 1806/07 für Preußen, 1866 für Österreich, die Niederlage Rußlands im Krieg mit Japan 1904. Die russische Revolution wäre ohne jene Niederlage nicht gekommen, ja sie wäre durch einen Sieg des Zarentums auf lange Jahre unmöglich gewesen.“ „Einmal angenommen, Preußen wäre 1866 unterlegen, so wäre das Ministerium Bismarck und die Junkerherrschaft, die noch bis heute wie ein Alp auf Deutschland lastet, fortgefegt worden.“

Der Sozialdemokrat Ströbel erklärte bereits im zweiten Kriegsjahre: „Ich bekenne ganz offen, daß ein völliger Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.“ Der „Vorwärts“ schrieb am 6. November 1917: „Wir müssen uns heute darüber klar sein, daß die eigentlichsten und tiefsten Ursachen dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.“ Am 20. Oktober 1918 verkündete er: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.“ Der Unabhängige Dr. Cohn erklärte am 22. Februar 1918 im Reichstag: „Ich segne den Tag, an dem die Völker ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen wollen gegen die Fürsten und Staatsmänner, gegen die Militärs, gegen den deutschen Militarismus vor allem.“ Der unabhängige Sozialdemokrat Vater bekannte in einer Versammlung der Magdeburger Arbeiter- und Soldatenräte: „Die Unabhängigen haben seit dem 25. Januar 1918 den Umsturz systematisch vorbereitet, indem sie ihre Leute an der Front zur Fahnenflucht veranlaßten. Die Fahnenflüchtigen wurden organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Nach allen Himmelsrichtungen wurden diese Leute namentlich an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich aber sicher vollzogen.“ Frisch vormarschierenden deutschen Truppen, welche die bei Nesle zurückflutenden Regimenter ersetzen sollten, scholl aus diesen der Ruf: „Streikbrecher“ entgegen. Ledebour sagte am 17. Dezember 1918 in der Reichskonferenz der Räte: „Tatsächlich hat eine ganze Anzahl meiner Freunde, die jetzt im Vollzugsrate sitzt, schon seit 1916 die Revolution vorbereitet. Wir haben auch die Front bearbeitet, und die frühere Regierung hat uns da ausgezeichnete Agitatoren geliefert, indem sie alle vom Januarstreik Verdächtigen an die Front hinausgeschickt hat.“ (Deutsche Allgemeine Zeitung 642, 18. XII. 18).

Was die Mehrheitsparteien zusammenhält, ist wie schon erwähnt, ein Verneinendes, eine Feindschaft. Der Vatikan verneint die Andersgläubigen, der jüdische Freisinn das Deutschtum, die jüdische Sozialdemokratie das Bürgertum. Solche Kräfte unterliegen aber stets dem Fluch, nie das erreichen zu können, was sie sich vorsetzen; ihr zerstörender Drang schießt stets über das gesteckte Ziel hinaus. Das protestantische Kaisertum ist in den Staub gesunken, das katholische österreichische Kaisertum, die stärkste monarchische Stütze des Vatikans, aber auch, und zwar nicht zum wenigsten deshalb, weil es als Werkzeug des Vatikans diente, das deutsche Kaisertum nicht siegen zu lassen. Das Preußen flankierende katholische Polen- und ein katholisches Südslawenreich werden schon lange vom Vatikan angestrebt; aber ob sie ein Ersatz für Habsburg sind, ist fraglich. Die Juden haben das Deutschtum zur Ohnmacht verurteilt, aber nicht das jüdische Großkapital gelangte auf dem beabsichtigten unmittelbaren Wege zur Herrschaft, sondern zunächst einmal das anarchistische Judentum, und aus dem anarchistischen Judentum erblühen dem besitzenden wie den besitzlosen Juden zunächst mehr Dornen wie Rosen.

Die Sozialdemokraten sind Herren der Lage; aber heute schon glaubt keiner an eine längere Dauer dieser Herrschaft. Ungebildete Sozialisten können sich niemals an der Spitze eines Staates halten, weil zum Regieren eben doch immerhin etwas mehr gehört als die Freude am Befehlen und an hohen Gehältern. Ein Handwerker hat mit 13—14 Jahren ausgelernt; der Studierende wird 24 bis 26 Jahre alt, bis man ihm einen Anfangsposten anvertraut; so ganz für die Katze sind die 10—12 Jahre Mehrstudium denn nun doch nicht. Ein tüchtiger Schuster und ein tüchtiger Minister verdienen genau dieselbe persönliche Hochachtung; aber man läßt sich nicht gerne Schuhe bei einem Minister machen und sich nicht gerne längere Zeit von einem Schuster regieren.

Es ist schade um alle drei Parteien. Neunundneunzig von hundert ihrer Anhänger sind treffliche und brauchbare Deutsche, die ihr Vaterland in die Höhe bringen könnten, wenn sie sich nicht vom letzten Hundertstel in die Irre führen ließen. Sie alle glauben fest, für eine gute Sache zu kämpfen und kämpfen alle für eine schlechte. Die Zentrumsangehörigen glauben für die gute Sache des Katholizismus einzutreten und besorgen in Wirklichkeit politisch die Geschäfte italienischer Kardinäle und internationaler Jesuiten. Nähme man den Freisinnigen die jüdische Führung und die alljüdische Presse weg, so blieben Demokraten vom Schlage der 48er übrig, schwache Realpolitiker, aber zum Teil prachtvolle Charaktere. Sie glauben für die Sache des Volkes zu fechten und den Tüchtigen Bahn zu brechen; in Wirklichkeit bilden sie die Truppe des Alljudentums und räumen Tüchtige von Plätzen weg, damit Juden nachrücken können. Die Sozialdemokraten glauben für das Wohl des deutschen Arbeiters zu kämpfen; aber sie organisieren sich in Wirklichkeit nur, damit jüdische Rechtsanwälte und faule Arbeiter führende politische Rollen spielen können, und die jüdische Großfinanz die Masse in der Hand hat, die sie selbst nicht bilden kann, die sie aber braucht, um das deutsche Bürgertum niederzuhalten. Es würde genügen, das Zentrum von seinen römischen Klerikalen, Freisinn und Sozialdemokratie von ihrer jüdischen und hobömischen Führung zu befreien, und die jetzt so trübe Zukunft Deutschlands würde sich bald wieder aufhellen.

* * *

Vorläufig einmal sind der Vatikan und Alljudaan mit gutem Erfolg bemüht, ihre Macht auf den Trümmern wieder aufzurichten, bzw. fester zu begründen. Man

darf sich die Sache natürlich nicht so vorstellen, als ob nun der Vatikan unmittelbare Anweisungen gäbe, etwa an den Nuntius in Wien, die Angliederung Deutsch-Österreichs an das Reich zu hintertreiben, oder an den Erzbischof in Köln, eine rheinisch-westfälische Republik von Preußen abzusprengen. Die Triebkräfte zu solchen Bewegungen sind durch die langjährige ultramontane Erziehung und Schulung vielfach zu halb- und ganz unbewußten, instinktiven geworden; sie sitzen tief im Innern und wirken, auch wenn sich ihr Werkzeug keine Rechenschaft darüber abgibt. Das Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie hat sich auch insofern gelohnt, als die Herrschaft der Sozialdemokratie dem Zentrum die Handhabe bietet, sich als Hort staatserhaltender Kräfte aufzuspielen und vor die vatikanischen Hintergründe nationale Kulissen zu schieben.

Recht bemerkenswert an der deutschen Revolution war auch die Schonung der toten Hand. Wenn sich sonst Bewegungen aus den unteren Schichten erhoben, waren gewöhnlich die ersten Reichtümer, nach denen das Volk griff, die der Kirchen und der Klöster. Heute streckt sich keine Hand nach ihnen aus. Man könnte diese Schonung begreifen, wenn dafür ein Sturm auf das jüdische Kapital eingesetzt hätte; denn tatsächlich ist der raffende und das Volk aussaugende Priester und Mönch weit in den Hintergrund getreten gegen den raffenden und das Volk verarmenden Juden. Aber es werden beide von der Revolution mit Samthandschuhen angefaßt, und nur gegen das mühsam mit Hirn und Hand erarbeitete nationale Kapital greift die schwielige Faust des Arbeiters. Im finsteren Österreich scheint sich der Klerus sogar gute Geschäfte von der Umwälzung zu erhoffen; wenigstens hat die Besitzerin des Achensees, das reiche Benediktinerstift Fiecht bei Schwaz, den See, den es seinerzeit für 500 Gulden erwarb, dem Lande Tirol zur Ausnutzung der Wasserkräfte zum Kauf angeboten, und zwar verlangte der Abt von Fiecht für den See, sowie die dazugehörigen Grundstücke, Wirtschaftsgebäulichkeiten, darunter das Hotel Fürstenhaus, sowie die drei Dampfer 3¼ Millionen in bar, Überlassung von 1000 Pferdekräften aus dem See an das Kloster Fiecht und 1½ Millionen Kronen als Stiftung für den Invalidenfonds Nordtirols.

Weniger günstig wie für Zentrum und Freisinn liegen die Aussichten für die Sozialdemokratie, die zu rasch den Gipfel der Macht erklommen hat. Der Sozialdemokrat Dr. P. Lensch behauptet bereits einen Zusammenbruch der Sozialdemokratie aus drei Gründen. Einmal wegen ihres Bruches mit der Vergangenheit am 4. August 1914, zu dem sie sich dann nicht zu bekennen wagte. Dann wegen der Unzulänglichkeit ihrer Sozialisierungsschritte, und endlich wegen der Widersprüche in ihrer inneren und äußeren Politik. Man könne nicht im Inneren revolutionär auftreten und die Herrschaft der Bourgeoisie brechen wollen und gleichzeitig im Äußeren sich den schamlosesten Befehlen der Bourgeoisie unterwerfen. Alle diese Gründe treffen nicht den Kern des notwendigen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie. Ein Widerspruch zwischen der inneren und der äußeren Politik wird die Mehrheit der Sozialdemokraten durchaus nicht stören, weil die geistige Fähigkeit des Durchschnittes derselben nicht ausreicht, ihn zu erkennen; ihr genügt es vollkommen, wenn man ihr sagt, hier lägen noch Folgen des alten Regiments vor. Als ich Arbeitern von den Mißhandlungen unserer Kriegsgefangenen in Frankreich erzählte, fragten sie, ob ich dabei gewesen; ich dürfe nicht alles glauben, was erzählt und gedruckt würde. Als dann Kriegsgefangene zurückkehrten und selbst berichteten, vertrauten mir die Leute an, das dürfe man nicht wörtlich nehmen; die Freigewordenen wollten sich damit nur wichtig machen. Wenn heute in einer

Versammlung den Arbeitern irgendein polnischer Jude erzählt, alles, was man von den bolschewistischen Greueln in Rußland und von den furchtbaren Folgen der dortigen „Sozialisierungs"-Maßregeln in den Zeitungen lese und von Rednern höre, seien freche Lügen einer feilen bürgerlichen Presse; es sei dort alles in schönster Ordnung; so findet er johlenden Beifall nicht nur der unabhängigen, sondern auch der Mehrheitssozialisten, und wenn dann ein Augenzeuge auftritt, der eben aus Rußland zurückgekehrt ist, wird er begeistert niedergeschrieen. Das „ich glaube es nicht" ist ein Bollwerk, das weder bei Gebildeten noch bei den Ungebildeten von Tatsachen und dem Verstand überwunden werden kann, sondern nur vom Erleben am eigenen Leibe, ein nicht immer empfehlenswerter Weg. Man konnte auch in hochgebildeten Kreisen während des Krieges in nationaler Beziehung so wenig ausrichten, weil jede Wahrheit über die Mängel der Bethmannschen Regierung auf ein unüberwindbares „Das glaube ich nicht" stieß. Noch viel weniger kommt der gewöhnliche Arbeiter hinter den Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis der sozialdemokratischen Führer vom 4. August 1914.

Die Herrschaft der Sozialdemokratie muß früher oder später zusammenbrechen, weil sie von Volksmassen getragen wird, die nicht im entferntesten in der Lage sind, eine Herrschaft ihresgleichen tragen zu können. Man bilde sich doch nicht ein, Naturunterschiede durch Gewalt ausgleichen zu können. Ein ganz Unerfahrener kann in einem Findelhause oder in einer Säuglingsanstalt schon den halbjährigen Kindern ansehen, ob bei ihrer Erzeugung besseres Blut mitgewirkt hat oder ob reines Proletarierblut vorliegt. Es zeugt von guter Beobachtungsgabe der Bayern, wenn sie die Oberschicht als die Schicht der „Großkopfeten" bezeichnen. Nicht der dümmste Bauer mutet einem schweren Belgier Aufgaben zu, die nur englisches Vollblut lösen kann und umgekehrt. Jeder ist wertvoll an *seinem* Platze, aber nicht an dem des anderen. Es gibt sicher viele Dummköpfe auch unter den Gebildeten; aber die Hebung der oberen Schichten über die Unterschicht beruht eben doch nicht auf den Gewinn des großen Loses durch die Eltern oder sonstige Zufälligkeiten, sondern auf der höheren Entwicklung der Gehirnfähigkeiten oder auch der Charakteranlagen, die den Aufstieg der Eltern, Großeltern oder Urahnen ermöglicht haben und in der Gegenwart den Kindern den Aufstieg ermöglichen, niemals aber beliebigen Leuten auf Grund von staatlich erlassenen Gleichheitsgesetzen plötzlich zuteil werden können. Die Fähigkeiten der unteren Schichten reichen einfach nicht aus, um die gehobenen Stellungen auszufüllen, so wenig wie ein Ackergaul ein Rennen gewinnen wird. *Daran* muß jede Proletarierherrschaft scheitern.

Sie reichen nicht einmal aus, um die einfachsten Notwendigkeiten eines staatlichen Zusammenlebens selbst unter Arbeiterführern einzusehen. Die Arbeiter sind in so großer Zahl über die Herrschaft der Scheidemanns, Eberts, Noskes usw. empört, weil sie alle unmögliche Vorstellungen haben über das, was überhaupt erreichbar ist. Die richtigen sozialdemokratischen Fabrikarbeiter wären erst dann von einer Regierung befriedigt, wenn sie sämtlich gleichzeitig bei entsprechender Gehaltserhöhung und stark verringerter Arbeitsleistung Direktorenstellungen erhielten und die bisherigen Direktoren und Ingenieure ihnen als geistige Taglöhner unterstellt würden. In Rußland haben die Sozialdemokraten das zu erreichen gesucht, indem sie zu Bolschewisten wurden und die vorhandenen Direktoren und Betriebsleiter zunächst einmal todschlugen, um die kommenden dann ihren Vorstellungen gemäß anzustellen. Insofern hat Lensch mit der Unzulänglichkeit der Scheidemannschen Sozialisierung und Räteeinsetzung recht. Nur gibt es eine „zulängliche" Sozialisierung

eben überhaupt nicht. Die Frage ist nur die, ob der Nachfolger der zusammenbrechenden Sozialdemokratie zunächst der Bolschewismus wird, oder ob die Arbeiterschaft sich schon vorher wieder freiwillig unter das „Joch" irgendeiner Bourgeoisie begibt und es murrend als ihr Schicksal hinnimmt, von bürgerlichen „Ausbeutern und Tyrannen" „vergewaltigt" zu werden, die den Lohn nach der Arbeit bemessen und das Kehren einer genial entworfenen Alpenstraße nicht so hoch einschätzen wie den Bau derselben.

Weltsieger Alljudaan.

Wenn es nach dem Willen Alljudaans geht, werden ebenso wie jetzt in Wirklichkeit dann nicht die Bourgeois die Herren der Arbeiter sein, sondern nur die Schutzschicht zwischen ihnen und dem jüdischen Großkapital, das sich im Hintergrunde hält. In dieser Vorschiebung des Bürgertums liegt im wesentlichen der ungemein schlaue Betrug, den die jüdische Sozialdemokratie an den Arbeitern begeht. Der Sozialismus weiß nur etwas von der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln; infolgedessen richtet sich sein Kampf gegen das produzierende, schaffende Kapital, das Unternehmertum; dem sollen die Produktionsmittel genommen und der Allgemeinheit, dem Staat, überantwortet werden. Wie leicht ersichtlich, fällt bei dieser Überlegung das gegen Zinsen verliehene Kapital, insbesondere das jüdische Großkapital so ziemlich aus, namentlich in der Blickweite eines Arbeiters. Nun wird weiterhin das „Unternehmertum" schlankweg dem Bürgertum, der Bourgeoisie, gleichgesetzt. Das Natürliche wäre der Kampf der Arbeiterschaft nicht gegen das schaffende Unternehmerkapital, das auf Arbeit beruht wie ihr eigener Verdienst, sondern gegen das Leihkapital, das nur Zinsen einheimst und dem beide fronen, Arbeiter wie Unternehmer. Proletariat gegen jüdisches und nichtjüdisches, nur vom Verleihen lebendes Großkapital, wie das der Rothschild, Morgane usw., wäre eine sinngemäße Losung. Statt dessen verschwindet in der Sozialdemokratie das Leihkapital, und der „Bourgeois" wird dem Arbeiter als Angriffsobjekt hingeschoben. Die Zinsknechtschaft überhaupt brechen und den Zins ganz abschaffen zu wollen, wäre aussichtslos und hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Ein — wenn möglich durch internationale Übereinkunft — wirksamer zu gestaltendes Steuerprogramm, das von einem ziemlich hoch zu greifenden Vermögens- und Einkommensstand an das Hamstern von Geld zu einer nicht mehr lohnenden Beschäftigung macht, dürfte der richtigere Weg sein. Die „Proletarier aller Länder" könnten sich schließlich ja auch einmal zu einem vernünftigeren Zweck einigen, als sich vom größten Kapital als blindwütiger Sturmbock gegen das kleinere und mittlere Kapital — die „Bourgeoisie" — mißbrauchen zu lassen.

In der regierungs-alljüdischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (187, 17. IV. 1919) wurde vor kurzem Rußland der „Rückmarsch in das Land eines gemilderten und sozialreformerischen Kapitalismus" prophezeit. „Sozialreformerischer Kapitalismus" ist sehr hübsch ausgedrückt. Dahinter steckt wie hinter aller Planwirtschaft die Rathenausche Gedankenwelt. Alljudaan ist der Welt immer noch nicht ganz Herr geworden, weil der Bürger- und Mittelstand vom gut bezahlten Vorarbeiter über das selbständige Gewerbe, die Landwirtschaft und die Kaufmannschaft bis zum Geheimrat und vermögenslosen Minister sich noch immer nicht ganz hat unterjochen lassen. Der „sozialreformerische" Kapitalismus hofft es fertig zu bringen, indem er die Arbeitermassen als Sturmbock gegen den Mittelstand ausbildet und zu diesem Zweck eine Zeit-

lang begünstigt. Er kann sich das ruhig erlauben. Das Vermögen des Hauses Rothschild dürfte etwa 40 Milliarden, das der amerikanischen Milliardäre Cahn, Löb, Schiff, Speyer, Morgan, Vanderbilt, Astor zusammen etwa 60—70 Milliarden betragen. Bei nur 5proz. Verzinsung bedeutet das ein Einkommen von 5—6 Milliarden. Diese 8 Familien beziehen also jährlich ebensoviel Renten wie in Deutschland jährlich 15000000 Steuerpflichtige mit etwa insgesamt 23000000 Angehörigen, von denen also etwa 30000000 Deutsche leben müssen (nach G. Feder-München). Es ist klar; dieses Großkapital, zu dem natürlich auch die anderen Großkapitalisten — Rathenau spricht bekanntlich von den „300" Leuten, die die Welt beherrschen und meint dabei sicher keine Vermögenslosen — hinzuzurechnen sind, kann ruhig einmal auf einen Teil seines Einkommens verzichten und sich dafür die Arbeiterschaft der Welt kaufen; die Kosten schlägt es später wieder zunächst am Mittelstand und noch später auch am Arbeiterstand selbst wieder heraus; denn wenn das Großkapital die Macht völlig in Händen hat, kann es die Preise aller Waren durchsetzen und dem Arbeiter wieder abnehmen, was es ihm durch seine „Sozialreformen" in Form höherer Löhne zugewendet hat. Es war daher auch ein Fehlschluß, wenn die deutschen wirtschaftlichen Freunde eines Verständigungsfriedens immer damit rechneten, die Entente könne aus wirtschaftlichen Gründen den Ruin Deutschlands nicht zugeben. Der zeitweilige Abbruch der Geschäfte und selbst der Verlust des Ententekapitals, das in deutschen Unternehmungen steckt, wird reichlich wieder eingeholt, wenn ein zunächst vernichtetes Deutschland nachher zu einer billigen Arbeitssklavenkolonie für das Ententekapital wird, abgesehen von den Entschädigungen, die man sich von vornherein in Landabtretungen, Kolonien, Aneignung von Absatzgebieten, Geschäftsbeziehungen und Fabrikgeheimnissen sichert. Das befreundete, alljüdisch-deutsche Großkapital läßt sich dabei immer schonen. Ergänzt wird die sozialistische finanzielle „Reform" durch die äußere Hebung der sozialen Stellung, die noch viel weniger kostet; der Herr Industriearbeiter wird nicht mehr „Arbeiter", sondern vielleicht „Beamter" heißen, man wird ihn in „Räten" mitwirken lassen, in denen ihm seine Meinung in den Mund gestrichen wird — das besorgen jetzt ja auch schon fast durchwegs Juden —, seine Löhne werden Gehälter, seine Alters- und Invalidenrenten Pensionen heißen. Die Eisenbahner und Forstleute sind bekanntlich schon lange in diesem Sinne „sozialisiert" und sind in Wirklichkeit genau so daran wie früher, unterscheiden sich auch noch immer wesentlich in Gehalt, Stellung und Lebensweise von den höheren Eisenbahnbeamten und sind auch keineswegs zufriedener geworden als sie vorher waren. Kennzeichnend für diesen „sozialreformerischen Kapitalismus" ist es, wie schon öfters hervorgehoben, wie vorzüglich er seine Sturmtruppen gegen das arbeitende Kapital, das Industriekapital und den Grundbesitz, hin, und vom Leihkapital, das faul daliegt und Zinsen trägt, ableitet. Das gesamte großindustrielle arbeitende Betriebskapital Deutschlands beträgt etwa 15,3 Milliarden; also noch nicht einmal die Hälfte des Vermögens einer einzigen, der Rothschildschen großkapitalistischen Familie, deren Vermögen weitaus überwiegend Leihkapital ist und ohne jede Arbeit von Jahr zu Jahr ins Riesenhafte weiterwächst. Aber alles, was den Arbeitern von ihren jüdischen Führern an sozialreformerischen Plänen aufgedrängt wird, trifft tief nur das arbeitende Kapital und läßt das wuchernde Kapital verhältnismäßig ungeschoren.

Die „demokratische" Rolle des Freisinns, der immer und überall nur der Handlanger Alljudaans ist, besteht darin, alle „sozialen" Maßnahmen der Sozialdemokraten in diese Bahnen zu drängen. Schon lange vor der Republik hat

Rathenau eine Verstaatlichung einzelner Wirtschaftsbetriebe vorgeschlagen. Die kleinen und großen Elektrizitätsfirmen waren bereits vor dem Kriege von der Rathenauschen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (A.E.G.) und den Siemens-Schuckertwerken (S.S.W.) aufgesaugt oder in Abhängigkeit gebracht worden; das Privatmonopol war so ziemlich erreicht. Nun trat auf einmal Rathenau für eine Verstaatlichung des Elektrizitätsverschleißes ein. Aus einem einleuchtenden wirtschaftlichen Grunde. Wenn der Staat selbst Interesse am Verkauf der Elektrizität hat, wird der staatliche Verbrauch der Elektrizität für Bahnen, Beleuchtung, Betriebe aller Art und im Anschluß daran auch der Verbrauch der Gemeinden, Landbezirke und der Privaten außerordentlich steigen. Im gleichen Maße wächst aber auch der Bedarf an den dafür benötigten Maschinen und Materialien, deren Fabrikation in den Händen des A.E.G. und S.S.W.-Konzerns liegt und nicht mitverstaatlicht wird. Das Geschäft, das dabei erzielt wird, übersteigt den Gewinn bei weitem, der den Firmen durch die Abgabe der von ihnen bis dahin betriebenen und sicher reich abgelösten Elektrizitätswerke an den Staat entgeht. (Vgl. „Diktator Rathenau" von W. Lambach. Deutschnationale Verlagsanstalt, Hamburg und Leipzig.) Das Streben Alljudaans geht dahin, die Verstaatlichungs- und Sozialisierungsschritte der sozialdemokratischen Regierungen in die gleiche Richtung zu drängen. Der sozialdemokratische Staat tritt dann einfach als neuer Monopolinhaber in die vorhandenen alljüdischen Konzerne ein, und die wirtschaftliche Vorherrschaft Alljudaans in Deutschland wird noch fester verankert, als sie es schon vorher war. Der Spartakist Niekisch erwähnte am 4. April 1919 in Augsburg, Walter Rathenau, der am 2. April in München geweilt habe, sei geradezu ergriffen gewesen über die gewaltige organisatorische Kraft Dr. Neuraths, des bayrischen Vollsozialisierungsstaatskommissionars von Alljudaans Gnaden.

Das Vorgehen der jüdisch-sozialdemokratischen deutschen Republik ist in dieser Hinsicht recht lehrreich. Wo Wasserkräfte vorhanden sind wie in Bayern, wird die Elektrizitätsversorgung zuerst zur Verstaatlichung herangezogen. Seit Jahren bemühen sich die Monopolfirmen, von der bayerischen Regierung die Konzessionen für die Ausbeutung der Wasserkräfte zu erlangen; nun wird sie vom Staat selbst sofort in Angriff genommen. Die dafür und für die anschließenden Installationen notwendig werdenden Lieferungen an Maschinen usw. werden nicht einer staatlichen Fabrik, sondern den alten Privatfirmen zufallen, und darauf kam es denselben von vornherein vor allem an. Gleich daran soll sich die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke und einzelner Zweige der Schwerindustrie (Eisen) schließen; ihnen soll auch der Großgrundbesitz nachfolgen. Das sind aber gerade jene Besitzklassen, wo auch deutsche Großkapitalien vorhanden sind; nur sie weisen auch Kriegsgewinne auf, die in deutsche und nicht in jüdische Taschen geflossen sind. Von einer Verstaatlichung der Großbanken, des Börsenwesens, der Warenhäuser, der jüdischen Großhandelszweige, der Anzeigenfirmen wie Mosse u. dgl. Dingen, die sich dazu so gut und so schlecht eignen wie die in Aussicht genommenen, ist keine Rede. Die Revolutionäre laufen also, ganz entsprechend ihrer Führung, nur gegen das deutsche Kapital Sturm. Es ist schon durch die Streiks und die mutwilligen Zerstörungen in den Bergwerken und in der Schwerindustrie aufs ärgste geschädigt worden; nun soll der Staat die Kohlen- und Industrie„magnaten" völlig lahmlegen. Die Hauptregierung Alljudaans in London arbeitete durch die Blockadebestimmungen, die schwarzen Listen usw. den Unterabteilungen in Deutschland wirksam in die Hände. Der „Militarismus" wird in Industrie wie Groß-

grundbesitz ebenso getroffen werden wie durch die finanziellen Maßregeln gegen den Mittelstand, die durch die Steuergesetze, die Vermögensabgaben u. dgl. von der Republik angewendet werden. Das jüdische Großkapital ist noch von Friedenszeiten her zum großen Teil im Auslande angelegt und hat auch während des Krieges und unter der Revolutionsregierung hundertfache Wege, um ins Ausland abzuwandern oder sich sonst der steuerlichen Erfassung zu entziehen. Kohlenbergwerke, Fabriken und Grundbesitz können nicht auswandern, und die kleineren Kapitalien haben nicht die Beziehungen, die dazu nötig sind; sie werden von der Steuerzange viel härter erfaßt werden als das jüdische Großkapital. Auch dieses hat Schaden erlitten; aber es wird unter einer jüdisch-sozialistischen Regierung viel schneller wieder in die Höhe gelangen als das deutsche. Der Bolschewismus wirkt auf Umwegen in der gleichen Richtung. Der Petersburger Berichterstatter des Londoner „Globe", George Pitter Wilson, schrieb nach der „Deutschen Zeitung" (Nr. 160, 8. IV. 19): „Bolschewismus ist die Enteignung aller christlichen Nationen durch die Juden der ganzen Welt, und zwar derartig, daß kein Kapital mehr für die Zukunft in Händen der Christen bleibt. Alle Juden halten vereinigt die ganze Welt in ihrer Hand und regieren, wie es ihnen beliebt."

Wenn die Entwicklung ihren bisherigen Gang weiter geht, dann werden die am meisten Betrogenen am Schluß die deutschen Arbeiter sein; sie haben dann einfach ihre wohlwollenden deutschen Arbeitgeber mit Arbeitgebern aus dem Staat Alljudaan vertauscht, und kein Staat — siehe Amerika! — nützt seine Arbeiter mehr aus als dieser.

An die Stelle des deutschen Kapitals schiebt sich dann das alljüdische Großkapital des Auslandes ein, das dem geschonten alljüdischen deutschen Großkapital die Hand reicht und den Weltring schließt. Die Stahlkorporation in Amerika arbeitet mit einem Kapital von 9 Milliarden. Der amerikanische Fleischtrust (Big Five) besteht aus fünf großen Gesellschaften, denen fünfhundert weitere Gesellschaften angeschlossen sind. Gewaltige Ländereien in Nord- und Südamerika und in Australien sind sein Eigentum. Mehr als die Hälfte des Fleisches, das die Alliierten verbrauchen, geht durch seine Hände. In England, Frankreich, Italien und Dänemark sitzen bereits Tochtergesellschaften. Deutschland wird bald einbezogen sein. Neuyorker Juden werden dann dem oberbayerischen Bauer vorschreiben, was er für sein Vieh verlangen darf, und dem Mannheimer Industriearbeiter, was er für ein Pfund Fleisch zu bezahlen hat. Von den fünf Gesellschaften haben in den ersten drei Kriegsjahren vier je 1000 Millionen Franken Gewinn erzielt; der Gewinn der beiden letzten Jahre ist natürlich noch größer. Die deutschen Arbeiter aber bekämpfen den „Kapitalismus", indem sie antisemitische Schreibfräuleins, Eisenbahnsekretäre und andere Leute, die weniger Einkommen haben als ein Arbeiter, als Geiseln festsetzen und erschießen.

Der Italiener Marko Remperti — die Italiener sind sehr eifersüchtig auf die Ententegenossen und überwachen sie scharf — schreibt Anfang Juni 1919 in der „Stampa": „Während jenseits des umklammerten Rheines Zittern und Weinen bei dem unschuldigen Volke herrscht, verständigen sich die amerikanischen Bankleute mit den Berliner Bankleuten, lächeln die Inhaber der Pariser Paläste den Wiener Plutokraten zu". Eine der bedeutendsten amerikanischen Banken, die „National City Bank" in Neuyork bereitet die Gründung einer großen Zweigbank in Berlin vor; in München wird eine deutsch-italienische Handelsgesellschaft „Itala" gebildet; im Osten arbeitet polnisch-französisches Kapital; im besetzten Gebiet des Westens gründen Engländer, Amerikaner und Franzosen

Handelsniederlassungen und Banken, erwerben Fabriken, häufen große Warenlager an — Elsaß-Lothringen hat im Friedensvertrag auf fünf Jahre zollfreie Wareneinfuhr nach Deutschland zugestanden erhalten, und unendliche Mengen Ententewaren werden als elsässische nach Deutschland strömen —, und bereiten in jeder Weise die wirtschaftliche Eroberung Deutschlands vor. Als der schwarz-rot-goldene Schmachfrieden vom 23. Juni geschlossen war, feierten die deutschen Börsen das Ereignis mit vergnügter Stimmung und ausgesprochen fester Haltung; sie fühlen sich unter dem Schutz der Allmutter Judaan wohlgeborgen und wissen, eine Krähe hackt der andern kein Auge aus. In einem kleinen Münchener Bankiersblättchen war diese Stimmung schon am 21. Juni vorausgesagt und begründet. Es hieß dort: „So wie früher über die Grenzen hinaus der Handel hin und her rollte, so erwartet man dies auch in Zukunft. Mögen die Grenzen nun der Hauptstadt des Landes nähergerückt sein oder nicht, es bleiben eben Grenzstriche, die für Handel und Industrie noch keine unüberbrückbaren Meere sind". Ja, ja; mögen die Grenzen nun der Hauptstadt des Landes nähergerückt sein oder nicht, was schiert das Alljudaan!

So wird als Sieger im Krieg letzten Endes Alljudaan und sein Kapital dastehen. Der Krieg war dann eine große Jagd, bei der die besitzenden großkapitalistischen Juden die Jäger, die besitzlosen radikalen Juden und Hoböhmen die Treiber, und das Wild die deutschen und russischen Volksstämme waren. Alle maßgebenden Spitzen und Stellen in der Welt werden, wenn es wie bisher weitergeht, mit Alljudaan ergebenen Leuten besetzt werden; die großen Massen der unteren Schichten werden politisch von Juden geführt und bilden die äußere Macht, auf die sich Alljudaan stützt; die dazwischenliegenden Mittelschichten geraten in Abhängigkeit, die früher Selbständigen werden zu Angestellten — auch deswegen müssen Industrie und Landwirtschaft „sozialisiert" werden — und müssen nach der Pfeife tanzen, die ihnen ihren Gehalt auszahlt. Die Pfeife bläst Alljudaan und sein Kapital.

Die Reife des Volkes.

Alle Blätter der alljüdischen Demokratie vom zarten Rosarot eines Richthofen bis zum knalligen Rot eines Liebknecht waren schon vor dem Krieg und in steigendem Maße im Krieg erfüllt von dem Schwindel, das deutsche Volk sei reif zur Demokratie, reif zum Parlamentarismus, reif zur Republik, reif zur Selbstregierung in irgendeiner Form.

Das „Volk" ist die „Masse", und die Masse vermag sich nirgends selbst zu regieren. Die Staatsform ist dabei ganz Nebensache; auch in Frankreich, Amerika und England regieren keine Massen, sondern ein ausgewählter kleiner Kreis; in England ein Ring von alten und neuen Aristokraten zusammen mit Großkapitalisten, in Frankreich ein Ring von Rechtsanwälten und Großkapitalisten, in Amerika ein Ring von Großkapitalisten allein. In allen drei Ländern bildet der Ring der Logenangehörigen einen zweiten Ring innerhalb des weiteren.[1]) Revolutionen haben immer den Erfolg, an Stelle der Dynastien des Blutes Dynastien des Geldes zu setzen; je stärker sich die „Demokratie" ausprägt, desto ausschließlicher fällt die Herrschaft dem Großkapital zu. Denn je breiter die Massen werden, die bei einer Herrschaft mitzureden haben, desto einflußreicher wird die Macht, die zu den Massen am überzeugendsten zu reden vermag, und diese Macht ist, je tiefer man hinabsteigt, um so ausschließlicher das Geld. Wer die meisten und verbreitetsten

[1]) Vgl. Nationalrat Dr. Fr. Wichtl, „Weltfreimaurerei, Weltrepublik, Weltrevolution". Verlag J. F. Lehmann, München. Preis M. 5.50, geb. M. 7.70.

Zeitungen erwerben und deren Mitarbeiter am besten bezahlen kann, wer sich die besten Werbetrommler in Schrift und Rede kaufen kann, der hat das Ohr der Massen, der gebildeten wie der ungebildeten. Letzten Endes war es doch das englische, russische und jüdische Gold, das Deutschland zu Boden geworfen hat.

Eine andere Wahl als die zwischen Königen von Gottes Gnaden, realpolitisch ausgedrückt, Königen von Blutes Gnaden, und Königen von Mammons Gnaden hat daher das Volk überhaupt nicht. Eine Volksregierung ist theoretisch denkbar, scheitert aber praktisch stets an der Unvernunft, die nun einmal unzertrennliche Begleiterscheinung aller Massen ist. Das „Volk" verlangt von einer „Volksregierung" für sich Zustände, die nicht zu verwirklichen sind; der Arbeiter und Kleinbürger möchte von Beginn der Volksregierung an wohnen, essen, sich kleiden und sich vergnügen wie bis dahin die wohlhabenden Stände. Dazu fehlen aber einmal die Mittel, auch wenn man alle Wohlhabenden ihrer Habe beraubte, und wenn die Mittel da wären, würden die Fähigkeiten zum Genuß mangeln. Die erste eingesetzte Volksregierung vermag die Wünsche des Volkes nicht zu erfüllen; das Volk ist unzufrieden und verlangt eine radikalere. Diese scheitert ebenso wie die erste an der sachlichen Unmöglichkeit der Wunscherfüllung. Es finden sich neue, gewissenlose Volksverführer, die dem Volk das Heil von einer noch radikaleren Regierung versprechen. Wenn die Oberschicht und die Bürgerschaft nichts taugt, kommt es auf diese Weise zum Bolschewismus und zu russischen Zuständen. Aber halten kann sich kein Grad der radikalen „Volks"regierungen, und geordnete Verhältnisse treten erst wieder ein, wenn entweder eine Aristokratie des Blutes oder eine Aristokratie des Geldes die Zügel fest in die Hand nimmt. Oligarchien sind beide; nur bekennen sich die einen ehrlich als Herrscher, während die anderen dem Volk vorgaukeln, das Volk herrsche durch sie.

Massenregierung kann auch niemals einen „Fortschritt" bedeuten, wie ebenfalls geschwindelt wird, weil der Fortschritt stets Sache der geistig „Fortgeschrittenen" ist; das ist aber in jedem Volk eine kleine Minderheit, die zu einem verschwindend geringen Bruchteil den unteren Schichten, zum weitaus überwiegenden Teil der Oberschicht angehört. Die große Masse braucht immer einige Jahrhunderte, bis sie die durchschnittliche Kulturstufe der Oberschicht der Gegenwart erreicht hat. Unter Kultur ist damit natürlich nicht das Fahren mit der Eisenbahn und das Anknipsen der elektrischen Beleuchtung gemeint, welche Künste sich auch ein Neger aus dem wildesten Afrika binnen einiger Tage anzueignen vermag, sondern die geistige Höhe, welche Lokomotiven und Elektrizitätsanlagen erfindet und baut, und die Höhe der Empfindungsstufe, welche den geistig und sittlich wirklich hochstehenden Menschen der Gegenwart noch genau ebenso weit von den niederen Volksschichten trennt, wie die Oberschicht der Kulturnationen vor dreitausend Jahren von der Unterschicht geschieden war.

Wahlrechtsreife.

Schon während des Krieges haben alle Schichten des deutschen Volkes einen vollgültigen und unwiderleglichen Beweis ihrer Unreife geliefert, als sie sich mitten im schärfsten Ringen um Tod und Leben den Zankapfel des preußischen Wahlrechts zuwerfen ließen und sich um ihn herumbalgten. Es ist dabei gleichgültig für das Urteil über Reife und Unreife, ob man, wie die niederen Schichten, die Arbeit des rollenden russischen Rubels auf sich wirken ließ, oder ob man, wie der Bund für Freiheit und Vaterland, der höchste Intelligenz- und Gesellschaftsstufen in sich ver-

einigt, freiwillig den Werber für die Londoner und Neu Yorker alljüdischen Zersetzungszentralen spielte. Nach der Reife des Volkes für das allgemeine gleiche Wahlrecht frug in Wirklichkeit kein Mensch. Wenn ein Schiff in höchster Seenot ist und jede Faust gleich unentbehrlich ist, um Schiff und Mannschaft vor den eindringenden Wogen zu retten, dann können nur ganz unreife Köpfe die Gelegenheit für günstig halten, den Offizieren Zugeständnisse abzupressen; denn in dem untergegangenen Schiff nützen den Matrosen, die mit den Wellen ringen, die schönsten Vorrechte und Versprechungen nichts. Deutschland war in höchster Seenot, und die demokratischen Matrosen ließen es untergehen, kämpfen jetzt mit den Wellen und können sehen, wie sie wieder zu einem Schiff mit so behaglich eingerichteten Räumen und einem so erträglichen Leben kommen.

Es gibt für einen reifen Menschen keine Rechte ohne Pflichten, auch keine staatsbürgerlichen. Das staatsbürgerliche Recht des Wählers, der einen Abgeordneten zur Vertretung der Gesamtbelange des Volkes nach innen und nach außen in den Reichs- oder Landtag entsendet, schließt die Pflicht in sich, den Abgeordneten auf seine Eignung dazu zu prüfen. Der Wahlvorgang ist eine sehr verantwortungsvolle Handlung, um so verantwortungsvoller, je mehr die Abgeordneten zu sagen haben, d. h. je demokratischer die Verfassung ist. Die Pflicht zu prüfen vermag aber ein reifer Mensch nur dann auf sich zu nehmen, wenn er die Fähigkeit dazu besitzt. Nun gibt es in einem Millionenvolk wie dem deutschen höchstens ein paar tausend Männer und einige Frauen, die ihrer Vorbildung und ihrem Verstande nach in der Lage sind, die Fragen der großen Politik einigermaßen zu überblicken. Deshalb ist eine „reine" Demokratie von vornherein eine Unmöglichkeit und ein Schwindel. Aber davon sei ganz abgesehen. Der mindeste Grad von Fähigkeit, den man von einem Volk verlangen kann, ist ein ungefähres Urteil darüber, ob der zu wählende Abgeordnete auf Grund seiner Anschauungen, seines Berufes und seiner Anlagen imstande ist, wenigstens die eigensten engsten Interessen des Wählers zu wahren. Darin liegt ein Vorteil der berufsständischen Wahlen. Der Arbeiter müßte z. B. mindestens abschätzen können, ob seine Interessen besser bei einem Manne aufgehoben sind, der jeden Arbeitgeber grundsätzlich als Feind des Arbeiters behandelt, oder bei einem Manne, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als gegenseitig aufeinander angewiesen betrachtet und in beider Gedeihen das Wohl des Staates erblickt. Man kann aber in seinen Ansprüchen an die „Reife" des Wählers noch weiter heruntergehen und von ihm nur die Fähigkeit verlangen, aus der Erfahrung zu lernen und aus Schaden klug zu werden. Das Sprichwort traut bekanntlich diese Fähigkeit selbst den Kälbern zu und nimmt an, nur die allerdümmsten unter ihnen wählten ihren Metzger selber. Wenn ein Arbeiter in einer Wirtschaft immer dasselbe schlechte Essen erhält und ein Minister von seinem Schuster regelmäßig zu enge Stiefel geliefert bekommt, wechselt der eine die Wirtschaft, der andere den Schuster. Man übertrage den gleichen Grundsatz auf die Politik und prüfe unser wählendes Volk vom Taglöhner bis zum Minister unter diesem und den andern zwei genannten Gesichtspunkten auf ihre Reife für die demokratische Staatsverfassung. Das Ergebnis wird niederschmetternd sein. Umsonst vermeiden und vermieden es die Freunde des gleichen Wahlrechts nicht so sorgfältig, ihr Schelten auf die Rückständigkeit und Schlechtigkeit des alten Wahlrechts mit der Aufzählung der Pflichten, die das „fortschrittliche" Wahlrecht an den Wähler stellt, zu verbinden. Der Wähler hörte viel von den neuen Rechten, die ihm winkten; wieviele der Wähler sich über ihre Pflichten irgendwelche Gedanken machten und wie

weit sie von den Vortragenden dazu angeregt wurden, überlege sich, wer einmal einer demokratischen oder sozialdemokratischen Wahlversammlung angewohnt hat.

* * *

Der Schwindel von der Reife des Volkes wird natürlich noch verstärkt durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Alle Gründe, welche die Unreife der männlichen Wählermassen bedingen, die mangelnde Urteilsfähigkeit, die mangelnde Vorbildung, das Unvermögen, aus der Erfahrung zu lernen, die leichte Beeinflußbarkeit durch Äußerlichkeiten und Redegewandtheit, treffen auf die Massen der Frauen in erhöhtem Maße zu. Das schlimme Übel der Demokratie, die Herrschaft scheinbar den Massen, in Wirklichkeit den Leuten zuzuschieben, welche mit schönen Worten und unmöglichen Versprechungen das Volk am besten zu betören vermögen, wird durch das Frauenwahlrecht zwar nicht vertieft, aber verbreitert; der politische Quark, der geredet, geschrieben, verhandelt und getrieben wird, wird verdoppelt und verdreifacht, und verdoppelt und verdreifacht wird auch die Zahl der Leute, die zu keinem anderen Beruf taugen als zum Breittreten von Quark und in diesem nun ihr Unterkommen finden. Getretener Quark wird aber bekanntlich breit, nicht stark; oder, mit anderen Worten, das politische Ergebnis des Frauenwahlrechts ändert qualitativ an den politischen Verhältnissen nichts Wesentliches, es tritt lediglich eine proportionale, quantitative Vermehrung des deutschen Parteielendes ein. Ob die Familie Max Weber, Heidelberg, im politischen Leben Deutschlands lediglich durch das Familienoberhaupt in der Reichsnationalversammlung vertreten ist, oder ob auch die Frau Gemahlin in der badischen Landesversammlung die demokratischen Weistümer mit verbreiten hilft, ist sachlich ziemlich gleichgültig; die Sprüchlein, die Frau Weber zu sagen hat, werden eben bei mangelndem Frauenwahlrecht von einem männlichen Frauenrechtler verzapft. Auch in ihren Frauenrechten werden die Frauen durch ihre politische Wahlbeteiligung um keinen Schritt weiter kommen, als sie ohne das Wahlrecht auf Grund unpolitischer Vereinigungen gekommen wären. Das Gerede von dem allgemeinen „Fortschritt", der durch die Beteiligung der Frauen an den Wahlen erreicht werden soll, werden die einsichtigen Frauen selbst sehr bald als Irrtum und Schwindel erkennen.

Die schädliche Wirkung dieses „Fortschritts" liegt wie die aller ähnlichen Arten von Fortschritten darin, den Fortschritt da, wo er nötig wäre, zu unterbinden. Jene Art Frauenbewegung, welche im Frauenstimmrecht ihren ersten Höhepunkt erreicht hat, entspringt denselben Tiefen, aus denen alle massendemokratischen Bewegungen entsteigen: zum Dienen Geborene wollen Herren sein! Den wahrsten und echtesten Fortschritt im Frauenleben würde eine Bewegung erzielen können, welche den Frauen wieder die Kunst des Dienens lehrte, die sie unter dem politischen Einfluß der vorwiegend undeutsch geführten deutschen Demokratie und ihrer weiblichen Vertreter mehr und mehr verlernt haben, jene schöne und feine Kunst der Dienstbarkeit, welche die Frau zur Königin im Hause und in der Familie erhebt und sich mit den Fortschritten der neuzeitlichen Kultur und Technik zu so hoher Vollendung entwickeln ließe. Unsere Ehen, nicht nur der Gebildeten sondern auch der Ungebildeten, werden immer unbefriedigender, weil die Frau nicht mehr Dienerin des Mannes, der Ehe und der Kinder zu sein versteht, unbefriedigend nicht etwa nur für den Mann, sondern mehr noch für die Frau. Auch die wenigen zum Herrschen geborenen Frauen erlangen echte Befriedigung nur auf dem Umweg der Dienstbarkeit gegenüber dem Mann; das liegt nun einmal

im Geschlecht der Frau, das keine Abstimmung ändern kann. Das unbefriedigste Geschöpf, das es gibt, ist der Knecht, der Herr geworden ist. Das allgemeine Unbefriedigtsein der Frauen wird durch die Politisierung nur gesteigert, genau wie das allgemeine Unbefriedigtsein der Massen überhaupt; die Glückverheißungen, mit denen die Demokratenführer ihre Massenerfolge bei Männern und Frauen zu erzielen pflegten, sind ein großer Schwindel. Auch den Frauen, die nicht heiraten, würde die Erziehung zur Dienstbarkeit für die Ehe sehr viel mehr Glücksmöglichkeiten im späteren Leben und anderen Berufen bieten als die Erziehung zur wahlberechtigten Staatsbürgerin; ein Mädchen, das eine gute Ehe- und Hausfrau abgeben würde, ist in jedem Beruf brauchbarer als ein auf politische Parteidogmen abgerichtetes.

* * *

Die Demokratie, die von den Freisinnigen, der jetzigen deutschen demokratischen Volkspartei, dem demokratischen Flügel des Zentrums und der Sozialdemokratie vertreten wird[1]), muß schon deswegen immer eine Spekulation auf die Unreife der Massen bleiben, weil ein reifes Volk den Schwindel in dem Demokratentum der Demokratenführer bald durchschauen würde. Es gibt nämlich keinen einzigen unter ihnen, welcher wirklich im Ernst an die Möglichkeit einer Herrschaft der Massen glaubte. Ihre Auflehnung gegen das Königtum richtet sich nicht gegen die autokratische Einrichtung, sondern gegen die Erblichkeit und autokratische Überlieferung und die Art der Stellenvergebung, die mit dieser Einrichtung verbunden zu sein und wenn auch nicht immer Tüchtigkeit, so doch Vorbildung zu verlangen pflegt. Sie hoffen, wenn das Volk seine Könige stürzt, in Stellen aufzurücken, in die sie unter den Königen nicht gelangt wären. Wenn sie die erwünschten Stellen innehaben, werden sie sofort selbst zu Autokraten; je radikaler der Demokrat, desto autokratischer wird er, wenn er zur Macht gelangt. Sie verachten das Volk und sein Begriffsvermögen in Wirklichkeit mehr als jeder Monarchist der oberen Schichten, weil sie ihm näher stehen. Ein erdrückender Beweis, wie niedrig die Demokratenführer den Verstand ihrer Völker einschätzen, war die von dem Erzdemokraten Clemenceau unterzeichnete Mantelnote der Entente vom 16. Juni 1919. Keiner der Staatsmänner, von denen die Note ausging, glaubt auch nur ein Wort von dem, was sie Deutschland zur Last legt; aber sie wissen, je dümmer es ist, was sie behaupten, desto größeren Erfolg haben sie damit bei dem „Volke". Wenn der Deputierte Jean Hennessy im „L'Oeuvre" erklärte: „Clemenceau sei ein Autokrat; er meine, er allein vertrete Frankreich", so charakterisiert er damit nur die bessere Sorte der Demokraten, jene, welche ehrlich glauben, in ihrer persönlichen Autokratie und in ihrem persönlichen Willen verkörpere sich der „wahre" Wille des Volkes. Gegen diese Einbildung hilft auch kein gegenteiliges Abstimmungsergebnis;

[1]) Unter demokratisch und Demokratie ist in den vorliegenden Ausführungen immer nur diese vom „Berliner Tageblatt", der „Frankfurter Zeitung", dem „Vorwärts" vertretene, alljüdisch geleitete Demokratie verstanden. Was wahre Demokratie ist, das lese man in dem trefflichen Büchlein „Deutsche Demokratie" von Dr. F. Fick, Zürich (Verlag J. F. Lehmann, München. Zweite erweiterte Auflage. Preis M. 2), nach. Wenn heute ein gottbegnadeter Demokrat, wie ihn Deutschland bräuchte, mögen seine Vorfahren den Hermelin, den Bürgerrock oder den Arbeiterkittel getragen haben, das Zepter Wilhelms II. aufnehmen würde, dann müßte er vielleicht ähnliche Gefühle überwinden wie die, mit denen sich einer der echtesten deutschen Demokraten, der alte Fritz, schlafen legte: er war müde, über Sklaven zu herrschen; ganz gewiß aber würde er sich unter den heutigen Demokraten nicht als Volksgenosse unter freien Volksgenossen fühlen.

denn jeder ehrliche Demokratenführer ist als echter Autokrat in solchen Fällen davon überzeugt, das „Volk“ befinde sich im Irrtum über seinen eigenen Willen, und er kenne und vertrete denselben viel besser. Die schlimmere Sorte ist jene, welcher die Masse nur Mittel zum Zweck der Aufrichtung ihrer eigenen Autokratie und der Wille des Volkes eine bewußte Vortäuschung ist. Beispiele von beiden zu finden, ist im heutigen Deutschland nicht schwer.

Weil es sich eben in der Demokratie nie um den Willen des Volkes, sondern immer nur um den Hunger einiger Volksführer nach Machtstellungen handelt, ist in allen Demokratien der Kampf um die Ämter noch viel lebhafter und unruhiger als in Monarchien, und die Vetterles-, Klüngel- und Schweifwedelwirtschaft noch viel schlimmer als selbst in verzopften Monarchien. Wenn als Vorbedingungen für die Regierungsstellen nicht mehr Bildung, Wissen und Können ausschlaggebend sind, sondern der Wille oder der „Auftrag“ des Volkes, dann erweitert sich der Kreis derjenigen, die sich „berufen“ fühlen können, sofort ungeheuer, und während in geordneten Monarchien große Kreise von vornherein als unberechtigt aus dem Streben nach hohen Stellungen von selbst ausscheiden, sehen in dem demokratischen Staat Tausende von Schneidern, Schustern, Bauern und Taglöhnern durchaus nicht ein, warum sie nicht ebensogut Präsident, Minister oder Direktor werden sollen wie der Schneider W, der Schuster X, der Bauer Y und der Taglöhner Z, die es durch den „Volksauftrag“ so weit gebracht haben. Meuternde Demokraten, die gegen die jeweils am Ruder befindliche demokratische Regierung meutern, sind daher durchaus kein Widerspruch gegen die Demokratie, sondern eine Selbstverständlichkeit und eine ständige Erscheinung in allen Demokratien. Revolutionen sind immer nur der Ausdruck des Willens einer Volksschicht zur Macht, welche bis dahin nicht in der Macht war; die Revolution, die zum Sturz einer Demokratie und zur Wiedereinführung einer Monarchie führt, unterscheidet sich von dem umgekehrten Fall oder von dem Fall des Sturzes einer demokratischen Regierung durch eine andere nur durch die Ehrlichkeit der Revolutionäre; die monarchischen Schichten bekennen sich, wie schon einmal erwähnt, zu ihrem Glauben, berufener zur Herrschaft über das Volk zu sein als andere Schichten, während die demokratischen ihren Glauben, berufener zur Herrschaft zu sein als die Monarchisten und als das „Volk“, mit dem Schwindel des Volkswillens bemänteln.

Wenn einmal in einer Monarchie die Klüngelwirtschaft eingerissen ist, dann besteht immer wenigstens noch die Möglichkeit, wieder herauszukommen. Ein unfähiger Monarch kann ein Volk weit zurückwerfen; aber wenn dann wieder ein Monarch kommt, der Blick für die Tüchtigen in seinem Volke hat, die hervorragenden Köpfe herausholt und an die richtigen Plätze stellt, dann bringt er sein Volk um eine größere Strecke vorwärts, als es selbst unter einer ganzen Reihe unfähiger Monarchen zurückgegangen sein kann. Darin besteht der Vorteil der Monarchien. Demokratien kommen, weil auf das Urteil der Massen gebaut, die immer nur Sinn für ihresgleichen, d. h. für Mittelmaß haben, nie aus der Mittelmäßigkeit heraus; die hervorragend Tüchtigen sind in ihnen endgültig von den hervorragenden Plätzen ausgeschaltet. Man sehe sich die Köpfe der deutschen Revolution an, und lasse die Reden derselben in ihrer flachen Unbedeutendheit auf sich einwirken. Allzu große Gegensätze zwischen Amt und Verstand werden auch vom Himmel nicht ausgeglichen. Was Ebert oder David oder Haußmann oder Erzberger reden, sind ja im Grunde genommen keine größeren Plattheiten, als sie Poincaré oder Wilson vorbringen; denn der Fluch der Mittelmäßigkeit lastet auf allen echten Demokratien — die englische, in der der Ge-

burtsadel und seine Erziehung nach wie vor ausschlaggebend sind, ist keine echte Demokratie im Berliner Tageblattssinn —; aber Poincaré und Wilson haben nicht nur den Vorteil der besseren Allgemeinbildung für sich, sondern auch den der besseren nationalen und politischen Erziehung, die unsern deutschen Demokraten weitgehend, und vor allem den des politischen und völkischen Instinktes, der unsern Demokraten völlig abgeht. Jeder amerikanische und französische Handwerker, den irgend ein politischer Wahnsinnsanfall seines Volkes an leitende Stellen brächte, würde daher immer noch einen besseren Staatsmann abgeben als sein deutscher Fachgenosse, auch wenn seine Begabung nicht über das Mittelmaß hinausgeht.

Die allerunterste Reifestufe, die ein Volk erreicht haben muß, um sich selbst verwalten zu können, erfordert mindestens den Besitz jenes völkischen Selbsterhaltungsinstinktes, der sogar bei Herdentieren bis zu einem gewissen Grade ausgebildet ist und sie vor groben Verstößen gegen ihre Lebensnotwendigkeiten bewahrt. In Deutschland ist dieser Instinkt zurzeit auf kleine, von der Menge angefeindete Kreise beschränkt; die politischen Massenhandlungen der Deutschen lassen sich meistens immer noch eher auf einen Selbstmord- als auf einen Selbsterhaltungstrieb zurückführen. Die Verfassungs- und Wahlrechtskämpfe mitten im Weltkriege sind entweder das Zeichen eines überreifen Volkes, das sich in Altersentartung nach dem Untergang sehnt und keinen natürlichen Blick für seine Lebensbedingungen mehr hat, oder das Zeichen der Unreife kleiner Kinder, die zehnmal im Tag ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden, wenn man sie ohne Überwachung ihren Augenblickstrieben nachgehen läßt. Vielleicht wirkten bei der Wahlrechtsbewegung in Deutschland beide Arten zusammen, die Altersentartung der führenden jüdischen Rasse und die kindliche politische Unreife der geführten deutschen Massen.

Revolutionsreife.

Nach dem Kampfe um demokratische oder monarchische Staatsverfassung mitten im Kriege lieferte das deutsche Volk unmittelbar darauf einen zweiten überwältigenden Beweis seiner Unreife: die Revolution. Die Revolution setzte ein, nachdem die Demokratie eben alle die Hemmnisse der Aufrichtung ihrer Macht, die Militärherrschaft, den deutschen Sieg, den deutschen Frieden, die konstitutionelle Monarchie aus dem Wege geräumt und sich die Möglichkeit einer dauernden auf das Großkapital und die sozialdemokratischen Arbeitermassen gegründeten Herrschaft geschaffen hatte. Etwas Dümmeres, als in diesem Augenblick und unter diesen und allen übrigen bestehenden Umständen eine Revolution anzuzetteln, hätte sich auch vom rein demokratischen Standpunkt aus selbst ein Schuljunge nicht ausdenken können.

Denn eine Demokratie, die ihre Anhängerschaft gewann, indem sie alles, was gut unter der Monarchie war, als trotz der Monarchie vorhanden hinstellte, und die Schuld an allem, was Unzufriedenheit erregte, der Monarchie in die Schuhe schob, muß das Gute der Monarchie zu bewahren und das Schlechte zu bessern vermögen, wenn sie sich auf die Dauer halten will. Die Revolution in dem gewählten Augenblicke mußte aber mit unbedingter Notwendigkeit Zustände herbeiführen, unter denen das Gute der Monarchie untergehen und das Schlechte noch viel schlimmer werden mußte. Mit dem Schwindel, wenn man die Monarchie nicht gestürzt hätte, wäre es noch viel ärger gekommen, die herrschenden schauderhaften Verhältnisse seien keine Folge der Revolution, sondern noch Auswirkungen des alten Systems, seien die bei jeder

Revolution üblichen Kinderkrankheiten und lediglich Übergangserscheinungen zum Paradies der Demokratie, kann man so unreife Volksmassen wie die deutschen lange Zeit hinhalten; aber auf die Dauer verfangen diese Mätzchen nicht.

Der Vatikan wollte das protestantische Kaiserreich nicht zu übermächtig werden lassen und hatte deshalb seine deutsche Schutztruppe in das Bündnis mit den beiden Schutztruppen Alljudaans geschickt. Die großkapitalistische Abteilung des Reiches Alljudaan wollte einen Frieden mit unentschiedenem Ausgang ohne Sieger und Besiegte, weil ein solcher Friede die einzige Möglichkeit bot, unmittelbar die internationalen Geschäftsfäden da wieder anzuknüpfen, wo sie bei Kriegsbeginn abgerissen waren, und über alle geschäftsstörenden Völker- und Rassegegensätze und Feindlichkeiten hinwegzugehen, als ob nichts vorgefallen wäre. Zu diesem Zwecke mußte sich die Demokratische Volkspartei mit den Mehrheitssozialisten, denen ein deutscher Sieg die Parteisuppe verdorben hätte, verbinden. Die Mehrheitssozialisten konnten aber der alljüdischen Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg nur dann als die von ihr benötigte wirksame Stütze gegen die „Militärpartei" dienen, wenn sie sich einerseits als „regierungsfreundlich" gaben und sich damit davor schützten, von der „Militärpartei" grob angefaßt und scharf in Zaum gehalten zu werden, anderseits imstande waren, dem Militär stets mit meuternden und streikenden Soldaten und Arbeitern zu drohen. Sie mußten daher unterirdisch die unabhängigen Revolutionäre stets gewähren lassen, während sie sich oberirdisch mit ihnen herumrauften und sich als halbbürgerliche Partei gaben. Der „Vorwärts" war sehr aufrichtig, als er kurz vor der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten schrieb: „Die Revolution am 9. November (auch das muß einmal rund heraus gesagt werden) war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr des alten Regimes verhinderte." Die Unabhängigen selbst aber bestanden aus einer kleinen Gruppe von Führern mit ungewöhnlich hohem Prozentsatz von Juden (Partei der jüdischen Rechtsanwälte)[1]) und einer Anhängerschaft von vorwiegend unreifen fanatischen jungen Leuten im Alter von 16 bis 20 Jahren. Diese letzteren stach eines Tages der Haber; als die weise Regierung Hertlings und des Prinzen Max mit der überstürzten Demokratisierung und den ebenso übereilten Waffenstillstandsverhandlungen begannen und die Leute instinktiv fühlten, da droben beginnt bereits alles durcheinander zu gehen, wollten sie auch einmal nicht mehr nur die beifallklatschenden Zuhörer ihrer russischen und jüdischen Lehrer sein, sondern deren Lehren einmal in die Praxis übersetzen. Früher als selbst die Unabhängigen beabsichtigten, brach die Meuterei der jungen Matrosen in Kiel aus; dann griffen rasch die von Rußland organisierten Hetzer

[1]) Eine vor dem Krieg erschienene Karikatur eines sozialdemokratischen Demonstrationszuges brachte folgendes Bild: vorne marschierte ein Judenjunge mit roter Fahne und weit aufgesperrtem Munde; ihm nach trottete eine Schar deutscher Arbeiter, sämtliche einen Ring durch die Nase; die durch die Ringe gezogenen Fäden liefen in der Hand des jüdischen Führers zusammen. Der Spartakusumzug in München am 16. Februar 1919 war eine lebende Wiedergabe dieses Bildes; in fast jeder Gruppe war der Hauptschreier ein orientalisch aussehender junger Mann, der von Zeit zu Zeit sein „Nieder mit ......!" kreischte, worauf fromm und brav die folgsamen Mitläufer im Münchner Bierbaß ihr „Nieder mit .....!" nachbrüllten. Bei den Spartakusunruhen, die am gleichen Tag in Nürnberg stattfanden, wurden die verhafteten Lebensmittelschieber zuerst befreit, und man kann sich des Verdachtes kaum erwehren, die Akten seien dort hauptsächlich deswegen vernichtet worden, um das Beweismaterial gegen die Lebensmittelschieber zu beseitigen; was ebenfalls ein bezeichnendes Licht auf die Führer und auf die Reife des durch die Lebensmittelschieber ausgehungerten Volkes wirft.



ein, und München und die anderen Städte folgten nach. Den jungen Leuten selbst war dabei genau so unheimlich zu Mute, wie es Jungens zu sein pflegt, wenn sie irgend etwas Törichtes unternehmen, und sie hätten es ganz in der Ordnung gefunden, wenn eine entschlossene Hand sie kräftig zur Ruhe verwiesen hätte. Aber die demokratische Reichstagsmehrheit aus Zentrum, Freisinn und Mehrheitssozialdemokraten stand moralisch wehrlos dem Streich gegenüber, den ihr ihr heimliches Schoßkind spielte; denn sie hatte ihre tiefste Kraft immer aus der Existenz dieser Aufrührergruppe gesogen und hatte ja im wesentlichen die Saat gesät, aus der die Revolution nun aufsproß. Die nationalen Schichten aber waren lahmgelegt, weil sie es gewohnt waren, das Heil des Staates immer nur im Verein mit der Staatsregierung zu wahren. Der Nationalliberalismus lief als folgsames Hündchen hinter dem Reichswagen her, wohin er auch fuhr, wenn er ihn auch manchmal anbellte, und die Konservativen sahen ihm stumm und ergeben nach und taten nichts, sondern warteten auf das Wunder, das nicht kam. Die Staatsregierung war ja aber schon lange mit der Demokratie auf Gedeih und Verderb verknüpft und steckte nun selbst in dem Strudel drin, den man hätte bekämpfen müssen; man hätte sie also mit bekämpfen müssen, statt von ihr, wie gewohnt, geführt zu werden, wenn man den Staat noch hätte retten wollen. So konnte die Revolution aufblühen, überall getragen von kleinen Scharen unreifer Leute, welche die Revolution behandelten wie der Wiener seine „Hetz", der Münchener seine „Gaudi" und der Berliner seinen „Radau". Auch wenn die Putsche mit Handgranaten, Maschinengewehren und Geschützen arbeiten, Menschenleben kosten und Milliardenwerte vernichten, stehen sie doch auf keiner höheren Stufe als das Gebaren der Gassenjungen, die ihre Freude daran haben, wenn Fensterscheiben klirren; es steckt kein Geist, kein Sinn, kein Ziel dahinter als Zerstörungslust und Haß gegen den Höherstehenden, Gefühle, die wahrscheinlich schon beim Übergang der Menschenaffen zu den Menschen vorhanden waren. In München erteilten Ende Januar 1919 die Spartakisten der Regierung ein Mißtrauensvotum und erklärten sie für „absolut unfähig". Anlaß: ein polizeiliches Tanzverbot. Das ist die Reife der eigentlichen *deutschen* „Revolutionäre".

Alles andere war ähnlich. Alle Äußerungen bei der Umwälzung, das Herabreißen der Kokarden, das Anstecken der roten Abzeichen und das Hissen der roten Fahnen, das Spazierenfahren in den Autos, die Radauumzüge, das Beifallsgebrüll bei jedem noch so dummen Hieb auf die verflossenen Machthaber, das Gerede, es sei einerlei, ob man französisch, englisch oder deutsch regiert werde, waren kindisch und erinnerten an das Gebaren unreifer Jungen aus der Werktagsschule. Was die Herren Eisner und Genossen auf Berner Kongressen und in ihren Versammlungen vorzubringen pflegten, war im Grunde genommen auch mehr kindlich als sonst etwas. Ein Flugblatt der mehrheitssozialistischen Bezirksorganisation Berlins vom 6. Januar 1919 nennt die spartakistischen Brüder von gestern „Irrsinnige und Verbrecher", und kennzeichnet damit auch die Gefahr, die in der Bewegung droht und leider nicht kindisch ist. Politischer Wahnsinn steckt an, auch wenn er von jungen Leuten ausgeht, und wenn die Irrenhäuser und Gefängnisse geöffnet werden und alle Verbrechernaturen ihre Zeit gekommen glauben, können im Zeitalter der Maschinengewehre und Handgranaten auch ältere Volksschüler und Lehrlinge zu einer Gefahr für den Staat werden.

Dann, wenn die Bürgerkreise, angefangen bei den Mehrheitssozialisten, sich von einer so fürchterlichen Unreife erweisen wie in Deutschland. Es hat in der Welt noch niemals eine so inhaltslose, gedankenarme und innerlich durch und durch ver-

logene Revolution gegeben wie die deutsche vom November 1918. Niemand im deutschen Volk war wirklich in einer Lage, welche eine Revolution hätte verbessern können, und niemand im Volk wollte wirklich die Revolution, die dann nach der demokratischen Schreibweise der Ausdruck des „Volkswillens" gewesen sein soll. Nicht einmal die Spartakisten wollten eine Revolution, denn wenn das, was diese Leute „wollen": nicht arbeiten, Geld einstecken, die Herren spielen, stehlen, gut leben und abends tanzen dürfen, Revolution ist, so müßte man schließlich auch Schändung, Diebstahl, Raub und Mord zu den politischen Vergehen zählen. Diejenigen, denen der Spartakistenstreich die Macht, das Ziel ihrer Theorien und Träume, in die Hände gespielt hatte, die Demokraten, vor allem die Mehrheitssozialisten, standen hilflos da und wußten nicht, was sie mit der so lange erstrebten Macht anfangen sollten. Ein kläglicheres Schauspiel als die Regierung der Mehrheitssozialisten im Reich und in den Bundesstaaten hat wohl noch niemals eine Regierung geboten, nicht einmal die des Herrn von Bethmann Hollweg. Herr von Bethmann tat wenigstens noch so, als ob er einen eigenen Willen hätte; die Reichsregierung des Herrn Ebert ist in der äußeren Politik ein willenloser Spielball der Entente, und im Innern wurstelt sie von Tag zu Tag rat- und tatlos weiter und läßt sich von den Ereignissen schieben.

Nicht einmal mit ihrer eigensten Waffe, von der sie zur Zeit, als sie noch nicht herrschte, so viel Aufhebens machte, mit ihrer „Internationalität", wußte sie irgend etwas anzufangen. Wenn nun doch einmal Revolution in Deutschland war und die Sozialdemokratie die Herrschaft in der Hand hatte, war das tatsächlich eine furchtbare Waffe gegenüber dem feindlichen Ausland; denn kein feindliches Land kennt die Sozialistenherrschaft, und jedes mußte von der Ausbreitung derselben auf sich selbst zittern, nachdem Deutschland vorangegangen war. Wie leicht hätte die sozialistischen Regierungen ihre eigene Herrlichkeit und die unerhörten Waffenstillstandsbedingungen der Feinde zu flammenden Aufrufen an die Arbeiterschaft aller Länder ausnutzen und dieselben zum Aufruhr gegen ihre imperialistischen Herren auffordern können; wie nützlich hätte sie ihre während des Krieges zum Schaden Deutschlands so eifrig gepflegten Beziehungen zum Ausland jetzt anwenden können. Aber sie gebrauchten sie lediglich, um Deutschlands „Unrecht" auszuposaunen und sich zu entschuldigen. Soweit überhaupt die Furcht vor Ansteckung auf das Verhalten der Feinde einwirkte, war es das Verdienst der russischen Bolschewisten, nicht der deutschen Sozialdemokratie, und auch die leisen Drohungen, die die Herren Erzberger und von Brockdorff-Rantzau in ihren Verhandlungen dem Feinde gegenüber gelegentlich anzuwenden beliebten, waren lediglich ein schwächliches Echo dessen, was die russischen Bolschewisten in sehr viel geschickterer Weise zur Geltung brachten, und nichts, was mit der sozialdemokratischen Revolution zusammenhing.

Selbstverständlich erreichten die Herren auch nichts weiter damit, als daß Frankreich um so fieberhafter alles zusammenraffte und erpreßte, was es — nicht vor der Ansteckung Frankreichs, sondern vor dem von den deutschen Unterhändlern an die Wand gemalten Zusammenbruch Deutschlands — noch erwischen konnte; das Restdeutschland mochte dann ja ruhig zusammenbrechen. Denn in folgerichtiger Fortsetzung der alten B-Systempolitik gebrauchten die Herren Erzberger und Rantzau Revolution und Bolschewismus nicht als Mittel der S t ä r k e, sondern sie verstanden es wie Bethmann meisterhaft, Deutschland als s c h w a c h e, eigener Anstrengungen unfähige Macht hinzustellen, wonach sich die Ententemächte mit Vergnügen richteten.

Das große Heer der Arbeiter aber, auf welche sich die Revolution und die Macht der Revolutionsregierung stützt, jene Volksschicht, welche angeblich reif genug sein soll, um ein Reich wie Deutschland zu beherrschen, erwies sich als nicht einmal reif genug, um die Notwendigkeit der Arbeit auch in einem Arbeiterstaat einzusehen, und bar jeder Ahnung von dem Zusammenhang zwischen Preis der Arbeit, Preis der Ware und wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten. Für die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands fehlte jede Spur von Verständnis, für die überwältigende Mehrheit der Arbeiter war die Revolution eine Art Lohnstreik mit noch wirksameren Mitteln als sonst. Beim Baubeginn des Walchenseekraftwerkes in Bayern meldeten sich am ersten Tage 60 Ingenieure und zwei Arbeiter, am zweiten Tage 250 Ingenieure und immer noch zwei Arbeiter. Von den über 100000 Arbeitslosen der Stadt Berlin meldeten sich bei dem Schneefall zur Weihnachtszeit im ganzen 17 Mann. Bergbau und Industrie schätzen den Leistungsausfall gegen die Sommermonate auf 30—50%, d. h. in einer Stunde der 6- oder 8stündigen Arbeitsschicht leistet der revolutionierte Arbeiter bei ungeheuer gesteigerten Löhnen ungefähr um ein Drittel bis um die Hälfte weniger als in einer Stunde der früheren 10stündigen Arbeitszeit. Alle Voraussagen von der erhöhten Arbeitsfreudigkeit bei kürzerer Arbeitszeit, besseren Lohnbedingungen und demokratischer Regierungsweise haben sich als eitel Schwindel erwiesen. Die Verschuldung war schon vor Friedensschluß durch die demokratische Mißwirtschaft auf rd. 200 Milliarden Mark gestiegen, der Wert der Mark im Ausland bereits auf 35 Pf. gesunken, und immer flehender lauteten die Bitten nicht des alten „vermorschten" Regierungssystems, sondern der neuen sozialdemokratischen Herren an ihre Arbeiterwähler, sie möchten doch Deutschland mit ihrer Arbeitsscheu nicht völlig der Hungersnot und dem Zusammenbruch ausliefern. Vor dem Krieg konnten sich die Gewerkschaften und die politischen sozialdemokratischen Organisationen nicht genug ihrer Verdienste rühmen, in die Arbeiter neue Zucht und Ordnung gebracht und sie zu brauchbaren Werkzeugen im Staatsgefüge ausgestaltet zu haben, und Herr von Bethmann und die Seinen konnten nicht oft und nicht tief genug darauf hineinfallen; nun sollten die Herren die Probe aufs Exempel machen, und jammervolles Versagen war das Ergebnis. Die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften und außerhalb hat die Arbeiter, wie sich auch dem Blindesten offenbaren dürfte, zum sozialdemokratischen, viele Rechte begehrenden Staatsgegner, nicht aber zum pflichtbewußten Staatsbürger erzogen. Zu letzterem ist sie auch gar nicht imstande, weil staatsbürgerliche Erziehung ohne nationale völkische Gesinnung nicht möglich ist. Die politisch Organisierten hören nicht auf die Eberts, Scheidemanns, Noskes, sondern auf die Radeks und ihre jüdisch-deutschen Agenten; der Einfluß der Gewerkschaften ist übergegangen auf die Soldaten- und Arbeiterräte, die von einem Sinn für Staats- oder Gewerkschaftsordnung so gut wie nichts verspüren lassen.

Die übrigen Volkskreise erwiesen sich als nicht viel weniger unreif. Voran die bürgerliche Presse, soweit sie nicht in der Vertretung der alljüdischen Interessen eine gewisse Folgerichtigkeit bewahrte. Was war das für ein hilfloses Hin- und Herschwanken während des Krieges und erst recht während der Revolution! Ganz wenige Zeitungen hatten eine feste Haltung und verfügten über Schriftleitungen, die eigenes Urteil besaßen, wußten, was sie wollten und eine Linie einzuhalten verstanden. Einmal merkte man den Einfluß der alljüdischen Zeitungen durch; dann hatte offenbar die Regierung oder das Generalkommando einen Wink gegeben, dazwischendurch verspürte man die Anordnung eines Parteihäuptlings oder den Wunsch

eines einflußreichen Stammtisches aus dem Leserkreis; die zielbewußte, sichere Politik der Presse eines reifen Volkes suchte man vergebens.

Der ganze Mittelstand, das ganze Bürger- und Beamtentum glichen einem bis dahin am Gängelband geführten Kinde, das noch nicht laufen kann und dem man das Gängelband genommen hat. Hilf- und wehrlos lag es am Boden, und jeder Ausländer an den Grenzen, jeder galizische Jude im Innern konnte mit ihm Schindluder treiben. Als sich im Frühjahr 1919 München aufgerafft hatte, aus eigener Kraft eine Bürgerwehr zum Schutz des Bürgertums zu bilden, und dieselbe durch Spionagedienste eines bürgerlichen Leutnants verraten worden war, fiel die gesamte bürgerliche Presse darüber her, und fast die ganze auswärtige bürgerliche Presse äußerte sich abfällig zu dem gut durchdachten Unternehmen. Die alljüdische Presse hatte dem Bürgertum ein schönes Schlagwort gegeben, und damit war alles gut. Es „stellte sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen." Russische Juden schufen die Tatsachen, und der deutsche Bürger stellte sich auf den Boden derselben. Sie selbst, die Bürger, schufen keine Tatsachen. Der russische Bürger hatte es auch immer so gehalten. Am Schluß war dort allerdings noch der Boden, leider aber kein Bürgertum mehr da, das sich hätte darauf stellen können. Erst „auf Befehl" der Regierung, die zu ihrem eigenen Schutze sie nicht mehr entbehren konnte, kamen später Bürgerwehren zustande.

Ebenso, wie das Bürgertum, versagten die obersten führenden Schichten, die Fürsten des Blutes, des Heeres, der Wirtschaft, der Industrie. Schon während des Krieges war sich kaum einer der Heerführer im unklaren über die verderbliche Rolle des Herrn von Bethmann Hollweg; unter den regierenden Fürsten war keiner, der nicht mindestens von der Mittelmäßigkeit des Mannes überzeugt war; von einzelnen derselben sind Aussprüche bekannt, wie der, Bethmann Hollweg bedeute den sicheren Zusammenbruch des Reiches und werde noch alle Fürsten um Thron und Land bringen; aber geduldet haben sie ihn alle, und alle waren ihm untertan in der Bekämpfung der Kräfte, welche Fürsten, Heer und Land von diesem Totengräber des Reiches befreien wollten. Der Kaiser selbst stand nicht als reifer Monarch über dem Volk und wog als führender Aristokrat Werte und Stimmen gegeneinander ab, sondern horchte mit dem Sinn eines Demokratenführers dahin, wo ihm die Mehrheit der Stimmen entgegenzuschallen schien, und suchte deren Beifall; darin lag seine größte Schuld. Nicht sein Aristokratentum, sondern sein manchmal an Bühnenart erinnerndes Demokratentum hat ihn zu Fall gebracht. Als dann die Revolution kam, war auch unter den führenden Schichten niemand, der sich der Lage gewachsen gezeigt hätte. Es war, als ob mit dem Gängelband der alten Staatsform und des alten Verwaltungsorganismus jeder Halt genommen wäre. Reif erweist sich aber ein Volk, das Haltung zu bewahren und zu handeln weiß, auch wenn ihm einmal plötzlich die alten Stützen genommen werden.

Wählerreife.

Den dritten vernichtenden Beweis seiner politischen Unreife legte das deutsche Volk ab bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Schon die Auswahl der Köpfe enthüllt das ganze Elend.

Man bedenke: diese Nationalversammlungswahlen waren eine Art öffentliches Reifeexamen, das die deutsche Demokratie vor der ganzen Welt abzulegen hatte. Nun war das deutsche Volk zum erstenmal vollkommen Herr seines Geschickes; kein

Monarch, kein Berufsvorrecht beschränkte es in der Zusammensetzung jener Versammlung, welche entscheiden sollte über seine ganze Zukunft, welche zunächst entscheiden sollte über die ungeheuer wichtigen Fragen der Verfassung und des Friedensschlusses. Die allerbesten, allerklügsten und allerbewährtesten Männer des Volkes wären gerade gut genug gewesen, um in dieser Lage ein reifes Volk zu vertreten. Nun sehe man sich einmal die entsandten Leute an, besonders die der demokratischen Parteien! Wo es sich hier um bekannte Namen handelt, sind es Leute, die entweder mit Erfolg am Verderb des Reiches gearbeitet haben, oder solche, deren Theorien und Ansichten kläglich Schiffbruch erlitten haben, wo immer sie auch zur Anwendung kamen. Und wo es sich um Unbekannte handelt, sind es Gevatter Schneider und Handschuhmacher, brave Leute von grenzenloser Unbedeutendheit, der durch keinerlei Verleihung hoher Ämter und Würden abzuhelfen ist. Statt des erwarteten siegstrahlenden, lebensfreudigen Jünglings aus dem Volke stieg der alte Jammerreichstag, noch etwas greisenhafter und müder geworden, aus der Wahlurne hervor.

Entweder ist es ein Schwindel, daß diese Nationalversammlung wirklich eine Vertretung der im deutschen Volk vorhandenen Kräfte und Anlagen ist, dann ist dieses ganze demokratische System mit seinem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht, auf dem die Nationalversammlung aufgebaut ist, ein Schwindel. Oder diese Nationalversammlung ist wirklich ein Bild der Nation; dann ist diese Nation nicht reif zur Demokratie; dann stand schon die abgeschaffte Verfassung der konstitutionellen Monarchie weit über ihrer Reifestufe, wofür ja allerdings auch die Beschaffenheit des verflossenen Reichstages sprach.

Die Mehrheitssozialisten vereinigten bei den Wahlen 39,03, die Minderheitssozialisten 7,68 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich; 46,71 Prozent des deutschen Volkes wollen also sozialdemokratisch regiert werden. Nicht gerade die sozialdemokratische, wohl aber die republikanisch-parlamentarische Regierungsform mit oder ohne Schattenkönig ist das Ideal auch der Demokraten und des Bayerischen Bauernbundes, die 19,50 und 0,9 Prozent der Stimmen erhielten. 66,30 Prozent des deutschen Volkes haben also die deutsche Republik ersehnt, wenn das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht den Ausdruck des Volkswillens richtig wiedergibt.

Wenn die Wahlen während des Krieges unter der monarchischen Verfassung erfolgt wären, hätte man annehmen können, es habe sich in diesen Zahlen einfach ein Wunsch nach Änderung der bestehenden Verhältnisse ausgedrückt; man hätte dann den Massen den guten Glauben an die Verheißungen zubilligen können, die ihnen von den Führern der demokratischen Parteien gemacht wurden. Die Wahlen fanden aber bekanntlich statt, nachdem die Umwälzung schon vollzogen und die Demokraten unumschränkte Herrscher des Reiches waren; sie bedeuten also den Wunsch von zwei Drittel des deutschen Volkes nach der Fortdauer *dieser* Herrschaft. Der Holländer Dr. Deerenberg, der in amtlichem Auftrag den zuständigen Stellen in den besetzten rheinischen Gebieten und in Holland zu berichten hatte, schilderte in einem offenen Brief an die Reichsregierung diese Herrschaft folgendermaßen:

> Ein so wüstes, in ganz unsinniger und lächerlicher Weise nach russischem Vorbilde konstruiertes Demagogentum, wie es in Berlin noch heute herrscht, muß über die Grenzen Deutschlands hinaus Ekel, Abscheu und vor allem den Gedanken hervorrufen, daß die jetzige Regierung das Heft keineswegs fest in der Hand hat.
>
> Es scheint immer mehr offenbar zu werden, daß die Mehrheitssozialisten einen schwankenden Haufen politisch unfreier und unfertiger Menschen darstellen, die sich von den Unabhängigen und Spartakisten noch heute in schwerster Weise beeinflussen lassen....

Aber Sie sind schlimm daran, das muß zugestanden werden. Denn Sie können die Versprechungen, mit denen Sie viele Leute zu sich gezogen und zur Revolution veranlaßt haben, niemals halten! Sie wissen das heute schon selbst am besten. Sie haben den Leuten Wohlleben, geringste Arbeitszeit, höchste Löhne und „Freiheit" versprochen! Was das letzte gegen den früheren Zustand sein soll, weiß ich nicht und Sie wohl auch nicht! In Wirklichkeit, vor dem Auge des klarsehenden Kaufmanns und Volkswirtschafters ergeben Ihre Versprechungen aber: Stillstand der gesamten Wirtschaft, Aufhören jeder Konkurrenz mit dem Auslande, Verelendung und Sklaverei, Not und Hunger für das arbeitende Volk.... Sie haben Soldaten zu eidbrüchigen Verrätern, Deutschland zu einem hilflosen Wrack, Recht, Gesetz, Ordnung zum Gespött zuchtloser Horden gemacht und für die Zukunft vernichten Sie den Wohlstand und Wiederaufstieg des deutschen Volkes durch die irrsinnigen Ideen und Phrasen der „sozialistischen" Republik.

Dr. Deerenberg erwähnt unter den Versprechungen nicht die des raschen Friedensschlusses und der sofortigen Beschaffung der Nahrungs-, Lebens- und anderer Bedarfsartikel; wie es mit beiden stand, ist schon wiederholt erwähnt. Die Kohlen- und Kartoffelnot war schlimmer als in den schlimmsten Kriegszeiten unter der „verrotteten" alten Regierung. Aber zwei Drittel des deutschen Volkes erteilen als Zeichen ihrer Reife der neuen Regierung in den Wahlen ein glänzendes Vertrauensvotum!

Von dem letzten Drittel entfallen 18,56 Prozent, also wieder fast zwei Drittel auf das Zentrum, 9,62 auf die Konservativen, 3,8 auf die Nationalliberalen. Die Politik des Zentrums, sein rückhaltloser Anschluß an die Demokratie und an die Sozialdemokratie in der Reichstagsmehrheit, hat den deutschen Sieg verhindert, hat Kaiser und Reich das Rückgrat gebrochen und hat den Spartakisten und Sozialdemokraten in den Sattel geholfen.

So oft der belgische Kardinal Mercier vom Papste zurückkam, trat er noch deutschhetzerischer in Belgien auf als vorher. Deutschlands Friedensverhandlungen mit der Entente hatten noch nicht begonnen, da nahm der Papst den „freiwilligen" Verzicht der deutschen Bischöfe Fritzen und Benzler auf Straßburg und Metz an und ernannte am 27. April 1919 auf Grund des 1801 zwischen der Kurie und Napoleon geschlossenen und 1905 durch das französische Trennungsgesetz gewaltsam aufgehobenen Konkordats die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Ruch und Pelt zu Bischöfen von Straßburg und Metz; vorausgegangen waren päpstliche Unterhandlungen mit dem Kirchenfeind und Katholikenfresser Clemenceau über kirchenpolitische Fragen in Polen, im Balkan und im Orient. Damit hat die römische Kurie als erste Regierung die französische Staatshoheit über Elsaß-Lothringen amtlich anerkannt, noch ehe sie rechtlich irgendwie bestand. Bei der Einleitung der Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans hatte der Papst bereits in feierlicher Ansprache erklärt: „Wir bedauern, nur dem Herzen nach Franzosen sein zu können, und wir bitten, ohne in Frankreich geboren zu sein, der Freund Frankreichs genannt zu werden".

In seiner Weihnachtsansprache vom 25. Dezember 1917 hatte der Papst gesagt: „Niemand gibt es, der nicht in den Ereignissen, die sich kürzlich in Jerusalem abgespielt haben (Einnahme durch die Engländer), eine besondere Bedeutung erblicken würde, daß wir an die Völker dringender die Einladung ergehen lassen, zurückzukehren zu Gott". Diese harmlosen Worte erhielten eine eigene Färbung durch die Bemerkungen des päpstlichen Organs, des „Osservatore Romano", zu dem gleichen Ereignis. „Dieses Gefühl der Genugtuung (über die Einnahme Jerusalems durch die Engländer) ist um so größer und um so begründeter, wenn wir uns der vom Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit beseelten Handlungsweise Englands

erinnern." England war unser Feind und die Türkei unser Freund. Anfang Februar 1918 gewährte der Papst dem Sonderberichterstatter der amerikanischen Zeitung „Sun" Edw. Marshall eine am 6. Februar veröffentlichte Unterredung. Dabei sagte er: „Gewiß, ich glaube, daß der Eintritt Amerikas in den großen Kampf dazu angetan ist, jenen Frieden herbeizuführen, den ich so oft als wünschenswert hingestellt habe, einen Frieden, der allen Völkern der Erde ein Gefühl vollkommener Sicherheit verbürgt". Der Eintritt Amerikas in den Krieg sollte Deutschland die Niederlage bringen.

Der Eintritt des Zentrums in die Mehrheit für die Friedensentschließung im Juli 1917, der als Vorbereitung zur Papstnote vom 1. August erfolgte, bereitete die Niederlage vor. Am 23. Juni 1919 ermöglichte das Zentrum die Unterzeichnung des schwarz-rot-goldenen Schmach- und Todfriedens.

Wäre das Zentrum in den nationalen Fragen mit den Konservativen und den Nationalliberalen zusammengegangen, so hätten wir heute einen deutschen Frieden, einen Deutschen Kaiser, ein blühendes Deutsches Reich und, als einzige Schattenseite darin — ein übermächtiges Zentrum. Das Zentrum hat sich und uns um all das gebracht; seine reifen Wähler aber sind ungemein zufrieden mit ihm; denn bei den Wahlen 1912 erhielt das Zentrum nur 16,4 Prozent.

Zusammen vereinigte die Reichstagsmehrheit, deren ganze Politik auf der Annahme der Bereitschaft der feindlichen Völker zu einem Frieden der Freundschaft und der Verständigung aufgebaut war, bei den Nationalversammlungswahlen 80,47 Prozent aller Stimmen auf sich! Vier Fünftel des reifen deutschen Volkes billigen also diese Politik, welche uns die unerhörtesten böswilligen Schädigungen, Demütigungen über Demütigungen, Schmach, Schande und Not seitens der angeblich freundschafts- und verständigungsbereiten Völker eingetragen hat, und wenn heute die Ereignisse nochmals auf den Stand vom Sommer 1917 zurückgeschraubt werden könnten, würde eine Neuwahl zum Reichstag trotz aller inzwischen gemachten Erfahrungen wahrscheinlich wieder die Reichstagsmehrheit vom Juli 1917 mit ihrer Friedensresolution und ihrem Frieden vom 23. Juni 1919 ergeben.

Die Konservativen und Nationalliberalen aber, deren Voraussagen über die Folgen eines vorzeitigen Friedensschlusses und eines deutschen Verzichtes auf den Sieg Punkt für Punkt eintrafen, sinken von 17,1 Prozent auf 9,6 Prozent, bzw. von 13,6 Prozent auf 3,8 Prozent.

Die Wahlbeteiligung beleuchtet ebenfalls die Reife unseres Volkes. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung war sie noch verhältnismäßig stark; etwa 90—95% gingen zur Urne. Bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung war sie schon viel schwächer und sank vielfach unter 50%. In den bayerischen Kreis-, Distrikts- und Gemeindewahlen schwankte die Beteiligung zwischen 40 und 70%; die unteren Schichten, namentlich der Großstädte, zeigten erneut ihre Unreife durch massenhaftes Abschwenken zu den Unabhängigen Sozialisten, die oberen durch ihr Fernbleiben von der Wahl. Das erste Volksreferendum der neuen deutschen Reichsrepublik in Baden ergab gar nur 30—33%. Zwei Dritteln der als besonders erleuchtet geltenden Badenser waren die ungemein wichtigen Fragen der künftigen Verfassung ihres Staates und der Weitergeltung der badensischen Landesversammlung als Landtag eine gleichgültige Sache. Richtiger gedeutet war die Nichtbeteiligung der zwei Drittel ein einziger Schrei nach einem starken Manne, der sie regiere, ein offenes Bekenntnis, wir fühlen uns politisch zu unreif, um unser Geschick selbst in die Hand zu nehmen.

* * *

Das oben wiedergegebene Wahlbild ist zahlenmäßig unwiderleglich und doch nicht richtig. Denn es geht immer noch von der Voraussetzung eines zu reifen Volkes aus, eines Volkes, das sich am Schluß eines so ungeheuren Ringens um seine Weltstellung und seine wirtschaftliche Zukunft um die Fragen seiner Weltstellung und seiner wirtschaftlichen Zukunft auch kümmert. Das sind aber Fragen, über die noch keine 10 Prozent der Wähler bei der Wahl überhaupt tiefer nachdenken.

Weshalb werden z. B. Sozialdemokraten gewählt? Der größte Teil der Arbeiter wählt sie, weil die sozialdemokratische Partei nun einmal als die Partei der Arbeiter gilt. Ob sie die deutsche Arbeiterschaft in die Höhe oder in den Abgrund führt, ist dabei nebensächlich. Ebenso wie „man" in der guten Gesellschaft in ein Theaterstück oder in einen Vortrag geht, wenn irgendein kleiner Gesellschaftsklüngel die Losung ausgegeben hat, „man" gehe dorthin, wählt der Arbeiter sozialdemokratisch, weil „man" eben Arbeiter ist. Der Fabrikarbeiter R. Schulz behauptet in einem Brief an den Vorwärts (Deutsche Zeitung 157, 7. 4. 1919), der größere Teil der Arbeiter habe sozialdemokratisch gewählt, weil er sich davon Steuerfreiheit und rasches müheloses Reichwerden ohne viel Arbeit erhoffte. Der nächste Beweggrund zur Wahl der Sozialdemokraten ist die Absicht, irgendeiner Unzufriedenheit Ausdruck zu geben, die vorübergehender oder grundsätzlicher Natur sein kann. Der wichtigste grundsätzliche Punkt dieser Art ist für eine stattliche Anzahl das Vorhandensein von Leuten, die größere Köpfe, ein feineres Empfinden, besseres Benehmen, mehr Geld oder Einkommen oder eine angesehenere Stellung haben, als man selbst hat, die Unzufriedenheit mit dem Schlechterweggekommensein. Nur eine Unterabteilung dieser Leute sind jene Unzufriedenen, welche besonders keine Könige und keinen Geburtsadel und keine Beamten- und Offiziersüberlieferung haben wollen. „Jetzt wollen **wir** einmal die Herren sein!", das ist der treibende Grundgedanke, welcher diese Schicht zusammenhält. Die Einbildung, die Herren zu sein, wenn sie sich doppelt so sklavisch frischeingeströmten Galiziern, verkrachten Journalisten und jüdischen Rechtsanwälten unterordnen, als sie es jemals der Monarchie gegenüber getan haben, läßt sie auch der Revolution treu bleiben, wenn ihnen dieselbe nichts als Enttäuschungen bringt. Aus dem gleichen Grunde ist unser Heer so unzuverlässig geworden. Es braucht nur irgendein Hetzer den Soldaten und Arbeitern vorzuschwindeln, irgendeine Ordnungsmaßregel wolle an ihre „Herrschaft" tasten, dann hat er die blinden Massen hinter sich.

Ein großer Teil sozialdemokratischer Wähler vom 19. Januar wollte mit seiner Wahl den Wunsch ausdrücken, die alten Fürsten möchten nicht mehr wiederkehren, ohne damit den Wunsch zu verbinden, von den Herren Ebert, Scheidemann, Haase, Eisner usw. regiert zu werden. Eine andere Art Unzufriedenheit richtet sich weniger gegen bestehende Verfassungen als gegen erlebte Zustände des Krieges; man hatte — mit Recht — das Gefühl, die Leute, die uns während des Krieges regiert haben, sind nicht fähig, unsere Geschicke ersprießlich zu lenken, und wählte deshalb sozialdemokratisch; daß man damit eben jene Leute wählt, welche in Wahrheit während des Krieges regiert haben, stört, entsprechend ihrem Reifegrad, jene Wähler so wenig wie die eben erlebte Erfahrung der Fortdauer aller Zustände unter dem offenen sozialdemokratischen Regiment, des Kriegswuchers, der Höhe der Preise, der Mangel an Lebens- und Bedarfsmitteln aller Art, der Kriegsgesellschaftenwirtschaft, der ungerechten Verteilung der Güter, des Klüngelwesens usw. Ein anderer Teil der Wähler nahm auch an, der Teufel Bolschewismus

sei nur mit dem Beelzebub Mehrheitssozialismus auszutreiben oder zu verhüten, und gab deshalb seine Stimmen für den letzteren ab. Die unreifen Massen unserer Gebildeten haben schon von jeher immer jede Regierung unterstützt, nur weil sie die „Regierung" war, und „man" als gebildeter Staatsbürger die Regierung stützt; Bethmann konnte sich nur so lange im Amte halten, weil ihm diese braven Leute stets auf den plumpen Bauerntrick der Drohung hereinfielen, seine Nachfolgerschaft werde noch viel schlimmer sein. Aber einen die schiefe Ebene hinabgleitenden Wagen hält man nicht auf, wenn man seinen unfähigen Kutscher ermuntert und hinten am Wagen nachdrückt, sondern nur, wenn man den Kutscher herunterreißt und den Wagen wendet. Auf die andere Weise kam Deutschland von einer schlechten konservativen Regierung zu einer schlechten nationalliberalen, von da zu einer freisinnigen, von da zu einer sozialdemokratischen, und wird noch zu einer bolschewistischen kommen, wenn in dieser Art Regierungs„treue" fortgefahren wird. Verschwindend dürfte jene Anzahl sozialdemokratischer Wähler sein, welche mit den politischen Gedankengängen und Endzielen der Sozialdemokratie einigermaßen vertraut sind und sich aus „politischer Überzeugung" in der Wahl als Sozialdemokraten bekannten.

Sehr vielfach wurde diesmal auch auf dem Lande sozialdemokratisch gewählt, und zwar aus demselben Grunde, dem auch der den Sozialdemokraten nahestehende Bayerische Bauernbund seine großen Erfolge verdankte. Die reifen Bauern faßten nämlich die sozialdemokratischen und bauernbündlerischen Verheißungen von der Aufhebung der Fideikommisse und der Verteilung des Großgrundbesitzes so auf, als ob sich nun jeder von ihnen aus dem nächstgelegenen großen Gut einige schöne Stücke aussuchen und in Besitz nehmen dürfe, wenn nur erst einmal die Sozialdemokraten und die ihnen nahestehenden Bauernbündler die Herren im Lande wären.

Am einfachsten liegen die Gründe bei den Wahlen von Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten. Hier ist der Beweggrund einfach das „Auchhabenwollen", das schon Kinder von 8—10 Monaten deutlich zu erkennen geben. Wenn der Erwachsene seine Zeitung liest, greift das Kind auch danach und hält sie sich vor die Nase; schreibt er, so greift es nach dem Federhalter; ißt er, will es den Löffel haben. Der Kommunistenwähler möchte auch einmal Minister sein, auch einmal mit seiner herausgeputzten Frau in die große Oper gehen, auch einmal mit dem Auto durchs Land reisen, auch einmal in Restaurants mit Marmorsäulen Kaviar und Austern essen. Bringt ihn eine Revolution in eine solche Lage, so hat er davon so viel wirklichen Genuß wie das Kind vom Federhalter oder von der Zeitung.

Der Sozialdemokratie zunächst steht die Demokratie; ihre Wähler unterliegen daher auch größtenteils ähnlichen Beweggründen. Eine heftige innere Abneigung gegen Fürsten, Adel, Rittertum und Uniform verbindet sie mit der Sozialdemokratie gegen die Einrichtung der Monarchien überhaupt; es gibt nicht nur Taglöhner, sondern auch Geheimräte und Kommerzienräte, welche schon dem Baron seinen Baronstitel schlechterdings nicht verzeihen können. Die Leute halten sich — häufig mit vollem Recht — für ebensoviel wert oder für viel mehr wert als soundsoviele Barone, Grafen und Prinzen oder Generäle aus alten Offiziersgeschlechtern, und glauben mit Demokratie und der Abschaffung aller Geburtsvorrechte in eine Reihe mit ihnen zu rücken. Sie verkennen dabei das tiefere Wesen des Adels; wenn der gräfliche Gutsherr guter und nicht entarteter Adel ist, werden er und seine Nachkommen auch nach der Adelsablegung unter ihren Bauern immer größeres An-

sehen genießen als ein emporgekommener Nachbar, selbst wenn derselbe über sehr viel mehr Reichtum und Prunk verfügen sollte. Der letztere müßte denn selbst in Art und Gesinnung adlig veranlagt sein, und dann wird er sich seine Geltung mit der Zeit auch unter dem Adel verschaffen, der seine Titel nicht abgelegt hat. Das Kennzeichen eines guten Adels ist es, solche Naturen von selbst zu sich heranzuziehen.

In den Entstehungszeiten der deutschen Demokratie hatte der deutsche Adel, manche Fürsten voraus, vielfach seine vornehmste Pflicht, die Wahrung der Belange seines Volkstums, in gröblicher Weise vernachlässigt; das Eintreten der damaligen deutschen Demokratie für deutsche Ziele war in gewissem Sinne die Aufnahme adliger Aufgaben, welche die von Geburt Berufenen hatten liegen lassen. Diese Seite verschwand mit dem wachsenden Einfluß des Judentums in der demokratischen Partei, der wiederum zusammenhing mit dem allmählichen Überwiegen jener Demokraten, welche sich der Bewegung anschlossen, nicht weil sie die nationalen Ziele jener Demokraten teilten, sondern weil sie in ihr den Ausdruck des Gefühls der Unzufriedenheit über ein Zurückgesetztsein erblickten.

Dieses Gefühl verband sie mit den ebenfalls „zurückgesetzten" Juden. Die Juden nutzten den vielfach echt deutschen Idealismus der Demokraten geschickt aus; den nationalen Idealismus konnten sie natürlich nicht brauchen; also schoben sie allmählich das Ziel auf das „Wirtschaftliche" und „Kulturelle" hinüber und spielten sich selbst und die Partei als die Hüter der Freiheit der Kunst, Wissenschaft und des Wirtschaftslebens auf. In Wirklichkeit arbeiteten sie in einer Weise, welche die Freiheit der deutschen Kunst, der deutschen Wissenschaft und des deutschen Wirtschaftslebens immer mehr einschränkte, zugunsten der unbeschränkten Entfaltung des Judentums und seiner Herrschaft auf diesen Gebieten; da sie aber das wichtigste Förderungsmittel, die Presse, in ihre Hände bekamen, glauben auch heute noch eine stattliche Anzahl der Wähler, für die Freiheit von Kultur und Wirtschaft einzutreten, wenn sie freisinnig wählen. Sie verschaffen damit Alljudaan den erstrebten übergroßen Einfluß nicht nur auf Kultur und Wirtschaft, sondern auch auf die gesamte Politik. Warum Juden, Halbjuden und Judenversippte zur demokratischen Volkspartei hinneigen, ist klar.

Ein großer Teil Bürger wählte die Partei auch auf die Losung hin, „die" Bürgerpartei sein zu wollen; sie glaubten, die „Sammlung" des Bürgertums damit zu fördern. Kennzeichnend für den Reifezustand selbst gescheiter Köpfe war der häufig vorgebrachte Grund, es müßten recht viele nationale Männer demokratisch wählen, um allmählich Einfluß in der Partei zu gewinnen und sie wieder auf die nationale Seite hinüberzudrücken. Aber hier steht ein Naturgesetz entgegen, für das Panizza das Bild gebrauchte: Wenn man ein Gebetbuch in ein Butterpapier einwickelt, wird nie das Butterpapier fromm, sondern immer das Gebetbuch fleckig. Wie „reif" die große Mehrzahl der Wähler auch dieser Partei ist, zeigt ihre Ahnungslosigkeit über die Zusammenhänge zwischen Judentum und Fortschrittsziele und über die allein führende Rolle, die das Judentum in der Partei spielt, jedem, dem nicht schon die Wiederwahl derselben Herren, deren vor und während des Krieges entwickelte politische, wirtschaftliche und kulturelle Theorien und Praktiken so völlig Schiffbruch erlitten haben wie die der Herren Th. Wolff, Haußmann, Naumann, Payer, Max Weber, Gothein, Dernburg usw., ein genügender Beweis ist.

Auch beim Zentrum sollte dieser Beweis genügen. Eine Wählerschaft und Parteivorstandschaft, die einen Erzberger nochmals in ein Parlament entsendet nach all den Erfahrungen der Kriegsjahre und Revolutionsmonate, ist schon dadurch allein



gerichtet. Der unheilvolle Einfluß Trimborns in Belgien ist weniger bekannt geworden; aber der politische Haltungswechsel, der in den Reden eines Fehrenbach oder Groeber mit den Vorbereitungen zur Papstnote eintrat, hätte immerhin reiferen Wählern zu denken geben können. Aber Groeber kann es ja auch unter lebhaftem Beifall der christlichen Volkspartei wagen, am 18. Februar 1919 in der Nationalversammlung zu erklären: „Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so riesigem Fleiß für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre.“ Durch die Unterstützung, die Herr Groeber aus der Schutztruppe Alljudaans durch Herrn Haußmann erhielt, wird die Sache für das Zentrum nicht besser. Herr Haußmann hielt es bereits am 25. Januar für nötig, dem Kollegen von der Reichstagsmehrheit, Erzberger, zu Hilfe zu kommen und ihm in der Stuttgarter Landesversammlung den Dank auszusprechen „für die eiserne Zähigkeit, mit der er die Reichsinteressen vertreten habe“. Herr Haußmann und seine Partei können sich auch rühmen, am 27. März 1919 Herrn Scheidemann vor dem Sturz gerettet zu haben, als er von dem früheren hessischen Ministerpräsidenten Becker anläßlich seiner Angriffe gegen Ludendorff völlig in die Pfanne gehauen worden war, und aus seiner eigenen Partei sich keine Hand für ihn rührte, um ihm aus der vernichtenden Niederlage herauszuhelfen. So spinnen sich die Fäden zwischen den drei reichsfeindlichen Parteien hin und her.

In den dem Vatikan nahestehenden Kreisen Österreichs herrscht bekanntlich der stärkste Widerstand gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland. Fehrenbach erklärte (nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung 200, 26. VI. 19) auf der Tagung des katholischen Bürgervereins in Freiburg am 25. April 1919 „den jetzigen Zeitpunkt für nicht geeignet, eine Werbetätigkeit in Wien bezüglich des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland einzuleiten“. Das Eingeständnis Fehrenbachs (Rede in Heidelberg am 10. Februar 1919), in der entscheidenden Sitzung im Reichskanzlerpalais am 10. November 1918 zu denen gehört zu haben, die nicht den Mut fanden, den Waffenstillstandsbedingungen ein Nein entgegenzusetzen, hätten ihn in einem reifen Staate aus dem Reichstage ausgeschaltet. Aber das Zentrum wählt ihn nicht nur wieder, sondern die Nationalversammlung ernennt ihn sogar zu ihrem Präsidenten. „Man“ wählt ja auch nicht Zentrum aus irgendeiner politischen Überzeugung, sondern man wählt Zentrum, wenn „man“ gut katholisch ist, und einen Reichstagspräsidenten, wenn auf seine Partei und innerhalb der Partei auf ihn der Turnus fällt.

Auf ungefähr der gleichen Stufe der politischen Reife stand jene stattliche Reihe von Protestanten, die diesmal Zentrum wählten, weil Zentrum eine christliche Partei ist! Dasselbe Zentrum, welches zur Verbreitung des „Christentums“ in der Kriegsnotlage es für unbedingt nötig hält, im Jubiläumsjahr Luthers den zum Kampf gegen den Protestantismus gegründeten Jesuitenorden ins Land zu rufen. Ein Professor der evangel. Theologie, Dunkmann, bringt es ein Jahr nach diesem Versöhnlichkeitsbeweis fertig, zur Begründung seiner Zentrumsfreundschaft den Satz auszusprechen: „Wozu noch den Unterschied, geschweige denn Gegensatz, zwischen katholischer und evangelischer Religiosität hervorheben, wenn beide Kirchen für die ihnen ergebenen Volksteile gemeinsamen und schwersten Aufgaben entgegengehen?“, was der Zentrumsführer und Hertlingskämpe Geheimrat Dr. Faßbender (Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 21, 15. 1. 1919) mit großer Genugtuung verzeichnet. Der evangelische Universitätsprofessor steht also auf jener Stufe politischer

Reife, auf der man zwischen katholischer Religiosität und ultramontaner Politik noch nicht unterscheiden gelernt hat. Man sollte ihn einige Jahre nach Italien, Frankreich oder Irland schicken, wo es überall sehr fromme Katholiken und nirgends ein Zentrum gibt; kein Italiener, Franzose oder Ire ließe sich bei der Wahl zwischen völkischen und vatikanischen Belangen von den vatikanischen leiten; dazu geben sich nur vom Zentrum irregeleitete deutsche Katholiken her. Derselbe Theologe unterzeichnet zusammen mit dem Pfarrer an der Lutherkirche in Berlin, J. Haecker, einen Zentrumswahlaufruf für evangelische Christen, in dem behauptet wird: „Am verhängnisvollsten aber wird unsere (der Protestanten) Lage, wenn bestimmte Parteien mit einseitigen, reaktionären, alldeutschen, feudalen Bestrebungen unsere evangelische Kirche mit Beschlag belegen." Danach scheint die Religiosität und Zentrumsfreundschaft Dunkmanns von ähnlichen Gefühlen mitbeeinflußt zu sein wie das Hohöhmentum erster Ordnung seines Kieler Kollegen Baumgarten, des bekannten Alldeutschenfressers![1]) Man mag über den Wert der Konfessionen denken, wie man will; jedenfalls ist von den beiden Konfessionen protestantisch und katholisch die erste die „deutschere", die zweite die internationalere. Jede deutsche Bewegung findet daher stärkeren Rückhalt bei dem Protestantismus und nähert den deutsch empfindenden Katholiken den Protestanten. Ein gut alldeutscher Katholik steht auch in seiner Religiosität jedem deutschen Protestanten näher als ein politisch rein römisch-ultramontan denkender Katholik. Damit ist die tiefe Abneigung des Ultramontanismus — nicht des Katholizismus — gegen die Alldeutschen begründet; der Ultramontanismus kann keine Überbrückung der konfessionellen Gegensätze durch das völkische Gemeinschaftsgefühl brauchen; er geht stets auf die Unterwerfung der anderen Konfessionen aus. Im Besitz seiner schärfsten Kampftruppe gegen den Protestantismus fühlt er sich jetzt stark genug, um sich im Bedarfsfall mit dem Protestantismus, dessen politische Macht er in dem protestantischen deutschen Kaiser- und preußischen Königstum gemeinsam mit den beiden Parteien Alljudaans hat zertrümmern helfen, zu verbünden gegen die augenblicklich größere Gefahr, eben jene durch seine Hilfe auch ihm zu mächtig gewordenen beiden Parteien Alljudaans.

Der Aufruf — und deshalb verdient er die Würdigung — war nicht nur eine Liebhaberleistung einiger politischer Dilettanten, sondern hatte glänzenden Erfolg: in dem protestantischen reifen Berlin wurde zum ersten Male ein Zentrumsabgeordneter gewählt.

Nun haben sich natürlich in Berlin so wenig wie in München, wo ebenfalls sehr viele gute Protestanten Zentrum wählten, alle Wähler von der Logik der Herren Dunkmann und Häcker zu ihrer Wahl bestimmen lassen; aber die Gründe, die diese anderen bewegten, zeugen ebensowenig von politischer Reife wie die eben genannten; es handelte sich im wesentlichen wieder um die Theorie vom Teufel und vom Beelzebub. Wie die bürgerlichen Wähler der Mehrheitssozialisten den Bolschewismus, betrachtete man hier die Sozialdemokratie als die schlimmste Gefahr; um sie zu bannen, unterstützte man den Feind, den man seiner Zahlengröße nach für den stärksten Gegner derselben hält, und fragt nicht weiter, ob man sich damit nicht ins eigene Fleisch schneidet. Die Überlegung hätte dann einen Sinn, wenn es keine andere Wahl gegeben hätte. Wenn tatsächlich keine anderen Parteien Bewerber aufgestellt hätten, als die Unabhängigen, die Mehrheitssozialisten, die Demokraten und das Zentrum, wäre den nationalen Deutschen nichts anderes übriggeblieben als einer der internationalen

[1]) Ende Juni 1919 sind nach der Unterzeichnung des Friedens die Herren Dunkmann und Haecker aus der Zentrumspartei ausgetreten.

Parteien Gefolgschaft zu leisten. Das war aber nicht der Fall; in München gab es die Nationalliberalen, in Berlin Nationalliberale und Konservative. Durch die Verstärkung der ohnehin stärksten Gruppe des Zentrums erreicht man in all den Fragen, wegen der die nicht ultramontanen Wähler Zentrum wählten, nichts, weil sich hier die Macht nicht wie in einem Heer in seiner geschlossenen Masse und dem einheitlichen Oberbefehl äußern kann, sondern immer nur in der Abstimmung; ob aber für ein nationales Gesetz, z. B. eine Wehrvorlage, 65 Zentrumsstimmen oder 60 Zentrumsstimmen und 5 nationalliberale oder 54 Zentrumsstimmen, 7 konservative und 4 nationalliberale abgegeben werden, ist für die erstrebte Wirkung ganz einerlei. Nicht einerlei aber ist es, ob später für ein anationales Gesetz, sagen wir z. B. über die polnische Frage, statt 54 Zentrumsstimmen durch die protestantische und nationale Hilfe 65 abgegeben werden können, denn selbstverständlich werden sich in Fragen, die gegen das Deutschtum gehen, Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie sehr bald wieder brüderlich zusammengefunden haben. Die bayerische Zentrumspresse, die sich anfangs antisemitisch gebärdete, entdeckte mitten im Wahlkampf das sie und die frommen Juden verbindende Band der „Religiosität", und war plötzlich nicht mehr antisemitisch. Nicht einerlei ist es auch, ob für seine besonderen ultramontanen Zwecke, z. B. die Überziehung des ganzen Landes mit Jesuiten- und anderen Klöstern und die allmähliche völlige Jesuitierung der katholischen Geistlichkeit und der katholischen Schulen, das Zentrum mit der Sozialdemokratie durch die protestantische Hilfe jederzeit eine Mehrheit bilden kann oder nicht. Über geistige Führer, deren Bedeutung wegen man etwa ihre Parteiangehörigkeit hätte vergessen können, verfügen weder Zentrum noch Freisinn.

Von Unreife zeugt auch ein weiterer Grund, der nicht wenig bürgerliche Wähler in die Arme des Zentrums und des Freisinns getrieben hat, die Verärgerung über die schlechte Führung der nationalliberalen und der konservativen Partei. Die Verärgerung ist berechtigt gewesen; aber ein reifer Mensch wählt nicht aus Ärger über ein kleineres Übel das größere.

Ein überall wiederkehrender Beweis für die Unreife selbst unserer gebildeten Schichten war auch der Grund, welcher in der ehemals nationalliberalen Stadt München in erster Linie den außerordentlichen Rückgang der nationalliberalen Stimmen verursachte. Dort waren nämlich unter dem Einfluß des verbreitetsten Blattes, der alljüdischen Münchner Neuesten Nachrichten, die anderen bürgerlichen Zeitungen, die München-Augsburger Abendzeitung und die Münchener Zeitung, ins Lager der Demokraten übergegangen. Die Nationalliberalen hatten infolgedessen in der letzten Wahl kein Blatt, das für sie die Werbetrommel rührte. Diese Tatsache genügte, um in der „reifen" Leserschaft der bis dahin nationalliberal geführten Blätter die jahrzehntelang vorhergehende nationalliberale Arbeit einfach verschwinden zu lassen; die kurzen Bemerkungen über die nationalliberalen Listen wurden überlesen. Die Plakatsäulen schaute sich der Wähler überhaupt nicht an, und so konnte man nach der Wahl Ministerialräte, hohe Offiziere und Gebildete jeder Art in großer Zahl treffen, die von dem Vorhandensein nationalliberaler Wahllisten überhaupt nichts gewußt hatten. Und das in einer Zeit, wo auch den politisch unreifsten Beamten doch ein Licht über die Wichtigkeit der Wahlen hätte aufgegangen sein können.

Der Einfluß der Münchner Neuesten Nachrichten, die in Hirths jüngeren Jahren ein gut nationales Blatt waren, war schon vorher ein bezeichnendes Beispiel für die politische Reife des deutschen Volkes auch insofern, als er zeigt, wie unselbständig der deutsche Leser ist, und wie ausschlaggebend für seine politische Gesinnung das



Blatt ist, das er sich hält, geschehe es auch nur der Todes- oder Geschäftsanzeigen wegen. Die nationalliberale Stadt München wurde freisinnig, weil ihr gelesenstes Blatt unter den Einfluß des Alljudentums geriet; wäre die Geschäftsleitung des Blattes in nationalliberalen Händen geblieben, so wäre auch die Stadt nationalliberal geblieben.

Die Unreife des deutschen Volkes verrät sich aber keineswegs nur in der Verkennung der Gefahren, die das Judentum in seiner Wirksamkeit an den Stellen bedeutet, an denen es unmittelbar gegen die Belange des deutschen Volkes arbeitet, sondern auch in der Verkennung der ebenso schädlichen mittelbaren Wirkung, die es durch seine Lähmung der nationalen Spannkraft überall da ausübt, wo es sich an neutralen oder sogar nationalen Unternehmungen beteiligt. Diese lähmende Wirkung läßt sich im Auslande wie im Inlande verfolgen. Der Grad der Zurückhaltung der neutralen germanischen Länder, deren natürliches Volksgefühl sie an unsere Seite hätte führen müssen, lief gleich mit dem Einfluß des Judentums in jenen Ländern. Die feindlichste Stellung nahm das holländische Volk an. In Holland ist nicht nur der Einfluß des Judentums ein großer, sondern das Volk selbst ist wohl das am stärksten mit jüdischem Blut durchtränkte unter den germanischen Stämmen; man betrachte sich einmal die Kindergesichtsformen in den Hafenvierteln Amsterdams. In Schweden gab es zu Beginn des Krieges beinahe so etwas wie eine alldeutsche Bewegung. In Schweden liegen die Presse- und Parteiverhältnisse ganz ähnlich wie bei uns; das Alldeutschtum konnte gegen das Alljudentum nicht aufkommen und war bald unter eifriger Mitwirkung der Sendlinge des deutschen Alljudentums (Warburg, Scheidemann!) unterdrückt. Verhältnismäßig am freiesten vom alljüdischen Einfluß ist noch das Volk der Schweizer, wenn er auch dort stark im Wachsen ist. Demgemäß stellte sich der Schweizer verhältnismäßig noch am freundlichsten zu uns.

Innerhalb des Reiches ist die Freimaurerei ein gutes Beispiel für die mittelbare Einwirkung des Judentums auf die harmlosen reifen Deutschen. Die jüdisch geführte Freimaurerei des Auslandes stand bekanntlich an der Spitze aller Deutschenhetzer. Innerhalb des Reiches werden viele Maurer, namentlich die der niederen Grade, vielleicht niemals ein deutschfeindliches Wort in der Loge gehört haben, sondern sogar des Glaubens leben, durch ihre mannigfache Wohltätigkeit ein Segen für die Nation zu sein. Aber hier sind die Lehren der weltumfassenden Menschenliebe das Mittel, von der besonderen Liebe zum deutschen Menschen unmerkbar abzulenken; die Freimaurerlogen und ihre Angehörigen bilden überall in Deutschland Punkte starken stillen Widerstandes gegen alle Bestrebungen, die man bei uns als „entschieden" national zu bezeichnen pflegt.

Parteienreife der Rechten.

Offenkundiger als in den Logen tritt die lähmende Wirkung des beteiligten Judentums in den nationalen deutschen Parteien, bei den Nationalliberalen und den Konservativen zutage; auch das — in diesem Fall wohl mehr unbewußte — Zusammenspiel des Judentums auf Seite und Gegenseite wird hier wieder deutlich. Wo die Juden selbst die offene Führung haben wie in der Sozialdemokratie und im Freisinn, stärken sie die Opposition gegen alles Nationale; wo sie in nationalen Parteien nur einen mittelbaren Einfluß ausüben können, lähmen sie die Opposition gegen alles Unnationale.

Sozialdemokratie und Freisinn waren immer die einzigen Parteien, die der Regierung entschlossen Opposition gemacht haben; das Zentrum tat das zwar

auch, zog aber immer den Kuhhandel hinter der Bühne vor. Das Volk ist gewohnt, wenn es seine Unzufriedenheit irgendwo an die Öffentlichkeit bringen will, dies durch den Mund der Sozialdemokratie zu tun, denn die anderen Parteien, vielleicht mit einziger Ausnahme der kleinen deutschvölkischen, öffnen ihn nie.

Sie haben vor dem Kriege niemals den Mut zu einer starken Opposition gegen die kaiserlich-bethmännische Politik gefunden; sie finden auch jetzt nicht den Mut zu einer starken Opposition gegen Erzberger, Gothein, Scheidemann und Ebert. Die Mehrheitsparteien haben ihre Macht erlangt, weil sie stets ihr sachliches Ideal vor das Parteiinteresse stellten und ihre Parteimacht erst auf die Macht ihrer sachlichen Ideale aufbauten. Beim Zentrum ging immer das politische Machtideal der katholischen Kirche, beim Freisinn das politische Machtideal des jüdischen Großkapitals, bei den Sozialdemokraten das politische Machtideal der Herrschaft der Arbeiter den eigentlichen allgemeinen Parteiinteressen voraus; werden diese Grundmächte stark, so ergibt sich die Stärke der Partei von selbst. Nationalliberale und Konservative machten es umgekehrt, ihre Grundmächte sind der deutsche Nationalismus und der Protestantismus, sie aber kümmerten sich um diese immer erst in zweiter und dritter Linie; zuerst kam ihnen stets die Erhaltung der engeren Parteiinteressen und das persönliche Machtstreben, und auf die Erhaltung dieser Parteiinteressen glaubten sie dann die Macht des Nationalismus und des Protestantismus aufbauen zu können. Aber die Kompromisse nach links und rechts, oben und unten, die sie für die Erhaltung der kleinen und persönlichen Parteiinteressen für nötig halten, erfordern viel zu viel Arbeit und Zeit, um noch etwas für Nationalismus und Protestantismus übrig zu lassen, und so ging der Nationalismus im Reich in die Brüche, und nach dem Protestantismus fragt kein Mensch mehr im Reich.

Nur weil die politische Partei des Protestantismus, die konservative, sich ihrer Aufgabe gegenüber dem Protestantismus kaum mehr bewußt war und infolgedessen ihre Pflicht ihm gegenüber völlig vernachlässigte, konnte das protestantische Kaisertum eine so schmähliche Niederlage erleiden. Der deutsche Protestantismus war die Besinnung des Deutschtums aus einem romanisierten Christentum heraus auf sich selbst; der deutsche Persönlichkeitswert wurde dem römischen Äußerlichkeitsdienst gegenübergestellt. Der natürliche Gang der Weiterentwicklung der Reformation wäre eine immer stärkere Germanisierung des Christentums gewesen. Aber wie vor ihr der deutsche Katholizismus der Italienisierung keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochte, unterlag der Protestantismus dem Einfluß des Judentums; die Kirche entwickelte sich nicht im deutschen Sinne weiter, sondern blieb entweder stehen oder verfiel einem verjudeten Liberalismus. Die Konservativen hätten einerseits durch ihre Heeresangehörigen, anderseits durch die hohe Geistlichkeit Wilhelm II. beeinflussen können, aber aus beiden wirkte kein d e u t s c h e s protestantisches Wesen auf ihn ein, sondern stehengebliebene Orthodoxie oder jüdelnder Liberalismus. Wilhelms II. Religionsäußerungen, seine Kirchenbauten, seine Beterei, hatten einen halb katholischen, halb jüdischen Anstrich. Die konservative Partei hat für die Deutscherhaltung und die deutsche Weiterentwicklung des Protestantismus soviel wie nichts getan.

Den Nationalliberalen stand ganz entsprechend der Nationalismus in zweiter Linie; eine sich national nennende Partei, die sich z. B. so auffällig von den nationalen Vereinen, wie etwa dem Alldeutschen Verbande, fernhält wie die nationalliberale, wäre in jedem anderen Volke eine Unmöglichkeit.

Der Nationalliberalismus ist aber weniger noch durch die äußeren jüdischen Einflüsse heruntergekommen als durch die im inneren Parteileben wirkenden. Der mit einer Jüdin verheiratete Bassermann brachte den Wagen auf die abschüssige Bahn, auf der er unter dem Juden Friedberg und dem ebenfalls mit einer Jüdin verheirateten Stresemann rasch weiterglitt. Die Heirat einer Jüdin müßte an sich den Mann nicht auf die jüdische Seite hinüberziehen; wie die Erfahrung aber zeigt, scheint der Bannkreis dieser Frauen fast immer die nationale Widerstandskraft des Mannes zu schwächen; insbesondere scheint sich der Jüdischversippte seine Ratgeber gern aus stark judenfreundlichen Kreisen zu wählen. Das merkt man selbst sehr hohen Generälen an. Aufgabe des Nationalliberalismus wäre es gewesen, einen reinen bürgerlichen Nationalismus zu pflegen, er wäre außenpolitisch und völkisch die gegebene „alldeutsche" Partei gewesen; alldeutsch sein heißt bekanntlich, in allen Fragen der Politik und des Volkstums, wo verschiedene Beweggründe in Betracht gezogen werden können, das völkische und nationale deutsche Belangen den Ausschlag geben zu lassen. Durch diese Auffassung hätte der Nationalliberalismus seine Berechtigung erwiesen gegenüber dem konservativen Nationalismus, der durch seine Wahrung des Herkommens, der dynastischen und agrarischen Belange, immerhin einigermaßen beschränkt und weniger „frei" ist, als es der nationalliberale Nationalismus hätte sein können. Statt dessen schlug der Nationalismus der Nationalliberalen unter dem jüdischen Einfluß die wirtschaftliche Richtung ein und ließ in jeder nationalen Frage die Wirkung auf die augenblickliche Wirtschaftslage und die der nächsten Zukunft ausschlaggebend sein. Dadurch wurde seine Politik die des ewigen Hin- und Herschwankens: „Fraktion Drehscheibe"; einmal griff man Herrn von Bethmann wegen seiner elenden Politik wütend an, wenn er dann an der Verabschiedung war, stützte man ihn wieder, weil ihn die Geschäftsfreunde aus dem weltwirtschaftlichen Lager aus Geschäftsrücksichten nicht fallen lassen wollten.

Im Liberalismus hätte der Nationalliberalismus es ebenfalls leicht gehabt, seine Berechtigung gegenüber dem Freisinn, der tat, als ob er Kultur und Wissenschaft in alleinige Pacht genommen hätte, zu beweisen. Denn der freisinnige Liberalismus war längst zu einem rein jüdischen Liberalismus geworden; Freiheit für jüdische Kunst, jüdische Literatur, jüdische Wissenschaft war das, was er verfocht; er hieß nicht nur Fortschritt, sondern war auch Fortschritt, vom Standpunkt des Judentums aus. Vom Standpunkt des Deutschtums aus war er ein Rückschritt, und Aufgabe eines echten Nationalliberalismus wäre es gewesen, für die Freiheit und den Fortschritt der deutschen Kunst, der deutschen Literatur und der deutschen Wissenschaft einzutreten. Statt dessen kannte der Kulturliberalismus der Herren Bassermann und Stresemann und Friedberg nur eine Angst, die, weniger „liberal" im jüdischen Sinne zu erscheinen als die alljüdische Volkspartei; ein Eintreten für bewußt deutsche Kultur erfolgte in keiner Weise. Aus der gleichen Konkurrenzangst heraus erklärt sich auch sein immer rascheres Abgleiten aus der deutsch-liberal-demokratischen Gedankenwelt, die dem Nationalliberalismus innewohnte, zum Demokratentum jüdischer Färbung. Dadurch wurde der Nationalliberalismus zu dem Glied, das er in dem politischen Weltplan Alljudaans sein sollte: eine Übergangsstufe von rechts zur rein alljüdischen Partei des Freisinns. Die Konservativen, deren kultureller Gesichtskreis weiter wird und an den mannigfachen Rückständigkeiten der Konservativen Anstoß nimmt, die aber ihre nationale Gesinnung aufrechterhalten wollen, gehen über zu den Natio-

nalliberalen. Dort wird ihr Nationalismus im jüdischen Sinne verwässert, und sie werden reif für den Freisinn, wie die unter Friedbergs Führung erfolgte Spaltung in der Revolution sehr offenkundig zeigte. Der Freisinn bereitet dann unter den Gebildeten und Halbgebildeten die Köpfe vor, welche die große Masse der Ungebildeten in das Lager der Sozialdemokratie führen. Innerhalb der Konservativen arbeiten die jüdischen Einflüssen zugänglichen Freikonservativen an der Zermürbung des Nationalismus, und so müssen alle Parteien Alljudaan zum Besten dienen. Gelernt haben die Nationalliberalen auch aus den Kriegserfahrungen nichts; statt sich von dem Judentum freizumachen, stand an erster Stelle ihres Wahlaufrufs Herr Stresemann, an zweiter Frau Bassermann, und bald darauf folgt der Jude Rießer; die wirkliche Führung der Fraktion haben Stresemann, Rießer und Kahl. Am 15. Dezember 1918 hatte sich der Rest der nationalliberalen Partei als neue Deutsche Volkspartei aufgetan; dabei sprach Geheimrat Kahl dem abtrünnigen, scheidenden Dr. Friedberg als „dem bewährten Steuermann der Partei" seinen Dank aus. Kahl war einer der Unterzeichner der berüchtigten Delbrück-Dernburgschen Antiannexionseingabe und ist Mitglied der „Freien Vaterländischen Vereinigung" und des „Kulturbundes", Gründungen, die Dr. Liek (vgl. S. 8) wohl als böhmische zweiter Ordnung bezeichnen würde. Bei der Begründung der nationalliberalen Interpellation über die Waffenstillstandsverhandlungen erteilte der erste Redner, der Antibethmannianer Dr. Voegler, Erzberger ein scharfes Mißtrauensvotum, der zweite Redner, der Bethmannianer Geheimrat Kahl, erteilte dem Konsorten Erzbergers, dem Grafen Brockdorff-Rantzau, ein Vertrauensvotum, erklärte, es habe nicht die Absicht bestanden, Erzberger zu Fall zu bringen, und billigt in der Sache selbst die Entscheidung der Regierung. In der entscheidenden Friedenssitzung der deutschen Nationalversammlung am 22. Juni 1919 erklärte Kahl: „Unserer Friedensdelegation und namentlich dem Grafen Brockdorff spricht die deutsche Volkspartei ihre ganz besondere Anerkennung für ihre ausgezeichnete Arbeit aus". Er vermag sogar noch witzig zu werden und fühlt sich in der Ablehnung einig „mit dem Gutachten des Grafen Rantzau, das ich nicht kenne". Den Feinden hat er nichts entgegenzusetzen als „die sittliche Kraft des Leidens und den passiven Widerstand, an denen sich unsere Feinde die Zähne ausbeißen mögen". Seine Partei erklärte sich grundsätzlich für Nichtunterzeichnung des Friedens und gleichzeitig erteilte sie der Regierung Blankovollmacht zur Unterzeichnung des Friedens. Ihre Reife hätten die nationalliberalen Wähler erweisen müssen, indem sie sich neue Führer ausbedangen, nicht durch verärgertes Weglaufen zu der Demokratie, dem Zentrum und den Konservativen und Beibehalten der alten Drehscheibenmethoden in dem verbliebenen Parteirest.

Der Rückgang der Konservativen hat seine innerste Ursache in einer ähnlichen Erscheinung wie der der Nationalliberalen. Die Nationalliberalen waren nicht mehr deutschnationalliberal und die Konservativen nicht mehr deutschkonservativ; sie bekannten sich nicht mehr zu dem, was ihre Stärke war, sondern suchten sich Stimmen zu erhalten durch Kompromisse und Nachgiebigkeiten. Das Zentrum wirft den Konservativen das Protestantische vor, der Freisinn das Agrarische und Antisemitische, die Sozialdemokratie die Königstreue, alle Parteien das Junkertum und die höfischen Intrigen. Die Konservativen hätten offener die Fahne des Protestantismus entrollen sollen, statt einiger Katholiken wegen den Protestantismus ganz zu vernachlässigen. Sie hätten sich noch viel stärker als die Partei der Bodenständigkeit gebärden müssen, als sie es getan haben, sie hätten die antisemitische Be-

wegung mit allen Kräften unterstützen müssen, in welcher Form immer sie sich auftat, statt sich sorgfältig zurückzuhalten; sie hätten sich ihrer Pflichten als Junker des Königs in ganz anderem Maße entsinnen müssen, als sie es getan haben, und hätten von keiner höfischen Intrige und offenen Adelsrebellion gegen den König, vor keiner Ausnutzung ihrer Hof-, Beamten und Offiziersstellen zurückschrecken dürfen, wenn sie ihrem König die echte Treue wahren wollten, die den König und das Königtum auch vor dem König selbst schützt, wenn derselbe unheilvollen Einflüssen unterliegt. Getan haben sie wenig, sondern erklärt, sie „kämen nicht mehr heran an den Thron"; sie haben ihre Machtmittel unbenutzt gelassen und auf ihren Schlössern und Ämtern gegrollt. Man denke z. B. an das Walten der stellvertretenden Generalkommandos im Lande. Sie waren fast durchweg mit Herren aus konservativen und hochkonservativen Kreisen besetzt. Kriegsrechtlich waren sie lediglich dem Kriegsministerium und der Obersten Heeresleitung unterstellt; Reichskanzler und Auswärtiges Amt hatten ihnen nichts zu sagen. Sie waren die Herren im Lande; in ihrer Macht wäre es bei richtigem Gebrauch derselben von Anfang an gelegen, das Reich vor dem Zusammenbruch und die Fürsten vor dem Sturz zu bewahren. In Wirklichkeit verhielten sie sich politisch wie untergeordnete Polizeibehörden des Berliner Auswärtigen Amtes und richteten sich nach den Winken des Herrn von Bethmann Hollweg wie gut gezogene Unteroffiziere nach den Befehlen ihres Obersten. Das Reich Alljudaan hätte keine besseren Vollzugsorgane seiner Politik an diese Stellen setzen können. Die wenigen Ausnahmen, die noch etwas vom selbständigen deutschen Edelmann im deutschen Offizier in sich verspürten, waren bis zum Schluß des Krieges alle verdrängt; sie konnten verdrängt werden, weil sie eben nur Ausnahmen waren.

Unter die Konservativen drang das Judentum auf zweierlei Wegen ein. Zunächst über die großen Vermögen; die jüdischen Bankiers wurden nicht nur Berater in Finanzfragen, sondern auf dem Umwege über wirtschaftliche Ratschläge auch Berater in politischen Fragen. Ferner fehlt den Konservativen, namentlich dem Ostelbiertum, vielfach der Nachwuchs an Intelligenz. Das Ostelbiertum verbindet aber mit intellektuellem Berufe gern den Begriff des bezahlten Hauslehrers, des besseren Dienstboten; die einen bedienen ihn mit der Hand und putzen ihm die Stiefel, und die anderen bedienen ihn mit dem Hirn und schreiben allerlei Nützliches und Ergötzliches für ihn zusammen. Mit dieser Vorstellung findet es aber keinen Anklang bei der guten deutschen Intelligenz; dagegen stellen sich ihm jüdische Kräfte zur Verfügung. Es war recht bemerkenswert, welche Verbreitung z. B. das pseudokonservative Schmitzsche Buch über den Juden Disraeli und die unter der Mitwirkung von Schmitz herausgegebene freikonservative Wochenschrift des später von den Konservativen abgeschüttelten Juden Grabowski: „Das neue Deutschland" in den Kreisen der preußischen Konservativen fand. Die Abtrennung der Freikonservativen, welche Männer wie Hans Delbrück und andere Stützen des Alljudentums zu den ihren zählen, dürfte bereits mit jüdischen Einflüssen zusammenhängen. Das immer stärkere Hinübergleiten der alten ritterlichen Treu- und Loyalitätsbegriffe der Konservativen in einen mehr kammerdienerhaften Begriff, der Opposition gegen den König schlechtweg ausschließt, kann auch auf diese Einflüsse zurückgeführt werden. Aus diesem falschen Loyalitätsbegriff heraus haben die Konservativen auf die rechtzeitige Opposition gegen die Bethmannsche Regierung, die spätestens im Frühjahr 1915 hätte einsetzen müssen, verzichtet und so auf ihre Art ungewollt zum Verrat am König beigetragen. Sie haben diese Art „Regierungs"treue auch auf die

Deutschnationalen — s. u. — vererbt, die zwar der republikanischen Regierung feierlichst — allerdings auch reichlich spät — „schärfste Opposition“ ansagten, aber selbst nach der Unterzeichnung des Schmachfriedens durch diese Regierung von einer gewissen Loyalität ihr gegenüber nicht loskommen können. So geben sie sich z. B. aufrichtig Mühe, aus dem republikanischen Verfassungsentwurf alle großen Dummheiten, die für die Republik mörderisch wirken könnten, auszumerzen. Sie haben den Parlamentarismus und die Aufgaben einer parlamentarischen Opposition noch immer nicht begriffen, bringen es nicht übers Herz, eine Regierung, und wenn es auch eine Regierung Erzberger ist, als Feind, als den Feind zu betrachten, weil es eben eine Regierung ist, und verraten so aufs neue ungewollt ihren König; denn sie erschweren ihm selbstverständlich mit diesem Loyalitätshandlungen gegen die Republik die Rückkehr; ihre Loyalitätsworte für die Monarchie sind dafür kein Ausgleich.

In der Revolution haben sich die Deutschkonservativen, Freikonservativen, die Reichspartei, die Christlich- und die Deutschsozialen zu der „Deutschnationalen Volkspartei“ zusammengeschlossen. Den Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei haben zu einem großen Teil Männer unterzeichnet, die während des Krieges zum Teil ein eigentümliches Schwanken zwischen Bethmann und nationalem Deutschtum zeigten, zum Teil ausgesprochene Verteidiger des B-Systems waren. Wir finden darunter den Staatsminister v. Delbrück bethmannischen Angedenkens, den Abgeordneten v. Kardorff u. a. Von Kardorff hat anfangs November 1918 in Lissa (Nordd. Allg. Ztg. 570, 7. Nov. 1918) einen Vortrag gehalten. Er erklärte dort, „er sei im Gegensatz zu weiten Kreisen der Ostmark um die deutsche Ostmark nahezu unbesorgt“. Warum? Weil die Polen, „die ohne alle Frage guten Eigenschaften, haben“, ihren Wohlstand nicht der eigenen Arbeit, sondern dem preußischen Staate verdanken. In ähnlichem politischen Tiefsinn geht die ganze Rede weiter. Die so heftig von manchen Leuten geforderte verfrühte Aufstellung der Kriegsziele verdammt er in Grund und Boden, weil sie eine tiefe Spaltung in das Volk hineingetragen habe. In den Unterseebootkrieg sei Deutschland „mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit hineingetrieben worden“. Ferner bemängelt er die innere Politik. „Die unendliche Treue der sozialdemokratischen Arbeiter zum Vaterland bei Beginn des Krieges sei eine Tatsache. Daraus hätten innerpolitisch die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden müssen.“ „Es ist nicht wahr und eine Entstellung der Tatsachen, wenn man es so hinstellt, als ob eine machthungrige Demokratie die Not des Vaterlandes benutzt hätte, um die Macht in ihre Hände zu bringen.“ „Man sagt heute soviel und sooft, das deutsche Volk müsse für seine Ehre kämpfen. Mag man mich steinigen, ich halte das nicht für richtig“ usw.

Reifer geworden sind auch die Konservativen an ihren Erfahrungen nicht; die Aufstellung ihrer Kandidaten zeugt im großen und ganzen von nichts weiter als einem weitgehenden Willen zu Kompromissen nach der alljüdisch-demokratischen Seite und zu den Bethmännern hin; die Wahl des scharf nationalen Traub war nicht eine Verbeugung vor dem nationalen Kämpfer, sondern vor dem ehemals linksfreisinnigen Parteimann. Dabei ist die Rechnung schon in der Gegenwart falsch; die Partei hat nicht deshalb eine immerhin noch zahlreiche Stimmenzahl auf sich vereinigt, weil sie Zugeständnisse nach links durchblicken ließ, sondern weil die Wähler durch die deutschnationale Wahl ihrer Opposition gegen den Umsturz und ihrem Eintritt für die alte Ordnung Ausdruck geben wollten. Die Zahl der Stimmen wäre höch-

stens gewachsen, wenn die Konservativen ihre Rechtsstellung nun erst recht betont hätten. Für die Zukunft wird sich die verstärkte Fortsetzung des Fehlers, dem sie ihren Rückgang verdanken, der Unentschiedenheit und der Neigung zum „taktischen" Paktieren, rächen; schon tischt der schon erwähnte Jude Grabowsky in seinem Blatt „Das neue Deutschland" „Leitsätze zur künftigen Außenpolitik" auf, die ein völliges Einschwenken in die auswärtige Politik des B-Systems bedeuten würden. In der gleichen Nummer spricht sich ein Dr. Joachim von Bülow anerkennend über das Programm der Deutschnationalen Volkspartei aus, das nur zu spät gekommen sei. „Wäre das Programm früher, noch vor einem Jahr erschienen, es hätte Wunder wirken können." „An dem Umsturz waren zum großen Teil die konservativen Parteien schuld, vor allem die Konservativen Preußens mit ihrem starren Festhalten am Dreiklassenwahlrecht, mit ihrer gegen jede konservative Überlieferung sprechenden Unterstützung des kapitalistischen Alldeutschtums, mit der Förderung jener Großmannssucht, die in der Vaterlandspartei nicht weniger unsympathisch zum Ausdruck kam als jetzt in den Arbeiter- und Soldatenräten." Es lohnt sich nicht, auf die Summe von politischer Unkenntnis und Verdrehung näher einzugehen, die in den paar Sätzen liegt; aber das Ganze ist bemerkenswert als Anzeichen für die Richtung, in die Alljudaan die konservative Partei zu drängen sucht, und der Beifall, den das Programm der Deutschnationalen Volkspartei hier in diesem fast ausschließlich von konservativen Lesern gehaltenen Blatt findet, ist eine Warnung.

Der Führer der Deutschnationalen, Graf Posadowsky, hielt am Schicksalstag des deutschen Volkes, am 22. Juni 1919, eine Parlamentsrede nach dem Friedensschema F, als ob es sich um irgendeine Sozialgesetzgebungsvorlage handle: Auszug aus den letzten 20 Zeitungsaufsätzen der rechten Presse, soweit sich dieselben mit der Kritik an den Friedensbedingungen beschäftigten. In der ganzen Nationalversammlung war keiner mit Eisen im Blut, Eisen auf der Zunge! Klirrende Fehde und schneidender Hohn den Feinden; ich bin ein Deutscher; Ihr werdet's erleben; den Deutschen; der Ton hätte erklingen müssen!

Recht lehrreichen Aufschluß über die Reife des deutschen Volkes gaben die überraschenden Erfolge der Konservativen in Städten wie Berlin, Bremen, Hamburg, in denen der brave Bürger seines Lebens nicht mehr sicher war, wenn er auf die Straße ging, und sein Hab und Gut ständig der Gefahr der Beschlagnahme durch spartakistische Banden ausgesetzt war. Offenbar hatte nur diese Tatsache die Wirkung, die Gebildeten — denn die Arbeiter und Kleinbürger wählten auch dort nicht deutschnational — der deutschnationalen Sache zu gewinnen; oder mit anderen Worten, erst wenn dem Deutschen die Peitsche der Not förmlich körperlich um die Ohren klatscht, besinnt er sich auf seinen Nationalismus. Es gab ja manchen guten Deutschen, der schon während des Krieges aus diesem Grunde wünschte, die Feinde kämen vorübergehend ins Land und lehrten den Deutschen Weltpolitik und Nationalismus. In Straßburg entfalten bereits die Arbeiter bei ihren Umzügen schwarz-weiß-rote Fahnen, und die besten Deutschen sind zur Zeit die Ostpreußen, die russische und polnische Segnungen am Leibe verspürten. Die Wahlen in den von den Spartakisten beherrschten Städten waren auch insofern lehrreich, als sie offenbarten, wie wenig Leute genügen, um die reife deutsche Bürgerschaft ins Bockshorn zu jagen. In Bremen standen 11000 unabhängige gegen 71000 andere, in Düsseldorf 36000 gegen 125000 und in Hamburg gar 14000 gegen 430000 andere Stimmen.

Parteienzukunft.

So mag man die Sonde anlegen, wo man will: das Endergebnis ist immer das gleiche. Das deutsche Volk soll sich angeblich von der konstitutionellen Monarchie losgesagt haben, weil es reif war für eine demokratische Regierungsform; wie die wenigen Monate nach dem Regierungswechsel zeigen, war das Volk noch nicht einmal reif für eine konstitutionelle Monarchie, und seine Lossage war nicht ein Zeichen der Reife, sondern ein Zeichen der Unreife.

Eine Dauer dieser „Volks"herrschaft wäre das größte Unglück für Deutschland. Das deutsche Volk ist, wie Geheimrat v. Below im Februarheft 1919 von „Deutschlands Erneuerung" sehr richtig hervorhebt, unter einer demokratischen Regierung allen anderen demokratischen Staaten gegenüber außerordentlich benachteiligt, weil ihm der Ausgleich des völkischen Empfindens und der nationalen Erziehung fehlt, durch den für die anderen Völker die Demokratie noch halbwegs erträglich wird. Wie schon gesagt, ist Demokratie als Herrschaft der Massen oder auch nur als Ausdruck des Willens der Massen, des „Volkswillens", in allen Ländern ein Schwindel, nicht nur in Deutschland. In allen Nationen ist es ungefähr ein Prozent der Bevölkerung, innerhalb dessen sich die Kämpfe um die Herrschaft abspielen; beherrscht wird das Volk überall nur von einem Bruchteil dieses einen Prozents, und der Streit spielt sich letzten Endes überall immer darum ab, ob eine durch gutes Blut, Zucht, Pflichtbewußtsein und hervorragende Tüchtigkeit zum Herrschen befähigte Schicht führen soll, oder eine meistens durch unedleres Blut gekennzeichnete Schicht, welche vermittelst der Macht des Geldes oder der leichten Beeinflußbarkeit der Massen durch tönende Redensarten und verlockende Versprechungen ebenfalls eine Herrschaft aufrechtzuerhalten imstande ist. In allen anderen Staaten außer Deutschland sind der Schädlichkeit des Wirkens der letzteren Schicht gewisse Schranken gesetzt durch das völkisch-nationale Empfinden der Massen. Die Volksmassen an sich sind in der ganzen Welt gleich unreif; der Franzose läßt sich von seiner alljüdischen Presse genau so an der Nase herumführen wie der Deutsche, und die Unreife des amerikanischen Volkes, das sich von einer Handvoll Leute durch die verrücktesten Lügereien in eine wahrhaft blödsinnige Kriegsbegeisterung gegen Deutschland hineinhetzen ließ, kann kaum noch überboten werden. Aber die Verführung findet hier doch überall ihre Grenzen in einem gesunden völkischen Instinkt; man könnte in den Franzosen und Amerikanern das nationale Ehrgefühl bis zur Tollheit aufstacheln, aber man könnte es bei ihnen niemals in den bleiernen Schlaf wiegen, in den es bei den deutschen Volksmassen gesunken ist, auch nicht mit den schönsten Redensarten von Menschlichkeit und Weltgewissen. Man könnte Franzosen und Amerikaner zu der Überzeugung bringen, es sei für sie unbedingt notwendig, ganz Europa zu unterjochen, aber keine alljüdische Presse würde sie jemals dazu zu bewegen vermögen, auf erobertes, ehemals, wenn auch vor Jahrhunderten, französisches oder amerikanisches Land zu verzichten, damit in der Brust der Feinde kein „Stachel" zurückbleibt. An der Spitze der völkischen Instinktüberlegenheit stehen die Engländer und die Juden; kein Engländer und kein Jude wird in seiner Presse jemals etwas schreiben oder in seinen Handlungen jemals etwas vornehmen, was seinem Volkstum als solchem schaden könnte, und instinktiv wird er alles unterstützen, was seinem Volkstum nützt und dem der Feinde seines Volkstums Eintracht tut. Weite Kreise des deutschen Volkes sind in dieser Beziehung geradezu pervers veranlagt; sie suchen mit beinahe fanatischem Eifer, was ihrem Volkstum schadet und dem Volkstum

ihrer Feinde nützt. Die während des Krieges und nach dem Kriege aus dem Volk selbst herausgeborenen Handlungen trugen, wie dargelegt, fast alle selbstmörderischen Charakter, und selbst dabei ließ sich das reife Volk die Hand von Ausländern führen, die ihm als feindlich bekannt waren, oder wenigstens als feindlich leicht zu erkennen waren. Es ist überhaupt kennzeichnend: die drei deutschen Parteien, die eine zwar verderbliche, aber wenigstens folgerichtige Politik zu führen wußten, sind die unter undeutschem Einfluß und — teilweise unbewußter — Leitung stehenden zwei alljüdischen Parteien und die vatikanische Partei. Ob das nationale Naturgefühl dem Deutschen infolge seines Schicksals und seiner häufigen Beeinflussung durch undeutsches Wesen nur verloren gegangen ist oder ob es von vornherein, was ziemlich unwahrscheinlich ist, in geringerem Maße vorhanden ist, ist gleichgültig; jedenfalls ist der Mangel Tatsache. Deshalb bedeutet für Deutschland eine demokratische Herrschaft nicht nur wie für die anderen Staaten ein Steckenbleiben in Mittelmäßigkeit, sondern den sicheren Rück- und Untergang.

Es sind zurzeit keinerlei Aussichten auf ein Reiferwerden und auf eine Besserung der politischen Verhältnisse vorhanden. Solche Aussichten werden sich, wie schon einmal erwähnt, eröffnen, wenn sich das deutsche Volk die Männer als Führer wählt, die es jetzt in seiner überwältigenden Mehrheit als zu „scharf" verwirft. Bis dahin wird das Elend weitergehen; vor dem bolschewistischen Untergang werden es Kompromisse aller Art bewahren, aber ebenso vor einem nationalen Aufstieg. Den Weg, der jetzt vielfach vorgeschlagen wird, eine Einigung der bestehenden nationalen Parteien zu einer Nationalpartei, hat die Wahlerfahrung als ungangbar erwiesen; ein Volk, das sich für diese durch die Lage gebotene Einigung vor den Wahlen nicht reif genug erwiesen hat, bringt sie nach den Wahlen nicht mehr zustande; nun müssen erst die neuen Parteien wieder abgewirtschaftet haben, nicht nur die internationalen, sondern auch die nationalen. Eine Rettung kann jetzt nur kommen, wenn ein „Scharfer" das Glück hat, zunächst eine kleine entschlossene Gemeinde brauchbarer Mitarbeiter um sich zu sammeln, und dann das Geschick hat, aus dieser Gemeinde den Sauerteig zu machen, der das Volk national durchsetzt und eines Tages die nationale deutsche Partei aus sich gebärt. Wann das geschieht, ist eine Sache des Zufalls und kann eine Frage weniger Jahre, aber vielleicht auch eine Frage von Jahrzehnten sein. In einer Gegenwart wie der unsrigen, in der mit Hilfe der Kompromisse auch das offenkundigste Elend sich unendlich lang fortschleppen läßt, bringt die „Not der Zeit" nicht, wie man sich so gerne tröstet, die Männer hervor, deren die Zeit bedarf, sondern erschwert nur solchen Männern das Durchdringen; wenn nicht, wie gesagt, der Zufall dem Manne und dem Volke zu Hilfe kommen, können noch Hunderte von Bismarcks sterben, ehe einer wieder Kanzler des Reiches wird. Auf der normalen politischen Laufbahn würde heute ein junger Bismarck von den nationalen Parteien genau ebenso abgelehnt werden wie von den internationalen.

Während sonst Deutschland sich immer in der Lage befand, für alle möglichen guten Dinge über ein Offizierskorps, nicht aber über ein Heer zu verfügen, ist die Lage heute sonderbarerweise umgekehrt. Ein völkisches, wenn auch kleines Heer wäre da; aber es fehlt das Offizierskorps. Ein völkisch willensstarker Führer findet heute keine zehn Generalstäbler, wie er sie brauchte, ja nicht einmal die geeigneten nötigen zehn Adjutanten, mit denen er arbeiten könnte, und noch weniger die zehn Geldgeber, die er auch nicht entbehren kann. Überall stößt

er auf den stillen, zähen Widerstand der alten Parteibonzen, die auf ihre geliebten alten Bahnen und Gewohnheiten nicht verzichten wollen und ihre Leute noch immer fest in der Hand haben, und auf die alte Trägheit der bisher Unpolitischen, die lieber den Staat dem Bolschewismus verfallen lassen, als sich selbst an der Gestaltung seines Geschicks in unbeamteter Form beteiligen. Eisner hat sich gerühmt, mit 11 mutigen und entschlossenen Getreuen 22 deutsche Fürsten um ihre Throne gebracht zu haben. Es ist viel Prahlerei dabei, aber auch ein Kern von Wahrheit. Die 11 Getreuen, die ein nationaler Erneuerer nötig hätte, müßten außer Mut, Entschlossenheit und politischen Blick auch noch Rang und Bewährung besitzen; denn sonst folgen ihnen die gebildeteren Schichten des Volkes, auf die sie zunächst angewiesen wären, nicht nach. Aber derartige 11 Getreue sind im heutigen Deutschland nicht aufzutreiben. Wo Mut und Entschlossenheit vorhanden sind, fehlen Rang und Bewährung; wo Rang und Bewährung vorhanden sind, fehlen Mut und Entschlossenheit, und bei den ganz wenigen Persönlichkeiten, in denen diese Eigenschaften vereinigt wären, fehlt der politische Blick.

So ist das Bild, das sich bei Betrachtungen über die Reife unseres Volkes bietet, ein tieftrauriges. Das Elend Deutschlands scheint noch immer nicht laut genug gen Himmel zu schreien, um das schlafende deutsche Heer zu wecken, und von einer Reifung des Volkes durch die ungeheuren Hammerschläge des Geschicks ist nichts zu verspüren.

Einheit.

In einem Aufsatz über die deutsche Einheit im Aprilheft 1919 von „Deutschlands Erneuerung" weist Alterego auf eine eigentümliche Erscheinung hin. Wenn man auf einer Karte von Deutschland die Wahlkreise der Nationalversammlung von 1919 mit den Parteifarben der in ihr siegreichen Parteien bemalt, so tauchen dabei die Grenzen der alten Reichsstände und Zwergstäätchen aus der Zeit des alten Regensburger Reichstags an vielen Stellen wieder auf; ja nicht nur sie, sogar die ganz willkürlichen, erst von Napoleon geschaffenen Grenzen der Rheinbundstaaten treten vielfach wieder hervor. Der alte Fluch der deutschen Zerrissenheit und Uneinigkeit lastet noch heute auf den deutschen Landen.

Die Ohnmacht einer demokratisch-sozialdemokratischen Regierung auch in den Bundesstaaten kam in Bayern besonders lehrreich zum Ausdruck. Bayern wird aller seiner Sonderrechte entkleidet, und seine Regierung muß es geschehen lassen, was keineswegs in ihren Plänen lag. Die deutschen Einzelstaaten waren, wie sich hier sehr deutlich zeigt, eben nur stark durch ihre Fürstenhäuser; mit dem Verjagen ihrer Könige und Herzoge haben sich die früher so stammesstolzen Völker selbst geschwächt und erniedrigt. Das Reichsenergiegesetz beschlagnahmt Bayerns Wasserkräfte und Wälder im Wert von vielen Milliarden für Reichszwecke, und die letzten Reste seiner bisherigen Verkehrs-, Finanz-, Bier-, Militär- und Gesandtenhoheiten verschwinden. Wenn Alljudaan einem Volk seine greifbaren Werte fortnimmt, dann pflegt es ihm dafür „Kultur" zu geben. In der bayrischen Presse finden sich bereits die bekannten schönen Sprüche, die ja auch auf das ganze Reich oft angewendet werden, von der „kulturellen" Eigenart, die ihm niemand rauben könne. Aber das ist ein großer Irrtum. Mit seinem Königtum und seinen Hoheitsrechten schwindet, wie schon einmal erwähnt, Bayern auch die Kultur und wird erst wieder mit ihnen zurückkehren. Bis dahin wird Bayern so gut „kulturelle"

Provinz Berlin-Alljudaans werden wie es staatliche Provinz wird, und wird von Berlin aus mit der dort abgelegten Kultur aus dem jüdischen Kulturwarenhaus versorgt werden. Cassirer sitzt in Berlin und seine Frau Tilla Durieux in München und „protegiert" Toller. Aber weder aus den knallroten Räten noch aus den mehrheitsroten oder den schwarz-rot-goldnen demokratischen Republikregierungen wird Bayern und München jemals Kultur erblühen. Frankreich ist kulturell tot, seit es eine vom jüdischen Großkapital beherrschte Republik ist, und die Ehe der amerikanischen Republik mit der jüdischen Großfinanz ist kulturell gänzlich unfruchtbar geblieben.

Manche nationale Politiker begrüßen die Vernichtung des „Partikularismus" als Anfang der deutschen „Einigung". Aber die Einigung, die da im Gang ist, könnte sich zu einem großen Betrug des deutschen Volkes auswachsen. Hans Delbrück ist ja auch schon in seinen „Preußischen" Jahrbüchern auf die Seite des Herrn „Preuß" getreten, der Preußen gern verkleinern möchte. Er schreibt (Heft 1, 1919): „Eines Kernstaates Preußen aber bedarf dieser zukünftige Deutsche Nationalstaat nicht mehr". „Der Deutsche Gedanke soll und muß den Vorrang haben vor dem Preußischen." Wenn Delbrück sich für etwas „Deutsches" erwärmt, muß man sich von vornherein immer fragen: was will da Alljudaan wieder? Was von dieser Seite beabsichtigt ist, ist nicht eine Einigung im Sinne des Deutschtums, sondern eine Vertrustung im Sinne Alljudaans. Staaten wie das Königreich Bayern leisteten den Verjudungsbestrebungen schon vor dem Kriege und der kriegsgesellschaftlichen geschäftlichen Unterjochung während des Krieges erheblichen Widerstand. Diesen Widerstand überall zu brechen, ist eine der Hauptaufgaben der in jüdischem Dienst arbeitenden Demokratie. Deutschland soll ein großes Warenhaus werden mit jüdischer Oberleitung in Berlin; die deutsche Provinz Alljudaan soll ausgebaut werden; das ist die Meinung, wenn Leute wie Dr. Preuß oder Rathenau für die „deutsche" Einigung eintreten. Gleichzeitig wird den einzelnen bundesstaatlichen Völkern, wenn ihnen das Rückgrat ihrer Selbständigkeit gebrochen wird, auch die Rückkehr zum Königtum und ihren Fürstenhäusern erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, was wiederum ganz im Sinne Alljudaans liegt; denn ihre Oberhäupter werden dann nicht deutsche Kaiser und Könige, sondern Präsidenten von Alljudaans Gnaden sein.

Und endlich verhindert die Zertrümmerung Preußens ein Wiederaufleben des deutschen Gedankens, weil sie die Bildung der Macht erschwert, an die sich dieses Wiederaufleben allein anknüpfen läßt. Nach einem so völligen Zusammenbruch wie dem vom November 1918 sind die aufbautauglichen Bestandteile vereinzelt und überall zerstreut; je größer der Kreis ist, innerhalb dessen man sie zusammenfassen kann, desto rascher werden handlungsfähige Kerne einer künftigen Macht gebildet. Man denke nur an die Freikorps. Ein Staat wie Preußen ist viel leichter als jeder kleinere Staat imstande, aus allen seinen Teilen rasch die unbedingt Zuverlässigen zusammenzuraffen und so wenigstens den Grund einer Macht zu legen, die er überall hinwerfen kann, wo es nottut. Bremen, Hamburg, Braunschweig, München, überall mußten preußische Truppen eingreifen! Er ist dazu auch viel leichter imstande als das „Deutsche Reich", das vorläufig in den Herzen des Volkes kein festverankerter Begriff ist. Würde Preußen, wie es Preuß und die Preußischen Jahrbücher wünschen, verschwunden sein, und müßten die Freiwilligen für eine einheitliche „Reichswehr" ohne einzelstaatlichen Charakter gesammelt werden, wäre die Ohnmacht des Reiches ohne Zweifel noch viel größer als sie jetzt ist.

Die nationalen Gegner des Partikularismus irren sich auch, wenn sie eine leichtere „Eindeutschung" von dieser „Einigung" erwarten. Der jüdische Einfluß geht überall dahin, zu entnationalisieren; indem er die Bayern, Sachsen, Württemberger ihrem engeren Volkstum entfremdet, nähert er sie nicht dem Deutschtum, sondern legt nur eine noch größere Kluft zwischen sie und ihr Deutschtum. Das ist ihnen, seit die Juden nach 1871 diese Tätigkeit in vollem Umfange aufgenommen haben, hervorragend gelungen, wie gerade die Vorgänge in München und Umgebung beweisen. Nun heißt es, einfach wieder von unten anzufangen; der Bayer muß erst wieder Bayer, der Sachse wieder Sachse werden, ehe man daran denken kann, ihn zum bewußten Deutschen zu erziehen. Wer diese völkische Entwicklungsstufe überspringen zu können glaubt, kennt unsere Volksstämme nur vom Schreibtisch her. Es war einer der großen Fehler unserer Elsaß-Lothringen-Politik, anzunehmen, man könne diesen Sprung bei dem so lang von Deutschland getrennt gewesenen Volk wagen. Man hätte versuchen können, sie unter einem sehr deutschbewußten und tatkräftigen Fürsten zu strammen deutschen Elsässern zu erziehen, wenn ein solcher Fürst vorhanden gewesen wäre; nachdem dies nicht der Fall war, hätte man Elsaß-Lothringen aufteilen müssen; wie die verteilten Schwaben und Franken alle gute Badener, Württemberger, Bayern, Thüringer usw. geworden sind, wäre dies auch bei den Elsässern gelungen. Schlechtweg „Deutsche", Reichsdeutsche aus ihnen bilden zu wollen, war eine Versündigung gegen deutschvölkische Entwicklungsgesetze. Durch die so auffällig von der roten Regierung gebilligten und von eines Erzberger Finanzpolitik geförderten Einheitsbestrebungen will Alljudaan die nationale Geschlechtslosigkeit der Deutschen fördern, weil das Judentum um so besser gedeiht, je weniger völkisch seine Wirtsvölker empfinden. Diese Art deutscher Einheit wird für die Erweckung des Deutschtums ein viel stärkeres Hindernis sein als aller „Partikularismus".

Man sehe sich nur einmal die Friedensbedingungen an. Werden die Friedensbedingungen ausgeführt, so kommt nach Berlin eine Wirtschafts- und Finanzkommission der Entente, die dann Deutschland in Wirklichkeit regiert. Diese Kommission wird, daran wird wohl niemand zweifeln, im wesentlichen eine Vertretung der Ententeprovinzen Alljudaans sein, und sie wird sich in erster Linie der deutschen Provinzialregierung Alljudaans bedienen, um Deutschland zu beherrschen. Deutschland wird dann als Kaninchen für den geradezu großartig angelegten Versuch dienen, einmal ein ganzes großes Reich anderer Rasse nicht nur mittelbar durch das Kapital, sondern unmittelbar durch Vertreter des kapitalistischen Judentums verwalten und leiten zu lassen. Das Traurigste dabei ist: die deutsche vorwiegend rotgoldene Friedensdelegation fühlte sich innerlich einzig und allein deshalb berufen zu diesem Amt, weil sie sich bis zu einem gewissen Grad eins mit diesen Plänen wußte. Schon das komische Vertrauen Erzbergers während des Krieges auf seine Eignung zum Vermittler beruhte auf dem Gedanken, wirtschaftlich als Vertreter Deutschalljudaans leicht mit den Vertretern Ententealljudaans zu einer Einigung über die gemeinsame wirtschaftliche Beherrschung Deutschlands gelangen zu können. Die von den deutschen Schwarzrotgoldnen zugestandene wirtschaftliche Sklaverei wäre nur nicht ganz so drückend geworden wie die von der Entente beabsichtigte, und sie wäre mehr in die Hände der deutschen Provinz Alljudaan als in die der Entente-Hauptregierung Alljudaans gelegt worden. Die wirtschaftliche und kapitalistische Beherrschung und Aussaugung des Reiches wird aber von vornherein um so mehr erleichtert, je einheitlicher das Reich politisch organisiert

ist; die Kriegsgesellschaften saßen nicht umsonst alle in Berlin und suchten die bundesstaatlichen Grenzen soweit wie möglich zu verwischen. Wirtschaftlich durch den Krieg gerechtfertigte Belange gingen dabei mit viel weiter schauenden privatwirtschaftlichen Belangen Hand in Hand. Weil für diese privatwirtschaftlichen, vorwiegend alljüdischen Belange ein starkes Heer ohne Bedeutung ist, ja sogar ein Hemmnis werden kann, wurde von unsern Verhändlern des Friedens wenig Wert auf die Beibehaltung einer über Polizeizwecke hinausgehenden Wehrmacht gelegt.

Die Länder, die sich vom Deutschen Reich und von einzelnen Bundesstaaten loszulösen streben, rechtfertigen sich vor sich selbst mit dem Grund der Notwehr, die ihnen gebietet, sich durch die von Berlin ausgehenden wirtschaftlichen Vergewaltigungen, Sozialisierungen und Sozialdemokratisierungen nicht zugrunde richten zu lassen. Tatsächlich ist gegen die Schlußfolgerung der Rheinländer, es sei besser für das Reich, die rheinisch-westfälischen Lande selbständig werden zu lassen und sie als wirtschaftlich und politisch gesunder Körper dem Reich zu erhalten, als sie unter preußisch-sozialdemokratisch-Berliner Mißwirtschaft zusammen mit Preußen verelenden und zugrundegehen zu lassen, logisch nicht viel einzuwenden. Selbst die Gefahr der zeitweisen Ententisierung der Rheinlande wäre kein zwingender Gegengrund; denn ein Rheinbundstaat kann zum Reich wieder zurückkehren und ist dann ein wertvoller Besitz; wenn das Gebiet aber unter der Berliner Mißwirtschaft dem Bolschewismus verfällt oder sonst verdorben wird, dann ist es ein auf ein Jahrhundert auch für das Reich entwertetes Land. Solche Bewegungen brauchen also — theoretisch — noch keineswegs landesverräterisch gemeint zu sein; sie kennzeichnen lediglich die verzweifelte Lage, in die sich deutsche Volksteile durch die Scheidemannregierung gebracht sehen; sie fühlen sich nicht mehr vor die Wahl zwischen französische oder deutsche Oberleitung gestellt, sondern vor die zwischen gallische oder jüdisch-internationale. Ein von alldeutschem Geist durchflutetes und beherrschtes Rheinland oder Bayern könnte es auch unter Umständen ruhig einmal wagen, in dem allgemeinen europäischen Chaos eine Zeitlang seine eigenen, von dem Reich der Erzberger, Gothein und Scheidemann getrennten Wege zu gehen. Man könnte sich sogar die Frage vorlegen, ob es vom nationalen Standpunkte aus nicht nützlich für das Reich wäre, wenn Preußens Blicke wieder einmal nach Osten gewendet würden, wo seine eigentlichen deutschen Aufgaben liegen. Vielleicht wäre für Preußen der Zwang recht heilsam, die Ausbreitung des seelenbezwingenden Preußentums einmal auf Kosten fremdvölkischer östlicher Randstaaten zu versuchen, statt wie gewohnt auf Kosten anderer deutscher Stämme. Die bahnbrechenden Wege Heinrichs des Löwen, des Welfen, hat kein Hohenzoller zielbewußt übernommen.

Aber diese Gedankengänge dürfen hier nicht angewendet werden, weil eben nicht sie den Bestrebungen zugrundeliegen, sondern hinter ihnen ganz andere Gedanken schlummern. Zunächst einmal trifft die wirtschaftliche Voraussetzung, die Erhaltung der wirtschaftlichen und politischen Gesundheit der Rheinlande und ihres Deutschtums durch die Abtrennung von Preußen, nicht zu. Die Franzosen werden ein abgetrenntes Rheinland genau so aussaugen und knechten wie ein preußisches, schon weil Frankreich genau so gut am Rande des Bankrotts steht wie Deutschland, und ob die Verwelschungskünste der Franzosen nicht größer sind als die deutsche Widerstandskraft der 30 Jahre lang vorwiegend von ultramontanen und regierungsnationalliberalen Zeitungen erzogenen Rheinländer, ist eine Frage, die sich im voraus nicht entscheiden läßt. Vor allem aber bildet weder bei

den die Trennung noch bei den die Erhaltung anstrebenden ausschlaggebenden Mehrheiten im Reich und in den Teilgebieten die Sorge um das Deutschtum die eigentliche Triebfeder. Die Scheidemann, Heine, Ebert sind nicht auf einmal so eifrige Preußen geworden, die von einer Abtrennung der Rheinlande nichts wissen wollen, weil sie so gute Deutsche geworden sind, sondern weil die Rheinlande die wichtigste Geldquelle Preußens sind, und die Sozialdemokratie nicht jüdisch geführt sein müßte, um nicht die Unentbehrlichkeit der rheinischen Milchkühe im preußischen Stall für die gegenwärtigen Nutznießer desselben zu erkennen. „Soll Preußen in der Lage bleiben, seine wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu lösen, so muß ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den wohlhabenden und ärmeren Landesteilen, zwischen dem Osten und dem Westen." Damit enthüllte der Unterstaatssekretär Freund am 22. März in der preußischen Landesversammlung den Weg, auf dem die Herren ihr preußisches Herz entdeckt haben.

Die rheinische Republik wäre dazu noch ein Staat, in dem das Zentrum die Mehrheit besäße und die Sozialdemokratie möglicherweise bald an die Wand gedrückt wäre, was die Berliner Herren noch eifriger zur schwarzweißen Fahne schwören läßt. Wenn sozialdemokratische Redner die Streiks der Kölner und Mainzer Arbeiter Anfang Juni anläßlich der Selbständigkeitserklärungen als Zeichen des guten Deutschtums der Arbeiter auszulegen versuchen, so ist das natürlich reiner Schwindel; die sozialdemokratischen Arbeiter fürchteten die kapitalistische und die ultramontane Herrschaft, die ihnen in einem selbständigen, und die schlechten sozialen Zustände, die ihnen in einem französischen Rheinland drohten, und dagegen richtete sich ihr Streik. Wenn ihnen die Franzosen Fortdauer ihrer sozialdemokratischen Herrschaft und freie Hand in der Ausgestaltung derselben verbürgt hätten, und die Sozialdemokraten in den Rheinlanden wären trotzdem ihres Deutschtums wegen in den Streik getreten, dann hätten ihre Kundgebungen etwas für ihre deutsche Gesinnung bewiesen. In den Ostgebieten erklärten die Sozialdemokraten offen, jedem in den Rücken fallen zu wollen, der sich gegen die von der Berliner Sozialdemokratie beschlossene Abtretung derselben an die polnisch-sozialistische Republik zur Wehr setzen würde. Genau ebenso liegt der tiefste Grund, weshalb ein Teil des rheinischen Zentrums so besorgt um das Reich und die unversehrte Erhaltung der Rheinlande in Form einer selbständigen Republik ist, eben nicht in rein nationalem Empfinden, sondern es sprechen bei dieser Sorge die Gedanken an die Schöpfung eines wirtschaftlich starken und den Verjudungs- und Entkirchlichungsbestrebungen Berlins entzogenen Zentrumsstaates zum mindesten stark mit. Der katholische Fürst dafür wird sich später schon finden. Dem Vatikan ist es einerlei, ob die Katholiken der Rheinlande deutsch bleiben, oder wie die Flamen in Belgien und die Elsässer in Elsaß-Lothringen unter Beihilfe des deutschen bzw. flämischen Klerus verwelscht werden.

Am 28. Mai 1919 verbreitete die deutsche Regierung folgende, von sämtlichen Ministern, Scheidemann am Anfang, Preuß in der Mitte und Erzberger am Schluß unterschriebene Warnung:

„Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zur selbständigen Republik auszurufen. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des Preußischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Loslösung der Provinz Rheinland vom Preußischen Staatsgebiet zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet,

gegen jeden an hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten."

E. H. in der „Deutschen Zeitung" (253; 31. V. 19) frug dazu die Herren Minister, was sie vor dem 9. November 1918 zu folgender Warnung gesagt haben würden:

„Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, das deutsche Kaiserreich zur Republik auszurufen. Verfassungsmäßig ist das Deutsche Reich eine Monarchie. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Beseitigung der Monarchie und Aufrichtung einer Republik zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten."

In der gleichen Nummer bringt die Deutsche Zeitung einen Bericht: „Die welfischen Hochverräter". Auch die Welfen wollen von Preußen los, und der Berichterstatter der Deutschen Zeitung nimmt an, es spiele dabei der Gedanke einer Anlehnung Hannovers an England mit. Einen Beweis dafür bringt er nicht, sondern er stützt sich dabei lediglich auf eine Ansicht des sozialdemokratischen Regenten von Preußen Leinert. Aber wie kann Leinert den Hannoveranern daraus einen Vorwurf machen, wenn man gleichzeitig aus allen Kundgebungen der sozialdemokratischen Reichsregierung unverkennbar den Wunsch herauslesen kann, Anlehnung des Reichs an England und Amerika zu suchen, und wenn diese Reichsregierung selbst der Entente einen Frieden vorschlägt, der ganz Deutschland nur zu einer Ententeprovinz macht?

Im Osten gibt die sozialdemokratische Reichs- und Landesregierung, die unter Zustimmung des Zentrums ja auch die kulturellen Güter der Nation verwaltet, nicht durch Verfügungen, aber allein schon durch ihren Charakter den Polen das wirksamste Werbemittel in die Hand, die katholischen Bewohner des östlichen Preußen dieser Regierung abspenstig zu machen; sie werden mit dem Versprechen gelockt, in dem fromm katholischen Polen sei ihre Religion gesicherter vor Gefahren als in der deutschen sozialdemokratischen Republik mit ihren vielen jüdischen und konfessionslosen Regenten. Aber nicht nur die Polen sind dort tätig; es sollen auch Bewegungen im Gange sein oder gewesen sein, getragen von konservativen Schichten, also wieder von einer „Partei", einen neuen aus Ost- und Westpreußen, Pommern und Danzig bestehenden Staat nach altpreußischem Muster zu bilden. Geleitet können oder konnten diese Bestrebungen nur von dem Wunsche sein, die Preußen dort preußisch und die Deutschen dort deutsch zu erhalten, und sie vor den Entdeutschungsneigungen sowohl der Feinde wie der Berliner Regierungen zu bewahren. Soll man sie auch hochverräterisch schelten, gegenüber einer Regierung, deren Minister Preuß in seiner Januardenkschrift erklärt hat: „ein einheitliches Preußen sei in Deutschland unmöglich geworden"; das Interesse der deutschen Volksrepublik verlange eine Auflösung Preußens in kleinere Staaten? Nun soll diese Meinung auf einmal nicht mehr gelten, sobald diese Staaten ihre Selbständigkeit benützen wollen, um deutsche Staaten zu sein, statt, wie es Herr Preuß gemeint hat, leicht zu beherrschende Provinzen Berlin-Alljudaans? Der „Reichsbote" („Deutsche Zeitung" 253; 31. V. 1919) weiß von einem Erlaß der Reichsregierung in Westpreußen zu erzählen: „Alle Beamten, insonderheit Offiziere und Unteroffiziere, die sich an den Bewegungen zur Verteidigung der ursprünglichen Grenze beteiligen, gehen jeden

Anspruchs auf Pension und jeder Aussicht auf Wiederanstellung in dem übrigen Deutschland verlustig". Mit andern Worten: die Herren Preuß, Landsberg und ihre nichtjüdischen Regierungskollegen wollen sich das Recht vorbehalten, zu bestimmen, was zur „Einheit" des Deutschen Reichs gehört, und wenn andere deutsche Reichsangehörige die Grenzen etwas weiter ziehen sollten als sie selbst, wird ihnen der Brotkorb höher gehängt.

Angesichts solcher Einheitsfreunde könnte man sich einen Siegfried denken, der das geborstene Schwert erst zerraspelt und umschmilzt, ehe er an das Neuschmieden geht. Wenn das Deutsche Reich zerfällt, so trifft die Schuld zu neun Zehnteln die schwarz-rot-goldne Mehrheit, welche die Regierung führt und die Zustände verursacht hat, die manchen den Abfall als letzten Rettungsanker erscheinen läßt, und nur zu einem Zehntel die Abtrünnigen. Das deutsche Bürgertum sucht Schutz vor der jüdisch-sozialdemokratischen Hochflut, und in seiner Verzweiflung wirft es sich den Feinden in die Arme oder reißt sich von Berlin los; das ist der eigentliche Sinn aller dieser Loslösungsbestrebungen, durch den sie überhaupt erst möglich werden. Vielleicht ist dieser Weg unvermeidbar, so schmerzlich er ist. Aber den dritten Weg, den deutschen, die Führung durch die Alldeutschen, hat das deutsche Volk nicht gewollt, und jedes Volk muß seine Sünden büßen.

Unterlegenheit und Erschöpfung.

Der U-Bootskrieg.

Das deutsche Volk hat den Alldeutschen auch nie geglaubt, wenn sie ihm sagten, unsere Kräfte reichten aus, den Krieg siegreich zu beenden. „Der Sieg wäre ja wunderschön, aber angesichts der Überlegenheit der Feinde und der Erschöpfung unserer Volkskraft, unserer Roh- und Nahrungsstoffe und unseres Kriegsmaterials ist er nicht möglich.“ Das war der Einwand, der den Alldeutschen auch von nationaler gesinnten Teilen des deutschen Volkes stets entgegengehalten wurde. Der U-Bootskrieg insbesondere habe auf einer groben Überschätzung unserer Mittel beruht und sei von vornherein mit unzulänglichen Mitteln unternommen worden.

Auf keinem Gebiet sind die Tatsachen so verdreht worden, haben sich die Lügner so kühn als die Wahrheitsfreunde aufgespielt, und sind die Künder der Wahrheit so vielfach als Lügner hingestellt worden als auf dem der U-Bootsfrage. Am 4. Februar 1915 wurden durch eine amtliche Bekanntmachung des Chefs des Admiralstabs der Marine von Pohl die Gewässer rings um England und Irland als Kriegsgebiet erklärt, und die Zerstörung jedes dort angetroffenen feindlichen Kauffahrteischiffes angekündigt; neutrale Schiffe wurden vor den auch für sie infolge Zufälligkeiten und Verwechslungen bestehenden Gefahren gewarnt. Diese Maßregel stellte die deutsche Erwiderung auf die völkerrechtswidrige unmenschliche Handhabung des englischen Wirtschaftskrieges gegen Deutschland (Blockade) dar. Amerika erkannte die Berechtigung dieser Erwiderung mittelbar an; denn mit seinem Einspruch gegen den deutschen U-Bootskrieg — der erste erfolgte bereits am 12. Februar 1915 — verband es den Vorschlag, England zu veranlassen, die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu gestatten, während Deutschland andererseits auf die angekündigte Art des U-Bootkrieges verzichten solle. Deutschland nahm den Vorschlag an, England lehnte ihn glatt ab. Damit war die Lage diplomatisch völlig geklärt; lieh Amerika auf die Abweisung seines eigenen Vorschlages hin England seine Unterstützung weiter, dann dachte es nicht daran, eine ernsthafte Neutralität einzuhalten; dann hatte es Amerika von vornherein auf eine Niederringung Deutschlands mit oder ohne tätiges Eingreifen in den Kampf abgesehen. Schon vorher war die Lieferung ungeheurer Munitionsmengen und anderen Kriegsmaterials weit über die Grenzen einer „anständigen“ Neutralität — diesen Begriff des Anstandes gibt es nämlich auch im Völkerleben — hinausgegangen; der Einwand, Amerika hätte „auch“ Deutschland Waffen geliefert, wenn es möglich gewesen wäre, ist nichtig; denn auf Deutschland wandte Amerika eben alle Druckmittel bis zur ständigen Drohung mit dem Krieg an, um diese Möglichkeit der Lieferung durchzusetzen; gegenüber England aber beschränkte es sich, um die Möglichkeit der Lieferung nicht etwa von Waffen, sondern bloß der völkerrechtlich erlaubten Lebensmittel und Waren durchzusetzen, auf Überreichung von Papierfetzen, über die Absender und Empfänger lachten.

Unter diesen Umständen stellten Schiffssendungen wie die der Lusitania mit voller Absicht unternommene amerikanische Provokationen Deutschlands vor, um England zu Hilfe zu kommen. Entweder unterließ Deutschland die angekündigte Torpedierung, dann war der ganze U-Bootskrieg vor aller Welt als deutscher Bluff hingestellt und um seine tatsächliche und noch mehr um seine moralische Wirkung gebracht; oder die Lusitania wurde torpediert, dann war der äußere Anlaß zu neuen Erpressungen Amerikas zugunsten Englands gegeben. Die Torpedierung hatte die gewünschte Wirkung, die deutsche Diplomatie stellte auf die amerikanischen Drohungen hin den U-Bootskrieg ein, zu dem Deutschland das beste Recht, zum mindesten genau so viel Recht wie England auf seinen Hungerkrieg gegen Frauen und Kinder hatte, setzte sich selbst vor der Welt moralisch ins Unrecht und beraubte sich seiner stärksten Waffe gegenüber England.

Als Ende Januar 1916 Wilsons Gesandter Oberst House in Berlin weilte, hatte er außer mit dem Kanzler und seinen Staatssekretären Jagow und Zimmermann Unterredungen mit dem Direktor Dr. von Gwinner von der Deutschen Bank, Direktor Guttmann von der Dresdner Bank und Dr. Rathenau von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, damals Leiter der Rohstoffzentrale; alle drei sind Vertreter der deutschen jüdischen Großfinanz, welche die wirkliche Regierung Deutschlands während des Krieges bildete. Die jüdische Großfinanz hat einen vollen Sieg Deutschlands nie für wünschenswert erachtet, genau wie die Sozialdemokratie, infolgedessen auch niemals mit ihren Zweifeln an der Möglichkeit des Sieges zurückgehalten, und ihre Politik auch niemals auf die Erringung des Sieges eingestellt. Rathenau bezeichnet sich selbst in seinem bekannten Brief in der Neuen Zürcher Zeitung Nr. 1734 vom 27. Dezember 1918 als jemand, „der den kommenden Krieg verkündete, der das Ende voraussah, die Katastrophe erkannte, dem Spott, Hohn und Zweifel trotzte und vier lange Jahre den Machthabern zur Versöhnung riet". Der Krieg sollte mit einem Frieden der Versöhnung enden, weil ein solcher Friede, wie schon öfters erwähnt, die kleinsten und wenigsten Löcher in das international-alljüdische Händlernetz gerissen hätte. Wäre insbesondere der große amerikanische Händlertrust außerhalb der formellen Kriegsbeteiligung geblieben, dann konnte man mit der amerikanischen Macht, falls das dumme deutsche Gesiege bis zum Frieden angedauert hätte, jederzeit die Forderungen der deutschen „Machtpolitiker" herunterdrücken; wäre der Krieg, wie man erwartete, unentschieden oder selbst mit einer Benachteiligung Deutschlands ausgegangen, dann konnte man mit dem großen Handelsfreund über dem Wasser sofort die Beziehungen da wieder anknüpfen, wo man sie mit Kriegsbeginn hatte fallen lassen müssen; in den Fluß dieses wirtschaftlichen Lebens wären England und Frankreich notgedrungen alsbald wieder hineingezogen worden, und die alljüdische Händlerherrschaft über die Welt wäre, unbeirrt durch alle völkisch-nationalen Strömungen, in alter Herrlichkeit, nur neu gefestigt, wieder dagestanden.

Diese Art wirtschaftlichen Ausgangs des Weltkrieges dünkte den leitenden Ratgebern der Regierung Bethmann—Prinz Max richtiger und wichtiger als jeder völkische und nationale Sieg, und danach waren auch ihre Ratschläge beschaffen. Die deutschen Volksangehörigen, die infolge dieser Politik verbluteten und verhungerten, mußten eben der überragenden Wichtigkeit der Wirtschaftsfrage geopfert werden. Man braucht dabei keineswegs an eine besondere Bösartigkeit oder Rabenschwärze der Gesinnung zu denken; in ihrer Art handelten diese Leute „patriotisch"; ihr Gesichtspunkt war eben der der Händler, und wenn sich ein Volk

an den Stellen, wo Staatsmänner hingehören, Händlerseelen gefallen läßt, dann muß es eben die Folgen tragen. An sich ließe sich auch der Händlerstandpunkt verteidigen und könnte sogar zu ganz ersprießlichen Ergebnissen führen; nur muß unbedingt eine Voraussetzung erfüllt sein: auf der Gegenseite müßten statt Staatsmännern mit völkischer Gesinnung ebenfalls lediglich mit Menschheitsgewissen und ähnlichen Waffen ausgerüstete Händler sitzen, und keine Clemenceaus und Lloyd Georges. Tatsächlich spielte ja auch namentlich in den ersten Jahren der Ersatz dieser Männer durch friedlicher gesinnte Leute wie Caillaux, Lawnsdowne u. a. eine große Rolle in den „vertraulichen" Mitteilungen, mit denen Herr von Bethmann-Hollweg unsere Reichstagsabgeordneten einwickelte. Es ist mit den Händlern genau die gleiche Sache wie mit den Pazifisten als Unterhändlern; Leute wie Brockdorff-Rantzau, Schücking, David u. a. m. würden zwar auch französischen und englischen Pazifisten gegenüber schlecht abschneiden, weil der begeistertste fremde Pazifist immer noch mehr Nationalist ist als ein mittelmäßiger deutscher Pazifist, aber sie könnten vielleicht noch einen annehmbaren Frieden erzielen. Läßt man sie aber auf Nationalisten wie die obengenannten los — auch Wilson ist durch und durch Amerikaner und dann erst Pazifist —, dann ist dies die sichere Bürgschaft für den schlechtest-möglichen Frieden, der sich aus den sich widerstreitenden Interessen der feindlichen Mächte für Deutschland ergeben kann.

Das ganze Verhältnis der deutschen Regierung gegenüber Amerika und in der U-Bootsfrage war ausschließlich von dem geschilderten wirtschaftlichen Standpunkt beherrscht; alles, was Bethmann über Rücksichten auf Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Holland, Südamerika usw. zur Begründung seines Verhaltens vorbrachte, waren Vorwände, die sogar zum großen Teile nur auf Vermutungen beruhten; der tiefste Grund war immer der, sich die amerikanische Geschäftsverbindung nach dem Krieg offen halten zu wollen.

An eine aufrichtig gemeinte Neutralität Amerikas glaubte Bethmann natürlich so wenig wie einer seiner Ratgeber; Alternativen wie die zwischen U-Bootskrieg und amerikanischer Neutralität waren für politische Köpfe wie Gothein, Naumann und ähnliche Leute bestimmt, die dann damit auf ihre jeden Unsinn schluckende Anhängerschaft einwirken konnten. Lloyd George hat in einer Rede in Leeds am 8. Dezember 1918 erzählt, er habe Anfang Februar 1917 Wilson gedrahtet, England könne die Hilfe Amerikas nicht mehr länger entbehren. Wilson habe dann sofort 120000 Mann gesendet und weitere Hilfe zugesagt. Wie daraus klar hervorgeht, haben zwischen Amerika und England feste vertrags- oder nicht vertragsmäßige Abmachungen bestanden, die England Amerikas Hilfe sicherten, sobald dieselbe nötig wurde; ganz einerlei, wie die Not entstand, ob durch den U-Bootskrieg oder durch irgend etwas anderes. Die Bethmänner waren sich auch über die Folgen ihrer Nachgiebigkeit, nämlich die fortwährend gesteigerten neuen unverschämten Forderungen Amerikas, im klaren, und sie wußten genau, daß amerikanische Alljudaan würde, ehe es eine wirkliche Niederzwingung Englands zugäbe, alle seine Mittel einsetzen. Gab der U-Bootskrieg keinen Vorwand, das Volk aufzupeitschen, dann sorgten deutsche Staatssekretäre durch ihre unglaublichen Ungeschicklichkeiten, wie z. B. die Anerbietungen amerikanischen Landes an Mexiko, sicher für prachtvolle Handhaben. Aber Bethmann rechnete ja selbst nie mit einer wirklichen Niederzwingung Englands. Für ihn handelte es sich also nur darum, Amerika, wenn auch mit großen Opfern an deutschem Gut und Blut, so lange hinzuhalten, bis es der Händlerkunst seiner Ratgeber gelänge, seinen „Verständi-

gungsfrieden" mit England, womöglich unter amerikanischer Vermittlung zu schließen. Um die innere und äußere Unmöglichkeit dieser Politik der reinen Schwäche einzusehen, fehlte ihm das staatsmännische Begriffsvermögen.

Gegen Ende 1916 traten nun aber die Folgen der sozialdemokratischen Verhetzung der Arbeiter und die der pazifistisch-jüdisch-demokratischen Entnervung der Bürger immer merkbarer zutage, namentlich im Heere, dessen Disziplin schon damals stark nachzulassen begann; außerdem litt die Stimmung des Volkes immer mehr unter der englischen Hungerblockade und der Mißwirtschaft der jüdisch geleiteten Kriegsgesellschaften. Tirpitz und die Heeresleitung erkannten klarer als die Bethmänner, wenn so fortgefahren würde, wie bisher, dann würde nicht ein unentschiedener Ausgang und ein Verständigungsfriede das Ende sein, sondern ein deutscher Zusammenbruch. Deutschland mußte bald siegen, oder es lief Gefahr, überhaupt nicht zu siegen. Zur Beschleunigung des Sieges lag aber nur mehr eine einzige Möglichkeit vor, das Einsetzen der U-Bootswaffe. Ob damals „genügend" U-Boote zur Niederringung Englands vorhanden waren oder nicht, ist an sich eine ganz gleichgültige Frage; im Krieg ist jede brauchbare Waffe, wenn sie in einer Anzahl vorhanden ist, die den Feind erheblich zu schädigen vermag, anzuwenden. Man kann einen geplanten Krieg hinausschieben, bis man mit seinen Rüstungen bis auf einen gewissen Grad der Vollkommenheit angelangt ist; aber mitten im Krieg sich darüber herumzustreiten, ob man mit einer brauchbaren Waffe den Feind nun wirklich und endgültig niederstoßen könne oder ob man dazu nicht eine größere Anzahl benötige, verrät Mangel an jeglichem Verständnis für das Wesen des Krieges. Diese Verständnislosigkeit wurde nur ergänzt durch den Beweis für völligen Mangel an politischem Sinn, wenn man die schon oben angedeutete Frage stellte: ist die Wirkung des U-Bootskrieges den Bruch mit Amerika wert? Denn die Fragestellung ist von vornherein töricht und falsch; die Frage konnte von der ersten Antwort Wilsons auf die Kaiserdrahtung des 7. Septembers 1914 vom 8. Oktober 1914 an, in der er jedes Eingehen auf die Anregungen Wilhelms II. schroff und verletzend verweigerte, nur lauten: ist uns der Sieg über England den Bruch mit Amerika wert? Und diese Frage war es, welche die eigentlichen Leiter des Deutschen Reiches in Wirklichkeit verneinten, so oft sie den U-Bootskrieg ablehnten.

Am 12. Februar 1916 wurde der Regierung Bethmann-Hollweg die berühmte Holtzendorffsche Denkschrift „Die englische Wirtschaft und der U-Bootskrieg" mit Anlagetabellen, bearbeitet vom Admiralstab der Marine, eingereicht. Der am meisten besprochene Satz in Abschnitt 5 der „Schlußleitsätze" lautet: „Wird der neue U-Bootskrieg uneingeschränkt, d. h. mit der Maßgabe geführt, daß im Kriegsgebiet jeder Schiffsverkehr vernichtet werden darf, dann steht in sicherer Aussicht, daß England sich infolge unerträglicher Beengung des Frachtraums und damit der Zu- und Ausfuhren und folgeweis gesteigerter Teuerung, unterstützt durch schwerste finanzielle Bedrohung, in absehbarer Zeit, längstens in 6 Monaten, „zum Friedensschluß gezwungen sehen wird".

Bethmann suchte gegenüber der Wucht der Beweisführung dieser Denkschrift wieder Hilfe bei seinen Bankleuten; Dr. Helfferich verfaßte „auf Weisung" eine Gegendenkschrift, die im wesentlichen auf den Satz hinausläuft „nichts Gewisses weiß man nicht". Die ausführliche Antwort des Admiralstabs gibt das zu. Über die Sechsmonatefrist sagt sie: „Der Bericht (Helfferichs) meint, es bedürfe kaum eines Hinweises, daß diese Beweisführung nicht schlüssig sei. Versteht er unter

Schlüssigkeit der Beweisführung eine mathematische, jeden Zweifel logisch ausschließende Sicherheit, so hätte er natürlich recht. So kann man aber auf diesem Gebiet nicht vorgehen. Der Kaufmann, der Wirtschaftspolitiker, der Staatsmann, der Feldherr kommen bei ihren Unternehmungen immer in die Lage, auf einer Reihe von Voraussetzungen, die sie nach bestem Wissen und Gewissen feststellen, Schlüsse und Entschlüsse aufzubauen, ohne doch jede Lücke der Beweisführung ausfüllen zu können. Wer handeln will, muß den Mut haben, die unvermeidlichen unbekannten Größen auf Grund von Erfahrungen und dadurch gewonnener richtiger Einschätzung der Menschen und Dinge zu berechnen usw."

Die alten Gegner des U-Bootskrieges haben jetzt die Kühnheit, in alle Welt hinauszuposaunen, der Admiralstab und die U-Bootsfreunde hätten sich geirrt, und sie selbst hätten recht behalten. Das ist eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen. Sie wäre eigentlich schon erledigt mit der Feststellung, der Voraussetzung, im Kriegsgebiet müsse jeder Schiffsverkehr vernichtet werden dürfen, sei nie, auch nicht nach dem 1. Februar 1917 entsprochen worden. Graf Brockdorff-Rantzau, dem nachgerühmt wird, er wäre sicher ein vorzüglicher Gesandter Dänemarks in Deutschland geworden, kann darüber berichten. Aber das ist Nebensache. Es haben alle anderen Voraussetzungen der Denkschrift vom Februar 1916 im Februar 1917 auch nicht mehr zugetroffen.

Die ganze Denkschrift vom Februar 1916 ist vom Anfang bis zum Schluß eingestellt auf die besondere wirtschaftliche Lage Englands im Dezember 1915, die niemals vorher oder nachher so ungünstig war wie damals, und auf die Leistungsmöglichkeiten der U-Boote in den sechs Monaten nach dem Februar 1916. Im Dezember 1916 und in den sechs Monaten nach dem Februar 1917 war die wirtschaftliche Lage Englands und die militärische Lage für die U-Boote völlig geändert; damit fallen selbstverständlich auch die für das Jahr vorher gültigen Behauptungen dahin, und es ist eine grobe und bewußte Fälschung, wenn jetzt die geistigen Dienstboten Alljudaans in den „Preußischen Jahrbüchern", der „Hilfe", der „Frankfurter Zeitung", dem „Berliner Tageblatt", dem „Vorwärts" und wie alle die Organe heißen, das zwischen der Prophezeiung und dem Beginn des U-Bootskrieges dank ihrem Einfluß unbenützt verflossene Jahr einfach unterschlagen.

Von den Verteidigern des U-Bootskrieges wurde allerdings ein psychologisch sehr begreiflicher und verzeihlicher Fehler begangen. Die Werbung für den sofortigen Beginn des U-Bootskrieges setzte unmittelbar im Anschluß an das Erscheinen der Denkschrift mit aller Stärke ein, und dabei wurde das Wort von der Niederringung Englands in sechs Monaten alsbald zum Schlagwort, das damals vollauf berechtigt war, aber mit der Schlagwörtern eigenen Hartnäckigkeit sich von Monat zu Monat weiterschleppte. Jedermann hat es im Kriege erlebt, wie „zeitlos" wir alle geworden waren; es schien immer alles auf dem gleichen Fleck stehen zu bleiben; man kannte nur mehr Gegenwart und keine Vergangenheit und kein Weiterschreiten mehr. So wurde das Wort von den sechs Monaten weiter und weiter mit gleichem Eifer ausgenützt, als ob der 12. Februar 1916 auch noch im Februar 1917 Gegenwart wäre. Selbst der Admiral Holtzendorff verfiel diesem Vergessen der Weiterentwicklung, und Admiral Capelle und Helfferich, die 1916, als die Prophezeiung richtig war, sie bekämpften, machten sie sich 1917 zu eigen, als sie falsch geworden war. Ihnen hätte es nicht widerfahren dürfen; aber das sind die Folgen, wenn man den Meister davonjagt und seine minderen und ihm

feindlich gesinnten Gesellen zu Meistern macht. Tirpitz und die Denkschrift von 1916 sind durch die Ereignisse in keiner Weise widerlegt worden; sie haben niemals die Behauptung aufgestellt, der ein Jahr später begonnene Krieg werde dieselben Ergebnisse zeitigen wie der von ihnen ein Jahr früher verlangte.

Im Gegenteil, namentlich in den der Denkschrift beigegebenen Gutachten führender deutscher Männer der Finanzwelt, des Handels, der Großindustrie und der Landwirtschaft, die jetzt so gern als die „Schuldigen" am U-Bootskrieg hingestellt werden, wird durchgehend mit aller Schärfe der sofortige Beginn des U-Bootskrieges als unerläßliche Notwendigkeit hingestellt, wenn der U-Bootskrieg die gewünschte Wirkung haben soll. Es seien einige Sätze daraus wiedergegeben.

Gutachten 1. (Großbank.) „Aus diesen Gründen ... kann ich nur der Ansicht beitreten, daß die unverzögerte ... Wiederaufnahme des U-Bootskrieges ... ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung ist. Wenn der U-Bootskrieg sofort — noch ehe die Engländer Zeit zu forcierter Einfuhr gehabt haben — mit voller Wucht und ohne jede Beschränkung aus politischen Rücksichten begonnen wird, so usw.

Gutachten 2. (Großbank.) Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich von selbst, wie wichtig für den Erfolg ist, den verschärften U-Bootskrieg so schnell als möglich eintreten zu lassen, um die kommenden großen überseeischen Zufuhren, für deren Sicherstellung England soeben unsere eigenen Schiffe uns beschlagnahmen läßt, abzuschneiden."

Gutachten 3. (Schwerindustrie.) „Jeder Tag, der bis zur uneingeschränkten Durchführung des U-Bootskrieges verloren geht, kostet uns Tausende und Abertausende von Menschen und verlängert den Krieg um Wochen, wenn nicht um Monate. Jedes weitere Zögern kann für das deutsche Volk zur Katastrophe werden."

Gutachten 7. (Großbank.) Nur durch eine plötzliche und gründliche Unterbindung seiner Ein- und Ausfuhr wird England zu bezwingen sein.

Gutachten 8. (Landwirtschaft.) „Deshalb ist ein Entschluß zu schnellstem, rücksichtslosestem Vorgehen dringend nötig."

Gutachten 9. (Großindustrie.) „Wenn heute die rücksichtslose Durchführung des U-Bootskrieges um England herum noch zum Ziel führen könnte, so ist es fraglich, ob es noch in einigen Wochen der Fall wäre."

Gutachten 10. (Großbank.) „Und in diesem Sinne sage ich: kein Zaudern und kein Zagen, nur entschlossenes Handeln verbürgt uns einen ruhmreichen, einen ehrenvollen Frieden."

Im Laufe des Jahres 1916 erschienen dann von Seite der U-Bootsfreunde einige weitere Denkschriften, in denen mit zwingenden Gründen dargelegt wurde, der allerspäteste Zeitpunkt zur Eröffnung des U-Bootskrieges, in dem noch die in Aussicht gestellten Erfolge erzielt werden könnten, sei der Oktober 1916; auch dieser Termin wurde aus politischen Gründen von den alten Gegnern des U-Bootskrieges hintertrieben.

Wie war also die Lage? Ein Feldherr und Staatsmann erklärte: „Gebt mir die Erlaubnis, vorzugehen, wie ich es für richtig halte, und ich will den Feind in sechs Monaten zum Frieden zwingen; aber ich muß sofort beginnen dürfen." Seine Feinde erlauben es nicht, sondern stürzen ihn. Nach einem Jahr, als die Not immer höher steigt und auch die damaligen Gegner des U-Bootskrieges keinen anderen

Ausweg mehr sehen, beauftragen sie ihre eigenen Geschöpfe, das zu unternehmen, was sie dem fähigeren Feldherrn verweigert haben. Und als nun nicht die Ergebnisse erzielt werden, die der Feldherr ein Jahr vorher noch hätte erzielen können, gehen sie unters Volk und schreien: seht, wie Euch der Feldherr und seine Anhänger belogen und betrogen haben! Wer sind da die Lügner und Betrüger?

Was hat sich denn alles in dem Jahr, das die Machthaber von heute damals den Feinden geschenkt haben, verändert? Diese Machthaber, die 1917 fast alle umgefallen waren und damals dem U-Bootskrieg zugestimmt haben, um ihn jetzt wieder zu verdammen, behaupten, erst 1917 hätten wir genügend U-Boote gehabt, um anzufangen. Auf Laien wird namentlich eingewirkt mit der Erzählung, für je 600 Seemeilen um England herum seien uns nur je drei U-Boote zur Abschließung zur Verfügung gestanden. Darin steckt zunächst einmal eine aufgelegte Heuchelei; wer unter allen, der jene Herren kennt, glaubt denn, sie hätten den U-Bootkrieg 1916 gebilligt, wenn nur damals so viel U-Boote vorhanden gewesen wären wie 1917? Eine der ersten Taten der den Wünschen der U-bootfeinde gemäß zusammengesetzten Regierung des Prinzen Max von Baden war das Verbot der Torpedierung von Passagierschiffen vom 20. Oktober 1918, das in Wirklichkeit eine Einstellung des U-bootshandelskrieges bedeutete. Damals lagen auf 11 deutschen Werften 379 U-boote im Bau [109 Hochseeboote und U-kreuzer, 136 Küstenboote, 19 Minenkreuzer, 95 kleine Minenboote, 13 beschlagnahmte Boote (für Österreich bestimmt gewesen), 7 im Umbau begriffene Handelsboote]. Der Wunsch der Herren nach der großen „Zahl" war also eben im Begriff, in schönste Erfüllung zu gehen, als sie es für die höchste Zeit hielten, England die Sorge abzunehmen, durch die letzte Waffe, in der wir noch überlegen waren, besiegt zu werden.

Aber es kommt im Krieg und sonstwie überhaupt nicht auf Zahlen an, sondern auf Leistungen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (Nr. 311) erklärte am 3. November 1917 amtlich, „der U-Bootkrieg sei im Jahre 1916 nur in sehr beschränktem Umfange geführt worden." Trotzdem genügten in diesem Jahre die je „drei" U-Boote, Januar—Februar 238000 t, März—April 423000 t, Mai—Juni 219500 t zu versenken. Aus diesen Zahlen läßt sich zwingend schließen — und kein Sachverständiger der Marine hat dies jemals angezweifelt —, daß bei unbeschränktem U-Bootskrieg die angesagte Zahl von 600000 t erreicht worden wäre. Darauf allein aber kam es an; nicht darauf, ob 30 oder 60 oder 180 U-Boote dieses Ergebnis erzielten.[1]) Der Admiralstab nahm auch für 1917 keine größere Monatsziffer als 600000 t an, nicht weil er die Schätzung für 1916 für zu hoch gegriffen hielt, sondern weil er mit Recht das Anwachsen unserer U-Bootszahl durch das Anwachsen der feindlichen Abwehrmittel für ausgeglichen hielt. Tatsächlich wurden dann in den ersten drei Monaten des uneingeschränkten U-Bootskrieges

[1]) Die Gesamtzahlen der U-Boote sind folgende:

Monat	1916	1917	1918
1. Januar	62	148	165
1. Mai	84	155	171
1. August	104	164	180
1. November	131	173	

Hierin sind in wachsender Zahl 9 bis 25 Schulboote, die jeweils nicht in der Front verwendet wurden, enthalten. (Deutsche Zeitung 616, 4. 12. 18.)

1917 nicht 1800000 t, wie angenommen, sondern 2800000 t, also 55% mehr, versenkt. Daraus geht von neuem die Richtigkeit einer Versenkungsziffer von 600000 t für 1916 hervor. Der Beweis, diese Versenkungsziffer hätte 1916 nicht genügt, um England dem Frieden geneigt zu machen, ist von den Gegnern noch nicht einmal versuchsweise geführt worden.

Das Gerede, die Eröffnung des U-Bootskrieges wäre 1916 verfrüht gewesen, ist um so haltloser, als es sich ja 1916 gar nicht um eine Eröffnung gehandelt hätte, sondern nur um die Wegräumung der Hindernisse und Erschwerungen, die dem bereits im Februar 1915 auf Verlangen von Bethmann-Hollweg, nicht von Tirpitz, eröffnete U-Bootskrieg nachträglich von Bethmann-Hollweg auferlegt worden waren. Wenn Bethmann-Hollweg schon 1915 die damals wirklich kleine Anzahl von vorhandenen U-Booten für genügend hielt — und man hat damals auch nichts von einem Protest seiner Freunde wegen ungenügender Anzahl gehört —, so machen die Delbrücks, Gotheins, Persius, Struves usw. doch nur „ihren" Kanzler und sich selbst lächerlich, wenn sie die um einen Jahreszuwachs vermehrten U-Boote für zu wenig halten, sobald Tirpitz für ihre Verwendung eintritt. Wenn sie sich jetzt damit brüsten, eine Vermehrung der U-Boote während des Krieges wiederholt beantragt zu haben, so ist es eine mehr als merkwürdige Art der Fürsorge für einen im Kampf auf Leben und Tod befindlichen Ringer, ihm den Revolver, den er hat, wegzunehmen, und gleichzeitig bei einem Waffengeschäft für übers Jahr dem Manne vier neue zu bestellen. Bei Herrn Hans Delbrück, einem der schärfsten U-Bootsgegner, hatte sich ja diese Art der Fürsorge schon 1916 fast zum Hohn gesteigert, als er am 13. Juli im „Tag" in einem Aufsatz „Unnötige Sorge" (!) schrieb: „Es ist keine Frage, daß nach Ablauf nicht vieler Jahre die Tauchbootstechnik alle Bedingungen des jetzigen Seekrieges umgeworfen und damit die englische Seeherrschaft gebrochen haben wird." In Wirklichkeit haben 1916 beim Sturze von Tirpitz und der Untersagung des U-Bootskrieges marinetechnische Gründe gar keine Rolle gespielt; es wurden auch solche Gründe von Bethmann nicht vorgebracht; lediglich der Schwächepolitik von Bethmann-Hollweg fiel der U-Bootskrieg schon 1915 und dann wieder 1916 zum Opfer. Wäre der U-Bootskrieg, nachdem er 1915 nun einmal erklärt worden war, ruhig und zielsicher ohne Rücksicht auf links und rechts weitergeführt, so wären bis Ende 1916 mindestens 7 bis 8 Millionen t versenkt worden, ein Verlust, der damals weder durch ein Eingreifen Amerikas noch durch sonst irgendwelche Mittel hätte ausgeglichen werden können. Zahlen haben im Krieg immer nur relative Bedeutung. Wir wären dann am 1. Februar 1917 nicht nur einfach um diese 7 Millionen t voraus gewesen; eine Versenkung von 7 Millionen t bis Ende 1916 wäre vielmehr unendlich viel schwerer ins Gewicht gefallen als die doppelte Zahl ein Jahr später.

Amerika mußte England schon 1915 mit der Lusitaniaprovokation zu Hilfe kommen, weil England noch so gut wie ungerüstet gegen den U-Bootskrieg war und Zeit brauchte, Gegenmaßregeln zu treffen. Fast alle Abwehrmaßnahmen gegen den U-Bootskrieg wurden erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 in Angriff genommen. Die „Boston Transcript" meldete z. B. am 3. April 1917, bei der Erklärung des verschärften U-Bootskrieges am 1. Februar 1917 habe die Submarine Boat Corporation eben ihre letzte Lieferung von 550 Unterseebootszerstörern zum Versand gebracht, die in 550 Tagen auf Rechnung der englischen Regierung gebaut worden waren. Sie waren also im Juli 1915 in Auftrag gegeben worden. Die Versenkung der Lusitania geschah im Mai; unmittelbar darauf

wurde mit der Hemmung des uneingeschränkten U-Bootskrieges begonnen, und er erst wieder erlaubt, als die englische Regierung glücklich im Besitz der 550 Zerstörer war. Die wichtigste Waffe dieser kleinen und sehr schnellen Motorboote waren die Wasserbomben, die, ins Wasser geworfen, erst in einer bestimmten Tiefe platzen und, wenn ein U-Boot in der Nähe ist, es leck schlagen; sie sind in der Hauptsache ebenfalls erst eine Errungenschaft des Jahres 1916. Die Unterseebootszerstörer erfordern die Mitwirkung von Flugzeugen, deren Führer bei klarem Wetter ein Boot bis auf 12 m Tiefe aus einer Höhe von 800—1000 m entdecken können. Man kann sich ungefähr ausrechnen, wieviel Flugzeuge in den Jahren 1915/16 bis zum Beginn des U-Bootskrieges 1917 fertiggestellt worden waren. Umgekehrt war die 1915 und auch 1916 noch sehr nützliche Hilfswaffe der U-Boote, die Zeppeline, bis Anfang 1917 fast bis zur Unwirksamkeit entwertet. Die Absperrung engerer Stellen wie die des Kanals mit minenbespickten Netzen und Minenketten wurde im großen Maßstabe ebenfalls erst im Jahre 1916 eingeleitet und vorbereitet. Sehr wichtig war ferner die Ausbildung der feindlichen Handelsdampfer und ihrer Begleitkriegsschiffe im Konvoifahren. Es ist gar keine einfache Aufgabe, eine Anzahl Handelsdampfer, die verschieden gebaut sind und verschiedene Geschwindigkeit besitzen, in ordnungsmäßiger Fahrt zu halten, wie es das Fahren in einem Geleitzug erfordert; sie wird noch erschwert durch das unzuverlässige Bemannungspersonal, über das die Handelsflotten verfügten. Anfang 1916 waren die Handelsdampfer und ihre Begleiter im Geleitfahren noch wenig geschult; unsere Verzögerung des U-Bootskrieges ließ ihnen 12 Monate Zeit, sich darin zu üben. Auch die im Jahre 1915 begonnene Bewaffnung der Handelsdampfer wurde erst im Jahre 1916 zu Ende geführt; soweit sie schon bewaffnet waren, wurden sie mit besseren Geschützen mittleren und schweren Kalibers versehen und die Geschütze selbst besser verborgen. England hat für die Handelsschiffe 12000 Geschütze neu herstellen und neue Bedienungsmannschaften dafür anlernen müssen. Vor der Bewaffnung der Handelsschiffe konnten die U-Boote die meisten Schiffe schon durch Artilleriefeuer vernichten; darnach waren sie auf Torpedos angewiesen, von denen jedes Boot natürlich nur wenige mitnehmen kann. Nicht nur also durch die erhöhte Gefahr, sondern auch durch diesen Umstand war die Kriegführung 1917 gegenüber 1916 bedeutend erschwert. Das „Unsichtbarmachen" der Handelsschiffe durch besondere Farbenanstriche soll nicht den Erfolg gehabt haben, den man sich davon versprach. Dagegen sind den U-Bootsfallen, die während der Jahre 1915/16 fertiggestellt wurden, eine Reihe von U-Booten zum Opfer gefallen. Von den kleinen 3000 t-Schiffen, die sich den Angriffen der U-Boote leichter entziehen als größere — mit ihnen haben die Amerikaner den Hauptteil ihrer Truppen herübergebracht — dürfte der größere Teil ebenfalls im Jahre 1916 gebaut sein. Die im Jahre 1916 von den Amerikanern neu angelegten Schiffswerften, deren Erzeugnisse die Wirkung des 1917 und später geführten Ukrieges zum großen Teil aufhoben, sollen leistungsfähiger und größer als alle englischen Werften sein. Selbstverständlich wäre durch den unbeschränkten U-bootskrieg im Jahre 1916 nicht nur die weitere U-kriegsführung außerordentlich entlastet worden, sondern ebenso die Kriegsführung zu Lande. Das Mehr an Munition und Kriegsmaterial aller Art (Tanks z. B.!), das der Feind in dem ihm geschenkten Jahre 1916 unbehindert und in den folgenden Jahren infolge dieses geschenkten Jahres nur mehr ungenügend behindert herbeiführen konnte, mußte mit Hunderttausenden deutscher Menschenleben ausgeglichen werden, die allein auf die Rechnung jener Verzögerer des U-krieges fallen.

Der § 89 des Reichsstrafgesetzbuches lautet: „Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder den Truppen des Deutschen Reiches oder den Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrates mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft." Über das „vorsätzlich" kann man ja streiten; bei der überwiegenden Mehrzahl der Beteiligten liegt Schwäche des politischen Verstandes, Schwäche des Charakters, blindmachende Verbohrtheit in irgendwelche Lehrmeinungen oder Fahrlässigkeit vor. Der Tatbestand aber, die Vorschubleistung für die feindliche Macht und die Benachteiligung der eigenen Truppen — man denke an Weddigen und andere Helden — liegt zweifelsfrei bei allen vor, die gegen den rechtzeitigen Beginn des ungehemmten U-Bootskrieges gewirkt hatten, auch wenn man sich nur auf die rein militärische Seite desselben beschränkt. Die bekannte Denkschrift behandelt die militärische Seite überhaupt nicht, sondern lediglich die wirtschaftliche.

Nach zuverlässigen Berichten verfügte England im Dezember 1915 über einen Vorrat von Lebens- und Bedarfsartikeln, der kaum mehr als den Bedarf von drei Monaten gedeckt hätte; andere Berechnungen sprechen von sechs Wochen. Es hat ganz gewiß den Zeitraum von einem Jahr, den ihm die Regierung des Herrn von Bethmann dafür ließ, nicht ungenützt verstreichen lassen und war, soweit es ihm der Frachtraum gestattete, sicher mit dem Notwendigsten im Dezember 1916 sehr viel besser versehen als im Dezember 1915. Bekanntlich hat es im Jahre 1916 die Einfuhr aller nicht unbedingt nötigen Gegenstände bedeutend eingeschränkt, um Raum für das Unentbehrliche zu schaffen. Auch die Verwandlung der englischen Wiesen und Jagdgründe in Ackerland wurde in diesem Jahr in größerem Umfange vorgenommen; war der Gewinn an Nahrungsmitteln dadurch auch nicht groß, so verlängerte er doch immerhin das Aushalten Englands.

Die zweite Voraussetzung der Prophezeiung vom Februar 1916 war die damalige Frachtraumnot Englands. England hat das Jahr 1916 in ausgiebiger Weise dazu benützt, um durch einschneidende Maßregeln in der Verteilung des Frachtraums, durch Erhöhung der Ladefähigkeit, durch Ein- und Ausfuhrverbote, durch geringere Belieferung der Verbündeten usw. die Not auszugleichen. Ebenso ließ ihm das gewährte Jahr Zeit, den Frachtraum durch Neubau zu ergänzen. Auf die Ergänzung durch die Beschlagnahme der in Amerika liegenden Schiffe der Mittelmächte wird später zurückzukommen sein. Aber auch der Bau an Schiffen war nicht unbeträchtlich. Lloyd George berichtet darüber in seiner Rede vom 16. Aug. 1917 folgendes („Nordd. Allg." 228): „1915 betrug die in unserm Land gebaute Tonnenzahl 688888 t; 1916 betrug sie 538000 t (dieser Zuwachs wäre also, wenn der uneingeschränkte U-Bootskrieg erlaubt worden wäre, in einem einzigen Monat versenkt worden), in den ersten sechs Monaten des Jahres 1917 484000 t; in den zweiten sechs Monaten wird sie auf fast 1100000 t steigen; 330000 werden im Auslande erworben werden." D. h. also, England dürfte im Jahre 1917 etwa 1 Million t mehr fertiggestellt haben als 1915 und 1916; das Material dazu hat es zweifellos erst während des Jahres 1916 teils erzeugt, teils eingeführt.

Eine weitere Voraussetzung der sechs Monateprophezeiung war die gesamte politische Lage. Wenn es jemals möglich war, um die Kriegserklärung Amerikas noch herumzukommen, dann lag diese Möglichkeit im Frühjahr 1916 zum letztenmal vor. Die „Norddeutsche Allgemeine" schrieb in ihrem politischen Tagesbericht vom 15. Juni 1917 (Nr. 164): „Im Laufe des vorigen Jahres hat uns Präsident Wilson

wiederholt erklärt, daß er den Frieden zu vermitteln wünsche, daß er es aber nicht tun könne, ehe seine Wiederwahl gesichert sei." Wie uns dieses Eingeständnis verrät, hat Herr von Bethmann, wie immer im Gegensatz zu den Wünschen des deutschen Volkes, die Friedensvermittlung Wilsons angestrebt; sonst wäre die wiederholte Erklärung Wilsons nicht denkbar. Was aber die Hauptsache ist: wenn Wilson noch nicht einmal den Frieden vor seiner Wiederwahl zu vermitteln wagte, zu einer Zeit, zu der das Hochziel fast ganz Amerikas mit Ausnahme der Plutokratie die Wiederherstellung des Weltfriedens war, dann wäre er noch viel weniger in der Lage gewesen, im Frühjahr 1916 die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootskrieges mit einer Kriegserklärung zu beantworten. Auch die Kriegsstimmung gegen Deutschland hat sich, geschürt von England und künstlich angefeuert von Wilson, erst während des Jahres 1916 entwickelt; im Frühjahr 1916 wollte die große Mehrheit der Amerikaner nichts vom Kriege wissen.

Das Zurückweichen Bethmanns vor Wilson hat aber nicht nur die Wiederwahl Wilsons zur Folge gehabt, sondern Deutschland auch in den Augen aller noch Neutralen als den im Niederbrechen begriffenen Staat erscheinen lassen. Schwankende Neutrale erhielten mit dem Zurückweichen von Amerika in der U-Bootsfrage und dem Sturze von Tirpitz gewissermaßen die amtliche Bestätigung, die deutsche Regierung glaube selbst nicht mehr an den Sieg; das war die einzige Deutungsmöglichkeit für alle Außenstehenden; nur wenn Deutschland glaubte, beim Friedensschluß Amerika als wohlwollenden Vermittler zu seinen Gunsten nicht entbehren zu können, war die Aufgabe der besten militärischen Waffe verständlich. Vermutlich wären weder die rumänische noch die italienische Kriegserklärung 1916 erfolgt, wenn sich Deutschland nicht im Frühjahr 1916 die U-Bootswaffe hätte aus der Hand schlagen lassen. Ebensowenig wären wahrscheinlich die überseeischen Kriegserklärungen, Amerika voran, gekommen, die der Entente, abgesehen von anderen Vorteilen, auch den stattlichen Frachtraumzuwachs brachten, der nun im Jahre 1917 von den U-Booten zu bewältigen war und in diesem Umfang im Jahre 1916 gewiß nicht hätte zusammengebracht werden können. Nur die Furcht vor einem starken Deutschland konnte noch die Neutralen abhalten, den deutschen und den eigenen Frachtraum der Entente auszuliefern; diese Furcht wurde aber durch die Bethmannsche Politik der Schwäche mit Gewalt untergraben.

Damit kommen wir zu dem am allerschwersten wiegenden Punkt im Vergleich von 1916 zu 1917, der merkwürdigerweise fast nie erwähnt wird. Es handelte sich im Frühjahr 1917 gar nicht nur um die Frage: uneingeschränkter U-Bootskrieg oder nicht, sondern mehr noch um die Frage: System Bethmann oder System Tirpitz. So groß auch die Klebkraft des Herrn von Bethmann-Hollweg war: hätte im Frühjahr 1916 der Kaiser zugunsten des uneingeschränkten U-Bootkrieges entschieden, so wäre seines Bleibens nicht mehr gewesen. Herr von Payer hatte das in seinem Triumphgesang vom 13. November 1916 im Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei teilweise erkannt. Er sagte damals: „Die Bewegung (den Kanzler mit Hilfe des U-Bootskrieges zu beseitigen) hat jetzt ihren Höhepunkt überschritten und wird in sich innerlich zusammenbrechen, auch deshalb, weil sich hier ein persönliches Ziel breit mache. Und nachdem durch eigene Schule und im Laufe des Schicksals die Prätendenten Tirpitz und Falkenhayn ausgeschieden seien, habe der Kampf an persönlichem Interesse verloren." Diese

Verschiebung auf das rein Persönliche läßt darauf schließen, nach welchen Gesichtspunkten die Richtung des Herrn von Payer die „Tüchtigen" zu berufen pflegt; der Wechsel Bethmann Hollweg-Tirpitz hätte eben nicht nur einen Personenwechsel, sondern einen Systemwechsel bedeutet, jenen Wechsel, von dem ich schon im Dezember 1915 in meinem Buch über die Politik Bethmann Hollwegs voraussagte, wenn er nicht einträte, verlören wir den Krieg. Auch Falkenhayn erkannte dies klar und stellte, wieder im Zusammenhang mit dem U-Bootskrieg, August 1916, das Ultimatum: entweder ich oder Bethmann. Wieder entschied sich der Kaiser für die alljüdische Seite, für Bethmann. Hindenburg und Ludendorff unterwarfen sich bei Übernahme der Heeresleitung löblich den Kompromißvorschlägen Bethmanns, den U-Bootskrieg wenigstens noch bis 1917 hinauszuschieben. Bethmann machte dann die krampfhaftesten Bemühungen, um vorher noch zu einem Frieden zu gelangen. Das Königreich Polen wurde ausgerufen; das Friedensangebot vom Dezember 1916 wurde erlassen, unter der Hand wurde auf Tod und Leben mit allen möglichen Staaten verhandelt. Erst als alles nichts half, die Friedensangebote überall mit Hohn zurückgewiesen waren, Hindenburg und Ludendorff den Sieg ohne Unterstützung durch die U-Bootswaffe für unmöglich erklärt und ihm die Ausrede mit den neutralen Mächten (Holland, Norwegen), die den U-Bootskrieg mit einer Kriegserklärung beantworten würden, durch Bereitstellung genügender Truppen abgeschnitten hatten, gab Bethmann im Januar 1917 widerstrebend nach. Jetzt bedeutete für ihn das Zugeständnis keinen Verzicht auf den Kanzlersessel mehr; denn die Nachgiebigkeit um diese Zeit hatte er ja schon vorher in Aussicht gestellt.

Mit dem Verbleiben des Herrn von Bethmann und seines Systems war aber dem U-Bootskrieg eine seiner hauptsächlichsten Wirkungen genommen, nämlich die moralische. Jedes Kriegsmittel versagt, wenn nicht die politische Ausnützung desselben mit seiner Anwendung Hand in Hand geht. Die Wirkung der Politik des Herrn von Bethmann war schon bei allen Landsiegen die gewesen, sie jeden Eindrucks auf die Neutralen und auf die Feinde zu berauben; beide konnten sich bei jedem neuen Waffenerfolg fest darauf verlassen, Herr von Bethmann werde nicht nur nach außen nichts daraus zu machen verstehen, sondern sie auch nach innen nur dazu benützen, um durch eine neue Dämpfung die wieder gehobene Stimmung des Volkes noch um einen Grad tiefer herunterzudrücken, als ihm dies beim vorletzten Siege gelungen war. Das Verbleiben des Herrn von Bethmann auch nach Eröffnung des U-Bootskrieges war für alle noch Neutralen die sicherste Bürgschaft, es würde ihnen keinerlei Nachteile bringen, wenn sie zu den Feinden übergingen oder sich so unfreundlich, wie sie gerade Lust hätten, zu Deutschland stellten, wenn sie Deutschlands Schiffe ruhig den Feinden auslieferten, wenn sie ihre eigenen Schiffe ruhig den Feinden überließen. Wäre im Frühjahr 1916 der U-Bootskrieg von uns durchgesetzt worden, dann wäre Tirpitz oder ein Mann seines Systems ans Ruder gekommen; dann hätten Neutrale und Feinde zum erstenmal erkannt, nun wird es *ernst*, und dann wäre der Krieg bis spätestens Ende 1917 von uns gewonnen worden. So lange Bethmann und sein System, das mit Hertling, Payer und Max von Baden, Scheidemann nicht verlassen wurde, am Ruder waren, bedeutete der Krieg für die Westmächte ja niemals ein Risiko; sie wußten, sie konnten den Krieg so lange fortsetzen wie sie wollten, sie konnten Niederlagen auf Niederlagen erleiden und wir Sieg auf Sieg erringen: der *Friede*, der ihnen bevorstand, war immer der gleiche B-Systemsfriede der „Versöhnung" und der „Verständigung". Keine militärische Kriegsführung vermag einen Krieg siegreich

zu beenden, wenn die politische Kriegsführung nicht mit ihr auf den Sieg und nur auf den Sieg hinarbeitet. Der Beginn des U-Bootskrieges im Frühjahr 1916 hätte der Marine und der Landmacht die richtige Politik an die Seite gestellt, die von größerem militärischen Wert und größerer Bedeutung für die Niederringung Englands in 6 Monaten gewesen wäre, als wenn die fünffache Anzahl U-Boote zur Verfügung gestanden hätten. Es liegen Äußerungen englischer Offiziere vor, wonach England den Krieg im Lauf des Jahres 1916 auf anständige Art zu liquidieren versucht hätte, wenn Deutschland nicht seinen besten Gaul (Tirpitz) aus dem Rennen gezogen gehabt hätte. Der Satz Konrads von Hötzendorffs vom 9. März 1917, der Krieg wäre schon beendet, wenn der U-Bootskrieg früher begonnen worden wäre, war vollauf berechtigt. So aber siegte Bethmann; der U-Bootskrieg wurde auf ein Jahr aufgeschoben, und Deutschland verlor den Krieg.

Der Militarismus.

„Die Welt muß vom deutschen Militarismus befreit werden." Das war das Schlagwort aller Feinde des Deutschen Reiches und aller Freunde der deutschen Revolution. Von einer Befreiung der Welt vom französischen und englischen Militarismus schweigen alle deutschen und andern Demokraten fein säuberlich still. Den Schwindel vom deutschen Militarismus hat General Keim in seiner trefflichen Schrift: „Die Schuld am Weltkriege"[1]) folgendermaßen beleuchtet:

Hätte Deutschland auf Grund seiner Bevölkerungszahl im Frieden dieselben militärischen Anstrengungen gemacht wie Frankreich, so hätte es anstatt 25 Armeekorps deren 34 aufgestellt. Ich glaube nicht, daß Frankreich angesichts einer solchen deutschen Überlegenheit es gewagt haben würde, dem Kriege zuzutreiben. So waren aber die militärischen Kräfteverhältnisse der beiden Länder umgekehrt, trotzdem Deutschland 28 Millionen Bewohner mehr zählte. Frankreich verfügte im Jahre 1913 insgesamt über 5 Millionen ausgebildeter Mannschaften, Deutschland nur über 4 Millionen! [August 1914 hatten Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen 8 700 000, Frankreich und Rußland zusammen 12 500 000 Mann unter Waffen. Die vereinigten Flotten der ersten beiden Staaten zählten 1 400 000 t, die der beiden letzten zusammen mit der englischen 3 400 000 t].[2]). Das französische Friedensheer übertraf das deutsche 1912 um mindestens 3000 Offiziere und 30 000 Mann. Selbst die deutsche Wehrvorlage von 1913, die man fälschlicherweise als eine Herausforderung Frankreichs bezeichnete, während sie tatsächlich nur ein Akt der Notwehr war angesichts der stetig wachsenden französischen Rüstungen, brachte für uns im Frieden einen Gesamtzuwachs von 137 000 Mann, dagegen der sogenannte französische „Gegenschlag" — der aber nachweislich schon vor der deutschen Heeresvermehrung auf Drängen Rußlands geplant war — diesem Lande eine Vermehrung von 196 000 Mann. Diese Verstärkung war nur möglich durch die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, und es lag auf der Hand, daß Frankreich diese ungeheuerliche Belastung (so wurde sie selbst in der französischen Deputiertenkammer bezeichnet) an persönlichen und finanziellen Opfern nur kurze Zeit zu tragen imstande sei. Diese Tatsache bildete mit einen der entscheidenden Gründe für die Entente, den Krieg möglichst bald zu beginnen, der ja auch zuerst für 1916 ins Auge gefaßt war.

Gehen wir nun weiter den Spuren des Militarismus nach. In Deutschland wurden 1911 nur 52 v. H. der Dienstanglichen eingestellt, in Frankreich jeder Dienstangliche. In Deutschland stand selbst nach der letzten Heeresvermehrung nur 1,2 v. H. im Frieden unter den Waffen, in Frankreich 1,7 v. H. Die Übungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes in Frankreich umfaßten in den Zeiträumen 1902—12 im ganzen 112 Millionen Tage gegen nur 40 Millionen Übungstage in Deutschland! (Siehe Generalleutnant v. Schmitts Vergleiche zwischen der deutschen und französischen Armee. Stuttgart 1912.) Nun zu den finanziellen Belastungen des Militarismus. Es gaben aus für Wehrzwecke in 1901/10 in Milliarden Mark: Deutschland 11,7, Frankreich 10,1, England 16,7, und in dem gesamten Zeitraum von 1881/1910 Deutschland 25,2, Frankreich 26,9 und England 30,9. Das

[1]) Neudeutsche Verlagsgesellschaft. Berlin SW 11, Hedemannstr. 12. Preis 40 Pf.
[2]) Vom Verfasser eingefügt.



wirkliche finanzielle Belastnngsverhältnis stellt sich aber für die Periode 1881/1910 noch nngleich günstiger für Deutschland, insofern dessen Rüstungsaufwand gegenüber dem allgemeinen Reichs- und Staatsaufwand nur 26,9 v. H. betrug, in Frankreich 36,6 v. H., in England gar 43 v. H. Dementsprechend berechnete sich z. B. der Steuerdruck vor dem Kriege auf je 67 M. für den Kopf der Bevölkerung in Frankreich wie in England, in Deutschland dagegen nur auf 41 M. In Frankreich — wo der Mannschaftssold 4 Pf. für den Tag betrug gegen 25 Pf. in Deutschland — beliefen sich die Kriegsaufwendungen in den letzten sechs Jahren vor 1913 anf etwas über 30 v. H. der gesamten Staatseinnahmen, in Deutschland nnr anf 18 v. H. Das ist alles Mathematik, was hier über die kriegerischen Lasten nnd Anfwendnngen Deutschlands, Frankreichs, Englands nachgewiesen wird, und diese Mathematik erbringt den nnwiderleglichen Beweis, daß der sogenannte „Militarismus" in seiner praktischen Betätignng, das heißt nach finanziellen bzw. persönlichen Opfern, in Frankreich und England viel mehr zu Hanse war als in Deutschland!

Nicht zn militaristisch, sondern zu wenig militaristisch war angesichts seiner strategisch so ungünstigen, ungeschützten Lage mitten im feindlichen Europa das Dentsche Reich. Noch klarer als auf dem Festland tritt das in der Kolonialpolitik Deutschlands hervor. Frankreich hat jahrzehntelang vor dem Krieg begonnen, seine Kolonien, vor allem seine afrikanischen, zu militarisieren. Es hat Marokko wegen seiner Soldaten, nicht wegen seiner Reichtümer erworben. England hat in allen seinen Kolonien eine Eingebornenwehrmacht herangezogen. Deutschland ist weit, weit hinter ihm nachgehinkt und mußte es büßen.

Bezieht man den Militarismus auf die Mannszucht im Heere, so wäre es wiederum Schwindel, wenn man Deutschland als den härtesten Militärstaat hinstellen würde. Die Militärgesetze Frankreichs und Englands sind viel strenger als die Deutschlands; nnd die Disziplin wird dort schärfer gehandhabt als bei uns. Der Kasernenhofton ist überall der gleiche; die Grobheit eines Schweizer Unteroffiziers ist nm kein Haar geringer als die eines preußischen. In den Bolschewistenheeren Rußlands herrscht eiserne Unterordnung; Gehorsamsverweigerungen werden mit dem Tode bestraft. Das alte zaristische Exerzierreglement wird mit unbedeutenden Abweichungen angewandt; in allen Militärschulen ist der Grußzwang eingeführt; Trotzki nimmt Inspektionen und Paraden ab wie die Generale des Zaren; nur redet er mehr. Sogar die Räterepublik in München erkannte sofort die unerbittliche Notwendigkeit der militärischen Ordnung und forderte von ihrer Roten Armee als Bedingung unbedingten Gehorsam und strengste Disziplin.

Was für eine herrliche Schöpfung war unser Heer, als beides noch in ihm herrschte! Die ganze Welt blickte mit unverhohlener Hochachtung und Furcht auf die deutsche Armee. Und was ist daraus geworden, als das „reife" Volk der Soldaten selbst über sich entschied! Zusammengelaufene Rotten von polnischen, belgischen, rumänischen, ungarischen, russischen, ukrainischen Gassenbuben konnten ganzen Regimentern vorschreiben, wie sie sich zu verhalten hätten, sobald der Offizier durch den „Soldatenrat" ersetzt war. In demselben Augenblick, wo der deutsche Soldat nicht mehr „Untergebener", sondern freier Herr war unter selbstgewählten Räten, wnrde er zum mißachtetsten Geschöpf, das in Europa herumlief. Man hat in verschiedenen Landesversammlnngen behauptet, manche Soldatenräte hätten „auch" Gutes gewirkt; aber sobald die Namen von Orten genannt wurden, wo das gewesen sein soll, erfolgten alsbald (Brüssel, Antwerpen, Warschau usw.) Aufklärungen über die Tätigkeit der Soldatenräte, die genau das Gegenteil alles Lobenswerten ergaben.

Und — wie billig war unser Heer! Mit der Hetze gegen den Militarismus kam man am leichtesten bei den großen Massen an, wenn man ihnen vorrechnete,

welche Unsummen der Moloch Militarismus alljährlich verschlinge, und wie schön es das Volk haben könnte, wenn man diese Summen der sozialen Fürsorge, der Wissenschaft und Kultur zuwende. Wie kläglich ist auch dieser Schwindel zusammengebrochen! Ein Kriegs- oder „Wehr"minister „aus dem Volke" nach dem andern kommt schüchtern mit der Erklärung heraus, die der Zahl nach jämmerlichen Söldnertruppen, die auch er zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht entbehren könne, kosteten im Jahr genau ebensoviel oder doch fast ebensoviel wie unser prachtvolles Heer unter der Herrschaft des Militarismus. Selbst Taglöhnern beginnt es zu dämmern, wie gut angelegt und wie fruchtbringend dabei die Ausgaben für jenes Heer waren, und wie wenig einträglich, wenn auch notwendig, die Ausgaben für das neue „Volksheer" sind.

Die Herren um Scheidemann sind jetzt auch merkwürdig schweigsam geworden von den schönen Schwindelsprüchen über die „Freudigkeit", mit der der „freie" und „reife" vom Joch des Militarismus erlöste Soldat des demokratischen Staates die Waffen zur Verteidigung des Vaterlandes führen würde. Jawohl, um Bürgerkriege anzuzetteln, dafür raubten die ehemaligen Anhänger Scheidemanns freudig die Arsenale aus, und Noske muß gegen sie die „rückständigen" bürgerlichen Kräfte der „abgelebten" Staatsordnung entsenden. Über die unverteidigte Grenze jedoch, die unter dem alten „verfaulten" Militarismus keines Gegners Fuß überschritt, fluten im Osten und Westen die Feinde.

Als der Militarismus herrschte, war es umgekehrt; da standen die deutschen Heere im Norden in Finnland, im Osten bis an die Grenzen Persiens, im Süden in Italien und im Westen einen Tagesmarsch vor Paris. Wenn der deutsche Militarismus jemals eine glänzende Rechtfertigung erfahren hat, dann waren es seine Leistungen in diesem Krieg. Aber es gibt noch eine andere, tiefer gehende Rechtfertigung, die beweist, wie sehr unser „Militarismus" Volksmilitarismus war, wie sorgfältig unsere Offiziere mit dem ihnen anvertrauten Gut an Menschenleben umgingen.

Dafür gibt es einen Maßstab, der so unwiderleglich ist wie das Thermometer für die Temperatur: die Verluste. Deutschland hatte insgesamt 2000000 Tote. Die Angaben der Franzosen schwanken zwischen 1352000 (amtliche französische Mitteilung vom Juni 1919) 1400000 (Unterstaatssekretär Abrami), 1500000 (Vizepräsident des Heeresausschusses im Senat Doumergue), 1800000 (Tardieu) und 1900000 (Duboit). Ist die Zahl Tardieus richtig, was nicht unwahrscheinlich ist, so hat Frankreich, das keinen Fußbreit Landes erobert, wohl aber große Strecken verloren hat, fast ebensoviel Tote zu beklagen wie Deutschland. Der rumänische Botschafter in Madrid, Stajowitsch, gab die Zahl der russischen Toten auf 1700000, der Petersburger Pressekommissar Kusmin am 5. Juli 1918 mit 4½ Millionen an. Italien hatte nach den ersten Presseangaben etwa eine Million, nach einer amtlichen Mitteilung 460000 Tote, England ungefähr 800000 (nach Macpherson, Unterstaatssekretär für den Krieg), nach einer Mitteilung des Manchester Guardian vom 5. März 1919 900000 Tote. Auf einen deutschen Toten kommen also etwa 2—3 feindliche Tote. Natürlich sind auf deutscher Seite noch die österreichischen Toten (850000), die bulgarischen (200000) und die türkischen (300000) in Anrechnung zu bringen; dafür sind aber auf der feindlichen Seite die serbischen (300000), rumänischen (335000), portugiesischen (4000), montenegrinischen (50000), griechischen (15000), belgischen (20000) und amerikanischen (70000 nach einer amerikanischen, 112424 nach einer amtlichen französischen Mitteilung vom Juni 1919) noch nicht gezählt. Manchester Guardian berechnet im Ganzen 2900000 Tote bei den Mittelmächten gegenüber 5500000 Toten bei den Alliierten. Die Zahlen bei den Alliierten

dürften aber sicher zu niedrig gegriffen sein. Italien rechnet z. B. bei seinen 460000 Toten seine 300000 an Krankheiten im Felde gestorbenen Soldaten nicht mit; Belgien unterscheidet 20000 Kriegstote von angeblich 30000 getöteten Zivilisten usw. Für Rußland nimmt Manchester Guardian offenbar die bei einem amtlich angegebenen Gesamtverlust von 9250000 unwahrscheinlich niedrige Ziffer von 1700000 Toten an. Jedenfalls lag das Hauptgewicht aller Leistungen auf den deutschen Schultern, und zieht man diese Leistungen, welche die Eroberung und Besetzung so ausgedehnter Ländereien im Westen wie im Osten ermöglichten, in Vergleich mit den Leistungen der feindlichen Armeen, welche sich bis auf die allerletzten Monate fast überall auf die Verteidigung beschränken mußten, so erscheinen die Verluste Deutschlands ungewöhnlich gering. In den ersten Jahren, als die gedienten Mannschaften noch besser in der Hand der ausgebildeten Offiziere waren, waren die Zahlen noch günstiger; Ende 1915 hatten die Franzosen bereits so viel Tote wie Deutschland und Österreich zusammen. Nur eine Armee, die von ihren Offizieren ganz vorzüglich erzogen und ganz hervorragend gewissenhaft geführt ist, vermag so außerordentliche Leistungen zu vollbringen unter verhältnismäßig so geringen Verlusten. Über 12500 aktive Offiziere, vom Hundert mehr als 36, sind denn auch in Erfüllung ihrer Pflicht gefallen; von den 950 vermißten dürfte die Mehrzahl ebenfalls zu den Toten zu zählen sein; unter den gefallenen Offizieren befanden sich 150 Generäle, 1460 Obersten, 275 Oberstleutnante, 937 Majore. Auf 100 Mannschaften kamen 12—13 Tote. Tote und Vermißte zusammengenommen, verloren die aktiven Offiziere 39,2, die Mannschaften 19 v. H. Die Gesamtverluste der aktiven Offiziere an Gefallenen, Vermißten und Verwundeten betrugen 94,7 v. H.; es sind also nur 5 von 100 aktiven Offizieren, diesen eigentlichen Trägern des „Militarismus“, unverwundet und lebend aus dem Kriege zurückgekehrt, was zur Beleuchtung des Schwindels vom Versagen unserer Offiziere und ihrer Verderbtheit nur nebenbei erwähnt sei. Die Reserveoffiziere, deren größerer Teil auch vollauf seine Pflicht getan hat, waren fast durchweg „Volk“, nicht „Militarismus“.

Diese Armee und dieses Offizierkorps hätte uns auch zum Siege geführt, wenn das deutsche Volk noch ausgehalten hätte.

* * *

Die Herren Ebert und Scheidemann hatten, als sie am 9. November zur Herrschaft kamen, nichts Eiligeres zu tun, als das im Felde stehende Heer aufzulösen und dem „Militarismus“ ein Ende zu machen. Sie verrieten damit, was ihnen eigentlich so unangenehm am Militarismus war, nämlich die Zucht und das Pflichtgefühl gegenüber dem bisherigen Staat als Ganzem, die der Militarismus den Massen einflößte und durch die er sie in Ordnung hält. Sie fürchteten mit Recht, damit ließe sich ihre besondere Herrschaft, ihr Sozialistenstaat, nicht vereinen. Und es ist alte B-Systemsüberlieferung, lieber das Reich zugrunde gehen, lieber die Franzosen an den Rhein, die Polen nach Posen zu lassen, als eine Einrichtung weiterbestehen zu lassen, die das zwar verhindern, aber die eigene Herrlichkeit gefährden könnte.

Die Herren gerieten dabei allerdings in eine Zwickmühle, die sie sich nicht überlegt hatten. Das deutsche Volk in seinen Massen braucht nämlich mehr noch als jedes andere Volk den Militarismus, weil es politisch unreifer als jedes andere Volk ist, und sein Militarismus eben nicht nur dem Volk in Uniform,

sondern dem ganzen Staat, dem Volk als Staatsbürgerschaft, den Halt gibt, ohne den ein Staatswesen nicht aufrechtzuerhalten ist. In Wirklichkeit verdanken die Herren Ebert, Scheidemann, Noske usw. von jeher ihre ganze Parteimacht der militärischen Erziehung ihrer Anhänger; sie nahmen die erzogenen jungen Leute und die Erziehung schlankweg vom Exerzierplatz und dem Manöverfeld herüber und übertrugen sie in ihre politische Organisation. Die Disziplin und der Drill der „Arbeiterbataillone", deren „dröhnender Schritt" so häufig in den Liedern und Reden der Arbeiterführer erklingt, braucht keinen Vergleich mit dem preußischen Kasernenhof zu scheuen, und der äußere und moralische Zwang, der die Arbeiterjugend in das sozialdemokratische Heer preßte, war nicht sehr viel geringer als der staatliche, der sie in das Militär einreihte. Als die Herren den Militarismus des Heeres zerbrachen, zerbrachen sie damit auch den Militarismus ihrer eigenen Organisation; abgeschafft ist abgeschafft; was dem gemeinen Mann seinem Offizier im Heer gegenüber recht war, war ihm seinem Offizier in den Arbeiterbataillonen gegenüber billig; will man von Pflicht gegenüber den staatlichen Vorgesetzten nichts mehr wissen, ist man auch der Pflicht gegen die politischen Vorgesetzten enthoben. Der letzte „militärische" Erfolg der Parteileitung war der durch die sozialdemokratischen Unteroffiziere, Verzeihung, durch die „Ordner", gut geregelte Massenumzug in Berlin, den Scheidemann als Beweis für die Übereinstimmung des Volkswillens mit seiner Forderung der Abdankung des Kaisers brauchte; dann brach die Macht der sozialdemokratischen Führerschaft in Partei und Gewerkschaften restlos zusammen.

Die Herrschaft der Ebert, Scheidemann und Genossen war an den allerersten Tagen der Revolution eine Scheinwahrheit; nachdem eine Woche vergangen war, war sie nur noch eine einzige große Lüge, ist es bis heute noch und wird es bleiben, bis sie entweder vom Bolschewismus oder vom Royalismus abgelöst ist. Sie gibt vor, von Proletariat und Arbeiterschaft getragen zu sein, hat aber keinerlei Macht über sie und findet keinerlei Anerkennung ihrer Machtstellung bei ihr. Alles, was die Arbeiterschaft tut, geschieht gegen den Willen der angeblichen Führer, die übertriebenen Lohnforderungen, die Streiks, die Arbeitsverweigerungen, die eigenmächtigen Sozialisierungen, die Ausrufung kleiner selbständiger Republiken und Räteregierungen, die Angriffe auf Leben und Gut friedfertiger Bürger sind lauter Auflehnungen nicht gegen Bürgertum und Kapitalismus, sondern zunächst einmal gegen die Regierungen der Herren Ebert, Scheidemann, Noske, Leinert in Preußen und im Reich, gegen Auer und Hoffmann in Bayern, gegen Gradnauer und Neuring in Sachsen usw. Dieser sich gegen sie auflehnenden Masse gegenüber steht der sozialdemokratischen Regierung an Macht aus eigener Kraft überhaupt nichts zur Verfügung. Ob eine Regierung Kräfte hinter sich hat, das offenbart sich nicht an Stimmzetteln, sondern an den Männern, die für sie einstehen, wenn sie in Not ist. Für die Regierung Scheidemann, Gradnauer, Hoffmann usw. steht aus ihren *eigenen* Reihen keine Katze ein. Regimenter aus Freiwilligen, die samt und sonders Vertreter des *alten*, echten Militarismus sind, zum Teil unverfälschte Royalisten, halten diese sozialdemokratischen Regierungen am Leben; der alte militärische Staat muß ihnen nicht nur seinen gesamten Beamtenstab und alle seine Einrichtungen zur Verfügung stellen, sondern auch seine alten Offiziere und seine überzeugten Militaristen, seinen Militarismus, überlassen, wenn sie bestehen wollen. Sonst hätte jede Ordnung im republikanischen Staat längst aufgehört, und die jetzigen Macht-

haber wären alle schon an die Laternenpfähle gehängt, oder, was in den deutschen Revolutionen das beliebtere Mittel zu sein scheint, halb ertränkt und halb erschossen.

* * *

Viel ehrlicher als die Sozialdemokratie ist der Bolschewismus; er macht von Anfang an gar kein Hehl daraus, den „Militarismus“ in schärfster Form übernehmen zu wollen; die „Subordination“ wird in seiner „Roten Garde“, wie schon erwähnt, so preußisch gehandhabt wie nur denkbar; nur sind die Generäle und Offiziere keine nach Verdienst beförderte Deutsche oder Russen, sondern meistens sich selbst ernennende Juden. Die Räterepublik in München führte auch sofort den Aushebungszwang ein, nur wurde nicht nach dem alten „militärischen“ Maßstab der Eignung zum Dienst ohne Ansehen der Person, sondern nach Betriebszugehörigkeit und dem Schein politischer Zuverlässigkeit vorgegangen. Die jüdische Münchner Räteregierung Toller, Levien, Sontheimer, Leviné hat ihre nach außen so stolz klingenden Heereszahlen — es war von 20—50000 Mann die Rede — erzielt, indem sie einfach die Arbeiter der Betriebe, in denen sie linkssozialistisch gesinnte Mehrheiten vermutete, zu den Waffen „befahl“. Zwei Brüder, 26 und 28 Jahre alt, die beide den Krieg als Unteroffiziere mitgemacht hatten, erzählten mir, es sei sehr lustig gewesen, als ihr 54 Jahre alter Vater eines schönen Tages mit einer roten Binde und einem Gewehr heimkam und berichtete, er sei jetzt Soldat der Roten Armee; gefragt sei er nicht worden, sondern alle gesunden Arbeiter der .....stätten hätten einfach die rote Binde umgelegt und das Gewehr in die Hand gedrückt bekommen und seien in die Armee eingereiht worden. Die gedienten Herren Söhne kamen um die Aushebung herum, weil sie beide dem angenehmen und gut bezahlten Gewerbe der Erwerbslosen nachgingen, und deshalb nicht erfaßt wurden; Erwerbslosen war die freiwillige Meldung anheimgestellt.

Der Bolschewismus ist noch in zwei weiteren Punkten eine ehrlichere Regierungsform als die Republik unserer Mehrheitssozialisten. Einmal ist er der Ausdruck für einen wirklich bestehenden Zustand, nicht etwa der positive eines Vorwiegens bolschewistischer Gesinnung im Volk, aber der negative der völligen politischen und völkischen Untauglichkeit und Unfähigkeit unseres Bürgertums, das sich unter dem Schutz des Militarismus zu wohl geborgen glaubte, um an die Möglichkeit zu denken, einmal noch selbst handeln zu müssen. Nur wo das Bürgertum völkisch zersetzt und verfault war wie in Rußland, konnte der Bolschewismus zur Herrschaft kommen; nur wo das Bürgertum national so gleichgültig und politisch so unreif ist wie in Deutschland, konnte er zu einer ernsten Gefahr werden. Die großkapitalistisch-proletarisch-demokratisch-jüdisch-römisch-deutschen Halbheiten der bestehenden republikanischen Regierungen in Deutschland sind aber lediglich der unehrliche Ausdruck eines verschwommenen Chaos.

Ferner bildet der Bolschewismus einen wirklich ehrlichen sauberen Gegensatz zu dem, was er als seinen Gegner bekämpft, zum Bürgertum. In ihm haben sich die alten Feinde des Bürgertums, die Hochstapler, Gauner, Verbrecher und Narren zusammengefunden mit den dem Charakter oder dem Verstand nach besonders schlecht weggekommenen Proletariern — um diese Volksbestandteile in Zucht zu halten, braucht jeder Staat den Militarismus — und bekennen offen und ehrlich, jetzt wollen wir einmal die Herren spielen und Euch, die Bürger, drücken und peinigen, bis Ihr Blut schwitzt, weil wir eben wir sind — Diktatur des Proletariats nennen sie das — und Euch, die Besitzenden als die Besitzenden

hassen. In unseren republikanischen Regierungen aber ist einerseits der Kampf gegen Kapitalismus und Bourgeoisie Spiegelfechterei, denn das schädlichste Kapital, das jüdische Leihkapital, bekämpfen sie, wie des öfteren erwähnt, nicht, sondern fördern es, und was in ihnen an Persönlichkeiten beieinander sitzt, sind Spießbürger, Bourgeois, die sich zu allererst selbst absetzen und enteignen müßten, wenn ihnen der Kampf gegen Auswüchse der Bourgeoisie, gegen das, was an ihr änderungsbedürftig ist, ernst wäre. Andrerseits ist ihr ganzes Gerede von „Demokratie" und „Volkswillen" Schwindel; denn sie pfeifen genau wie die Entente auf alle „Selbstbestimmung" durch Wahlen und Abstimmungen, und lassen nur in die Regierung, wer ihnen paßt, solange es nach ihrem Willen geht.

Unehrlich wäre aber auch eine Bolschewistenherrschaft in Deutschland, wenigstens dann, wenn sie wie die Republik als Ausdruck des Willens der Mehrheit des Volkes auftreten würde; denn hinter ihr stünde eine noch viel kleinere Minderheit. Wie die November-Republik ist auch die Räterepublik in München das Werk von einem Dutzend Schreiern und einigen hundert Anhängern gewesen, welche die grundsätzliche Passivität des Bürger- und ordentlichen Arbeitertums und die Lust der Jugendlichen und Arbeitsscheuen zum Radau ausnützten, rasch die Herrschaft an sich zu reißen und dann durch Terror — auf alles Mögliche war sofortiges Erschießen gesetzt — viele Tausende wenigstens zu einer Scheinanhängerschaft zwangen — siehe oben —, die gar nichts von der Sache wissen wollten. Der Unfug konnte nur deshalb so großen Umfang annehmen, weil auf der Gegenseite eben eine Regierung stand, die sich selbst als Lüge empfand und wußte, wenn sie irgendwelche Macht entfalten wolle, müsse sie bei den Schichten, die sie als Todfeinde bekämpft, um Hilfe betteln gehen. Die Regierung Hoffmann brachte im ganzen bayerischen Volk nicht die paar tausend Mann auf, um den paar hundert Bolschewisten in München das Handwerk zu legen und München zu befreien, und das nennt sich dann Volksregierung. Vorher aber war sie gewissenlos genug gewesen, aus Angst um ihre Thrönchen das Bürgertum, die einzige wirkliche Stütze ihrer Thrönchen, völlig zu entwaffnen und dafür die organisierte Arbeiterschaft mit allen Waffen auszurüsten, die dann diese Arbeiterschaft wie immer und überall gegen sie selbst richtete. Ehe die Regierung Hoffmann in ihrer vollkommenen Ratlosigkeit und Schwäche endlich die fremde Hilfe annahm, versuchte sie noch alle möglichen kläglichen Auswege, knüpfte Verhandlungen an, richtete rührende, von vornherein aussichtslose Aufrufe zur Bildung einer „Volkswehr" an das Volk, bei der aber jeden Teilnehmers Herz und Nieren zuerst wieder von Sozialdemokraten auf ihre sozialdemokratisch-republikanische Festigkeit geprüft werden sollten. Die Truppen des Obersten v. Epp, die einzigen bayerischen Truppen, die hätten helfen können, waren allein zu schwach, weil die Regierung Hoffmann jede Werbung für sie in Bayern bei Strafe verboten hatte und sie sich außerhalb Bayern sammeln mußten. So mußte sie zuwarten, bis allmählich Preußen und Württemberg eine große Truppenmacht anrücken lassen konnten; inzwischen hatten auch die Münchner Räteroten die Russen bewaffnet und eine ansehnliche Wehrmacht geschaffen. Wäre die Regierung Hoffmann eine Re*gierung* gewesen, und hätte sie die Entschlossenheit gehabt, in den ersten zwei, drei Tagen nach Erklärung der Räterepublik 2000—3000 Mann nach München zu werfen, so wären dieselben der damals noch kaum organisierten Truppen rasch Herr geworden, und das ganze Blutvergießen wäre vermieden worden. Nebenbei gesagt hat auch das bayerische Zentrum, die bayerische „Volks"partei, mili-

tärisch und politisch wieder völlig versagt; es dürfte zu den Eppschen Freiwilligentruppen noch keine Kompagnie gestellt haben, obwohl es doch angeblich die bayerische Landbevölkerung in der Hand hat, und als dann die Beherrschung des Landes durch die Reichswehr und die bayerischen Freiwilligenkorps ihr die Möglichkeit gab, die ihr kraft der Wahlen zustehenden Zügel im Ministerium zu ergreifen, verkroch es sich ins Mauseloch.

Die Verhältnisse liegen in Preußen genau so wie in Bayern, wenn sie auch dort nicht so zum Himmel schreien; aber wenn auch in Preußen, Sachsen usw., statt den Brand im Entstehen zu verhüten, stets so lange gewartet wurde, bis die bolschewistischen Flammen aus den Dächern herausschlugen, ganze Stadtteile verwüstet, Läden geplündert und Menschenleben zugrundegegangen waren, so war dort der Beweggrund genau der gleiche, das schlechte Gewissen, Inhaber von Machtstellungen zu sein, die ihnen nicht gebühren, Regenten von der Lüge Gnaden zu sein, und gegen die Kreise mit Maschinengewehren vorgehen zu müssen, ohne die sie nie zur Macht gelangt wären. Herr im Staate ist in Wahrheit, wer die wirkliche Macht hat und den Bürgern Ruhe schafft. Das sind heute im Reich die Freiwilligenheere und ihre Generäle, sie einzig und allein. Die Macht, die der „Militarismus" vor dem Krieg niemals hatte, und die er während des Krieges nur auf militärischem Gebiete hatte, die hat er heute in den Republiken des Deutschen Reiches; der ganze Bestand dieser Schöpfungen der Antimilitaristen, alle Arbeits-, Erwerbs- und Regierungsmöglichkeiten in ihnen hängen heute von ihm ab. Wenn statt seiner die Eberts, Scheidemanns, Noskes, Hoffmanns usw. tatsächlich immer noch die Regierung führen, so ist das nichts weiter als ein großer Betrug am deutschen Volk.

* * *

An den völligen Untergang Deutschlands glaubt heute noch niemand, und alle Sprecher des Volkes vertrösten es auf die einstige Wiedergeburt. Wenn dies „einstig" jetzt oftmals als notwendig in weiten Fernen liegend hingestellt wird, so kann das berechtigter Pessimismus, aber auch ein neuer Betrugsversuch sein. Es ist nämlich vollständig in die Hände des deutschen Volkes gegeben, ob es in 10 Jahren wieder auferstehen will oder in 100 oder ob es für immer ein Knechtsdasein führen will. Länger als 10 Jahre können äußere Mächte ein 60 Millionenvolk überhaupt nicht knechten. Im November 1918 ist kein untergangsreifer Volkskörper zusammengebrochen, dem Siechtum und Altersschwäche das Grab gegraben haben, sondern ein, wie die Kriegsjahre gezeigt haben, strotzend gesunder Körper ist der jahrelangen Einflößung geistiger Gifte aller Art erlegen und dem Wahnsinn verfallen. Könnte den schwarz-rot-goldnen Giftmischern das Handwerk gelegt und das Reich der geistigen Gesundung zugeführt werden, so wäre es eine Frage weniger Jahre, Deutschland wieder in die Reihe der Großmächte einzufügen. Man kann sogar die Zeit bestimmen. Von dem Augenblick an, von dem an unsere Zehnjährigen national erzogen werden, oder, um die Ausdrucksweise Alljudaans zu gebrauchen, von dem an sie zum „Militarismus" erzogen werden, wird es 12 Jahre dauern, bis drei Jahrgänge national zuverlässiger Wehrmacht zur Verfügung stehen. Während dieser Zeit haben die Lehrer dieser Jugend und diese Jugend selbst auch die acht vor ihnen liegenden Jahrgänge erzogen. Macht braucht jeder Staatsmann, der ein Reich aus Knechtschaft wieder erheben will; aber diese Macht würde einem

nationalgesinnten und halbwegs begabten Staatsmann genügen. Denn wenn in dem gesunden Körper des deutschen Volkes wieder ein gesunder Geist wohnt, ist es jedem anderen Volke überlegen und jeder Koalition anderer Mächte gewachsen, wie eben dieser Krieg bewiesen hat. Die Beschaffenheit der uns in diesem Krieg feind gewesenen Völker wird sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte durchwegs zu unseren Gunsten verschieben. Mit Ausnahme Frankreichs, das für die gesunden Ziele einer Wiedererlangung seiner europäischen Vormachtstellung und Wiederherstellung der in seiner Einbildung durch die Eroberung Elsaß-Lothringens verletzten Ehre kämpfte, und Japans, das aus gesunden nationalen Vernunftgründen die unvergleichlich günstige Gelegenheit zur notwendigen Erweiterung seiner Machtstellung in Asien nicht vorübergehen lassen durfte, sind alle anderen Völker nur im Dienste Alljudaans, gewonnen durch Lüge und Betrug, in den Krieg gezogen. Russen, Italienern und Serben wurden „unerlöste" Völker und ungerechtfertigte Raumbedürfnisse, Engländern und Amerikanern Menschheits- und Freiheitskreuzzüge vorgelogen. Wir sind dank der gleichen Mittel der Lüge und des Betrugs unterlegen, denen diese Mächte ihren Sieg verdanken. Das ist eine viel zu ungesunde Unterlage des jetzigen Zustandes, als daß er irgend welche Dauer haben könnte, sobald sich der unterlegene Staat von der Lügenherrschaft in den eigenen Reihen frei macht. Weder Russen noch Engländer, noch Amerikaner noch Italiener wird Alljudaan in den nächsten 20 — 30 Jahren wieder mit diesen Mitteln in den Krieg zu schicken vermögen, wenn von deutscher Seite einigermaßen klug und zielbewußt gearbeitet wird, weil in allen jenen Staaten sich die Wahrheit von selbst Bahn brechen — die Lügen waren zu kraß — und einem von Deutschen der Wahrhaftigkeit geleiteten Deutschland die Hand entgegenstrecken wird. Die Frage ist nur, ob es ein solches Deutschland dann geben wird, oder ob es nach wie vor von Internationalen regiert werden wird, welche kein englisches, amerikanisches, italienisches oder russisches Volk kennen, weder als Freund noch als Feind, sondern immer nur nach den Händen der dortigen Haupt- oder Nebenregierungen Alljudaans oder Roms haschen. Die Vertreter dieser beiden Mächte wissen wohl, warum sie, sowie sie in Deutschland zur Macht gelangt waren, sofort an die Entnationalisierung der Schulen herangegangen sind; denn wenn Deutschland wieder deutsch würde, könnte das sehr unangenehme Wirkungen nicht nur auf die Stellung dieser Mächte in Deutschland, sondern auch auf die in den anderen Ländern haben. Auch die Gesundung steckt manchmal an.

Gegenwärtig sind die Aussichten, wie schon einmal erwähnt, schlecht. Für das Zeitmaß solcher Gesundungsprozesse ist die Ausnützung der Gelegenheiten, die sich zur Anbahnung derselben bieten, ausschlaggebend. Die erste Gelegenheit, die Wahlen zur Nationalversammlung, hat das deutsche Volk, wie schon früher gezeigt, versäumt. Mit Stresemanns und Kahls, Delbrücks und Kardorffs zieht man verfahrene Karren nicht aus dem Sumpf. Wenn die Heilung auf den Weg der Parteibildung allein angewiesen wäre, würden die Vorgänge anläßlich der Nationalversammlungswahlen eine Verzögerung der Heilung um mindestens zehn Jahre bedeuten. Aber es gibt auch noch andere Wege und Möglichkeiten. Der Friedensschluß und die daran anschließenden Zuckungen, die nach der festen Hand verlangen, bieten neue Gelegenheiten. Wer zurzeit die wirkliche Macht in Händen hat, wurde weiter oben ausgeführt. Dieser Macht kommt eine Stimmung im Volk entgegen, die vielleicht noch ein halbes Jahr dauern wird, dann ist diese Gelegenheit auch vorbei. Das deutsche Volk sehnt sich, herunter bis zu den un-

abhängigen Sozialisten, nach Ordnung und Ehrlichkeit, und wird sie danken jedem, der sie ihm wirksam verbürgt. Wer ihm beides gibt, von dem nimmt es auch noch mehr an. Damit bräuchten gewaltsame Vorgänge, ein neuer Umsturz oder ein Wechsel der Regierungsform, keineswegs verbunden zu sein; die Machtverschiebung kann sanft und ruhig vor sich gehen. Die neuen Machthaber müßten nur den festen Willen haben, mit dem B-System in jeder Form zu brechen; ob sie militaristische Republikaner wie die Franzosen oder Monarchisten sind, ist einerlei; wenn es nur deutsche Republikaner oder deutschbewußte Monarchisten sind, die nur an ihr deutsches Volk und an sonst nichts denken.

Vor allem aber müßten sie sich ihrer Macht bewußt sein und an sie glauben, und soviel Mut und Entschlossenheit besitzen, wie sie in den Novembertagen 1918 Liebknecht und Ledebour in Berlin, Eisner in München hatten. Die Bürgerschaft Deutschlands zählt ebensoviel und ebensowenig scharf rechts gerichtete Männer unter sich wie die Arbeiterschaft scharf links gerichtete, und die große träge Masse des Bürger- und Bauerntums ist an sich stärker als die träge große Masse des Arbeitertums. Nur haben die Führer der Arbeitermassen und die Massen selbst längst den Wert ihrer Radikalen für ihre eigene Machtstellung erkannt und sie dementsprechend verhätschelt und verwöhnt, während die Führer der Bürger- und Bauernmassen und diese Massen selbst ihren nationalen Sauerteig, den sie noch viel nötiger haben als die Sozialdemokratie ihre Linke, immer behandelt haben, als ob sie sich dabei von der Sozialdemokratie ausgesetzte Belohnungen verdienen wollten. An dieser Sachlage hat sich auch heute trotz aller Erfahrungen noch nichts geändert; nicht einmal den führenden Militärs ist bis jetzt die Bedeutung einer scharfen nationalen Opposition im Staate aufgegangen. Ihre Stäbe an militärischen und politischen Ratgebern bestehen heute noch größtenteils aus jenen lauwarmen Mittelmäßigkeiten, mit deren Unterstützung sie im Krieg so sicher auf den Abgrund zumarschiert sind. Die eben erwähnte Gelegenheit wird also aller Voraussicht nach unbenützt vorübergehen. Es bleibt dann dem einzelnen nichts übrig, als sich bereithalten für neue Gelegenheiten, und inzwischen in erreichbaren kleineren oder größeren Kreisen still und zäh weiterzuarbeiten, bis sich die Männer durchringen, die Gelegenheiten auszunützen wissen und im Besitze der dazu nötigen Macht sind.

Die Erschöpfung.

Noch ein letztes Blatt aus dem Schwindelalbum, vielleicht eines der wichtigsten, weil es von Versuchen handelt, auch die Zukunft und die Geschichtschreibung mit dem Banne des Schwindels zu belasten. Die Versuche haben noch dazu viel Aussicht auf Erfolg, denn die ganze Regierung, der ganze Reichstag, fast die ganze deutsche Presse, alles, was wirklich während des Krieges politisch die Geschicke des Volkes geleitet hat und dazu noch eine ganze Reihe Geschichtschreiber von Beruf, die eifrig mitmachten, haben alles Interesse daran, diesen Schwindel der Nachwelt zu überliefern. Den Schwindel, wir hätten wegen unserer Unterlegenheit an Menschen, Kriegsmaterial und Lebensmitteln den Krieg verloren und ihn wegen der Übermacht der Feinde niemals gewinnen können.

Wenn wir den Krieg wegen Mangel an Material und Rohstoffen verloren hätten, so wäre erst die Frage aufzuwerfen, wie weit daran wirklicher Mangel und wie weit daran die Wirtschaft unserer Kriegsgesellschaften beteiligt war. Es gibt bekanntlich hervorragende Kräfte, wie Dr. Schiele, die behaupten, die chronische Kriegshungers-



not sei eine rein künstliche, durch die Sozialisierungsexperimente der „sozialen" Regierung erzeugte, die nie eingetreten wäre, wenn wir dem geschulten Handel freiere Bahn gelassen und statt ihm dem wilden Handel, dem Schleichhandel und den Schiebern die Gurgel zugeschnürt hätten. Der erste Versuch der Freigabe eines rationierten Nahrungsmittels scheint Schiele recht zu geben; seit man die Versorgung wieder dem freien Handel überläßt, gibt es in allen Geschäften Berlins wieder Eier zu kaufen; teuer zwar, wie es Schiele voraussagte, aber nicht höher, zum Teil sogar bereits niederer als zum Schleichhandelpreis. Und schließlich bewilligt man doch den Herren Arbeitern nicht Löhne von 30 Mark, um für sie gleichzeitig Tausende von Kriegsgesellschaftangestellten zu besolden, die den Preis der Lebensmittel etwa niedriger halten. Ob man bei einzelnen Kriegsgesellschaften von einem Schwindel gegenüber dem Volke sprechen kann, soweit er bei der Begründung ihrer Notwendigkeit oder bei der Art der Bewirtschaftung ihrer Stoffe ausgeübt wurde, kann erst die spätere Zukunft lehren. Jedenfalls stimmen bei verschiedenen Stoffen, z. B. beim Zucker, die veröffentlichten Erzeugungs- und Verbraucherzahlen nie miteinander überein, auch wenn man den zu Glyzerinherstellung benötigten Zucker voll in Rechnung stellt[1]); auch die Kartoffelzahlen bleiben stets rätselhaft. Die Ausnützung der staatlichen Gewalt zu Monopolgeschäften ist bei Gesellschaften, die angeblich zur Niedrighaltung der Preise geschaffen werden, auch kaum einwandfrei, wenn, wie z. B. beim markenfreien Spiritus und beim Leder der Preis auf eine Höhe getrieben wird, wie sie wohl auch der freie Handel nicht überstiegen hätte. Schlimmer als diese indirekte Besteuerung durch eine Regierung, die mit der offenen Auferlegung indirekter Steuern aus Angst vor der Sozialdemokratie so vorsichtig ist, dürften sich die Folgen der Kriegswirtschaft auf das kaufmännische deutsche Leben erweisen, wenn sich erst einmal herausstellt, welche Vorteile die in den Kriegsgesellschaften bevorzugten Schichten des Handels durch den Einblick in die verzweigten Wege des gesamten deutschen Geschäftslebens zu ziehen vermocht haben. Auf eine Eingabe des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, welcher um Maßregeln gegen die Gefahr eines Mißbrauches dieses Einblicks bat, wurde vom Reichswirtschaftsministerium ausweichend geantwortet. (Deutsche Allg. Zeitung Nr. 215, 5. Mai 19). Auch hier kann aber erst die Zukunft zeigen, ob man das Wort „Schwindel" anwenden darf. Offenkundig ist aber ein Schwindel, der auch versucht wurde und in folgendem Satz eines angesehenen Münchner Blattes wohl den kürzesten Ausdruck gefunden hat: „Sie (die preußische Minorität) hat namentlich die große „Konjunktur" des Weltkrieges ihren Zwecken dienstbar zu machen gewußt: niemals hat die Borussifizierung des Reiches solche Fortschritte gemacht wie in den unseligen Monaten Ludendorffscher Militärdiktatur, damals, als sie mit unerfreulichen, aber wirksamen Mitteln alle Gebiete des einzelstaatlichen Lebens Süddeutschlands zu erfassen suchte." Gemeint könnten damit nur die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Berliner Kriegsgesellschaften sein. Mit diesem Versuch, auch noch für das Unheil, das die Ballin-Rathenauschen mehr jüdischen als deutschen Berliner Gründungen angestiftet haben, Ludendorff und den preußischen Militarismus zu belasten, die diesen Dingen völlig fernstanden, dürfte wohl der Gipfel der Verdrehung sein. Der Zweck ist durchsichtig; die weitgehende Duldung des Wuchers, die nicht ohne Zusammenhang mit der Wirtschaft der Kriegsgesellschaften war, und der Zwang der Bevölkerung zur Unehrlichkeit und ständigen Übertretung der gesetzlichen Vorschriften,

[1]) Vgl. Deutsche Zeitung 277, 19. VI. 19, und 287, 25. VI. 19.

welche eine unmittelbare Folge der Verordnungen der Kriegsgesellschaften war, haben die ganze Bevölkerung gegen Gesetz und Obrigkeit auffässig gemacht und damit sehr viel zur Bereitung des Bodens beigetragen, auf dem sich dann die Revolution so widerstandslos ausbreiten konnte. Kann man auch noch diese wie alle anderen politischen Sünden auf Ludendorff und den „Militarismus" abwälzen, dann stehen die an dem Zusammenbruch wirklich Schuldigen allmählich in geradezu blendender Unschuldsweiße da.

Aber tatsächlich hätten uns auch die Lebensmittel- und Warennöte den Krieg nicht verlieren lassen; die innere Kraft des deutschen Volkes wäre groß genug gewesen, um sogar die Wirtschaft der Kriegsgesellschaften überwinden zu können.

Was ist denn aus dem Schwindel geworden, das deutsche Volk brauche schleunigst Frieden, weil es nicht mehr imstande sei, noch einen weiteren Kriegswinter auszuhalten? Das wäre für Frankreich und Italien zugetroffen, nicht aber für Deutschland. In der schlechtest versorgten Stadt Deutschlands, in Berlin, und in andern Städten ist zu den Nöten der früheren Kriegswinter noch Raub, Mord und Bürgerkrieg hinzugetreten; im übrigen Deutschland hat sich im Waffenstillstandswinter nur alles zum Schlimmeren gewendet, und das Volk hat doch ausgehalten. Größere Ansprüche als der verflossene Waffenstillstandswinter hätte auch ein Kriegswinter nicht an das Volk gestellt.

* * *

In Wahrheit haben wir, wie schon im Kapitel „Stimmung" ausgeführt wurde, den Krieg einzig und allein verloren, weil der kriegerische Geist unseres Volkes von der Regierung, von den Parteien der Reichstagsmehrheit, von der Presse derselben und von fremdvölkischem Geld untergraben worden ist. Man stelle sich vor, die Alldeutschen hätten über den gleichen Einfluß, die gleichen Macht- und die gleichen Zugangsmittel zum Volk verfügt und hätten in gleicher Weise Volk und Heer von dem unerbittlichen Vernichtungswillen der Feinde, von der unumgänglichen Notwendigkeit des Durchhaltens und des Sieges, von der Unentbehrlichkeit einer Landeserweiterung zum Schutze vor ähnlichen Raubzügen, also von der Wahrheit, überzeugen dürfen, wie die Verzichtler von der Versöhnungsbereitschaft der Feinde, von den Vorzügen des Verständigungsfriedens, von der Überflüssigkeit einer Ausdehnung unserer Atemräume — wie anders wäre dann der Ausgang des Krieges gewesen! Der Abfall Bulgariens, Österreichs und der Türkei hätte unseren Sieg erschwert, verhindert hätte er ihn nicht. Diese Staaten hatten ihre Aufgaben bereits erfüllt. Im Osten waren mit ihrer Hilfe sieben bis neun Millionen Streiter ausgeschaltet worden. Dafür waren die Amerikaner nicht entfernt ein Ausgleich. Deren erste Angriffe waren mit der verblüffenden Wucht unerfahrener Kriegstruppen ausgeführt worden. Als die Revolution ausbrach, waren sie schon sehr viel zahmer geworden. Schon bei dem meisterhaft geleiteten Rückzug des deutschen Heeres mußten einige amerikanische Kompagnien mit Maschinengewehren vorgetrieben werden. Zu einem deutschen Offizier, der in Köln kurz vor Weihnachten mit einem englischen Offizier zusammenkam, sagte der Engländer: „Jetzt können wir ja offen darüber reden; wir haben uns beide mit dem Amerikaner getäuscht; Sie in bezug auf Qualität und Quantität, wir in bezug auf ihren Bedarf an Lebens- und Unterhaltsmitteln. Hätten Sie noch wenige Wochen ausgehalten, so hätten wir nachgeben müssen, weil wir die nötigen Nahrungs- und Bedarfsmittel infolge Ihres U-Bootkrieges nicht mehr

hätten herbeischaffen können." Der Vorsitzende des Schiffahrtsausschusses der Vereinigten Staaten, Edward A. Filene, führte nach der „New York World" vom 8. Mai 1918 folgendes aus: „Auf Verlangen der Bundesgenossen senden wir jetzt Mannschaften in unvernünftigen Mengen nach Frankreich. Wir senden sie, ohne genügenden Schiffsraum für ihren Nachschub zu haben. Buchstäblich setzen wir das Leben unserer Jungen aufs Spiel in der Annahme, daß Amerika den notwendigen Schiffsraum bereitstellen könne." Fast gleichlautend äußerte sich Premierminister Lloyd George in einer am 7. Dezember 1918 in Leeds gehaltenen Rede: „Man habe mit der Einleitung der gewaltigen Transporte im März 1918 die Versorgung mit Lebensmitteln und notwendigen Rohstoffen aufs Spiel gesetzt."

Englische Offiziere erzählten in Köln, in den letzten Wochen vor Ausbruch der Revolution seien in der englischen Marine allgemein Wetten abgeschlossen worden, ob die englischen oder die deutschen Matrosen zuerst meutern würden. Einen englischen Versuch dazu unterdrückte Admiral Beatty, indem er 200 Matrosen erschießen ließ. Die gegen das meuternde Kiel in Anmarsch befindlichen zuverlässigen deutschen Truppen ließ die Regierung des Herrn Philipp Scheidemann, nachher von Revolutionsgnaden Ministerpräsident, zurückrufen und unterband so die letzte Möglichkeit, den Brand noch im Entstehen zu ersticken. Genau so hatte er ja während des ganzen Krieges mit Hilfe Bethmanns, Hertlings und der Mehrheitsparteien jeden Versuch, die jeweiligen Fortschrittsstufen der hauptsächlich von Alljudaan geleiteten Revolutionsbewegung aufzuhalten, zu unterdrücken gewußt. Als im Sommer 1917 die Zustände in der französischen Armee ganz ähnlich waren wie bei uns im Herbst 1918, ließ der französische Oberbefehlshaber aus jedem meuternden Regiment 100 Leute herausholen, in ein Karree stellen und mit Maschinengewehren niedermähen. In der deutschen Armee durfte die Ordnung auf ähnliche Weise nicht wiederhergestellt werden, weil die Scheidemänner den Bethmännern stets vorzuspiegeln verstanden, sie hätten die Arbeiter fest in der Hand und vermöchten sie allein bei der Stange zu halten; schroffes Vorgehen würde sie den Unabhängigen in die Arme treiben.

Die amerikanischen Sozialisten verehren ihren Führer Gen Debs, einen 65jährigen Mann lautersten Charakters, wie etwa die „brutal geknechteten" deutschen Sozialisten ihren Bebel. Seit 13. April 1919 sitzt dieser Apostel der Internationale im Bundesgefängnis von Moundsville. Er wurde auf Grund des „Espionage Law", eines Kriegsgesetzes, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich öffentlich gegen den Krieg ausgesprochen hatte, und u. a. auch meinte, seine Zuhörer (Arbeiter von Canton in Ohio) „seien zu etwas Besserem in der Welt als zu Sklaverei und Kanonenfutter". Der Richter war der Ansicht, solche Äußerungen seien geeignet, die Bürger von dem Eintritt in die Armee abzuhalten. Wo säßen unsere Regierungsmitglieder und Anwärter wohl, wenn sie dem freien demokratischen Staat Amerika angehörten? Und wer zweifelt daran, daß wir den Krieg glatt gewonnen hätten, wenn in dem militaristischen Sklavereistaat Deutschland nach denselben Grundsätzen verfahren worden wäre?

Die „Deutsche Zeitung" (Nr. 106, 10. März 1919) hat von zuverlässiger Seite erfahren, der Diplomat eines neutralen Landes habe erzählt, in seinem Vaterlande heiße es allgemein, das deutsche Volk habe den Krieg gewonnen und dann Selbstmord verübt. Selbstmord? Mord durch einen Teil der Volksgenossen ist kaum als Selbstmord zu bezeichnen.

Winston Churchill, der ehemalige Chef der englischen Admiralität, hat am

12. Jan. 1919 im „Sunday Pictorial" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem es heißt:

„Darf ich es sagen? Wir sind nur gerade durchgekommen. Je mehr wir über den Kampf erfahren, um so mehr erkennt man, an welchem kleinen, dünnen, gefährlichen Fädchen unser Erfolg hing. Beim ersten Ansturm wäre Frankreich beinahe vernichtet worden. Nur ein wenig mehr, und der Unterseebootskrieg hätte, anstatt Amerika an unsere Seite zu führen, uns alle durch Hunger zu unbedingter Übergabe gezwungen. Selbst nach dem 21. März 1918 war die Gefahr äußerst groß für Paris wie für die Kanalhäfen. Es war ein gleiches Wettrennen bis zum Ende. Aber am Ende sind wir sicher durchgekommen, weil die ganze Nation unverwandt zusammenarbeitete, weil unser Volk kerngesund war. Seien wir dankbar! Halten wir immer die Unbequemlichkeiten und Ärgerlichkeiten, die wir jetzt erleiden, gegen das, was so leicht über uns hätte kommen können, wenn wir geschlagen worden wären, oder wenn der Krieg sich noch ein weiteres Jahr hingezogen hätte."

„Echo de Paris" schrieb am 27. Oktober: „Die Deutschen hängen sich an allen Fronten mit einer geradezu phantastischen Zähigkeit." „Petit Parisien" am 28. Oktober: „Wer glaubt, daß der Krieg vorbei sei und die Deutschen sich nicht mehr schlagen, wäre enttäuscht, wenn er das Vordringen der Truppen Guillaumots gesehen hätte." „Daily Chronicle", 26. Oktober: „Es ist ein erbitterter, zäher Kampf, der Feind zeigt eine verbissene Zähigkeit." Der schwedische General Verdensvan in „Allehanda" am 5. November: „Keiner dieser (Fochschen) Pläne glückte, oder besser gesagt, beide mißglückten vollständig." „Das Kräfteverhältnis scheint nahezu ausgeglichen. Es kann, je weiter es zum Winter geht, sogar umschlagen. Allem Anschein nach ist Deutschlands Stellung an der Westfront nicht mehr gefährdet, vielleicht im Gegenteil sogar sehr günstig." Gewiß, die Fortsetzung des Widerstandes hätte neue Menschenopfer gekostet. Aber auf Tausend, die bei uns fielen, sanken drei Tausend auf der anderen Seite dahin. Und die französischen und englischen Soldaten müssen dabei ihre eigenen Gebiete in Schutt und Asche legen; wir kämpften auf fremdem Boden. Gewiß, das durch die Revolution erzwungene Kriegsende rettet einigen Zehntausend das Leben. Aber für jeden Geretteten werden in der Heimat dreißig an Not sterben, und Hunderttausende an Kindern werden nicht geboren werden, weil sie nicht ernährt werden können. Wir hätten den Frieden haben können, der diese dreißig ernährt und diesen Hunderttausenden ein blühendes Gedeihen gesichert hätte, wenn wir noch wenige Monate ausgeharrt hätten. Das ist das Traurigste! Wie war denn die Lage bei den Feinden?

* * *

Geheimrat Hahn veröffentlichte in den „Berliner Neuesten Nachrichten" vom 19. Oktober 1918, Nr. 535, den Bericht einer Dame, einer Engländerin, der Frau eines Deutschen, die Ende August 1918 mit ihren Kindern nach Deutschland entlassen wurde. Sie erzählte: Die Not war in England schon im Frühjahr 1918 groß und bis zu ihrer Abreise sehr gewachsen. Fleisch gibt es etwas mehr als in Deutschland, dafür meist übelriechendes und verdorbenes Gefrierfleisch, zum Teil aus versenkten Schiffen hervorgeholt. Fische sind sehr selten. Das Brot war ein schlechtschmeckendes, grobes, unbekömmliches Maisbrot. Die Engländer, selbst die des Arbeiterstandes, sind an reiche Kost, namentlich von Fleisch, Speck, Käse usw. gewöhnt. Das englische Volk leidet daher unter den Nahrungsmittelnöten schwerer als das viel besser versorgte deutsche und hat deshalb den Krieg bitter satt. Viel schlimmer ist noch die Kohlennot. Im kommenden Winter werden mehr oder weniger die Schiffe und Eisenbahnen nicht mehr fahren können, die Fabriken stillestehen und die Menschen vor Kälte es in ihrer Wohnung nicht mehr aushalten können,

wenn nicht bald Friede eintritt. Schlimm sind auch die nervenzerrüttenden Wirkungen der Flugzeuge auf England. „Ihr könnt den Krieg nicht verlieren," sagte die Engländerin den Verwandten ihres Mannes, „wenn ihr nur noch einige Wochen und Monate weiterkämpft." Holländer erzählten von Bitten englischer Freunde, man möchte ihnen Kohlen in Postpaketen (!) schicken, da sie sonst kaum noch kochen könnten. Aus dem Ruhlebener Engländerlager wurde berichtet, seit etwa drei Monaten hätte die Zusendung von Lebensmittelpaketen fast ganz aufgehört.

Das Schweizer Blatt der Entente, die „Neue Zürcher Zeitung", brachte bis zum Waffenstillstand nur rosig gefärbte Schilderungen des Lebens in London. Nachher klangen sie auf einmal anders. In einem Londoner Brief vom 12. Dezember 1918 heißt es:

„Immerhin ist die Zahl der brennenden Laternen noch beschränkt, denn der Kohlenmangel macht sich noch immer unangenehm bemerkbar.... Für den Monat Januar hat man uns eine Vergrößerung der Zuckerration in Aussicht gestellt und auch das Brot nimmt allmählich eine immer hellere Farbe an. Ferner kündigt man uns die Ankunft von Orangen und Zitronen an, und eine ganze Flotte ist auf der Fahrt, welche von Kanada Äpfel bringt, deren Preis 4—5 Franken für das Pfund beträgt. Während der Weihnachtswoche wird die Fleischration verdoppelt werden, das Geflügel wird man ohne Marken kaufen können. Die Hotels, Klubs und Restaurants dürfen warme Gerichte servieren und während der Weihnachts- und Neujahrsnächte beleuchtet sein. Aber ihre Gas- und Elektrizitätsration wird nicht vergrößert, der Mehrverbrauch muß nachher wieder eingebracht werden. Wer darf sich also beklagen?" (!!!)

Vom 20. Dezember meldete eine Haager Drahtung der „Norddeutschen Allg. Zeitung" (Nr. 649):

„Infolge der hier herrschenden Kohlennot wird eine starke Einschränkung des Personenverkehrs und eine schärfere Rationierung von Gas und Licht beabsichtigt. Die Kohlennot in England hat zur Folge, daß Schiffe nicht ausfahren können. Die englischen Häfen sind überfüllt; die englische Regierung scheint denn auch nicht zu wissen, was sie mit den Schiffen fremder Nationalität anfangen soll, die sie gegen hohe Frachtgelder gechartert hat. Amsterdamer Reedereien haben Bericht empfangen, wonach ihnen ihre Schiffe wieder zeitweise überlassen würden."

Der „Times" wird nach der „Neuen Zürcher Zeitung" (1454, vom 1. November 1918) aus Bombay gemeldet, in Indien herrsche eine ungeheure Preissteigerung und Lebensmittelmangel; die Preise überstiegen vielfach die aus den Zeiten der Hungersnöte. Das bedeutete für Indien den baldigen Beginn der Aufstände, die seit dem ganzen Krieg erwartet werden. Am 19. April 1919 meldete der Vizekönig von Indien offenen Aufruhr nach London. In dem demokratischen Frankreich wird die allgemeine Unzufriedenheit mit Gewalt unterdrückt. In der Bevölkerung und unter den Soldaten sind die Amerikaner und Engländer, die in ihrem Land als Herren auftreten, fast ebenso verhaßt wie die Deutschen; Kohlen- und Lebensmittelnot sind ebenso groß wie in England, und die Menschenverluste sind unverhältnismäßig größer als bei uns. Die „Reforme sociale" schrieb am 16. September 1918 u. a.: „Die Transportnot wird täglich schlimmer." „Die Industrie steht still, weil Rohstoffe und Kohlen fehlen." „Der Krieg ist nun Verwüstungskrieg geworden. Die nackte Existenz zu retten, ist jetzt die Losung." Marcel Cachin schreibt am 23. Oktober 1918 in der „Humanité": „Die Zustände auf unseren Eisenbahnen verschlimmern sich täglich. Überall mangeln die Waggone zum Transport von Lebensmitteln, Rohstoffen und Brennmaterial. An der Front wie in der Heimat herrscht die größte Unordnung..., uns drohen die schwersten Mißstände und Unruhen aller Art, wenn diese Lebensfrage nicht gelöst wird" (deren Lösung unmöglich war v. L.). In der amerikanischen Kriegsindustrie herrscht nach Mitteilung des amerika-

nischen Arbeitsmarktes („New York Commercial and Financial Chronicle" vom 6. Oktober 1918) ein Mangel von 300 bis 400000 Arbeitern. Der Mangel an Bergarbeitern bringt die ganze amerikanische Kriegsindustrie in Gefahr. Munitions- und Kriegsmaterialfabriken suchen 37000 Mechaniker. Die neuen Einziehungen vom 1. Oktober werden den bisherigen Ausfall von 20 Mill. t Kohlenförderung auf etwa 30 Mill. t steigern. Der amerikanische Kriegsminister erklärte laut „Evening Post" vom 19. September 1918 in einem Brief an den Generalstaatsanwalt, bei der ersten und zweiten Aushebung sei die Anzahl der Deserteure geradezu ungeheuer gewesen, ebenso die Anzahl derer, die sich der Registrierung entzogen haben[1])."

Zu Offizieren, welche Unterseeboote an die Engländer ablieferten, sagten englische Offiziere: „Wenn ihr noch drei Monate ausgehalten hättet, wären wir mit unsern Kohlen und Lebensmitteln zu Ende gewesen, und ihr hättet gesiegt gehabt."

Dem Brief eines Hamburgers entnehme ich folgendes: „Von einem hochstehenden, mir vertrauten ... erfahre ich, daß drei Tage vor der Revolution der englische Gesandte in ... dem . . schen Minister, der es meinem Gewährsmann selbst gesagt hat, mitgeteilt hat, England wäre fertig. Es sei alles zu einem Verständigungsfrieden bereit und in drei Wochen begännen die Friedensverhandlungen."

Vor allem aber stand in den feindlichen Ländern der Bolschewismus ebenso drohend vor der Türe wie bei uns. Die flaumacherische „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (567, vom 5. November 1918) läßt sich aus Stockholm melden, man sei dort überzeugt, die Gefahr eines allgemeinen Umsturzes, der bald auf die Staaten des Verbandes übergreifen und auch die Neutralen nicht verschonen würde, könne kaum mehr gebannt werden, wenn die Entente Deutschland einen demütigenden Machtfrieden aufzwingen würde. Philipp Snowden sagte laut „Manchester Guardian" vom 24. Oktober in einer Rede in „Blackham": „Wenn die Politik der herrschenden Klassen das deutsche Volk zu einer Revolution treibt, wird die Revolution dort nicht haltmachen. Auch in Frankreich und in anderen Ländern gibt es eine große sozialistische Bewegung." In Deutschland gibt es einige Unternehmungen, in deren Aufsichtsräten auch West- und Ostschweizer sitzen. Aus den Aufsichtsratszusammenkünften in der Schweiz in Herbst 1918 wurde allgemein berichtet, selbst die wenig deutschfreundlichen Ostschweizer hätten die Deutschen beschworen, Deutschland möge nur wenige Monate noch aushalten. Frankreich stehe unmittelbar vor dem Zusammenbruch; nur wenn Deutschland siege und als Ordnungsstaat aufrecht bliebe, würde Frankreich vor dem völligen bolschewistischen Ruin bewahrt werden können. Versage Deutschland, so werde nicht nur Deutschland, sondern mehr noch Frankreich im bolschewistischen Strudel untergehen.

Die Deutschen haben lange genug gekämpft, um den russischen Zusammenbruch abzuwarten, nicht lange genug, um den italienischen, französischen und englischen Zusammenbruch abzuwarten. Die russische und deutsche Sozialdemokratie wußten genau, wie nahe dieser Zusammenbruch und unser Sieg war. Und da ihnen der schärfste amerikanische, englische, französische oder italienische „Militarismus" immer noch lieber ist als ein deutscher Militarismus auch der mildesten Form, und durch

[1]) Wenn in der deutschen Regierung irgendein Siegeswille geherrscht hätte, hätte sie alle Tage durch Wolff und an der Spitze ihrer Blätter derartige Nachrichten bringen müssen; die andere Presse hätte sie dann schon abgedruckt. Aber dann hätte das deutsche Volk vielleicht doch durchgehalten und einen vollen Sieg errungen, was mit den Anschauungen der Regierung nicht übereingestimmt hätte.

einen deutschen Sieg der deutsche Militarismus und Ludendorff gerechtfertigt gewesen wären, durften Deutschland und Ludendorff eben nicht siegen. Nachdem trotz der vorangegangenen Wühlereien die Front vor dem Fochschen Angriff nur zeitweise gewankt, dann aber wieder festen Fuß gefaßt hatte, die erwartete Wirkung der Offensive also ausgeblieben war, wurde die Revolution ins Werk gesetzt, um dem deutschen Volk den in wenigen Wochen drohenden deutschen Sieg aus der Hand zu schlagen. Und es gelang. Es ist jammerschade. Die Arbeiterschaft Deutschlands hätte eine geradezu glänzende Zukunft vor sich gehabt; nun wird sie um geringe Löhne für Italiener, Franzosen, Engländer und Amerikaner fronen müssen.

* * *

General Maurice, von 1915—1917 Leiter der militärischen Operationen im englischen Reichsgeneralstab, veröffentlichte Ende November 1918 Aufsätze in der „Daily News" und im „Star" über das deutsche Heer und die deutsche Marine. Er schätzt das Stärkeverhältnis der Streitkräfte der Verbündeten und der deutschen bei Unterzeichnung des Waffenstillstands wie 5 : 3½. Das wäre eine Unterlegenheit, wie sie schon während der ganzen Zeit der deutschen Siege bestanden hat, und eine Überlegenheit der feindlichen Kräfte, wie sie niemals ausgereicht hätte, das Verteidigungssystem der Deutschen zu durchbrechen. Außerdem standen im Osten fast noch 1 Million Mann, die man im äußersten Notfall hätte heranziehen können. (Mackensen 200000, Eichhorn (Kiew) 225000, 10. Armee Minsk 175000, Etappe Bug (Brest-Litowsk) 60000, Litauen 90000, 8. Armee und Baltikum 100000 Mann.) Am 17. Oktober 1918 stellte der Kriegsminister noch 600000 Mann Ersatz in Aussicht. Die Zahl der damals in der Etappe und in der Heimat sich herumtreibenden Drückeberger und Fahnenflüchtigen, die eine scharf zugreifende Hand wohl auch hätte erfassen können, schätzt Oberst Bauer („Der Irrwahn des Verständigungsfriedens", S. 29, Aug. Scherl, Berlin) auf 1—1½ Millionen. Anfang Februar 1919 herausgegebene Tafeln des Kriegsministeriums in Washington geben an, das Verhältnis der gefechtsbereit in den Schützengräben gegenüberstehenden Truppen sei am 1. Juli 1918 1412000 Deutsche gegen 1556000 Alliierte, am 1. September 1339000 gegen 1682000, am 1. November 866000 gegen 1450800 gewesen.

Wenn Ludendorff sich rechtfertigen will, so braucht er nur ein wahrheitsgetreues Bild der militärischen und wirtschaftlichen Lage zu entwerfen, wie sie zurzeit des Zusammenbruchs vorhanden war. Ein Volk, das nach vier Jahren Kriegsführung gegen eine derartige Übermacht an Menschen und Material militärisch noch so dastand, wie Deutschland im Herbst 1918, muß unter allen Umständen militärisch glänzend geführt gewesen sein. Nicht der Militarismus hat versagt, sondern die Politik der Heimat hat versagt. Gegen Meuchelmord ist kein Feldherr gefeit; General Maurice kennzeichnete den Tatbestand durchaus richtig, als er schrieb, die deutsche Armee sei von der Zivilbevölkerung hinterrücks erdolcht worden.

An die körperliche und seelische Erschöpfung, an die Aushungerung und den persönlichen Ausrüstungsmangel der Fronttruppen konnte glauben, wer nur die Erzählungen aus der Etappe beurlaubter Herren gehört hat; wer die heimkehrenden Truppen selbst gesehen hat, dürfte diesen Glauben verloren haben. Mit diesen gut genährten, frischen und fröhlichen Mannschaften, die auf dem Heimmarsch die Tage über marschierten und die Nächte durchtanzten, und in der Heimat angekommen, wenig Ruhebedürfnis, aber sehr viel Vergnügungsbedürfnis und in den roten Garden sogar noch ein

erkleckliches Raufbedürfnis an den Tag legten, hätte man noch jahrelang Krieg führen können, was ihre körperliche Leistungsfähigkeit anbelangt.

Den geringsten Willen zum Weiterkämpfen haben jene Truppen an den Tag gelegt, die erst kurz an der Front waren oder überhaupt noch nicht im Feuer gestanden haben. Es ist ein eigentümlicher Zug: gerade unsere tapfersten und besten Krieger, die von der Front zurückkehren, haben ein gewisses Bedürfnis, den Zusammenbruch mit den überwältigenden Schwierigkeiten zu entschuldigen, als ob sie, die Unschuldigsten von allen, ein gewisses Gefühl der Mitschuld nicht unterdrücken könnten. Sie sollten damit die wirklich Schuldigen nicht entlasten. Diese Helden hätten alle auch noch länger ausgehalten. Auch das Betonen der vielfachen Mißstände, die eingerissen waren, gerade durch solche Offiziere und Mannschaften, die voll und ganz ihre Pflicht getan haben und sie auch trotz dieser Mißstände weiter getan hätten, ist ein Fehler, und erschwert der breiten Masse des Volkes in der Heimat die Selbsterkenntnis und die Erkenntnis der tieferen Ursachen. Solche Mißstände stellen sich in allen Heeren bei längerer Dauer des Krieges ein und sind auf siegende wie auf unterliegende Heere ziemlich gleichmäßig verteilt. Mögen in einzelnen Stäben noch so große Mißstände geherrscht haben — auf dem Weg über die Etappe in die Heimat wurden sie meist stark vergrößert; auffallend war mir die persönliche Erfahrung, wie fast alle Gerüchte über das Quartier des Kronprinzen sich auf jüdische Quellen und Zwischenträger zurückführen ließen —, und mögen eine Reihe von Offizieren sich noch so tadelnswert benommen haben, die Gesamtleistung des deutschen Offizierskorps war geradezu großartig und unübertrefflich.

Man beruft sich jetzt häufig auf Ludendorff, der selbst erklärt habe, der Sieg sei nicht mehr zu erringen, vergißt aber mit großer Regelmäßigkeit, den Grund hinzuzusetzen, den Ludendorff angibt: das Versagen des *Geistes* der Truppen, das Ergebnis der Wühlarbeit der Heimat, von den bolschewistischen Hetzern angefangen bis zu dem Bund für Freiheit und Vaterland und den regierungsseits „informierten" Kreisen.

Wie es mit unserem Kriegsmaterialmangel stand, beleuchtet am besten die Tatsache der Ablieferung von 50 neuen Unterseebooten wenige Wochen nach dem Abschluß des Waffenstillstands. Im November 1918 waren auf 11 deutschen Werften noch 379 U-Boote im Gesamtwerte von 4½ Milliarden im Bau. Die Lebensmittelversorgung des Heeres und des Volkes war gesicherter als die Jahre vorher; die Erschließung Rumäniens und der Ukraine begann sich bemerkbar zu machen. Diese Quellen waren inzwischen längst versiegt; das bischen, was von der Entente hereingelassen wurde, war durch die Verluste beim Rückzug des deutschen Heeres und die Verschleuderung des Heeresgutes weit aufgehoben; trotzdem konnte am 20. Juli 1919 Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium von Braun einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erklären, die Volksernährung zwinge uns nicht, den Frieden zu unterzeichnen; die Brot-, Mehl-, Kartoffel-, Fleisch- und Fettversorgung könne bis zur nächsten Ernte sicher im bisherigen Umfange aufrecht erhalten werden. Mit den unbedingt nötigen Rohstoffen aller Art waren wir gedeckt bis in den Sommer 1919 hinein; länger hätte es keine der feindlichen Mächte ausgehalten. Die „vertraulichen" Mitteilungen über die Erschöpfung der Rohstoffe, die schon im Herbst 1914 einsetzten und von Vierteljahr zu Vierteljahr unsere Nötigung zum Friedensschluß innerhalb weniger Monate dartun sollten, waren immer Schwindel, auch wenn sie sich nicht allzuselten bis in die Nähe der Wilhelmstraße zurückverfolgen ließen. *Alle* Vorbedingungen des deutschen Sieges waren gegeben. Des *Sieges*, nicht etwa nur eines Verständigungsfriedens. Die nationalen Militärs, die jetzt

teilweise auch bereits anfangen, der alljüdischen Überredungskunst zu unterliegen und von der sachlichen Unmöglichkeit des Sieges reden, vergessen die Natur des Krieges, der ein Erschöpfungskrieg, kein Schlachtenkrieg war. So wenig Rußland militärisch geschlagen war, so wenig Deutschland militärisch den Krieg verloren hat, so wenig wäre es nötig gewesen, die Entente auf dem Schlachtfelde zu besiegen. Die Ententefront wäre genau so wie die russische und die deutsche von innen heraus zusammengebrochen, wenn die deutsche noch zwei bis drei Monate ausgehalten hätte. Alle Nachrichten aus dem Auslande über die Verfassung der feindlichen Heere und die Zustände der feindlichen Länder lassen das übereinstimmend erkennen. An einen Sieg der Entente war längst nicht mehr zu denken. Die Eroberung von Metz, Straßburg, Lüttich und die Erreichung der Rheinlinie hätte von Frankreich Menschenopfer gefordert, die es nicht mehr aufbringen konnte. So fühlbar die Entlastung durch die Amerikaner war — ohne die Franzosen hätten die Amerikaner den Krieg nicht fortgesetzt; sie waren als französische Reserven für uns sehr unangenehm; als alleiniger Gegner hätten sie wenig bedeutet. Nur — man muß es immer wieder betonen — am mangelnden Willen des Volkes zum Sieg und an seiner Widerstandskraft gegenüber jüdisch-demokratischen Verführern hat es gefehlt.

Grundbedingungen des Wiederaufstieges.

Der Betrug an der deutschen Zukunft.

Man muß es immer wieder betonen wegen der Zukunft unseres Volkes. Es ist ein Unterschied, ein Unterschied von unendlicher Tragweite, ob ich meinen Kindern lehre, Deutschland sei 1918 zusammengebrochen, weil seine Feinde ihm Aufgaben über seine Kraft aufzwangen oder alldeutsche Gernegroße ihm solche Aufgaben zumuteten, oder wenn ich ihnen lehre, Deutschland hätte die Kraft besessen, alle seine Feinde niederzuschlagen und ein blühendes herrliches Weltvolk zu werden, wenn nicht feindliche Mächte im Innern und Äußern seine nationale Gesinnung, seinen völkischen Geist vor und im Kriege unterhöhlt hätten. Für die einen Kinder wird Deutschland der strahlende Siegfried, der Welt hehrster Held sein und bleiben, den Hagens, des Schwarzalben Speer, im Rücken traf, den anderen ein braver Bürger, Handelsmann oder Schulmeister, der zu hoch hinauswollte, ein Schuster, der nicht bei seinem Leisten blieb. Das Furchtbarste an dem Zusammenbruch Deutschlands ist nicht der Sieg der äußeren Feinde über Deutschland, sondern der Sieg der Schwarzalben im eigenen Reich. Die Kräfte, welche wegen ihres eigenen Willens zur Macht von einem großen Deutschland und einem germanischen Herrschervolk nichts wissen wollen, und die Kräfte, welche aus angeborener oder anerzogener völkischer Charakterschwäche an Deutschlands Herrlichkeit nicht zu glauben vermögen, stehen nach dem Krieg stärker da als je, haben die politische Macht in den Händen und suchen schon vom ersten Tag ihrer Herrschaft an auch in der Erziehung unserer Jugend alles Held-Siegfriedhafte auszumerzen und deren Geist in die Fesseln der Schwarzalben mit den schwarzen, roten oder golddurchwirkten Kutten zu schlagen.

Man darf nie aus dem Auge verlieren: der Krieg gegen Deutschland mag aus wirtschaftlichen Gründen entfacht worden sein; sein tieferes Ziel ist die Vernichtung des Deutschtums selbst. Dem deutschen Blut, nicht dem deutschen Gut gilt der Vernichtungskampf in Wahrheit! Nicht überall tritt dieses Ziel so offen zutage wie in den Baltenlanden, wo jeder Kampf gegen staatliche Ordnung, sei er von lettischen, esthnischen oder russischen Volksmassen geführt, zunächst einmal, meist unter jüdischer Leitung, zu Deutschbaltenpogromen ausgenützt wird. Ein ganz schwacher Widerschein davon leuchtete in München auf, als dort auf jüdische Anordnung die 10 Geiseln ermordet wurden, von denen 6 der antisemitischen Germanenloge Thule angehörten. Der mitgetötete Kunstmaler Berger war allerdings Jude; ob das die Vollstrecker des Urteils wußten oder ob er nicht durch reines Versehen miterschossen wurde, ist nicht bekannt geworden. Auch in der maßlosen, auch wieder vorwiegend von jüdischer Seite geschürten Verhetzung der unteren Volksschichten gegen die weißen Garden schimmern ähnliche Strebungen durch. Aber allgemeinerer Anwendung sind diese Methoden in Deutschland natürlich nicht fähig; hier muß anders gearbeitet werden.

Zwei Millionen unserer Besten sind gefallen; aber das ist nur der Anfang. Nun haben die das Heft in der Hand, welche das noch vorhandene edle Blut dem schleichenden Siechtum aussetzen wollen. Wohin die Schul„reformen" der roten und rosaroten Schutztruppen Alljudaans zielen, die

aus dem Geschichts- und sonstigen Unterricht alles „Chauvinistische" ausrotten wollen, d. h. alles, was vom germanischen Heldentum und germanischer Größe zeugt, ist klar. Das Mitglied der deutschen Regierung Kautsky hat es am 4. Februar 1919 auf der Berner Konferenz als ein Glück bezeichnet, daß Deutschland nicht gesiegt habe, da sonst das deutsche Volk in die Knechtschaft des deutschen Militarismus gekommen wäre. Dieser Gedanke wurde von allen deutschen Pazifisten in milderer oder schrofferer Form vertreten; ein deutscher Sieg hätte nämlich die deutschen Heldentugenden gerechtfertigt; das Schwert ist aber nach der Theorie unserer alljüdischen „Kulturellen" eine „veraltete" Sache; was sie während des ganzen Krieges lehrten und wohin sie mit allen Kräften wirkten, war ein Ausgang des Krieges, der den Waffengang als eine in der Neuzeit nicht mehr mögliche Art der Entscheidung zwischen Tüchtig und Untüchtig beweisen sollte. Die Kampfesweise Alljudaans ist nicht die des Schlachtfeldes und seiner Tugenden, sondern die des Börsensaales und seiner Kniffe; daher mußte die Brauchbarkeit der Tugenden des auf dem Schlachtfeld Tüchtigsten zur Förderung seiner Belange widerlegt werden.

Alle alljüdisch-pazifistisch gesinnten Intellektuellen Deutschlands haben darum einem Siege Deutschlands mit Sorge entgegengesehen und wollen seine künftige Möglichkeit schon in der Schule untergraben. In der Hauptversammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft", zu der sich auch Graf Brockdorff als Mitglied angemeldet hat, wandte sich am 16. Juni 1919, am Tag der Überreichung der Ententeantwort, Frau Kirchhoff mit Schärfe dagegen, künftige Racheideen in die Kindesseele zu pflanzen. Der hessische Kultusminister Dr. Stöcker stimmte ihr zu, und der erste Vorsitzende, Prof. Quidde, warnte, wie am 23. Juli der deutsche Ministerpräsident Bauer in Weimar, vor der „Schädigung unserer notwendigen Versuche, das Vertrauen der Welt wiederzugewinnen, indem man Revanchegedanken wecke und nähre".

Der „Vorwärts" widmete am 29. Juni 1919 der Unterzeichnung des Friedens folgende verheißungsvolle Worte: „Wir träumen nicht von einer blutigen Revanche der alldeutschen Herren .... Uns steht ein Kampf für den Sieg des Rechts bevor, ein Kampf des Geistes, der mit der höchsten Energie und Inbrunst geführt werden muß. Diesen Kampf mit Entschiedenheit zu führen, geloben wir in dieser Stunde." Was für eine lächerliche Gesellschaft! Bringen es noch nicht einmal fertig, mit den Waffen ihres Geistes einen auf ihre rote Fahne eingeschworenen und sich geistig nur vom „Vorwärts" nährenden Arbeiterverein irgend eines Berliner Vorortes von einem wilden Streik abzuhalten, haben „ihren arbeitenden Brüdern jenseits der Grenze gegenüber" — „Schulter an Schulter mit diesen" wollen sie nämlich, schreibt der Vorwärts, „den Frieden des Rechts" erkämpfen —, noch niemals den geringsten Erfolg erzielt und noch nirgends im Ausland auch nur das kleinste Revolutiönchen zusammengebracht, schwindeln aber ihren Lesern vor, sie glaubten an einen Erfolg ihrer geistigen Waffen gegenüber der Entente Clemenceaus, Lloyd Georges und Wilsons! Der Ministerpräsident des Deutschen Reiches Scheidemann spricht am 21. Mai 1919 angesichts der den schamlosesten Vernichtungswillen der Feinde offenbarenden Friedensbedingungen auf dem Wilhelmsplatz in Berlin folgendermaßen zu seinem Volke: „Wir sind keine Parvenüs des Pazifismus, sondern seit Bestehen der Partei seine Kern- und Stoßtruppe. In der Betonung der Völkerversöhnung liegt der größte Wert unserer Kundgebung, den wir uns durch keine Verdächtigung der gegnerischen Presse rauben lassen wollen, als rege sich in diesen Tagen im neuen Deutschland der alte Nationalismus oder gar ein neuer Revanchegedanke.

Nichts von Nationalismus, nichts von Revanche! Helfen Sie uns, daß die junge Republik ohne diese Erbsünden einer vergangenen Zeit in die Zukunft hinüberschreite!"

Zu den alljüdisch-pazifistisch Gesinnten, denen Deutscher sein eine Erbsünde bedeutet und Nationalismus eine verhaßte Sache ist, gehören aber eine ganze Reihe von Leuten, die Erzieher unserer Jugend sind und sogar einen gewissen Ruf als Pädagogen haben, wie z. B. Foerster, München. Foerster ist bekanntlich von dem Juden Eisner zum Gesandten Bayerns in der Schweiz ernannt worden, und eine seiner ersten Taten war eine schroffe Stellungnahme (Mitte Jannar 1919 in einer Unterredung mit dem Berner Korrespondenten der ententefreundlichen Agence Centrale) gegen die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland, welche die Gefahr einer Verstärkung des Deutschtums mit sich brächte. Er entwickelte dabei u. a. folgende Gedanken: „Das Nationalprinzip ist doch den ungeheuren ethischen Aufgaben der gegenwärtigen Stunde absolut nicht gewachsen. Es ist ein auflösendes (!) Prinzip, das allen menschenfeindlichen Dünkel, alle Instinkte der Absonderung, allen Kleingeist heilig spricht und die europäische Kinderstube in Permanenz erklärt.... Unsere älteste deutsche Tradition ist die Hingabe an das Übernationale." Er ist sich dabei genau des Schadens bewußt, den er dem Deutschtum mit seinem Eintreten für ein Kleindeutschland zufügt. Er warnt nämlich vor der Angliederung Österreichs u. a. auch wegen „des Mißtrauens, mit dem man in Frankreich alles betrachtet, was geeignet scheint, die deutsche Macht, das deutsche Selbstgefühl und die deutschen ökonomischen Hilfs- und Expansionskräfte neu zu stärken." Durch die Schule dieses Mannes gehen aber in München so ziemlich alle jungen Kräfte, welche an den bayerischen Lehranstalten die Kinder zu Deutschen erziehen sollen, und Gesinnungsgenossen von ihm lehren an fast allen Hochschulen.

In Berlin sitzt z. B. Geheimrat Hans Delbrück, der, von andern Voraussetzungen ausgehend, einen genau so schädlichen Einfluß auf die Jugend ausübt. Die Regierung Ebert-Scheidemann-Preuß braucht nur eine Schwächung der Vormacht Preußens auf ihre Fahne zu schreiben, und sofort meint Herr Delbrück („Preußische Jahrbücher", Heft 1, 1919): „Eines Kernstaates Preußen aber bedarf dieser zukünftige deutsche Nationalstaat nicht mehr." An anderer Stelle erklärt er: „Nur unter der Führung der starken preußischen Monarchie konnte das Deutsche Reich überhaupt eine aktive auswärtige Politik treiben. Diese Monarchie ist zerstört; einen führenden Staat gibt es im Deutschen Reiche nicht mehr." Er ist sich also wie Förster genau der Schädlichkeit seiner Lehren bewußt, und wie er, weist er noch voll Stolz in einem offenen Brief an Ernst Lavisse, einem der ärgsten französischen Hetzer, auf diese seine Lehre hin. (Deutsche Allg. Zeit. 217, 6. Mai 19.) Dem Professor Max Weber, Heidelberg, ist zur Belohnung für seine den „Nationalismus" zermürbende Tätigkeit der nationalökonomische Lehrstuhl Brentanos in München, dem Prof. Goetz, Straßburg, schon früher der geschichtliche Lehrstuhl Lamprechts in Leipzig zuteil geworden; Prof. Dr. G. v. Schulze-Gävernitz geht als Nachfolger von Sombart an die Handelshochschule in Berlin.

Die Sozialdemokraten beider Richtungen haben die Herren Lensch, Cunow, Gustav Mayer an der Berliner, den Nationalökonomen Franz Oppenheimer an der Frankfurter, den Philosophen Nelson an der Göttinger Universität untergebracht. Der Nationalökonom Oppenheimer hat entdeckt, das schlimmste Monopol und die Wurzel alles wirtschaftlichen Übels sei der Großgrundbesitz; wenn der beseitigt sei, breche der übrige Kapitalismus von selbst zusammen. Na, und

wenn der übrige Kapitalismus dann nicht zusammenbricht, sind wenigstens die noch bodenständigen Adligen und Junker beseitigt; nicht wahr? Solche Lehren müssen belohnt werden, das ist klar. Aber hat man schon jemals davon gehört, es sei einer wegen seiner Verdienste um die nationale Sache Professor geworden?

Es wäre merkwürdig, wenn die Roten und die Rosaroten in einer dem Deutschtum schädlichen Richtung nicht auch von den Schwarzen unterstützt würden. Herr Erzberger äußerte sich in seinem am 27. Dezember 1918 in der Berliner Handelshochschule gehaltenen Vortrag über den „Völkerbund als Friedensfrage" auch über die künftige Erziehung der deutschen Jugend. Er meinte: „Nicht nur im Geschichtsunterricht, der in diesem Zusammenhang besonders in Frage kommt, herrschte jene einseitige Auffassung von der Betrachtung der Weltdinge, die man am besten dahin kennzeichnet, daß die eigene Geschichte, der eigene Staat, die eigenen Angelegenheiten für den alleinigen Ausgangspunkt der kulturellen Bewertung der anderen Völker angesehen wurden, und die einem großen Teil unseres offiziellen öffentlichen Lebens das Gepräge gab. Es war der Geist der eigenen Überschätzung, der unkritischen aprioristischen Billigung des eigenen Standpunkts. Er hat seinen Ausgangspunkt in der Überschätzung des Machtgedankens und des auf der Macht beruhenden äußeren Erfolges." ... „Wo eine Änderung im allgemeinen Interesse notwendig ist, kann man nicht eifrig genug vor seiner eigenen Türe kehren. Und da ergibt sich für Deutschland die Notwendigkeit, den Geist der Schule aus den Quellen der großen Bewegungen zu speisen, die nach der Katastrophe des bisherigen internationalpolitischen Systems durch die ganze Welt geht, die des Völkerbundes." .... „Es handelt sich um eine Erziehung, die im Körperlichen den verflachenden Geist des Militarismus, das Äußerlich-Soldatische ersetzt durch die Einführung der Jugend in die Schönheiten der weiten freien Gottesnatur, und die im Geistigen und Sittlichen den Schwerpunkt in den Gemeinschaftsgedanken auch im Völkerleben verlegt."

Wenn das deutsche Volk jemals wieder in die Höhe kommen soll, so ist die erste Vorbedingung dafür seine Rückkehr zum Machtgedanken und zum Nationalismus, sein fester Vorsatz, sich alles Geraubte wiederzuholen und besser zu sichern als es vorher gesichert war, und seine Abkehr von jeder Art von Internationalismus. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn unserer Jugend die Völkerbundsentwürfe Wilsons vorgelegt werden, und es ist sogar auf das dringendste zu fordern, die Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde, ihre gradweise Verschärfung bei jeder Verlängerung und die wörtlichen Protokolle der von Herrn Erzberger und seinen Kollegen geführten Verhandlungen mit den Feinden samt der Mantelnote vom 16. Juni 1919 möchten zur Grundlage des Geschichtsunterrichtes an den höheren Klassen unserer Mittelschulen gewählt, und jeder Geschichtsunterricht mit einem Absatz aus den Friedensbedingungen der Völkerbundsentente vom 11. Mai und 16. Juni begonnen werden. Im Sinne Försters, Delbrücks, Erzbergers und der Sozialdemokraten ausgebildete Lehrer werden aber über nichts schneller hinweggleiten als über derartige Dokumente. Ein Geschichtsunterricht, wie ihn sich diese Herren denken, wäre eine fortlaufende Vergewaltigung der Wahrheit, und die Lehrer, die ihn erteilen sollen, müssen zuerst zu planmäßigen Betrügern der Jugend ausgebildet werden.[1])

[1]) Es sind schon ganz nette Ansätze dazu vorhanden. Im „Münchener Beobachter" vom 28. Juni 1919 lenkt R. Leitem die Aufmerksamkeit auf die folgende Neu„orient"ierung eines bayerischen Lehrbuches. In der 3. Auflage der für die bayerischen Mittelschulen ministeriell genehmigten „Geschichte des Mittelalters", bearbeitet von Dr. Ed. Ebner, München,

* * *

Das Deutschtum der Erwachsenen wird in einer deutschen Republik schon durch die demokratische Verfassung an sich in der Wurzel getroffen. „Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun". Tatsächlich ist durch diesen Ausspruch R. Wagners das, was das deutsche Volk von allen andern Völkern auszeichnet, am schärfsten umrissen. Seine große Leistungsfähigkeit, die es unter den ungünstigsten Umständen immer wieder auferstehen und unter günstigen Umständen sich so fabelhaft schnell entwickeln ließ, wie in der Zeit nach Bismarcks Reichsgründung, beruht nur auf dieser Fähigkeit, sich ganz in den Dienst der S a c h e zu stellen und in ihr aufzugehen, mag es nun Verwaltung, Wissenschaft, Technik, Handel oder sonst etwas sein. Untergräbt man ihm diese Fähigkeit, so hat es vor Alljudaan und den andern Völkern nichts mehr voraus. Dem Brief eines genauen Kenners des Auslandes, dem sein Beruf einen sehr tiefen Einblick in die Verhältnisse der verschiedensten Länder gewährte, entnehme ich folgende Stelle: „Ich, der ich die halbe Welt kennen gelernt, der ich viele Jahre lang mit einem für deutsche Begriffe riesigen Gehalt die gesamten diplomatischen Informationen des . . . . geleitet habe, der ich nahezu alle in der alten Welt lebenden politischen Granden persönlich gekannt habe, sage Ihnen: „Republik ist, sit venia verbo, Dreck, nichts als Dreck, auch hier (der Briefschreiber hält sich zur Zeit im Auslande auf) und überall. Das einzige anständig verwaltete Land der Welt vor dem Kriege war Deutschland. Was auch gefehlt, wie viel auch gesündigt worden ist, es war immer nur Bagatelle, im Vergleich mit dem Barbareskenstaat England, mit der Schwindelrepublik Frankreich, von den andern Gegnern gar nicht zu reden. Amerika aber trug immer

---

Verlag Koch, Nürnberg 1913, heißt es auf S. 101 zur Erklärung der Judenverfolgungen unter Karl IV. (1347—1378):

„Die ärmeren und verschuldeten Klassen der Bevölkerung waren in Abhängigkeit von den Juden geraten, welche Geld gegen hohe Zinsen verliehen und dadurch teilweise zu großem Reichtum gelangt waren. (Den Christen war es verboten, Geld gegen Zinsen auszuleihen.) Der Haß gegen sie ging schließlich so weit, daß die Bevölkerung ihre Wohnungen plünderte und zerstörte, die Juden mißhandelte, vertrieb oder gar tötete. Der eigentliche Zweck war die Vernichtung der Schuldscheine. So waren die Judenverfolgungen eine Tat der Verzweiflung (1348—1349)".

In der 5. (und 6.) Auflage 1916 hat sich diese Stelle folgendermaßen gewandelt:

„Den Christen war es verboten, Geld gegen Zinsen auszuleihen. Wer Geld brauchte, mußte es von den Juden leihen. Diese nahmen hohe Zinsen, um auch einen Nutzen zu haben; denn oft mußten sie ihr Geld verlieren. Da sie sparsam und mäßig lebten, brachten sie es zu Wohlstand und Reichtum. Gegen sie wandte sich der Haß der armen und verschuldeten Bevölkerung. Voll Neid und Begehrlichkeit fiel man (1348) über die Juden her, mißhandelte sie, vertrieb oder tötete sie gar und raubte ihre Wohnungen aus. Das waren die Judenverfolgungen."

In der 3. Auflage nehmen die Juden hohe Zinsen, um reich zu werden, in der 5. aus Notwehr, um „auch" einen Nutzen zu haben, weil sie oft ihr Geld verlieren mußten. In der 3. bringen es die Juden durch den Wucher, in der 5. durch Sparsamkeit und Mäßigkeit zum Reichtum. In der 3. hat der Wucher die Verschuldung der ärmeren deutschen Bevölkerung verursacht; in der 5. wendet sich der Haß der Bevölkerung auffällig ausgerechnet gegen die Juden; der neuorientalisierte Mittelschüler wird sicher zwischen den Zeilen herauslesen, es habe da wohl eine alldeutsche oder agrarische Judenhetze dahintergesteckt, und die eigentlichen Übeltäter seien Großagrarier und Schwerindustrielle gewesen. In der 3. Auflage sind die Judenverfolgungen ein Akt der Verzweiflung und ihr Zweck ist die Vernichtung der Schuldscheine; in der 5. entspringen sie deutschem Neid und deutscher Begehrlichkeit. Die Stelle ist auch ganz lehrreich für die Art und Weise, wie Alljudaan still und unauffällig „Meinung" zu machen versteht.

— und dafür bin ich einwandfreier Zeuge — die Palme der moralischen Mafia. Solche Korruption hat selbst das zusammenbrechende Rom nie gekannt. Schwindel, Lüge, düsterste Heuchelei sind dort Trumpf".

Mit der Demokratisierung des deutschen Volkes wird der Unterschied von andern demokratischen Völkern bald ausgeglichen sein. Auch in Deutschland wird nichts mehr um der Sache willen geschehen: auf welche Weise mache ich, mein Klüngel, meine Partei das beste Geschäft: das ist die Wesensfrage aller Demokratien. Man sehe sich die Ernennungen in allen leitenden Ämtern der deutschen Republik seit 9. November 1918 an! Wo gab da jemals die Sache, die Eignung für das Amt, den Ausschlag; wie oft sprach sie überhaupt nur mit?

* * *

Man würde sich aber irren, wenn man annehmen würde, die geistige Kastration der Jugend und die Untergrabung der sittlichen Berufsstärke unseres Volkes würde der Genossenschaft zur Niederhaltung des Deutschtums genügen. Der Jude W. Rathenau hat sich Ende Dezember 1918 in der „Neuen Zürcher Zeitung" (Nr. 1734) dazu bekannt, die vier Kriegsjahre hindurch „den Machthabern zur Versöhnung geraten zu haben". Nun, da die Versöhnungspolitik unserer Machthaber, wie von den Alldeutschen vorausgesagt, mit dem schmählichen Zusammenbruch geendet, bettelt er die Feinde um „Mitleid" an. Man hüte sich, nebenbei gesagt, vor allen, die das Mitleid um das deutsche Volk jetzt in den Vordergrund schieben; es klingt so einnehmend, und man kann gleichzeitig damit das deutsche Volk so geschickt vor dem Bewußtwerden der Kraft, die immer noch in ihm steckt, und von dem Wiederaufleben derselben ablenken. In Nr. 51 vom 12. Jan. 1919 hat der Schweizer Jude F. Heinemann dem Berliner Juden Rathenau auf seine Bitte um Mitleid für das deutsche Volk eine schon einmal angezogene „neutrale Antwort" erteilt, die die Katze offen aus dem Sacke läßt. Er schreibt u. a.: „Sie (Rathenau) jammern, daß Deutschland vor dem Kriege „nur für die Hälfte" seiner Bewohner Nahrung hatte, „und die andere Hälfte mußte Lohnarbeit für andere Völker leisten, Rohstoffe kaufen und Ware verkaufen," sagen Sie und klagen gleichzeitig, daß man Ihnen jetzt 1919 die Kolonien nähme, die Erze und die Schiffe. Aber kein Volk der Welt, kein neutrales und kein feindliches, hat Sie gezwungen, auf Kosten des gesicherten sozialen Auskommens in rapider Vermehrung des teutonischen Stammes auch numerisch das ‚erste Volk' der Welt werden zu wollen. Niemand als Ihr alldeutscher Kriegsgott.... Diese Geburtenhetzjagd hatte die fleischliche Weltkriegsrüstung überzähliger Bataillone und überreichen Kanonenfutters zum Ziele." In Frankreich gab es zwar durchaus keine Geburtenhetzjagd und trotzdem verhältnismäßig viel mehr überzählige Bataillone. Aber das ist ja auch nur Vorwand; der teutonische Stamm soll sich nicht vermehren! So will es Alljudaan und seine Freunde!

In der sozialdemokratischen „Glocke" (Nr. 41 und 42, 18. Jan. 1919) tritt ein Kurt Biging warm für die „Geburtenregelung" ein. Nach seiner Meinung muß „alles daran gesetzt werden, planvoll in der nächsten Zeit Geburten möglichst zu verhindern". Die deutsche Staatsbürgerin soll nicht „zur Zuchtstute degradiert werden". In seinen Wahlreden zur Nationalversammlung suchte der Münchener Sozialdemokrat und Jude Sontheimer die Frauen zu gewinnen, indem er ihnen den Gebrauch von empfängnisverhütenden Mitteln dringend ans Herz legte und ihnen aufklärende Schriften und Bezugsquellen empfahl. Der deutsche Geburten-

rückgang auch auf dem Lande, der schon vor dem Kriege stark war, ist bekanntlich zum großen Teil auf die Tätigkeit fast ausschließlich jüdischer Hausierer zurückzuführen, die meist, wenn der Mann auf dem Felde ist, von Haus zu Haus ziehen und den Bäuerinnen ihre Mittel gegen die Empfängnis aufschwätzen. Die Fortsetzung der Hungerblockade auch während des Waffenstillstandes, durch die, nebenbei gesagt, auch die Preise der später einzuführenden und größtenteils von einem jüdischen Händlerring zu vertreibenden Lebensmittel noch weiter in die Höhe geschraubt wurden, rückt unter diesem Gesichtspunkt in ein eigentümliches Licht. Die Friedensbedingungen bedeuten mittelbaren Kindermord. Natürlich ist das nicht so aufzufassen, als ob nun Entente und Händlerring sich zusammensetzten und den feierlichen Beschluß faßten, die Kinder- und Volkssterblichkeit in Deutschland zu erhöhen und die Geburten herabzudrücken; im Gegenteil, vielleicht fallen sogar Äußerungen des Bedauerns über diese leider unvermeidlichen Folgen der angeblich aus andern Gründen unentbehrlichen Maßregeln. Aber alle derartigen Maßregeln finden den instinktiven Beifall aller jener beschließenden und die nur sehr gedämpfte Mißbilligung aller jener zur Kritik verpflichteten Leute, denen ein starkes Wachstum und wachsende Stärke der „teutonischen" Rasse etwas Unwillkommenes dünkt. Nicht der bewußte Plan, sondern das instinktive Gefühl für das dem Reich Alljudaan Schädliche und Nützliche ist es, was dieses Liebsche Reich zusammenhält und es mit den andern Feinden der germanischen Rasse eint. Kinderreichtum hat noch nie ein Volk heruntergebracht, auch in schlimmster wirtschaftlicher Notlage nicht, sondern immer nur gehoben und seine Erholung beschleunigt.

Man glaube auch nicht, der Vernichtungswille, der sich gegen unsere deutsche Land- und Forstwirtschaft richtet und in der Abtrennung der östlichen Gebietsteile und Teilen von Schleswig seinen Ausdruck findet, sei rein wirtschaftlich gedacht. Bisher deckten wir unseren Roggen-, Kartoffel-, Fleisch- und Nahrungsfettbedarf in der Hauptsache selbst; nur beim Weizen (mit 30%) und bei den Futtermitteln waren wir auf das Ausland angewiesen. Nach Abtrennung der genannten Gebiete geraten wir den Wünschen des Ententehändlertums gemäß in eine viel stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit in der Getreide- und Futtermittelversorgung als vorher und in neue Abhängigkeit in der Fleisch- und Fettversorgung. Was aber der Entente und Alljudaan das weitaus Wichtigere ist: durch die Loslösung großer vorwiegend landwirtschaftlicher Gebiete wird unser Volkstum schwer geschädigt und dauernd geschwächt. Denn es wird dadurch immer weiter in die Industrialisierung hineingedrängt und immer mehr in ein Fabrik- und Großstadt- oder Industriestadtvolk verwandelt. Der Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Gothein, früher Aufsichtsrat der „Frankfurter Zeitung", schreibt noch in seinem 1919 erschienenen Buch „Warum verloren wir den Krieg" (S. 76): „Siedlungsland haben wir aber für unser durch den Krieg stark vermindertes Volk genug im eigenen Osten und Norden, wir brauchen nur (!) die großen Güter zu zerschlagen". Er will damit die „Annexionspolitiker" widerlegen, welche die Angliederung des Baltikums forderten, um Siedlungsland für unsere heimkehrenden Krieger zu schaffen und das bisherige schon so ungesunde Übergewicht der deutschen Arbeiterbevölkerung gegen die Bauernbevölkerung auszugleichen. Seine und seiner Gesinnungsgenossen Arbeit haben es verhindert, die „Annexionspolitiker" zur Herrschaft und damit Kurland in unsern Besitz gelangen zu lassen. Dafür ist er selbst Reichsminister geworden, und die Regierung, deren Mitglied er ist, führt den Frieden herbei, der im Norden und Osten die wichtigsten Gebiete der „großen Güter" den Feinden überläßt.

Unser Volk zieht seine völkische Kraft mehr noch als andere aus dem Boden; die Landwirtschaft ist unser völkischer und vaterländischer Jungbrunnen in jeder Beziehung; er erzeugt noch die meiste Widerstandskraft gegen internationale und weltbürgerliche Gifte. Umsonst sucht nicht die alljüdische Presse das Wort „Bauer" in der Fremdwortform „Agrarier" zum Schimpfwort zu stempeln.

* * *

Das deutsche Volk muß sich klar werden darüber: der Vernichtungsfriede der Feinde ist natürlich nicht der Friede, der den Bethmann Hollweg, Hertling, Prinz Max, Scheidemann, David, Ledebour, Erzberger, Fehrenbach, Groeber, Dernburg, Gothein, Haußmann und ihren Hintermännern aus der alljüdischen Großfinanz, aus dem jüdisch-sozialdemokratischen Rechtsanwaltsklub, dem Vatikan und dem Kreis der „Frankfurter Zeitung" und des „Berliner Tageblatts" vorgeschwebt hat; aber er liegt durchaus in der Linie des Friedens, den jene angestrebt haben; die Linie ist von den Feinden nur überall weit darüber hinaus, wo jene Halt machen wollten, fortgeführt. Jene Leute wollten, um es zum Schlusse noch einmal hervorzuheben, kein größeres Deutschland und keine Erstarkung des deutschen Volkstums; die Feinde begnügen sich damit nicht, sondern verkleinern das Reich und schwächen das Volkstum; aber die Triebrichtung ist die gleiche. Jene Deutschen wollten ein Reich, dessen Gedeihen ausschließlich auf Handel und Warenerzeugung beruhen solle (Schule Brentano), in dem Händler und Alljudentum in allen Dingen den Ausschlag geben sollten, in dem die Landbevölkerung mehr und mehr zurückgedrängt, das bodenständige Bürgertum zur Machtlosigkeit verurteilt und durch eine wiederum von Juden geleitete und von großkapitalistischem Geld unterstützte sozialdemokratische Arbeiterpartei ständig in Schach gehalten werden sollte. Der Ententefriede bewirkt genau dasselbe, nur in starker Übertreibung; weite Landstriche mit vorwiegender Bauernbevölkerung werden einfach abgetrennt; der Rest muß, um leben zu können, in steigendem Maße sich der Warenerzeugung und Fabrikarbeit widmen; auch vom Mittelstand werden starke Anteile von den Großbetrieben verschlungen werden; noch viel mehr als bisher werden die eigentlichen Herren von Deutschland die Händler und das jüdische Großkapital sein, die das Geld zu den Unternehmungen hergeben, unterstützt von Sozialdemokraten jüdischer oder hoböhmischer Natur, denen man der Form halber Regierungsstellen in die Hand spielt. Mit dem Gedanken der Abtretung kleinerer Teile Lothringens und der Ostgebiete hat die schwarzrotgoldne Reichstagsmehrheit schon bei der Friedensresolution im Juli 1917 geliebäugelt; die erste Erwiderung Max von Badens—Payer auf die Forderung Ludendorffs vom 3. Oktober 1918 nach einem Friedensangebot zieht sofort die Preisgabe Elsaß-Lothringens in Betracht; die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen schließt bereits stillschweigend den Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Posen in sich. Die Feinde erweitern auf dieses Entgegenkommen hin den Rahmen ihrer Forderungen selbstverständlich noch viel mehr; aber ein im Wesen anderer Rahmen als der, den die Schwarzrotgoldnen schon lange anzunehmen bereit waren, ist es nicht. Diese Dreiheit haßte das deutsche Militärwesen, diese Zuflucht der letzten Reste deutscher Mann- und Wehrhaftigkeit, deutschen Selbstbewußtseins, deutschen Nationalstolzes und deutscher Ehrlichkeit von jeher; sie gönnte dem deutschen „Militarismus" eine empfindliche Niederlage und den Sturz von seiner hohen Stellung den er bisher im Reiche eingenommen hatte, von ganzem Herzen: die Feinde erfüllten im Grunde genommen nur Wünsche dieser Mehrheit, als sie die von dieser

gleichmäßig vorbereitete, von den Roten vollzogene Auflösung des deutschen Heeres in ihren Friedensbedingungen in einen Dauerzustand verwandelten. Das deutsche Volk hat daher auch keinen Anlaß, sich über die geringe Widerstandskraft zu wundern, die seine Regierung diesem Frieden entgegensetzt; denn wenn er auch ein Wechselbalg geworden ist, so ist er doch bis zu einem gewissen Grad das natürliche Kind aus dem ständigen Techtelmechtel der Reichstagsmehrheit und ihrer Gedankenwelt mit der Entente und ihren geistigen Vertretern, das man eben nicht verleugnen kann. Und wenn auch die Wiege, in der das Kind überreicht wird, ganz anders aussieht, als man es sich gedacht hat, so ist es immerhin ein Kind der Reichstagsmehrheit, und es ist verständlich, wenn sich die Reichstagsmehrheit schon jetzt mit allen Mitteln der Schule und der Volkserziehung zu sichern sucht gegen kommende Deutsche, die vielleicht die Wiege mit samt dem Wechselbalg, immerhin, wie gesagt, ihrem Kind, das ihr die dauernde Thronfolge verbürgen soll, zum Tempel hinauswerfen könnten. Das deutsche Volk hat auch kein Recht, sich über die Feinde zu beklagen, wenn sie den Willen der Reichstagsmehrheit in einer Form vollziehen, die zwar außerordentlich weit über die Absichten derselben hinausgeht, aber in den Grundgedanken doch eins mit ihnen ist; denn das deutsche Volk hat diese Reichstagsmehrheit gewählt und stellt sich immer wieder von neuem hinter sie.

Es ist auch unrichtig, wenn man die Rückkehr von unserem wahrhaft demokratischen Volksheer, in dem jeder Volksgenosse, ob hoch oder gering, seine Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen hatte, zum Söldnerheer vergangener Jahrhunderte vielfach als Rückschritt und Widerspruch zur Demokratie empfindet. Dieses Söldnerheer liegt durchaus in der Richtung jenes „Fortschrittes", der von gewissen Seiten unserer Fortschrittlichen angestrebt wird. Wenn unsere Landesverteidigung auf freiwilligen Meldungen beruht, dann stellt unser Heer eine Auslese des besten, kriegerischsten und am meisten von vaterländischem Empfinden durchglühter Menschenmaterials dar. Jeder Verlust, der diese Truppe trifft, trifft nicht mehr wie im Volksheer einen Durchschnitt des Volksganzen mit einem etwas größeren Anteil an Tüchtigen, sondern fast ausschließlich nur mehr die Besten. Jene Bestandteile des Volkes, die in diesem Krieg nur mitfochten, wenn ihnen gar keine Möglichkeit der Zurückstellung aus Gesundheitsrücksichten oder aus Unabkömmlichkeit winkte, werden aus dem Freiwilligenheer selbstverständlich ganz verschwunden sein, und ihrer Vermehrung durch Fortpflanzung und Zuzug wird nicht einmal mehr die Angst vor einem künftigen Kriege Einhalt tun. Warum nimmt der Jude Preuß in seinen Verfassungsentwurf (Art. 30) den Satz hinein: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren"? Einwandernde Katholiken oder Protestanten dürften an der Frage nach ihrer Konfession keinen Anstoß nehmen. Gelingt es der schwarz-rot-goldenen Mehrheit, ihre Herrschaft dauernd zu befestigen, dann wird die von der „Welt" und ihren Freunden im Deutschen Reich instinktiv gewünschte Wirkung des Krieges voll und ganz eintreten; was der Dreißigjährige Krieg so erfolgreich begonnen hat, wird der Krieg 1914/18 in seinen Nachwirkungen beenden; das gute germanische Blut wird mehr und mehr ausgerottet und minderwertiges bleibt zurück. Unsere Volkskraft wird durch Fronarbeit in Fabriken, zusammengedrängtes Wohnen und dauernden Entzug weiter landwirtschaftlicher Gebiete, für welche die Kleinsiedlungen einen höchst schwächlichen und ungenügenden Ersatz bieten, wenn sie auch besser sind als nichts, mehr und mehr verkommen. Der „Matin" schrieb am 18. Februar 1919: „Die Alliierten verfolgen (in ihren Entwaffnungsmaßregeln) nur den einen Zweck, das gegenwärtige Deutschland

außerstande zu setzen, die Operationen gegen die neugeschaffenen slavischen Staaten in Mitteleuropa wieder aufzunehmen". Das ist die Arbeit der äußeren Feinde, die durch die Arbeit der innern Feinde ergänzt werden soll. Russen, Polen, Juden, Tschechen, Slovaken sollen sich vermehren dürfen wie die Kaninchen; die Deutschen aber sollen ihre Fruchtbarkeit einschränken, damit es ihnen innerhalb ihrer neuerdings verkürzten Grenzen nicht zu enge wird und sie weder einen Druck auf die Nachbarvölker noch einen Gegendruck gegen die östlich-galizische Einwanderung ausüben können. Die an sich verdienstvolle Arbeit der katholischen Kirche in der Frage der Geburtenvermehrung kommt dem schlechteren Blut in höherem Maße zustatten als dem besseren; sie unterscheidet nicht zwischen edlem und unedlem, deutschem, welschem, tschechischem oder polnischem Blut. Von unserem Nachwuchs aber hängt unsere Zukunft ab. Mit einer Jugend, der der Glaube an die Siegfriedsnatur des deutschen Volkes, an seine Stärke in deutscher Liebe und deutschem Haß, an deutsche Körper-, Geistes- und Sittenkraft geraubt wird, und einer Rasse, in der das germanische Blut nur mehr einen geringen Bruchteil bildet, wird sich Deutschland nie mehr erheben.

Herrentum.[1])

Die Germanen sind das erste, wahrscheinlich das einzige echte Herrenvolk der Erde; zum mindesten das erste der weißen Rasse. Die germanische Blutbeschaffenheit oder -beimischung der meisten Herrscherhäuser Europas ist bekannt; an manchen Stellen ist sie vielleicht vorhanden, auch wenn sie nicht nachweisbar ist. Man denke an die Stämme, die in der Völkerwanderung und später überall hängen geblieben sind, z. B. an das viele germanische Blut, das in Sizilien in die Bevölkerung geflossen ist, und an die Beziehungen Korsikas zu Sizilien. Die anderen Völker und Rassen liefern Häuptlinge, nicht Herrscher. Der germanische Herrenmensch ist Herr aus Pflichtgefühl gegen sein Volk, nicht aus Ehrgeiz und aus Freude an der Macht. Germanische große Herrennaturen, wie Friedrich der Große und Bismarck, empfanden Herrschaft als Verpflichtung und Zwang, nicht als Genuß. Das unterscheidet sie von anderen Rassen, denen Herrentum nur die Befriedigung ihres Willens zur Macht ist. Vielleicht liefert das schlagendste Gegenbeispiel die jüdische Rasse. Kein Volk hat in allen seinen Einzelpersonen einen so brennenden Ehrgeiz, über andere zu herrschen als das der Juden, und keines ein größeres Unvermögen, Herren zu sein, als die Juden. Wo sie Macht gewinnen, zerfällt der Staat; der germanische Herrscher erhält den Staat; sie zersetzen; der Germane baut.

Die Germanen sind auch das erste, jedenfalls das beste Dienstvolk der Erde. Vielleicht liegt hier ein innerer notwendiger Zusammenhang vor. Möglicherweise können Herrscher mit dem tiefen Pflichtgefühl gegen ihr Volk nur aus einem Volk entstehen, das von einem tiefen Bedürfnis nach der Leitung durch eine sorgende Hand durchtränkt ist, und es kann zu mustergültigen Herren, wie sie die deutsche Geschichte zeigt, nur werden, wer in einem solchen Volk aufwächst und sein inneres Bedürfnis nach der starken leitenden Hand erlebt und erfaßt hat.

Wenn sich dieses Bedürfnis und die Herrennaturen zur Befriedigung desselben glücklich zusammenfinden, entstehen jene Glanzzeiten der deutschen Geschichte, in denen Volk und Herrscher zusammenwirken und dann allemal nicht nur selbst groß werden, sondern der ganzen Welt Großes schenken. Das germanische Verhältnis zwischen Herrscher und Volk ist dann nicht das des Tyrannen zum

[1]) Dieser und die folgenden Abschnitte sind zusammen als Flugschrift unter dem Titel: „Grundbedingungen des Wiederaufstieges" erschienen. Einzelpreis: 80 Pf., ab 10 Stück je 50 Pf., ab 100 Stück je 40 Pf., ab 1000 Stück je 30 Pf. J. F. Lehmanns Verlag, München.

Sklaven, sondern das des Führers zum Gefolge, des Bauern zum Knecht; der Bauer ist immer der „Herr", der Knecht nicht der „Untertan" des Bauern, sondern der Gehilfe, der ebenso stolz darauf ist, wenn „sein" Hof gedeiht wie der Bauer, der mit ihm am Tische sitzt und sich weder als etwas Geringwertigeres empfindet, noch als solches betrachtet wird.

Ein so veranlagtes Volk, dessen Gedeihen auf diese Art des Zusammenwirkens seiner Herrennaturen mit den zum Dienen Begabten angewiesen ist, bietet seinen Feinden viel größere Angriffsflächen als Völker, in denen das Verhältnis des Herrschers zum Beherrschten einfach das des jeweiligen Machthabers zu den Unterdrückten ist, wobei die Macht des Machthabers lediglich der Ausdruck äußerer Erfolge und Siege durch die Waffen, durch das Mundwerk oder durch das Gold ist, nicht aber der einer hervorragenden Eignung zur Erfüllung der Herrscherpflichten und ihrer tatsächlichen Erfüllung. Die Machtverhältnisse in einem Staat der äußeren Macht lassen sich nämlich nur wieder durch äußere Macht verschieben; die aber in einem Staat der eingeborenen Macht und der Dienstbarkeit als innerlich empfundenen Pflicht läßt sich von innen heraus zermürben. Sowohl Herren wie Dienstbare sind der Zermürbung zugänglich; die einen, indem man ihnen ihre Herrenpflichten ausredet und sie dahin bringt, Herren im anderen, romanischen Stil zu spielen, die anderen, indem man ihnen erklärt, sie brauchten keine Herren, und ihnen den germanischen Gefolgschaftsbegriff aus dem Sinne weg und romanisch-slavische Knechtschaftsbegriffe hineinschwindelt. Beide Mittel sind oft gegen die Deutschen angewandt worden; es gab Zeiten, in denen jedem Fürsten die Einbildung beigebracht wurde, er müßte ein kleineres Abbild Ludwig XIV. sein. Kaiser Wilhelm II. liebte theatralischen Prunk und rauschende Festlichkeiten; seine der Berliner Akademie geschenkte Büste trug das Gewand Ludwig XIV. Zeiten, in denen dem Durchschnittsdeutschen sein bestes Gut, seine trefflichen Dienstbarkeitseigenschaften, gestohlen werden, durchleben wir in der Gegenwart. Weil eben das Potentatentum der Nachäffung einerseits, das unter dem Schein der Volkssouveränität versteckte Kulitum für Geld und Phrasen andrerseits etwas den deutschen Anlagen Widersprechendes, etwas Unnatürliches ist, wird aus den Deutschen sofort etwas so unsagbar Verächtliches, wenn es gelingt, sie in diese Rollen zu drängen, etwas viel Verächtlicheres, als wenn slawische Schafhirtennachkömmlinge Hof in der Art Ludwigs XIV. halten, französische Grandseigneurs einen Napoleon umschwänzeln, russische Taglöhner verzückt falschen Propheten nachlaufen, und amerikanische Fabrikarbeiter um Geld reichen Gaunern den Kuli machen. Die große Rolle, welche die Ausländer, Russen, Juden, Tschechen, englische und französische Werber bei der deutschen Revolution spielen, erklärt sich nicht nur als Ausnützung jeder Kriegsmaßregel durch den äußeren Feind, sondern auch durch eine gewisse innere Notwendigkeit. Dem Deutschen liegt diese Auflehnung gegen seine Herrscher, denen er größtenteils nichts vorzuwerfen hat und die er eben nicht als Eroberer ihrer Macht über ihn, sondern als durch Übereinkommen zu ihrer Würde gelangte erste Diener ihres Staates ansieht, innerlich nicht; der Schwung und der Haß, den man zu Hetzreden gegen verdiente Monarchen braucht, mußten von auswärts bezogen werden, von Rassen, welche ihre eignen Könige und die ihrer Wirtsvölker nur als Unterdrücker anzusehen von alters her gewohnt waren. Um die Revolution in Gang zu bringen, mußten sich diese Hetzer deshalb auch an die alleruntersten Schichten des deutschen Volkes wenden, an jene Enterbten der

bürgerlichen Gesellschaft, welche rassisch meistens eine Mischung des Ausschusses aller möglichen Völker bilden, die daher auch nirgends national sind, nirgends völkisch zu empfinden vermögen und überall in ständiger Auflehnung gegen die ordnungserhaltenden Bestandteile der Völker sich befinden. Schon der ordentliche deutsche Durchschnittsarbeiter hätte keinen geeigneten Boden zur Entflammung der Revolution abgegeben; nachträglich erlag sein durch die Kriegsjahre in seiner Widerstandskraft ermattetes Gehirn allerdings leicht und schnell den Verlockungen der Hetzer; aber wenn man erfahren hat, wie glatt die oberflächlichsten Schlagwörter und das durchsichtigste Geschwätz pazifistischer Schönredner in unseren höchstgebildeten Kreisen Eingang fand, kann man den Arbeitern kaum mehr einen Vorwurf aus ihrem Verhalten machen.

Das Volk.

Die Völker bestehen durchschnittlich aus etwa 90 v. H. Masse, 8 v. H. national gesinnten und national wirkenden Führenden und 2 v. H. staatsfeindlich gesinnten und staatsschädigenden Führenden. Die Judenschaft der Völker besteht aus ungefähr 45 v. H. Masse, 35 v. H. im nationalen Fahrwasser Mitschwimmenden und 20 v. H. staatsfeindlich gesinnten Führern. Deutschlands Bevölkerung weicht vom Durchschnitt ab. Sie setzt sich zusammen aus etwa 85 v. H. Masse, 13 v. H. staatsfeindlich gesinnten oder wirkenden und 2 v. H. nationalgesinnten Führern. Seine Judenschaft besteht aus etwa 20 v. H. Masse, 5 v. H. im nationalen Fahrwasser schwimmenden und 75 v. H. staats- und volksfeindlich gesinnten oder wirkenden Führenden. Die Massen richten sich nach den Hundertzahlen der Führenden; verschiebend wirken dabei ein der Einfluß der Presse und der Einfluß der Regierung. Wenn eine Partei der Führenden eine verbreitetere Presse hat, als ihrer Hundertzahl zukommt, so vergrößert sich auch die Zahl ihrer Anhänger aus der Masse; ebenso verschiebt der Einfluß der Regierung und ihres Beamtenstabes die Zahlen.

Die Massen bestehen ihrerseits aus Arbeitern, Bauern und Bürgern. Der Kreis der Bürger muß heute sehr weit gezogen werden; denn einerseits werden infolge des Kriegsausganges viele der obersten Schicht Angehörige sich mit bürgerlichen Ansprüchen und bürgerlicher Lebensweise begnügen müssen; anderseits sind bereits weite Schichten der gehobenen Arbeiterschaft dem Kleinbürgertum zuzurechnen, zumal nach den stattlichen Ersparnissen, die sich Arbeiter und kleine Angestellte während des Krieges zurücklegen konnten.

An der Oberschicht und noch mehr an der obersten Schicht haben sich starke Fäulniserscheinungen gezeigt. Abgesehen von physiologischen Verirrungen mannigfacher Art ist namentlich der Sinn für die edelste Aufgabe des Adels, aus der ganzen Nation und aus allen Ständen, den Hochadel inbegriffen, die Wertvollen heraus- und heraufzuziehen und zu pflegen, im deutschen Adel und der übrigen Oberschicht fast völlig verloren gegangen; man will und duldet nur geringes Mittelmaß um sich. Völkisch ist die ganze Nation mit wenig Ausnahmen entartet und krank. In der Arbeiterschaft ist die Erkrankung vorwiegend auf das Gift zurückzuführen, das ihr planmäßig von fremdvölkischen Führern durch Presse, Flugschriften, Vereine und Versammlungen eingeflößt wird; bei den ultramontan geführten Arbeitern ist die Krankheit nur in eine andere Richtung gedrängt. In der Bürgerschaft wirken teilweise die gleichen Gifte; teilweise liegen hier Verkümmerungserscheinungen vor. Das politische und soziale Wohlergehen des Bürgers war unter der geordneten Staatsregierung eines Bismarck und

einer nach ihm scheinbar gleichmäßig weiterarbeitenden Staatsmaschine zu gut aufgehoben; er fühlte sich aller politischen, sozialen und nationalen eigenen Sorge enthoben, und auf die Warnungen der Alldeutschen achtete er nicht. Als dann der Zusammenbruch kam, waren die für die Selbsthilfe nötigen Organe zurückgebildet und nicht mehr leistungsfähig. Eine wirkliche tiefgehende Gesundung kann unter solchen Umständen immer nur von unten auf, vom Kinde auf, vor sich gehen; die Schulen von der ersten Volksschulklasse an müssen mit nationalem Geiste erfüllt werden, und nur national erzogene Lehrer dürfen an der Erziehung der Jugend arbeiten. Das ist in allen andern Ländern so und kann auch in Deutschland wieder so werden. Es war Bismarcks schwerster Fehler, die Schule nicht mit in den Aufbau des Reichs gezogen zu haben; ihm fehlte ein Moltke für die deutsche Erziehung. Auch der so ungemein wichtige Stand der Lehrer, namentlich der Volksschullehrer wurde unter ihm und noch viel mehr unter seinen Nachfolgern zu sehr vernachlässigt. Wenn der Satz richtig ist, die Schlachten von 1870/71 habe der deutsche Volksschullehrer gewonnen, so ist auch der Schluß richtig, den Krieg 1914/18 habe der deutsche Volksschullehrer verloren. Aber die Hauptschuld daran trägt eine kurzsichtige Regierung, die ihn durch schlechte Behandlung — nahmen ihm Bismarcks Nachfolger die Siege von 1870/71 übel? — immer mehr in die jüdisch-liberale und sozialistische Richtung drängte. Bis Deutschland wieder eine deutsche Schule und deutsche Lehrer hat, kann nur Gelegenheitsarbeit von Fall zu Fall geleistet werden; man muß überall einzuhacken suchen, wo sich die Möglichkeit einer nationalen und völkischen Einwirkung bietet.

Die Friedensbedingungen und Kriegsentschädigungen der Feinde werden uns zu Arbeitssklaven der Entente auf Jahrzehnte hinaus erniedrigen. Und zwar zu schlecht bezahlten. Die Kriegsentschädigung kann von uns nur entrichtet werden in Waren; zur Herstellung der meisten derselben benötigen wir ausländische Rohstoffe; diese liefert uns das Ausland zu teuren Preisen; die daraus geschaffene Ware kann aber nicht teurer verkauft werden als zum Welthandelspreis. Es wird also an den deutschen Waren weniger verdient werden, als der Ausländer an der gleichen Ware verdient, oder, mit anderen Worten, damit überhaupt noch der Nutzen herausgeschlagen wird, mit dem wir uns selbst ernähren und außerdem die Kriegsentschädigung zahlen können, wird der deutsche Arbeiter, vom Taglöhner bis zum Direktor, sich mit einem geringeren Lohn begnügen und angestrengter arbeiten müssen, als jeder Ausländer; davor werden ihn die schönsten papierenen internationalen Verabredungen über Arbeitszeit und Löhne nicht bewahren. Der deutsche Arbeiter wird schuften müssen, damit der englische, amerikanische, französische Arbeiter ein besseres Leben führen kann als er selbst; er wird der Lohnsklave der ganzen Welt sein. Die Proletarier aller feindlichen Länder werden sich vereinigen, aber nicht, um den deutschen Arbeitern zu helfen, sondern um aus ihren Arbeitgebern bessere Arbeitsbedingungen herauszuschlagen, die die Arbeitgeber auf Kosten der deutschen Arbeiter leicht bewilligen werden können. Den Traum von den Segnungen der „Weltrevolution" haben die deutschen Arbeiter selbst zerstört, als sie allein im ungeeignetsten Augenblick eine deutsche Revolution ins Werk setzten; denn damit schufen sie den fremden Arbeitgebern diese Möglichkeit. Der Sozialdemokrat und Ministerpräsident Hirsch hat zu den Arbeitern am 25. Juni 1919 gesagt: „Der Friede bedeutet das Ende der Weltrevolution, die Stärkung des Kapitalismus und Imperialismus in den feindlichen Ländern und die Versklavung der deutschen Arbeit".

Wenn allmählich auch der deutsche Arbeiter die Richtigkeit dieses Satzes erkennt, dämmert ihm möglicherweise, in welches Lügennetz ihn die Schwarz-rot-goldenen eingesponnen haben, als sie mit ihren Sprüchen von dem „Genossenschaftsgedanken im Völkerleben", von der „Solidarität der Proletarier aller Länder" und ähnlichem seine Sinne umnebelten. Freiheit, Frieden und Brot haben ihm seine Führer versprochen, und Knechtschaft unter Fremden, Kriegszustand im eigenen Land und mit aller Welt und Verewigung des Hungers hat er geerntet. Hier hätte die nationale Erziehung einzusetzen. Der deutsche Arbeiter steht in den nächsten Jahrzehnten vor der Wahl, die Kriegsentschädigungen entweder dauernd mit Sklavenarbeit und Entbehrungen oder mit Blut und Eisen zu bezahlen. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob der Blutzoll wirklich zu entrichten wäre oder ob der Wechsel darauf genügte. Sir Douglas Haig hielt nach der „Daily News" (Deutsche Allgemeine Zeitung 336, 16. VII. 19.) am 15. Juli in Aberdeen eine Rede, in der er erklärte, jeder heranwachsende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn die nächste Probe komme, wie sie eines Tages sicher kommen werde, England eine Nation in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen. In den an Polen abgetretenen Provinzen wird sofort die Militärpflicht eingeführt werden; wahrscheinlich werden sechs Jahrgänge eingezogen. Von den Tschechen ist in Böhmen und Mähren die Aushebung von fünf Jahrgängen anbefohlen und wird mit größter Strenge durchgeführt (Deutsche Allgemeine Zeitung 357, 28. VII. 19.) Vielleicht kommt der Arbeiter allmählich dahinter, wo die wahren Feinde seiner „Freiheit" sitzen, ob unter denen, die ihm, wenn er ihnen gefolgt wäre, Siedlungsland, Rohstoffgebiete und eine auf Macht beruhende Weltwirtschaft mit unbeschränkten Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten verschafft hätten, oder unter denen, denen er gefolgt ist, deren Mund stets von Freiheits- und Volksherrschaftsphrasen überquoll, und die ihn in die tiefste und schmachvollste Sklaverei gestürzt haben.

Natürlich werden die Schwarz-rot-goldenen alle Hebel in Bewegung setzen, um solcher Erkenntnis Licht nicht aufgehen zu lassen. Das Zentrum wird Ergebenheit in das Gott gewollte Schicksal predigen, zur Buße mahnen, Klöster gründen, die Erziehung der Katholiken an sich zu reißen und Roms Macht zu stärken suchen. Durch das Schulkompromiß vom 14. Juli 1919 haben die grundsatztreuen Sozialdemokraten die Schulen in den katholischen Ländern den Jesuiten ausgeliefert, für die sie ja auch sonst immer warm eingetreten sind. In den liberalen nationalen Städten und den protestantischen Ländern besteht dank der Unterlassungssünden der Nationalliberalen und der Konservativen kein Gegengewicht; dort wird also der größere Teil der Schulen den Roten zufallen. Für die so zahlreich zu den Roten übergegangenen katholischen Lehrer wird es bald wieder vorteilhaft sein, den Meßnerdienst zu übernehmen. Die Intellektuellen der goldenen Internationale werden lehren, es sei der hohe Beruf des deutschen Volkes, durch „geistige und kulturelle" Leistungen die Welt zu „erobern"; sie und die Roten werden das arbeitende Volk mit Wahl- und anderen Rechten, mit „Sozialisierungen", mit Volksherrschaft, mit „gehobener Stellung" und anderm blauen Dunst über sein Elend hinwegzutäuschen suchen. Alle drei aber werden wieder einig darin sein, alle „Schuld" auf die wirklichen Freunde der Arbeiter zu lenken, die Katholiken gegen die „protestantischen Junker", die Intellektuellen gegen die „alldeutschen" Machtpolitiker, die Arbeiter gegen das deutsche Kapital zu verhetzen, in dem alten Streben, damit das Deutschtum und seinen wichtigsten Träger, den deutschen Mittelstand zu treffen und vielleicht endgültig zu Grabe zu tragen.

Als württembergische Truppen nach München geworfen wurden, um München von seinen Freiheitsspendern zu befreien, wurden unter ihnen Flugblätter verbreitet, in denen die Männer der Münchener Regierung in folgender Weise als „Nichtproletarier" gekennzeichnet wurden: „Dr. Lipp als Spitzel des Großen Hauptquartiers und Größenwahnsinniger, Silvio Gsell als lächerlicher finanzieller Wunderdoktor, Mühsam als anarchistischer Berliner Kaffeehausliterat, Toller als fauler Student und Bourgeoissöhnchen, Dr. Levien als gehirnsyphilitischer Moskauer Bolschewist, Dr. Wadler aber als Arrangeur der belgischen Arbeiterdeportationen und Oberalldeutscher. Natürlich ist das letztere gelogen; aber davon leben ja die Herren.

Solange solche Zusammenstellungen möglich sind und der deutsche Arbeiter sie gläubig hinnimmt, wird er ein betrogener Lohnkuli bleiben. Sein erreichbares Höchstmaß von Freiheit und Herrentum kann ihm immer nur von „Oberalldeutschen" kommen, die das ganze Volk gegenüber den andern Völkern zu einem Herrenvolk erheben wollen, ebenso wie jeder englische Arbeiter sich allen anderen Völkern gegenüber als Angehöriger eines Herrenvolkes fühlt. Dafür können die Alldeutschen auch an den Arbeitern keine Knechts- und Lohndienstgesinnung brauchen; sie wollen in ihnen jenen Stolz erwecken, der dem treuen Knecht als Gefolgsmann seines Bauern, dem Gesellen als Gefolgsmann seines Meisters so gut ansteht wie dem Fürsten als Gefolgsmann seines Kaisers. Der Handarbeiter hat, wie jeder Arbeiter, nur zwei Unterlagen für berechtigten Stolz, den auf sein Volkstum und dessen Größe und Leistungsfähigkeit, und den auf die Güte seiner Arbeit. Beide Arten können die alljüdischen Führer der Demokraten und Sozialdemokraten nicht für ihre Zwecke verwenden, weil sie den Stolz auf ihr Volkstum unmöglich von deutschen Arbeitern verlangen können und bei der Güte der Arbeit nicht mit eigenem Beispiel vorangehen können. Dafür ziehen sie als Ersatz in den Arbeitern eine thörichte Einbildung über den Wert des Handarbeitertums schlechthin groß, so als ob der Stiefelwichser eigentlich die für den Staat wichtigere und lohnenswertere Arbeit vollbringe als der Diplomat, der in den schön gewichsten Stiefeln seinem Vaterlande Erfolge erringt. Sie selbst beanspruchen auf Grund höchst mittelmäßiger und untermittelmäßiger Leistungen Führerstellen im Staat; infolgedessen suchen sie auch in der Mindestlohnbewegung den Sinn der Arbeiter für die Höherbewertung besserer Leistungen gegenüber geringeren nach Kräften zu unterdrücken; es soll sich nicht mehr lohnen, gescheiter, fleißiger und geschickter zu sein als die Dümmsten, Faulsten und Untüchtigsten. Dann legt man derartige Maßstäbe auch nicht mehr an die Minister und Präsidenten des Staates an. Gleichzeitig raubt man der Arbeit damit jeden Gefühlswert, den Stolz des Knechts auf „seinen" Hof, den des Bauern auf „seine" Gemeinde, den der Gemeinde auf „ihren" Stamm, den des Stammes auf „sein" Volk. Die Arbeit wird, wie alles im jüdischen Auge, nichts als Ware, und der Lohn der Preis dafür. Der Arbeitgeber wird zum feindlichen Händler, der an nichts denkt, als den Preis herunterzudrücken, und die Arbeiterverbände werden zu Händlergenossenschaften, die an nichts denken, als unter Ausnützung jeder „Konjunktur" möglichst hohe Preise zu erzielen. Auf diese Weise wird der Aufbau, der zu einem stolzen und gesunden Volkstum führt, schon von unten her untergraben; statt eines saftstrotzenden, kräftigen Baumes mit weitschattender Krone wächst ein kümmernder Stamm heran, wie er die Vorbedingung aller schmarotzenden Baumpilze bildet. Die äußere Not unseres Vaterlandes wird die Fäulniserscheinungen wie die Schmarotzererscheinungen am deutschen Lebensbaume viel deutlicher hervortreten lassen, als sie sich während der Zeit des großkapitalistisch-wirtschaftlichen Aufschwungs zeig-

ten; deutlich genug, um auch dem einsichtigeren einfachen Arbeiter klar zu werden, wenn man ihn darauf aufmerksam machen kann.

Der Arbeiter glaubt heute noch, er könne durch „Sozialisierungen" um die Schäden des „Kapitalistenstaates" herumkommen. Die wirklich durchgeführte Sozialisierung würde aber lediglich den Ersatz der Privatkapitalisten durch den Großkapitalisten Staat bedeuten, und wenn der Staat zu seinen sonstigen Machtmitteln auch noch alles Kapital in Händen hat, dann ist der Arbeiter noch viel mehr verraten und verkauft als vorher. Der „Volksstaat" wird die Löhne festsetzen, die Arbeitszeit bestimmen, Streiks sich nach Belieben verbitten, und der Arbeiter wird von den Launen und der Gnade einiger weniger Leute, welche unter der Losung einer „Volks"vertretung den Staat regieren werden, noch viel abhängiger sein als vordem, als er noch Kapitalisten gegen Kapitalisten und gegen alle den Staat ausspielen konnte. Auch über diesen Betrug wird man dem Arbeiter und Kleinbürger ein Licht aufstecken können.

Die Feinde werden den deutschen Arbeiter noch über einen weitern Punkt aufklären, und unsere nationale Erziehung muß hier ebenfalls einhacken. Der von den Feinden mit Hilfe der deutschen Arbeiter erzwungene Frieden wird nämlich den deutschen Arbeiter zur Auswanderung zwingen, und unsere Arbeiter werden bei gehöriger Belehrung einsehen, wie gut berechnet diese Wirkung der feindlichen Maßregeln war, als deren Werkzeuge sie sich gebrauchen ließen. Amerika sieht seit Jahrzehnten mit Mißfallen, wie die Einwanderung der guten deutschen Arbeiter mehr und mehr ab- und die der italienischen, slawischen, polnischen und jüdischen immer mehr zunimmt. Es war einer der Gründe, die Wallstreet zum Eingreifen in den Krieg veranlaßten, diesem Übelstand abzuhelfen; sie hat es erreicht, und die deutschen Arbeiter haben fleißig mitgearbeitet. Namentlich Polen, Tschechen und Südslawen werden in ihre neuen Reiche zurückströmen und durch den willkommeneren deutschen Arbeiter ersetzt werden. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz aus Washington vom 3. Juli 1919 haben sich etwa 1300000 Nichtamerikaner entschlossen, nach Beendigung des Krieges wieder aus Amerika auszuwandern, die etwa vier Milliarden Dollars den Vereinigten Staaten entziehen werden. Aber auch die französische Industrie hat großen Gefallen an der Leistungsfähigkeit der deutschen Gefangenen gefunden. Die in England befindlichen deutschen Gefangenen sind von England keineswegs nur deshalb zum Teil an Frankreich abgeliefert worden und wurden samt den von Anfang an in Frankreich befindlichen Gefangenen zurückbehalten, um „wieder aufzubauen"; die französische Regierung denkt vielmehr ernstlich daran, so viel wie möglich deutsche Gefangene — oder gegen sie eingetauschte Arbeiter, wobei sich Frankreich von vorneherein Facharbeiter, also die tüchtigsten und bestausgebildeten, ausbedingt — zum dauernden Verbleiben in Frankreich zu veranlassen, einmal zur Erhöhung der zu geringen Bevölkerungszahl, dann zur Blutaufbesserung und zum Wiederausgleich des im Krieg eingeflossenen braunen und schwarzen Blutes, und endlich zur Arbeit. Sie wird den deutschen Arbeitern alles mögliche versprechen, ihre Frauen und Kinder nachkommen lassen, und sie keineswegs schlecht behandeln. Umsonst wird den Arbeitern nicht schon während des ganzen Krieges von ihren inneren und äußeren Verführern zur Revolution vorgeredet, es sei ganz einerlei, ob man unter deutscher oder französischer oder englischer Herrschaft lebe. Eine große Zahl wird auch wohl Folge leisten, und ihre Familien werden in der nächsten Geschlechtsfolge französiert oder englisiert sein. Aber einer großen Mehrzahl Zurückgekehrter, die mit offenen Augen die fran-

zösischen Zustände, die Unreinlichkeit der dortigen Haushalte usw. kennen gelernt haben, dürfte nicht unschwer klar zu machen sein, was für ein Segen auch für den deutschen Arbeiterstand die deutschen konstitutionellen Verfassungen waren, wie viel mehr angepaßt ihrer eigenen Anlage die frühere monarchische Verfassung war, und was eigentlich die wirklichen Beweggründe waren, weshalb man sie nicht gegen zeitlich bestehende starke Mißstände in diesem monarchischen System, sondern gegen die Monarchie an sich verhetzte.

Man glaube aber nicht, solche Erkenntnisse gingen dem Arbeiter, dem kleinen Gewerbetreibenden, dem niederen Angestellten irgendwie von selber auf; sie müssen ihnen beigebracht werden. Der Geist dieser Schicht hat ein ungemein zähes Beharrungsvermögen. Der Gedanke, die Demokratie sei das Allheilmittel, die Revolution bringe den „Fortschritt", die Republik bedeute die „Volks"herrschaft, d. h. ihre Herrschaft, ist unter Duldung der Regierung von der schwarz-rot-goldenen Mehrheit jahrzehntelang in diese Gehirne eingehämmert worden und sitzt nun darin fest. Das eigene Erkenntnisvermögen reicht hier niemals aus, um ihn wanken zu lassen. An allen Übeln werden nach wie vor die „Andern", die Großkopfeten, die Militaristen, Reaktionäre schuld sein, und wo es ganz unmöglich ist, ihnen die Schuld zuzuschieben, hilft immer noch der Trost aus, es handle sich um „Übergangserscheinungen". Diese lassen sich beliebig ausdehnen; in den ersten Tagen der Revolution rechneten die Leute mit Wochen, dann mit Monaten, dann mit Jahren; jetzt kann man bereits allenthalben von Arbeitern hören, der „Übergang" werde wohl unsere ganze Generation beanspruchen; unsere Kinder aber würden dann die Segnungen der „Freiheit", der Demokratie, der Republik, der Arbeiterherrschaft in vollen Zügen genießen.

Jeder Politiker, der mit Erfolg an einer Wiederauferstehung Deutschlands arbeiten will, muß daher mit der ganzen unteren Volksschicht als einem gegebenen festen Gegner rechnen, der überwunden werden muß, nicht aber als mit einer Macht, auf der man aufbauen könnte. Zur Überwindung bieten sich zweierlei Möglichkeiten: die Gewalt und die geistige Überlegenheit. Bei der Gewalt braucht man nicht an Bürgerkrieg und rohe Knechtung zu denken; es gibt alle möglichen Arten der Gewaltanwendung, vom sanftesten Druck mit dem bloßen Vorhandensein der Machtmittel angefangen über gelegentliche tatsächliche Anwendung einer zuverlässigen Polizeitruppe bei Einzelbeispielen bis zu durchgreifenden Reinigungen. Eine wirklich überlegene Führung würde aber wahrscheinlich ohne oder fast ohne Gewaltanwendung auskommen. An sich sind Verstand und Bildung der Zahl und der Masse immer überlegen und gewinnen über sie den Sieg. Nur muß man sie gebrauchen; die Schicht der Verständigen und Gebildeten muß auch wirklich die Führung den Verständigsten und Gebildetsten in die Hände legen und sie mit der Macht an Geld und Armen ausstatten, welche die Schicht zu vergeben vermag; sie darf nicht Führung und Macht immer ausschließlich den Mittelmäßigen anvertrauen. Von seinem Schreibtisch aus kann kein Mutterwitz seine Überlegenheit über die Triebe der Massen zur Geltung bringen und das Volk in die Bahnen der Vernunft zurückleiten; irgendwie muß ihm dazu die Macht eines Amtes, einer Presse oder einer Organisation zur Verfügung stehen.

Die Voraussetzungen, das Volk über sein wahres Wohl aufklären zu können, bilden zwei Punkte. Zunächst muß einmal der Bürgerstand, vom höchstgebildeten Akademiker bis zum einfachsten Kleinbürger, der nationalen Aufklärung zugänglicher werden. Denn der wirksamste Weg der Hebung der unteren Schichten ist immer das langsame Hin-



untersickern aus den Oberschichten in die untern. Jedes Laster fängt oben an, und jede Tugend auch. Vor zwei Jahrhunderten stillte noch jede deutsche Mutter ihr Kind selbst, dann fingen die Hofkreise an, es unfein zu finden, und heute begreifen Taglöhner und Bauersfrauen nicht mehr, wie man ein Kind länger als 14 Tage an der Brust nähren kann. Zurzeit wird das Stillen in den besseren Kreisen wieder Mode; hoffentlich hält die Mode an, und dann werden in 50—100 Jahren die Taglöhners- und Bauersfrauen die Kinder auch wieder mit Muttermilch ernähren. Unsere Arbeiterschaft ist politisch so blind, weil unsere Bürgerschaft an der hochgradigsten politischen Kurzsichtigkeit leidet. Erst muß unsere Bürgerschaft zu politischer Reife gedeihen, ehe aus der Arbeiterschaft brauchbare Staatsbürger werden können. Die Bauernschaft ragt einerseits in die Arbeiterschaft, anderseits in das Bürgertum hinein, und für sie gilt, was von beiden gesagt wurde.

Zweite Voraussetzung der Aufklärungsarbeiten ist ein Umsichgreifen der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit, vor allem in den Kreisen, welche die Mittel dafür zur Verfügung stellen können, im besitzenden Hochadel, in den Kreisen der Industrie, des Großgrundbesitzes, des Handels und des Rentnertums. Denn große Mittel werden erforderlich sein, und diese Mittel müssen von den nationalen besitzenden Kreisen aus eigener Kraft aufgebracht werden; der sozialdemokratisch-republikanische Staat wird sich durchaus unfreundlich dazu stellen und, wie schon gesagt, in durchaus entgegengesetzter Richtung auf die dauernde Versklavung des deutschen Volkes hinwirken.

Gehen die jetzt schon nationalgesinnten Kreise kräftig voran, so wird es auch bald gelingen, Mittel aus den nicht oder wenig nationalgesinnten Kreisen heranzuziehen; sie werden zwar nicht zum Nationalismus bekehrt werden können, aber der Charakter der für nationale Zwecke ausgegebenen Summen als Versicherungsprämien ihrer eigenen Gelder und Ländereien wird ihnen vielleicht jetzt etwas mehr einleuchten als in den eben verflossenen Zeiten, in denen sie glaubten, der internationale Händlerring werde alle Schwierigkeiten schon glätten. Weltwirtschaft ohne eigene Weltgeltung ist ein Unding; Geltung verschafft nur die Macht, und nationale Macht schaffen nur die Nationalen. Mit einigen zur rechten Zeit an die Alldeutschen hingegebenen Millionen hätten sich die Kapitalisten vermutlich die 100 Milliarden Kriegsentschädigung und weitere 100 Milliarden Verluste an ihren Besitztümern ersparen können. Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt und alles, was damit zusammenhängt, haben sich als Schutz der Privatvermögen und des Staatsvermögens außerordentlich schlecht bewährt. Es handelt sich jetzt um eine Machtfrage auch im Innern, darum, ob das deutsche besitzende Bürgertum, vom Kleinbürger an, mit seiner geistigen Schicht auch künftighin aller Macht und allen Einflusses im Staat entkleidet sein will, zugunsten des Vatikans und Alljudaans roter und goldener Färbung, oder ob es wieder in die ihm gebührende Stellung im Staat gelangen will. Sein Weg dahin führt immer nur über nationale Macht schlechtweg. Es bildete sich ein, selbst auf deutschbürgerliche Machtpolitik und Machtbetätigung verzichten zu können, weil es mit diesen Aufgaben nach innen und nach außen hin seine Regierung betraut glaubte, auch dann noch, als diese längst ein Werkzeug des Vatikans und Alljudaans beider Richtungen geworden war. Diese beiden Mächte hatten das deutsche Volk zunächst auf dem Weg des Kampfes gegen alle „alldeutsche" Machtpolitik um sein natürliches Empfinden für äußere Machtpolitik betrogen, und nachdem sie ihm das genommen, war es ein leichtes, ihm auch seine Macht im Innern aus den Händen zu winden. Wenn jetzt das

deutsche Bürgertum um Geld- und andere Opfer für nationale Zwecke angegangen wird — von der richtigen Seite! —, muß es sich klar sein darüber, um was es sich dreht: nicht um einen schönen idealen „patriotischen" Zweck, bei dem man sich mit einem Taler, oder, wenn man vielfacher deutscher Millionär ist, mit ein bis zwei blauen Lappen mit saurer Miene loskauft, wie es üblich war: es geht jetzt um den höchsteigenen Geldbeutel jedes deutschen Bürgers und seine höchsteigene Stellung im Staat, wenn nationale Opfer von ihm gefordert werden.

Weitere Voraussetzung ist die Notwendigkeit der Erkenntnis der Kreise, welche sich einzig und allein zu dieser Aufklärung eignen. So wie im Heere 1917, mit den befohlenen Leutnants, darf die Aufgabe nicht angegriffen werden. Wenn z. B. eine nationale Presse geschaffen werden soll — und das ist eine der dringendsten Arbeiten —, müssen auch national bewährte Männer mit festen Ansichten mit dieser Aufgabe betraut werden. Die Versuche mit den Kompromißnaturen, die sich heute hinter die Zaren- und morgen mit der gleichen Beflissenheit hinter die Räteregierung stellen, sind jetzt lange genug mit größtem Mißerfolg durchgeprobt worden.

Die Einbildung, man dürfe den Pelz nicht naß machen, den man waschen will, muß aus den Köpfen der „maßgebenden" Bürgerkreise verschwinden. Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie stürzen sich wie die Bienenschwärme auf jede Erscheinung, von der ihnen Gefahr zu drohen scheint, sobald sie sie durch Totschweigen nicht mehr bannen zu können glauben, und sind dabei nicht im mindesten zartfühlend. Sie sind immer sehr gut gefahren bei dieser Weise des Vorgehens und sind groß geworden dabei. Die nationalliberalen und konservativen Bürgerkreise lehnen jeden ab, der eine Eule eine Eule nennt; sie verlangen von ihren Vorfechtern, sie mögen die schwarze, goldne und rote Gefahr bekämpfen, aber dabei ja dem Zentrum, dem Freisinn und der Sozialdemokratie nicht wehe tun; sie halten krampfhaft an der Lehre fest, nur durch Rücksichtnahme nach links und rechts, oben und unten ließe sich etwas erreichen, proben diese Lehre Jahrzehnte durch und erreichen damit ihre so gut wie völlige Lahmlegung im Deutschen Reich; aber gelernt haben sie aus ihrem verdienten Schicksal nichts. An sich wäre die Kampflage für das nationale Bürgertum gar nicht schlecht, weil die Schwarzrotgoldnen ihren ohnehin lächerlich geringen Vorrat an Intelligenz und Intelligenzen bereits in dem ersten halben Jahr ihrer Herrschaft so gut wie erschöpft haben; sie bekamen das bischen Intelligenz sowieso nur zusammen, indem sie sich des kleinsten Talglichtchens aufs liebevollste annahmen und es zu einer großen Kirchenkerze herausputzten; ihr Nachwuchs ist jammervoll, auch wenn sie ihn in Professuren und Ministersessel zu schieben verstehen. Aber sie haben leichtes Spiel, weil ihre Gegner umgekehrt verfahren; wenn die irgend eine nationale Intelligenz sich regen sehen, wenden sie sich befremdet ab, sowie dieselbe auch nur einigermaßen die Eigenschaften einer Kampfnatur zeigt, stellen sie kalt und lassen sie erfrieren. Dieses besitzende nationale Bürgertum ist sich selbst heute noch nicht klar darüber, in welch verzweifeltem Kampf auf Tod und Leben es sich befindet und wie bitter notwendig es die Kampfnaturen braucht, die seine Sache verfechten. Seine Heerführer, die es gegen den mit den schärfsten Waffen ausgerüsteten Gegner schickt, schaut es nicht darauf an, ob sie den Degen zu handhaben wissen, sondern ob sie über ein wohlausgestattetes Lager von Glacéhandschuhen verfügen. Ehe es sich nicht zur Förderung seiner „scharfen" Leute entschließt und sie in die erste Reihe stellt, wird daher auch die Lage des Bürgertums hoffnungslos bleiben; mit Glacéhandschuhen kann man Spieß und Hellebarde nicht besiegen. Der Wege zur Förderung gibt es viele.

Außer der unmittelbaren Hingabe von Geldern müßte es z. B. Ehren- und Verstandespflicht jedes Reichen werden, jeder großen Fabrik, jedes Handelshauses, jedes Großgrundbesitzers, jeder großen Vereinigung, alljährlich eine bestimmte, den Einkommensverhältnissen entsprechende feste Summe nur für den Bezug von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften scharf nationaler Richtung[1]) und für die Mitgliedschaft scharf nationaler Vereine auszuwerfen. Auf diese Weise haben Judentum und Vatikan sich ihre Herrschaft in Deutschland aufgerichtet; auf diese Weise ist die Sozialdemokratie zur Macht gelangt. Jeder Jude hält sich ein jüdisches, jeder Zentrumsmann ein ultramontanes, jeder Sozialdemokrat ein rotes Blättchen; aber der nationale deutsche Bürger hält sich kein nationales deutsches Blatt, sondern ein farbloses oder ein alljüdisches. Der Zusammenbruch der Front und die Revolution wurde hauptsächlich durch Verteilung von Flugblättern herbeigeführt, zu denen opferwillige Freunde die Gelder stifteten. Nur auf ähnliche Weise können auch die Deutschen wieder Herren in Deutschland werden.

Das oben erwähnte bei dem Bürgertum so beliebte Vertrauen auf die Regierung dürfte kaum mehr vorhanden sein; das jetzt ebenso beliebte Warten auf den „Mann" oder irgend ein Wunder führt weder den Mann noch das Wunder herbei; die Bürger müssen sich jetzt schon selbst rühren, wenn sie wieder in die Höhe kommen wollen. Der Spruch: „Der ‚Mann' wird kommen, weil er kommen muß" ist ebenso leichtfertig wie töricht; während die braven faulen Leute auf ihn warten, nimmt still und unauffällig irgendein Konsortium aus den berühmten „Dreihundert" Rathenaus und einigen ehrgeizigen Sozialdemokraten die Geschäfte in die Hand und verwaltet Deutschland auch politisch auf seine Weise, ebenso wie die Juden ja auch schon lange die „Verwaltung" der geistigen Güter der Deutschen übernommen haben und nicht mehr loslassen; für zeitige Unterdrückung jedes deutschen „Mannes", der kommen möchte, wird gründlichst gesorgt. Bismarck kam durchaus nicht, weil er kommen mußte, sondern weil ihn sein König gegen den Willen aller „Volksfreunde" rief; überdies waren seit 1815 eine recht stattliche Reihe von Jahren vergangen. Heute haben wir keine Könige mehr, denen einsichtige Ratgeber die Berufung tüchtiger Männer nahelegen könnten. Von dem Westfälischen Frieden hat sich Deutschland über zwei Jahrhunderte lang nicht mehr erholt; die „Männer", die dazwischen auftauchten, kamen immer nur Einzelstaaten zugute. Der herrlichste Samen kann nicht aufgehen, wenn er auf dürren Sandboden fällt; und jeder kommende Mann muß einen Boden bereitet finden, in dem er Wurzeln schlagen kann. Die Bereitung des Bodens ist aber, wie heutzutage alles, eine Geldfrage. Die Stellen, an denen sich Besitz mit politischer Einsicht vereint, müssen voran- und den nationalen Kämpfern mit den Geldmitteln an die Hand gehen, die diese brauchen. Nur die entschieden Nationalen können ein so durch und durch unnational gewordenes Volk wie die Deutschen auf die Stufe des national unbedingt Notwendigen bringen. Was in der äußern Politik und was in der innern Politik währenddessen vor sich geht, ist im Grunde genommen ganz einerlei; die innere Lage kann sich erst bessern, wenn diese Grundanfänge aller Besserung an den Stellen begriffen worden sind, die sie begreifen müssen; diese Grundanfänge sind ihrerseits unabhängig von allen äußern und innern Ereignissen. Erst wenn die innere Besserung da ist, kann an eine Erholung der äußern Lage gedacht werden.

[1]) Ein mittlerer süddeutscher Industrieller bezieht von der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" (Verlag J. F. Lehmann, München, Preis vierteljährl. 6 M.) ständig für seine Beamten 40 Stück, ein kleines Beispiel, wie es gemacht werden kann. Wieviel seinesgleichen hat er?

Auf diese Erkenntnisse heißt es zäh hinarbeiten. Wenn Deutschland einmal bewußt zur Erkenntnis seiner wahren Herrennaturen und dem Werte und Glück seiner Dienstbarkeitsbegabung kommt, wird es nicht Weltenherrscher, — danach soll es nicht streben — aber zum ersten Volk der Welt werden. Und dann wird vielleicht tatsächlich noch am deutschen Wesen die Welt genesen.

Äußere Lage.

Auf die äußere Lage können nur Streiflichter geworfen werden. Das Ergebnis sei gleich vorausgenommen. Auch hier wäre die Lage für Deutschland durchaus nicht ungünstig, wenn alldeutsche Staatsmänner und alldeutsche Diplomaten an der Spitze des Reiches stünden. So lange aber das B-System blüht und Männer wie Scheidemann, Erzberger, Gothein, Brockdorff-Rantzau und ihre schwarz-rot-goldenen Gesinnungs- und Charaktergenossen das Reich leiten, ist es ganz gleichgültig, wie sich die äußeren Verhältnisse gestalten; dieses System weiß aus jeder Lage immer nur das für Deutschland Schädliche herauszuziehen. Wenn der Mantel der Gottheit an ihnen vorüberrauscht, ergreifen sie nicht den Zipfel, sondern drehen sich nach der anderen Seite, und wenn ihnen die Tauben gebraten ins Maul fliegen wollen, sperren sie es zu und entblößen rückwärtige Körperteile.

Nachbarn des Deutschen Reiches bleiben nach wie vor eine Reihe kleinerer germanischer Staaten, deren Blutsverwandtschaft sie an unsere Seite treiben sollte und würde, wenn sie dabei auf irgendwelches Verständnis auf deutscher Seite stoßen würden. Von einem jüdisch-sozialdemokratisch regierten Deutschland ist dieses Verständnis nicht zu erwarten. Die Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen konnten bis jetzt ihre Neutralität wahren und eine angesehene Stellung im Rate der Völker einnehmen, weil sie zwischen zwei starken Mächtegruppen standen, die sich das Gleichgewicht hielten. Mit dem Verschwinden eines starken Deutschland sinken sie zu Helotenstaaten der Entente herab. Die Entente hat sie darüber nicht im Zweifel gelassen, als sie die sogenannte Blocusnote, die Aufforderung zur Beteiligung an einer strengen Blockade Deutschlands, an diese Staaten richtete. Sogar die Händlerwelt der Schweiz sieht mit starkem Mißvergnügen zu, wie die französischen und englischen Textilfabrikanten in den besetzten Gebieten am Rhein schwunghaften und sehr gewinnbringenden Handel mit den Deutschen treiben, während ihr jeder Zugang von der Entente verboten wird. Die stammesstolzen Schweizer können ihre schönen Sprüche von dem „freien" Volk der Berge auf längere Zeit ruhig einsalzen; Holländer, Dänen, Schweden, Norweger und auch die Belgier erst recht. Nun stehen diese Staaten politisch alle bereits stark unter jüdischem Einfluß, was sich während des Krieges leicht aus der unverhältnismäßig großen Rolle verfolgen ließ, welche die welschschweizerischen Kantone in der Politik der Schweiz, die Brantingpartei in Schweden spielten. Diese Kreise werden, wie überall, die Unterordnung unter das internationale Reich Alljudaan, dessen Geschäftsträger zurzeit die Entente ist, jeder germanischen Freiheit vorziehen. Ringt sich jedoch in diesen Staaten irgendwie das natürliche germanische Volksgefühl und der germanische Drang nach Selbständigkeit durch, dann müssen sie auf die Wiedererstarkung Deutschlands hinarbeiten. Selbstverständlich könnte aber kein Staatsmann dieser Länder es irgendwie vor seinem Volke verantworten, die Geschicke desselben mit denen eines Staates zu verflechten, dessen Ministerpräsident Scheidemann im Namen der Gesamtregierung angesichts der feindlichen Friedensforderungen am 17. Mai 1919 die Losung ausgab: „Nichts von Nationalismus, nichts von Revanche"; denn alle

Schweizer, Holländer usw., die ihr eigenes Land heben wollen, können nur Nationalisten sein und können nur Vertrauen auf ein Land haben, das von Nationalisten, auf ein Deutschland, das von Alldeutschen regiert wird. Dabei braucht das Alldeutschtum natürlich nicht durch den Vorweis einer Mitgliedskarte zum Alldeutschen Verband nachgewiesen zu sein, aber der Geist, der die Männer des Alldeutschen Verbandes belebt, und die Einsicht, welche die Führer desselben stets gezeigt haben, muß in den deutschen Nationalisten verkörpert sein.

Eine erfolgreiche auswärtige Politik kann das Deutsche Reich überhaupt erst wieder betreiben, wenn die Völker eine Abkehr der Deutschen von dem System bemerken, mit dem alle Auswärtigen, die sich mit dem von ihm beherrschten Deutschen Reiche einließen, auf das fürchterlichste hereingefallen sind. Unter dem monarchistischen B-System sind Buren, Marokkaner, Türken und Bulgaren verraten und preisgegeben worden; während des Krieges haben Österreicher, Bulgaren, Türken, Iren, Inder, Perser, Ägypter, Ukrainer, Balten, Flamen und andere Völkerschaften allerlei Hoffnungen auf einen Umschwung gesetzt; das demokratisch-republikanische B-System hat mit der Vereitelung des deutschen Sieges und der Entmachtung Deutschlands diese Hoffnungen vernichtet und auch sie den Feinden ausgeliefert. Den Gipfel aller Betrügereien haben unsere Demokraten und Republikaner wohl erklommen, als sie dem deutschen Volke vorschwindelten, sie müßten die Leitung des Reiches übernehmen, weil nur zu ihnen die fremden Völker Vertrauen hätten. In Wahrheit hat ihre Regierung Deutschland um den letzten Rest von Achtung und Vertrauen gebracht, den es noch genossen hat, und der Vernichtungsfriede der Entente gilt keineswegs, wie die Roten früher ihren Anhängern vorsagten, dem militaristischen Deutschland, sondern Deutschland schlechtweg, dem roten, dem sozialistischen Deutschland ebensogut wie jedem andern. Der Ententekapitalismus will das sozialistische Deutschland erst recht in Grund und Boden drücken, weil er den Sozialismus und seinen Gefolgsmann, den Bolschewismus von den eigenen, Ländern fernhalten will. Zu dieser Erkenntnis haben sich auch schon Scheidemann und Genossen durchgerungen, und ihre gelegentlichen nach Kraft ausschauenden Widerstandsanwandlungen waren größtenteils auf die Erkenntnis dieser ihrer Parteimacht drohenden Gefahr zurückzuführen.

„Der Kampf geht jetzt nicht mehr gegen den deutschen Kaiserismus, sondern gegen den deutschen Sozialismus", sagte Scheidemann auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar am 12. Januar 1919. Er gesteht jetzt also ein, in der Revolution vom 9. November mit der Preisgabe von Kaiser, Reich und Militarismus den Feinden nicht das Angriffsobjekt entzogen und dadurch die deutsche Arbeiterschaft, wie es damals hieß, gerettet zu haben, sondern er und die andern Demokraten haben mit dem Kaiser und dem Reich gleichzeitig auch die deutsche Arbeiterschaft an die Feinde verraten und um ihre Zukunft betrogen. Den Kampf siegreich zu bestehen sind sie und ihr System dauernd unfähig.

Nicht einmal Belgien wäre für uns eine verlorene Sache, wenn alldeutsche Männer bei uns das Reich lenkten; denn die Flamen haben, dank der alldeutschen Arbeit, nun einmal Blut geleckt und werden nicht so schnell locker lassen. Aber was sollen sie mit einem Reich anfangen, das von Männern regiert wird, welche schon während der Zeit der deutschen Siege nichts von den Flamen wissen wollten und deren alldeutsche Freunde im Reich wütend bekämpften? So oft dieselben auch das deutsche Volk mahnten, sich der Flamen kraftvoller anzunehmen, warnten die Flaumacher vor dem alldeutschen „Flamenschwindel", der in Wirklichkeit nur künstliche

Mache einiger reichsdeutscher Hetzer sei, hinter denen eine verschwindende Minderheit echter Flamen stände. Jetzt, nachdem ihnen die reichsdeutsche Hilfe völlig genommen ist, erzwingt diese „verschwindende Minderheit" unter den ungünstigsten Umständen von der Entente und den Wallonen ein Zugeständnis nach dem andern und offenbart erst so richtig, was man alles mit Hilfe dieser Bewegung hätte erreichen können, wenn die Ratgeber der deutschen Regierung nicht alljüdische Händler, die von keiner germanischen Bewegung etwas wissen wollen, sondern Alldeutsche gewesen wären. An den großartig verlaufenen Kundgebungszügen der flämischen Aktivisten in Gent, Brüssel und Antwerpen zur Feier des Gülden-Sporenfestes am 15. Juli 1919 nahmen die belgischen Frontpartei und trotz des Militärverbotes Tausende von Soldaten in Uniform teil.

Das Deutschtum Österreichs ist nach dem Zusammenbruch sogar den deutschen Sozialdemokraten, wenn auch auf Parteiumwegen, zum Bewußtsein gekommen; vor dem Kriege waren es bekanntlich ausschließlich die Alldeutschen, welche die Beziehungen zu dem österreichischen Deutschtum als solchem pflegten und seine Bedeutung für die Zukunft erkannten; sie wurden ja auch deshalb von den Schwarz-rot-goldnen in Österreich und im Reich aufs heftigste angegriffen. Eine deutsche Regierung aus dieser Mehrheit ist daher auch niemals in der Lage, ein dauerndes Band zwischen beiden Völkern zu knüpfen. Wenn die Schwarzen, Roten und Goldenen auch mit der Vereinigung liebäugeln, so liegt dem bei keinem derselben ein tiefergehendes Empfinden der Volksgenossenschaft zugrunde; sie treiben Opportunitätspolitik; Sozialdemokraten, Freisinn und Zentrum hoffen ihre besondere Belange und ihre Parteimacht durch den Anschluß zu stärken. Nicht als Deutsche, sondern als Sozialdemokraten sind den reichsdeutschen Sozialdemokraten die österreichischen willkommen; wäre Deutschösterreich nur von sozialdemokratischen Juden bewohnt, sie würden es mit derselben Liebe ins Reich aufnehmen. Das Zentrum hielt sofort wieder zurück, als Rom zu der Ansicht kam, ein klerikales selbständiges Österreich sei für die vatikanischen Belange vorteilhafter als ein reichsdeutsches. Das Wiener Judentum zog von Anfang an den Anschluß an Ententealljudaan vor, und die zum Reden stets bereite, im Handeln, in der Wahlfrage, in der Währungsfrage usw. stets zögernde Haltung des reichsdeutschen Auswärtigen Amtes dürfte wohl auch mit deutsch-alljüdischen Einwirkungen zusammenhängen. Auch hier wird es schließlich darauf ankommen, ob die Regierung Deutschlands in alldeutsche Hände übergeht, die dem bewußten Deutschtum in Österreich das Vertrauen und den Halt geben, den es braucht, um der vatikanischen und jüdischen Richtung in Österreich mit oder ohne Hilfe der dortigen Sozialdemokraten Herr zu werden. Seine zahlenmäßige Schwäche gleicht dieses bewußte Deutschtum in Österreich durch seine nationale Spannkraft aus, die es sofort zu einer Macht werden ließe, wenn in Deutschland der nötige Rückhalt in einer national spannkräftigen Regierung vorhanden wäre.

Die neuen Nachbarn, Letten, Esten, Litauer, Polen, Tschechen und Jugoslawen haben alle stärkere oder schwächere deutsche Irredentas, die dann sofort eine erhebliche Stütze deutscher Politik werden können, wenn in Deutschland eine Regierung sitzt, die von Nationalismus etwas wissen will. Für das republikanische B-System, dem der Handel mit den Ländern das Ausschlaggebende und die völkische Beschaffenheit der Bewohner, mit denen sie Handel treiben wollen, eine gleichgültige Sache ist, ist jede Irredenta lediglich eine lästige Erschwerung ihrer Politik; auch das monarchistische B-System hat ja das Vorhandensein von Deutschen außer-

halb der Reichsgrenzen immer nur als unliebsame Störung seiner „Versöhnungs"-bestrebungen empfunden. Und nicht nur die Deutschen in diesen Ländern, auch die in allen andern Ländern der Erde wissen, sie haben von einem Deutschen Reich, in dem die Schwarzrotgoldnen regieren, nichts zu hoffen; die meisten werden der Versuchung, die Nationalität ihres Wirtsvolkes für sich und ihre Nachkommen anzunehmen, noch weniger widerstehen können als bisher. Was sollen sie von einer Regierung erwarten, die das ganze vor ihren Toren liegende deutsche Ansiedlungswerk in Posen, das Geheimrat Sering als die hervorragendste Leistung aller Länder und Zeiten auf dem Gebiet der inneren Kolonisation bezeichnet hat, so leichten Herzens einem Volk wie den Polen preisgibt?

In anderen Staaten ließen sich allerlei deutschfreundliche Irredentas schaffen; aber auch dazu wären alldeutsche Staatsmänner im Reich notwendig, die alte, durch das B-System zerrissene Fäden, wieder anknüpfen könnten. Auch neue gäbe es zu ziehen. Das Judentum in Polen wäre z. B., wie die Verhältnisse liegen, ein gegebener Stützpunkt für die auswärtige deutsche Politik. Aber jede alljüdische Regierung Deutschlands wird diese Lage nicht, wie es ein Alldeutscher täte, zur Stärkung des Deutschtums benützen, indem er alle polnischen Juden nach Polen abschiebt, die deutschen Grenzen fest gegen jeden polnischen Zugang abschließt, dadurch das Judentum in Polen zum Ringen um sein Dasein zwingt und es dabei nach Kräften unterstützt; das alljüdische deutsche B-System wird vielmehr die polnischen Juden[1]) vor den Polen zu „retten" suchen, es wird ihnen die deutschen Arme weit öffnen und das deutsche Blut im Reich dadurch weiter schwächen; es wird ihnen zur Auswanderung nach dem Osten und Südosten behilflich sein und unsere Feinde, die Polen, von der hemmenden Last befreien. Einer der hervorragendsten Führer der zur Zeit in Polen herrschenden nationaldemokratischen Partei, Prof. Michalski, hat bereits ein Buch herausgegeben: „Moyen de résoudre la question juive en Pologne", in der ein Plan zur „stufenweisen Verminderung der jüdischen Bevölkerung in Polen durch planmäßige Förderung der unaufhaltsamen Auswanderung der Juden nach Palästina und andern Ländern" bis zur Judenreinheit Polens auseinandergesetzt wird.

[1]) Die „D. A. Z." brachte in ihrer Nummer 389 vom 14. August 1919 folgende Mitteilung: „Der preußische Minister des Innern gibt in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten bekannt, daß im Gegensatz zu der bisherigen Übung Einbürgerungsanträgen von aus Polen und Galizien stammenden Juden regelmäßig stattzugeben ist, wenn die Antragsteller in persönlicher Beziehung einwandfrei, bereits seit längerer Zeit in Preußen ansässig sind und eine auskömmliche Lebensstellung gefunden haben. Früher wurden grundsätzlich jüdische Polen erster Generation von der Einbürgerung ausgeschlossen, auch wurde unter dem Einfluß der preußischen Ostmarkenpolitik die Einbürgerung der ausländischen Polen und Juden wesentlich erschwert. In Anbetracht der noch nicht abgeklärten außer- und innerpolitischen Zustände sind zwar noch keine allgemeinen Einbürgerungsgrundsätze festgesetzt worden, doch soll in großzügiger Weise den Einbürgerungsanträgen von Ausländern und ehemaligen Deutschen stattgegeben werden." Der Minister des Auswärtigen Müller erklärte am Schluß seiner Programmrede vom 23. Juli 1919: „Von allen wichtigen Aufgaben möchte ich nur noch erwähnen den Wiederaufbau unserer Handelsflotte und *die Sorge um den Schutz und das Wohlergehen derjenigen unserer Volksgenossen, die durch die Verhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden.*" Herr Müller scheint bei den „Volksgenossen" an ganz bestimmte Mitglieder seiner Regierung und an eine Auswanderung aus Polen gedacht zu haben. Überfluß an Futterplätzen haben wir nicht mehr, sondern Mangel. Für jede jüdische Familie, die eingebürgert wird, werden fünf deutsche Familien auswandern müssen oder proletarisiert werden. Die politische Macht der jetzigen Regierungsmehrheit wird dadurch allerdings gestärkt.

Polen, Tschechoslowakien und Jugoslawien sind innerlich unmögliche Staaten, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann; mit oder ohne auswärtige Nachhilfe werden sich über kurz oder lang die Völkerschaften dieser Staaten unter sich und gegenseitig die Schädel einschlagen. Das einzige Vorbeugungsmittel, das sie dagegen hätten, wäre die Ausnützung ihrer deutschen Bestandteile als verwaltende, staatserhaltende und leicht aufzusaugende Kräfte. Die Tschechen träumen von einem Prag als Hauptstadt Mitteleuropas und gedenken in ihrem Mischstaat dabei den Deutschen in ihrem Dienst dieselbe Rolle zu, welche die Deutschösterreicher im Habsburgerstaat gespielt haben: Steuern zahlen, arbeiten und den Staat in Ordnung halten; sie sprechen daher auch schon viel von „Völkerversöhnung". Ob das möglich sein wird, hängt wieder einzig und allein davon ab, ob in Deutschland eine alldeutsche Regierung sitzt, welche es zu verhindern weiß und die Deutschen anzieht, oder eine alljüdisch-sozialdemokratische, die von Nationalismus nichts wissen will, die Deutschen in jenen Ländern abstößt und ihnen das Aufgehen in den fremden Völkern geraten erscheinen läßt.

Die Jugoslaven werden sich sehr bald genau wie die Italiener von der Entente verraten und verkauft fühlen; die Kroaten lehnen sich bereits gegen die Serben auf. Wenn Deutschland aus der Hand Alljudaans und seiner schwarzen und roten Mitarbeiter wieder einmal an die Deutschen zurückfallen sollte, bräuchte der Friede von St. Germain durchaus nicht das Ende Österreichs zu bedeuten; er könnte ebensogut der Anfang Großdeutschlands und eines mitteleuropäischen Staatenbundes sein. Eines möglicherweise ganz friedlich entstehenden Großdeutschlands und Staatenbundes. Aber im Kern müßten Kraft, Wille zur Macht, und Entschlossenheit auch zu einer Politik des Blutes und Eisens sitzen; mit dem Weltgewissen der Börse und dem Willen zum Handelsjudentum lockt man in der Politik keinen Hund hinterm Ofen hervor, geschweige denn ein Volk in eine Staatengemeinschaft.

Das Tohuwabohu wird immer ärger, je weiter wir nach Osten fortschreiten. Im Norden liegen sich Litauer und Polen, Finnen und Russen, Polen und Ukrainer bereits in den Haaren. Der Balkan ist ein schlimmerer Hexenkessel als vorher. Bulgarien, Rumänien und Serbien streiten sich um den Banat und die Dobrudscha herum; die Montenegriner sind wütend auf die Serben, die ihnen keine Beute gönnen; Jugoslawen und Italiener hassen sich mehr als jemals die Italiener die Deutschen gehaßt haben (den Deutschen selbst ist ja die Haßfähigkeit gegen feindliche Völker von seinem Alljudentum genommen worden; nur den Haß gegen „Alldeutsche" erlaubt Alljudaan seinen deutschen Anhängern). Im fernen Südosten sind sich sogar Georgier und Armenier über die Frage der Zugehörigkeit Trapezunts und anderer Gebiete spinnefeind geworden; der ganze Osten ist durch den Ententesieg von der Spitze des in Kleinasien abenteuernden Griechenlands bis hinauf zu Finnlands Nordgrenzen zu einer einzigen schwärenden Wunde, zu einem Balkan im großen geworden, mit allen — für ein alldeutsch regiertes Deutschland günstigen — Schwächen ungeordneter Zustände. Aber da die Anhänger des B-Systems Deutschland keine Machtpolitik d. h. keine politische aktive auswärtige Politik erlauben, sondern nur Wirtschafts- und Kulturpolitik, werden sie es in den Völkerbund drängen. Damit ist dann Deutschland endgültig das Todesurteil als Großmacht gesprochen, es wird im Völkerbund staatspolitisch dauernd gelähmt und an der diplomatischen Ausnützung jeder günstigen Lage für immer verhindert sein.

Für Ungarn besteht eine Auferstehungsmöglichkeit nur, wenn es wieder national magyarisch wird und an einem nationalistisch regierten Deutschland Anschluß findet.

Die Türkei war dem Untergang geweiht mit dem Augenblick, in dem es seine national türkische Regierung mit Abdul Hamid absetzte und die Jungtürken das Heft in die Hand bekamen. Die treibenden Kräfte der Jungtürken waren bekanntlich weder Junge noch Türken, sondern reife Juden aus Saloniki, die sich jüngerer türkischer Kräfte als Werkzeuge bedienten. Alljudaan liebt es bekanntlich, auch andere Staaten durch solche „Jugend"-Bewegungen zugrunde zu richten. Über die Zukunft der Türkei läßt sich kaum etwas sagen, weil die fatalistische Ergebenheit der Orientalen oft ebenso überraschende Dauerzustände wie ihre nationale und religiöse Entflammbarkeit plötzliche Umstürze hervorzurufen vermag. Jedenfalls wird die geteilte Türkei für die Entente ein sehr saurer Apfel und für eine kluge alldeutsche Regierung stets ein Gewicht für die eigene Wagschale sein. Ein B-System sieht natürlich nach wie vor in Kleinasien nur Handelsmärkte, für deren Wiedergewinnung man der Hauptregierung Alljudaan in London möglichst zu Gefallen leben und sich Levantiner und andere östliche Handelsjuden möglichst warm halten muß. Wie in Rußland würde selbstverständlich auch im Orient eine alldeutsche Regierung die jüdischen Fäden, die hinüberleiten, keineswegs ausschalten; nur würden sie ihr stets Dienerin einer deutschen Politik sein — wobei das Judentum keineswegs schlecht fahren würde — und es wäre nicht, wie im B-System, die deutsche Politik eine Dienerin Alljudaans.

Rußland ist von der Entente zum Tummelplatz ihrer wirtschaftlichen Ausdehnung ausersehen und zur wirtschaftlichen und politischen Unterjochung bestimmt. Wenn die Russen keine andere Wahl haben als die zwischen Bolschewismus oder Freundschaft mit der Entente — was der Fall sein wird, so lange in Deutschland das B-System mit seiner schwarz-rot-goldenen Mehrheit herrscht — werden sie sich der Entente fügen. Sobald den antisemitischen Russen — denn ihnen, nicht den jüdisch-bolschewistischen Russen gehört die Zukunft — die Wahl zwischen der Entente und einem wieder national gewordenen Deutschland offen steht, werden sie die Anlehnung an das so viel gutmütigere Deutschland vorziehen. Nur ein starkes Deutschland hat unter Umständen Interesse daran, Rußland wieder zur Großmacht werden zu lassen. Aber ohne fremde Hilfe wird Rußland dazu nicht imstande sein, und England und Amerika werden sich hüten, Rußland zu d i e s e m Zweck ihren Arm und ihre Kapitalien zu leihen und sich die durch Deutschlands Siege beseitigte russische Gefahr wieder großzuziehen.

Italien wird von der Entente auf die Stufe Spaniens herabgedrückt; das kommt mit unerbittlicher Notwendigkeit und wird bereits von den meisten Italienern deutlich empfunden. Die Stellung, die es zur Zeit des Dreibundes eingenommen hat, ist für Italien so lange unwiederbringlich verloren, bis ihm ein starkes, alldeutsches Deutschland wieder die Hand reicht. Ein solches Deutschland könnte ihm, nachdem Österreich aufgehört hat, zu sein, Vorteile genug bieten, um es gerne auf die geraubten deutschen Landesteile verzichten zu lassen. Die Italiener wollen kein Österreich und kein Habsburgertum, sehen aber den Nutzen der Nachbarschaft eines starken Großdeutschlands heute schon recht gut ein; ein alldeutsches Großdeutschland würde von ihm Südtirol zurückerlangen können. Ein Deutschland des B-Systems mit seinen jüdischen Händlergrundsätzen der Schwäche wird es nicht; denn die händlerischen Mittel, mit denen dieses System arbeitet, können von der Ententehändlerwelt stets über- und unterboten werden.

Frankreich ist nahezu weiß geblutet; seine Friedensschlußpolitik entspringt dem Bewußtsein völkischer Schwäche; es glaubt, den Nachbarn bis zur Regungslosigkeit knebeln zu müssen, wenn es selbst am Leben bleiben soll; die Angst, in Deutsch-

land könnten noch einmal die Deutschen die Zügel in die Hand bekommen, spricht aus jeder einzelnen Zeile ihres Friedensentwurfes. Frankreich hat ferner die Rolle der Vormacht auf dem europäischen Kontinent übernommen und seine Politik darauf eingestellt; dazu reicht aber seine wirkliche Macht nicht entfernt aus, und es wird bald vor den größten Schwierigkeiten stehen. Rettung und völkische Wiedergeburt könnte Frankreich nur erstehen aus dem deutschen Blut seiner neu gewonnenen und noch zu gewinnenden Provinzen und aus deutschen Überläufern, die ihm, wie den anderen auffrischungsbedürftigen Feinden, das republikanische B-System ohne Zweifel massenhaft in die Arme treiben wird. Diese Überläufer sind keineswegs schlechtes Blut; viele Tüchtige fragen sich, ob es sich lohnt, einem Volk zu dienen, dessen Gebildete sich in der Knechtschaft Alljudaans wohl fühlen, und dessen Massen für schmutzige russische und polnische Juden durch Dick und Dünn gehen, während sie ihren Offizieren, die sie viereinhalb Jahre von Sieg zu Sieg geführt haben, die Achselstücke herunterreißen und sie ins Elend schicken. Es ist das nicht schön gedacht und nicht zu billigen, aber menschlich. Manche sehen sich eben nicht vor die Wahl zwischen eigenem Volk und Fremdvolk, sondern vor die Wahl zwischen Fremdvölkern, die ihre Kraft schätzen, und einem von Juden geführten national geschlechtslosen Pöbel gestellt, der das gute deutsche Blut befehdet und erstickt. Nur eine alldeutsche Regierung besäße die Möglichkeit und die Mittel, das Vertrauen des deutschen Blutes in allen Ländern wieder zu gewinnen, und Elsaß-Lothringen und andere Landesteile nicht wieder zum Jungbrunnen für die französische Kultur, Verwaltung und das Heer werden zu lassen. Kann das nicht verhindert werden — und eine deutsche Regierung der Schwarzen, Roten oder Goldenen wird es nie verhindern können —, wird Frankreich über kurz oder lang auch die Hand nach den noch deutsch gebliebenen Gebieten links des Rheins ausstrecken.

Amerika würde einer zielbewußten alldeutschen Regierung kaum mehr Schwierigkeiten bereiten können. Durch die Wilsonsche Politik werden die vielen Millionen Deutschamerikaner und Iren zu einem nicht mehr zu übergehenden Machtfaktor zugunsten Deutschlands in Amerika in demselben Augenblick, in dem eine alldeutsche Regierung es Deutschland ermöglicht, sie zu diesem Faktor werden zu lassen und den alljüdischen Gegenspielern in Deutschland das Handwerk zu legen. Des B-Systems höchste Weisheit bestand bekanntlich darin, die Deutschen im Ausland zu entdeutschen und zu überloyalen Bürgern ihrer Wirtsvölker zu erziehen, die amerikanischen zu amerikanisieren, die russischen zu russifizieren usw. Ein republikanisches B-System, das nichts von Nationalismus wissen will, wird natürlich in dieser Weisheit fortfahren. Wirtschaftlich wird für das B-systemlich-händlerisch regierte Deutschland das amerikanische Händlertum stets der Vorgesetzte sein und bleiben.

Amerika ist ferner im Krieg von Japan besiegt worden, das sich wirtschaftlich außerordentlich gestärkt hat und in wenigen Jahren in China über Kohlen- und Eisenrohstoffquellen verfügen wird, ein Mangel, der ihm bis jetzt Amerika gegenüber den Arm lähmte. Das »Journal of Commerce« schrieb aus Liverpool am 19. Juni 1919: „Zwischen Japan und Mexiko ist ein weitgehendes Abkommen getroffen worden, das sich nicht nur auf Handel und Schiffahrt bezieht, sondern auch eine gewisse politische Bedeutung hat, soweit es die Lage Japans und der Vereinigten Staaten, sowie den Stillen Ozean angeht". Nach der »Agencia Americana« vom 18. Juli 1919 sollen die Vereinigten Staaten sich vom Völkerbund ein Mandat geben lassen wollen, um in Mexiko einschreiten und den der

alljüdisch-amerikanischen Großfinanz in Petroleum- und anderen Fragen nicht gefügigen Carranza beseitigen zu können. Ein so durch und durch nationaler Staat wie Japan wird sich selbstverständlich niemals auf ein Zusammengehen mit einem Deutschland einlassen, das nur von Kultur, Wirtschaft und Handel und nichts von Macht wissen will, und so ausschließlich von politischen Harlekins geleitet wird, wie die glorreiche heutige deutsche Republik. Für ein alldeutsches Deutschland wird es leicht als Bundesgenosse zu haben sein, wenn es als solcher begehrt werden sollte; denn alle seine natürlichen Zukunftsmöglichkeiten liegen in Reibungsflächen mit den Ententestaaten und in gleichlaufenden Flächen mit einem nach Stärke strebenden Deutschland.

Amerika wiederum hat über England gesiegt. England hat sich in diesem Krieg zum ersten Male in seiner Geschichte übernommen. Seine Einkreisung Deutschlands ist ihm diesmal gut ausgegangen; aber nicht, weil der Ring stark und klug genug geschmiedet war, sondern weil Deutschland von Dummköpfen geleitet war, die einen politischen Widerstand überhaupt nicht einrichteten und den militärischen Widerstand durch die Schwarzrotgoldnen zermürben ließen. Andernfalls wäre Englands Weltmacht zusammengebrochen. Nun hat es außer Deutschland auch gleichzeitig seinen russischen Gegner erledigt. Das ist ein Vorteil, aber auch ein Nachteil. Den Ring um Deutschland muß es aufrechterhalten, und zwar von nun an im Osten fast allein aus eigener Kraft; denn die neugeschaffenen östlichen Hilfsvölker sind nur etwas wert, so lange sie fest in englischer Hand sind, und Rußland fällt als Ringglied vorläufig fort. Die Stützpunkte an der Ostsee, die Stützpunkte, die es sich an dem Ring von Hilfsvölkern schaffen mußte, die neuen kleinasiatischen Interessensphären, die neuen afrikanischen Besitzungen bedeuten ebensoviel Verzettlungen der englischen Kraft. Nach dem Grundsatz, sich keine Gelegenheit entgehen zu lassen, scheint England auch in Afghanistan Unruhen angezettelt zu haben, um darauf und vielleicht auch auf Persien Hand legen zu können. Die wunden Stellen in Irland, Ägypten, Indien und Südafrika sind alle während des Krieges noch schlimmer geworden und werden sich weiter verschlimmern. Canada und Australien sind äußerlich dem Mutterlande nähergerückt, innerlich aber selbständiger geworden, und neue wunde Stellen sind an ihnen erschienen. Frankreich selbst traut schon seinem englischen Freund nicht mehr recht und sucht seinerseits auf eigene Faust eine französische Klammer im Osten Deutschlands anzulegen, deren Glieder Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien werden sollen, unter Mitwirkung eines selbständigen klerikalen habsburgischen Staates. Aber diese beiden Ringe, der englische und der französische, mit den teilweise gleichen Gliedern stützen sich nicht, sondern schwächen sich gegenseitig. England kann keine selbständige französische Vormachtstellung in Europa wünschen, worauf Frankreichs Politik hinzielt, und Frankreich gefällt die Rolle eines englischen Vasallen sehr wenig. Das Südglied Italien wird aber von der englisch-französischen Zange nur so lange im Ring gehalten werden können, als in Deutschland das B-System herrscht. In der Zeit der ausgebildeten U-Bootstechnik bedeutet die englische Blockade für Italien nicht entfernt mehr die Gefahr wie in den Jahren 1914 und 1915.

Weltpolitisch bedeutet für das Angelsachsentum der Ausgang des Krieges die Verschiebung des Kampfplatzes um die Weltherrschaft vom europäischen Festland auf das asiatische (China) und vom Atlantischen Ozean in den Stillen Ozean. Amerika braucht ein von europäischen Händeln entlastetes England als Hilfe im Kampf um den Stillen Ozean; das war der tiefe Sinn seiner Kriegsbeteiligung; Europa

soll auf solange von der Weltpolitik ausgeschaltet sein, bis Japan erledigt ist. Deshalb ließ sich auch Wilson so leicht von der Notwendigkeit aller Friedensbedingungen überzeugen, die Clemenceau ihm vorschlug; Frankreich soll im Dienst des Angelsachsentums der Wächter über Europa sein und damit selbst von Weltpolitik abgelenkt werden. Wenn aber England und Amerika um Indien, China und vielleicht noch mehr (Mexiko und Australien) kämpfen müssen, können sie nicht gleichzeitig einem angegriffenen Frankreich beistehen; deshalb will sich Frankreich zunächst mit Hilfe Englands und Amerikas durch die Vernichtung Deutschlands sichern; die Bürgschaft der schwarzrotgoldnen Internationale in Deutschland genügt ihm nicht.

Die Lage kann für England sehr bald Schwierigkeiten ergeben, deren Lösungen am glattesten möglich sein würden, wenn ihm ein starkes Deutschland Unterstützung leisten könnte. Aber sowohl diese Stärke wie auch das Ergreifen solcher Möglichkeiten setzen in Deutschland eine alldeutsche Regierung voraus. Zu Freundschaftsdiensten werden ja die republikanischen B-Systemler ebenso bereit sein wie es die monarchischen waren, nur würde es sich da immer um Knechtsdienste handeln, die, wie immer dem B-System, mit Fußtritten abgelohnt würden; diese Dienste würden übrigens von der alljüdischen Händlerregierung nicht mit jüdischem Kapital, sondern mit deutschem Blut entrichtet werden müssen. Im Osten hatten wir ja bereits einen Vorgeschmack davon; die dort stehenden deutschen Truppen kämpften zwar für das Vaterland, mindestens ebensoviel Nutzen fiel aber England zu. Das Gefühl davon hält viele davon ab, sich freiwillig zur Reichswehr zu melden.

In solche Lagen, deutsches Blut pflichtgemäß opfern zu müssen, um das Vaterland nicht völlig zugrunde gehen zu lassen, damit aber niemals einen Siegespreis, sondern sich selbst höchstens das nackte Dasein, den Feinden aber den Nutzen zu erfechten, wird das B-System das deutsche Volk immer wieder von neuem bringen; denn die Politik der Schwäche, die grundlegend für das B-System ist, ist die kriegsgefährlichste Politik, die es gibt. Der deutsche Militarismus hat den Frieden erhalten; die pazifistische Schwächlichkeit des Wilhelminischen B-Systems, die im Frieden unter Bethmann ihren Gipfel erklomm, hat diese Wirkung des Militarismus politisch aufgehoben und dadurch zum Kriege geführt. Deutschland wird erst wieder auf längere Zeit Frieden haben, wenn es unter alldeutscher Führung wieder zu einer Macht wird, die den Gegnern Achtung, den zur Freundschaft Willigen Vertrauen einflößt. Alle Staaten der Welt, die in Kriegs- und Friedensfragen mitzureden haben, sind auf reine Machtpolitik eingestellt, und nur ein Staat, der selbstbewußte Machtpolitik treibt, kann sich unter ihnen die Ebenbürtigkeit erringen, die ihn Herr über sein eigenes Schicksal werden läßt. „Neutrale" Staaten wie die Schweiz, Holland usw. werden nur so lange in ihrem Eigenleben berücksichtigt, als sie als gefährliche Stütze für eine andere große Macht in Betracht kommen können; andernfalls wird ihnen wie Serbien, Belgien oder Griechenland Krieg und Frieden von den anderen Machtstaaten vorgeschrieben. Im Völkerleben ist man entweder Macht und dann Subjekt oder keine Macht und dann Objekt der Macht. Deutschland hat nur die Wahl, sich alldeutsch führen zu lassen und dann wieder Volk unter Völkern zu werden, oder beim System der letzten Jahrzehnte Caprivi-Scheidemann zu bleiben und dann die Rolle des Deutschland nach dem 30 jährigen Kriege zu spielen. Das B-System zieht einer alldeutschen Regierung alle, auch die Zustände nach dem 30 jährigen Kriege vor; das beweist deutlicher noch als vieles Vorhergehende die Bereitwilligkeit im Brockdorff-Scheidemannschen Friedensangebot vom 28. Mai, die deutsche Armee auf 100000 Mann zu beschränken.

Selbst alle jene Ziele, welche den Gläubigen des Pazifismus — seinen Drahtziehern ist der Pazifismus nur Mittel zu Geschäfts- und Machtzwecken — vorschweben, sind, soweit sie jemals Ereignis werden könnten, nur von einem alldeutschen Deutschland zu verwirklichen; denn jeder Idealzustand muß, das ist Menschheitsgesetz, der Menschheit aufgezwungen werden; es ist noch kein Fortschritt der Menschheit durch Händlerkunst erzielt worden. Der lange Friede von 1871 bis 1914 beruhte auf der Machtpolitik Bismarcks; mit seinem Sturz begann der Abbau des Friedens und die Anbahnung des Weltkrieges. Hätte Deutschland in diesem Krieg unter alldeutscher Leitung gestanden, dann hätte es den Sieg errungen. Dann wäre es stark genug gewesen, nach Westen hin den Frieden so lange zu sichern, als es nach menschlichem Ermessen nur möglich ist, und nach Osten hin wäre von Deutschland aus eine Kulturwelle geflutet, wie sie sich der begeistertste Kulturschwärmer nicht schöner hätte wünschen können. Eine Art Völkerbundszustand war ein einzigesmal in der Geschichte verwirklicht, damals als Karls des Großen, des deutschen Kaisers, starke Hand Europa im Zaume hielt. Wirtschaftlich aber hätte nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt, auch die besiegten Völker, einen mächtigen Aufschwung erlebt, denn es hätte kein Volk gegeben, das sich nicht an dem Wiederaufbau und Neubau des Zerstörten und an der Erschließung des Ostens hätte beteiligen können. Die Pazifisten Deutschlands haben, um den deutschen Militarismus zu stürzen, im Sinne der Entente diesen Sieg und diese Zukunft verhindert; sie haben tatsächlich den friedenschaffenden Militarismus Deutschlands zu Boden geschlagen, damit aber dem kriegsschaffenden Militarismus der Ententestaaten die Alleinherrschaft und damit der Welt auf Jahrzehnte hinaus Unfriede gebracht. Ein tiefes Sinken der Kultur geht damit heute schon Hand in Hand, und wenn die „Wirtschaft" sich wieder erholt, wird es keine gesunde Wirtschaft aus den volkseigenen Kräften mit volksfördernden Fortschrittsergebnissen sein, sondern eine Machterweiterung des alljüdisch-amerikanischen Mammonismus mit seinen kultur- und völkervergiftenden zersetzenden Wirkungen.

Alldeutschland steht immer wieder vor der Wahl Alldeutschtum oder dauernder Niedergang; die Deutschen mögen sich winden und drehen und nach dritten Auswegen suchen so lange sie mögen; die ehernen Gesetze der Völkerentwicklung werden sie immer von neuem in diese Wahl drängen, sobald sie sich vom Alldeutschtum losgesagt haben. Im Wort Alldeutschtum wäre das „All" nämlich überflüssig und damit würde der Satz zu einer Selbstverständlichkeit, wenn wir nicht zufällig in Deutschland lebten. Unter dem Einfluß der dort die öffentliche Meinung beherrschenden Leute ist aber das Wort Deutschtum zu einem Begriff ohne Wesen und Körper geworden; wenn man mit dem Wort einen lebendigen Inhalt verbinden will, ist es angezeigt, die Silbe All vorzusetzen, schon deshalb, weil, wenn man es nicht tut, die schwarze, rote und goldne Presse es besorgt. Es ist infolgedessen einfacher, wenn man ein Deutschtum meint, durch dessen Adern rotes Blut strömt, gleich von vornherein Alldeutschtum zu schreiben. Ein lebendes Wesen bejaht sich entweder selbst und kann bestehen oder es will von sich selbst nichts wissen und ist dann dem Niedergang geweiht. Ein Volkstum ist entweder Allvolkstum und lebt oder es löst sich in Einzelmenschen, Klassen, Weltbürger, Kultur und Wirtschaft auf und stirbt. An dem Nichtbegreifen dieser Selbstverständlichkeit brach Deutschland immer wieder von neuem zusammen, und es ist auch diesmal darüber zusammengebrochen. Deswegen muß man dem deutschen Volk diese Selbstverständlichkeit so lange wiederholen, bis es sie begriffen hat und den Betrug

durchschaut, der heute noch das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit umfängt: als ob es ein lebendes Deutschtum gäbe, das kein Alldeutschtum wäre.

Der deutsche Idealismus muß auf alldeutsche Ziele hingelenkt und der mißbräuchlichen Ausnützung durch Fremde und Fremdenanbeter entzogen werden; darin liegt die einzige Auferstehungsmöglichkeit für das deutsche Volk. So oft sich der deutsche Idealismus auf Volksfremdes einstellte, auf den römischen Kaisergedanken (Italienzüge), auf die Befreiung des Heiligen Grabes (Kreuzzüge), auf die Erneuerung der römisch-christlichen Kirche (Reformation und Glaubenskriege), auf Völkerversöhnung und Weltbürgertum (Weltkrieg 1914-1918), mußte es das deutsche Volk mit dem Verlust gerade seines edelsten Blutes und furchtbarer Schädigung seines Volkstums büßen. Dabei waren die gebrachten Opfer stets vergeblich; die angestrebten Ideale, das mitteleuropäische Kaisertum, das christliche heilige Grab, die eine reine christliche Kirche, der Menschlichkeitsgedanke waren nachher ihrer Verwirklichung ferner als je. Der Einzelne kann sich einem Gedanken opfern und ihm dadurch nützen; ein Volk opfert durch Selbstentäußerung immer den Gedanken, dem es sich opfert, mit. Ein Volk kann seine Hochgedanken nur erreichen, indem es sich zu einer Machtstufe aufschwingt, die ihm gestattet, diese Gedanken auf Grund seiner eigenen Macht zu verwirklichen. Deutsches Reich, deutsche Freiheit, deutsche Sitte, deutsche Brüderlichkeit, deutsches Volkstum und deutsche Größe: erst wenn das deutsche Volk seinen Idealismus in diese Formen gießt, wird es auf eine Höhe gelangen, auf der es auf seinen Idealismus stolz sein darf, weil es dann seinen Idealen Geltung bei sich und Eingang bei der Menschheit verschaffen kann. Ein Idealismus, der nur als faule Ausrede für mangelhafte politische Leistungen und völkische Trägheit dient und Fremdrassigen die Handhabe bietet, Deutschland in Unterwürfigkeit zu erhalten, hat wenig Wert.

Aus den Werkstätten des Betrugs.

(Eine Erzbergeriade als Nachtrag und Schlußbild.)

Die Form der Darstellung.

Das vorliegende Buch war bereits abgeschlossen und im Druck, als die gegenwärtige Regierung Erzberger, Bauer, Müller sich in Weimar dem deutschen Volke vorstellte. Zu den Reden Bauers und Müllers vom 23. Juli 1919 ist weiter nichts zu bemerken; sie bestätigen lediglich, was auf S. 171 über die Erschöpfung der Intelligenzen im schwarzrotgoldenen Lager gesagt wurde. Auch die Blätter der Roten konnten eine gewisse Verlegenheit über die Dürftigkeit der Reden ihrer „Tüchtigsten" kaum verbergen. Die Rede Erzbergers vom 25. Juli nötigt aber zu einigem Eingehen, nicht weil sie so ziemlich allen Schwindel, der in den vorangehenden Blättern bereits behandelt wurde, in nackter Form wiederholt, auch nicht, weil sie zu lehrreichen Betrachtungen Anlaß gäbe, wie leicht im Parlamentarismus Gerissenheit der Mache zu Erfolgen führt, zu denen in einem gediegenen Staatswesen Verstand, Wissen, Können und Leistungen erforderlich wären, auch nicht, weil dadurch der Nationalismus wieder einmal vernichtet werden sollte, sondern weil sie einen so tiefen Einblick in die Fechtweise der Herren und in ihre Werkstätten gewährt.

Der Rede ging die wuchtige Anklage von Graefes voraus. Erzberger beginnt seine Erwiderung: „Ist das alles? Das ist die einzige Frage, die ich an den Vorredner zu richten habe." Die Schlagfertigkeit eines Clown in einem Zirkus. Kurz darauf: „Wer im November bis Dezember knieschlotternd durch die Berliner Straßen wanderte, das waren die Freunde von Graefes." Schlechter Dorfzirkus. Der Bericht verzeichnet stürmischen Beifall und große Heiterkeit links. Reife des Volkes. Bei der ersten Bemerkung: Heiterkeit. Man stelle sich die Erzbergerrede im englischen Parlament gehalten vor. Da hätte es auch Heiterkeit gegeben. Aber auf der Seite der Opposition. Die Regierungspartei hätte sich in erschrockenes Schweigen gehüllt. Umgekehrt wie bei uns. Denn wenn der Regierungsvertreter zu solchen Mätzchen greifen muß, weiß jeder Politiker, der Mann weiß sachlich auf die gegen ihn erhobenen Angriffe nichts zu erwidern.

Die Mißstände im Reich schreien zum Himmel, der letzte Hausknecht im hintersten Winkel Deutschland merkt, es mag manches im alten Deutschen Reich nicht schön gewesen sein; aber im neuen ist alles hundertmal schlechter. In jeder Beziehung. Der Vertreter dieses neuen Reichs vermag zu seiner Verteidigung lediglich das alte Sprüchlein abzuleiern, die Mißstände seien die Folgen der alten Regierungsmißwirtschaft. Die republikanische Regierung war am 25. Juli fast neun Monate am Ruder; sie hatte es ergriffen mit der Begründung, nur sie vermöge die zu befürchtenden Folgen der alten Regierungsmißwirtschaft zu verhüten und dem Volke ein besseres Los zu bereiten, als ihm unter der alten bevorstehe. Diese Begründung hat sich als reiner Betrug erwiesen; die Republik hat nichts, aber auch nichts zu verhindern gewußt, was immer sich auch die verwegenste schwarzrotgoldne

Phantasie als mögliche Folge der Fortdauer der alten Herrschaft hätte ersinnen können. Diplomatisch, wirtschaftlich, verwaltungstechnisch, sozial, militärisch, politisch, überall liegt der völlige Bankrott der republikanischen Regierung handgreiflich zutage. Denn wenn der angebliche Nichtsalsliquidator des angeblich zu erwartenden Zusammenbruchs eines alten Bankhauses nichts für das Bankhaus und nichts für die Gläubiger zu retten weiß, und alle Schäden des bei ihm erst wirklich eintretenden Zusammenbruchs unter seiner Leitung sich vervielfachen statt verringern, dann ist der Liquidator unter allen Umständen ein mindestens ebenso schlimmer Bankerotteur als der vor dem Bankrott entfernte Inhaber des alten Geschäfts, und nicht der kleinste Krämer wird dem Liquidator, der den Bankrott ins Aschgraue steigert, als Entschuldigung zubilligen, vorbereitet sei der Zusammenbruch schon durch den Geschäftsvorgänger geworden. Über die unendlich vielen Zusammenbruchserscheinungen, die reines Erzeugnis der neuen Republik sind und in keiner Weise mit der alten Regierung in Zusammenhang gebracht werden können — alle die Kämpfe innerhalb der schwarzrotgoldnen Mehrheit und ihre Folgen, Dinge wie die Ermordung Neurings und Auers durch Sozialdemokraten, die ganze Unbotmäßigkeit der Arbeiter gegen ihre politischen Führer und die Streiks, die Folgen der inneren republikanischen Finanz- und sonstigen Wirtschaft, die Entwaffnung des Heeres usw. können unmöglich der Monarchie und dem Militarismus in die Schuhe geschoben werden — schweigt sich Erzberger ebenso gründlich aus wie über sein gänzliches Versagen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik.

* * *

Vielmehr, er hat in seiner Werkstätte gelernt, mit einigen Seiltänzersprüngen darüber hinwegzuhüpfen. Er sagt: „Der Friedensvertrag ist die Schlußrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer aber hat den Krieg verloren? Diejenigen, die sich in unvernünftigem, trotzigem, verblendetem, verbrecherischem Eigensinn der Möglichkeit eines ernsthaften Friedens entgegenstellten. Die moralische Verantwortung dafür, daß schließlich kein anderer Friede mehr möglich war, haben diejenigen zu tragen, die den Kampf gegen die Friedensresolution des Reichstages geführt haben." Zwei fanstdicke Unwahrheiten, die vom verlorenen Krieg und von der Möglichkeit eines ernsthaften Friedens, und eine Reihe von Betrugsversuchen. In diesem Zusammenhang kann der Verlust des Krieges nur militärisch gemeint sein. Militärisch war aber der Krieg nicht verloren; das weiß Erzberger genau; er verriet dies kurz vorher in der Bemerkung: „Wir haben (durch unsern Waffenstillstand) die Armee vor einem neuen Sedan bewahrt." Verloren ist ein Krieg, wenn eine Armee ein Sedan erlitten hat, nicht wenn ein Parlamentarier ein bevorstehendes Sedan erfindet. Der dem Heer von Erzberger und Genossen aufgedrängte Waffenstillstand bewahrte jedenfalls die Feinde vor einem Sedan; daß dem Heer selbst ein Sedan bevorgestanden hätte, ist bloße Vermutung des Herrn Erzberger, und was ihm der Waffenstillstand Erzbergers bereitete, war so schlimm als jedes mögliche Sedan. Ob es, von der richtigen Hand zusammengerissen, nicht den Feinden noch hätte ein Sedan bereiten können, ist fraglich. Fochs Generäle Humbert und Haig meldeten, wie Foch am 1. April 1919 einem Mitarbeiter der „Daily Mail" erzählte, auf den Befehl Fochs zum allgemeinen Vormarsch zurück, sie hätten keine Reserven mehr. Es kam der Befehl zurück: Greifen Sie trotzdem an — en avant. Die Erfahrungen der Generäle Rawlinson und Debency im Verfolg ihres Angriffes bei Amiens am 8. August 1918

hatten Foch von dem gesunkenen Kampfgeist der deutschen Truppen überzeugt, und er wagte daraufhin das Vabanquespiel des allgemeinen Angriffs. Hindenburg und Ludendorff befürchteten, wie sie ausdrücklich betonten, ein eigenes Sedan nicht, sondern hatten lediglich die Hoffnung aufgegeben, mit dem durch die Machenschaften Erzbergers und seiner Genossen, die Friedensresolution mit inbegriffen, zerrütteten Heere dem Feinde noch ein Sedan bereiten zu können. Ob in dieser militärischen Frage Hindenburg und Ludendorff mehr Glauben verdienen oder Erzberger, dem kurz vor der Rede Staatssekretär Helfferich viermal hintereinander bewußte Unwahrheiten vorgeworfen hatte, ohne damit den gewünschten Erfolg, eine Klage Erzbergers, erzielen zu können, das zu beurteilen sei dem Leser überlassen.

Dem Satz: „Der Friedensvertrag usw." liegt die betrügerische Absicht zugrunde, den Leser zu der Schlußfolgerung zu verführen, der von der Regierung Erzberger abgeschlossene Friede sei die Schlußrechnung des hinter uns liegenden Krieges. Das ist völlig falsch. Die tatsächliche Lage auf dem Schlachtfelde und in den Ententeländern im Oktober 1918, als Hindenburg und Ludendorff den Waffenstillstand forderten, entsprach, um Churchills Vergleich nochmals heranzuziehen, bis zum Ende einem gleichstehenden Wettrennen; die feindlichen Heere und Völker hatten den Frieden ebenso nötig wie wir und fürchteten sich vor dem neuen Kriegswinter genau so wie wir. In dieser Lage wäre einer halbwegs fähigen Diplomatie, wenn man durchaus Menschenleben sparen und mit dem Friedenschließen anfangen wollte, der Abschluß, wenn auch nicht eines guten, aber doch eines anständigen Friedens möglich gewesen. Unsere Armee war eben nicht besiegt, und ein Sieg der Feinde über unsere Armee hätte ihnen ungeheure Opfer gekostet. Die natürliche Schlußrechnung der militärischen und wirtschaftlichen Lage im Oktober 1918 wäre ein Verständigungsfriede mit einigen Nachteilen für uns gewesen, weil wir die die Verhandlungen Beginnenden waren, nicht weil wir den Krieg verloren gehabt hätten. Erst das unglaubliche Verhalten der Regierung Prinz Max-Erzberger, die dadurch ermöglichte Revolution und die sofortige Preisgabe des Heeres durch Scheidemann-Erzberger ließ uns den Krieg verlieren. Aber, und das ist ein weiterer Betrugsversuch, wer den Krieg verliert, braucht den Frieden deswegen noch lange nicht so zu verlieren, wie ihn der waffenstillstandsverderbende Erzberger und seine friedensverderbende Regierung verloren haben. Talleyrand hat 1815 den Frieden gewonnen, obwohl der Krieg auch militärisch verloren war. Ein Talleyrand hätte auch noch nach der Revolution einen weitaus besseren Frieden herausschlagen können, als ihn die Ebert-Scheidemann-Erzbergerregierung, die keinen Fehler, den zu begehen möglich war, unbegangen ließ, dem deutschen Volke brachte. Diese Männer verhandelten acht Monate lang mit den Feinden um den Frieden. Warum taten sie das, wenn ihnen, wie das jetzt Erzberger darstellt, klar war, auf den verlorenen Krieg könne kein anderer Frieden folgen als den, den sie geschlossen? Dann hätten sie diesen Frieden ja auch gleich im November 1918 abschließen können. Die wiederholte Behauptung Erzbergers, niemand hätte einen besseren Frieden erreichen können, wird durch nichts besser beleuchtet als durch die am 28. Juli von der Telegraphenunion aus zuverlässiger englischer Quelle verbreitete Nachricht, am 23. Juni 1919 hätte der Viererrat um 4 Uhr 28 Min. bereits mit der Abfassung einer Drahtung an die deutsche Regierung begonnen gehabt, er stände von der Forderung der Auslieferung des Kaisers und wahrscheinlich auch der Offiziere ab, als dann die offizielle Mitteilung Deutschlands von der bedingungslosen Annahme

eintraf. Die deutsche Regierung hätte also nur wenigstens einmal seit ihrem Bestand so zu tun brauchen, als ob ihr ein Widerstand gegen irgendwelche feindlichen Forderungen ernst wäre, und sie hätte zum mindesten Milderungen erzielt.

Ein weiterer Betrugsversuch liegt in dem Satz, der die Schuld am Verlust des Krieges den Gegnern der Friedensresolution vom Juli 1917 in Rechnung setzt, die sich der Möglichkeit eines ernsthaften Friedens entgegengestellt und ihn dadurch verhindert hätten. Dieses Taschenspielerstückchen wurde — o Reife des Volkes! — vom Hause mit stürmischem Beifall und Zustimmung begrüßt. Das Denkvermögen dieses hohen Hauses reicht nicht einmal so weit, um den logischen Unsinn dieser Behauptung zu durchschauen. Wenn also einer einen Berg besteigt und er stürzt nahe dem Gipfel ab, so trägt die Schuld daran nicht etwa eine ungenügende Ausrüstung, ein plötzlicher Schwächeanfall, die Lockerung eines Steines, der Stoß, den ihm ein feindlich gesinnter Begleiter gegeben hat, sondern der Umstand, nicht auf halbem Wege umgekehrt zu sein! Wenn einer auf halbem Wege umkehrt, dann erreicht er sicher nicht die Höhe des Berges; daran trägt die Umkehr ohne Zweifel die Schuld. Wenn er aber nicht umkehrt, so hängt die Erreichung oder Nichterreichung des Gipfels von allen möglichen Umständen ab, aber niemals trägt an einem der beiden Ergebnisse die Fortsetzung des Weges die Schuld. Der Vers: „Wärst net auffigstiegn, wärst net abigfalln" macht sich im Volkslied ganz nett, in einem Zirkus vielleicht auch noch; im Parlament eines reifen Volkes weniger. Auf diese Weise läßt sich die „Schuld" am Zusammenbruch schließlich noch entweder auf den Mörder des österreichischen Thronfolger zurückführen — ohne dessen Schuß wäre der Krieg nicht ausgebrochen und hätte nicht verloren gehen können —, oder auf die österreichische Regierung, die dafür Genugtuung forderte; hätte sie dem Mörder einen Orden für die Tat und Serbien zur Belohnung die Herzegowina gegeben, wären sehr wahrscheinlich 1914 und 1915 noch Friedensjahre gewesen; logisch sind diese Schlüsse genau so stichhaltig wie der des Herrn Erzberger. Wer solche Gründe vorbringt, der hat, wie schon am Eingang dieses Buches in einem eigenen Abschnitt ausgeführt wurde, Ursache, die natürliche Frage nach dem Grund des **Verlustes** des Krieges zu verschieben in die Frage nach dem Grund am Ausbruch oder an der Verlängerung des Krieges, welche Fragen mit dem Verlust des Krieges nicht das mindeste zu tun haben. Im Falle des Bergsteigers hätte das meiste Interesse an einer solchen Verschiebung ein Begleiter, der ihm den todbringenden Stoß versetzt hätte. Die Betonung dieses Mannes, er hätte den Bergsteiger schon auf halbem Wege gewarnt, weiterzusteigen, würde dem Mann vor einem Gericht höchstens als Verdachtspunkt angekreidet werden; denn wenn der Grund des Stoßes nicht der Untergang des Mannes, sondern nur die Verhinderung der Erreichung des Gipfels war, diente diesem Zweck der Rat zur Umkehr genau so wie der Mord. Und damit kommen wir wieder zu dem alten Kernpunkt der ganzen Frage zurück, der, so oft er auch im Vorliegenden schon behandelt wurde, angesichts der Leichtigkeit, mit der ein Erzberger noch immer mit den alten Mitteln einen „Sieg", wenn auch nur auf einige Tage, zu erringen vermochte, hier nochmals an der Hand der Erzbergerschen Seiltänzereien erläutert werden muß.

* * *

Dieser Kernpunkt ist: „Diese Leute **wollten** niemals einen deutschen Sieg, weil er ein Sieg des deutschen Militarismus gewesen wäre, den sie haßten. Den Verlust des Krieges an sich bedauern sie auch heute noch nicht — vgl. Kautsky S. 154

oder das Bekenntnis des deutschen Juden und Pazifistenführers Fried im Dezemberheft der „Friedenswarte" 1918: „Freudigen Herzens müssen wir den Demokratien des Westens dafür danken, daß sie gesiegt haben; sie haben auch uns befreit" —. Falls ihnen die Übernahme der Regierung, wie sie geglaubt haben, einen Händlerfrieden, wenn auch mit einer stattlichen Kriegsentschädigung und dem Verlust Elsaß-Lothringens und einiger östlichen Gebiete, aber unter Wiederanknüpfung der alten wirtschaftlichen Beziehungen, gebracht hätte, wären sie im Grunde ihres Herzens ganz zufrieden gewesen mit dem Ergebnis des Krieges und hätten mit den Milliarden und den Landverlusten die Zerschmetterung des Militarismus und der protestantisch-preußischen Vorherrschaft, die Entrechtung der preußischen Krone und die Entmachtung des bewußten deutschen Volkstums durchaus nicht als zu teuer bezahlt erachtet. Die Ausführungen Erzbergers — und darum sind sie von einem gewissen dokumentarischen Werte — lassen das mit aller Deutlichkeit erkennen.

Man beachte zunächst einmal: Die ganze Wucht des Vorstoßes richtet sich gegen Michaelis. Michaelis war Kanzler vom 14. Juli bis zum 2. November 1917. Die drei vorangehenden Kriegsjahre war Erzbergers Gönner, Bethmann, der ihn großgezogen, Kanzler. Bethmanns heißester Wunsch während dieser drei Jahre war die Verständigung mit England. Auf Michaelis folgte, nicht ohne Mitwirkung Erzbergers, Graf Hertling, der Parteigenosse und Mitarbeiter Erzbergers, und blieb ein Jahr Kanzler. Gegen diese beiden Kanzler, die trotz bestem Willen keinen Frieden in den vier Jahren ihrer Kanzlerschaft zusammengebracht haben, findet Erzberger kein hartes Wort. Der Dreimonatekanzler Michaelis aber „hat ein Verbrechen am deutschen Volke begangen". Was er tat, war „tragisch, entsetzlich". Am 28. Juli nennt Erzberger „diesen Herrn" einen „unfähigen Stümper", weil er „die beste Diplomatie der Welt", den Heiligen Stuhl — man denke, den Heiligen Stuhl, der sich eines Erzbergers als Mittlers bedient! — nicht das nötige Vertrauen geschenkt habe.

Sollte hier wieder einmal der eine Faden zum Vorschein kommen, an dem Erzberger tanzt? Michaelis galt als eifriger Preuße, als Konservativer und als frommer Protestant. In ihm konnte der Protestantismus getroffen werden. Erzberger ist Centrumsmann; den päpstlichen Nuntius nennt er „seinen persönlichen Freund". Hertling konnte ihn nicht losbringen, so gern er und die Zentrumspartei ihn gegen Schluß seiner Kanzlerschaft weg gehabt hätten. Bethmann war auch Protestant; aber in ihm den Protestantismus treffen zu wollen konnte natürlich niemanden einfallen; in ihm konnte man höchstens Alljudaan bekämpfen, und mit dem zusammen bildet man ja die Reichsregierung. Kühlmann war katholisch. Michaelis stand vor seiner Kanzlerschaft der auswärtigen Politik fern; um sich in dieses Gebiet richtig einzuarbeiten, braucht ein Kanzler gut seine drei Monate. Inzwischen pflegt die auswärtige Politik der erfahrenere Staatssekretär des Auswärtigen zu leiten. Das war Kühlmann, der erklärte Schützling der Erzberger-, Scheidemann-, Haußmannmehrheit im Parlament, das große Licht, auf das jene Mehrheit alle ihre Hoffnung setzte, der Mann, der niemals aus seiner Absicht, selbst um den Preis großer Opfer mit England zu einer Verständigung zu gelangen, ein Hehl machte. Auch ihn trifft kein hartes Wort Erzbergers. Er ist der einzige Staatsmann, der auf Erzbergers Angriffe gegen Michaelis nichts erwidert. Er dürfte auch kaum eine sachliche Aufklärung geben können, die mehr wie die aller anderen Staatsmänner dieser Zeit Erzberger zu Gefallen wäre.

Zu den tieferen Gründen, die Erzberger sich gerade Michaelis zum Angriff heraussuchen ließ, kam dann noch ein oberflächlicher: Michaelis verfügte und verfügt über einen sehr geringen Fraktionsanhang und jeder Angriff gegen diesen als „Reaktionär“ geltenden Mann war von vornherein des wütenden Beifalls der auf die „Reaktion“ dressierten Meute sicher. Der Angriff gegen Michaelis war also der ungefährlichste und billigste, und Erzberger konnte sich dabei von vornherein nicht nur auf die Zustimmung der eigenen Fraktion, sondern auch auf die der ganzen Linken verlassen. Tatsächlich stellten sich nicht nur die Mehr- und Minderheitssozialisten, sondern auch der Freisinn (Gothein) sofort rückhaltlos auf Seite Erzbergers; sogar Hans Delbrück, der Geschichtsprofessor, konnte sich vor Freude über den Schlag gegen die „Alldeutschen“ nicht zurückhalten und eilte Erzberger schon am 27. Juli in einem Aufsatz der Deutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 356) über den Verständigungsfrieden zu Hilfe.

* * *

Die Anklage Erzbergers beginnt:

„Am 30. August aber erhielt der Reichskanzler durch den Nuntius ein Schreiben, in dem ein Angebot Englands vorlag, dem die französische Regierung sich angeschlossen habe, die Kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantien für politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine versöhnliche Antwort werde den guten Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtern. Wir haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und Ideenwelt wie wenige in der Lage sind, zu beurteilen, wenn ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgegangen nicht aus eigener Initative, sondern um einen ausdrücklichen Versuch der englischen Regierung mit ausdrücklicher Ermächtigung der französischen.“

Jeder unbefangene Hörer und Leser muß aus diesen Worten schließen, England und Frankreich hätten durch den Vatikan einen Friedensfühler ausstrecken lassen, mit der Andeutung, wenn Deutschland die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit Belgiens verbürge, sei die wesentlichste Friedensforderung der Entente erfüllt. Was war in Wirklichkeit vorgegangen? Der Papst hatte sich in seiner Note vom 1. bzw. 15. August 1917 an alle Völker gewandt, sie möchten auf der Grundlage eben dieser Note Frieden schließen. Öffentlich darauf geantwortet haben nur Amerika und Deutschland. Überhaupt nicht zu antworten wäre ein grobe und durch nichts gerechtfertigte Ungezogenheit gegen den Papst gewesen. England, dem sich Frankreich anschloß, ließ durch seinen Vertreter beim Vatikan, den Grafen Salis, eine mündliche Erklärung abgeben. Kardinalstaatssekretär Gasparri bat in der Unterredung, den Mittelmächten etwas Schriftliches übermitteln zu dürfen. Darauf schnitt Graf Salis, wie „Petit Journal“, die Zeitung Pichons, des Minister des Äußern, am 29. Juli 1919 erzählt, den Briefkopf des Briefes weg, in dem Balfour dem Grafen seine Anweisungen übermittelt hatte, wodurch der Textteil seines amtlichen Charakters entkleidet wurde, und stellte den Rest dem Staatssekretär zur Verfügung, der ihn durch den Münchener Nuntius nach Berlin schickte. Das Schreiben war also nicht einmal eine Note an den Papst, geschweige denn ein für Deutschland bestimmtes Angebot, sondern lediglich die Unterlage für einen mündlichen Auftrag an den Papst, der in Wirklichkeit eine glatte Ablehnung der päpstlichen Friedensvermittlung bedeutete. Er war nicht „ein ausdrücklicher Versuch der englischen und französischen Regierung“, sondern eine Antwort, und die Übermittlung an Berlin war hervorgegangen aus der eigenen Initiative des Kardinals. Es war auch kein „Angebot“, denn das Balfoursche Schriftstück bietet

Deutschland überhaupt nichts an und dem Papst lediglich die Bereitwilligkeit, nicht etwa, mit Deutschland sich in irgendwelche Friedenserörterungen einzulassen, sondern lediglich, bestimmte Angebote Deutschlands entgegenzunehmen. Das ist eine glatte Selbstverständlichkeit; wenn zwei Völker miteinander im Streite liegen, ist natürlich jedes von beiden jederzeit bereit, Angebote des andern entgegenzunehmen. Sowohl die englische und französische Regierung wie die Kurie haben die Erzbergersche Mär vom englischen Friedensangebot amtlich für unrichtig erklärt.

Die Darstellung Erzbergers rückt noch mehr in das Licht einer berechneten Fälschung durch den Satz: „Eine versöhnliche Haltung usw." Jeder Hörer und Leser muß den Eindruck haben, er sei aus dem Angebot Englands herausgezogen. Das Schreiben Balfours enthielt aber nicht die geringste Andeutung einer derartigen Versöhnlichkeit; der Satz stammt vielmehr aus dem Begleitschreiben des Münchener Nuntius und ist nicht etwa eine Meinung des Papstes oder Gasparris, sondern eine gänzlich unverbindlich gefaßte persönliche Meinung des Nuntius Pacelli: „Meinerseits möge mir gestattet sein, der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Euer Exzellenz (Michaelis) .... sich unsterbliche Verdienste erwerben wird, ... wenn mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird."

Erzberger fährt dann fort:

„Das war 1917 eine wohlbegründete, wohlüberlegte Friedensaktion einer neutralen Macht, die wie wenige berufen war, die Idee der Völkerversöhnung einzuleiten, und es wurde verlangt lediglich eine präzise Erklärung über Belgien."

Auch das ist wieder falsch. Die päpstliche Note verlangt nicht irgendeine präzise Erklärung über Belgien, sondern 1. „eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt". Also Unabhängigkeit Belgiens, Schadenersatz und Offenlegung der deutschen Gegenforderungen an Belgien. „Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Eminenz (Gasparri) daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde."

* * *

Dann kommt die eigentliche Erzbergersche Anklage gegen Michaelis:

„Was aber geschieht in Berlin? Man würde es nicht für möglich halten: Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort. Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen. In einem Schreiben vom 24. 9. wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben. Im heutigen Stadium, heißt es in der Antwort, sei die Regierung nicht in der Lage, die Erklärung über Belgien und die gewünschten Bürgschaften auszusprechen, weil die Vorbedingungen für Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend geklärt seien. Also, ein amtlicher diplomatischer Bericht, für ein Volk, das in höchster Not liegt, wird vier Wochen nicht beantwortet, dann erklärt man ihn nicht für genügend."

Das Schreiben des Nuntius traf am 5. September 1917 in Berlin ein; es waren also bis zur Antwort am 24. September 19 Tage, nicht, wie Erzberger sagt, vier Wochen verstrichen, eine bei der Wichtigkeit der Sache und der Schwere der päpstlichen Forderungen durchaus nicht zu lange Frist. Aber das ist Nebensache.

Der eigentliche Vorwurf Erzbergers besteht darin, Michaelis habe eine von England gebotene Gelegenheit, sich mit ihm an den Friedenstisch zu setzen, nicht ergriffen. Das ist, wie Erzbergers Minister des Äußeren Müller, am 28. Juli 1919 nachwies, eine glatte Unwahrheit: „Durch das Auswärtige Amt war Fühlung genommen worden mit einem neutralen Diplomaten zu dem Zweck, daß er mit England Fühlung nehmen sollte, und dieser Schritt war bereits eingeleitet vor dem 5. September 1917, also bevor die Note des Herrn Nuntius in Berlin eintraf." Wie Michaelis angibt, war Erzberger von dem Schreiben des Nuntius schon unterrichtet, bevor es nach Berlin kam. Offenbar war auch Michaelis bereits eine Nachricht über das Schreiben zugegangen; er wartete in seinem Eifer, ja nichts zu versäumen, das Schreiben noch nicht einmal ab, sondern traf schon vorher Vorbereitungen, mit England Fühlung zu nehmen. Über diese Tatsachen selbst war man schon seit 4. Dezember 1917 durch die Veröffentlichung eines Geheimtelegramms des russischen Geschäftsträgers in London vom 6. Oktober 1917 in der Petersburger „Iswjestija" unterrichtet, die Erzberger wohl bekannt war. Diese Drahtung begann: „Balfour ... und machte folgende streng vertrauliche Mitteilung: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin habe den Wunsch ausgedrückt, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. .... Die britische Regierung wird ... folgende Antwort geben: Die Regierung Sr. Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr betreffs des Friedens abzugeben wünscht, um diese Mitteilungen mit ihren Verbündeten zu beraten. .... Wir haben gefunden, man müsse Deutschland erklären, wenn durch diese (obige) kurze Mitteilung die Sache in Gang kommt, wir erwarten von ihm die bestimmte Angabe der von ihm verfolgten Kriegsziele." Welchen Eindruck der Schritt der deutschen Regierung bei den Verbündeten hervorrief, zeigt der Satz der gleichen Drahtung: „Alle Erscheinungen deuten darauf hin, daß der Geist der deutschen Truppen dementsprechend (dem englischen Sieg in Mesopotamien und den angeblichen englischen Erfolgen an der Westfront) gesunken ist."

Die deutsche Regierung hat also in Wirklichkeit keinen Tag und keine Stunde versäumt; sie hat nur nicht den Weg über Rom gewählt, bei dem Erzberger seine Person und seine Partei wunschgemäß hätte in den Vordergrund schieben können, sondern einen andern, den über Madrid. Die Darstellung Erzbergers ist also schon in der Schilderung der äußeren Vorgänge in jedem Punkte bewußt falsch.

Der Sachverhalt.

Noch viel tückischer ist der Vorstoß in sachlicher Beziehung angelegt. Zu seiner Beurteilung muß etwas weiter zurückgegriffen werden. Am 12. Dezember 1916 war Bethmanns berüchtigtes Friedensangebot an alle Mächte erfolgt. Die Bedingungen, die diesem Angebot zugrunde lagen, lauteten (Deutsche Allgemeine Zeitung — im folgenden als D.A.Z. bezeichnet — 226; 11. V. 19):

„Zurückerstattung des von Frankreich besetzten Teiles von Ober-Elsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen der Verbündeten Deutschlands bewegten sich mit den Anschauungen der Deutschen Regierung in Übereinstimmung in gleich mäßigen Grenzen.

Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte internationale Konferenz einzutreten."

Diese durchaus präzisen Bedingungen waren im Frühjahr 1917 Wilson vertraulich mitgeteilt worden und Wilson hat sie als Feind sicher seinen Verbündeten nicht vorenthalten. Es ist also Schwindel, wenn behauptet wird, Deutschland habe seine Bedingungen niemals kundgegeben.

Am 21. Dezember 1916 wurde Wilsons Friedensnote veröffentlicht. Die beiden Friedensnoten wurden durch die Antwort des Zehnverbands vom 30. Dezember auf die deutsche, vom 10. Januar 1917 auf die amerikanische Friedensnote mit Hohn zurückgewiesen und lediglich als Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruchs der Mittelmächte aufgefaßt. Die Note des Zehnverbands beantwortete die Frage Wilsons nach den Kriegszielen der Entente folgendermaßen:

„Die zivilisierte Welt weiß, daß diese Kriegsziele in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros umfassen, sowie die diesen Ländern geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Rußlands und Rumäniens, mit allen gerechten Wiederherstellungen, ... die Wiederherstellung der Gebiete, die ehemals den Alliierten durch Gewalt und gegen den Wunsch ihrer Bevölkerung entrissen wurden (gemeint sind damit Elsaß-Lothringen, Preußisch Polen usw.), die Befreiung der Italiener, der Slawen, der Rumänen und der Tschechoslowaken von fremder Oberherrschaft, die Befreiung der einer blutigen Tyrannei der Türken unterworfenen Bevölkerungen, die Verdrängung der ottomanischen Herrschaft aus Europa."

Daraufhin ging Deutschland am 1. Februar 1917 zum uneingeschränkten U-Bootkrieg über; wenn Erzberger in seiner Rede den alten Schwindel wieder aufwärmt, das „Friedenswerk Wilsons sei durch die Erklärung des U-Bootkrieges sabotiert worden", so schlägt er damit allen ihm wohlbekannten Tatsachen ins Gesicht. Die eben angeführte Antwort der Entente auf Wilsons höchsteigenes Friedensangebot beweist ebenso unwiderleglich die völlige Unfähigkeit Wilsons, den Verband zu einem Verständigungsfrieden zu bewegen, wie sein Verhalten 1918/19 seinen völligen Mangel an Willen zu einem Verständigungsfrieden enthüllte. Der U-Bootkrieg tat denn auch in verblüffend kurzer Zeit seine Wirkung. Dr. Helfferich, der im Sommer 1917 Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers war, sagt darüber am 27. Juli 1919 in der Kreuzzeitung: „Der französische Ministerpräsident erklärte schon damals dem italienischen Botschafter in Paris, Frankreich gehe der Erschöpfung entgegen. Lloyd George kam nach Paris und sprach seine größte Sorge über die Zuspitzung der englischen Ernährungslage aus. Von französischer Seite wurde eine neue Anknüpfung nicht nur zu Österreich-Ungarn gesucht, sondern auch wegen einer Aussprache mit einem bekannten Diplomaten sondiert." Der ebenfalls über jeden Verdacht des Alldeutschtums erhabene damalige deutsche Botschafter in

Wien, Graf Wedel, erzählt in den Hamburger Nachrichten vom 24. Juli 1919: „Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner Zuversicht infolge des U-Bootkrieges wankend geworden war und Verständigungsgedanken nicht mehr unzugänglich war. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit dem italienischen Kollegen die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Die geplante Reise sei aber aufgegeben worden, weil veränderte Nachrichten aus Österreich eintrafen.

* * *

Am 21. November 1916 war Kaiser Franz Joseph gestorben und sein pazifistisch angelegter Großneffe Karl, der für die Hohenzollern so wenig übrig hatte wie der Vatikan, hatte den Thron bestiegen. Bereits bei dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 dürfte der Druck Österreichs stark mitgewirkt haben. Am 11. März 1917 brach die russische Revolution aus; am 16. März legte Zar Nikolaus die Krone nieder. „Nach der Petersburger Märzrevolution wurde man in Wiener maßgebenden Kreisen stark nervös", erzählt Graf Wedel; der Habsburger bangte um seinen Thron. Graf Czernin schreibt einen für das deutsche Hauptquartier berechneten, in den dunkelsten Farben gehaltenen Geheimbericht vom 12. April 1917 an den Kaiser, den Graf Ledochowsky in Homburg überreicht. „Ist dies (die Abwehr der bevorstehenden feindlichen Offensiven) gelungen", so heißt es in diesem Bericht, — „und ich rechne, daß dies in zwei bis drei Monaten geschehen sein kann —, dann müssen wir, bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu unsern Ungunsten verschiebt, einen weitergehenden detaillierten Friedensvorschlag machen und uns nicht davor scheuen, ev. große, schwere Opfer zu bringen." In der ersten Aprilwoche waren bereits Kaiser Karl, Kaiserin Zita und Graf Czernin in Homburg und wollten Deutschland zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen bewegen. Hatte Deutschland schon so viel für Habsburg getan, warum sollte es ihm nicht auch noch Elsaß-Lothringen opfern? Deutschland lehnte aber ab, und die Stimmung in Wien wurde dann auch wieder, wie Graf Wedel berichtet, zuversichtlicher. Am 22. und 23. April 1917 hatte Erzberger in Wien Unterredungen mit Kaiser Karl, Mitgliedern der Häuser Parma und Braganza und dem Grafen Czernin; er hat Aufzeichnungen darüber am 25. April 1917 dem Staatssekretär Zimmermann übergeben[1]).

Bei der Unterredung mit dem Kaiser geschah etwas sehr Merkwürdiges. Der Kaiser übergab Erzberger den streng geheimen Bericht des Grafen Czernin, ohne dem Grafen ein Wort davon zu sagen, wie er ihn auch von späteren Privatkorrespondenzen mit Erzberger anfänglich nicht unterrichtete. Wie kam er dazu? Erzberger ist eine politische Null. Der Kaiser Karl auch. Sie sind höchstens Werkzeuge. Was führte den Kaiser zu diesem selbständigen Schritt in einer so wichtigen Sache, die Erzberger in gewissem Sinn das ganze Schicksal Österreichs und seiner Bundesgenossen in die Hand gab?

[1]) Bethmann und Wedel bestreiten die Angabe Erzbergers, er habe die Reise im Auftrage Bethmanns unternommen. Wedel sagt, Erzberger habe vor seinen Privatreisen ins Ausland nie versäumt, vorher beim Reichskanzler oder Auswärtigen Amt zu seiner Orientierung vorzusprechen. Erzberger habe sich dann im Auslande auf diese Besprechungen berufen, und man habe ihn dann für einen Abgesandten der Regierung gehalten. Wedel wirft also Erzberger die Vorspiegelung falscher Tatsachen vor.

Der dem Grafen Hertling nahestehende „Bayerische Kurier" bezeichnete in einem zu Ehren von Hertlings 75. Geburtstag am 31. August 1917 geschriebenen Aufsatz den Grafen als den Mann, „auf den das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nicht zum wenigsten zurückzuführen ist". Graf Hertlings ausgezeichnete Beziehungen zum österreichischen Hofe und zum Vatikan sind bekannt. Am 31. März 1917 — siehe das oben über die russische Revolution Gesagte — schrieb Kaiser Karl den berühmten ersten Brief an den auf Ententeseite beschäftigten Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma, den Bruder seiner Frau Zita von Parma, die durch ihre jesuitischen Beichtväter ständig dem Einfluß des Vatikans unterworfen war. In diesem Brief heißt es u. a.: „Zu diesem Zweck und um die Echtheit dieser Gefühle (für Frankreich) auf bestimmte Art kundzutun, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufbietung allen meines persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten französischen Ansprüche hinsichtlich Elsaß-Lothringens unterstützen werde. Was Belgien anbetrifft, so muß es in seiner Souveränität wieder hergestellt werden und seine gesamten afrikanischen Besitzungen erhalten, unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste erhalten sollte." Der — manchmal gut unterrichtete, aber unzuverlässige — „Az Est" behauptete, das Wörtchen „gerechten" sei von dem Beichtvater der Kaiserin, einem französischen Jesuiten, der das Französisch des Briefes prüfte, eingeschmuggelt worden. Die Bemühungen Kaiser Karls und Zita von Parmas in Homburg, Deutschland zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu bewegen, hatten aber, wie schon erwähnt, keinen Erfolg; die Lage wurde auch für Deutschland und Österreich, wie ebenfalls erwähnt, recht günstig.

Und nun trat ein sonderbares Zusammenspiel von — sagen wir — Ereignissen ein, das die Wirkung hatte, die gesunkene Stimmung der Feinde nicht nur wieder zu heben, sondern bis zur völligen Siegesgewißheit zu steigern. Czernin hatte in seiner Denkschrift vom 12. April für zwei bis drei Monate nach deren Abfassung einen weitergehenden Friedensvorschlag gewünscht. Zur entsprechenden Zeit, am 6. Juli 1917, überfiel Erzberger den Reichskanzler und den Reichstag mit seinem Antrag, der Reichstag möge eine Friedenskundgebung erlassen. Diese Friedenskundgebung sollte der Papstnote vom August, von der Erzberger unterrichtet war, den Weg ebnen. Dem Wunsch des Vatikans, die Jesuiten wieder in Deutschland einziehen zu sehen, war bereits am 19. April 1917 genüge getan worden. Erzberger begründete seinen Antrag auf eine Friedensentschließung mit angeblich zuverlässigen Nachrichten über die Unwirksamkeit des U-Bootkrieges, worin er mit der auch in der Czerninschen Denkschrift niedergelegten Ansicht Czernins über den U-Bootkrieg plötzlich übereinstimmte, während er früher optimistischer urteilte. Die Linke benutzte die darob entstehende Panik in der Regierung, Bethmann und dem Kaiser die Zusicherung des gleichen Wahlrechtes in Preußen abzutrotzen. Am 22. Juli krönte Erzberger seinen defaitistischen Vorstoß, indem er dem Reichstagsausschuß der Zentrumspartei den Czerninschen Geheimbericht über die schlimme Lage Österreichs preisgab. Danach erst bekam das Ausland Kenntnis von diesem Bericht. Czernin, Graf Wedel und Helfferich erklärten, er könne nur über Erzberger ins Ausland gelangt sein. Die Wirkung auf das Ausland wurde bereits erwähnt; sie war katastrophal. Es war damit jede Möglichkeit, mit der Entente zu einem Verständigungsfrieden, wie er in der Reichstagsentschließung zum Ausdruck kam, völlig abgeschnitten; auch nicht um den Preis eines restlosen Verzichtes auf Belgien und seiner völligen Wiederherstellung auf Deutschlands Kosten war nun der Friede

mehr zu erreichen. Die „Times" schrieb nach einer Rotterdamer Meldung der „Deutschen Tageszeitung" am 30. Juli 1919: „Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen und hat den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen".

Erzberger meint, für die Annahme, der Bericht sei durch ihn ins Ausland gelangt, sei ein Beweis nicht erbracht. Das ist richtig; aber alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, wenn auch der Weg Wien—Parma—Paris nicht ausgeschlossen ist. Wahrscheinlich war allerdings Erzberger der Bericht nicht gegeben worden, um ihn ins Ausland gelangen zu lassen, sondern deshalb, um die Stimmung in Deutschland einem österreichischen Frieden geneigter zu machen. Diese Aufgabe hat Erzberger — gewollt oder nur als Werkzeug, es ist beides gleich schlimm für ihn — glänzend erfüllt. Die Wirkung des gesamten Erzbergerschen Vorgehens war eine ungeheure Erschütterung der deutschen Zuversicht und des deutschen Willens zum Siege. Dabei spielt es gar keine Rolle, in wie weiten oder wie engen Kreisen der Bericht Czernins selbst bekannt wurde. Auch über Erzbergers U-Bootrede drang nicht allzuviel in die Öffentlichkeit. Aber jeder am politischen Leben Teilnehmende wird sich erinnern, wie es damals von Mund zu Mund ging, Erzberger habe sowohl in der U-Boot- wie in der Friedensfrage ungemein wichtiges neues Material vorgebracht, und wie niederdrückend dieses Gerede und dann die Annahme der jämmerlichen Friedensentschließung auf die Stimmung des Volkes wirkten, durch eine Mehrheit, der sich auch Leute zugesellt hatten, die früher anders sprachen, und die man nun durch das Erzbergersche Material überzeugt glaubte.

Dann kam die am 1. unterzeichnete, am 15. August versandte Friedensnote des Papstes. Um die gleiche Zeit — am 7., 22. und 23. August 1917 (D.A.Z. 177, 8. IV. 19.) — unterhandelte in der Schweiz (Freiburg) Graf Revertera als Vertreter Österreichs mit dem ihm weitläufig verwandten Grafen Armand als Vertreter Frankreichs. Die Verhandlungen zerschlugen sich ebenso wie die im Oktober 1917 durch Baron von Lancken mit Briand geführten, weil nach den Erzbergerschen Enthüllungen die Entente nur mehr einen Unterwerfungsfrieden anzunehmen bereit war, der ihr territorial ungefähr dasselbe gebracht hätte wie der Friede von 1918/19. Deshalb war auch der Versuch der Kurie vom 31. August 1917 von vornherein aussichtslos, was auch die „beste Diplomatie der Welt" gewußt haben dürfte. Den beiden Prinzen von Bourbon-Parma, die als Hauptleute im belgischen Heere gedient hatten, und der Kaiserin Zita verlieh der König von Belgien am 23. August 1919 seinen höchsten Orden.

* * *

Erzberger gebraucht, wenn er von dem Schritt der Kurie spricht, den Ausdruck „Heiliger Stuhl"; er will damit natürlich auf seine katholischen Hörer und Leser wirken und den Schritt und sich damit nach Möglichkeit gegen Angriffe decken. Man kann dann aus der Kritik an Antideutschem etwas Antikirchliches und Antikatholisches machen; die „Germania" hat bereits die Haltung von Michaelis gegenüber dem Briefe von Pacelli auf den Protestantismus des Kanzlers zurückzuführen versucht. Aber die Diplomatie des Papstes ist etwas durchaus Weltliches und hat mit Katholizismus und der Heiligkeit des Stuhles nicht das geringste zu tun, sowenig wie die Politik des Zentrums katholisch oder heilig ist.

Erzberger bezeichnet den Vatikan als eine „neutrale" Macht, und in Deutschland ist sogar weit über die Zentrumskreise hinaus die Meinung verbreitet, der Vatikan habe sich deutschfreundlich betätigt. Der Vatikan war aber von Kriegsbeginn an niemals eine neutrale, sondern eine — mit den vatikanischen Mitteln — gegen Deutschland kriegführende Macht mit einem festen, Deutschland feindlichen Kriegsziel, der Wiederherstellung und Entschädigung des katholischen Belgien. Das britische Generalkonsulat in Zürich gab am 21. Januar 1917 an die Schweizer Zeitungen den Bericht des bekannten belgischen Jesuitenpaters Henusse über eine Unterredung mit dem Papste als amtliche Londoner Meldung aus. Darin heißt es:

„Der Papst sagte mir und beauftragte mich, es in den Schützengräben den Mannschaften und Offizieren zu wiederholen und es selbst dem König mitzuteilen, daß er der Ansicht sei, daß Belgien das Recht habe, von Deutschland volle Entschädigung zu verlangen, und daß er niemals seine Hilfe zu einer Wiederherstellung des Friedens anbieten würde, es sei denn, daß dem Königreich Belgien seine sämtlichen Besitzungen in Europa und Afrika mit seinen sämtlichen früheren Rechten und Freiheiten, wie sie vor dem Kriege existierten, zurückerstattet würden, und außerdem vorbehaltlos eine entsprechende Entschädigung, welche nach eingehender Untersuchung und Inventaraufnahme sämtlicher vernichteter öffentlicher Denkmäler, nach Wiederaufbau sämtlicher Fabriken und Privatwohnungen und Rückgabe des ganzen Privateigentums festgestellt würde, erhalten habe."

Man vergleiche damit die angebotenen Zugeständnisse im Brief des Kaisers Karl an Sixtus von Parma! So offen konnte sich der Papst in seinen öffentlichen Reden nicht aussprechen; aber aus allen seinen Reden, Handlungen, Noten und Vermittlungen konnte jeder, der zu hören versteht, herausfühlen, wieviel mehr das Herz des Papstes auch sonst auf Seiten der Entente stand als auf unserer. Seine Worte waren stets freundlicher gegen die Ententeseite, sein Tadel (Beschießung offener Städte, Torpedierungen) stets schärfer gegen uns als gegen unsere Feinde (Hungerblockade). Eingehende Untersuchungen führen den Verfasser der ausgezeichneten, viel wertvolles Material bringenden Schrift: „Papst, Kurie und Weltkrieg"[1]) zu dem Ergebnis „Wo es (das Urteil des Papstes und der Kurienorgane) zu positiver Fürsprache leitet, ist es zugunsten einer Ententemacht; wo eine Verurteilung ausgesprochen wird, geben Maßnahmen der Mittelmächte den Anlaß". Die gleiche Schrift weist nach, wie viel weniger die Kriegsfürsorge des Papstes in der Gefangenenfrage, bei den Begnadigungen, bei materiellen Hilfeleistungen sich auf Deutsche erstreckte und Deutschen zugute kam als Ententeangehörigen. Kardinalstaatssekretär Gasparri hat 19 Jahre lang in Paris gewirkt und war wie seine Vorgänger Rampolla und Ferrata ein unverhohlener Franzosenfreund. Kardinal Mercier hätte zehnmal vor das Standgericht wegen offener Auflehnung und Aufhetzung der Bevölkerung gegen die deutschen Besatzungsbehörden gehört, wenn nicht der Papst stets seine schützende Hand über diesen Empörer gegen die staatliche Obrigkeit gehalten hätte.

* * *

Das päpstliche Kriegsziel Belgien tritt auch in dem Brief des Nuntius Pacelli offen hervor. Dem englischen Gesandten war es gar nicht eingefallen, seine Forderung auf Belgien zu beschränken oder anzudeuten, Zugeständnisse in Belgien würden das Haupthindernis des Friedens hinwegräumen, wie dies Erzberger, zunächst unter wohlberechneter Weglassung der ganzen ihn Lügen strafenden Drahtung, darstellt, und wie es der Minister des Auswärtigen, Müller, vielleicht infolge mangelnder

[1]) Historisch-kritische Studie von einem Deutschen. Berlin W 35. Säemannverlag 1918.

Fähigkeit, diplomatische Schriftstücke lesen zu können, zwei Tage später wiederholte. Der Brief Balfours lautete:

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten wegen der Note Seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Seiner Heiligkeit betreffend die Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offiziöser Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, und durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könne. Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben diese Mächte selbst anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekanntgeworden, seine völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie es haben erdulden lassen.

Seiner Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson übergeben worden sind. Weder von Österreich noch von Deutschland ist jemals eine solche (äquivalente) Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im Klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen!"

Das bedeutete, England hielt die unverschämten Forderungen der Entente vom 10. Januar (s. S. 192) in vollem Umfang aufrecht! Der Satz mit „Selbst" ist nicht, wie es Erzberger hinstellt, eine Betonung der besonderen Wichtigkeit der belgischen Frage, sondern hat nur den Sinn, darzulegen, wie weit noch die Mittelmächte davon entfernt seien, die Entente befriedigende Erklärungen abzugeben, wenn sie sogar in der einen Frage, wo sie selbst ihr Unrecht zugegeben hätten, und — was nicht darin steht, aber darin liegt — in der selbst der Papst völlig auf der Seite der Entente stünde, keinen bindenden Verzicht aussprächen.

Schon hinter der Friedensresolution des Deutschen Reichstags, mit der der Zusammenbruch der Stimmung Deutschlands begann und damit auch der Zusammenbruch des Reichs, hatten Habsburg und der Vatikan gesteckt. Der grimme Alldeutschenfeind Czernin — alle Schädlinge des Deutschtums sind Feinde der Alldeutschen und des „Militärs", was denkensfähigen Deutschen zu denken geben sollte — hat in seiner Rede vom 11. Dezember 1918 erzählt:

„Einer meiner Freunde hatte auf mein Ersuchen mehrere Unterredungen mit den Herren Südekum (dem jetzigen preußischen Finanzminister, damals stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstages) und Erzberger und bestärkte sie durch meine Schilderung unserer Lage in ihren Bestrebungen zur Erreichung der bekannten Friedensresolution. Es war auf Grund dieser Schilderung, daß die beiden genannten Herren die Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchsetzten, jene Resolution, welche so viel Hohn und Spott von seiten der Alldeutschen und anderer Elemente geerntet hat. Ich hoffte damals einen Augenblick, im Deutschen Reichstag einen dauernden und kräftigen Verbündete gegen die Eroberungspläne der Militärs zu finden."

Diese Friedensentschließung hatte der französische Ministerpräsident bereits am 3. August 1917 mit der Erklärung beantwortet, der Friede werde kommen, wenn Deutschland um ihn gebeten haben werde. Erste Vorbedingungen seien Räumung der besetzten Gebiete, Rückgabe Elsaß-Lothringens und Wiedergutmachung der Schäden. Die Kammer nahm mit 392 Stimmen gegen 61 eine entsprechende Tagesordnung an. Der Kurie war diese Entschlossenheit Frankreichs, auf der Herausgabe Elsaß-Lothringens zu bestehen, bekannt. England hatte sich durch den Mund Bonar Laws am 25. Juli 1917 mit dieser Forderung solidarisch erklärt, offenbar auch eine Folge der Erzbergerschen Julimachenschaften. Ebenso war ihr das Un-

vermögen Deutschlands, in der damaligen Lage auf Elsaß zu verzichten, klar. Wenn es der Kurie ernstlich um eine Vermittlung und um eine Verständigung zu tun gewesen wäre, dann hätte sie auf den brutalen Ablehnungsbrief Balfours hin überhaupt zunächst keine weiteren Schritte Deutschland gegenüber einleiten dürfen, sondern hätte zunächst versuchen müssen, Frankreich und England in der elsässisch-lothringischen Frage zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Von irgend solchen Versuchen der Kurie ist nichts bekannt geworden.

Nur um die Festlegung Deutschlands handelte es sich. Die Entente wünschte bindende Erklärungen Deutschlands, bevor sie sich überhaupt nur zu Friedensbesprechungen herbeiließe, und zwar nicht nur über Belgien allein, sondern auch über die übrigen strittigen Fragen. Die Salisnote vom 21. August 1917 verlangt „Äußerung der Zentralmächte in offizieller Form über ihre Kriegsziele". Gasparri „schränkte" lediglich, um die Worte des englischen Regierungsvertreters Harmsworth vor dem Unterhaus am 6. August 1919 zu gebrauchen (D. A. Z. 377, 7. VIII. 19.), „das Aktionsfeld ein". Lange vor dem Auftrag an Pacelli hatte Gasparri, wie Harmsworth mitteilte, auf die Salisunterredung hin der englischen Regierung erwidert, „die deutsche Regierung habe ihre Absicht kundgegeben, die Unabhängigkeit Belgiens wieder herzustellen, indem sie sich auf die Resolution des Reichstags zugunsten eines annexionslosen Friedens stütze". Sowohl die Kurie wie England waren also über die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, auf Belgien zu verzichten, unterrichtet. Die englische Regierung bestand demgegenüber aufs neue auf bindenden Regierungserklärungen; die Bereitwilligkeit genüge ihr nicht. Der Kardinal drahtete darauf nach London zurück: „Der Kardinalstaatssekretär behält sich vor, auf das Telegramm zu antworten, nachdem er von Deutschland eine formelle Erklärung über Belgien erhalten hat". Und nun, also gewissermaßen in Erledigung eines englischen Wunsches, unternimmt es Gasparri, diese durchaus einseitige Belastung Deutschlands zugunsten der Entente im Sinn der englischen Forderung bei Deutschland mit Hilfe Erzbergers durchzusetzen, ohne die geringste Aussicht auf irgend ein Entgegenkommen Englands gegen Deutschland auch im Fall restloser Bewilligung Deutschlands zu haben. Vor der Absendung der eben angeführten Drahtung frug Gasparri den Grafen Salis, ob er damit einverstanden sei, was derselbe — als persönliche Ansicht — auch bejahte. Warum auch nicht? Kann man nicht das Ganze auf einmal haben, schaden auch Teilstücke nichts. Die englische Regierung selbst verfuhr hier aber ehrlicher als ihr Vertreter und als die Kurie. Sie billigte — nach Harmsworth — die Zustimmung des Grafen zu dem belgischen Sonderunternehmen Gasparris nicht, weil „es unzweckmäßig sei, sich in fragmentarische Erörterungen dieser Frage hineinziehen zu lassen; wenn die Mittelmächte zu Verhandlungen bereit seien, sollten sie ihre Friedensbedingungen im einzelnen bekannt geben". Ein Rundschreiben Balfours an die britischen Botschafter bei den Ententeländern erklärte bereits am 30. August 1917 die päpstliche Aktion durch die Antwort Wilsons auf die Papstnote für erledigt. Ribot erklärte am 18. Sept. 1917 in der franzöf. Kammer: „Den Vorschlägen des Papstes könne man nicht nähertreten, bevor nicht die Mittelmächte bündige Sicherheiten, zumal über Belgien und Elsaß-Lothringen gegeben hätten".

Unter diesen Umständen erscheint der damalige Vermittlungsversuch der päpstlichen Diplomatie als kaum mehr als die geschickte Ausnützung einer von Erzberger und den Seinen ermöglichten Gelegenheit, auf Grund der Friedensentschließung und der englischen Antwort das eigene vatikanische Kriegsziel, die Wiederherstellung des unabhängigen Belgiens, durchzusetzen und Deutschland darauf

festzunageln. Herr Erzberger verwendet zwar für sich selbst die politischen Mittel der Unwahrheit und der Vorspiegelung falscher Tatsachen in ausgedehntester Weise. Da er aber auch in jede feindliche Deutschland gestellte Falle mit unbedingter Zuverlässigkeit hineintappt — es sei nur an seine Waffenstillstandsverhandlungen und die ununterbrochene Kette von Protesten erinnert, die er einlegen mußte —, nimmt er es jedem Andern gewaltig übel, wenn der nicht auch alles für bare Münze nimmt, was ihm Todfeinde Deutschlands vorsagen; er bebt heute noch in heiliger Entrüstung über die Schlechtigkeit eines Michaelis, sich im Jahre 1917 nicht ganz ebenso haben einseifen zu lassen wie er selbst 1917 und 1918, und auf ein angebliches englisches Friedensangebot, das angeblich von französischer Seite unterstützt und von der Kurie hingehalten wurde, nicht sofort mit einem demütigen Kniefall geantwortet zu haben.

* * *

Sein belgisches Ziel hat der Vatikan tatsächlich schon damals erreicht. Im Kronrat vom 11. September 1917 lehnten Hindenburg, Ludendorff und der Chef des Admiralstabes, die Vertreter des „Militarismus", den völligen Verzicht auf Belgien ab; die beiden ersteren erklärten militärisch — sie waren als Militärs befragt und hatten pflichtgemäß die militärischen Notwendigkeiten zu verfechten — den Besitz Lüttichs und Umgebung als unentbehrlich für eine wirksame Verteidigung der Rheinprovinzen gegen einen feindlichen Überfall, der Marinesachverständige bezeichnete vom Marinestandpunkt aus auch den Besitz der flandrischen Küste für erstrebenswert. Die politische Leitung des Reichs dagegen, Michaelis, Kühlmann und Helfferich, befürworteten den bedingungslosen Verzicht auf ganz Belgien, und sie, nicht die Oberste Heeresleitung, drangen wie gewöhnlich beim Kaiser durch; die Politik des Reiches wurde eben nie, wie die schwarz-rot-goldne Mehrheit immer lügt, von Ludendorff bestimmt, sondern immer durch die auf die Reichstagsmehrheit sich auch in diesem Falle stützende politische Leitung. Über die Noten Balfours und der Kurie waren Hindenburg und Ludendorff überhaupt nicht unterrichtet worden.

Nebenbei gesagt, war auch das, was in diesem Kronrat das Militär vertrat, keine alldeutsche Politik. Ein alldeutscher Staatsmann hätte in dieser Lage auf eine öffentliche Erklärung über die deutschen Kriegsziele gedrungen und darin nicht nur die restlose Annexion Belgiens gefordert, sondern Vorrückung der deutschen Grenze bis an die Maas, Calais und vielleicht noch Dover. Das wäre die einzige Antwort gewesen, durch die man den durch die Erzbergerschen und die österreichischen Machenschaften (Czerninbericht, Friedensresolution usw.) felsenfest gewordenen Glauben an den bevorstehenden Zusammenbruch Deutschlands und Österreichs hätte erschüttern und das Vertrauen des deutschen Volkes auf den Sieg wieder hätte befestigen können. Das wäre auch gegenüber der Kriegszielbasis der Entente die einzig mögliche deutsche Kriegszielbasis gewesen, von der ausgehend man durch gegenseitiges Entgegenkommen zu einem anständigen Frieden für Deutschland hätte gelangen können. Solchen Staatsmännern gegenüber hätten sich dann die der Entente bald zu Verhandlungen geneigt gezeigt, insbesondere nach dem Scheitern ihrer gesamten Offensiven im Jahre 1917 und dem Zusammenbruch Rußlands. Wieviel man von diesen Kriegszielen dann ablassen wollte, hätte sich nach der Lage gerichtet, in der man sich befand, sobald die Entente Geneigtheit zu Friedensverhandlungen kundgab. An die volle Verwirklichung ihrer Kriegsziele haben die Staatsmänner der Entente bis zum 9. November 1918 auch niemals

geglaubt. Die Taktik der Bethmann, Michaelis und Hertling, durch diplomatisches Rückwärtsschreiten auch den Feind zum diplomatischen Rückwärtsschreiten veranlassen zu wollen, konnte selbstverständlich immer nur das Gegenteil bewirken.

* * *

Der den spanischen Minister unterrichtende deutsche Abgesandte erhielt von Michaelis als Unterlage für die englischen Verhandlungen folgende Anweisungen: „Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei die Anerkennung: a) daß unsere Grenzen intakt blieben; b) daß unsere Kolonien zurückgewährt würden; c) daß keine Entschädigung gefordert werden dürfe; d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde."

Belgien war also vollständig preisgegeben; die deutsche Regierung war unter den österreichischen und den schwarz-rot-goldnen Einflüssen noch weit hinter die Ziele vom Dezember 1916 zurückgewichen. Kühlmann erklärte dann auch noch am 8. Oktober 1917 im Reichstag vor aller Öffentlichkeit: „Außer dem französischen Wunsch nach Elsaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden". Wenn Michaelis und die Oberste Heeresleitung auch noch nach dem Kronrat vom 11. September 1917 Briefe wechselten über Ziele in Belgien oder im Austausch für Verzichte in Belgien, so handelte es sich dabei nicht um Bedingungen, von denen man nicht abzugehen bereit gewesen wäre, sondern lediglich um Wünsche. Man gibt jedem Unterhändler mehr als die Weisung mit, die Forderungen des Gegners glatt zu erfüllen; man beauftragt ihn, soweit wie irgend möglich noch Zugeständnisse herauszuschlagen, und über diese Zugeständnisse muß man sich vorher einig sein.

Nach einer nicht datierten am 7. August 1919 von den Blättern veröffentlichten Erklärung, die Michaelis, Hindenburg, Ludendorff und Helfferich unterzeichnet haben, handelte es sich dabei noch dazu um Ziele, die man bei Verhandlungen mit dem unabhängigen Belgien selbst zu erreichen hoffte.

Warum die deutsche Regierung für ihr Friedensangebot an England die spanische Vermittlung der vatikanischen vorzog, geht aus dem früher Gesagten hervor. Die Beteiligung Erzbergers an der ganzen Sache genügt allein schon, um diese Wahl zu rechtfertigen; wo dieser Mann noch die Finger darin hatte, war schon bis dahin dem Reich regelmäßig unermeßlicher Schaden erwachsen. Der Papst war auch weder über die Verzögerung der Antwort noch über den Inhalt derselben irgendwie enttäuscht oder ungehalten, insbesondere da er über die Bereitschaft Deutschlands zum Verzicht auf Belgien unterrichtet wurde. Scheidemann gibt aus seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 9. September 1917 folgende Mitteilungen Kühlmanns bekannt: „Die Kurie sei informiert über die Antwort an den Papst und vollkommen damit einverstanden". Er sei auch „vollkommen informiert über die Absichten der deutschen Regierung". „Die Kurie erwarte gar keine andere Antwort, als er sie dem Siebenerausschuß am 10. ds. Mts. vorlegen werde" (offenbar der Entwurf zur Antwortnote).

Der „Osservatore Romano" (Nr. 236, 24. IX. 17) äußerte sich halbamtlich durchaus befriedigt über die Note.

Den tieferen Sinn der Papstnote vom 1.—15. August 1917 haben zwei Briefe des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Bischof von Valence vom 10. September 1917 und ein Brief an den Erzbischof von Sens (veröffentlicht von der „Croix" vom 23. Oktober 1917) aufgedeckt. Im ersten heißt es u. a.: „Wenn im päpstlichen Schreiben eine Nation besonders begünstigt ist, so ist das Belgien und Frankreich".

„Was die wiedergutzumachenden Schäden und die Kriegskosten betrifft, schlägt im dritten Punkt der Heilige Vater als allgemeines Prinzip den gegenseitigen Verzicht vor, indem er immerhin beifügt, daß man, wenn in einem Fall bestimmte Gründe sich entgegenstellen (was für Belgien zutrifft), sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit abwäge". „Das in allgemeiner Form gehaltene päpstliche Schreiben hindert nicht daran, daß die Vergütung dieser (durch Übelwollen militärischer Kommandanten ohne Kriegsnotwendigkeit verursachten) Schäden in den oben erwähnten Vorbehalt eingeschlossen werden kann." „Im vierten Punkt will der Heilige Vater die sofortige völlige Räumung des gegenwärtig von den deutschen Armeen besetzten französischen Gebietes". „Wenn diese (die elsaß-lothringische Frage) ... für beide Parteien in befriedigender Weise gelöst werden könnte, ... wäre das vielleicht nicht besser, nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern für die ganze Menschheit"? „Es ist somit klar, daß, wenn der päpstliche Aufruf in verschiedenen Punkten Frankreich begünstigt, er es in keinem verletzt". Der Brief an den Erzbischof in Sens bewegt sich in denselben Gedankengängen. „In einigen Punkten ist dieser (der päpstliche Aufruf) Frankreich geradezu günstig, so daß man sagen muß, daß, falls im päpstlichen Schreiben eine Nation bevorzugt wäre, dies nicht Deutschland oder Österreich sind, sondern Frankreich und Belgien".

Wilson und der Vatikan können sich die Hand reichen.

Man hätte erwarten sollen, nachdem dem Papst die Bereitwilligkeit Deutschlands, auf Belgien zu verzichten, bekannt und seine Vorbedingung also erfüllt war, hätte wenigstens dann eine eifrige Einwirkung der Kurie auf die Entente beginnen müssen. Aber man hat nie etwas davon gehört, daß die Kurie auch nur einen kleinen Teil des Drucks, den sie in der belgischen Frage auf Deutschland ausübte, in irgendeiner andern, etwa in der elsaß-lothringischen, auf ein Ententeland ausgeübt hätte.

Auf die offizielle Friedensnote des Papstes vom 1. August hatte Wilson bereits am 30. August geantwortet, er fordere als Vorbedingung jeder Unterhandlung die Demokratisierung Deutschlands. Die Rollen waren nämlich in der Entente verteilt worden; da Wilson nicht gut Land von Deutschland für Amerika fordern konnte, überließ er diese Forderungen den Bundesgenossen und beschränkte sich auf die innerpolitischen Kriegsziele der Entente. Die Bundesgenossen hatten in dem Brief Balfours die Ziele vom 10. Januar 1917 aufs neue aufgestellt. Painlevé, der französische Ministerpräsident, hatte am 18. September, also nachdem ihm auch der neue geheime Friedensschritt Deutschlands bekannt geworden war, erklärt: „Frankreichs Forderungen sind: Desannexion von Elsaß-Lothringen, Ersatz für die Schäden und Zerstörungen, ein Frieden, durch den kein Volk unterdrückt wird". Asquith erklärte einige Tage später in Leeds: „Elsaß-Lothringen muß wieder zu Frankreich kommen, Belgien und Serbien müssen wieder hergestellt werden, die Ansprüche Rumäniens und Italiens müssen erfüllt werden". Diese Forderungen wiederholten er und Lloyd George am 11. Oktober 1917 in Liverpool als Antwort auf Kühlmanns Rede, in der er der päpstlichen, Erzbergerischen und Scheidemannschen Forderung einer öffentlichen deutschen Preisgabe Belgiens nachgekommen war.

Die Darstellung Erzbergers, als ob die mangelnde Bereitwilligkeit Deutschlands, in der belgischen Frage jedes Zugeständnis zu machen, im Herbst 1917 ein Hindernis des Friedens gewesen wäre, ist also auch sachlich reiner Betrug. Der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von Rosenberg reichte am 25. Juli 1919 nach einer Mitteilung des Abgeordneten Schiele in der Sitzung

der Nationalversammlung am 15. August 1919 seinen Abschied ein, „weil er den öffentlichen Gebrauch von Akten, die seinem Ressort entnommen waren, für eine der Wahrheit nicht entsprechende Darstellung durch den Minister nicht mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl verbinden zu können glaubte." Nicht die Reichsregierung hat eine dargebotene Friedenshand zurückgestoßen oder unausgenützt gelassen, sondern sie hat eine Antwort Englands auf die Friedensnote des Papstes, die eine Zurückstoßung war, zum Anlaß genommen, um selbst die Friedenshand zum soundsovieltenmale auszustrecken. Nicht die deutsche Regierung, sondern die feindlichen Regierungen, den Vatikan inbegriffen, haben schon das Verhandeln auf gleicher Basis immer abgelehnt und von vornherein bindende Erklärungen Deutschlands über die Erfüllung feindlicher Kriegsziele gefordert, ehe sie sich überhaupt nur an den Verhandlungstisch setzen wollten. Unter diesen Forderungen war Belgien nur seitens Belgiens und des Vatikans eine bevorzugte; bei England und Frankreich waren ihr Elsaß-Lothringen, bei andern Mächten wieder andere Forderungen durchaus gleichgeordnet. An diesen Mehrforderungen, nicht an Belgien, scheiterten die Friedensverhandlungen. Sogar dem Verlangen nach einer öffentlichen, wenn auch nicht bedingungslosen Festlegung Deutschlands auf den Verzicht auf Belgien war durch die Erklärung Kühlmanns vom 8. Oktober 1917 genüge getan. Eine Friedensmöglichkeit bestand im Herbst 1917 nur, wenn sich die Mittelmächte für völlig geschlagen erklärt hätten und alle Folgen dieser Erklärung, voran z. B. die Räumung aller besetzten Gebiete noch vor dem Friedensschluß, auf sich genommen hätten. Wie dann die weiteren Folgen ausgesehen hätten, kann sich jeder ausmalen, der die Folgen der gleichen Erklärung im Jahre 1918 erlebt hat.

Durch die Kanzlerschaft Hertlings wurde die Forderung der Kurie nach der Wiederherstellung Belgiens noch weiter gesichert. Die Kurie war, wie ebenfalls schon erwähnt, die erste Macht, welche die Annexion Elsaß-Lothringens durch Frankreich anerkannte, und zwar noch vor dem Friedensschluß. Ihr Schützling und Werkzeug Erzberger ist heute ein sehr mächtiger Mann in Deutschland, und dessen Partei der Zahl nach die zweitmächtigste, dem Einfluß nach vielleicht bereits die mächtigste in Deutschland. Erzberger hatte allen Grund, die Aufmerksamkeit des Deutschen Volkes von den Vorgängen im Sommer 1917 abzulenken und es mit andern Dingen zu beschäftigen.

Der gute Glaube und die gute Absicht.

Der Sozialdemokrat und Ministerpräsident des Deutschen Reiches, Bauer, hat am 28. Juli 1919 in Weimar erklärt: „Ein Volk schützt sich nicht besser gegen die Wiederholung solcher Dinge (das Verhalten von Michaelis zur Papstnote und das Wirken der Vaterlandspartei), als wenn es die reichen Erwerbsquellen, die die große Industrie besitzt, in den Besitz der Allgemeinheit überführt". Der Ministerpräsident bestätigt damit amtlich, was in diesem Buch schon wiederholt ausgeführt wurde: Die deutsche Sozialdemokratie ist nur in der Theorie ein Gegner des Kapitalismus an sich; in der Praxis bekämpft sie allein den werteschaffenden deutschen Kapitalismus, dessen Geld, wie sie annimmt, auch nationalen Bewegungen zugute kommt. Die von der Schwerindustrie „bestochenen" Alldeutschen sind zu einer stehenden Redensart in den Blättern und Vorträgen der Reichstagsmehrheit geworden.

Jede politische Bewegung verschlingt Geld. Die Flugblätter der nationalen Parteien, der Vaterlandspartei, des Alldeutschen Verbandes, ihre Zeitschriften ihre Versammlungen usw. müssen alle bezahlt werden, und das Geld regnet ihnen

nicht vom Himmel herunter in den Schoß, sondern muß gesammelt werden. Die Spender sind nicht die Arbeiter, denen die Sozialdemokratie zu solchen Zwecken so große Summen aus den Taschen zu ziehen weiß, es sind auch nicht russische und ententekapitalistische Quellen, aus denen die Unabhängigen und Kommunisten schöpfen, wovon auch manches der Mehrheitssozialdemokratie zugute kommt, es sind auch nicht die katholischen Adeligen, Geschäftsleute und Industriegrößen, welche mit deutschem Geld den Italienern Kirchen bauen und Ultramontanismus mit Katholizismus verwechseln, es sind auch nicht jüdische Großfinanziers und reiche Freimaurer, welche angegangen werden, wenn Alljudaan goldener und roter Färbung Geld für seine Zwecke braucht, es ist auch nicht die Gemeinsamkeit der Staatsbürger, aus deren Taschen die Reichstagsmehrheit ihre parteipolitische Propaganda bezahlt, seit sie Regierung geworden ist und ihre Reden auf Staatskosten verbreiten kann, sondern es ist in der Hauptsache das nationale wohlhabende und nichtwohlhabende Bürgertum, das die Mittel für nationale Bewegungen aufbringt; dazu gesellen sich einige national gesinnte Schwerindustrielle und Großgrundbesitzer mit und ohne Adel, bedauerlicherweise nicht entfernt in dem Maße und in der Ausgiebigkeit, wie es die Hetze der antinationalen Parteien vermuten ließe. Jede politische und nationale Vereinigung braucht Geld und hat bestimmte Kreise, in denen sie sammelt.

Aber es besteht ein anderer Unterschied zwischen den nationalen und internationalen Richtungen. Wetterlé erzählt in seinem Buch: „Les Coulisses du Reichstag" (Bossard, Paris, S. 135), Erzberger hätte versucht, Wetterlés gute Beziehungen zu Paris — gegen Provision — auszunützen, um Geld für ein gewinnbringendes deutsches Kanalprojekt zu erhalten, von dem er als Abgeordneter Kenntnis erhalten habe. Helfferich verrät aus einem behördlichen Bericht, bei Prozessen zwischen dem Reichsfiskus und einer privaten Gesellschaft habe Erzberger sowohl in dem Prozeß, in dem die größte Urteilssumme, wie in einem späteren, indem die kleinere (37%) der Gesellschaft zugesprochen wurde, als Schiedsrichter gewirkt. Dieser letzte Schiedsspruch wurde von Erzberger am 24. Mai unterzeichnet, und am 14. Juni d. J. ließ sich Erzberger in den Aufsichtsrat der Gesellschaft wählen, der stattliche Tantiemen abwirft. Helfferich meint, er würde einen solchen Mann nicht einen Tag länger als Prokuristen in seinem Geschäft belassen. Helfferich erklärt ferner, Erzberger habe kriegspolitisch und kriegswirtschaftlich eine wesentlich andere Stellung eingenommen, solange er noch am Thyssenkonzern beteiligt war, als nachher (bis zu dem Zeitpunkt im Sommer 1917, an dem Erzberger sein bevorstehendes Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat bekannt wurde; der Austritt selbst erfolgte im Oktober). Helfferich findet es ferner ein seltsames Zusammentreffen, wenn Erzberger, der Thyssensche Aufsichtsrat im September 1914, als er noch Annexionist war, als einziger aller Annexionisten die britischen, der normannischen Küste vorgelagerten Inseln fordert, und sich an der normannischen Küste gegenüber diesen Inseln zufällig Erzfelder des Thyssenschen Konzerns befinden. Helfferich berichtet ferner, der Aufsichtsrat Erzberger habe in seiner Eigenschaft als Abgeordneter 1916 der Reichsleitung zugemutet, die wertvollste Erzgrube im Brieygebiet an den Thyssenkonzern zu überweisen und damit zugunsten seines Konzerns die deutsche Gesamtindustrie zu benachteiligen. Aber Helfferich spricht da noch zu sehr als Beamter der konstitutionellen Monarchie, während Erzberger auch schon unter Bethmann immer den Standpunkt des republikanischen Parlamentarismus eingenommen hat. In Parlamentsrepubliken ist die Ausnützung politischer Kenntnisse und Beziehungen

zu persönlicher Bereicherung und Förderung und die Belohnung parteipolitischer Verdienste durch Aufsichtsratsstellen, Ämter, Professuren u. dgl. etwas allgemein Übliches. Hinter dieser Art Korruption (nach den noch nicht neuorientierten Begriffen) erblicken in den parlamentarischen Republiken Frankreich und Amerika wenige etwas Anstößiges, und die politischen Moralbegriffe Frankreichs und Amerikas sind ja das Ideal für unsere über das verrottete alte Deutschland fortgeschrittene Demokratie. Wenn Erzberger auf Grund rechtzeitig erfahrener amerikanischer Absichten unter Risiko von 600000 M. Hapagaktien kauft und dabei in wenig Wochen 300000 M. verdient, so wird die Erklärung in der D.A.Z., er dürfe sein Vermögen anlegen, wie es ihm gut dünke, in weiten Kreisen Verständnis finden. Helfferich führt selbst ein Erzberger verteidigendes süddeutsches Zentrumsblatt an, indem es heißt: „Diese Beziehungen (von führenden Abgeordneten zum Großkapital) ergeben sich von selbst und liegen mehr oder weniger im Zuge des demokratischen und parlamentarischen Gedankens. Das Großkapital sucht Einfluß, Aufträge, wirtschaftliches Terrain bei Staatsaufträgen wie solchen privater Natur. Was liegt näher, als daß man sich bei Staatsaufträgen eines Abgeordneten versichert, der seinen Einfluß geltend machen kann gegenüber den maßgebenden Kreisen." Na also! In Rußland hat man sich, obwohl es keine Republik war, sogar zu ähnlichen Zwecken sehr hoher Beamten „versichern" können; nur haben dann auch die Russen selbst diese Beamten als bestochen bezeichnet. In Amerika und Frankreich gilt die gleiche Erscheinung kaum mehr als Bestechung; das ist eben einer der großen Vorteile des Parlamentarismus für die Leute, die große Gelder zu vergeben haben, und solche, die sie zu empfangen verstehen. Das ist nämlich auch eine Kunst.

Erzberger war ein armer Volksschullehrer und ist jetzt mehrfacher Millionär. Scheidemann war ein besitzloser Proletarier; ob er sich die fürstlichen Villen, die er in Lugano besichtigte und in Dänemark durch seinen Sohn besichtigen ließ, gekauft hat, ist zur Zeit nicht bekannt; aber in der Lage dazu wäre dieser proletarische Vorkämpfer gegen den Kapitalismus; das ist sicher. Auch Abgeordnete nationaler Parteien und Alldeutsche sitzen in Aufsichtsräten und stecken Tantiemen ein. Nur sind sie auf Grund bereits vorhandenen Vermögens oder auf Grund ihrer fachlichen Kenntnisse und ihrer Vorbildung in die Aufsichtsratsstellungen gekommen und nicht auf Grund ihrer Eigenschaften als Parlamentarier. Und ganz gewiß kann die schwarz-rot-goldne Mehrheit keinen einzigen Alldeutschen nennen, der auf Grund seiner nationalen Tätigkeit auch nur um den 10. Teil soviel reicher geworden wäre als Erzberger und Scheidemann auf Grund ihrer schwarzen und roten Verdienste. Durch ein Eintreten für nationale und völkische Ziele kann man in Deutschland ärmer werden und sich Laufbahnen verbauen; Tätigkeit für schwarze, goldne und rote Ziele hat schon eine Menge Leute in sehr einträgliche Stellen, zu denen sie weder ihre Vorbildung noch ihre Tüchtigkeit im Fach berechtigen, und zu Reichtum geführt; das ist der Unterschied. Die auf der Hand liegende ausgezeichnete Rentabilität parteipolitischer Arbeit in ihren eigenen internationalen Reihen sollte die Herren etwas vorsichtiger stimmen bei ihrem Kampf gegen den deutschen Besitz.

* * *

Wenn Graefe gesagt hätte, wie ihm Erzberger unterschiebt, Erzberger sei von Österreich bestochen worden, so hätte Erzberger recht, Graefe der Unwahrheit zu bezichtigen; Erzberger war durch die Gunst des österreichischen Kaiserhauses,

das ihm sogar einen so streng geheimen Bericht anvertraute, und durch das Entgegenkommen Czernins genügend bestochen und hat sicher von Österreich kein Geld bekommen.[1]) Er hätte es auch nicht nötig gehabt; seine mannigfache Verwendung im deutschen Staatsdienst brachte ihm auch reichliche durchaus legal erworbene Summen ein. Wenn ein Reich, wie das deutsche, einem Mann viele Millionen für Progagandazwecke zur beliebigen Verwendung übergibt, dann muß es diesem Mann auch genügend weiten Spielraum für seine eigenen finanziellen Bedürfnisse gewähren und ihn gut bezahlen; das ist ganz in der Ordnung. Wünschenswert wäre es allerdings trotzdem, zu erfahren, in wessen Taschen die angeblichen 28 Millionen, die Erzberger für Propaganda verpulvert haben soll, geflossen sind; nicht, weil sich dabei herausstellen könnte, es sei bei Erzberger selbst etwas hängen geblieben — das ist wohl nicht der Fall —, sondern weil dann das deutsche Volk einmal an einem Schulbeispiel erfahren würde, wie unglaublich töricht und leichtfertig unter Bethmann und seinen jetzt Regierung gewordenen Helfern mit dem deutschen Geld gewirtschaftet wurde. Wünschenswert wäre auch noch die Nebenfrage der Nationalversammlung an Erzberger, wieviel von den vielen Millionen zur Bereicherung ausländischer Juden verwendet wurde, und was die Gegenleistungen derselben waren. Die Propagandatätigkeit des Herrn Erzberger hat bekanntlich im Ausland eitel Spott und Hohn geerntet und dem Reich, wie alles, was dieser Mann unternimmt, unendlich mehr geschadet als genützt.

Erzberger arbeitet nicht erst als Finanzminister fürs Ausland; er hat es schon von Beginn des Krieges an verstanden, deutsches Geld zwecklos ins Ausland fließen zu lassen. Am 13. März 1915 versandte Erzberger an zahlungsfähige und einflußreiche Katholiken ein Schreiben, „die deutschen Katholiken müßten es als Ehrenpflicht ansehen, für die finanzielle Unabhängigkeit des Apostolischen Stuhles einzutreten". Dem Schreiben lag ein Aufruf zur Sammlung von Geldmitteln für den Papst bei. Der Papst erzählte nach den Erzberger nahestehenden „Neuen Zürcher Nachrichten" (Nr. 20, 21. I. 16) dem Kardinalerzbischof von Paris, die Deutschen hätten seit Kriegsbeginn sieben Millionen Mark als Peterspfennig abgeliefert. Bis Ende 1916 sollen es 12 Millionen geworden sein. Bei dem Erzbergerschen Gesetzentwurf zur großen Vermögensabgabe bleiben die Kirchen sowie die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften abgabefrei. Wem diese Schonung in erster Linie zugutekommt, ist klar. Der Betrag, der auf die protestantischen und freireligiösen Gemeinden träfe, wäre kaum ins Gewicht fallend und würde wohl gerne getragen werden. Bei der katholischen Kirche mit ihren zahlreichen geistlichen Orden, Kongregationen, Anstalten und toten Kirchenschätzen würde das Reichsnotopfer eine stattliche Anzahl von Millionen ergeben. Die katholische Kirche wäre ohne Zweifel in der Lage, wenn das Reich in Not ist, aus ihrem ungeheuren Besitz an den Lasten des deutschen Volkes mitzutragen, ohne sich in ihrem religiösen und wohltätigen Wirken irgendwie einschränken zu müssen. Will aber Erzberger dann doch ein Übriges für die Kirche tun, kann er ja wieder wie im Jahr 1915 eine Sammlung in den gleichen Kreisen zum Ersatz der Kirchensteuer veranstalten; 7 bis 12 Millionen sind eine ganz nette Summe und der Papst verzichtet sicher gerne einem in so

[1]) Im Verdrehen ist der Herr Reichsminister groß. Graefe beklagt es, wie leicht Ungelernte, die durch keinerlei Sachkenntnis beschwert sind, heute in alle Staatsämter eindringen. Erzberger fälscht um: „Den Hochmut und den Übermut, mit dem Herr von Graefe von dem Drängen Unbemittelter an die Futterkrippe sprach, wird ihm das Volk nie vergessen". Dorfzirkus!

tiefe Not geratenen Volke wie dem deutschen gegenüber ein paar Jahre auf den Peterspfennig (vgl. S. 79). Erzberger erhielt zum Neujahr 1916 vom Papst ein ungemein herzlich gehaltenes Handschreiben, eine außerordentlich hohe Auszeichnung für eine Privatperson. Aber sonst war er ganz sicher nicht vom Papst bestochen, so wenig wie von Österreich.

Aber Graefe hat gar nicht behauptet, Erzberger sei mit österreichischem Gelde gekauft worden, sondern lediglich, er habe so gehandelt, wie auch ein Mann handeln würde, der von Österreich bestochen wäre. Die früheren Darlegungen dürften die Richtigkeit dieses Graefeschen Satzes bestätigen; man kann ihn auch auf sein Verhalten gegenüber dem Vatikan ausdehnen. Es bleibt aber nun die Frage offen, welches sind, da die klingenden ausgeschlossen werden können, die wirklichen Gründe, welche Leute wie Erzberger so handeln lassen? Erzberger stand ja darin nicht allein; viele der stimmungsmordenden Reden, Aufsätze, Nachrichtenverbreitungen und Maßregeln, ob sie nun aus den Sekretariaten der Roten, Goldnen und Schwarzen oder aus denen der Reichsämter herausgingen, hätte auch ein bestochener Agent der Entente nicht geschickter ins Werk setzen können.

Die Schuld am Absturz eines Bergsteigers kann, wie früher ausgeführt wurde, niemals die Richtumkehr auf halbem Wege sein, sondern immer nur etwas anderes; z. B. der Stoß eines feindlich gesinnten Begleiters. Der auf halbem Weg erteilte Rat dieses Begleiters, umzukehren, beweist, wie ebenfalls schon gesagt, nichts gegen dessen feindliche Gesinnung; Rat und Stoß dieses Begleiters widersprechen sich nicht, wenn beiden Handlungen nicht die Absicht, den Steiger zu vernichten, sondern nur die Absicht, ihn auf jeden Fall an der Erreichung des Gipfels zu verhindern, zugrunde liegt. Diese Absicht braucht wiederum nicht unbedingt den Rat zur Umkehr veranlaßt zu haben; der Begleiter kann ja auch auf halbem Wege die Überzeugung gewonnen haben, der Steiger sei bereits zu ermüdet, der Berg sei zu steil, die Wege seien zu anstrengend für ihn; es sei daher besser, auf den Aufstieg zu verzichten. Diesen Grund nehmen alle Befürworter des Verständigungsfriedens und der Friedensangebote und -entschließungen für sich in Anspruch, und es gehört in Deutschland, besonders im Parlament, zum guten Ton, in allen staatlichen Dingen grundsätzlich jedem den besten Willen für das Reich zuzubilligen, auch wenn die Maßnahmen des Gegners ebenso grundsätzlich stets in der gleichen Richtung und auf den Schaden des Reiches hinauslaufen. Aber trotzdem lohnt es sich, in Dingen, von denen das Wohl und Wehe des Volkes auf lange Zeiten hinaus abhängt, der Frage nachzugehen, wie weit die Zubilligung des guten Glaubens gerechtfertigt ist. War der Glaube an die Erschöpfung und an die Unmöglichkeit des deutschen Sieges 1917 bei den Führern der Reichstagsmehrheit vorhanden, oder, um die Frage noch schärfer zu fassen, war er der ausschlaggebende Beweggrund?

Am 1. August 1917 waren etwa 548700 qkm feindlichen Landes in unserer Hand, ein Gebiet, größer als das Deutsche Reich. Die Westarmee hatte in der Hindenburgstellung die große Sommeoffensive zurückgeschlagen; im Herbst geschah dasselbe mit der Flandernoffensive, und im Frühjahr darauf unternahm diese Armee ihre eigene große, siegreiche Offensive. Im Osten hatte Brussilow anfänglich Erfolg; bis Juli war der österreichische Boden aber vom Feinde weiter geräumt als je. Am 3. September zog Erzherzog Joseph in Czernowitz, am 6. September Kaiser Wilhelm in Riga ein. Die schwere Niederlage Rumäniens war 1917 vollendet worden. In der 11. und 12. Isonzoschlacht waren die Italiener langsam vorgedrungen; Oktober aber erfolgte der fürchterliche Gegenstoß der deutschen und öster-

reichischen Armee; Venetien wurde erobert; am 9. November stand Below an der Piave. Die Engländer hatten in Kleinasien Bagdad und Palästina gewonnen; das war alles, was die Entente an Erfolgen aufzuweisen hatte. Die militärische Lage war für die Mittelmächte in jedem Zeitpunkt des Jahres gut. Das Wichtigste aber war: im September des Jahres konnte man bereits zuverlässig mit dem Zusammenbruch der russischen Wehrmacht rechnen. Damit war aber die Wagschale des Krieges endgültig zugunsten der Mittelmächte ausgeschlagen; die schwachen Stellen ihrer Front, Österreich, Bulgarien und die Nordtürkei, waren entlastet; Österreich konnte sich auf Grund dieser vorauszusehenden Entlastung bereits vorher schon auch von dem südlichen italienischen Druck befreien; die Überzahl der Entente an Menschenkräften war so ziemlich ausgeglichen; der Krieg konnte menschlichen Ermessen nach militärisch für die Mittelmächte nicht mehr verloren gehen, wenn die Politik einigermaßen ihre Schuldigkeit tat; auch die Hilfe Amerikas konnte den durch den Zusammenbruch Rußlands erreichten Vorsprung nicht mehr ausgleichen.

* * *

Es sei hier eingeschaltet, obwohl es über das Jahr 1917 vorgreift: auch der Zusammenbruch Rußlands wurde nicht entsprechend ausgenützt, nicht weil es an militärischen Kräften mangelte, sondern weil die deutsche Politik wieder versagte. Jeder alldeutsche Staatsmann hätte die Niederwerfung des russischen Heeres gründlich zu Ende führen lassen; wenn nicht noch im November und Dezember hätte spätestens in der ersten Woche des Januars 1918, nachdem sich jeder Politiker über das Wesen und die Absichten der Herren Lenin und Trotzki nach den Dezemberverhandlungen in Litauisch-Brest im klaren sein mußte, die Besetzung Livlands und Estlands erfolgen und der Vormarsch auf Petersburg angetreten werden müssen. Das anständige Petersburg wartete mit Sehnsucht auf den deutschen Befreier und wäre mit Leichtigkeit zu erobern gewesen. In Petersburg hätten Lenin und Trotzki gestürzt, entweder wieder der Zar mit einer konstitutionellen Verfassung oder eine gemäßigte nationalrussische Demokratie eingesetzt werden müssen. Eine derartige Regierung hätte ein Staatsmann leicht mit den alldeutschen Zielen, der Angliederung der baltischen Provinzen und Litauens an Deutschland, versöhnen können, allein schon durch den Rückhalt, den das mächtige Deutsche Reich dieser neuen Regierung gewähren konnte; und hätte das nicht gereicht, dann hätte man die unglückliche Schöpfung Bethmanns, das Königreich Polen, wieder aufheben und den von uns militärisch nicht benötigten Teil an Rußland zurückgeben können, vielleicht noch vergrößert um Galizien, mit dessen Verlust Österreich schon lange sich abgefunden hatte. Dann hätte Deutschland keinen schwärenden Brandherd an seiner Ostflanke gehabt, sondern einen immer noch leistungsfähigen Freund oder wenigstens aufrichtig Neutralen, und hätte den Osten weitgehender von Truppen entblößen können als nach dem Frieden mit den Bolschewikis. Wahrscheinlich hätte wegen dieses Vorgehens noch nicht einmal die italienische Offensive aufgeschoben werden brauchen; wenn doch, wäre das Ergebnis des Aufschubes wert gewesen. Aber diese alldeutsche Politik durfte eben wieder nicht gemacht werden, weil Scheidemann und seine demokratischen Freunde in Schwarz und Gold Zeter und Mordio geschrien hätten, wenn man den russischen Sozialdemokraten und Judenregenten nahegetreten und die „Reaktion" in Rußland damit begünstigt hätte. Hertling aber war der parlamentarische Kanzler der schwarzrotgoldnen Parlamentsmehrheit. Die Bulgaren durften ja 1917 auch lediglich der politischen Ansichten des Herrn von Bethmann wegen nicht

auf die Salonikiarmee losgelassen werden und blieben untätig stehen, bis es ihnen im Herbst 1918 zu langweilig wurde und sie nach Hause gingen.

Was die Erschöpfung der Mittelmächte an Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial anbelangt, so sei auf das S. 143 u. f. darüber Gesagte hingewiesen. Ergänzt seien die dortigen Ausführungen noch durch die Punkte 3, 5 und 6 einer amtlichen Mitteilung des deutschen Kriegsministeriums (D.A.Z. 364, 31. VII. 19.): „3. Es ist falsch, daß Ende 1917 keine schweren Kanonen vorhanden waren, und daß deshalb Munition nicht verschossen werden konnte, sondern gelagert werden mußte. Richtig ist, daß alle Ausfälle an Geschützen ersetzt werden konnten, und daß die Geschützausrüstung Ende 1917 bis Anfang 1918 besonders reichlich war. Die große Menge lagernder Munition bestand in dem Vorrat für die bevorstehende große Offensive. 5. Es ist falsch, daß Geschosse mit Führungsringen aus blankem Eisen durch eiserne Rohre gejagt wurden. Richtig ist, daß die Herstellung von Führungsringen aus weichem Eisen eine besondere Leistung der Kriegsindustrie darstellt, die uns Ersparnisse an wertvollem Kupfer ermöglichte. 6. Es ist falsch, daß wir schon lange kein Kupfer mehr hatten. Richtig ist vielmehr, daß es nur dort ersetzt zu werden brauchte, wo es entbehrlich war. Die Geschosse der schweren Artillerie wurden bis zuletzt zum größten Teil mit Kupfer umringt, die langen Kartuschhülsen aus Messing hergestellt."

Was ist auch in dieser Beziehung das deutsche Volk von „unterrichteten" Leuten aus der schwarzrotgoldnen Mehrheit belogen worden!

Der einzige sachliche Grund, den Erzberger anführen konnte und mit dem er auch hauptsächlich arbeitete — die ungenügende Wirkung der U-Boote war kein sachlicher Grund, sondern Vorwand —, war, abgesehen von der teilweise bereits schlechten, auf Erzberger und seine Freunde zurückzuführenden Stimmung im deutschen Volke, der Zustand Österreichs und der Wille der Habsburger, sich die Krone durch einen raschen Friedensschluß zu sichern. Ob diese Zustände nicht rasch zu beseitigen gewesen wären, wenn wir in Deutschland eine alldeutsche Regierung gehabt hätten, und eine feste Hand kräftig in die Verhältnisse Österreichs eingegriffen hätte, sei hier nicht weiter erörtert. Ungarn war in Friedenszeiten nicht nur eine Kornkammer für Österreich, sondern auch für Deutschland, und auch 1917 konnte man in ungarischen Gegenden schwelgen, während in deutschen Leute Hungers starben, namentlich in solchen, in denen Deutsche auf Zufuhren aus nichtdeutschen Gegenden angewiesen waren, wie die Deutschböhmen auf die ackerbautreibenden tschechisch-böhmischen Gegenden. Militärisch hätten, wenn man es ihnen erlaubt hätte, die in allen Regimentern Österreich-Ungarns verstreuten deutschen und deutschösterreichischen Truppen genügt, die tschechischen und slawischen unzuverlässigen Truppen so zu Paaren zu treiben, daß ihnen die Lust zum Meutern vergangen wäre. Aber die deutsche Regierung verfolgte ja auch Habsburg gegenüber immer die Politik der Schwäche und Nachgiebigkeit bis zum äußerst Möglichen und ließ sogar die Begnadigung der tschechischen und polnischen Hochverräter durch Kaiser Karl unwidersprochen zu. Wie hätte man auch von dem Zentrumskanzler Hertling Härte gegen Habsburg und von dem Sozialdemokraten- und Judenkanzler Bethmann Kraft gegenüber der Judenhochburg Wien erwarten sollen! Aber das alles nur nebenbei. Für unsere Frage ist etwas ganz anderes das Entscheidende.

* * *

Politiker schöpfen ihr Wissen und ihr Urteil immer aus verschiedenen Quellen. Es bestanden zwei Möglichkeiten. Erzberger und seine Mehrheit konnten entweder dem Urteil Hindenburgs und Ludendorffs und deren Sachverständigen Vertrauen schenken, die überzeugt waren, durchhalten und auch das schwache Österreich mit durchschleppen zu können, oder sie konnten Czernin und Zita von Parma glauben, Österreich könne auf keinen Fall mehr den Winter 1917/18 mehr mitmachen. Die Tatsachen haben bekanntlich den ersteren recht gegeben; die österreichisch-ungarischen Truppen errangen noch die glänzenden Siege in Italien mit und hielten samt dem Volke bis Herbst 1918 aus, hätten auch wahrscheinlich noch länger ausgehalten, wenn da nicht wieder Einflüsse eingegriffen hätten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Erzberger und die Mehrheit entschieden sich für Czernin und Zita (vgl. S. 194); eine Regierung, die der Mehrheit Widerstand zu leisten willens war, war nicht da, und die Oberste Heeresleitung beschränkte sich leider auch wieder auf ihr „Ressort".

Ist nun der Glaube Erzbergers an einen Czernin und der Glaube der Mehrheitsabgeordneten an einen Erzberger und Südekum erklärlich aus der sachlichen Überzeugungskraft der von diesen Männern vorgebrachten Gründe und der sachlichen Schwäche der von der Hindenburgschen Gegenseite entgegengehaltenen Darlegungen, ist es ein echter, gut sachlicher Glaube, oder ist er nur erklärlich, wenn man dabei die — bewußte, halb bewußte oder unbewußte, in jedem Fall aber unwiderstehliche — Mitwirkung anderer Triebkräfte, Ab- und Zuneigungen, annimmt, wie sie in früheren Abschnitten des Buches ausführlicher behandelt wurden? Erinnert sei daran: in jeder Lage, sie mag sein, wie sie mag, entscheiden sich die gleichen Kreise, vor die Wahl zwischen starke Einflüssen von Czernin verwandter Seite und von nationaler Seite gestellt, immer für die Czernin verwandte, für die, die an den Sieg Deutschlands nicht zu glauben vorgibt und ihre „Sorgen" in diese Richtung einstellt. Vor die Wahl zwischen das Urteil des Schöpfers der deutschen Flotte, des bewährtesten Marinefachmanns Deutschlands, und das Urteil des Arztes für Geschlechtskrankheiten Dr. Struve und des Bergrates Gothein gestellt, entscheiden sie sich in Marinefragen für den jüdischen Hautarzt und den Bergrat. Als ein Jahr später die von ihnen begünstigten Marinefachleute Capelle und sein Stab sich zur gleichen Ansicht wie Tirpitz durchgerungen haben, glauben sie wieder nicht den Marinesachverständigen, sondern in der gleichen Frage dem Volksschullehrer Erzberger. Als wieder zwei Jahre später der Direktor der Deutschen Bank und Staatssekretär des Innern, Helfferich, Erzberger blutigen Dilettantismus auf finanziellem Gebiete und immerhin nicht sehr reinliche Finanzaktionen vorwirft, als dieser Staatsmann im Verein mit einem Botschafter wie Graf Wedel, einem Ministerpräsidenten wie Michaelis und Czernin höchstselbst, mit Hindenburg und Ludendorff und mit den beteiligten Staatsmännern des Auslands Erzberger eine völlige falsche Darstellung diplomatischer Vorgänge im Herbst 1917 nachweist, erteilt die gleiche Mehrheit dem Volksschullehrer und blutigen Dilettanten auf diplomatischem wie finanziellem Gebiete ein glänzendes Vertrauensvotum. Als Hindenburg und Ludendorff im Herbst 1918 diesen Leuten melden, unsere Sache stünde militärisch schlecht, da glauben sie es sofort aufs Wort, und wenn sie sich auch gegen die Übernahme der ihnen zugedachten unangenehmen Aufträge des Waffenstillstandsangebots anfänglich sträuben, so geben sie doch bald nach und führen sie aus. Als aber Hindenburg und Ludendorff drei Wochen später erklären, die Lage sei wieder besser und die Armee könne durchhalten, es müßte aber umgehend

von der Regierung alles getan werden, um die Stimmung des Volkes wieder zu heben, auf keinen Fall aber dürften die Bedingungen Wilsons weiter angenommen werden, da spricht aus jedem ihrer Worte — man vergleiche das Weißbuch darüber — der Zweifel an die Glaubwürdigkeit der Heerführer; für die Hebung der Stimmung wird gar nichts getan; die Bedingungen Wilsons werden weiter angenommen, und Ludendorff wird davongejagt. Die Leute glauben also nicht nur, vor die Wahl zwischen zwei Männer gestellt, immer demjenigen, der ihren Neigungen gemäß aussagt, sondern sie glauben dem gleichen Manne, wenn er in ihrer Richtung aussagt, und glauben ihm nicht, wenn er in der nationalen Richtung aussagt. In ihrer Mehrheit selbst trauen die Schwarzen den Roten und Goldnen, die Roten den Goldnen und Schwarzen, die Goldenen den Schwarzen und Roten nicht über den Weg; aber wenn irgendeiner von ihnen etwas gegen die Nationalen, etwas deutsches Volkstum und deutsche Macht Schädigendes ausgeheckt hat, dann schenken sie sich sofort gegenseitig das größte Vertrauen. Merkmale eines sachlichen guten Glaubens sind diese Erscheinungen nicht.

* * *

Das Weißbuch der Mehrheit über die Waffenstillstandsverhandlungen soll, so wird jetzt in den Blättern der Mehrheit behauptet, den Beweis dafür liefern, wie sehr die Vertreter aller Parteien nur das Beste des Vaterlandes im Auge gehabt hätten, womit sie natürlich sich verteidigen will. Nun ist es, wie schon öfter gesagt, gewiß: die Niederlage, die uns die völlige Kapitulation bringen mußte, wollten weder Erzberger noch Gothein, noch Scheidemann; die wollten nur die reinen Vertreter der Diktatur des Proletariats; die anderen wollten nur die halbe Kapitulation und die Niederlage, die in einem Verständigungsfrieden gesteckt hätte. Auch die Vertreter der Regierung erwogen durchaus ernsthaft die Rettungsmöglichkeiten. Sie entschieden sich für Möglichkeiten, die nicht zur Rettung führen konnten.

Das deutsche Volk war während des ganzen Krieges bis zum Schluß politisch führerlos. Die Alldeutschen haben das immer als das größte Verhängnis Deutschlands hervorgehoben; wer das Weißbuch liest, wird ihnen jetzt mindestens die Tatsache an sich glauben. Aber das war kein „tragisches Geschick", wie es jetzt auch unsere parteilosen „Objektiven" in ihrem schlechten Gewissen gern hinstellen, sondern schwerste Schuld. Warum war denn Deutschland führerlos? Aus einem ganz einfachen Grunde: weil in jedem Kriege immer nur die Allvölkischen Führer sein können; das ergibt sich aus der Natur jedes Krieges als der schärfsten Anspannung aller nationalen Kräfte; dabei müssen die Eigner der größten nationalen Spannkraft die Spitze bilden, wenn das Höchstmaß nationaler Spannung aus dem Volk herausgeholt werden soll. Unsere Mehrheitsparteien und die Regierung haben aber auf nichts mehr Kraft verwandt als auf Mittel und Wege, im Volk die Alldeutschen nicht an die Spitze gelangen zu lassen und im Heere die alldeutschen Einflüsse auszuschalten und aufzuheben. Dabei gab es unter den Führern dieser Parteien keinen einzigen, und unter ihren Anhängern dürfte es nicht allzuviele gegeben haben, die sich nicht im Grund ihres Herzens gesagt hätten, eigentlich gehörten jetzt die Alldeutschen ans Ruder; nach dem Krieg könne man sie wieder bekämpfen. Lediglich die Angst, reine Parteiangst, die Alldeutschen — oder der „Militarismus", der ja auch nur immer getroffen werden sollte, soweit er für alldeutsche Ziele eintrat — würden das Volk zum Siege führen und dadurch dann

zu mächtig werden, um sie wieder in die alte Aschenbrödelrolle vor dem Krieg zurückdrängen zu können, ließ es diese Mehrheit und die Regierungskreise vorziehen, Deutschland mit vollem Bewußtsein führerlos zu lassen. Keiner, der Bethmann kannte, keiner der Michaelis kannte — der ja auch nur Kanzler werden konnte, weil man wußte, er sei weder Alldeutscher noch Kandidat der Alldeutschen; er ließ einen Kühlmann an seiner Seite! —, keiner der Hertling oder den Prinzen Max kannte, war sich nur einen Augenblick im Zweifel darüber, die richtigen Führer sind das nicht! Man nahm sie, weil man um keinen Preis einen Alldeutschen nehmen wollte, und wurstelte lieber ohne Führung weiter. Clemenceau war Allfranzose, Lloyd George Allengländer, Wilson Allamerikaner durch und durch mit allen jenen Eigenschaften, in den Charakter jener Völker übertragen, welche die Schwarzrotgoldenen an den Alldeutschen hassen. Aber gerade deshalb wählten sie ihre Völker zu Führern, und gerade deshalb konnten jene Völker siegen. Jeder Jude in einem der Ententeländer mußte, wenn er irgendwie an führende Stellungen im Krieg gelangen wollte, zuerst Allengländer, Allitaliener usw. werden, und gebärdete sich meist allvölkischer als die Eingeborenen; in Deutschland hätte einer, wenn er als Alldeutscher in leitende Stellung hätte gelangen wollen und können, erst sein Alldeutschtum ablegen müssen; diese deutsche Denkart ließ uns den Krieg verlieren und den Frieden dazu.

Auch die nationalen Parteien trifft in dieser Hinsicht schwere Schuld; sie bekämpften die Alldeutschen zwar nicht unmittelbar, aber mittelbar, indem sie sie ablehnten und nicht förderten. Sie glaubten, der geringe Prozentsatz Alldeutschtum, der in ihren Führern stecke, genüge. Aber in einem Kriege genügen Prozentsätze nicht; da gehören ganze Männer her. In den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Nr. 1. 15. I. 19)" finden sich in einer Wahlbetrachtung folgende Sätze: „Dagegen scheint der spezifisch alldeutsche Klüngel von vorneherein auf eine Vertretung in der deutschen Nationalversammlung verzichtet zu haben. Weder liest man etwas von einer Kandidatur des Herrn Claß, noch von einer des Grafen Reventlow, noch auch hat General Liebert es gewagt, noch einmal das Wahlglück herauszufordern. Ebenso sind die früher wohl geplant gewesenen Kandidaturen der Herren von Gebsattel, von Liebig, Generalleutnant Keim, Prof. Dietr. Schäfer und anderer alldeutscher Matadore geräuschlos in der Versenkung verschwunden." Die Nichtvertretung des alldeutschen Klüngels in der Nationalversammlung können sich also das Judentum und die Gegner der nationalen Parteien überhaupt nicht anders erklären als durch den Verzicht der genannten Herren auf Kandidaturen. Eine herbere Kritik an den nationalen Parteien läßt sich kaum denken. Keiner der Genannten hat in irgendeiner der nationalen Parteien während des Krieges eine führende Stellung eingenommen. Ob sich aus einem derselben ein Clemenceau, Lloyd George oder Wilson entwickelt hätte, ist natürlich fraglich; gar kein Zweifel ist aber, auch ein Bismarck hätte sich nicht zum Schöpfer des Reiches entwickeln können, wenn man ihm niemals Gelegenheit dazu geboten hätte; auch die Franzosen unternahmen ein Wagnis, als sie Clemenceau, die Engländer, als sie Lloyd George an die Spitze riefen. Wenn Deutschland einen Lloyd George wollte, konnte er sich nur aus alldeutschen Kreisen entwickeln. Ludendorff und Hindenburg waren keine Alldeutschen und hatten weder den Willen noch die Neigung, die politische Führung mitzuübernehmen; man kann das auch nicht von ihnen verlangen. Moltke hätte als führender Politiker wahrscheinlich versagt. Ihre Schuld lag darin, wie schon mehrmals hervor-

gehoben, nicht mit aller Wucht rechtzeitig die Entfernung der politischen Führer verlangt zu haben, deren Unzulänglichkeit sie so gut erkannten wie jeder andere. Konnten sie sich nicht für einen reinen Alldeutschen entschließen, was das einzig Richtige gewesen wäre, so hätten sie mindestens Männer wie Tirpitz oder Schulenburg als politische Mitarbeiter fordern müssen.

* * *

Für den Prinzen Max und seine Regierung war aber die politisch nicht durchwegs glückliche Haltung Ludendorffs bei den Verhandlungen gar keine Entschuldigung; denn für die Politik hafteten sie ganz allein. Entweder man übernimmt nicht die erste Stelle im Reich — der Kaiser war ja bereits beiseite gestellt — und überläßt anderen die Verantwortung, oder man übernimmt sie und trägt dann die Verantwortung. Auch das „Sträuben" gegen Forderungen Ludendorffs ist keine Entschuldigung; entweder handelt man nach seiner Überzeugung und unterwirft sich nicht Wünschen der Heeresleitung, die gegen die Überzeugung gehen, oder man legt, wenn man sich zum Widerstand nicht entschließen kann, seinen Posten nieder und schiebt auch die politische Verantwortung dem General als Diktator zu. Zuerst sich dem General gegen seine Überzeugung zu unterwerfen und dann schließlich doch etwas anderes zu tun, als der General will, und sich dann mit „Sträuben" herausreden, ist kläglich. Man kann schließlich beim Prinzen Max vielleicht noch den guten Glauben annehmen, durch sein Einspringen zum Wohl des Vaterlandes beitragen zu können, obwohl man dann schon hochgradigste politische Kurzsichtigkeit zur Erklärung dieses Glaubens mit heranziehen muß; man lese z. B. die Verteidigung des Prinzen vom 8. August 1919, in der er uns zumutet, zu glauben, er habe noch am 9. November 1918 angenommen, durch die Abdankung des Kaisers könne die Revolution noch verhindert werden, „da sich die ganze revolutionäre Bewegung weit mehr gegen die Person des Kaisers als gegen die Institution gerichtet habe" (!).

Entscheidend aber für die Beurteilung des „guten Glaubens" der schwarzrotgoldenen Mehrheit ist der Punkt, wo sie gegenüber dem Willen des Generals wieder die Kraft des Widerstandes findet. Das geschieht nämlich, wie schon erwähnt, als Ludendorff von ihnen verlangt, sie möchten dem Demokraten Wilson den Stuhl vor die Tür setzen und noch einmal alles versuchen, das Volk zu neuem Widerstand gegen die Zumutungen des Feindes zu sammeln. Darüber sind sie sich nämlich sofort klar: diese Aufgabe können sie schlechterdings nicht erfüllen; dafür sind sie gänzlich ungeeignet. Wenn dieser Versuch noch gewagt werden soll, dann müssen jetzt noch in diesem letzten Augenblick der Rettungsmöglichkeit die Alldeutschen her; vielleicht gelingt auch ihnen die Aufrüttelung — es handelt sich dabei nicht, um Mißverständnisse zu vermeiden, um eine bewaffnete Volkserhebung, sondern nur um die Erweckung des weiteren Widerstandswillens im Heere und im Volk — nicht mehr; aber der Prinz-Max-Regierung konnte sie sicher nicht gelingen. Dieser Regierung konnte man ferner noch bis zum zweiten Wilsontelegramm den guten Glauben zubilligen, ihre demokratischen Eigenschaften vermöchten ihr und damit dem deutschen Volke von Nutzen sein; nach ihm und noch mehr nach dem dritten mußten auch die Männer dieser Regierung erkennen, auch diese Hoffnung sei ein Fehlschlag. Weiterhin sehen nicht nur alle Leser des Weißbuches aus den Verhandlungen, wie rat- und führerlos in diesen furchtbaren Augenblicken Deutschland war; die Teilnehmer der Verhandlungen selbst erkannten

es am besten. Keiner der Teilnehmer war so uneinsichtig, zu glauben, er oder einer seiner Genossen sei imstande, Deutschland glimpflich aus dieser Lage herauszuführen, keiner war so töricht, nicht zu erkennen, wenn je, braucht das Vaterland jetzt eine feste und zielbewußte Führung, eine Führung der starken Hand! Wenn ihnen das Wohl des Vaterlandes über alles ging, mußten sie sich jetzt entschließen, abzugehen und andere Hände den Versuch wagen zu lassen, zu retten, was noch zu retten war. Sie wußten genau, was sie noch retten konnten, war verschwindend wenig; wenn sie dann sich auch vielleicht noch alle Mühe gaben, zu retten, was sie retten konnten, ist das daher weder eine Rechtfertigung vor sich selber noch vor andern; ihre Pflicht wäre gewesen, die Rettung Händen anzuvertrauen, von denen sie sicher wußten, weniger als sie selbst würden sie ganz gewiß nicht retten, aber die Möglichkeit, mehr zu erreichen, bestand für diese anderen. Diese Möglichkeit gab es nur mehr entweder bei den Alldeutschen oder, wenn man wirklich immer noch des Glaubens war, die Demokratie vermöge die Entente „versöhnlicher" zu stimmen, bei den Unabhängigen. Aber von diesen Regierungsdemokraten glaubte ja in dieser Zeit kein einziger mehr an die völkerversöhnende und Wilsonherzen erweichende Kraft der deutschen Demokratie; daher blieb ihnen ihrer Überzeugung nach nur mehr die Wahl zwischen regierungsdemokratischer Führerlosigkeit oder alldeutscher Führung. Und da sich gegen diese wiederum nicht ihre Sorge für das Vaterland, sondern ihre ganze innere Anlage sträubte, ließen sie wie im ganzen Kriege auch noch in diesem letzten Augenblicke die Alldeutschen nicht zum Versuch der Rettung zu; sie blieben und entfernten sogar noch die einzige Führernatur im Heere, die über das rein Militärische hinausragte, Ludendorff. Damit verurteilten sie — bewußt — das Reich zum Zusammenbruch.

* * *

An dem sog. guten Glauben, das Beste des Vaterlandes zu wollen, läßt bei der Politik der Schwarzrotgoldenen noch eine dritte Erscheinung ernste Zweifel entstehen, nämlich die Hartnäckigkeit des Festhaltens an derselben Politik nach Erfahrungen, die auch einen sehr lieb gewonnenen Glauben in einem nicht allzu unbegabten Mitteleuropäer erschüttern mußten. Ein halbes Jahr vor der Friedensentschließung, im Dezember 1916, hatte der Kanzler für sein Friedensangebot wie bei allen seinen früheren Versuchen nur schallende Ohrfeigen geerntet. Ob Kaiser Karl in seiner Privatkorrespondenz mit Erzberger demselben von dem Scheitern seiner Sixtusfriedensversuche an den zu hohen Forderungen Italiens Kenntnis gegeben hat, ist nicht bekannt. Diese Angebote waren ohne Mitwirkung des Reichstages erfolgt; ein gläubiges Demokratenherz konnte also vielleicht annehmen, die Entente würde ein vom „Volke" überreichtes Angebot eher in Gnade anhören. Am 17. Juli 1917 stellt sich also der deutsche Reichstag feierlich auf den Boden des Verzichtfriedens, und die Regierung erkennt diesen Boden gleich darauf feierlich auch für sich als bindend an. Erfolg: schallende Ohrfeigen. Ein weiterer Versuch: die Kurie bietet sich an, einen deutschen Verzichtfrieden zu vermitteln. Ergebnis: schallende Ohrfeigen für die Mittelmächte. Kein Mensch von einigem logischen Denken kann mehr im Zweifel sein: jedes Friedensangebot der Mittelmächte wird lediglich als Zeichen der Schwäche aufgefaßt und stärkt den Kriegswillen der Entente. Wer, wie Erzberger und manche seiner Freunde, außer dem öffentlich Bekannten auch noch geheime Berichte zu lesen bekam und sie noch dazu auf Grund eigener höchst trüber Erfahrung ergänzen konnte, konnte darüber noch viel weniger

in Zweifel sein. Aber all das erweckt nicht den geringsten Eindruck: unter Mitwirkung und auf das Drängen der Schwarzrotgoldenen folgen sich unaufhörlich ein Friedensangebot nach dem andern, bis zu dem Friedensangebot vom Oktober 1918, hinter dem nun zum erstenmal wirkliche, nicht zum wenigsten durch die ewige Friedenswinselei hervorgerufene Schwäche steht, und diese hat denn auch sofort den Zusammenbruch und jenen Frieden zufolge, den man einzig und allein auf Grund von Friedensangeboten auch früher hätte haben können. Ein anderer Friede, auch ein Verständigungsfriede, war immer nur auf Grund deutscher Siege und der U-Bootserfolge, wie im Sommer 1917, oder auf Grund des Zusammenbruchs der feindlichen Heere als Folge der deutschen Siege, wie der mit Rußland, möglich.

Oder, um zum Bild des Bergsteigers zurückzukehren, wenn der Begleiter auf dem Weg nicht sein Augenlicht verloren hat oder den Steiger nicht auf jeden Fall in den Abgrund stürzen lassen will, kann er ihm auf der halben Höhe den Rat umzukehren, mit gutem Gewissen gar nicht mehr geben, weil hinter ihnen der Weg durch einen Bergrutsch ungangbar geworden ist. Der Steiger käme auf diesem Wege ins Tal des Friedens nur mehr mit zerbrochenen Gliedern; will er es heil erreichen, muß er über den Gipfel und auf der andern Seite heruntersteigen. Die Erzberger und Genossen verschlossen aber ihre Augen all und jeder Erfahrung. Es dürfte sehr schwer fallen, Leuten, die sich für Ministerposten geeignet halten, so wenig Einsicht zuzutrauen, um aus einem zehnfachen Mißerfolg des gleichen zehnmal wiederholten Schrittes nicht auf das Fehlerhafte des Schrittes schließen zu können. Wenn sie ihn dann noch ein elftes und zwölftes Mal und solange wiederholen, bis ihnen die Möglichkeit der Wiederholung mit Gewalt genommen wird, und auch dann noch behaupten, ihr Vorgehen sei das richtige gewesen, dann wird man eher zu der Annahme neigen, diesem Begleiter ist die Rückkehr des Steigers ins Tal mit zerbrochenen Gliedern eben lieber gewesen als die auf dem Weg über den Gipfel mit heilen Gliedern. Ganz besonders, wenn auch das übrige Verhalten des Begleiters sich nicht mit einer wirklichen Fürsorge für den Steiger vereinen läßt.

Nach der Friedensentschließung, der Note des Papstes und dem Scheitern der Vermittlung durch Spanien und die Kurie war, wie diese Schritte auch gemeint gewesen sein mögen, jedenfalls als Tatsache gegeben: diese Schritte hatten keinen Erfolg; das Weitersteigen war also unerläßlich. Ein guter Bergführer redet in diesem Fall seinem Schützling, wenn er an ihm Ermüdungserscheinungen bemerkt, zu, er dürfe sich nicht nachgeben; der Weg sei nicht so schlimm; er möge nur die Zähne zusammenbeißen und seine Kräfte zusammenfassen, dann werde es sicher gehen. Einen Bergführer, der seinem Schützling auf halbem oder dreiviertel Wege zusetzt, er hätte unrecht getan, den Aufstieg zu unternehmen; seine Kräfte seien dazu viel zu schwach; der Gipfel viel zu hoch dafür; er solle sich lieber gleich abstürzen lassen, statt noch länger emporzusteigen und die Tiefe des doch kommenden Absturzes noch zu vergrößern, werde ich mit sehr eigentümlichen Augen betrachten. Was aber die schwarzrotgoldene Mehrheit auch nach dem Mißlingen ihrer Friedensschritte, also nach der Einsicht der tatsächlichen Unmöglichkeit der Umkehr, tat, war nichts als ein fortwährendes Entmutigen, ein stets Untergraben und Unterwühlen des Selbstvertrauens des Steigers und seines Glaubens an die Erreichbarkeit des Gipfels. Und als der Steiger dann nahe am Gipfel war — die französischen Offiziere im Elsaß erzählen es jetzt jedem, der sie frägt, die dummen Boches hätten

noch ein bißchen warten sollen; vierzehn Tage später wäre es in der französischen Armee zum offenen Aufruhr gekommen[1]) —, da verlor er tatsächlich den Mut zum Weitersteigen; er legte sich hin und mochte nicht mehr weiter. Damit, am 8. August 1918, nicht am 9. November 1918, begann die Revolution; die erste Truppe, die versagte, war eine Division, deren Ersatz aus dem revolutionär verseuchten Industriegebiet kam. Lediglich der mangelnde Wille der eigenen Truppen zum Weiterkämpfen, den die schwarzrotgoldenen Kräfte der Heimat untergraben hatten, bewog die Oberste Heeresleitung zum Abbruch, nicht die mangelnde Fähigkeit und die äußere militärische Lage, soweit sie vom Feind bedingt war. Gröner, der Vertrauensmann der Mehrheit, erklärte noch am 5. November 1918 in der Sitzung der Staatssekretäre: „Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus." Der deutsche Steiger hatte nicht einen, sondern vier Begleiter, einen schwarzen, roten, goldenen und einen nationalen. Aber auf den letzteren hörte er nie, und wenn er sich vernehmlich zu machen versuchte, schrieen ihn die andern nieder. Kaum hatten ihn die andern drei, die ihm immer mit dem Rat zur Umkehr in den Ohren lagen, so weit, daß er wirklich an die Notwendigkeit der Umkehr zu glauben anfing, da erfolgte auch, was zu erwarten war: der eine der drei, der rote Begleiter, erteilte ihm den Stoß, der ihn in den Abgrund stürzte: die Revolution erhob offen ihr Haupt.

* * *

Was haben die Erzberger und Genossen 1917 eigentlich gewollt? Sie spiegeln jetzt dem Volke vor, ihr Vorwurf gegen die Regierung Michaelis ginge dahin, einen ernsthaften Friedenswillen niemals bewiesen und dadurch Friedensmöglichkeiten versäumt zu haben (D.A.Z. 379. 8. VIII. 19). Aber das ist ein Betrug. Ihren Friedenswillen kann eine kriegführende Macht nur beweisen, indem sie dem Gegner ihre Bereitschaft und Geneigtheit zu erkennen gibt, sich mit ihm an den Verhandlungstisch zu setzen und über den Ausgleich der Fragen, über die noch gekämpft wird, nicht das Schwert, sondern die Diplomatie entscheiden zu lassen. Der Gegner weiß dann auch, man ist zu Zugeständnissen erbötig. Mit diesen ernsthaften Friedenswillen — einen ernsthafteren gibt es nicht — hat schon Bethmann Hollweg die Feinde förmlich überlaufen, und Michaelis und Hertling sind in seine Fußstapfen getreten. Sie haben dadurch immer nur den Frieden vertrieben, weil ein derartiger einseitiger Friedenswille, der nicht auf der Grundlage eines bestimmten Wissens von dem gleichen Willen auf der Gegenseite beruht, vom Gegner immer nur als Beweis der Schwäche aufgefaßt wird.

Aber wenn die Erzberger und Genossen von einem „Verständigungsfrieden" sprechen, dann meinen sie keine Verständigung zweier gleichstehender Gegner, sondern eine Beugung des deutschen Willens unter den der Feinde, und wenn sie von einem Friedenswillen reden, meinen sie keinen Willen Deutschlands zum Frieden, sondern einen Willen zur Unterwerfung unter feindliche Forderungen. Sie stellen jetzt die Sache so dar, als ob erst durch einen derartigen Akt der Unterwerfung die „Ernsthaftigkeit" des Friedenswillens bewiesen wäre; aber durch Unterwerfungs-

[1]) Zu S. 147 sei noch aus dem dienstlichen Bericht des Admirals Rodman, des Chefs der amerikanischen Hochseeflotte, an den Marineausschuß des Parlaments der Satz nachgetragen: „Hätte der Krieg noch sechs Monate gedauert, so wären die Deutschen Sieger geblieben".

akte wird dem Feind nie der Wille zum Frieden, sondern immer nur der **Zwang** zum Friedensschluß bewiesen.

Erzberger und Genossen verlangten eine bindende Erklärung von Michaelis: Deutschland verzichtet auf jeden Anspruch in Belgien und erklärt sich zur Wiedergutmachung aller Schäden bereit. Eine derartige Erklärung konnte nur dann eine Friedensmöglichkeit anbahnen, wenn die Regierung **gewußt** hätte, die andere Seite würde darauf bestimmt mit einer sie ebenfalls bindenden und den Frieden fördernden Erklärung antworten. Es lagen aber von der Gegenseite statt dessen lediglich eine Reihe amtlicher Erklärungen vor, auch wenn Deutschland eine solche Erzbergersche Erklärung über Belgien abgeben würde, würde das der Entente noch nicht einmal genügen, auch nur Verhandlungen zu beginnen. Unter diesen Umständen, die Erzberger und Genossen genau bekannt waren, hätte die gewünschte Erklärung über Belgien nicht Friedenswilligkeit, sondern bedingungslose Kapitulation, bedingungslose Unterwerfung bedeutet, wenn auch zunächst nur in einem Punkte. Den **Unterwerfungswillen** wollten die Erzberger und Genossen 1917 bewiesen haben, nicht den Friedenswillen, und bekennen sich heute noch dazu. Den Frieden wollten sie wohl dazu, aber einen Frieden der Unterwerfung. Die Unterwerfung ist ihnen dabei ebenso wichtig wie der Friede, weil ja der Krieg nach ihrem Willen nicht mit einem Sieg Deutschlands enden durfte, der für sie gleichbedeutend war mit einem Sieg des protestantischen deutschen Kaisertums, der Hohenzollern, der konstitutionellen Monarchie, des Militarismus und der Alldeutschen, sondern nur mit einer Niederlage des „Militarismus". Ein wichtiger Teil dieser Niederlage wäre bereits durch die bedingungslose Unterwerfung unter den feindlichen Willen in der belgischen Frage gesichert gewesen; mochte dann das Militär auch ruhig weitersiegen. Wenn es aus dem in prachtvollem Ansturm eroberten und mit Strömen deutschen Blutes gehaltenen Belgien, ohne geschlagen zu sein, bedingungslos herausgehen und Deutschland diesem Belgien auch noch Entschädigungen zahlen mußte, dann war allein schon dadurch der „Militarismus" widerlegt, ad absurdum geführt.

Hätte Deutschland die Erklärung über Belgien abgegeben, so hätte sich darauf die Entente nicht an den Friedenstisch gesetzt, sondern hätte als weiteren „Beweis der Ernsthaftigkeit" des deutschen Friedenswillens die bindende Preisgabe Elsaß-Lothringens gefordert. Man darf die politischen Fähigkeiten der Mehrheitsführer sehr gering einschätzen, aber doch nicht so gering, als ob sie das nicht ebensogut gewußt hätten wie etwa die Kurie. Herr Erzberger und die Seinen vermeiden es sorgfältig, sich irgendwie über diese Folge zu äußern oder auch nur ein Wort darüber zu verlieren, ob sie denn nun, wenn diese selbstverständliche Folge eingetreten wäre, das deutsche Volk zum Widerstand oder zum Nachgeben aufgefordert hätten. Aller Wahrscheinlichkeit das letztere; sonst würden sie sich nicht so auffällig darüber ausschweigen. Sie können sich dieses Schweigen gestatten, weil sich ihre Macht im Reich auf die großen urteilslosen Massen stützt, denen das Gefühl für deutsche Ehre durch die Arbeit der Schwarzrotgoldnen schon lange abhanden gekommen und die materielle Bedeutung des Verlustes eines Landes wie Elsaß-Lothringen nicht klar ist. Infolgedessen kann die Regierung damit rechnen, die Masse werde die ganze Frage von 1917 unter dem Gesichtspunkt des Jahres 1919 betrachten und sich sagen, man hätte besser auch Elsaß-Lothringen fahren lassen, um sich damit die heutigen Zustände zu ersparen. Und hier kommt erst der Punkt, wo vielleicht der Geschichtsforscher von 1950 zur Entschuldigung der Reichstagsmehrheit deren mangelnden politischen und sonstigen Verstand heranziehen wird.

Ein Erzberger, Scheidemann, Gothein hätten sich wohl auch schon 1917 zur Räumung der besetzten Gebiete, Preisgabe Elsaß-Lothringens und einer Kriegsentschädigung entschlossen, wenn ihnen dafür ein Wilson einen Wilsonfrieden mit seiner natürlichen Folge der Ausschaltung des Militarismus in Aussicht gestellt hätte. Aber das Restdeutschland dachten sie sich wohl als den alten Ordnungsstaat, wenn auch dem gehaßten Militarismus entzogen und in irgendeiner Form ihrer Herrschaft unterstellt, nicht als ein halbbolschewistisches Trümmerfeld. Diese Mehrheit bildete sich ja noch am 3. Oktober 1918 ein, wie das damalige Telegramm des Reichskanzlers, gez. Payer, an die Heeresleitung zeigt, die militärische „Zwangslage" durch den „Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen", sonst aber unter Bewahrung des Reichs, ausgleichen zu können. Aber die Dinge hätten im Herbst 1917 genau dieselbe Entwicklung genommen wie im Herbst 1918. Die Ententemächte hätten Einstellung des U-Bootskrieges verlangt und Räumung der besetzten Gebiete, eine Erzbergerregierung hätte es ebenso glatt bewilligt wie 1918, die Entente wäre in ihren Forderungen immer weiter gegangen, Heimatheer und Etappe hätten gestreikt, die Feldherren, die das Frontheer hätten zusammenreißen können zu neuem Widerstand, wären schon vorher gegangen gewesen, und der Zusammenbruch des Militarismus, der ja schon in den Erzbergerschen Friedensangeboten gelegen gewesen wäre, hätte den Revolutionären alle Macht in die Hände gespielt, die sie gewiß auch 1917 nicht unausgenützt gelassen hätten. Das Bürgertum wäre aber durch diese Ereignisse genau so gelähmt und handlungsunfähig gewesen wie 1918. Vielleicht hätte sich die Republik mit ihren jetzigen Zuständen etwas langsamer entwickelt, weil die bolschewistische Verseuchung noch nicht so weit fortgeschritten war; gekommen wäre sie aber auf einen Erzbergerfrieden mit Notwendigkeit. Vielleicht wäre die revolutionäre Bewegung auch noch viel gefährlicher geworden, weil sie sich mit der gleichzeitig aufflammenden bolschewistischen Bewegung in Rußland hätte verbinden können und dann eine Flamme vom Rhein bis nach Sibirien geschlagen wäre. Diese Wirkungen hätten die Erzberger und Genossen nicht gewollt und haben sie in ihrem Unverstand nicht vorausgesehen; aber alle die vorbereitenden Schritte, die, wie die Alldeutschen immer warnten, zu diesen Zuständen führen mußten, haben sie gewollt, oder, wenn man sich milder ausdrücken will, sie haben sich mit ihnen unter halber oder ganzer innerer Zustimmung schon längst abgefunden. Das beweisen alle Angriffe Erzbergers und der Seinen gegen die Nationalen, seine Verteidigungen gegen die auf ihn gerichteten Angriffe und alle Enthüllungen, welche sich daran anknüpften.

Wer sehen will, kann sich jetzt über mangelnden Einblick in die Werkstätten der Erzberger und Genossen wirklich nicht mehr beklagen. Insofern kann auch eine Regierung Erzberger vielleicht noch ihr Gutes haben; die Zukunft Deutschlands hängt jetzt vor allem davon ab, wie bald oder wie spät das deutsche Volk sehen lernt.

* * *

Gewollt haben diese Kreise noch etwas Weiteres, als sie anfangs jede Machterweiterung auf Belgien ablehnten und dann später so sehr zu dem förmlichen Verzicht auf Belgien drängten. Der ursprüngliche Plan der Regierung ging bekanntlich dahin, nachdem der Krieg einmal uns aufgezwungen war, ihn durch eine rasche Niederwerfung Frankreichs und durch einen Frieden, der alles beim alten ließ, zu beenden. Für diese rasche Niederwerfung hatte man zwar den schönen Moltke-Schlieffenschen Plan, aber man hatte den „Alldeutschen" nicht die militärischen Mittel be-

willigt, die zu seiner Ausführung notwendig gewesen wären, und im Heer auch nicht die geeigneten Führer dafür emporkommen lassen. Mit dem Marnerückzug war dieser Plan gescheitert. Damit war die Entwicklung zum Weltkrieg unvermeidlich geworden, und diese Entwicklung verschob die Bedeutung des Krieges vollständig.

Vorher konnte es sich noch darum handeln, mit einem schnellen Schlag seine Gegner abzustreifen, den Einkreisungsring zu sprengen und nun wieder Freiheit für eine gemäßigte Wirtschafts- und Kolonialpolitik zu gewinnen. Damit war es nach dem Marnerückzug vorbei. Nun war die Frage aufgerollt: Wird sich Deutschland zum Schritt von der Großmacht zur Weltmacht entschließen? Und diese Entwicklung wollten die Schwarzen, Roten und Goldenen nicht, aus den schon früher angeführten Gründen, die ihnen jede äußere Machterweiterung Deutschlands unerwünscht erscheinen ließ. Bei Leuten wie Bethmann kam dann noch das Gefühl der eigenen Unfähigkeit dazu; sie waren, wie sie gut wußten, schon der Großmachtstellung Deutschlands nicht gewachsen; wie hätten sie und ihr Klüngel sich auf den Regierungssesseln, an die sie sich so inbrünstig anklammerten, halten können, wenn nun gar die Aufgaben einer Weltmachtstellung an sie herangetreten wären? Ihre eigene Unfähigkeit übertrugen sie dann auf das ganze Volk und erklärten es als zur Weltmacht nicht bestimmt; am liebsten, weil es ihnen am bequemsten gewesen wäre, hätten sie aus Deutschland eine Art Schweiz gemacht, in der der Bauer seinen Kohl baut und der Überschuß sehen kann, wo er unterkommt.

Belgien war der Entscheidungspreis im Ringen um die Weltmachtstellung Deutschlands. Wollte sich Deutschland als neue Weltmacht neben England stellen, so brauchte es den belgischen Weg ans Meer, die flandrische Küste und die mit ihr gegebene strategische Stellung gegen England, nicht um England angreifen zu können, sondern um von England als gleichberechtigte Macht anerkannt zu werden. Wer Deutschland Belgien nahm, der nahm ihm seine Weltmachtstellung, und die wollten ihm die Schwarzrotgoldenen nehmen. Hatten sie Deutschland den Verzicht auf Belgien abgerungen, so konnte Deutschland ruhig weitersiegen; diese Gefahr war dann abgewendet, und um den eigentlichen Siegespreis, um den der Kampf ging, war es geprellt.

Soweit reichte wieder der Verstand und der weltpolitische Blick unserer Werkzeuge Alljudaans und Roms. Er war aber wieder viel zu seicht, um einzusehen, nach dem Rückzug an der Marne, nachdem noch dazu der weichere Grey durch einen Lloyd George ersetzt war, hatte Deutschland nicht mehr die Wahl, Weltmacht zu werden oder Großmacht zu bleiben, sondern nur mehr die Wahl, den vollen Sieg zu erringen und damit die Möglichkeit, Weltmacht zu werden, oder die volle Niederlage zu erleiden, und damit auch jede Möglichkeit, Großmacht zu bleiben, zu verlieren. Lloyd George und Clemenceau wollten den Entscheidungskampf, ob Deutschland sie zwingen könne, es als Weltmacht anzuerkennen, oder ob sie stark genug seien, es als Großmacht auszuschalten, es zu vernichten. Sie haben nie ein Hehl daraus gemacht.

Wenn sie in ihrem Vertrauen, trotz aller militärischen Kraft Deutschlands ihr Ziel noch zu erreichen, etwas stärken konnte, dann waren es das Verhalten und die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit und ganz besonders die diplomatischen Manöver eines Erzberger und seiner Gehilfen im Jahre 1917. Eine Volksvertretung, die im eigenen Lande gegen Deutschlands Weltmachtstellung ankämpfte, und deren Mehrheit es fertig brachte, die Regierung in dieses Fahrwasser zu lotsen — Michaelis war hier genau so unzulänglich wie Bethmann und Hertling — verbürgte der Entente den sicheren Lohn für ihr Ausharren, mochte militärisch kommen, was wollte.

Hätte Bethmann zu Anfang des Krieges einem alldeutschen Kanzler den Platz geräumt, dann wäre dessen erste Sorge eine tiefgehende Aufklärung des deutschen Volkes mit allen Mitteln über die Bedeutung des Weltkrieges und die Bedeutung Belgiens gewesen, dessen Eroberung für uns notwendig war, nicht um Eroberungsgelüsten zu fröhnen und ein industriereiches Land mit teilweise recht unangenehmer Bevölkerung einzustecken, sondern weil wir gezwungen waren, um unsere Machtstellung zu kämpfen und entweder mit Belgien die Weltmachtstellung und damit die Fortdauer der Lebensführung vor dem Kriege vom Arbeiter bis zum König zu erringen, oder auf jede Macht zu verzichten, wirtschaftlich und kulturell zu verelenden und die Zustände herbeizuführen, die wir heute erleben, und staatlich auf die Stufe der Schweiz herabzusinken.

Nun gibt es heute noch eine Reihe Deutscher, die gerade diese Staatlichkeit für ganz geeignet für Deutschland halten; ihnen schwebt ein stilles, bescheidenes, arbeitsames Deutschland vor, das träumt, dichtet, philosophiert und forscht und der Welt deutsche Arbeitsarme und deutsche Kultur- und Geistesgaben schenkt; wenn es auch ein bischen dabei hungert, so sei dieses Los doch dem deutschen Volkscharakter angemessener als jedes Machtziel. Alle alljüdisch beeinflußten Kulturellen blasen in dieses Horn, und die Römischen wehren ihnen darin nicht. Aber auch das ist ein großer Betrug. Es besteht für Deutschland schon lange nicht mehr die Wahl, ein deutsches Gelehrten- und Dichtervolk oder ein Weltmachtsvolk zu werden, sondern nur mehr die, entweder Weltmachtsvolk oder Helotenvolk zu werden, das andern Völkern auch im Geistigen und Kulturellen nur mehr die gröbere Handwerksarbeit verrichtet, während die Akademien, Universitäten, Theater, Künste und alle kulturellen Zweige des Lebens von Juden und andern Ausländern geleitet und verwaltet werden. Man blicke doch nach der Schweiz! Was nimmt denn der Schweizer in der Schweiz und in der Welt für eine Stellung ein? Er darf den Kellner und das Dienstmädchen machen für einen internationalen Klüngel, der ihm mehr und mehr seine großen Güter, Schlösser und Fabriken wegkauft, seine Gasthöfe und großen Geschäfte beherrscht, und ihm die Lieferung von Butter und Käse, die Stellung der schlecht bezahlten Verwaltungsbeamten und die Sorge für die öffentliche Sicherheit überläßt. Diese Entwicklung wird immer rascher weitergehen, und der Schweizer wird immer weniger in seinem eigenen Hause zu sagen haben, wenn er sich nicht zu rechter Zeit noch einmal auf sein Deutschtum besinnt, auf seine ihn der langsamen Verfäulnis überliefernde Neutralität verzichtet und Anschluß an eine deutsche Macht sucht, um selbst wieder Macht zu werden. Ist das nicht mehr möglich oder will der Schweizer es nicht mehr, dann sinkt er unweigerlich zum Heloten anderer Völker herab, kulturell genau ebenso wie staatlich und wirtschaftlich. Das gleiche Geschick stünde eine deutschen Volke bevor, das sich von Betrügern einreden ließe, es könne auf dem mitteleuropäischen Theater Schweizer Idyllen spielen und würde dann Goethes und Schiller hervorbringen. Man sei sich aber vollkommen klar darüber: die ganzen Schulreformen, die unsere Schwarzrotgoldenen vorhaben, zielen auf nichts anderes hin als auf eine derartige Helotenzukunft unseres Volkes! Wer jetzt unser Volk wieder in die Höhe bringen will, staatlich, wirtschaftlich und kulturell, der muß jetzt schon bei der Erziehung der Sechsjährigen die künftige Weltmachtstellung Deutschlands im Auge haben; die Großmachtstellung ist in den jetzigen Weltverhältnissen schon ein zu eng gestecktes Ziel. Wobei man natürlich den Kindern weder von Großmachts- noch von Weltmachtsstellung etwas zu sagen braucht, sowenig unsere republikanischen Schulreformer unsern Kindern etwas von der ihnen zugedachten künftigen Heloten-

stellung zu Rom, Alljudaan und sonstigem angelsächsischen Großkapitalismus e[illegible]
zählen. Aber die Erziehung zu Menschen der Macht, die über den Nationalismus ge[illegible]
ist natürlich eine ganz andere als die Erziehung zum Sklaventum, die über d[illegible]
Weltbürgertum geht.

Aussichten.

Erzbergers vielfache Unterredungen in der Schweiz mit Vertretern der Kurie, mit dem deutschfeindlichen Kardinal Macchetti, den Erzberger gern als Nuntius in München gesehen hätte, mit dem polnischen Jesuitengeneral Ledochowsky u. a. sind bekannt. Nach einer Angabe Fr. Hussongs (in „Matthias Erzbergers Wege und Wandlungen") hat der Vorsitzende einer in Köln tagenden Versammlung der rheinisch-westfälischen Zentrumspresse in der zweiten Hälfte des September 1917 erzählt, Erzberger käme direkt aus London, wohin er im Auftrag des Papstes gefahren sei. London ist etwas unwahrscheinlich; es tut's auch Holland. Aber darüber kann kein Zweifel sein: ohne die Kurie im Rücken hätte Erzberger nicht seine führende Stellung im Zentrum und im Reich erlangen und behalten können.

Ob der Kurie durch den Vorstoß Erzbergers am 25. Juli 1919 ein Gefallen geschah, ist fraglich. Erzberger war persönlich angegriffen worden; da er sich anders nicht zu verteidigen wußte, eröffnete er einen ableitenden Gegenangriff, und zwar gegen das gesamte nationale Deutschtum. Dabei wählte er als Ausgangspunkt und zur Deckung seiner Person Handlungen der Kurie. Dadurch zwingt Erzberger, dieses enfant terrible für jeden, der sich mit ihm einläßt, auch die Nationalen, in der Erwiderung des Angriffs die Aufmerksamkeit über die Person Erzbergers hinauszulenken.

Erzberger sucht von neuem den Nationalen die Schuld am Kriege zuzuschieben. Die Frage wurde in den ersten Abschnitten des Buches vom Standpunkte eines Politikers des Jahres 1920 aus behandelt. Man kann auch einen andern annehmen und sich etwa in die Lage eines Geschichtsforschers der Jahre 1950 oder 1960 versetzen. Wenn bis dahin ein etwas feinhörigeres und deutschfühligeres Forschergeschlecht die geschichtlichen Lehrstühle Deutschlands zieren sollte als das heutige, das Delbrücks, Meineckes, Onckens u. dgl. zu seinen Leuchten zählt, wird es zunächst einmal bei seinen Betrachtungen des Weltkrieges 1914/19 den ganzen Marionettenkleinkram Bethmann, Hertling, Erzberger, Fehrenbach, Gothein, Haußmann, Ebert, Scheidemann usw. beiseite schieben und wie jeder Forscher und Richter in menschlichen Angelegenheiten die Frage aufwerfen: cui bono? Wem hat der Weltkrieg genützt?

Erstens einmal ist das gesamte Judentum der Erde durch den Krieg reicher und mächtiger geworden und zieht auch weiterhin aus den durch den Kriegsausgang geschaffenen Zuständen insbesondere wirtschaftlich außerordentliche Vorteile. Es ist das in früheren Abschnitten bereits zur Genüge erörtert. Zweitens haben die deutschen Sozialdemokraten und Demokraten unter ihrer jüdischen Führung vom ersten Tag des Krieges an nie ein Hehl aus ihrem Kriegsziel, der möglichst weitgehenden Demokratisierung Deutschlands, gemacht. Sie haben es erreicht. Zwei Kaiserreiche sind zerstört, das russische und das deutsche. Das griechisch-orthodoxe und das protestantische, beide dem Vatikan ein Dorn im Auge. Das habsburgische fiel allerdings mit; aber es ist nun einmal das Los aller von Jesuiten beratenen Reiche, früher oder später zusammenzustürzen; das mußte mit in den Kauf genommen werden. Die Bemühungen, nachdem das griechisch-orthodoxe erledigt war, es auf Kosten des protestantischen zu retten, waren, wie Erzbergers und die

durch ihn angeregten Enthüllungen zeigen, sehr lebhaft; eifrige Bemühungen, Kaiser Karl und andere Habsburger wieder auf einen Thron zu bringen, sind im Gange. Das Gesamtergebnis ist trotz des Zerfalls Österreichs ein gewaltiger Triumph des Vatikans. Viertens hat sich Englands Weltherrschaft noch weiter ausgedehnt. England hat in seiner Politik viel von Juden und Jesuiten gelernt und zieht Nutzen, wo Juden und Jesuiten arbeiten. Es hat mit ihnen das unverrückte von keinerlei Sentimentalitäten getrübte Vorwärtsgehen auf ein bestimmtes Ziel, die Geschäftstüchtigkeit, die Kunst, beides hinter völkerbeglückenden Idealschutzschilden zu verbergen, und manches andere gemeinsam. Wie in seinen Kolonien den Eingeborenen, läßt es auch in seinem Reiche den Jesuiten und Juden in ihren eigenen Angelegenheiten reichlich freie Hand, aber nie über die Grenze hinaus, wo englische Interessen beeinträchtigt werden könnten. Ob es sich allerdings in diesem Krieg nicht auch an Juden und Jesuiten übernommen hat, wird die Zukunft lehren. Dietr. Eckart führt in seiner trefflichen Wochenschrift „Auf gut deutsch" (Heft 22, 17. VII. 19) den Domdekan Dr. Fr. X. Kiefl aus der „Augsb. Postzeitung" vom 16. Oktober 1917 an: „Seitdem in England fast der ganze Meßritus wieder eingeführt wurde und die anglikanischen Geistlichen im vollen Ornat des katholischen Priesters an den Altar gingen, ja mit Chorrock und Stola die Absolution spendeten, begann daselbst der Spott über katholisches Wesen (??? in England? d. V.) zu verstummen und der religiöse Zwist seinen scharfen, nationalen Stachel zu verlieren." Die überschwengliche Begrüßung der englischen Eroberung Jerusalems im Jahre 1917 durch die Blätter des Vatikans wurde bereits früher erwähnt.

* * *

England spielt immer noch mit dem Gedanken, die lächerliche Komödie eines Gerichts über den Deutschen Kaiser aufzuführen. Die jüdisch-demokratisch-vatikanische Richtung in Deutschland läßt bei der Erörterung der Schuldfrage England eine auffällige Schonung angedeihen und schiebt Rußland und seinen Zaren vor. Aber Nikolaus II. war ein weicher Schwächling, der sich offen zum Pazifismus bekannte, und Kaiser Wilhelm II. wird im Jahre 1950 kein Geschichtsforscher mehr für einen „Militaristen" halten, sondern für eine ausgesprochen pazifistisch angelegte Natur, die gelegentliches militaristisches Gebärdenspiel liebte, woraus dann die Feinde des Kaisertums innerhalb und außerhalb des Reichs Kapital schlugen. Ihnen beiden Willen zum Kriege und daraus hervorgegangene Schuld am Kriege vorzuwerfen, ist, wie gesagt, lächerliche Komödie, deren sich erstere Engländer bereits selbst zu schämen beginnen.

Dagegen gilt in den revolutionären Kreisen Rußlands, schon seit es Nihilisten gibt, als erster Glaubenssatz, ein unglücklicher Krieg werde der Revolution die Wege ebnen. Man vergleiche damit auch das auf S. 77 über die deutsche Sozialdemokratie Ausgeführte. Die Bauern in Oberhessen sagen schon heute allgemein, die Sozialdemokraten hätten den Krieg hervorgerufen, um den Kaiser zu stürzen. Die „Sozialdemokraten", nicht etwa Scheidemann, Ledebour, Ebert und andere Ehrenmänner, die Idee, nicht die Personen. Die Bauern stehen der Mutter Erde am nächsten und schöpfen aus ihr oft tiefere Weisheit als mancher mit viel Bildung und Aktenmaterial belastete Staatsgerichtshof. Sie drängen ihre Erkenntnisse in leicht faßbare Formeln zusammen, die in ihrer allzu großen Einfachheit falsch sind, die aber doch der Wahrheit oft verblüffend nahekommen. Wenn die Zeit keine schöpferischen großen Führernaturen hervorbringt oder aufkommen läßt,

dann wird sie durch von vielen Nullen geleitete Massentriebe gelenkt; hinter den öffentlich hervortretenden Nullen stehen als eigentliche Drahtzieher kleinere Gruppen zielbewußt für ihre Augenblicksinteressen arbeitender Männer, wie sie Rathenau mit seinen die Welt beherrschenden „Dreihundert" im Auge hat. Der Öffentlichkeit gegenüber heißt es dann: Der „Gedanke" der Demokratie, der Völkerversöhnung, der Weltrevolution, des Pazifismus marschiert. Auch solche Gedanken und der Klüngel, der sie ins Volk wirft, „lanciert", vermögen Kriege zu erzeugen. Die Werkzeuge aller Klüngel des Hintergrunds sind weniger im Dienst des Klüngels stehende Mietlinge als Meinungen und Stimmungen, durch welche Persönlichkeiten, wie man sie sich wünscht, in die Stellungen geschoben werden, wo man sie braucht. Man dingt sich nicht mehr — oder nur ausnahmsweise — wie in alten Zeiten einen Mörder und drückt ihm einen Beutel mit Dukaten in die Hand, sondern man erzeugt mit dem Geld die Schwäche einerseits, den Fanatismus andererseits, der dann schon irgendwelchen Fanatikern die Hand zum Stoße gegen die Schwäche führen wird. Hätte die Entente in Deutschland nicht die Sozialdemokratie und den Gedanken der Demokratisierung auf dem Marsch gewußt, hätte sie niemals gewagt, den Krieg anzufangen; darüber besteht kein Zweifel.

Die Politik der Jesuiten, welche die Politik der Päpste der Neuzeit bestimmen, unterdrückt sogar grundsätzlich die Persönlichkeit und läßt allein den Gedanken des kirchlich-römischen Weltimperiums walten. Zentrum und Jesuiten sind heute im Reich Luthers und der Hohenzollern obenauf. Die weitere Entwicklung dieser Politik wird sehr spannend werden. Durch die Ermordung Franz Ferdinands von Österreich, die den Weltkrieg entfesselte, wurde Karl Joseph Thronfolger. Die Kirche liebt fromme Fürsten von nicht allzu hoher geistiger Begabung mit noch frömmeren Gemahlinnen, die sich nicht nur in kirchlichen Dingen ihren Wünschen unterwerfen. Unter den katholischen Fürsten Deutschlands stand König Ludwig III. von Bayern an erster Stelle. Es gab einmal eine Zeit im Kriege — Anfang 1916 —, da hatte es Ludwig III. in der Hand, der angesehenste und erste Fürst Deutschlands auch ohne Kaiserkrone zu werden. Er war bereits so weit, als Bethmann wieder einmal, um seine elende Politik zu decken, die Person des Kaisers vorschob, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und auszurufen: „Warum dankt er (der Kaiser) nicht ab!" Hätte er in diesem Geist Politik getrieben — auf den Geist, nicht auf die wörtliche Ausführung der Frage kam es an —, so hätte er das Reich und sein eigenes Königtum retten können; den nötigen Einfluß hätte er sich damals leicht aneignen können. An die obige Frage hatte sich der Ausruf angeschlossen: „Er hat ja sieben Söhne"! Die Empörung war also aus starkem deutschen Empfinden herausgeboren; was ihm vorschwebte, war die Erhaltung des protestantischen Kaisertums der Hohenzollern, und die Herzen, die ihm aus ganz Deutschland zugeflogen wären, hätten dem deutschen Ludwig III. gegolten, nicht dem Katholiken. Der Jesuitenzögling und Vertraute des Vatikans, Hertling, sein Berater, brachte ihn auf andere Wege und ließ ihn die Politik Bethmanns unterstützen, obwohl Hertling Bethmann so wenig schätzte wie der König[1]).

Seines Sohnes Rupprecht Aussichten dürften nicht gut sein. Er ist, wie sein Vater, der nur nie die ultramontane Brille dauernd abzulegen vermochte, ein

[1]) Einflüssen des Alljudentums lieh der König sein Ohr, als er, um Industrie und Geld in das Bauernland Südbayern und in die Kunststadt München zu ziehen, die Kruppwerke bewog, sich in Freimann anzusiedeln. Die Krupparbeiter brachten die bolschewistischen Gedanken in die Münchener Arbeiterschaft und bereiteten den Boden, auf dem Eisners Saat so fabelhaft schnell aufschoß.

kluger Herr. Die Brille des Vaters trug er nie; leider bedient er sich öfter, als heilsam ist, einer von jüdisch-demokratisch beeinflußten Freunden geliehenen. Das allein würde ihm noch kaum abträglich beim Vatikan sein; der Vatikan kann auch liberal sein. Aber wenn im Vater Liberalismus und in Vater und Großvater deutsche Gesinnung und Klugheit vorhanden sind, setzt sich die Entwicklung vom Römisch-Ultramontanen über das Jüdisch-Liberale im klugen Enkel manchmal zum unbebrillten reinen Deutschtum fort. Diese gefährlichen Eigenschaften dürften im Prinz Max von Baden, dem badischen Thronfolger, in dem Vatikan genehmeren Mengenverhältnissen vorhanden sein. Er wird bereits in Süddeutschland vielfach als Kaiserkandidat genannt. Der Gedanke ist verflucht schlau. Sein offenes Bekenntnis zum „Weltgewissen" und sein übriges Demokratentum empfehlen ihn gleichermaßen dem Zentrum eines Erzberger wie dem Alljudentum. Zwei Sieger im Weltkriege hätte er also schon auf seiner Seite. Die Sozialdemokratie würde sich mit dem Badenser, der das preußische Königtum und Kaisertum der militaristischen Hohenzollern gestürzt hat, leichter abfinden als mit jedem anderen Kaiser. Unsere weichen nationalen Parteien wären schließlich auch für den Prinzen Max zu haben, wenn's nur überhaupt ein Monarch ist. Fehlt noch der vierte Sieger England. Ein nicht gezeichneter Aufsatz im „Dresdner Anzeiger" (270, 10. VII. 19) weist auf die Welfenbewegung in Hannover hin, die angeblich von England gefördert wird. Sollte Herzog Ernst August von Braunschweig wegen seiner Hohenzollernheirat für den Welfenthron nicht mehr in Betracht kommen, so wäre die nächste Anwärterin die älteste Schwester Ernst Augusts, die Prinzessin Marie Luise von Cumberland, die Gemahlin des Prinzen Maximilian von Baden. Vom Herzogsohn zur Kaiserkrone wäre nicht mehr so weit. In einem Donaustaat oder Donaustaatenbund ein Habsburger, im deutschen Rumpfreich Max von Baden als Scheinkaiser: Rom, Judentum und angelsächsischer Kapitalismus als die wahren Herrscher; was wollt Ihr noch mehr?

* * *

Das deutsche Volk hat vor dem Kriege nicht an die tiefgehende Feindschaft der fremden Völker gegen die Deutschen geglaubt, es hat während des Krieges nicht daran geglaubt, und es hat noch unmittelbar vor dem Zusammenbruch nicht daran geglaubt. Es ist noch kaum zur Empfindung des Abgrunds gekommen, in den es nur dank der Wirksamkeit derer, die ihm die Binde um die Augen legten, gestürzt werden konnte, da sind alle diese alten Betrüger schon wieder an der Arbeit, ihm die Augen zu verhüllen und es sein Heil nicht in der Besinnung auf sein Volkstum, sondern in der Völkerversöhnung suchen zu lassen. Ebensowenig hat das deutsche Volk aus allen Erfahrungen an die tiefwurzelnde Feindschaft des Alljudentums beider Farben und des Ultramontanismus gegen das deutsche Volkstum zu glauben gelernt.

Es ist jetzt wieder so viel von der notwendigen „Einigkeit" die Rede. Aber Einigkeit schlechthin ist keine Tugend; sie kann ebensogut ein Laster sein; sie kann ebensogut in die Höhe wie in den Abgrund führen. Wenn sich die nationalen Teile unseres Volkes nicht von dem betrügerischen Blendwerk der Bethmännischen Einigkeitslosung hätten fangen lassen, sondern sich gleich zu Beginn des Krieges — das Wort vom Unrecht an Belgien hätte die Weckfanfare bilden müssen — zu einer kraftvollen Spaltung entschlossen und der schwarzrotgoldenen Einheitspartei Bethmanns eine starke nationale Einheitsfront gegenübergestellt hätten, dann wäre am

Schluß des Krieges die schwarzrotgoldene Einheitspartei nicht als Sieger auf den Trümmern Deutschlands dagestanden. Einigkeit gegen alle Verderber des Reiches wäre eine gute Losung; eine Einigkeit, welche das verderbliche Weiterwirken aller Schädlinge des Reiches sicherstellt, ist Sünde gegen Volk und Reich.

Gewiß, jeder Sozialdemokrat, Freisinnige, Zentrumsangehörige würde es mit berechtigter Entrüstung zurückweisen, wenn man seinen guten Willen zur Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches in Zweifel ziehen würde. Er kann auch erfolgreich mitarbeiten, als Staatsbürger, der für staatliche Ordnung, soweit sie parteilos ist, eintritt, als Beamter, als Gewerbetreibender, als Landmann, als Arbeiter des Kopfes oder der Hände; als Angehöriger der sozialdemokratischen, freisinnigen, ultramontanen Partei kann er es nicht, auch wenn er es sich einbildet, es zu können; als solcher kann er niemals zu einem Aufstieg mithelfen, sondern immer nur den Aufstieg hemmen, das Volk im Abgrund festhalten oder es noch tiefer hinabdrücken.

Das Natürliche für alle Deutsche, die ein Gefühl dafür haben, was es heißt, ein Deutscher zu sein, wäre jetzt Einigkeit gegen alle Schädlinge deutschen Volkstums, nicht gegen ultramontane, freisinnige, sozialdemokratische und jüdische Mitbürger, sondern gegen den Ultramontanismus in der Zentrums-, gegen das Juden- und Weltbürgertum in der freisinnigen und in der sozialdemokratischen Partei, und gegen Ultramontanismus, Alljudentum und Weltbürgertum in Staat, Kultur und Wirtschaft.

Eine einheitliche nationale Partei als Trägerin dieser Bewegung wäre wünschenswert, ist aber nicht notwendig; es würde genügen, gegen die schwarzrotgoldene Dreieinigkeit eine schwarzweißrote zu stellen. Als die Burschenschaften 1848 sich die Farben schwarz-rot-gold erwählten, da waren es die deutschesten Farben; seitdem sind es die Farben der Römischen und Alljudaans roter und goldener Richtung geworden; mögen sie sie in der von ihnen geschaffenen Republik behalten. Für die Deutschen des Jahres 1918 sind die Farben schwarz-weiß-rot das, was die Farben schwarz-rot-gold für die deutschen Achtundvierziger waren. Die deutschen Konservativen, politisch unter dem Zeichen Bismarcks, kulturell unter dem Zeichen Luthers und Döllingers, wirtschaftlich unter dem Zeichen des Landmannes, vom Häusler bis zum Großgrundbesitzer, der alten Geschlechter der Städte und des Landes und des Landbürgertums. Die deutschen Liberalen, politisch unter dem Zeichen Bismarcks, kulturell unter dem Zeichen Nietzsches und Goethes, wirtschaftlich unter dem Zeichen der jungen Intelligenz, der Industrie, des Handels, des Gewerbes und des großstädtischen Bürgertums. Die deutschen Arbeiter, politisch wieder unter dem Zeichen Bismarcks, der ihnen nichts vorgeschwätzt hat, ihnen aber ein Deutschland und soziale Verhältnisse geschaffen hat, in denen sie eine gehobenere Lebenshaltung führen konnten als die Arbeiter jeden anderen Staates der Welt, kulturell unter dem Zeichen Stirners und Schillers, wirtschaftlich unter dem Zeichen des wirtschaftsfriedlichen Zusammenarbeitens mit den Unternehmern am Wiederaufbau des Reiches. Alle geeint aber in dem Ziel der Macht und Blüte deutschen Volkstums in Staatsleben, Kultur und Wirtschaft. Eine solche Einigung wäre dann das Ende des Betrugs am deutschen Volke.

Sachverzeichnis.

Druck: R. Oldenbourg, München



